

Theodoros Ioannidis

Wohnen und Zusammenleben

in den europäischen Metropolregionen Athen und Berlin



Theodoros Ioannidis

**Wohnen und
Zusammenleben
in den europäischen
Metropolregionen
Athen und Berlin**

Theodoros Ioannidis

Wohnen und Zusammenleben in den europäischen Metropolregionen Athen und Berlin

Tectum Verlag

Theodoros Ioannidis

Wohnen und Zusammenleben in den europäischen Metropolregionen
Athen und Berlin

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft,
Baden-Baden 2017

Zugl. Diss. Universität Kassel 2016

Fachbereich 06 | Architektur, Stadtplanung und Landschaftsplanung

Datum der Disputation | 22. Februar 2016

ISBN: 978-3-8288-6663-8

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Buch unter
der ISBN 978-3-8288-3904-5 im Tectum Verlag erschienen.)

Umschlaggestaltung: Sabine Borhau | Tectum Verlag

Umschlagabbildung: Sidharth Bhatia | unsplash.com/@sidharthbhatia

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet
www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind
im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

INHALT

INHALT.....	5
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	7
Abkürzungen	8
Vorwort	9
1 EINLEITUNG.....	11
1.1 Stadt und Stadtgesellschaft: der zeitlose Diskurs	19
1.2 Wohnen und Zusammenleben: Theoretisch-methodische Annäherungsversuche.....	31
2 FELD.....	47
2.1 Athen: Wohnen und Zusammenleben in einer semiperipheren Metropolregion	49
2.1.1 Staat, Gesellschaft, Ökonomie.....	50
2.1.2 Das Wachstum zur Metropolregion.....	61
2.1.3 Wohnen und Wohnproduktion: Eine rein private Sache	68
2.1.4 Athener Geografien des Wohnens und Zusammenlebens.....	83
A. Oreólofos: Ein Lebensraum der Illegalität?	84
I. Von Rudnjë nach Oreólofos	88
Viel Eigenwille und steigende Wohnwünsche	95
Assimilation und Aufnahme in die Lokalgesellschaft	98
Abneigung, Verachtung, latente Sehnsucht nach Innenstadt?	101
II. Zwänge und zwei Generationen unter einem Dach.....	105
Landflucht, Familiengründung, Aufbau, Abstieg, Resignation?	111
Lage und fehlende Interaktionen	115
Fragmentarische Metropolregion- und Innenstadt-Bindungen.....	119
III. Zwischen Hölle und Paradies	122
Kampf gegen Bürokratie, Willkür und Banditenstrukturen	126
Soziale Netze trotz Ortsabwesenheit.....	130
Kernstädtische Unorte und metropolitane Ausgleichsräume.....	133
B. Plataniá: Zeitwandel – Von der kleinasiatischen Krise zur Maisonette-Krise	137
IV. Eine kernfamiliäre Laufbahn in der Postsuburbia	138
Ökologische Sensibilisierung und Holzhaus-Ambition	144
Idealisierte und real-soziale Praxis.....	148
Von der metropolitenen zur agroubanen Modernität?	151
V. Die Resilienz des Bürgertums.....	155
Die »Maisonette« – mehr als nur ein Wohnstil	160
Im Dienste der Reproduktion	162
Kosmopolitische Haltung mit beschränkter Offenheit (kHmbO)	164
VI. „Auswege finden, [...] um etwas Besseres zu bekommen“	167
Wohngeografie der Suche nach einem Heim	172
Das Eigene ist das Soziale.....	176
... und die einsame Akropolis.....	178
2.1.5 Schlussfolgerungen aus den Athener Wohnbiografien	181
Modifikationen im Verhältnis öffentlich-privat, lokal-global	181
Avthéreto 2.0 und die Maisonette-Kultur	185
Familie, Nachbarschaft, Gemeinde?	187
Lokale Identitäten, Interaktionen und Distinktionen	190
Athen als Ziel und Zwischenstation globaler Migrationen	193
Reurbanisierung, Suburbanisierung oder Repatriierung?	197
2.2 Berlin: Wohnen und Zusammenleben in einer Metropolregion im Kernraum	199
2.2.1 Staat, Gesellschaft, Ökonomie.....	200
2.2.2 Das Wachstum zur Metropolregion.....	219
2.2.3 Wohnen und Wohnproduktion: Zweiheit privat ↔ öffentlich	228

2.2.4 Berliner Geografien des Wohnens und Zusammenlebens 241

C. Lindenthal: Über den Wandel einer Genossenschaftssiedlung 242

I. „Zur Wende standen dann auf einmal fünf Damen auf der Matte“ 245

Wohnen im Haus und Ort – postsozialistische Transformation.....251

Verlust von Solidaritätsprinzip und Sozialität 254

Entfremdung, Bedrohung und Rückzug ins Private?.....257

II. „[...] sich integrieren und [...] integrieren lassen“ 259

„vor allen Dingen wollen wir [...] außer wohnen auch leben“ 265

Innere, äußere, lokale und regionale Integration 269

Zwischen Land und Stadt 272

III. Jung, draufgängerisch, leistungsorientiert? 274

Wohnrealität, kurz- und langfristige Wohnwünsche 280

Postsozialistische Transformation und sozialräumliche Aspekte 283

Die Suche nach Lebenssinn und dem Ort fürs Leben.....285

D. Meisenhof: Transformationen – Villenort, Sperrzone, Familien-Eldorado 289

IV. Abdriften in die Rolle von Hausfrau und Mutter 291

Familie und das Regime der Hausarbeit 296

Soziale und unsoziale Opportunitäten 299

„Ich habe Berlin immer geliebt ...“ 302

V. Die Blasiertheit des postsuburbanen Menschen 305

Wohnen, Wohnemotionen und Wohnidentität 310

Distinktionen für jeden Geschmack 313

Neuorientierung und die erzwungene Rückkehr ins Lokale 316

VI. Der „Reiz des individuellen Wohnens“ 318

Wandlung vom eigenen zum gemeinsamen Haus.....323

Zwischen lokaler Partizipation und Rückzug ins Private 326

Offene Aussichten in der Metropole oder auch anderswo.....328

2.2.5 Schlussfolgerungen: Sechs Berliner Geografien 332

Postsozialistische Transformationen.....332

Von der Platte in die Retorten-Siedlung 334

Familie, Nachbarschaft, Gemeinde? 337

Lokale Identitäten, Interaktionen und Distinktionen 339

Reurbanisierung, Snobifizierung und »Peuplierung« der Mark? 342

Migrationsspot Berlin auf dem Weg zur Weltmetropole? 346

3 RESÜMEE(S) 351

Ein kurzer Rückblick 351

Die Suche geht weiter... 362

Das Schlusswort 363

ENDNOTEN 366

LITERATURVERZEICHNIS 409

ANHANG.....433

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Luftbildausschnitt im Küstenbereich am nördlichen Attikí zwischen Avlída und Dílesi am Euböischen Meer. Umwandlung von Agrarflächen zu Ferienhaussiedlungen.

Abbildungen 2 + 3: Das Foto links zeigt den Eingang einer geschlossenen und nach außen abgewendeten Anlage (auf dem Schild steht „Zum Verkauf“). Das Luftbild rechts zeigt diese Anlage von oben. Erkennbar sind zehn Maisonetten (angrenzend eine weitere Anlage mit sechs).

Abbildungen 4 + 5: Zwei Beispiele der Benutzung des Bürgersteiges als Teil des privaten Grundstücks: Hier zu Begrünungs- und Sichtschutzzwecken.

Abbildungen 6 + 7: Das linke Foto zeigt eine Werbetafel an der Ortseinfahrt des Wohngebiets Neu-Lindenthal. Erkennbar sind die angebotenen Haustypen. Das rechte Foto zeigt eine Straße Neu-Lindenthals in der Mittagszeit an einem Wochentag.

Abbildung 8: Luftbild mehrere Wohnblöcke im südlichen Meisenhof. Auf dem mittleren Wohnblock sind mehrere bauvorbereitete Grundstücke. Eindeutig ist die Problematik der kompletten Abholzung.

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung Londons 1801-2011.

Tabelle 2: Bevölkerungsentwicklung der Metropolregion Athen von 1821 bis 2011.

Tabelle 3: Bevölkerungsentwicklung der Metropolregion Berlin von 1755 bis 2011.

Abkürzungen

ABL	Alte Bundesländer
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BRD	Bundesrepublik Deutschland
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ESFS	European System of Financial Supervision
ERP	European Recovery Programme
EG/EWG	Europäische Gemeinschaft/Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EU	Europäische Union
EZB	Europäische Zentralbank
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
GG	Grundgesetz
IWF	Internationale Währungsfonds
KAPI	Zentrum zum offenen Schutz von Senioren / Κέντρα Ανοιχτής Προστασίας Ηλικιωμένων
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MIV	Motorisierter Individualverkehr
NBL	Neue Bundesländer
NÖS	Neues Ökonomisches System
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OEEC	Organization for European Economic Co-Operation
OEK	Organisation für Arbeiterwohnungen / Οργανισμός Εργατικής Κατοικίας
ÖPI	Öffentlich-Private-Investitionen
ÖPNV/ÖV	Öffentlicher Personennahverkehr
PPP	Public-Private-Partnership bzw. Öffentlich-private Partnerschaft
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
ROG	Raumordnungsgesetz
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SP	Städtebaulicher Plan (»Plan«) / Σχέδιο Πόλης
THA	Treuhandanstalt
VEB	Volkseigener Betrieb
WBH	West-Berlin-Hilfe

1 EINLEITUNG

Leben das Urbane und die Stadtgesellschaft fort oder sind sie in Anbetracht des neoliberalen Diskurses Stadt und Gesellschaft abhanden gekommen? Welche Bedeutung hat Urbanes in der Renaissance der Stadt und städtischer Lebensweisen? Wird damit heute vielleicht etwas Antiquiertes und Überkommenes gemeint, das – angesichts der voranschreitenden Technologisierung, Professionalisierung und Kommodifizierung – gar nicht in dieser Form möglich ist? Welche Rolle spielen übergeordnete Prozesse und welchen Einfluss üben diese auf urbane bzw. metropolitane Räume aus? Müsste heute nicht anstatt von Urbanität eher von Metropolitanität die Rede sein? Was hat ein vermeintlich neuer Diskurs in Bezug auf Metropole, Gesellschaft und moderne Lebensweise (und Wohnweise) an sich? Schließlich, aufs Ganze gesehen: Welche Möglichkeiten gäbe es, um den modernen Zeitgeist und den metropolitenen Zustand anzunähern und angemessen zu erforschen?

Solche recht allgemeinen, stochastischen und dem Anschein nach trivialen Fragen standen Oktober 2009 im Vorfeld dieses Forschungsvorhabens. Seitdem sind einige Jahre und unglaublich viele Forschungspraxisstunden vergangen. Durch den eigentlichen Forschungsverlauf wurden einige der gestellten Fragen nicht nur konkretisiert, sondern auch erweitert. Im Frühjahr 2015 standen die Forschungsergebnisse und -reflexionen auf dem Papier und wurden im Juli desselben Jahres als Dissertation eingereicht. Nach der erfolgreichen Verteidigung im Februar 2016 soll nun mit der Veröffentlichung dieses Buches das Promotionsverfahren abgeschlossen werden. In der vorliegenden Buchfassung wurde versucht, nur das Wesentliche der vergangenen sechsjährigen Forschungserfahrung zusammenzustellen. Dadurch soll die Lektüre leichter und angenehmer werden. Auch aus diesem Grund wurden die detailreichen Fußnoten ans Ende des Buches (als Endnoten) verbannt.

Die vorliegende Untersuchung war auf den ersten Blick eine Annäherung an den derzeitigen Diskurs über Stadt, Metropole und Gesellschaft.

In summa war es die Absicht, nach zeitgenössischen realen, eben lebensweltlichen Formen und Prägungen des Wohnens und Zusammenlebens bzw. des Sozialen zu suchen. Diese gehören für den Autor zu den wichtigsten Bestandteilen einer urbanen bzw. metropolitenen Gesellschaft – elementarer als Arbeit/Freizeit. Den geeignetsten Zugang hierzu bildeten Gespräche mit den eigentlichen Experten, den Wohnenden in zwei Metropolregionen. Zunächst standen neben Athen und Berlin, auch Madrid und Stockholm auf dem Plan. Aufgrund des extrem höheren Aufwands und einer möglichen Verflachung der Untersuchung wurde letztendlich der Fokus auf Berlin und Athen gelegt. Die sprachliche wie kulturelle Vertrautheit mit Deutschland und Griechenland versprach eine tiefere und aufschlussreichere Auseinandersetzung.

Vorneweg soll knapp dargestellt werden, wie aus den recht allgemeinen Fragen ein qualifiziertes Forschungsprojekt zusammengestellt wurde und welche theoretischen Werke und Denkschulen das eigene Forschen geprägt haben. Zudem wird kurz auf die wesentlichsten Arbeitsschritte eingegangen. Den zentralen Teil der Arbeit bildet jedoch die Empirie, die explorativ zwölf Lebens- und Wohngeschichten in vier metropolitenen Teilräumen Athens und Berlins unter die Lupe nimmt. An dieser Stelle bietet sich die Möglichkeit für die LeserInnen die folgenden Seiten mit den theoretischen Ausführungen, die Gegenstands- und Methodenbeschreiben zu überspringen und gleich ins *Feldkapitel* (Kapitel 2, ab Seite 47) einzutauchen. Es wurde versucht, das Buch so zu gestalten, dass dies möglich ist. In diesem Feldkapitel werden ausgewählte Gespräche/Berichte zum Thema Wohnen und Zusammenleben zusammengefasst und interpretiert. Diese Episoden aus realen Lebens- und Wohngeschichten liefern lehrreiche Informationen über zeitgenössische Formen des Wohn- und Sozialalltags sowie über das Denken und Handeln von Menschen. Das Begriffspaar »Wohnen und Zusammenleben«¹ ist im Grunde ein Mittel zum Zweck, um sich der urbanen bzw. metropolitenen Gegenwart und lebensweltlichen Strukturen anzunähern. Das Erzählen über Wohnen und Zusammenleben hat den Zugang zum Wissen über Raum und Zeit ermöglicht. Dies setzte an den Wohnbiografien an und über Wohnalltage im Haus und unmittelbaren Wohnumfeld erschloss es die sozialen Beziehungen in den Orten.

Zunächst werden die zentralen Positionen der vorliegenden Arbeit, die Annäherung an das Thema und die Auswahl des Forschungsdesigns vorgestellt. Initialzündend und eine erste Position war die bereits erwähnte Infragestellung des Urbanen und der Urbanität. Urban wird dementsprechend nicht unhinterfragt als urban angenommen. Stattdessen wird

es wie ein Gemenge aus urbanen, suburbanen, inurbanen bzw. Mehr- und Gegenkulturen zu denken sein. Wenn beispielsweise die Wildnis urbaner und die Stadt grüner bzw. ländlicher werden sollen, oder – etwas polemisch – urbaner Raum Platz für suburbane oder halbdörfliche Lebens- und Sozialformen (u. a. die Kernfamilie der Suburbanisierung) bieten soll, dann wird etwas anderes im Sinn sein als eine moderne, vielfältige und freie urbane Gesellschaft. Wenn heute die Mehrheit der Menschen in Städten bzw. die Stadtbevölkerung in statistisch und raumplanerisch definierten, allerdings lebensweltlich nur abstrakten Metropolregion-Gebilden lebt, müsste dementsprechend anders vorgegangen werden. Der konservatorische und antiquierte Bezug auf obsole- te Stadt- und Lebensformen wie etwa auf die »Europäische Stadt« wäre fehl am Platz. Diese vormals definitorische „Stadt“ – heute ungefähr die Kernstadt und/oder die Innenstadt – stellt heute nur einen Teilraum des neuen metropolitanen Agglomerats dar. Dazu ein Teilraum, der immer mehr von seinem *Hinterland* entkoppelt und von globalen Menschen- und Kapital-Flows (CASTELLS, 1991) annektiert worden ist. Wenn also heute über Urbanes gesprochen wird, dann sollte dies nicht (nur) die Kernstadt, sondern (auch) die gesamte Agglomeration, den *Speckgürtel*² bzw. die Suburbia und Zwischenstadt (SIEVERTS, 1998), sogar das Darüberhinaus (Exurbia mitsamt der umgebenden offenen Landschaft) umfassen. In dieser Fülle an metropolitanen Teilräumen lebt, wohnt und schläft – auch arbeitet und erholt sich usw. – heute die Mehrheit der Menschen. Somit ist die Absicht dieser Arbeit dem Suburbanen, das lange nicht mehr suburban und als „Umland »no longer sub to the urb«“ ist (ECKARDT, 2004, S. 93), aus einer lebensnahen Perspektive näherzu- kommen, es zu verstehen und neu zu deuten. Die für die Untersuchung ausgewählten metropolitanen Teilräume sind Teile dieser Zwischenstadt bzw. der ehemaligen Suburbia. In dieser Postsuburbia³ sind das ehema- lige Bürgertum und die Arbeiterklasse bzw. die inzwischen ausdifferen- zierte Mittelschicht zu finden, darunter finanziell Erfolgreiche, aber auch sozioökonomisch Marginalisierte. Hierin, abseits der medialen und öf- fentlichen Wahrnehmung, sind im Zeitalter der Internationalisierung und der notorischen Flexibilisierung kleinmaßstäblich, lebensweltlich und individuell die Transformationen der Lebenswelt anzutreffen. Hier- in lassen sich globalisierte, postfordistische, neoliberale oder posturbane Lebensmuster rezipieren, adaptieren oder ablehnen.

Der für diese Arbeit zugrunde gelegte Metropolebegriff korrespondiert nur bedingt mit der in der europäischen und bundesdeutschen Nomen- klatur eingeführten „Europäischen Metropolregion“ (MKRO, 1995). Der genaue Verlauf der Administrationsgrenzen spielt nur gelegentlich eine

gewisse Rolle. So, wenn es darum geht, die Omnipräsenz der *Topdown* Raum- und Wirtschaftseinheiten der globalen neoliberalen Ära bloßzustellen, darunter vor allem Wettbewerbsprinzipien wie „Stärken stärken“ (vgl. ARL, 2007) und Konzentration von Funktion und Macht auf einige wenige Standorte wie global potente Metropolregionen, die jenseits von räumlicher oder sozialer Gerechtigkeit funktionieren, wenn nicht sogar auf Ungerechtigkeit und Ausbeutung ausgelegt werden. Im Sog der Internationalisierung, des freien Handels und Kapitalverkehrs überwiegt also eine ökonomische Auffassung von Metropole bzw. Stadt⁴, die sie zu Zentren von Finanzmacht und Steuerungshubs samt der horizontalen und vertikalen Hierarchisierung (globale Eliten hier, migrantische Servicekräfte dort) degradiert. Soweit es möglich, werden in dieser Arbeit Metropolregionen auch von der inflationären Verwendung des Wortes »Metropole« befreit. Viel relevanter sind hier die soziokulturellen und politischen Dimensionen der komplexen Räume Metropolregion (siehe weiter zu *Postmetropolis*).

Ein weiterer Standpunkt und wesentliches Merkmal der Erforschung der Athener und Berliner Metropolregionen ist ihre Komplementarität. Sie macht eine transkulturelle und „raumdifferenzierende Perspektive“ (KRÄTKE, 2000, S. 23) von Stadtentwicklungsprozessen in Europa geltend. Ihre auf den ersten Blick groß erscheinende Unterschiedlichkeit in der Gesellschafts- und Verstädterungsgeschichte basiert auf unterschiedlichen staatlich-städtischen Konfigurationen und „Systemen von Traditionen, Werten, Praktiken und Symbolen“ (KASCHUBA, 2006, S. 107). Jeder „gesamtgesellschaftliche Raum ergibt eine komplexe und widerspruchsvolle Konfiguration ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Funktionsräume“ (ALTVATER, 1987). Die Differenzierung zwischen einer deutschen und griechischen bzw. Berliner und Athener Stadtentwicklungsform wird durch die Regulationstheorie⁵ gestützt. In ihrer „Querschnittsperspektive“⁶ und Klassifizierung der kapitalistischen Staaten auf Grundlage der institutionellen und regulatorischen Konfiguration ist die zentralökonomische BRD den Staaten mit einem staatsinterventionistischen kapitalistischen System⁷ zuzurechnen (mehr darüber BOYER, 2005), während Griechenland jenen mit einem *peripherkapitalistischen* System⁸ angehört (mehr darüber LIPIETZ, 1985). Darin sind auch die Lebens- und Stadtentwicklungsformen einzuordnen. Entsprechend wird auf der einen Seite die eher staatlich regulierte Stadtentwicklung und staatlich regulierte Versorgung mit Wohnraum Berlins und auf der anderen Seite das gesellschaftlich regulierte Stadtwachstum und die selbstregulierte Versorgung mit Wohnraum Athens betrachtet. In beiden Fällen sind Akteure impliziert, die, wie noch zu sehen sein wird, konkre-

te Interessen haben, Ziele setzen und verfolgen, Praktiken anwenden usw. Hierdurch (re-)produzieren sie Räume, darunter solche des Wohnens und Zusammenlebens.

Durch die Regulationstheorie und Differenzierung zwischen Zentrum und Peripherie werden auch die gegen- oder einseitigen Abhängigkeiten⁹ dieser Beziehung angesprochen. In den letzten Jahrzehnten gab es durchaus Konvergenzen, sowohl innerhalb der unterschiedlichen kapitalistischen Staaten als auch zwischen den zentralkapitalistischen und semiperipheren Staaten. Allerdings nahm durch die zunehmende Internationalisierung der Einfluss oder sogar hegemoniale Charakter der zentralkapitalistischen Ökonomien zu. Die weiterreichenden räumlichen Implikationen der jüngsten Zeit im *grenzenlosen* europäischen Wirtschaftsraum können beispielsweise im Entwicklungsmodell zweier (oder mehrerer) Geschwindigkeiten beobachtet werden. Der europäische »Gemeinsame Markt« und die Währungsunion haben die ökonomische Hegemonie des Kernraums¹⁰ und darunter vor allem die Machtstellung des ökonomischen Riesen Deutschland gesteigert, während andere Staaten noch weiter zurückfallen oder sich unterordnen.

Die Anwendung der Regulationstheorie war auch mit dem Versuch verbunden, einen Bezug zwischen gesellschaftlicher Makrotheorie und regionaler, urbaner und architektonischer Entwicklung herzustellen (vgl. HARVEY, 1989; IPSEN, 1991) und auch andere – nicht nur den planenden Staat und die Verwaltung – Regulatoren/Akteure und Formen einzubeziehen. Dadurch werden die für die Stadt- und Wohnentwicklung wichtige Tradition in der Moderne und Postmoderne berücksichtigt, trotz der Tatsache, dass die regionale, städtische und hier beiläufig die wohnortspezifische Ebene noch zu den „prekären Ebenen der Regulation“ gehören (KRÄTKE, 2000a, S. 26). Letztendlich bot der regulationstheoretische Ansatz eine Betrachtungsfolie für die jeweiligen Rahmen- und Ausgangsbedingungen des Wohnens und Zusammenlebens.

Die Weiterentwicklung einiger Ansätze soll mithilfe einer engeren Verknüpfung von Raum und Politischem erreicht werden (vgl. JESSOP, 1995), die gerade jetzt wegen der Eindringung der neoliberalen Agenda in das Wohnen und Zusammenleben realitäts- und lebensweltnah nach Tendenzen oder besser gesagt nach misslichen Entwicklungen suchen muss. Gewiss wäre das ein allzu umfassendes und überkomplexes Unterfangen, das den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Allerdings auch wenn dieses Ziel aufgrund der unumgänglichen Kürzungen und Abstriche zum Teil ferner rückte, gibt es wohl einige Anhaltspunkte und sinnvolle Fragestellungen für künftige weiterführende Forschungen.

Die neoliberale Ökonomisierung von Politik und Gesellschaft hat tiefgreifende Auswirkungen auf die lebensweltlichen Praktiken, Handlungen und Verhaltensweisen. Die „neue Religion“ durchdringt alle Lebensbereiche und Wertvorstellungen (PECK/TICKELL, 2002, S. 381). Privatisierung, Deregulierung, Arbeitsplatzabbau, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sowie Rückbau von Staat und öffentlicher Daseinsvorsorge, aber auch Gesellschaftsprinzipien, infiltriert von interessenorientierten Werten wie Konkurrenz, Egoismus oder Effizienz- und Leistungsorientierung, Profitmaximierung und Gier¹¹, sind höchst alltagsrelevant und bestimmen Lebensstrategien und Handlungen der Menschheit. Die veränderten Rahmenbedingungen transformieren auch Sinn und Funktion von Wohnhaus, Wohnorten, Vierteln oder Nachbarschaften und generell die inneren und äußeren Beziehungen in den Lebens- und Teilräumen.

Auf dieser Grundlage wird den offenen Fragen und laufenden Prozessen und Phänomenen der „Jetzt-Zeit“ nachgegangen (ALTROCK/BERT-RAM, 2012, S. 9). Großstädte bzw. Metropolregionen sind im Globalisierungszeitalter Protagonisten tagesaktueller Prozesse, darunter der Ausdifferenzierung, Fragmentierung, Kompartimentalisierung und Polarisierung. Hier sind die erzeugten Dissonanzen, Widersprüchlichkeiten und Heterotopien unverkennbar. Wenn metropolisierte Gesellschaft und Raum auf den ersten Blick abstrakt und unstrukturiert vorkommen, folgen bereits auf der nächsten Ebene konkrete und fassbare Lebensräume. Die kleinräumliche Perspektive der Wohnorte gewährleistet den Zugang zur vergleichsweise noch übersichtlichen und konformen Lebenswelt und damit zu „einfachen Handlungen und Bedeutungen“ (GEERTZ, 1983). Private Haushalte und Individuen sind eben in ihrer Denkweise, sozialen Praxis, aber auch Traditionen von Wettbewerb, Kommodifizierung und Monetarisierung erfasst. Auf dieser Grundlage ist es möglich Theorien der Lokalität („lokale Theorien“, ebd.) zu entwickeln, die gezielt Inhalt, Zustand und Formen der zeitgenössischen Urbanität – bzw. Metropolitanität – nachgehen.

Die Betrachtung der Stadtplanung und Stadtentwicklung „im Spannungsfeld von Märkten, politisch-administrativem System und privaten Haushalten“ (SELLE, 1993, S. 269) ist heute wichtiger denn je. Die „neofordistischen“ bzw. „neo-tayloristischen“ Organisationsmodelle haben längst die städtische bzw. metropolitane Praxis und die politischen Handlungen kolonialisiert.¹² Das „Zurück in die städtische Ballung“ und die „Re-Metropolisierung“ stehen in Verbindung zum Entwicklungsmodell der dekonstruierten Gesellschaft und der stark sozioökonomisch

polarisierten Räume bzw. Megapolen. Nationale, regionale, metropolitane und gar straßenbezogene Wettbewerbe intensivieren „Reterritorialisierungen“ (BRENNER, 1999), die zunächst auf noch mehr „räumliche Zentralisierung“¹³ wirken und zur „Peripherisierung der übrigen Räume“ beitragen (KEIM, 2006, S. 3).

Der *offene* und *freie* Wettbewerb steigert die Folgsamkeit auf Marktgesetze und Investoren-Forderungen. Der Einmarsch der neoliberalen Logik in die Staats- und Kommunalpolitik lässt sich in den marktkonformen Wachstums- und Priorisierungsstrategien sowie in der Entrepreneurisierung und beiläufig Entpolitisierung bzw. Technokratisierung der staatlichen, regionalen und lokalen Akteure manifestieren. Überforderte, aber vor allem zahlungsunfähige Kommunen, Regionen oder Staaten (dafür gibt es genügend Beispiele: Kalifornien, Berlin, Griechenland, Duisburg, Detroit u. v. a.) sind gezwungen *Depth-Governance-Modelle* zu adaptieren, die Abwicklungs- und Kapitalisierungsmaßnahmen, also Privatisierung sogar von sehr sensiblen Infrastrukturen wie Wasser- und Energieversorgung verlangen. Entsprechend werden Grund und Boden (Grundstücke, Wohnungen oder gleich ganze Wohngesellschaften) ausverkauft. Innenstädtische und *gut integrierte* Teilräume geraten in den Fokus der neokapitalistischen Verwertungs- und Kommodifizierungsmaschinerie: Metropolregionen sind immer weniger Orte für den Markt, sondern werden selber zum Markt.

Gleichzeitig wandelt sich die „Art und Zusammensetzung der politisch-sozialen Akteure“ (HIRSCH, 1992). Das entstandene Zuständigkeitsvakuum des vormals egalisierenden, redistributiven und in jüngster Zeit zurückziehenden Staates sollen nun Privatunternehmen oder finanziell schlecht ausgestattete Lokalitäten (Regionen, Kommunen) oder die Zivilgesellschaft¹⁴ füllen. Zugleich sieht das „neokonservative Projekt“ einen „autoritären Etatismus“, wenn es z. B. um die sicherheitspolitische Wohlfandsfestung geht, vor: Der neue Staat soll zum Beispiel konkrete Bereiche übernehmen, darunter Bekämpfung von Terrorismus, Kriminalität, Migration oder die Umstrukturierung des Wohlfahrtstaates und die Überwachung der BürgerInnen (PECK/TICKELL, 2002, S. 389). Das Verteilen bzw. Überlassen von anderen sensiblen Zuständigkeitsbereichen und die Übertragung der Verfügungsgewalt über Raum an Private schreiten unvermindert voran. Wenn Sicherheit und Ordnung immer mehr von finanzieller Stärke und Einkommensklassenzugehörigkeit abhängig werden oder wenn staatliche Polizei Rationalisierungsmaßnahmen unterliegt, und gleichzeitig der private Sicherheitssektor enorme

Zuwachsraten verzeichnet, dann stellen sich durchaus Fragen über die Legitimität staatlicher und politischer Instanzen.

Zu den neuen Regulationsmächten bzw. Akteuren gehören auch Widerstandsgruppen gegen ökonomische Oligointeressen oder entrepreneuriale und *Topdown*-Stadtentwicklungsstrategien (um nur einige Beispiele zu nennen: Occupy-Bewegungen, Indignados, aber auch »Stuttgart 21« oder »Initiative "100% Tempelhofer Feld"«), die ihr »Recht auf Stadt« oder eine »Stadt von Unten« geltend machen oder Partikular- und Eigeninteressen folgen wie »LULU« (Locally Unwanted Land Use) und »NIMBY« (Not In My Backyard)-Gruppen. Generell reihen sich immer mehr zivilgesellschaftliche Kollektive in den Aneignungskampf ein, allen voran in umkämpften Teilräumen ökonomisch prosperierender Metropolregionen. Diese Protest-, Aktions- und Partizipationsformen können eventuell die nächste Form der Repolitisierung sein. Bündnisse und Kollektivbildung auf gesamtstädtischer bzw. metropolitaner Ebene deuten jedenfalls in diese Richtung. Das Entgegenhandeln auf „Entsolidarisierung“, Individualisierung und Erosion politischer und institutioneller Kollektivitäten (vgl. BECKER, 2002, S. 183) könnte eine *metropolitane Bürgerschaftlichkeit* hervorbringen. Der Stand der Dinge und die Suche nach Anzeichen solcher Entwicklungen wie Stärkung der Gesellschaft und Revitalisierung des Zusammenlebens lokal bzw. metropolitan sind auch Teil dieses Forschungsvorhabens. Das *Metropolitane* ist letztendlich ein Sammelsurium zahlreicher, ausdifferenzierter Kleinprozesse. Erst durch den Einblick in den Mikrokosmos der lebensweltlichen Teilräume – einschließlich der darin vorkommenden Formen und Prägungen des Wohnens und Zusammenlebens – lassen übergeordnete ökonomische, kulturelle und politische Prozesse sichtbar und interpretierbar werden.

Die Arbeit gliedert sich in drei Teile. Diese ersten Gedanken und Positionen gehören zum einleitenden Kapitel, das zwei weitere Unterkapitel umfasst: Das erste stellt den wissenschaftlichen Hintergrund vor und positioniert sich innerhalb der Stadtforschungsdiskurse und -traditionen samt relevanter Prozesse und verwendeter Begriffe. Das zweite Unterkapitel geht semantisch und definitorisch auf das Begriffspaar »Wohnen und Zusammenleben« ein und umfasst neben theoretischen und existenziell-psychologischen Aspekten auch einige funktionshistorischen Meilensteinen. Das erste Kapitel schließt mit einer Skizze des zugrundgelegten methodologischen Forschungsdesigns und der angewendeten Methoden bei der Sammlung und Interpretation der Daten. Darauf folgt das zweite Kapitel (Feldkapitel) beginnend mit dem für deutsche Leser und Leserinnen unbekanntere Athener Paradigma der europäischen periphe-

ren und gesellschaftlich regulierten Metropolregion und anschließend mit dem wohl vertrauten Berliner Paradigma der (mit einigen Auflagen) eher staatlich regulierten Metropolregion im europäischen Kernraum. Beide *Feldunterkapitel* beginnen mit einem historischen und topologischen Abriss, der einen Bezug zum regulationstheoretischen Ansatz, aber auch zu ethnologischen, politischen und kulturellen Dimensionen herstellt. Dies soll zum Teil thematisierte Ereignisse und Hintergründe in den darauf folgenden Fallbeispielen vorwegnehmen. Die eigentlichen Fallbeispiele – drei pro Untersuchungsort, d. h. sechs pro Metropolregion – bestehen aus einer wohnbiografischen Kurzfassung und einer Interpretation in drei Themenbereichen: Individuum, Sozialität, Metropole. Darauf folgen die Schlussfolgerungen für jede Metropolregion.

Im dritten und letzten Kapitel (Resümee[s]) werden die gewonnenen Erkenntnisse abstrahiert. Dazu gehört eine zusammenfassende Bilanz der explorierten Aspekte und einige Gedankenausführungen über die *Metropolitanität* bzw. den Zustand der metropolitanen Gesellschaft, sowohl auf der Ebene der Teilräume als auch auf der metropolregionalen Ebene, hierbei in erster Linie in Bezug auf die Kernstadt. Ein Nachwort über den weiteren Forschungsbedarf und über die angewendete Methodologie schließt dieses Buch ab.

1.1 Stadt und Stadtgesellschaft: der zeitlose Diskurs

Der zugrunde gelegte Forschungsansatz geht zurück auf eine bestimmte Tradition, deren Grundideen mithilfe von Aufzählungen einiger wichtiger historischer Stadt- und Gesellschaftsprozesse wiedergegeben werden. Diese Historie lehnt sich an die Empirie und die Interpretation der Gespräche an und beinhaltet einige immer wieder vorkommende Prozesse und Begriffe der Stadtforschung. Eine Besonderheit besteht darin, dass weniger die offizielle Version der Staats-, System- oder Stadtentwicklung verfolgt wird, sondern die aus der Feldforschung und den Gesprächen heraus entwickelte Lesart. Diesbezüglich kommen stellenweise neben eigenen Standpunkten auch Anschauungen der Gesprächspartner vor.

Der pre-geografische und pre-soziologische Kontext zu verstädterten Lebensräumen und zum Denken über Stadt und Gesellschaft wird in dieser Arbeit im 18. Jh. und in der ansetzenden Industrialisierung im Weltimperium Großbritanniens angesiedelt. Die „Doppelrevolution“ aus Verstädterung und *Industrieller Revolution* entfaltete eine „Wirkung“, die „bis heute anhält“ (vgl. HOBBSBARN, 1962, S. 9). Diese „dialektische

Einheit“ (LEFEBVRE, 1972, S. 11f.) ist ein Evolutionsschritt, der den „Übergang von der ländlich geprägten zur verstädterten Gesellschaft“ (TÖNNIES, 1883) und durch „Großstadtbildung“ bzw. „Vergroßstädterung“ den Untergang und die Befreiung von der alten Stadt (SCHÄFFERS, 2006, S. 60) repräsentieren.

Der industriekapitalistische Prozess verlief historisch und räumlich unkontrolliert und planlos. Das wilde Nebeneinander von Nutzungen, Fabriken und Behausungen war nirgendwo besser präsentierbar als in London, dem Inbegriff von Industrialisierung und Folgewirkungen, das Ende des 18. Jhs. mit mehr als einer Million und knapp ein Jh. später mehr als 6,5 Mio. Einwohnern damals mit Abstand die weltweit bevölkerungsreichste Großstadt war. Im kontinentalen Europa (Frankreich, Russland usw.) und im Deutschen Reich dauerte es erst viele Jahrzehnte bis Industrialisierung und Verstädterung¹⁵ einsetzten. In allen Fällen trat eine bis dahin ungekannte Situation ein: eine extrem hohe Verdichtung, enge Wohnverhältnisse sowie vollständig neue Lebens- und Arbeitsformen. Tiefgreifende sozioökonomische und politische Transformationsprozesse hoben alte Machtstrukturen (Adel, Kirche oder Zünfte) auf und neue soziale Klassen wie Arbeiterklasse bzw. Proletariat und Kapitalisten bzw. Bourgeoisie tauchten auf (MARX, 1977 [Orig. 1867]). Damit setzte ein komplett neuer Raumdiskurs an, der das Klassenverhältnis in der Verfügung über Produktionsmittel definierte und in Profit und Profitmaximierung der Kapitalisten die Ausbeutung der Arbeiter in Relation setzte (vgl. ebd.). Damalige Schriften und allen voran die MARX'schen Werke machten den Begriff der „sozialen Klasse“ zu einer „analytischen Kategorie und zum politischen Begriff im Sinne einer Gesellschaftskritik“ (LÖW, 2007, S. 25). In diesem Verständnis wird Stadtraum auch zum Ort konkurrierender Interessen(-gruppen) erkoren. So bei der Zonierung über zulässige Immissionen der Industrie pro Stadtviertel, die unmittelbar sozialräumliche Auswirkungen wie die Entstehung nach sozialen Klassen getrennter Räume zeigte. In der Stadt heißt dies: Die Verschlechterung der Lebens- und Wohnbedingungen für die Einen bedeutet die Verbesserung der lufthygienischen Verhältnisse für die Anderen. Mit dem Ausbau der städtischen Infrastruktur und vor allem der Verkehrsanlagen – erst für die Eisenbahn, später für das Automobil – nahm die klassenspezifische Segregation¹⁶ zu. Durch Randwanderung und Verlassen der sehr dichten Stadtviertel seitens des Bürgertums nahm neben der physischen, auch die ohnehin große moralische Distanz zu (siehe Angst vor Seuchen und moralischem Verfall¹⁷).

Die Zuspitzung der industriekapitalistischen Entwicklung und die Ver-

elendung der Lebensumstände für die Mehrzahl der Großstadtbewohner verlangten nach Reformen. Auch aus machtpolitischem Kalkül wurden staatliche Institution und Verwaltung als Kontroll- und Regulierungsinstanz eingeführt (vgl. MARX, 1971 [Orig. 1859]). Während Bildungs-, Gesundheits-, Sicherheits- und Wohnwesen¹⁸ ihren Zuständigkeitsbereichen zufließen, wurden Tarifautonomie und Wirtschaftspolitik ausgeklammert. Allenfalls industriekapitalistische Entwicklung und technischer Fortschritt setzten liberale und offene Haltung voraus. Die Großstadt war damit ein Ort für Freiheit, Innovation und Modernität. Hier elaborierten neue Kollektivitätsformen sowie politische, kulturelle und intellektuelle Strömungen. Gerade hier begann die kritische Auseinandersetzung mit den völlig neuen Lebensweisen, aber auch den negativen Auswirkungen und den inhumanen Arbeits- und Lebensbedingungen.¹⁹ Diese literarische und publizistische Auseinandersetzung war der Vorbote von Großstadt- und Gesellschaftsforschung²⁰ bzw. Raumökonomie²¹. So entstand in den 1830er-Jahren die neue Disziplin Soziologie²².

In der neuen Industriegesellschaft spielten Klassentrennung und hierarchische Gesellschaftsstrukturen weiterhin eine wichtige Rolle. „Beruf und Stand galten als vorbestimmt“ (WEBER, 1920, S. 71) und wurden weder von den *oberen* noch von den *niederen* Klassen in Frage gestellt. Zudem wurden Verstädterung und Land-Stadt-Wanderung „bewusst gepflegt“. Hier in der Großstadt ermöglichte die „industrielle Reservearmee“ (vgl. MARX, 1971 [Orig. 1859]) niedrige Tageslöhne und steigende Arbeitsproduktivität; Arbeitslose und Hungernde²³ fungieren in der Funktion der Abschreckung. Die Implementierung von protestantischen Tugenden in die Arbeitsethik und die Institutionalisierung der Industrie-Arbeit leistete einen wichtigen Schub in Richtung des „okzidental“ Kapitalismus (WEBER, 1920).

Der oben genannte Kontext setzt einen ersten Rahmen für die Entwicklung des eigenen Stadtforschungsverständnisses. Kurzum sind es drei Traditionen: Die *erste* resultierte aus der universalen Gesellschafts- und Planungstheorie HEGELs und MARX' und hat zwei Hauptrichtungen: (1) Formulierung makroskopischer Betrachtungen und Analyse der Problematik des Industriekapitalismus, der Kapitalformation (bzw. Vermehrung) und der Klassenbildung und (2) Implementierung oder sogar Erzwingung von Veränderungsprozessen in der gesellschaftlichen Praxis. Die *zweite* Tradition geht mit einer technokratischen Auffassung und dem praktischen Städtebau einher und basiert auf realpolitischen, ökonomisch-rationellen, technisch-messbaren Kriterien und letztendlich Reproduktion hierarchischer Strukturen und existenter Machtkonstellationen.

tionen. Eine *dritte* Tradition beinhaltet möglicherweise beide vorhergehende und fordert mehr oder weniger extrem Veränderungen und Gegensteuerung²⁴ durch konkrete Konzepte (oder Utopien). Ein Beispiel dafür ist die Gartenstadtidee, die baulich nur partiell (Stadtteile und Vorstädte)²⁵ und gesellschaftlich noch weniger umgesetzt wurde.

Die *Klassik* der Forschung der großstädtischen Gesellschaft lässt sich zweifelsohne mit den Anfängen der Vergroßstädterung verbinden. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jhs. tauchen die ersten wegweisenden Ansätze auf, die heute noch hohe Relevanz besitzen. So das gesellschaftstheoretische Werk Emile DURKHEIMS (1858-1917), das für die hier vorgestellte Forschung wichtig ist, weil seine Gesellschaftstheorie über die Ökonomie hinausgeht und Wirkungen von zunehmender Arbeitsteilung²⁶ und sozialer Differenzierung in der komplexen Stadtgesellschaft analysiert. Darin stellen die diachronen Begriffe „Moral“, „Solidarität“, „Gesellschaft“, „Kollektivität“, „Individualismus“ und „Dichte“ eine Grundlage auch für die Auseinandersetzung mit Gemeinschaft, Gesellschaft und Zusammenleben dar. Da in der Großstadt die „Menschen stark zueinander“ drängen, kommen sie „oft in Berührung“, wodurch sie in vielfacher Weise „miteinander in Beziehung treten“ (DURKHEIM, 1999 [Orig. 1893], S. 111). Bei den Interpretationen lehnt sich diese Arbeit sowohl an seine „Moral“- und „Solidarität“-Begriffe als auch an den strukturelle Zusammenhalt und die „soziale Solidarität“ an (ROSKAMM, 2011, S. 20). Besonders anregend sind DURKHEIMS Ausführungen zu den Modernisierungs- und Transformationsprozessen in der verdichteten Großstadtgesellschaft. Die Differenzierung zwischen „mechanischer“ (kollektiv) und „organischer Solidarität“ (modern, individuell) beschreibt die Auflösungsprozesse der einfachen, segmentären Traditionen und Sitten, darunter Religiosität und Familienehre²⁷, durch höhere, arbeitsteilige Formen. Die systemimmanente Arbeitsteilung und zunehmende Ungleichartigkeit stärken die auf individueller Moral ruhende Autonomie²⁸, die allerdings immer noch in Form einer kollektiven Solidarität geschieht (ebd.) bzw. im neuen gemeinsamen Bewusstsein. Diese „höhere Entwicklungsstufe von Individuum respektive Gesellschaft“ (ROSKAMM, 2011, S. 22) wird durch „moralische Dichte“ bzw. die „Dichte der Gesellschaft“ erreicht. Je stärker diese, desto höher die gesellschaftliche Entwicklungsstufe (ebd.). Auch sein Zeitgenosse Max WEBER (1864-1920) ist mit seiner anspruchsvollen differenzierten Perspektive auf tiefgreifende, allgemeingültige Verstehens- und Erklärungsmuster von Kausalitäten beim Verstehen und Analysieren der Gesellschaftsformationen in den untersuchten Teilräumen, aber auch der metropolregionalen Gesellschaftsformation hilfreich. Die jeweiligen

sozioräumlichen, kulturellen Spezifikationen der Entstehung der industriekapitalistischen Gesellschaft im Mittelalter bis zum „modernen okzidental Rationalismus“²⁹ bilden zudem eine Brücke zu den Entwicklungsprozessen und den nachfolgenden Stadtforschungsschulen (siehe weiter unten). WEBERs Erweiterung des MARX'schen Klassenkonzeptes um Leistungsqualifikationen und Bildungsprozesse (WEBER, 1920a, S. 177ff.), seine weniger strukturalistische Analyse des *Entstehungsmoments* der modernen Großstadt und ein Gesellschaftsmodell, das in einem historischen Kontext (1920b) und an der jeweiligen lebensweltlichen Rationalität der Akteure mitsamt ihrer Handlungen und Ziele bei der Gestaltung des sozialen Lebens eingebettet ist (vgl. Rationalitätstheorie), bietet eine Grundlage für die zeitgenössische Stadtforschung.

Der Kontext des Gesellschaftswandels in der industriellen Großstadt stellt eine Parallele zu derzeitigen Prozessen dar. Die Verbindung des von „Reizen überfluteten und zur Blasiertheit prädestinierten“ Großstadtmenschen (vgl. SIMMEL, 1903) zu den aktuellen metropolitanen Subjekten samt Kommunikations- und Sozialisationsmodi, Verhalten und Konditionierung lässt eventuell nach Eigenschaften des entsprechenden *Metropolmenschen* suchen. SIMMELs Früherkennungen³⁰ gehören zu den einflussreichsten Texten der Stadtsoziologie (SCHÄFERS, 2006, S. 78). Die Anonymität der Großstadt, die „eine Art und ein Maß persönlicher Freiheit“ gewährleistet, aber auch die Moralabstinenz und Indifferenz der Großstädter, die Rationalisierung und Versachlichung der Beziehungen sowie Auflösung traditioneller Bindungen ausprägt, ist ein Indiz für Individualisierung und veränderte Sozialpraktiken (SIMMEL, 1903, S. 198).³¹ Sie lässt Parallelen zum Heute erkennen. Das gilt auch für die Großstadtfeindlichkeit, wobei das neue Babylon der okzidental christlichen Moral³² diesmal die entkoppelte Kernstadt mit ihren Entfremdungs-, Kriminalitäts-, Migrations- und Genderfragen ist.

Einen weiteren erwähnenswerten Handapparat bietet die *Chicago School of Urban Sociology*.³³ Chicago war ein Produkt der industriell-urbanen Expansion in den USA³⁴ und auch hier führten Stadtwachstum und Fabrikbau zu unmenschlichen Lebenszuständen, aber sie drängten auch die „Menschen stark zueinander“. Das Mosaik aus Bürgertum, Minderheiten und Subkulturen („natural areas“) steuerte auf rapide sozialräumliche Differenzierungen und Segregationsprozesse zu. Der Stadtraum wurde zum Experimentierfeld von Stadtleben, aber auch von Forschung. Das Erbe der Chicagoer Schule ist ihre bedingungslose „empirische Orientierung“ und die „Forderung eines unvoreingenommenen und zweckfreien empirischen Vorgehens“, das sowohl die Dokumentations- und

Analysemethoden als auch die Gesamtperspektive auf Großstadt, Gesellschaft und Stadtentwicklung revolutionierte. Bis dahin gab es eben eine „Bibliotheksoziologie“ oder eine „christliche“ bzw. „evangelikale Soziologie“³⁵ (LINDNER, 2004, S. 177). Ihre radikal libertäre Ausrichtung förderte das durchaus positivistische Programm des US-amerikanischen Sozialdenkens (vgl. BOUNDS, 2004, S. 18f.). Im Verständnis der Stadt „als Mentalität“ (wie SIMMEL) und sozialer Organismus mit individuellen und kollektiven Verhaltensformen (CHTOURIS/HEIDENREICH/IPSEN, 1993, S. 22) war der darwinistische Konkurrenzkampf ums Dasein einbezogen. Zentral für diese Arbeit sind Ezra PARKs Interaktions-Attribut („interaction“)³⁶ und „die äußere Parallele zu den Wachstumsprozessen der peripheren Städte, die mit den Problemen eines immensen Stadtwachstums, sozialer Anomie und Unruhen konfrontiert sind“. In der Forschung wurde „nach Gesetzmäßigkeiten“ gesucht, „die den Wachstumsprozess steuern und dem Sinn einzelner Prozesse und Phasen“ nachgehen (ebd., S. 23). Der Einfluss der Chicagoer Schule auf die soziologische Forschungspraxis war immens, nicht nur BURGESS' frühe Theorie zu den konzentrischen Zonen („concentric zone theory“), sondern auch die zweite und dritte Forschergeneration haben vielseitig und bahnbrechend die Sozial- und Stadtforschung geprägt und mit Begriffen wie „Sozialität“, im Sinne von Soziales als dritte Form des Selbst (George Herbert MEAD³⁷ zusammen mit Herbert BLUMER), bereichert. Louis WIRTH versuchte die Komplexität und städtische Merkmale auf „Dichte, Größe und Heterogenität“ zu reduzieren (1938, S. 48). Seine positive Haltung zum Verlassen der verdichteten Innenstädte durch die wachsende Mittelschicht (v. a. sog. White-Anglo-Saxonian-Protestants) und zur Suburbanisierung³⁸ wird in seinem Essay „*Urbanism as a way of life*“ deutlich (ebd., 1938; dt. 1974). Sie bringt den Zeitgeist der Hochphase von Fordismus³⁹ und Suburbanisierung zur Sprache. Die spätere differenziertere Auseinandersetzung und atemporale Unterscheidung nach urban-suburban bzw. städtisch-ländlich, vorindustriell-städtisch und massenhaft industriell-städtisch von Herbert GANS („*Urbanism and Suburbanism as ways of life*“, 1974) untersuchte die Suburbaniten – insbesondere die untere Mittelschicht – und ihre Motive; inzwischen wohnte die Mehrheit in Vororten relativ geringer Dichte, hoher sozialen Homogenität und in Eigentumsstruktur (GANS, 1974, S. 67f.). Auch hier verfolgten die Suburbaniten den Wunsch nach „quasi-primary“ bzw. „quasi-primären Lebensweisen“ im lokalen Alltag. Weit verbreitet waren Merkmale wie „Konformität“ oder „Altruismus“. Nicht die Raumfunktion, sondern die feste Absicht sowie aktive Handlung und Entscheidung auf die der Markt nur reagiert haben soll,⁴⁰ waren für die Rand-

wanderung relevant.⁴¹ Generell lässt sich aus späterer Sicht eine Reihe von Kritikpunkten zum Raumverständnis der Chicagoer Schule geltend machen. Sie geht zum Beispiel von vorgegebenen Größen und unterschiedlich großen Raumbehältern aus (LÖW/STEETS/STOETZER, 2007, S. 36). Zum anderen beschränkt sie sich myopisch auf die Stadtgeschichte, während städtische Besonderheiten unpolitisch blieben bzw. Raum und Räumlichkeit entpolitisiert wurden (vgl. Neuökonomie bzw. neoliberale Schule). Interpretationen betrafen größtenteils die Oberfläche der Erscheinungen oder Verhalten (SOJA, 2000, S. 93).

Gerade wenn Nachkriegsentwicklungen im Stadtraum betrachtet werden, kommt der Machtfrage und dadurch der Re-Politisierung eine zentrale Bedeutung zu. Sowohl der Staat und die Politik (einschließlich staatlicher Raumordnung und -planung) als auch die Ökonomie und Privatwirtschaft ringen um die Beherrschung von Raum. Wohlfahrtsstaat und Industrie optimierten in dieser Zeit die fordistischen Strukturen (Akkumulationsregime). Homogenisierung, Fragmentierung und Hierarchisierung griffen auf den städtischen Raum über. Die „orthodoxe Stadtplanung“ (JACOBS, 1961) verfolgte bedachtsam Konzepte wie autogerechte Stadt, Zonierung und randstädtische Entwicklungen (siehe auch Großsiedlungen). Die verfehlten Neuplanungen und Eingriffe in den Bestand verwüsteten teilweise ganze Stadtbereiche oder führten monostrukturelle Viertel (z. B. reine Wohngebiete oder Geschäftsviertel) herbei und beschleunigten letztendlich das Absterben der Innenstädte. Mit dem Siegeszug des Automobils und seinem Aufstieg vom Mittel zum Zweck war der Suburbanisierungsprozess unaufhaltbar geworden. Dem damit herbeigeführten Tod zuerst der US-amerikanischen Innenstädte (ebd.) folgte – auch wenn nur langsamer und im kleineren Umfang⁴² – jener der „Europäischen Stadt“⁴³ (HÄUSSERMANN/SIEBEL, 1987; SIEBEL, 2000).

Stadtviertel, Straße und öffentlicher Platz stellen Räume der Repräsentation dar und wurden – wie andere Lebensbereiche – vom Politisierungsdiskurs gegen Ende der 1960er-Jahre erfasst. Henri LEFEBVREs Werke – inzwischen Standardwerke in den Raumwissenschaften⁴⁴ – leisten neben Kritik an Krieg und Imperialismus, Entfremdungs-, Zerstörungs- und Exklusionsphänomenen (vgl. LEFEBVRE, 1968) auch Kritik an der urbanen Entwicklung Frankreichs. Der Thematisierung der Standardisierung und Funktionalisierung bei der Umgestaltung der Innenstädte, einerseits Massenbau von Sozialwohnungen am Rand, andererseits flächenextensiver Bau von Einfamilienhäusern, liegt eine Auseinandersetzung mit Stadt und verstädterten Raumstrukturen zugrunde.⁴⁵ Das oktroyierte gesellschaftliche und ökonomische Modell wird infrage gestellt, aller-

dings anders als in der neo- oder klassisch marxistischen Tradition.⁴⁶ Die Umkehrung der „Analyse von MARX und der Marxifizierung der Analyse des Raums zu [einer] Verräumlichung des Marxismus“ (vgl. SOJA, 1989) kommt humanistischen und pluralen Ansätzen näher, indes im Raum Mehrdimensionalität und Nicht-Starrheit erkannt werden. Raum-ablesbarkeit und Rezeptionen umfasst auch die physische, mentale und soziale Dimension.⁴⁷ Raum ist weder nur materialistisch (Objekt) noch nur ideell und steht reziprok zum gesellschaftlichen (Re-)Produktionsprozess; nicht im Bruch, sondern in Kontinuität und kumulierend (Menschen, Techniken, Wissen, Güter, Kapital).

Die Re-Politisierung der Stadt und Stadtdiskurse nehmen neue Formen an. Städtische Rebellions- und Widerstandsformen (BRENNER/MARCUSE/MEYER, 2012; KÜNKEL/MAYER, 2012; HARVEY, 2012) gewinnen im krisenhaften fordistischen Wirtschaft- und Gesellschaftsmodell der sog. Industriestaaten an Bedeutung. Die lange erkennbaren Dissonanzen in der kapitalistisch geformten Stadt – eine „inequalities-generating machine *by its very nature*“ (kursiv im Original; HARVEY, 1973) – bekommen eine neue Qualität, werden unter anderem auch von der Planung und Verwaltung gefördert oder in Kauf genommen, z. B. werden im Rahmen von „urban renewal“-Strategien direkt oder indirekt „poor people removal“ durchgesetzt (ebd.).

Zurück auf die marxistische Argumentationslinie muss also die „Finanzialisierung des Kapitalismus“ und die neue Möglichkeit von Mehrwert-schaffung und Kapitalakkumulation⁴⁸ mit großer Skepsis gesehen werden. Der Einzug neoliberaler⁴⁹ ökonomischer Modelle (HARVEY, 2005, S. 39ff.) veränderte Spiel- bzw. Gesellschaftsregeln radikal. Demontage von Wohlfahrtsstaat und Sozialpolitik, Korrosion von Gewerkschaften und weitgehende Privatisierung und Liberalisierung waren die eine Seite der Medaille, Kapital- und Gewinnmaximierung durch finanzspekulative, renditeträchtige Geschäfte und anrühige Praktiken die andere. In dieser globalen Version der „Re-Etablierung der Kapitalakkumulation und der Wiederherstellung der Macht ökonomischer Eliten“ (ebd., S. 19) kommt den Städten, allen voran den Globalstädten des Kapitals eine zentrale Rolle zu (vgl. FRIEDMANN/WOLFF, 1982; FRIEDMANN, 1986; SASSEN, 1991). Dieser von Profit- und Leistungsorientierung beherrschte Monetarisierungsdiskurs verbreitete sich epidemisch auf Raum und Gesellschaft. Ein dauerhafter Transformationsmodus mit neuen Hierarchie- und Zeit-Regimes machte sich erkennbar (vgl. „time-space-compression“ HARVEY, 1989, S. 240; oder „Netzwerkgesellschaft“ CASTELLS, 2001). Die neokapitalistischen Raumprozesse entfalteten auf

Stadt und Lebensräume⁵⁰ eine doppelte Wirkung. Die herausgebildeten metropolitanen Strukturen und die Gesellschaft waren schwerer zu erfassen und zu organisieren. Unregierbarkeit und zentrifugale Phänomene machten sich breit. Ein allgemeiner Kampf um Aneignung von Räumen setzte ein, der anders als in der industrialisierten Stadt, nicht in der Fabrik, sondern in diesem nun metropolitanen Raum stattfindet. Der neue Diskurs wird von Fragen wie „Welche Stadt wir wollen und von welcher wir uns nicht trennen können, welche soziale Bindungen, Beziehung zur Natur, Lebensstile, und welche technologischen und ästhetischen Werte wünschen wir uns?“⁵¹ geprägt (HARVEY, 2012).

Einen Überblick über Reterritorialisierung sowie Zentralisierungs-, Peripherisierungs- und Metropolisierungstendenzen verschaffte dieser Forschung die sog. Los Angeles School of Urban Studies⁵². Was Chicago für die Moderne war, stellt nun Los Angeles mit seinen in extremer Form auftretenden Symptome ein Paradigma für die Postmoderne dar (GARREAU, 1991; SOJA/SCOTT, 1996; DEAR, 2002; HALL, 2006 u. v. a.).⁵³ Was die *L. A. School* reizend macht, ist die unkonventionelle, werkstattliche und patchworkartige Herangehensweise beim Ablesen und Interpretieren von Raumstrukturen bzw. metropolitanem Raum, die in der deutschsprachigen Stadtforschung kaum vorhanden ist. Zudem stellt sie eine Brücke zur Regulationstheorie dar, die einen „unmittelbaren Einfluss auf die Raumvorstellungen“ der *L. A. School* ausübte (BECKER, 2002, S. 203f.).

Die einschleichende *Amerikanisierung* europäischer Städte, vielleicht sogar *Kalifornisierung* US-amerikanischer und anderer Metropolen weltweit, ist keineswegs eine abwegige Fiktion.⁵⁴ Das metropolitane „Kaleidoskop“ L. A. (vgl. FRÖHLICH, 2004) ist ein Extremparadigma von Stadtentwicklung und sogar eine kulturelle Ausdrucksform des Spätkapitalismus und der Postmoderne (JAMESON, 1984). Vor allem in Bezug auf Migration, Verschuldung, Unregierbarkeit, Glamourisierung, Hedonismus⁵⁵, Motorisierung, Kriminalität, Umweltzerstörung u. v. a.⁵⁶ Um eine systematisierte Übersicht zum Stand der neokapitalistischen Stadt zu bekommen, kann man auf die Postmetropolis-Debatte von Eduard SOJA Bezug nehmen. Schon in den 1980er-Jahren (zusammen mit SCOTT) untersuchte er die räumliche Entwicklung von L. A.: Abkehr von den fordistischen Produktionsweisen und ökonomische Umstrukturierung in den 1970er-Jahren und Investitionen in High-Tech, Business und Finanzen, Mode und Handwerk, Film- und Musikindustrie oder Fremdenverkehr. Billiglohnarbeiter und unqualifizierte Dienstleister – in der Regel eingewanderte (oder eingeschleuste) Migranten aus Latein-

amerika und Ostasien. Die flächenextensive polyzentrale Struktur und extrem hoher Bodenverbrauch führten zu extrem fragmentierten, uferlosen und von hoher ethnischer, sozialräumlicher bzw. politischer Segregation gekennzeichneten Strukturen.⁵⁷ SOJAs späteres Werk *„Diskurse zur Postmetropolis“* (SOJA, 2000) fasst zusammen und diskutiert alle diese Prozesse. Für die vorliegende Arbeit ist das Werk deswegen interessant, weil es all jene Phänomene beinhaltet, die sich immer mehr in europäischen Metropolen wiederfinden lassen. Zudem bieten diese Diskurse die Möglichkeit vorläufig einen Gradmesser bei der Betrachtung der jüngsten Prozesse⁵⁸ anderswo, z. B. in europäischen Metropolregionen wie Berlin und Athen, zu Hand zu haben.

Die Postmetropolis-Debatte setzt an die (1) „postfordistische industriellen Metropole“ und die ökonomische Umstrukturierung (De-/Re-Industrialisierung und Übergang von Massenproduktions- zu flexiblen Produktionssystemen) durch das neue Akkumulationsregime. In der neuen, flexiblen Ökonomie dominieren High-Tech- und Medienunternehmen, Finanz-, Versicherungs- und Immobiliendienstleistungen sowie ein überdurchschnittlicher Anteil an Zulieferern von Diensten (KMUs). Der Diskurs über die (2) „Cosmopolis“ beschreibt die symptomatischen Internationalisierungsprozesse und die Expansion des globalen Kapitals bzw. die zunehmende Globalisierung des Lokalen und Lokalisierung des Globalen. In einer Dualität („Duale Stadt“) koexistieren globalbürgerliche Eliten und lokal-proletarische – teilweise in *Elendsvierteln* wohnende – Bevölkerung. In der (3) „Exopolis“ tritt der Gesichtspunkt der Restrukturierung der urbanen Form das räumliche Nutzungs- und Beziehungsgeflecht in den Vordergrund. Das beinhaltet sowohl Dezentralisierungs- als auch Rezentralisierungsprozesse sowie neuartige komplexe und spontane Nutzungsmuster, die sich immer mehr von den herkömmlichen monozentrischen Modellen und Formen des Städtischen unterscheiden (z. B. „Edge Cities“, „Edgeless Cities“, „Outer Cities“, „Heteropolis“ bzw. „Exopolis“ u. a.). Parallel findet in der (4) „fraktalen Stadt“ eine sozioökonomische Restrukturierung der Städte statt, charakterisiert durch Gentrifizierung der Kernstadt und innenstadtnaher Teilräume (Luxus-Entdichtung durch Wohnraumvergrößerung, exklusive Wohnformen in Lofts, Maisonettes, Studios, *Condos* usw.). Der „Prozess neuer räumlicher Apartheid“ (DAVIS, 2002, S. 252) umfasst neben den ethnischen, sozioökonomischen Säuberungseffekten auch die massiv gewachsenen sozioökonomischen und kulturellen Diskrepanzen: einerseits Yuppies, Dinkies und globale Nomaden, andererseits in stark wachsenden Zahlen Obdachlose, neue „Sklaven“ (teilweise illegal eingeschleuste und von „Besitzern“ gehaltene Arbeiter oder Hauspersonal),

Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger etc. Einige metropolitane Teilräume (unattraktive ältere Stadtteile) geraten in eine Abwärtsspirale: Abnahme von Erwerbschancen, Fehlen von Investitionsanreizen für Gewerbe und Wohnungsbau sowie Konzentration armer Bevölkerungsgruppen. Im (5) „The Carceral Archipelagos“ vollzieht sich die politische und kommunale Restrukturierung der Metropol-region, die in den herkömmlichen Administrationsgrenzen unregierbar und *unberechenbar* ist. Mehr und mehr Deregulierung *zwingt* zur erhöhten Bereitschaft einiger Bewohner selbst für Recht und Ordnung zu sorgen. Zugangsverbote für Außenstehende, Nachbarschaftswachen durch (bewaffnete) Hausbesitzer und generell dauerhafte Debatten über Aufrüstung der Polizei wie ein hochmodernes Militär erweitern die Toleranzgrenzen. Terrorismus und soziale Unruhen (wie in L. A. die *Riots* von 1992) lassen die Nachfrage nach geschlossenen und kontrollierten Siedlungsformen (z. B. Gated Communities) wachsen. Schließlich wird eine (6) epistemologische Restrukturierung erfordert, um neue Verständnisse und Sprachen für Städtisches bzw. Urbanität zu entwickeln. Bezeichnungen wie „SimCities“ deuten auf einen radikalen Wandel hin. Anlehnend an BAUDRILLARD wird das Vordringen von Hyperrealität, Simulation und Simulacra in die materielle Wirklichkeit und folglich ins alltägliche Denken und Handeln thematisiert, indem Stadt zur Hypersimulation und Herkömmlich-Reales mit Imaginiertem vermischt und auch verwechselt wird. Dies stärkt Tendenzen der Flucht in gekünstelte, imaginäre Lebenswelten und in vorgefertigte Muster, wie u. a. von Disneyworld oder Hollywood⁵⁹ (SOJA, 1996, S. 149ff.; ders. 2000, S. 156ff.).

Eine anderweitige Politik und der Eintritt in ein „post- oder hyperneoliberales“ Zeitalter sind nicht erkennbar (MAYER/KÜNKEL, 2012, S. 17). Eher das Gegenteil: Die jüngste Austeritätspolitik⁶⁰ und das Hinsteuern auf weitere Handelsabkommen (siehe auch TTIP/CETA⁶¹) verdeutlichen, wie allgegenwärtig und persistent der Liberalisierungskurs ist und sogar an Härte zunimmt. Insofern sind Prozesse wie im *postmetropolitanen* L. A. nicht nur Schule machend, sondern zeigen perspektivisch, was europäischen Metropolregionen und den hier untersuchten metropolitanen Regionen und Gesellschaften zustoßen kann.

Die „Kolonialisierung der Lebenswelt durch Systemimperativen“ (HABERMAS, 1981, S. 521) findet weit und breit statt. Mit dem zunehmenden Eindringen der Ökonomie in die privat(est)en und intim(st)en Sphären, die „Monetarisierung und Bürokratisierung der Alltagspraxis, sei es in privaten oder öffentlichen Lebensbereichen“ (ebd.), wird der Eintritt in ein neues Zeitalter angekündigt. Dieses Transformationsmoment

schließt die Entfernung von Massen oder Kollektiven ein, die übermäßig einzelne Ichs in den Fokus rücken. *Smarte* Technologien machen es vor. Internet- und Mobilfunk-Plattformen und Algorithmen sind in der Lage solche Ichs für unterschiedliche Zwecke *durchzuscannen*: Überwachung, Reproduktion, Kommodifizierung, Disziplinierung usw.

Für die epistemologische Neuverortung der Metropolregionen müssen globale, metropolitane und individuelle Prozesse transdisziplinär in Form einer Synthese gedacht werden. Die vorliegende Arbeit als „Theorie der Praxis“ (in der Tradition der Werke und Ideen Pierre BOURDIEUs) legt Wert nicht nur den gesellschaftswissenschaftlichen Standardvokabular zu verwenden, sondern auch reflexiv vorzugehen, indem der Forschende in die Lage versetzt wird, sich selbst als Gegenstand der Untersuchung zu betrachten (vgl. BOURDIEU, 1985, S. 50). In Werken wie „*Raum der Lebensstile*“ und „*Elend der Welt*“ sind die bereits angesprochenen Ideen von DURKHEIM, MARX oder WEBER u. a. wiederzufinden. Dadurch werden sie auch hier weitergedacht. Der konflikttheoretische Blick auf die Gesellschaft begreift den sozialen Raum als „Kampffeld verschiedener sozialen Gruppen zum Erringen von ökonomischem, kulturellem und symbolischem Kapital“ (BOURDIEU, 1987). Gerade die Erforschung der zeitgenössischen Verhältnisse, die „Aneignung der knappen Güter“, aber auch die „politische Verfügungsgewalt über die Distribution oder Redistribution der Profite“ (ebd., S. 380) verdeutlichen dies. Zudem stelle sozialer Raum ein Ensemble von Positionen dar, geformt durch Relationen von Nähe und Entfernung (BOURDIEU, 1998, S. 18). Der städtische (oder metropolitane) Referenzraum und die Individuen stehen in ständiger Wechselwirkung. Gerade die Unübersichtlichkeit des Metropolitanen macht Teilräume (hier „Subräume“) und soziale Felder mit ihrer Eigenlogik wichtig. Sie dienen zur Orientierung und Eigenpositionierung, sind also stark identitätsstiftend, wirken jedoch auch auf die Konstitution von „Distinktionslogiken“, die Individuen oder Gruppen nach kulturellem, ökonomischem und sozialem Kapital differenzieren (bzw. „symbolischem Kapital“; ebd., 1985). Die Produktion von „Habitus“⁶² (ebd., 1998, S. 21) und ausdifferenzierten „Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata“ ist weder reflexiv noch „routinemäßig“ und ihre hauptsächlich in den Köpfen stattfindende Konditionierung hat auch mit Referenzräumen zu tun.

Der Annäherungsversuch von Metropole und metropolitaner Gesellschaft mitsamt den komplexen Wechselwirkungen von Habiti, Traditionen, Wertvorstellungen und Normen, aber auch Materie und Körperlichkeit knüpft an sozioethnografische und kulturelle Traditionen an.

Zur lokalen Kultur einer Stadt oder eines Teilraums gehören neben Verhalten und Lebensweise, auch Fähigkeiten wie „geographical imaginations“ (GREGORY, 1994). All das wirkt katalytisch auf die Aufrechterhaltung von Ortsidentitäten, (lokal-)gesellschaftlichen Regeln und Konventionen. Die bereits für L. A. erwähnte „glamouröse Hyperidentität“ (KÜHNE, 2012, S. 352) deutet auf das Vorhandensein von noch unentdeckten, undefinierbaren oder unausgereiften Formen, Prägungen und Stilen hin. Der Vielfalt und den Distinktionen der Individuen gerecht zu werden, könnte sogar neue Forschungsdisziplinen wie die *Geografie der Ichs* in die Wege leiten.

1.2 Wohnen und Zusammenleben: Theoretisch-methodische Annäherungsversuche

»Wohnen und Zusammenleben« ist als Begriffspaar gewiss in keiner Theorie zu finden. Im Grunde bedeute es nichts und alles. Wohnen allein ist ein „historisch und sozial wandelbarer Begriff für die Art und Weise der Unterkunft“⁶³ und damit eher konkret und kann anhand sozialer Bedingtheit, historischen Gewordenseins und künftiger Wandelbarkeiten (HÄUSSERMANN/SIEBEL, 1991, S. 72) sehr präzise definiert werden, bietet sich damit als Gegenstand für historische, sozialräumliche Analysen an. Entsprechendes gilt für das Zusammenleben: die Art und Weise sozialer Beziehungen und die „ständige Symbiose von Menschen“. Es stellt sich damit eher die Frage, was eine Forschung mit diesem Begriffspaar im Sinne hat, geschweige denn anstellen solle?

Die Suche nach Sinn und Inhalt beginnt zunächst bei trivialen Fragen wie: Ist Wohnen ein menschliches Bedürfnis⁶⁴ oder lediglich ein „performatives Geschehen“ (HASSE, 2008, S. 10)? Ist es ein Grundrecht und wenn nicht, weshalb? Wo findet Wohnen statt? Was ist dafür nötig: ein Ort oder ein Bau bzw. ein Haus oder eine Wohnung? Impliziert Wohnen auch den Wohnort und wenn ja, welcher wird präferiert: Land, Stadt oder dazwischen? Was ist stationäres, mobiles oder flexibles Wohnen? Wo lassen sich Wechselwirkungen zwischen Wohnen und Lebensweise erkennen? Stiftet Wohnen Identität? Welche Sozialformen gibt es: mit, bei wem oder allein wohnen? Hat »Wohnen und Zusammenleben« per se mit ideologischen, evolutionistischen sogar utopischen Ansprüchen zu tun? Oder *nur* mit anthropologischer Konstante? Wohnen ist auf alle Fälle mehr als ein *Dach über dem Kopf*. Laut Weltgesundheitsorganisation schließt „Wohnunterkunft“ und „Zuhause“ auch das „unmittelbare

Wohnumfeld und Nachbarschaft“ mit ein (WHO, 2010). Ein halbes Jahrhundert zuvor zählte BOLLNOW neben Wohnung und Haus auch Straße und Stadt zum Raum des Wohnens (1963, S. 128).

Für das hier zugrunde gelegte Verständnis wird deutlich, dass »Wohnen und Zusammenleben« über das Zusammenwohnen in einer Wohnung oder in einem Haus hinausgeht. Wohnen für sich war für WEBER bereits die Stelle „zwischen Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung⁶⁵ als Weiche der Sozialisation“ (HASSE, 2012, S. 481) und auch SIMMEL sah in den Wohnformen eine Wechselwirkung zwischen Individuen und sozialen Gruppen (1957, S. 224). Wohnen ist unbestritten „ein Lebensmittelpunkt, Rückzugsort, aber auch ein Wohnumfeld und die erste Stufe der Einbettung des Individuums in die Gesellschaft“ (HÄUSSERMANN, 1992). Wohnen und Zusammenleben ist also Gegenstand mehrschichtiger sozialräumlicher, psychosozialer Prozesse und Hauptbestandteil – vielleicht gar ein Gradmesser – urbanen und metropolitenen Lebens. Die Suche nach metropolitenen Wohn- und Zusammenlebensformen basiert darauf und zielt sowohl auf empirische Beweise wie urbaner/metropolitaner Alltag, sozialräumliche Praktiken als auch auf das Aufzeigen relevanter Diskurse.

Begrifflich und räumlich werden Haus/Wohnung, Heim, Wohnumfeld und Nachbarschaft oder Gemeinschaft, Heimat und Identitätsstätte anhand der Empirie an (neue) Bedeutungen – sowohl etymologisch als auch emotional – geknüpft. Die „leibliche Selbstgewahrwerdung in Umgebungen“ (HASSE, 2008, S. 12) findet darin eine angemessene Berücksichtigung, zumal Leiblichkeit (nicht Körperlichkeit!)⁶⁶ konstituierend auf die Verortung und Orientierung in physischer und psychischer Realität sind. Insofern erlauben „lebensweltliche Praxen des Wohnens in den Städten“ empirisches Textmaterial zu gewinnen, das die Denk- und Interpretationsgrundlage bildet (Kapitel 3 und 4), durch Rückkopplung zu theoretischen Positionen Wissenschaft und Raumplanung „zu einem erweiterten (Selbst-)Verständnis [zu] verhelfen“ (ebd.).

Ferner stellen »Wohnen und Zusammenleben« einen szientistischen *Vorwand* und Mittel zum Zweck des Zugangs zu Lebenskontexten dar, um ein Bewusstsein und Wissen zur Infragestellung des Selbstverständlichen zu generieren. Hierbei werden kollateral komplexe und verzwickte Angelegenheiten thematisiert. Nicht zugehörig sind Katalogisierungen von Wohnstandortqualitäten und Heimatgefühlsfaktoren, Quantifizierung von Wohnzufriedenheitsskalen und Wohnstilen oder Auflistungen von Lösungsansätzen für Nachbarschaftskonflikte u. Ä., die ausreichend in marktorientierten wissenschaftlichen und nicht-wissenschaft-

Dementsprechend haben Wohnen, aber auch Wohnumfeld einen identitätsstiftenden oder identitätsverratenden Charakter. Wenn die sozial-räumliche und -psychologische Dimension berücksichtigt werden sollen, dann kommen Schutz- und Sicherheitsbedürfnisse und die Abgrenzung von äußeren Gefahren dazu. Anthropologische Grundkonstanten, wie naturgegebene und ursprüngliche Rundformen⁷¹ (Höhlen) boten Menschen die „ersehnte Behausung“ sowie Sicherheit und Geborgenheit, wie im Mutterleib (vgl. FREUD, 1930). Die ersten zumeist eckigen Bauformen und rechtwinkelige Bauten⁷² ersetzen diese Formen und verstärken die Dichotomie zwischen (dem konstruierten) Innen und (dem natürlichen) Außen bzw. der „feindlichen Außenwelt“ (BOLLNOW, 1962, S. 21). „Die umgebenden Wände“ wurden zur „dritten Haut“⁷³ und das „Verständnis des Wohnens und Bauens“ wird dadurch körperlich (vgl. FUNKE, 2006, S. 13). Die Erweiterung der „eigenen, persönlichen Raumsphäre“ erfolgt vom „Leib her sukzessiv“ und erschließt alles Räumliche im „räumlichen Leben“ (JANSON/WOLFRUM, 2008, S. 95 zitieren GOSZTONYI, 1976). In der Aneignung oder sogar *Eroberung* von Raum ist eine körpernahe, leibliche⁷⁴ Erfahrungsebene. Die ideelle und gegenständliche „Ausdehnung [des] Körpers“ resultiert aus dem Bedürfnis im umfriedeten, privaten Raum, *wohnend* (gestaltet bzw. aneignend) das „Selbst“ zu inszenieren (FUNKE, 2006, S. 20f.).

Im Wohnen findet vorübergehend auch die Entlastung des Individuums von gesellschaftlichen Bindungen, immer im Wechselspiel zum Außenraum statt (SIMMEL, 1903), zumal erst der Innen-Außen-Gegensatz „Gruppendenken ermöglicht“ und „kollektive Symbole“ erzeugt, die reziprok zum „Denken und Fühlen des Einzelnen bzw. der sozialen Schichten und des Kollektiven“ stehen (ebd., S. 238). Die Komplexität und Überforderung der Draußen-Welt bestimmen die Stärke dieser sozialen „Immunsysteme“ (SLOTERDIJK, 2005, S. 402). Je stärker, desto wichtiger die abfedernde Funktion des Innen. Wäre es so, dann erschwert die moderne flexible und beschleunigte Lebensweise die (Wieder-)Herstellung der „Weltbeziehung“ (ROSA, 2012), mit der das primäre Bedürfnis nach physischem Schutz (Natur, *Eindringlinge*) immanent wird.⁷⁵ Angstlandschaften und unübersichtliche *Zwiterräume*, steigern jedoch das Bedürfnis nach „Ruhe-, Entspannungs- und Kompensationsräume“ (HASSE, 2012, S. 483). Moderne Versionen des Selbst, Selbstverwirklichungsdenkens der Leistungs- und Erfolgsdruckkulissen, medialen Umcodierungen (z. B. von öffentlich/privat; vgl. „Tyrannei der Intimität“, SENNETT, 1974), Distanzierungs-, Ausweich- und Distinktionskultur sind nur weitere Determinanten, die auf das Verhältnis zum Wohnen und eine „Innenkehrwendung und Intimisierung des Woh-

nens“ hinwirken (FUNKE, 2006, S. 238f.). Erfolg dringt nach Außen, während existenzielle Sorgen und Unsicherheiten vor sozialem Abstieg, Arbeitslosigkeit oder Scheitern im Privaten verbleiben. In einer „zweifelhaften Lifestyle-Modernität“ (SELLE, 1993, S. 11) geht es letztendlich um die Dauerproduktion von *Lifestyles* bzw. Wohnstilen, die mehr oder minder subtil Wohnen emotionalisieren bzw. umcodieren und von seiner natürlichen Funktion entfremden. Durch die „Ideologie der Selbstverwirklichung“ steigt Wohnen zu einem statushaften Kunsterzeugnis und Projektionsraum der Befriedigung sekundärer, tertiärer oder gar „triebhafter“ Bedürfnisse auf (HÄUSSERMANN/SIEBEL, 1991, S. 73).

Die Industrialisierung (Fremdarbeit in Fabrik, Büro, Geschäft) und der Etatismus führten zur „funktionalen Entkernung“ des Wohnens. „Heim“ als fester, zentraler Platz im Leben nahm an Bedeutung ab (vgl. HÄUSSERMANN/SIEBEL, 1996). Im Fordismus kam es zur stärkeren funktionellen Trennung und Entflechtung von Arbeit, Wohnen und Freizeit. Die Modernität verlangte sogar die funktionale Entkoppelung, Entkernung und Monofunktionalisierung des Wohnens (siehe auch Le CORBUSIERS „Wohnmaschine“). Abseits von Sentimentalität, Verwurzelung und Vertrautheit waren individuelle Leistungsbereitschaft und optimierte Lebens-, aber vor allem Arbeitsprozesse und Produktivität wichtiger. Für noch mehr Leistung und höhere Produktivität wurden nicht nur die Technologie, sondern auch die „Flexibilisierung und Subjektivierung der Arbeit“ erforderlich (WEISCHER, 2011, S. 94). In der neokapitalistischen Utopie fördern Selbstverwirklichung⁷⁶ und „Glorifizierung der Erwerbsarbeit“⁷⁷ (HIRSCH, 2012, S. 26; siehe weiter ARENDT, 2003, S. 80) neue Selbstausbeutungsmodelle. Die »Neue Selbstständigkeit« lässt die Grenzen zwischen *Job*/Arbeit und Privatleben zunehmend verwischen. Jüngere und nachkommende Generationen werden doppelt benachteiligt: Schlechtere Bildungschancen gehen mit prekären Arbeitsverhältnissen in einem leistungs- und wettbewerbsorientierten Arbeitsmarkt einher.⁷⁸ Die direkte Implikation von Wohnen und Zusammenleben ist hier evident, wenn die Polarisierung von ökonomisch *Integrierten* und *Versagern* betrachtet wird. Für die einen ist derselbe Ort ein Ruhe- und Entspannungsraum, für die anderen ein Rückzugs- und Abschottungsort. Nicht weniger relevant ist der verlängerte Aufenthalt im Elternhaus oder die aufgeschobene und sogar nicht stattfindende Haushalts- oder Familiengründung und Reproduktion (ILO, 2012). Die Rückkehr von Funktionen zum Wohnen oder die Verlängerung des Aufenthalts in den eigenen vier Wänden deuten ebenso auf eine Ent-Entkernung des Wohnens hin: Ambulanz (statt Krankenhaus; siehe Einschnitte im Gesundheitswesen), Hauspflege (statt Alten-

verlangt vom Wohnenden indes »mehr« als die Fähigkeit zum asketischen Verweilen an einer Stelle“ (HASSE, 2008, S. 10). Die diffusen, ephemeren und sich wandelnden Zustände in der Stadt sind „nicht allein der physischen Bewegung materieller Körper“ zu verdanken, viel wichtiger ist die „affektive Disposition“ im Alltag (ebd., S. 11), wie diese in den sozialen Beziehungen und der Kommunikation im Wohnumfeld und in der Stadt manifest werden, d. h. auch im Zusammenleben sowie in disponierten Denkweisen und Mentalitäten.

... übers Zusammenleben: Eine erste Assoziation und ein wichtiges Attribut von Zusammenleben stellt die Sozialräumlichkeit im Haushalt, in der Nachbarschaft, im Stadtviertel oder sogar in der Metropolregion dar. Definitorisch ist der *Begriff* weniger an diagnostische, sondern vielmehr an programmatische Aspekte⁸⁸ angelehnt. Ein *gutes* Zusammenleben könnte intensive soziale Beziehungen und das Vorhandensein von Solidarität, Gemeinsinn oder Zugehörigkeit bedeuten. Deren Pendant wäre ein *schlechtes* Zusammenleben, womit u. a. Eigensinn, Distinktion, Intoleranz, Exklusion, Verslossenheit hergeleitet werden können. Für die hier angewendete explorative Vorgehensweise wäre vorerst eine allgemeine Definition oder besser gesagt Vorstellung von »Zusammenleben« hilfreich, die erst durch die Empirie und die lebensweltliche Praxis angereichert werden soll.

Die erste Annäherung ist eher philosophisch bzw. politisch.⁸⁹ Grundlegend ist der Bezug zum Handeln und seiner Bestimmung für das „praktische Zusammenleben“ bzw. die Herstellung einer „gemeinsamen Praxis“ in einer „Mit-Welt“ (ARENDT, 2003). Das aristotelische Gesellschaftskonzept sieht eine Dichotomie von „öffentlicher und privater Sphäre“ vor; öffentlich im Bereich des Stadtstaates (*Polis*), und privat im Bereich des Häuslichen einschließlich Familie (*Oikos*). Zuvor wurde die Entwicklung hin zu mehr Privatheit im Wohnen aufgezeigt. Das „Zusammenleben der Menschen in einer gemeinsamen Welt“ erfolgt außerhalb des privaten Bereichs („Raum der Intersubjektivität“), hier praktizieren und üben Subjekte/Individuen gesellschaftliches Zusammenleben. Individuen und Gesellschaft stehen nicht in Widerspruch, je „mehr der Einzelne vergesellschaftet wird, umso mehr individualisiert er sich und auch umgekehrt“ (BRÖCKLING, 2007, S. 24). Die Einzigartigkeit des Menschen innerhalb einer Gesellschaft ist nur dann möglich, wenn die Gesellschaft bereit ist, die Existenz von Individuen und „atomisierten Subjekten“ anzuerkennen (vgl. ARENDT, 2003).⁹⁰ Damit sind Anerkennung und Gewährleistung der Rückzugsmöglichkeit in eine Privatsphäre grundlegend. Rückzug und (Wieder-)Eintreten in die Öffentlichkeit,

in das Handeln und Kommunizieren erzeugen „Gemeinsinn“⁹¹ (ebd.). Die verschiedenen Perspektiven des Öffentlichen machen die Sicht auf die Welt „wirk-licher“ und letztendlich „gemeinsamer“ (ebd.) und damit sind sie Kernelemente von Zusammenleben in Lebens- und Wohnorten.

Der sog. Vater des Liberalismus John Stuart MILL hob „Gemeinsinn, Großherzigkeit oder wahre Gerechtigkeit und Gleichheit“ als Bestandteile von „Assoziation und nicht Isolierung der Interessen“ hervor (zitiert von ELLERMAN, 2012, S. 16).⁹² Der Etatismus und das fordistische Modell mit ihrer Hinwirkung auf eine Massengesellschaft widersprachen allen bisher angesprochenen Grundsätzen. Anstelle „des Handelns“ kam „das Sich-Verhalten“ (ARENDT, 2003, S. 360) und das gesellschaftliche Handeln verkam – mit Beihilfe der „Wissenschaft der Nationalökonomie“ zur Bedürfnisbefriedigung und Verfolgung von Partikularinteressen. In dieser Staats- und Gesellschaftsform bildet „Einheitlichkeit des Verhaltens in der Gesellschaft“ und Konformität die Regel und wurde „mit einer Masse »gerechnet«“ (ebd.), deren Lebensweise sich nicht von denen der antiken Sklaven unterscheidet (ebd., S. 57f.).

Das steigende Intimitätsbedürfnis führt zu einer Störung des Gleichgewichts von *Oikos* und *Polis*, zunächst erkennbar in der „Entfremdung der Subjekte voneinander“. Aus Gemeinsamen wird Jeder-Seinigen, aus „uns“ ein „Ich vs. Du“. Der Rückzug aus dem öffentlichen Bereich spaltet die Gemeinsamkeit; es geht nur darum „so gut es eben geht im Status quo“ zu funktionieren. Dadurch geraten Gemeinsames (Politisches), Interagieren und Miteinander ins Abseits.

Zu den Formen des Zusammenlebens innerhalb eines Wohnhauses bzw. einer Wohnung gehören vorerst die Ehe und die unterschiedlichen Familienformen oder – neutraler – die Haushaltsgemeinschaft. Am aller-nächsten daran, an der Türschwelle und beim Verlassen von Haus oder Wohnung schließt das unmittelbare Wohnumfeld bzw. die Nachbarschaft an. Rein physisch betrachtet, beginnt diese schon bei der baulichen Angrenzung und Nähe auf einer Fläche, an einer Straße oder um einen Platz usw. In der Regel ist es eine „zufällige Konstellation räumlichen Beieinanderwohnens“ (HÄUSSERMANN/SIEBEL, 1994, S. 378). In Max FRISCHs Satz: „Die Nachbarschaften, die ich versuche, sind die geistig-menschlichen, nicht die Wohn-Nachbarschaften“ (In: „*Das Werk*“, Bd. 40, 1953) spricht sich eine potenzielle Haltung zum Nachbarschaftsprinzip aus. Im historischen Kontext hat sich die Haltung gewandelt. Mit der Vergrößerung trat die Befreiung des Individuums von tradierten Strukturen und gesellschaftlichen Konventionen ein. Die entfaltete Individualität und ausdifferenzierte Lebensentwürfe („Stadtluft macht

frei“) steht zum Beispiel im Gegensatz zu Zwang, Fügung und Gehorsam dörflicher und kleinstädtischer Lebensräume. Die soziologische Gemeinschaftstheorie von Ferdinand TÖNNIES sah in Nachbarschaft eine „Gemeinschaft des Ortes“, womit wieder auf das Problem der alten Konventionen gestoßen wird.⁹³

Wohnumfeld und Nachbarschaft haben fürs Zusammenleben eine elementare Wichtigkeit. Hier walten im besten Fall Übersichtlichkeit sowie alltägliche Erfahrbarkeit und Erlebbarkeit, was auch ein Ausgangspunkt für die Entstehung von Gemeinschaft und Gesellschaft sein kann. Die Gemeinschafts- und Gesellschaftsbegriffe sind jedoch im Nachbarschaftskontext mit Vorbehalten verbunden, zumal Gemeinschaft und Gesellschaft sich oft ausschließen. Die naturgegebene Form für das „dauernde und echte Zusammenleben“ (TÖNNIES, 2005, S. 4 [Orig. 1887]), unterscheidet sich erkennbar vom „bloßem Nebeneinander von einander unabhängiger Personen“⁹⁴ (ebd.). Vergemeinschaftung oder Vergesellschaftung, Emotionen oder Rationalität, Lebenswelt oder Systemwelt usw. stellen auf der Viertels- und Nachbarschaftsebene – ähnlich wie Wohnräume – nicht nur funktionale, sondern auch affektive Verbindungen her (vgl. HASSE, 2008).

Letztendlich werden alle, im urbanen wie im suburbanen Raum – gewollt, beabsichtigt oder nicht – zu Nachbarn. Nachbarschaft⁹⁵ ist per Definition eine „soziale Gruppe, die primär wegen der Gemeinsamkeit des Wohnortes interagiert“ (HAMM, 1973, S. 18; ausgewählte Definitionen von Nachbarschaft siehe auch SCHNUR, 2012, S. 453). Was nachbarschaftliche Netzwerke von anderer Primärgruppen (Verwandtschaft, Freundeskreis) unterscheidet, ist jedoch „die Bindung an den Ort der Wohnung“. Wenn Wohnen die „Extension des Selbst“ und „gemeinsame Raumblase der sozialen Einheit Haushalt“ ist, stellt Nachbarschaft deren Erweiterung dar (HAMM, 2000, S. 174). Letzten Endes ist sie Sozialisationsort und mit ihrer identitätsstiftenden Wirkung, sowohl in materieller als auch immaterieller und symbolischer Struktur und ihrem Nutzwert, von nicht zu unterschätzender Bedeutung (ebd., S. 175f.).

Zweckgerichtete Fragen über Nachbarschaftsqualitäten, z. B. gut, schlecht, integrativ, homogen, oberflächlich, intensiv oder schwach, bzw. über optimale Entfernungsradien oder geografische Eingrenzungen sind subjektiv und schwer quantifizierbar. Die Interaktionsdichte der Nachbarschaft hängt von mehreren Faktoren ab: u. a. sozialräumliche Distanz, Erwartungen, Einkommen, Lebenslage und Lebenszyklusphase, aber auch Bildungsstand, Werte, Interesse und sog. gesellschaftliches Kapital.

In der Regel wird ein Mindestmaß an formeller Kommunikation oder an Hilfe in Notsituationen erwartet.

Die *Nachbarschaftspflege* ist in den letzten Jahrzehnten schwieriger geworden. Es stellt sich allgemein die Frage, ob „Nachbarschaft vor Ort in einer immer flexibleren, mobileren und zunehmend individualisierten Gesellschaft“ (BARTOL/MIRBACH, 2012) wirklich eine Zukunft hat. Gestiegene berufliche Mobilität und häufige Wohnortwechsel, deformierte Zeitregimes im Erwerbsalltag, aber auch wachsende Motorisierung beeinträchtigen soziale Beziehungen und Kontakte. Auch postmoderne Geschlechterrollen wie die durch zunehmende Erwerbstätigkeit angestiegene Haushalts- und Ortsabwesenheit von Frauen wirken nachteilig auf Nachbarschaftsstrukturen (mehr darüber RAHN, 2011, S. 176f.). Nun bleibt die Aufrechterhaltung von lokalen Bindungen den weniger mobilen Gruppen wie Kindern und Senioren überlassen. Die durch die Daseinsvorsorge und soziale Sicherheit der modernen Wohlfahrtsstaaten geschwächten nachbarschaftlichen Beziehungen beleben jedoch neuerdings aufgrund von Privatisierung oder Abbau sozialer und gesundheitlicher Leistungen⁹⁶ Nachbarschaftsprinzipien neu. Beifolgend entstehen neue organisierte, professionalisierte Formen wie Nachbarschaftsvermittlungsnetzwerke für soziale oder technische Dienste oder Hilfeleistung. Auch die um sich greifende „Alarmanlagenkultur“ (HÄUSSERMANN/SIEBEL, 1994, S. 13) führte zu mehr Akzeptanz der sozialen Kontrolle oder *beschützenden* Blicke.

Die seit den 1970er-Jahren manifestierte Rückbesinnung auf Gemeinschaft in Verbindung mit dem Aufkommen der neoliberalisierten, flexibilisierten und ökonomisch-rationellen Gesellschaft machten den „Kommunitarismus“ und vor allem die anglifizierte Version die *Community*⁹⁷ wieder aktuell. Solche professionalisierte *Gemeinschaft light*-Konzepte und Lebens-, Wohn- und Zusammenlebensmodelle waren zuerst in US-amerikanischen Suburbs und Exurbs verbreitet. Die Beziehungen der Community-Mitglieder sind in der Regel zweckrationalisiert und verbetriebligt, zumal sie zuallererst als Konsumenten gelten. Die Bildung von Communities ist unter Umständen eine Reaktion auf gesellschaftliche Dissonanzen, siehe sozioökonomische Polarisierung, Prekariisierung, gestiegene Kriminalität usw. Die inklusiven Muster und quasi-primäre Beziehungen innerhalb der Communities gehen jedoch mit Ausgrenzung, Selektion und Separation nach außen einher. Ein Großteil der Community-Mitglieder weist ein hohes Sicherheitsbedürfnis und vertritt oft anti-egalitäre, exkludierende Ansichten, teilweise sogar religiöse Extremität (revisionistisch, neochristlich-bürgerlich, wertbasiert).

Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien lassen neuartige Gemeinschafts-, Selbstorganisations- und Partizipationsformen elaborieren, die nur bedingt lokal sind. Kommunikations- und Interaktionsräume (z. B. digitale Foren, Netzwerke, Plattformen, Blogs oder andere Kanäle) schaffen vollkommen neue Verständnisse und Ausgangsvoraussetzungen bei den sozialräumlichen und kulturellen Praktiken. So entstehen – anders als im Fernsehzeitalter – nun reziproke, immediate Verbreitungs- und Austauschformen. Auch wenn die Vernetzung weltweit stattfindet, spielt dennoch der Raumbezug eine Rolle, da ein großer Teil sich auf den physischen Raum verlagert, also städtische und lokale Lebensräume aneignet.⁹⁸ Lokale Bürgerbewegungen und Initiativen z. B. gegen Partikularinteressen oder kommunalpolitische Handlungen stärken den Gemeinsinn und aktivieren soziale Beziehungen. Lokales Zusammenleben und Gemeinsamkeiten fördern zudem die Ortsgebundenheit und letztendlich die sozialräumliche Identität (siehe auch „place identity“, GRAUMANN/KRUSE, 1978, S. 210). Das Zusammenkommen und Miteinander-Kommunizieren der Individuen in einer gemeinsam angeeigneten Sphäre schafft gemeinsame Werte. Weniger für Homogenisierung, Konformität oder Entstehung einer „Leibfestung“⁹⁹, sondern mehr um das Erleben und Wahrnehmen der realen Vielfalt.

In der individualisierten, flexibilisierten Weltgesellschaft bestimmen das Zusammenleben allgemein nicht allein leibliche und emotionale Bedürfnisse oder kulturelle Eigenarten und starre Traditionen, sondern in stärkerem Maße ökonomische Prämissen. Die neoliberale Ökonomie und das Primat von weniger Staat und Austerität lassen gerade die lokale, unmittelbare Daseinsvorsorge (Schulen, Kultur, Gesundheit, Sozialwesen) und Sicherheit (Polizei, Feuerwehr) verschwinden. Bürgerengagement bzw. die Zivilgesellschaft¹⁰⁰ sollen diese Aufgaben übernehmen. Der neue Diskurs über den *Dritten Sektor*, der neben Staat und Markt existiert spricht von *Selbstregierungs-* bzw. *Selbstverwaltungsformen* (beides aus dem Englischen „self-governance“ übersetzt). So sehr dies begrüßenswert ist, muss jedoch gestanden werden, dass nicht emanzipatorische, sondern ökonomische Motive im Vordergrund stehen. Zugegebenermaßen können hierdurch Bürger mehr Selbstbewusstsein und Autorität gewinnen, um Formen wie „zivile Urbanität“ (PRIGGE, 1992), „Synökismus“¹⁰¹ (SOJA, 2000) oder die lange Zeit geforderte „Selbstregierung der Nachbarschaften“¹⁰² (JACOBS, 1963; vgl. auch „Quartiersmanagement“, „partizipativer Stadtteilausschuss“) näher zu kommen. Auch kleinstrukturierte, regionale und lokale, formelle und informelle Formen, darunter »Grassroots-Bewegungen«, „Gemeinwohl-Ökonomien“¹⁰³ und generell Konzepte wie „collaborative commons“ (RIFKIN,

2014; vgl. *Commons* und Almenden), die ein Beziehungssystem zwischen Menschen und Menschen – und weniger eines zwischen Menschen und Dingen – herstellen, fördern Zusammenleben und Sozialität. Inwieweit heute Merkmale (angelehnt an TAYLOR, 1996) wie (1) Solidaritätsgefühl als freiwillige Bindung an die Institutionen der Selbstregierung, (2) Partizipation, die gegen Entfremdung der Massengesellschaft einen Bürgersinn schafft, (3) gegenseitiger Respekt durch Aufhebung sozialer Ungleichheiten, wodurch erst die Partizipation aller ermöglicht wird, und (4) eine funktionierende Wirtschaftsordnung, wobei dem Kapitalismus in seiner durch 1-3 abgeschwächten Form der Vorrang gegeben wird, von Bestand sind, weist auf einen hohen Empiriebedarf hin, zu dem auch diese Arbeit einen kleinen Beitrag leisten will.

... über die angewandten Forschungsmethoden: Bevor zur Feldforschung übergegangen wird, folgt eine kurze Darstellung der methodischen Herangehensweise. Das empirische Feld bildeten einzelne Lebens- und Wohnräume (metropolitane Teilräume). In diesen Teilräumen sollten Formen des Wohnens und Zusammenlebens explorativ untersucht und der Versuch unternommen werden, Neues zu entdecken und zu verstehen, aber auch Selbstverständliches und Alltägliches neu zu deuten. Die Gespräche mit den Bewohnern und Bewohnerinnen stellten einen sehr unmittelbaren, realitätsnahen und (allgemein)verständlichen Weg für die Exploration von Lebensräumen und Alltagen und wie im hiesigen Fall mithilfe von Episoden der Lebens- und Wohngeschichte über Wohnen und Zusammenleben zu erfahren. Dies konnte am besten mithilfe von qualitativen Verfahren erreicht werden. Qualitative Verfahren erfahren in den letzten Jahrzehnten in der Forschungspraxis eine breite Anwendung (LAMNEK, 2005; FLICK, 2009; HOPF, 2008 u. v. a.).

Die Gesprächspartner haben themengeleitet¹⁰⁴ über ihren Alltag und ihr Umfeld erzählt, wodurch sie Wissen und Informationen zu Wohn-, Lebens- und Sozialpraktiken vermittelten, aber zugleich Zugang zu Denk-, Handlungsweisen, Empfindungen gewährten – und letztendlich zu Daten. Diese Daten bildeten die Grundlage für explorativ-interpretative Überlegungen. Der Fokus war, weder determinierte, allgemeine Aussagen zu treffen noch (rein) deskriptive, normative oder klassifizierende Ergebnisse zu präsentieren. Der Zugang zu den geschilderten Situationen und Praktiken des Wohnens und Zusammenlebens erfolgte themenspezifisch (siehe später), historisch eingebettet in den Lebens- und Wohnalltag des/der Erzählenden. Neben der induktiven wurde eine „abduktive Haltung“ als wichtig erachtet (REICHERTZ, 2013, S. 89), was nichts anderes heißt als Forscher jene Fähigkeit zu entwickeln, das durch

Empirie gewonnene Datenmaterial gegen eigene, im Vorfeld der Untersuchung angestellte Vermutungen, Annahmen und/oder Vorurteile „abduktiv ab- oder umzuschleifen“ (ebd.). Das gilt auch für den weiteren Verlauf, in der interpretativen Arbeit. Die Interpretation schließt sich an die Tradition der Phänomenologie¹⁰⁵ und an die hermeneutischen Regeln des Verstehens aus der „sozialwissenschaftlichen Hermeneutik“¹⁰⁶ (vgl. SOEFFNER, 2008, S. 164), der „Phänomenologischen Lebensweltanalyse“ (SCHÜTZ/LUCKMANN, 1984) und der „soziologischen Beispielhermeneutik“ (HAHN, 1994; ders., 2009: „beispielhermeneutische Wohnforschung“) an. Für die Beispielhermeneutik, „jedes Beispiel bedeutet eine konkrete Allgemeinheit“ und dies dient dazu das „»implizite« Wissen des Allgemeinen“ zu verstehen und zu deuten (HAHN, 2009, S. 75). Der „lebensräumliche Ansatz“ stellt den Bezug zur vorwissenschaftlichen Erfahrungswelt bzw. realen Lebenspraxis her. Erst die Empirie¹⁰⁷ – hier im Sinne von Erfahrung und Vertrautheit – befähigt uns zum Ablesen, Erkennen und Verstehen des jeweiligen Kontextes. Das gilt auch für Sprache und Artikulation (ebd., S. 69f.).

Trotz des Gesprächscharakters der Interviews war ein Leitfragenkatalog¹⁰⁸ bzw. ein Pool an Fragen- und Erzählanreizen notwendig. Die chronologische Struktur (Vergangenheit-Gegenwart-Zukunft) bot Übersichtlichkeit und Nachvollziehbarkeit. Ebenso ausgearbeitet war der Übergang von leichten, einfachen, anschaulichen Fragen (über Herkunft, Wohnsituation, Wohnstationen usw.) zu allgemeineren, komplexen Fragen (Meinung, Einschätzung, Charakterisierung), der zusätzlich eine entspannte und vertraute Gesprächssituation fördern sollte; die Herstellung einer vertrauensvollen und zwangslosen Atmosphäre war besonders wichtig.

Das gesammelte Datenmaterial stellte am Ende einen Fundus an kulturellen und anthropologischen Indizien zur Verfügung. Jede Erfahrung, Episode, jedes Ereignis kann für sich allein, aber letztlich als Teil einer Gesamtheit stehen. Diese „Momentform“ (STOCKHAUSEN, 1963, S. 189) ist in dieser einen bestimmten räumlichen, sozialen und historischen Gesamtheit eingebettet und nur in ihr betrachtet, nachvollziehbar. Das aus den Interviews gewonnene Erzähl- und Textmaterial erlaubt aus individuellen Konstruktionen und (Ab-)Bildern des Alltags¹⁰⁹ Formen der gesellschaftlichen Praxis und des lokalen Systems von Gesellschaft, Kultur und Mentalität, Handlungen, Bräuchen und Traditionen, Normen und Weltbildern, Wünschen und Identifikationen nachzuzeichnen.

Die Betrachtung der Raumwirklichkeit in Koexistenz mehrerer Dimensionen und Ebenen bringt den „wahrgenommenen, konzipierten, erlebba-

ren und gelebt“ bis hin zum „fiktiven, hypersimulierten“ Raum zum Ausdruck (LEFEBVRE, 1991, S. 38; SOJA, 1995, S. 149ff.; 2000, S. 156ff.). Das Erkennen, Verstehen und Deuten seiner Dimensionen und Ebenen, und letztendlich deren angemessene Rekonstruktion verlangt eine adäquate und zeitgemäße Lesart. Die Auswertung des ertragreichen Textmaterials lehnte an eine umgehende Strukturierung an, die thematisch und selektiv eingeteilt war. Die hermeneutische Vorgehensweise und das teil-formalisierte Analyseverfahren der thematischen Kodierung ermöglichten einen Hauptstrang für die Interpretationen. Aus dem übergeordneten abstrakten Konzept »Wohnen und Zusammenleben« und die metropolitanen Teilräume entstanden die Strukturen: »Wohnen«, »Zusammenleben« und »innere und äußere Orientierungen und Beziehungen«. ¹¹⁰ Die Modifizierung, Anpassung ggf. weitere Akzentuierung dieser *Systematik* erfolgte iterativ mit der Empirie und Materialauswertung. Sie ergab eine erstaunlich breite Themenvielfalt, wie es zur explorativen Vorgehensweise gehört. Der vorgegebene Rahmen und die Ressourcen Zeit und Aufwand erforderten jedoch eine Themenselektion und strenge Fokussierung auf neue oder wenig bekannte Aspekte oder Erkenntnisse des »Wohnens und Zusammenlebens«.

Die Auswahl der untersuchten metropolitanen Teilräume erfolgte anhand folgender Kriterien:

- **Geografische Lage:** im Umland bzw. am äußeren (und nicht äußersten) Rand der Metropolregion; möglichst im Stadt-Land-Kontinuum und eindeutig erkennbar städtebaulich und verkehrlich erschlossen bzw. Anschluss an die Kernstadt oder zu benachbarten regionalen Subzentren.
- **Demografie:** Starkes bis sehr starkes Bevölkerungswachstum (v. a. im letzten Jahrzehnt); ggf. positive Wachstumsprognosen für die Zukunft, vornehmlich durch Zuwanderung; das natürliche Wachstum war zweitrangig).
- **Siedlungstyp:** bevorzugt Wohnorte innerhalb autarker Gemeinden (evtl. Mittelzentrum); mit ehemals bzw. noch *dörflichem Charakter*. Vorherrschender Haustyp: freistehendes Haus (möglichst im Eigentum), in der Regel Einfamilienhaus und/oder Doppelhaus, evtl. Reihenhauses.
- **Sozioökonomische Struktur:** vorzugsweise sozioökonomisch gemischte, diversifizierte Wohnorte; ggf. aus Statistiken oder Beschreibungen, Ortsbegehungen entnehmbar. Keine Villenviertel oder sog. Arbeiterviertel bzw. *Slumviertel* (für Athen und Berlin nicht vorhanden). Das Strukturkriterium wurde weniger anhand von Zahlen oder Fakten, sondern vielmehr durch Physiognomie angewendet (z. B. Mittelschicht, durchschnittliche Haushalte bzw. Familien).

Darüber hinaus gab es Vorgaben über einige Besonderheiten wie für die Stadtentwicklung der semiperipheren Metropolregion typischen infor-

mellen, illegalen bzw. „gesellschaftlich regulierten“ Praktiken. Entsprechend für Berlin war der genossenschaftliche Siedlungsbau wichtig.

Der Sampling der Gesprächspartner sollte möglichst vielschichtig und heterogen sein (Alter, Geschlecht, Wohndauer im Ort, Herkunft, Lebensphasensituation, lokale Funktion usw.) und ungefähr der lokalen Bevölkerungszusammensetzung entsprechen. Der Kontakt wurde über unterschiedliche Wege hergestellt: Briefeinwürfe (jeweils 100 Haushalte nach dem Zufallsprinzip), Aushänge an lokalen Institutionen (Bürger- und Kulturverein, Seniorenhaus, Kirchengemeinde), übers Internet (Webseiten, Blogs, Portale), über Bekannte von Bekannten bzw. lokale, ortskündige BewohnerInnen (OrtsbürgermeisterIn, Ratsmitglieder, Initiativen, Vereinen usw.) oder nach dem Schneeballprinzip durch Empfehlung der Gesprächspartner (dadurch bestimmte Merkmale).

Das erste Gespräch fand am 11. Januar 2010 und das letzte am 21. Juni 2010 statt. In diesen fünf Monaten und zehn Tagen wurden insgesamt 44 Interviews mit 55 Personen geführt.¹¹¹ Zudem gab es drei Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltungen der Gemeinden Falkensee, Hoppegarten und Krionéri (variante Anzahl der Anwesenden und Funktion), die einen informativen Charakter hatten. Die Dauer der stattgefundenen Interviews variierte zwischen 25 Minuten und 2 Stunden und 48 Minuten. Die gesamte Aufnahmedauer aller Gespräche betrug etwa 50 Stunden, das ergab mehr als 2000 transkribierte Seiten.

Das recht umfangreiche und besonders heterogene Datenmaterial, einerseits wohnbiografische, historische Umriss, alltägliche Episoden und Situationen und andererseits Lebensanschauungen, Meinungen oder Befindlichkeiten usw., wurde systematisch aufbereitet und in drei (iterativen) Schritten strukturiert. Aufgrund des hohen Umfangs wurden lediglich drei Fälle pro Teilraum vollständig verarbeitet und innerhalb der drei Hauptthemen interpretiert. Im nächsten Kapitel bekommen der Leser und die Leserin insgesamt zwölf rekonstruierte Geschichten samt Interpretationen vorgestellt. Jeder Fall besteht aus einer detailreichen Zusammenfassung der Historie und der Wohnbiografie (variiert je nach Alter und Lebenserfahrung), gefolgt von der eigentlichen Interpretationsarbeit. Die integrierende Kommentierung bzw. Diskussion erfolgt unter einem oder mehreren Aspekten und nimmt Bezug auf die vorher vorgestellten theoretischen oder historischen Kapitel bzw. Unterkapitel. Die „quasi unendlichen Subtilitäten“ der Wohnenden „in ihrem gewöhnlichem Alltagsleben“ (BOURDIEU, 1997, S. 779) lassen einiges als Vermutung oder Spekulation aufscheinen – oder weiterführenden Gedanken bleiben den Lesern überlassen.

2 FELD

Nun folgt die eigentliche Feldforschung mit dem realen bzw. erzählten »Wohnen und Zusammenleben«. Um einen Überblick über den übergeordneten Kontext zu bekommen, wird ein kurzer historischer Umriss der Staats- und Gesellschaftsentwicklung als Rahmenbedingungen für die Stadtentwicklung und das Wachstum der Metropolregion vorangestellt. Wie in der Einleitung erwähnt, werden mithilfe der regulationstheoretischen *Brille* nur skizzenhaft Staat, Gesellschaft und Ökonomie bzw. einige wichtige nationale und regionale *Eigenheiten* präsentiert. All das stellt Determinanten der Entwicklung dar und gibt beiläufig einen Eindruck über Logik und Praxis der Stadt- und Wohnentwicklung. Bis zu einem gewissen Grad idealtypisiert stellt Athen den eher gesellschaftlich regulierten Typus von Stadtentwicklung dar, während Berlin den Typus der eher staatlich regulierten Stadtentwicklung repräsentiert. Diese sind auch in der Wohnungsproduktion und in der Praxis der Versorgung mit Wohnraum wiedererkennbar.

Darauf folgt die eigentliche lebensweltliche Praxis, die im Wohnen bzw. in der Produktion und Versorgung mit Wohnraum anfängt und zum Wohn-, Sozial- und Orientierungsraum übergeht – entsprechend ihrer Interpretation bzw. Kommentierung unterteilt in Wohnen, Sozialpraxis und innere bzw. äußere Orientierung. Jede Metropolregion erfährt in der Arbeit eine eigene Schlussfolgerung.

2.1 Athen: Wohnen und Zusammenleben in einer semiperipheren Metropolregion

Athen ist Teil der Region Attika. Diese politische, kulturelle und ökonomische Landschaft stellt nicht nur aufgrund der altertümlichen Bedeutung (Demokratie, *Polis* usw.), sondern auch wegen seiner jüngsten urbanen Geschichte eine Besonderheit dar. Als Stadtlandschaft repräsentiert sie den Werdungsprozess „einer der ganz jungen und mittlerweile größten europäischen Metropolen“ (LENGER/LIEDTKE, 2007), die trotz ihrer Größe wenig untersucht wurde (vgl. EGNER/TERIZAKIS, 2009, S. 9), vom antiken Athen oder den immer wiederkehrenden Krisen abgesehen. Letzteres, gerade aktuell wieder, zeigt nochmal, wie oft das Athen-Bild von falschen Annahmen und Vorurteilen geprägt ist.

In der hier vorkommenden „Gleichzeitigkeit von Semiperipherie und Postmoderne“ (EDER, 1995, S. 14) und im Gipfel der Krise lohnt sich eine Auseinandersetzung mit dieser Metropolregion allemal. Der Lebens- und Funktionsraum erstreckt sich inzwischen weit über die markierte Stadtgrenze oder sogar die administrativen Grenzen der Region Attika hinaus, und ist komplexer und vielschichtiger denn je. Das vormalige gesellschaftliche Arrangement, eng mit der Entwicklung des Nationalstaats verbunden, aber teilweise auch von der östlichen Mittelmeerregion oder Europa geprägt, ist in Zeiten der Internationalisierung und der Kosmopolisierung porös und obsolet geworden.

Um eine Vorstellung über die Größe dieser Metropolregion zu bekommen: Laut amtlicher Statistik leben in der Region Attika (Periphéria Attikís)¹¹² etwa 3,83 Mio. Menschen (ELSTAT, 2011). Zählt man Zweitbewohner sowie die sich hier aufhaltenden Migranten hinzu, dürfte die Zahl weit höher als 4 Mio. liegen. In der gewachsenen Agglomeration gab es bis 1998 88 völlig autonome Stadtgemeinden und 69 Kleingemeinden (ORSA, 1996). Erst die Verwaltungs- und Gebietsreform »Kapodístrias« reduzierte ihre Zahl auf 124 (ΦΕΚ 244Α/1997). Eine weitere im Jahr 2010, die »Kallikrátis«-Reform reduzierte sie nochmals auf 66. Letztere Reform schuf zudem erstmals die Grundlage für eine gemeindeübergreifende bzw. metropolitane Planung (ΦΕΚ 87Α/2010).

Die Untersuchung Attikas und Athens in dieser neuen Dimension muss neben historischen Entstehungsprozessen auch die Entwicklung als Lebensraum berücksichtigen. Beides ist zweifellos mit der besonderen Kultur (im weiteren Sinne) bzw. aus Geschichte und Umständen entwickelter Logik und Mentalität verbunden. Fragen nach dem Spezifischen der metropolitenen Landschaft Athens und der darin vorkommenden

bürdeten Kosten der Gründung, darunter Söldnerkosten und Entschädigungszahlungen an die Hohe Pforte in Konstantinopel, musste über Kredite von den wichtigsten Schutzmächten Großbritannien oder Bayern finanziert werden, die darin ein willkommenes Druckmittel gegen eine vollständige nationalen Eigenständigkeit sahen. Die Aufklärung und Diplomatie Frankreichs, der Industriekapitalismus und das Parteiensystem¹¹⁵ Großbritanniens sowie die christlich-orthodoxe Tradition Russlands führten eine gewisse Disharmonie herbei, noch mehr *perfekt* gemacht durch einen bayerischen König und einen mit ihm eingeschleusten Verwaltungs- und Militärapparat. Neben den Großmächten übte die unterschiedlich kulturell sozialisierte Diaspora einen starken politischen Einfluss aus (vgl. CHTOURIS/HEDENREICH/IPSEN, 1993, S. 40). Die „Imitation westlich-demokratischer Institutionen“ (MOUZELIS, 1995) war im weiteren Verlauf – und bis heute! – ein wesentliches Merkmal des Staatsverständnisses, aber auch des Eigenverständnisses vieler Griechen und Griechinnen. Dies reflektiert sich ebenso in der ökonomischen Entwicklung, die die unmittelbare Übernahme industriekapitalistischer Praktiken in westeuropäischen Staaten vorsah – allerdings aufgrund der fehlenden organisatorischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Grundvoraussetzungen mit wenig Erfolg. Im neuen Staat waren weder das politisch-kulturelle Erbe einer bürgerlichen Schicht noch Kapital oder Vorkapitalisten vorhanden. Ebenso unvorteilhaft wirkte die Aufhebung der in der osmanischen Zeit eingeübten und regional stark ungleichen Organisations- und Verwaltungsstrukturen (mehr darüber KITSIKIS, 2003). Vielerorts wurde über mehrere Jahrzehnte beharrlich die Staatsmacht bekämpft. Überhaupt stellten interne und externe Machtkämpfe (Großmächte, ehemalige Widerstandskämpfer, Familienstämme, Großgrundbesitzer)¹¹⁶ dauerhaft Staat und König in Frage¹¹⁷.

Von den fortgesetzten Kriegshandlungen gegen das Osmanische Reich und später gegen andere Balkanstaaten profitierte vor allem die Armee, die seitdem gesamtgesellschaftlich einen hohen Stellenwert genoss, aber auch potenzielle Arbeitskräfte und einen Großteil der Staatseinnahmen beanspruchte. Während des 19. Jhs. waren hohe Militärausgaben in Verbindung mit geringen Staatseinnahmen Auslöser mehrerer ökonomischer und politischer Krisen. Die ständige Erweiterung des nationalen Territoriums geschah „zu Lasten der inneren Konsolidierung des griechischen Nationalstaates“ (vgl. ZELEPOS, 2009). So fehlte die Schicht, die wie das Bürgertum in Westeuropa die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung tragen sollte. Die Diaspora – zwar ökonomisch und politisch einflussreich – vermied aufgrund der instabilen Lage, sich endgültig in der Hauptstadt niederzulassen. Die Bildung einer „nationalen

bürgerlichen Klasse“ dauerte dadurch bis Ende des 19. Jhs. (TSOUKALAS, 1977, S. 370).

Anfang des 20. Jhs. war die Ökonomie immer noch landwirtschaftlich geprägt. Hauptexportprodukte waren Rosinen, Olivenöl, Baumwolle und Rohstoffe. Trotz der in den 1890er-Jahren geförderten Industriepolitik stellte man schnell fest: „Griechenland ist in erster Linie landwirtschaftlich und in zweiter Linie kaufmännisch“ (ROUSSOPOULOS, 1922, S. 19). Im Großraum Athen existierten außer einem Gaswerk und einer großen Seidenspinnerei¹¹⁸ nur einige kleineren Zigarettenfabriken, Brauereien, Destillen oder Textilfabriken (vgl. HADZIIIOANNOU/SIFAKIS, 1922). Nur in der Hafenstadt Piräus war die industrielle bzw. kleinindustrielle Entwicklung etwas fortgeschrittener. Die Entstehung von Manufakturen (Eisenverarbeitung, Fasern, Lebensmittel, Getränke, Seife usw.) oder dampfbetriebene Mühlen standen in Verbindung zum Hafen und dem Schiffsbau, die die Ausfuhr von Produkten in andere Landesteile und ins Ausland ermöglichten. Der spätere Bau der Eisenbahnstrecke und generell der intensivierte Infrastrukturaufbau, darunter Hafenerweiterungen erschlossen weitere inländische, aber auch einige ausländische Absatzmärkte.¹¹⁹ Produktionsstätten und Protoindustrien, meist der Leichtindustrie und einige Weiterverarbeitungswerke für landwirtschaftliche Produkte erlebten einen Aufschwung. Daraus entstanden sogar einige größere Produktionsanlagen, v. a. der Metallverarbeitung, Zementindustrie, Textilverarbeitung, Lebens- und Genussmittelindustrie sowie Schiffsbau; aus diesen entstand jedoch keine Leitindustrie. Selbst Athen war nun weniger „parasitär“ und stieg zu einem „produktiven“ Gewerbe- und Industriestandort auf (LEONTIDOU, 1989, S. 105). Besonders förderlich für die Entstehung der ersten großen Industrieunternehmen war zudem die Ankunft der Kriegsflüchtlinge, im Grunde billiger Arbeitskräfte aus Kleinasien (siehe später). In Zusammenhang mit der anwachsenden Land-Stadt-Wanderung lässt sich zum Teil von einer industriekapitalistischen Verstädterung bzw. Entwicklung sprechen.

Zum Motor ökonomischen Wachstums und zum wohl wichtigsten Sektor der griechischen Volkswirtschaft stieg der Bausektor auf. Unmittelbar nach der Ernennung Athens zur Hauptstadt floss ausländisches Kapital in den Bodenmarkt und den Bau von Häusern und Geschäften, meistens von Diaspora-Griechen oder ausländischen Diplomaten, aber auch Philhellenen (KORDATOS, 1957). Der Ausbau zur Hauptstadt erforderte eine enorme Zahl an Bauhandwerkern und einfachen Bauarbeitern, die in der Regel aus der Provinz kamen. Diese Neuankömmlinge lebten in provisorisch und illegal errichteten Baracken an den Hängen

der Akropolis oder des Lycabettus. Diese haben sie sukzessive in einfache Wohnhäuser umgewandelt¹²⁰, die nachträglich in den »Plan« (Übersetzung von »Σχέδιο«; der gängige Begriff für den Städtebaulichen Plan) aufgenommen wurden, eine Praxis, die zum Präzedenzfall wurde (BIRIS, 1987, S. 17). Die hohe Bautätigkeit und die Beschäftigungsmöglichkeit verstärkten die Binnenwanderung, wodurch das Bauen auf allen Ebenen florierte. Der Bausektor blieb jedoch kleinteilig und familienbasiert.¹²¹ Der Bausektor konnte aus diesem Grund nicht mal ansatzweise der Industrie vergleichbare Innovations- und Akkumulationseffekte auslösen (mehr in: CHTOURIS/HEIDENREICH/IPSEN, 1993, S. 50f.).

Mit der Stabilisierung der Lage wuchs allmählich die Bedeutung Athens. Für MANTOUVALOU/POLIZOS (1989, S. 64) spielten vor allem folgende Gründe eine besondere Rolle:

- Umwidmung der Aktivitäten des griechischen Bürgertums und Etablierung Athens zur einzigen Hauptstadt des Hellenismus.
- Der hohe Anteil der im Großraum Athen-Piräus angesiedelten Kriegsflüchtlinge und Landflüchtlinge: Jeder vierte Bewohner war ein Flüchtling bzw. gut zwei Drittel der Bevölkerung waren Flüchtlinge und Zuwanderer.
- Die Verstärkung der Rolle des Staates und seiner Intervention auf Produktionsprozesse. Athen war Sitz von Staatsgewalt und Finanzinstitutionen für die Organisation der ökonomischen Aktivitäten (Stärkung tertiärer/quartärer Funktion).
- Die Verarbeitende Industrie war fast ausschließlich im Athener Becken ansässig.

Die Machtübernahme durch progressive, liberale Kräfte (Elefthérios Venisélos) in den 1910er-Jahren leitete weitgehende Reformen ein. Staatsverwaltung, Arbeitsrecht (Gewerkschaften, Kollektivtarifverhandlungen, Mindestlohn usw.), Steuerrecht, Bildung (Schulbau, Schulpflicht, Berufsschulen) oder Landwirtschaft (Landreform) und sogar die Armee wurden modernisiert und teils demokratisiert. Das führte unter anderem zu einer tiefen politisch-ideologischen und gesellschaftlichen Polarisierung bzw. »Nationalen Spaltung« (Εθνικός Διχασμός – Ethnikós Dixasmós). Der Erste Weltkrieg und die Auseinandersetzung zwischen Regierung und König führten 1917 – mit Unterstützung der Entente-Mächte¹²² – zur Absetzung des Königs und zur Ausrufung der Zweiten Republik. Kriegsmüdigkeit in der Bevölkerung und die Konterrevolution setzten diesem Erneuerungsprozess ein Ende (VEREMIS, 1989). Dies schlug sich auch in der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Griechenland und der Türkei nieder. Die schmerzvolle Niederlage im Jahr 1923 führte zur »Kleinasiatischen Katastrophe« (Μικρασιατική Καταστροφή – Mikrasi-

atikí Katastrofí). Ab dieser Zeit hörten die territorialen Expansionspläne auf und man begann sich auf die Wahrung des Status quo und den Aufbau guter Beziehungen zu den Nachbarländern zu orientieren.

Folgeschwerer für die weitere Entwicklung war jedoch der Zustrom von Kriegsflüchtlingen im Rahmen des zwischen Griechenland und der Türkei vereinbarten Vertrags von Lausanne (1923), der den Bevölkerungsaustausch und die Umsiedlung von etwa 1,22 Mio. christlichen Griechen von Kleinasien und Ostthrakien nach Griechenland vorsah. Die Ankunft von mehr als einem Viertel dieser Menge bedeutete eine Zäsur für die Verstädterung der Hauptstadt, aber auch die Weiterentwicklung der Gesellschaft. Das Unvermögen des griechischen Staates diese Situation zu bewältigen, hat zur Verelendung und *Proletarisierung* eines großen Teils der Flüchtlinge geführt. Eine Maßnahme war die Verbindung der Flüchtlingspolitik mit ökonomischem Wachstum. Durch Landverteilung sollten die Agrarerträge erhöht und zugleich die Selbstversorgung ermöglicht werden. Zudem sollten die unqualifizierten und billigen Arbeitskräfte zum Anstieg der Industrieproduktion beitragen. In der darauf folgenden Zeit ließen sich aus diesem Grund auch einige US-amerikanische und britische Unternehmen in Griechenland nieder (SAKELLAROPOULOS, 1991). Die Verdopplung der Ernte im Agrarsektor und die gestiegene Industrieproduktion ließen zwischen 1923 und 1927 die Steuereinnahmen um 400% wachsen (TENEKETZIS, 2005, S. 95). Die 1929 ausgebrochene Wirtschaftskrise hat die periphere Volkswirtschaft Griechenlands zwar im kleineren Umfang und indirekt dennoch durch die Exportabnahme und Kapitalengpässe erfasst. Die darauf folgende ökonomische Rezession führte ebenso zur Destabilisierung und Radikalisierung des politischen Systems und der Gesellschaft. Der Putsch im September 1936 und das Regime von Ioánnis Metaxás stellte die Monarchie wieder her, nahm viele der sozialen und politischen Reformen zurück und verfolgte eine repressive Politik, darunter Internierung von Gewerkschaftsmitgliedern, Politikern und Oppositionellen, das Einstellen der Pressefreiheit u. a.

Der Zweite Weltkrieg und die Besetzung durch die Achsenmächte brachten sowohl gesellschaftlich als auch ökonomisch eine weitere Dekade der Stagnation oder gar Rückentwicklung. Hunderttausende Tote¹²³, Deindustrialisierung (Abtransport von Maschinen), knapp die Hälfte der Infrastruktur und des Straßennetzes zerstört und etwa 400.000 unbewohnbare Wohnungen waren einige der Konsequenzen. Dazu kam die jahrzehntelange politische Polarisierung, in der sich nun bewaffnete kommunistische Widerstandsgruppen¹²⁴ sowie rechte und kollaborie-

rende, in paramilitärischen Geheimbünden formierte Sicherheitsbataillone (Τάγματα Ασφαλείας – Tágmata Asfalías) gegenüberstanden. Der ausgebrochene Bürgerkrieg zwischen 1946 und 1949¹²⁵ kostete Menschenleben und warf das Land um mehrere Jahrzehnte zurück. Die Beendigung des Konflikts kam nur durch den militärischen Einsatz Großbritanniens und der USA zustande,¹²⁶ die eine prosowjetische Regierung abwenden wollten. So diente die US-Wiederaufbauhilfe von 300 Mio. US-Dollar ausschließlich der militärischen Ausrüstung zur Bekämpfung der Kommunisten¹²⁷ (der Großteil des Marshall-Fonds, 1948: 649 Mio. US-Dollar, fast die Hälfte des BIP Griechenlands JUDT, 2007, S. 96).

Eine erste Phase des ökonomischen Wachstums setzte ab 1954 ein. Eine Konsequenz des Bürgerkriegs war das Fehlen einer organisierten Arbeiterklasse bzw. einer selbstsicheren Opposition. Von den staatlichen Investitionen und der Entwicklungshilfe der neuen *Schutzmacht* USA profitierte nur eine kleine Elite. Ein Großteil der Staatsinvestitionen ging in den Infrastrukturaufbau und die Finanzierung der industriellen Entwicklung nach dem fordistisch-tayloristischen US-Entwicklungsmodell; selbst wenn wesentliche Bestandteile, wie Organisationsform, feste Zeitstruktur sowie Verknüpfung von Produktivität und Lohn usw. hier fehlten. Der griechische Staat verfolgte weder die Absicht noch war er in der Lage den westlich geprägten Wohlfahrtsstaat zu etablieren und kollektiven Konsum zu fördern (vgl. LIPIETZ, 1985). Die Interaktion der Schutzmächte mit nationalen Eliten erstarkte außerdem Praktiken, wie die Vetternwirtschaft oder den Klientelismus. Während die jeweiligen Regierungen und der von ihr kontrollierte Bürokratiemechanismus die ökonomische Entwicklung inländischen und ausländischen Oligointeressen überließen, waren sie mehr „an der Aufrechterhaltung der staatlichen Kontrolle und der Loyalität der Bevölkerung interessiert“ (CHTOURIS/HEIDENREICH/IPSEN, 1994, S. 38).

In dieser Lage konzentrierte sich anfangs die Mehrheit der Bevölkerung auf das nackte Überleben und erst später ergab sich die Möglichkeit des Aufbaus menschenwürdiger Lebensverhältnisse, der Teilnahme an der Moderne und des sozioökonomischen Aufstiegs. Ihre Strategien und Pläne, sowohl im Betrieb als auch im Haushalt, scheiterten wie so oft am permanenten Geldmangel und generell am Ausschluss von der gerechten Ressourcenverteilung. Insofern übernahmen die Familie und großfamiliäre Strukturen eine außerordentlich wichtige Funktion; so auch das Eigenhaus und seine Funktion als Ort der Zuflucht, Planung und Organisation der Aufstiegs-/Integrationsstrategien in die Gesellschaft (vgl. ebd., S. 55ff.).

- Die Überlebensmöglichkeit der von ländlichen Traditionen geprägten familiären Kleinbetriebe in Handel, Verarbeitendem Gewerbe und Dienstleistungen. Während die Zahl der lohnabhängigen Arbeitsplätze relativ gering war, boten sich viele freie Arbeitsplätze.
- Die Ausübung selbständiger Tätigkeiten, vor allem in höher qualifizierten Berufen, wie Ärzte, Juristen, Ingenieure oder auch mittleren Berufszweigen wie Zeichner, Lehrer, Pflegekräfte u. a. Ihr Anteil liegt im Vergleich zu anderen europäischen Städten prozentual höher.
- Die Beschäftigung im öffentlichen Sektor, später *Massenbeschäftigung* war Ergebnis des parteipolitischen Klientelismus, ein sog. *soziales Fördersystem*.
- Auswanderung nach Westeuropa und Geldüberweisungen schafften zahlreiche Möglichkeiten für Sozialmobilität, unter anderem Finanzierung freier Berufe, Wohnungsbau oder Investitionen in die Bildung der Kinder.

Dem sonst relativ bescheidenen ökonomischen Wachstum dieser Zeit standen die massenhafte Landflucht bzw. Verstädterung gegenüber. Unabhängig von der quantitativen Vermehrung der urbanen Mittelschicht nahm jedoch die Prosperität ab. Der Gegensatz zwischen einer kosmopolitischen (weltorientierten) und einer bescheidenen und sogar

proletarisierten Schicht, also die sozioökonomische Ungleichheit, spitzte sich zu. An der Stärkung progressiv-liberaler und antikonformistischer, volksnaher Strömungen in der Gesellschaft und im politischen System sahen Konservative, Monarchie, aber auch in- und ausländische Interessen eine Bedrohung.¹²⁸ Die hierdurch verschärfte politische *Krise* hat im April 1967 konspirierenden Obristen den Vorwand für einen militärischen Coup geboten. Ein wiederholtes Mal nahm ein Repressionsregime gesellschaftliche Reformen zurück und setzte restriktive Maßnahmen wie Verbot von Gewerkschaften, Verfolgung von politischen Gegnern, Einschränkung der Pressefreiheit u. a. durch. Um ökonomisches Wachstum zu generieren, aber auch um Legitimation für seine undemokratische und autoritäre Regierungsweise zu erreichen, legte es ein umfassendes öffentliches Investitionsprogramm vor (v. a. Infrastrukturausbau und Landwirtschaft). Die regierenden Militärs und ihre politischen *Hampelmänner* vertraten eine weitgehend kapitalistische Auffassung. Von den getätigten Staatsinvestitionen profitierte nur ein kleiner Kreis von Seilschaften, darunter kameradschaftlich wohlgesinnte Reeder, Industrielle, Bauunternehmen, Bankiers, kollaborierende multinationale Unternehmen oder Verwandte des Regierenden; am meisten großstrukturierte Industrien (Metallverarbeitung, Ölraffinerien u. a.) sowie die Bauwirtschaft (mitsamt Baustoffindustrie). Letztere erstarkte dermaßen, sodass sie über die Landesgrenzen hinaus agierten und den Zuschlag für millionenschwere Großprojekt-Aufträge im Mittleren Osten und Nordafrika bekamen sowie in Branchen wie Fremdenverkehr oder Medien¹²⁹ einstiegen. Während hier Kapital akkumulierte, mussten gewerkschaftslose Arbeiter und Angestellten starke Lohnverluste hinnehmen. Als Legitimations- und Integrationsinstrumente bzw. Ausgleich für die Suppression und stark selektive soziale Mobilität wurden die indirekte Förderung des Eigenheimbaus und die Duldung von Steuerflucht gesehen (MALOUTAS, 2009, S. 34) – der illegale Bau sollte die Wohnbedürfnisse ausgeschlossener Bevölkerungsteile erfüllen, während das System der *Antiparochi*¹³⁰ (mehr darüber siehe weiter unten) zusätzliche Einnahmequellen für Grundstücks- und Hausbesitzer ermöglichen sollte.

Autonome und kleinmaßstäbliche ökonomischen Aktivitäten und begrenzte Wohlfahrtsstaatsformation (ebd., S. 35) sind bezeichnend für das periphere Wachstumsmodell Griechenlands (vgl. LIPIETZ, 1985, S. 103f.). Die Ölkrise und die damit verbundene ökonomische und gesellschaftliche Umstrukturierung in den fordistischen Staaten waren im semiperipheren Griechenland von geringerer Bedeutung. Großindustrie wie auch die kleineren, am inländischen Markt orientierten Industrieunternehmen waren wenig davon betroffen. Das Ende des Obristen-

Regimes und die *Metapolítefsi* (Regierungs- und Systemwechsel) ab 1974 leiteten weitgehende Demokratisierungs- und Europäisierungsprozesse ein. Per Referendum wurde endgültig die Monarchie abgeschafft sowie tiefgreifende politische und gesellschaftliche Reformen eingeführt. Im Jahre 1981 erfolgte der Beitritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und im selben Jahr, während Thatcher in Großbritannien und Reagan in den USA den Keynesianischen Wohlfahrtsstaat demontierten, fand in Griechenland ein entgegengesetzter Umbauprozess statt. Die linksgerichtete, sozialistische – später sozialdemokratische – PASOK (Panhellenische Sozialistische Bewegung) schlug einen jenseits des westlichen Kapitalismus und des Sozialismus der Ostblockländer „dritten Weg“ ein (ZELEPOS, 2009, S. 50f.), der eine nachholende Umbildung zum keynesianischen Wohlfahrtsstaat bzw. die Implementierung umfassender Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik vorsah (LIEPITZ, 1985, S. 116). Die Autonomie der Gewerkschaften, die Institutionalisierung von Tarifverhandlungen sowie die Stärkung neuer Gesellschaftsakteure (Umwelt-, Frauen- und Friedensgruppen) gingen jedoch mit der Verstärkung von parteiklientelistischen Strukturen und Selbstbedienungsmentalität einher.

Die gestiegenen sozialen Standards sahen inländische und multinationale Großunternehmen als Grund für den Abzug von Kapital und Deinvestition. Um Deindustrialisierung, Bankrott und Schließung oft defizitärer Betriebe – einige davon als *national sensibel* eingestuft – Einhalt zu bieten, folgte eine umfassende Verstaatlichung. Dadurch, aber auch aus parteipolitischen Kalkül fand eine Aufblähung des Wohlfahrtsstaats statt. In Verbindung mit dem gewachsenen öffentlichen Sektor zeigte sich eine Unfinanzierbarkeit. Zwischen Staatsausgaben und -einnahmen bestand eine Diskrepanz finanzielle Defizite wurden mithilfe von Auslandskrediten angeglichen. Infolgedessen stiegen die Auslandsverschuldung von 30% im Jahr 1981 auf 72% des BIP im Jahr 1989 an. Das sich stark verändernde internationale Umfeld Ende der 1980er-Jahre und der Fall des Eisernen Vorhangs fanden Griechenland in einer tiefen ökonomischen und politischen Krise. Im Jahr 1990 wurden rigide Sparmaßnahmen implementiert, die unter anderem die Liberalisierung im Finanz- und Bankensektor, im Luftverkehr, im Medienwesen sowie die Privatisierung von Betrieben bzw. Schließung defizitärer Betriebe vorsahen, ohne jedoch damit den Verschuldungsanstieg abwenden zu können. Steuerflucht und Steuerbegünstigungen für Unternehmen und selbständige Berufe grassierten jedoch weiter (STATHAKIS, 2014). Zudem trat ein tiefgreifender Wandel ein, der die Regulationsweise und das Gleichgewicht der Jahrzehnte davor obsolet machte. Auch die soziale Mobilität

nahm ab. Hauptgründe dafür waren (MALOUTAS, 2009, S. 36):

- Die Einschränkung der Rahmenbedingungen für die Entstehung neuer kleiner Familienbetriebe und Verschärfung der Bedingungen für das Überleben bereits existierender Betriebe.
- Der angewachsene Wettbewerb um sozialen Aufstieg über angesehene Berufe (siehe S. 52). Die inflationäre Zunahme der Berufe und Dienstleistungen verminderte die Einkommensmöglichkeiten, aber auch das Ansehen solcher Berufe.
- Der Umbau und radikale Haushaltssanierungsmaßnahmen schränkten den sozialen Anstieg über den Staatsbedienstetenstatus immer mehr ein.

Durch die Öffnung der Grenzen in Osteuropa verschoben sich die europäischen Koordinaten und auch Griechenland befreite sich von seiner geographischen und politischen „Randlage“ (MOUZELIS, 1995). Abgesehen von der Zeit der Jugoslawien-Krise verbesserte sich das politische und ökonomische Umfeld. Die Nachbarstaaten stellten nicht nur neue Märkte dar, sondern aufgrund des Lohngefälles eröffneten sie Expansionspotenziale, sowohl für private als auch für staatliche Unternehmen. Vor allem Banken, Telekommunikationsunternehmen und das Verarbeitende Gewerbe verfolgten diese Doppelstrategie für geopolitischen Einfluss und marktwirtschaftliche Profite. Gleich welche Regierung, der griechische Staat allgemein adaptierte relativ zügig das neue von der EU implementierte¹³¹ global-neoliberale Modell des SCHUMPETER'schen Wettbewerbsstaates. Der Diskurs der Expansionsprogrammatik mit „Athen als Hubraum zwischen Okzident und Orient“ (IOANNIDIS, 2004), eine staatliche Standortförderungs- und Unternehmensansiedlungspolitik sowie ein auf Konsumtion basierendes Wachstumsmodell waren hierfür charakteristisch. Anlässlich der Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahr 2004 sollte Athen zur Drehscheibe im östlichen Mittelmeerraum ausgebaut werden (vgl. IOANNIDIS, 2004).¹³² Stadtmarketing und *Festivalisierung* waren auch für die griechische Raumpolitik bestimmend. Hierfür sollten Staat und Verwaltung nach privaten Betriebsführungsprinzipien und der Ökonometrie funktionieren (PAGONIS, 2005, S. 8).

Das durch ein „System des Premierminister-Zentralismus“ geprägte politische System (ZERVAKIS, 2009, S. 66) fand seine Entsprechung in der Kommunalpolitik. Die Regionalisierung und aufeinander folgende Kommunalreformen (1994: Kommunalisierung der Staatspräfekturen, 1997: »Kapodístrias«, 2010: »Kallikrátis«) sollten zur Stärkung des „lokalen Korporatismus und Managerialismus“¹³³ führen. Notgedrungen von „Makro- und Mikroregulationen des urbanen Raumes“ müssten sich

Partei- und Kommunalpolitiker anhand der „Anpassung an die Realitäten, der Akzeptanz der praktischen Notwendigkeiten und schließlich der unüberwindbaren griechischen Mentalität“ messen (CHTOURIS/HEIDENREICH/IPSEN, 1993, S. 166). Durchwachsene Regulationspraktiken und lebensweltliche Regulationsmuster der *gesellschaftlich regulierten* Stadtentwicklung erzwangen die Erweiterung Städtebaulicher Pläne (»Plan«) oder die Legalisierung von *Afthéreta*-Häusern und Siedlungen. So sind verschiedene Formen des Mitwirkens von Politik, Parteien und Siedlern/Wählern zu finden, darunter die Begünstigung einzelner Siedler vor oder nach Wahlen seitens der Parteifunktionäre oder Kandidaten oder lobbyartiges Handeln und Einflussnahme auf Regierungen seitens organisierter Siedlervereine.

Die Jahrhundert- bzw. Jahrtausendwende führte eine „finanzpolitische Revolution“ herbei (EMMANOUIL, 2004). Grund hierfür war der Eintritt in den Mechanismus der Gemeinsamen Währung, dessen Nebeneffekt die plötzliche *Verbilligung* von Krediten war. Auf einmal lagen die Zinsraten ein Viertel oder ein Fünftel niedriger. Dadurch verlor jedoch die griechische Zentralbank die Möglichkeit das Verleihen von Geld und die Zinshöhe zu regulieren. Die bis dahin restriktive Geld- und Zinspolitik, die, um u. a. Kredite zu verteuern, die Zinsen hochsetzte (Kredite bekamen in der Regel nur Personen mit sehr hohen Einkommen oder Staatsbeamte), fiel komplett weg. Inländische und zunehmend ausländische Kreditinstitute überfluteten den Markt mit Krediten, darunter Immobilien- und Hausbaukredite, Konsum- und Autokredite oder gar Abzahlungskredite.

Entsprechend markant war diese „finanzielle Revolution“ auf dem Immobilienmarkt und der Wohnungsproduktion. Der kreditfinanzierte Erwerb von Grundstücken und Wohnungs-/Hauskauf wirkten inflationär. Das traditionelle *Landhorten* bekam starken Auftrieb.¹³⁴ Gestiegene öffentliche Investitionen, hohe Bautätigkeit und ein unverhältnismäßig hoher Konsum der privaten Haushalte wirkten günstig auf die Wirtschaftskonjunktur und das BIP, das zwischen 1997 und 2007 jährlich um durchschnittlich 4% wuchs (THE WORLD BANK, 2014). Dieses *Entwicklungsmodell* funktionierte bis etwa Mitte der 2000er-Jahre, wobei die Staatsverschuldung¹³⁵ zunahm. Mit dem Beitritt in die Eurozone im Jahr 2001 sank die Verschuldung auf 105% des BIP (ELSTAT, 2005). Bis zur Finanzkrise von 2008 blieb sie relativ stabil. Erst danach wuchs sie auf 111% und nach korrigierten Daten der Europäischen Statistikbehörde Eurostat¹³⁶ sogar auf 127% (250,2 Mrd. Euro) korrigiert (EUROSTAT, 2012). Private Ratinggesellschaften wie Moodys, Standard & Poor's,

Fitch stuften die Kreditwürdigkeit und die griechischen Anleihen herab und damit trat eine extreme Verschlechterung der Kreditkonditionen für den griechischen Staat und die Kreditinstitute ein; faktisch ein Ausschluss aus den Kapitalmärkten. Eine Finanzierung der Staatsausgaben oder der terminierten Obligationen waren dadurch unmöglich: Staat und auch Banken wären innerhalb von Tagen zahlungsunfähig. Dass die gemeinsame Währung in Turbulenzen geriet, überraschte sogar Nobelpreisträger für Wirtschaft wie Paul KRUGMANN und Joseph E. STIGLITZ. Die geringe Systemrelevanz des semiperipheren Staates hätte normalerweise keine großen Auswirkungen gehabt, allerdings ein Staatsbankrott hätte den Ausfall von Rückzahlungen an systemrelevante, vorher durch staatliche Milliarden vor Bankrott gerettete Kreditinstitute Frankreichs, Deutschlands und der USA bedeutet.¹³⁷ Vor einer derartigen Unwägbarkeit beschloss die EU Griechenland mithilfe von Kreditbürgschaften und einem auf drei Jahre angelegten *Hilfsprogramm* in Höhe von 110 Mrd. Euro zu stützen.¹³⁸ Mit den zugesprochenen Kredithilfen und Bürgschaften unter der Aufsicht der *Troika* (EU, EZB und IWF) war eine drastische Austeritätspolitik verbunden, die nicht nur massive Einsparungen im Staatshaushalt oder Lohn- und Rentenkürzungen diktierte, sondern auch umfangreiche Liberalisierungs-, Privatisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen verlangte. Neben tiefgreifenden strukturellen *Anpassungen* sollten zudem bedingungslos Boden, Anlagen und Betriebe privatisiert werden, um mit den Einnahmen (50 Mrd. Euro [!]) die Schulden zurückzuzahlen.¹³⁹ Dieses Umfeld und das oktroyierte Schuldenregime hatten – und haben – folgenschwere Auswirkungen nicht nur auf Staat und Ökonomie, sondern auf die gesamte Gesellschaft, wie weiter zu sehen sein wird.

2.1.2 Das Wachstum zur Metropolregion

In dem dargelegten historischen und sozialräumlichen Kontext werden nun in einem Umriss die Verstädterung und die Entstehungsprozesse der Athener Agglomeration und Metropolregion nachgezeichnet. Trotz der heterogenen sozioökonomischen Strukturen und der ebenso unterschiedlichen räumlich-sozialen Praktiken der Teilräume zeigt sich darin eine besondere Logik, die ein Ausdruck von Kultur und Mentalität ist. Diese Logik und ihre Praktiken sind einleuchtend, da sie aus einfachen menschlichen Bedürfnissen in Bezug auf Wohnen und soziale Beziehungen resultieren. Auch in Athen bilden der Wohnungsmarkt und die Menschen, welche ein Grundstück in integrierten Vierteln erwerben und darauf nach geltendem Recht ein Haus bauen, die allgemeine Regel

(LEONTIDOU, 1993, S. 953). Diese Selbstverständlichkeit ist ohne Zweifel auch für Athen gültig. Dennoch gibt es eine Reihe von auffallenden Unterschieden zum westlichen Idealtypus der Metropolen und selbst zur »Europäischen Stadt«. Je nach Perspektive werden unterschiedliche Begriffe verwendet und je nach Forschungszweck bestimmte Idealtypen gebildet. Die explizite Thematisierung wird verhelfen, solche Banalitäten zu erforschen und das Wissen über die »semiperiphere südosteuropäische, eher gesellschaftlich regulierte Metropole« zu erweitern. Vorrang haben jene Besonderheiten, die weit verbreitet und für das Verständnis der empirischen Untersuchung wichtig sind, weil sie interessante Rückschlüsse versprechen. Eine wichtige Anmerkung: Zwar kommt die Empirie erst nach der Theorie und der historischen Entwicklung, sie bestimmt jedoch inhaltlich und thematisch die Schwerpunkte der Vorgängerkapitel. Die Empirie wurde als ein Brennglas gesehen, das die Gesamtperspektive lenkte. Die Lebens- und Wohngeschichten im Einzelnen und insgesamt lieferten die Grundlage für die Akzentuierung bestimmter Themen im städtischen und metropolitanen Entwicklungsprozess Athens. Im Folgenden soll iterativ der stadt- und wohnhistorische Umriss die ihm folgende Empirie verständlicher machen.

Derzeitig dehnt sich die Metropolregion sowohl städtebaulich als auch funktionell weit über ihre administrativen Grenzen hinaus aus. Die Eine-Stunde-Entfernung als Bemessungsgrundlage erlaubt nach der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Vorortbahn) im letzten Jahrzehnt¹⁴⁰ benachbarte Mittelstädte wie Chalkída, Thíva oder Elefsína und sogar Kórinthos miteinzubeziehen. Dadurch haben sich auch Wahrnehmung und Praxis der metropolitenen Bewohner verändert.¹⁴¹ Spätestens bei der quantitativen Erfassung der Bevölkerungsentwicklung stößt man unwillkürlich auf das Problem der metropolitenen Eingrenzung und der dafür wenig geeigneten statistischen Daten. Der Stadtumriss Athens ausgehend von der ursprünglichen Kernstadt und vom historischen Ort am Fuße der Akrópolis umfasst – heute mehr denn je – die historische attische Landschaft. Die materielle, aber auch symbolische Umdeutung dieser Gegend war im neugeschaffenen Stadt-Land-Verhältnis ablesbar.

Die Umdeutung der Landschaft geht mit dem Wechsel der Besitzerstrukturen in dieser Region einher. Der Besitz von Grund und Boden in der ursprünglich agrarisch geprägten Gesellschaft hatte einen konstitutiven Charakter bei der Formation der Klassenunterschiede. Von den eigenmächtigen Landbesetzungen in der Umgebung der neuen Hauptstadt haben in erster Linie Politiker¹⁴² profitiert. Durch die Funktion als (Groß-)Grundbesitzer wurden sie in die Lage versetzt, in der Politik aktiv zu

werden und Einfluss auszuüben (CHTOURIS/HEIDENREICH/IPSEN, 1993, S. 65f.). Bodenbesitz stellte „Klientelbeziehungen sowie ein Schutz- und Zufluchtsnetz“ her; darin beteiligt waren auch Landwirte und Viehzüchter, aber auch Wegelagerer (MICHOPOULOU, 2008, S. 301). Im größeren Stil kamen kirchliche Akteure wie die Klöster Moní Pentélis (Anspruch auf 80.000 ha Land) und Moní Petráki hinzu, die seit der osmanischen Zeit Erbpacht- und Nutzungsrechte besaßen. Die Mehrzahl der abgeschlossenen Kaufverträge stammt aus der Zeit unmittelbar vor dem Abzug der Osmanen, eine große Zahl soll jedoch gefälscht sein¹⁴³, zumal die osmanische Verwaltungs- und vor allem Steuerpraxis keine Fluren oder Besitztitel vorsah, sondern lediglich Flurnamen mit den darauf wohnenden und bewirtschaftenden Besitzerfamilien (CHTOURIS/HEIDENREICH/IPSEN, 1993, S. 64). Die ohnehin juristisch unübersichtliche Situation wurde in der Nachgründungszeit durch Besitzerwechsel oder natürliche Prozesse (Waldwuchs) zusätzlich verstärkt. Der Waldwuchs ist auch deswegen brisant, da das Grundgesetz (Artikel 24 GG¹⁴⁴) Veränderungen in der Bestimmung von Wald und Waldarealen untersagt. Das Fehlen – oder absichtliche Hindern? – von Kataster- und Forstkartenwerken vermehrten die Unübersichtlichkeit und jede Kaufpraxis verkomplizierte die Lage sogar für implizierte Behörden.

Nach der Ablehnung der ersten Land- und Bodenreform durch den König erreichte die Praxis der willkürlichen Inbesitznahme von Ländereien erst ihre Blüte. Die frühen Käufer attischer Ländereien waren meist Diaspora-Griechen, ausländische Diplomaten oder sogenannte Pioniere. Starke Besitzansprüche stellten jedoch die halbnomadischen Familien, die das Land fürs Wohnen oder Weiden nutzten. Ihre Identifikation mit dem Boden und der Umgebung war stark, allerdings begannen sie mithilfe von Notaren schnell seinen Marktwert zu erkennen. Alle diese Akteure hatten starkes Interesse an der Beibehaltung des Status quo und übten entsprechend starken Druck auf Verwaltung und Regierung aus, damit diese von ihren Landansprüchen zurücktreten.

Im Gegensatz zur planlosen und anarchischen Entwicklung in Attikí, war das Stadtwachstum innerhalb der königlichen Hauptstadt und in der von Kleanthis und Schaubert entworfenen Innenstadt (gerichtet auf die Akrópolis) geordneter, wobei unmittelbar außerhalb davon bald eine ebenso planlose Entwicklung einsetzte. Dennoch wurden Grundriss, Strukturen und Achsen übernommen und sukzessive begann sich der Raum um die Akrópolis und den Likavitós-Hügel zu füllen. Eine prominente Stellung nahmen die repräsentativen Bauten ein, vom königlichen Schloss (heute Parlament) und den Botschaften bis hin zu den Residen-

zen der Diplomaten und der reichen Diaspora-Griechen. Eine Großzahl der städtebaulichen Entwürfe musste jedoch entweder aus finanziellen oder aus ideologischen Gründen aufgegeben werden.

Der Beginn der ersten Bautätigkeit war zugleich der Anstoß für das Einsetzen einer Binnenmigration.¹⁴⁵ Nach der zweiten Belagerung Athens 1827 sind etwa 1.800 Einwohner in der *Stadt* geblieben, darauf wuchs die Einwohnerzahl in nur einem Jahrzehnt schon auf über 20.000 an. In der zweiten Hälfte des 19. Jhs. verlief das Wachstum eher moderat, sodass erst in den 1890er-Jahren hier knapp über 120.000 Einwohner lebten; weitere 60.000 in der Gesamtregion. Die meisten der ersten Zuwanderer kamen aus den eroberten ländlichen Regionen, Inseln oder aus osmanisch kontrollierten Gebieten. Die nächste größere Migrationswelle folgte mit Beginn der Balkankriege und dauerte bis 1922 als etwa 280.000 Kriegsflüchtlinge in die Region kamen. Nach der *Mikrasiatikí Katastrofi* wurden etwa 320.000 Flüchtlinge an das Athener Becken zugewiesen, während in den Jahren darauf schätzungsweise weitere 100.000 folgten. Im Jahr 1928 lag die offizielle Bevölkerungszahl bei 800.000 Einwohnern und etwa sechs Jahre später überschritt sie die Million.¹⁴⁶

In der ersten Zeit wohnten sie in Baracken oder Zelten an allen möglichen Standorten wie Parks, am Ufer des Ilissós', entlang der Eisenbahn und in ehemaligen Steinbrüchen oder in der Nähe von Fabriken und Gewerbegebieten. Die Zuweisung an provisorische Siedlungen am Rande von Athen und Piräus oder in kleineren Gemeinden¹⁴⁷ im Athener Becken ließ erstmals ein Siedlungskontinuum entstehen. Der Staat und das Wohlfahrtsministerium forcierten den Bau von etwa 25.000 Wohneinheiten in niedriger Bauqualität – für damalige ökonomische Verhältnisse eine große Leistung.¹⁴⁸ Einige wenige Flüchtlingssiedlungen entstanden im Rahmen der Industriepolitik, deren Ziel die Bereitstellung von billigen Industriearbeitern, sozusagen ein Proletariat à la carte, war. So sind diese staatlich errichteten Flüchtlings- oder Arbeitersiedlungen in peripheren Lagen, unweit der Fabriken, z. B. in Egáleo, Peristéri, Néa Ionía oder Níkea (damals Kokkiniá) entstanden. Ein großer Teil des sehr knappen Sozialwohnungsbestandes in der Athener Agglomeration stammt aus der Zeit von 1928 bis 1932. Insgesamt kamen nur etwa 10% der Flüchtlinge „in würdiger Weise [in] vom Staat erstellten Wohnungen unter“ (PAPAGEORGIOU-VENETAS, 1993, S. 184). Das Ausmaß des plötzlichen Bevölkerungszuwachses und der Ausdehnung der Stadt erschwerten die planmäßige Erschließung oder Versorgung mit entsprechender Infrastruktur (KERN, 1986, S. 74). Die Vorsorge für Flüchtlinge, die Beschlagnahme von Gebäuden wie Theater, Schulen, Hotels u. a.

oder jedem denkbaren Wohnraum und selbst die Landverteilung spitzten die ohnehin überhandnehmende Feindseligkeit der Einheimischen gegenüber den Flüchtlingen zu. Mehr als 30.000 Flüchtlingsfamilien mussten auch noch viele Jahrzehnte nach ihrer Ankunft in provisorischen Baracken wohnen und sie blieben als eine der am meisten marginalisierten Gruppen in Athen, im Grunde ein *Proletariat ohne Industrialisierung*.

Eine wirksame Sofortmaßnahme der Regierung war die Verteilung von Parzellen, auf denen die Flüchtlinge ihre Häuser in Eigenregie bauen durften sowie Obst- und Gemüseanbau oder Viehhaltung betreiben. Auch in Attikí wurden im Lotverfahren Agrarflächen verteilt. Damit konnten sie ihre Selbstversorgung sichern oder durch den Verkauf ihrer Ernte ein Einkommen erzielen (siehe Plataniá). Die Landverteilung war zudem ein ideologisches Instrument im Sinne von „Landbesitzer werden nicht zu Kommunisten“. Dadurch sollten ein möglicher Aufstand, Unruhen oder eine politische Radikalisierung vermieden werden. Da der Staat kaum in der Lage war, den elenden Wohnzuständen und dem allgemeinen Wohnungsmangel entgegenzuwirken, versuchte er durch Maßnahmen den privaten Bausektor zu aktivieren und Eigeninitiative bzw. den Selbsthausbau zu fördern. Begünstigt sollte dies durch das 1929 novellierte allgemeine Baugesetzbuch (Π. Δ. 3.4.1929 »Περί γενικού οικοδομικού κανονισμού του Κράτους«) und das Gesetz zu mehrgeschossigen Wohnhäusern (N. 3741/1929 »Περί οριζοντίου ιδιοκτησίας«) werden. Angesichts der akuten Wohnsituation wurden (*vorläufig*) Sonderregelungen eingeführt, die den Hausbau außerhalb von Gemeindegrenzen und der Städtebaulichen Plänen (»Pläne«) lockerten. Damit sollten Tür und Angel für die weitere Entwicklung eines idiomorphen Systems der Wohnungsproduktion und der Stadtentwicklung geöffnet werden.

In den 1930er-Jahren verlangsamte sich der Bevölkerungszuwachs und während des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Besetzung nahm die Bevölkerung sogar ab, zumal mehrere Bewohner Athens aufgrund der schlechten Versorgung und Ernährungssituation in die ländlichen Regionen auswanderten. Während der Hungersnöte im Winter 1941/1942 und 1942/1943 gab es laut Schätzungen bis zu 100.000 Tote. Nach Kriegsende, aber vor allem nach dem Ende des Bürgerkriegs setzte wieder besonders stark die Binnenwanderung ein. Hauptmotive waren die widrigen Lebensbedingungen und die fehlenden Erwerbsmöglichkeiten in der Provinz, aber auch Flucht aus den politisch gespaltenen Gesellschaften sowie aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen durch politische

Gegner und staatliche Institutionen. Letztere fanden teilweise Schutz in der Anonymität der Großstadt (MALOUTAS, 2009, S. 30).

Die meisten Binnenmigranten kamen von den Inseln, der Peloponnes, aus Zentralgriechenland sowie den gebirgigen und am stärksten notleidenden Regionen wie Épirus oder Westmazedonien. Etwa 100.000 bis 150.000 Griechen aus Istanbul siedelten nach dem Pogrom von Istanbul im September 1955 in die Athener Agglomeration um. Zu dieser Zeit zeichnete sich auch ein Wandel ab: Neben der starken Binnenmigration setzte Außenmigration ein. Auch ein Teil der marginalisierten mikrasiatischen Flüchtlinge verließ Attikí und wanderte nach Nordamerika, Australien und Westeuropa aus.

Die Land-Stadt-Wanderung setzte sich unvermindert bis in die 1980er-Jahre fort, wodurch es zu einer Vervierfachung der Einwohner der Athener Agglomeration in nur etwa drei Jahrzehnten kam. Erst ab Ende der 1970er-Jahre verflachte das Bevölkerungswachstum. Das sowohl natürliche als auch migrative starke Bevölkerungswachstum zwischen 1950 und 1980 ging mit einer entsprechend starken Wohnnachfrage einher. Zur gleichen Zeit stiegen die Wohnansprüche bzw. Wohnstandards. Die vergleichsweise gestiegene soziale Mobilität durch das ökonomische Wachstum der Nachkriegszeit ließ die Mittelschicht zunehmen (ebd., S. 36). Nicht nur die Chicagoer School erkannte die Verbindung von hoher Sozialmobilität und Wohnmobilität mit hoher Bautätigkeit. Im Fall Griechenlands waren Staat und staatliche Institutionen, darunter Raumplanung von Wohnraumversorgung abstinent bzw. vom „laissez-faire des 19. Jahrhunderts gekennzeichnet“ (PAPAGEORGIU-VENETAS, 1993, S. 181). Traditionsgemäß oder da es keine aktive Wohnpolitik durch den Staat gab, blieben Wohnungsmarkt und Wohnungsproduktion ausschließlich eine private Angelegenheit. Damit die Mittelschichten die eigenen Wohnbedürfnisse, aber auch die ihrer Nachkommen befriedigen konnten, mussten sie in Eigenregie handeln. Der Staat war bedacht nur anhand von Gesetzen und Regelungen Anreize und günstige Bedingungen zu schaffen und Haushalte, private Bauherren und Baugesellschaften zu aktivieren.

Die verbesserte Verkehrsinfrastruktur und *neue* Verkehrsmittel trieben die Erschließung neuer Gebiete voran. Am stärksten hat der motorisierte Verkehr, damals ausschließlich für höhere Einkommensgruppen erschwinglich, den Zeitaufwand für Fahrten verkürzt und damit potenzielle Wohngebiete *näher* rücken lassen. Anders als in Berlin waren hier der Hauptgrund für die Randwanderung der höheren Einkommenschichten nicht die Fabriken und die damit einhergehende raum- und lufthygi-

enische Problematik, sondern eher die bewusste Entscheidung die verdichteten, teilproletarisierten, lichtarmen innerstädtischen Gebieten zu verlassen, in denen die Wohndichte wie in einigen innerstädtischen Stadtteilen weit über 21.000 Einwohner pro km² erreichte. Dagegen erfuhren die viel vermarkteten klimatisch günstigen und attraktiven Gebiete am Berg oder an der Küste schnell große Beliebtheit. Paradoxerweise erhöhte die kontinuierliche Zunahme des motorisierten Individualverkehrs nicht nur die Möglichkeiten, sondern auch die Probleme: Hohe Abgas- und Lärmemissionen oder regelwidriges Parken verschlimmerten die Lebensverhältnisse in der Kernstadt. Gegen Ende der 1960er-Jahre setzten damit zentripetale Tendenzen und die Randwanderung in die benachbarten privaten Vorstädte ein. Die ehemaligen Nachbarstädte oder Dörfer begannen nun als Vorstädte eine dominierende Rolle der Entwicklungen der Agglomeration einzunehmen. Eine frühe Konsequenz dessen war die langsame, aber konstante Neuhierarchisierung der Wohngebiete und der Beginn einer nachhaltigen sozialen Segregation.¹⁴⁹ Vormals weit entfernte Wochenend- oder Ferienwohnorte (z. B. Kifisiá, Fáliro-Küste) oder ganz neue, privat geplante Gartenvorstädte in Randlagen, wie Psychikó und Filothéi oder das 19 km entfernte Ekáli im Norden bzw. Palió Fáliro, Glifáda, Argiróupoli im Süden stiegen zu exklusiven Wohnorten auf. Die einsetzende Suburbanisierung ging mit der sozialräumlichen Differenzierung einher. Das Verlassen der Innenstadt durch die mobilen und hohen Einkommensklassen und der Einzug im Südosten und Norden führten zur Entstehung der *nördlichen Vorstädte*, ein Synonym für erlesenes Leben und Wohnen, aber vor allem der Aufstiegswunsch der weniger Bemittelten und der Zuwanderer.

Die starke Land-Stadt-Wanderung in den 1960er-/1970er-Jahren und die enorme Bautätigkeit veränderten in nur einem Vierteljahrhundert den Umfang und das Bild der Stadt(-landschaft) radikal. Die rapide Verdichtung der inneren, und von immer mehr Teilen der äußeren Innenstadt, die voranschreitende Parzellierung semiurbaner Flächen, ihre Umwandlung in urbane Grundstücke und durch sehr oft illegale Bebauung (über *Avthéreto* siehe weiter unten) eine faktisch in Eigenregie betriebene Stadterweiterung skizzieren die reale Stadtentwicklung dieser Zeit. Die Phase wird ab Ende der 1970er-Jahre nicht abgelöst, sondern von einer weiteren Entwicklung begleitet. Die erhöhte Sozialmobilität und Prosperität versetzte immer mehr Athener in die Lage die extrem dichte Innenstadt¹⁵⁰ und sogar andere kongestierte suburbanisierte Wohnorte zu verlassen, um in dünn besiedelte Wohngegenden am Rand oder in exurbane Siedlungen zu ziehen. Dieser Exodus war ab Ende der 1990er-Jahre noch extremer. Der weitere Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und die

Zunahme des Motorisierungsgrades, aber auch die *Verbilligung* der Baukredite bewirkten tiefgreifende Transformationsprozesse, nicht nur innerhalb des Athener Beckens, sondern in ganz Attikí und darüber hinaus.

Im Diskurs des Nationalstaates waren bislang für das Stadtwachstum vor allem Binnenwanderung und die Einwanderung ethnisch angehöriger Kriegsflüchtlinge bestimmend. Die jüngsten Migrationsprozesse (ab Ende der 1980er-Jahre) stehen nun für die neue Form der Stadtentwicklung. Auf einmal wurde Athen Ziel grenzübergreifender Migrationsbewegungen:

- Zuerst die *Póntii* bzw. *Rossopóntii* aus der ehemaligen Sowjetunion; von den etwa 120.000 nach Griechenland Zugewanderten kamen etwa 30.000 in die Athener Agglomeration v. a. in Acharnés und Níkea.
- Einige Jahre später eine noch stärkere Zuwanderung aus den Balkanstaaten, allen voran aus Albanien¹⁵¹. Die Zahl der albanischen Migranten schwankt zwischen den statistisch erfassten 438.000 (ELSTAT, 2001) und 650.000 aus anderen Quellenangaben (siehe weiter unten).
- Schließlich die jüngste und anhaltende Zuwanderung von Kriegsflüchtlingen (Irak, Afghanistan, Syrien, Palästina) oder sog. ökonomischen Migranten (Bangladesch, Pakistan und aus dem afrikanischen Kontinent). Deren Zahl schwankt zwischen 200.000 und 400.000.

Im Jahr 2005 wurde die Gesamtzahl aller Migranten in Griechenland auf bis zu 1,2 Millionen geschätzt, mehr als ein Drittel davon war nicht registriert (TRIANTAFYLLIDOU/GROPAS, 2007, S. 145; ähnlich in den 1990er-Jahren siehe FAKIOLAS, 1994, S. 13). Nach Ausbruch der Krise verließen jedoch viele Migranten das Land. Diese jüngsten Migrationen setzten jedoch bereits tiefgreifende intrametropolitane Transformationen in Gang. Die aktuellen Stadtentwicklungsprozesse sind gekennzeichnet durch Zunahme der sozialräumlichen und ökonomischen Polarisierung, der ethnischen Segregation und generell Desintegrationsphänomene sowie die Verstärkung des Exodus vor allem von der stigmatisierten Kernstadt. In welche Form sich dies auf das Wohnen und die Wohnorte auswirkt, wird im Folgenden zu thematisieren sein.

2.1.3 Wohnen und Wohnproduktion: Eine rein private Sache

Sichtbar wurde aus dem bisher Dargelegten, dass eine vorsorgliche Wohnpolitik in Griechenland bzw. Athen so gut wie nicht vorhanden war. Der Staat oder die Kommunen waren weder bereit noch in der Lage Wohnraum für die ökonomisch benachteiligten Schichten zu beschaffen.

Obwohl die Liberalen/*Radikalen* in den 1910er-Jahren innovative städtebauliche Projekte, große Infrastrukturprojekte und den Ausbau der Hauptstadt, darunter zum ersten Mal ein städtebaulicher Plan für den Großraum Athen konzipierten, scheiterten diese Pläne an den knappen Finanzmitteln, aber auch am Widerstand konservativer oder interessen geleiteter Kreise, die permanent der aktiven Einmischung des Staates in private Angelegenheiten, darunter Bauen und Wohnen, entgegenwirkten. Die seit der Gründungszeit fortwährende Infragestellung der Staatsgewalt hemmte letztendlich staatliche Initiativen für Regulation und förderte im Gegensatz andere Legitimationsformen und machtpolitische Strategien. Auch später, anders als in den fordistischen Staaten, waren die Aufrechterhaltung der staatlichen Kontrolle und die Loyalität der Bevölkerung wichtiger als die Regulierung und Planung eines kollektiven Wohnens oder Konsums (CASTELLS, 1968 zitiert von CHTOURIS/HEIDENREICH/IPSEN, 1993, S. 38). Da ökonomischen Eliten bzw. Oligarchen von Beginn an unnachgiebig ziel- und gewinnorientiert agierten, haben Markt und Marktkräfte sehr früh schon städtisches Land und Boden beinahe in Alleinregie reguliert. Sie haben nicht nur über die Erschließung und Umwandlung von Land verfügt, sondern nahmen direkt Einfluss auf Stadterweiterung und städtebauliche Prozesse, damit sie den höchsten Bodenpreis erzielen konnten, z. B. durch maximale Preissteigerungen, durch den Kauf von billigem Agrarland und Umwandlung in städtisches Bauland. Durch den direkten Einfluss der Bodenbesitzer und den Druck der Grundstückskäufer bzw. der Wähler auf die Regierenden wurde früher oder später die Ausweisung von Baugebieten erzwungen.

Das *Avthéreto*-Regime: Neben den Bodenoligarchen existierte auch eine Vielzahl kleinerer eigeninteressengeleiteter Siedler. Letztere waren in der Regel Familien (andere Formen siehe später), die durch Eigenhausbau primär die Sicherung der eigenen Existenz anstrebten. Zwar stemmte sich ein Teil des staatlichen Mechanismus (Marktpolizisten, staatliche und lokale Behörden wie Forstämter) gegen die nicht autorisierten Baupläne, zugleich wurde jedoch die Praxis des Eigenhausbaus toleriert. Überwiegend, weil derselbe Staat sonst nicht in der Lage war, die Notlage der Kriegsflüchtlinge oder *Squatter* zu lindern. Gerade diese existenzsichernde Wohnstrategie der Familie war der Katalysator für diese Form der „gesellschaftlich regulierten Stadtentwicklung und Baugebietsausweisung“ (CHTOURIS/HEIDENREICH/IPSEN, 1993), die zum prägenden Merkmal der Wohnproduktion des semiperipheren Staates wurde. Emblematisch hierfür ist der *Avthéreto* (αυθαίρετο), der mehr als eine Praxis, Logik und Prinzipien darstellt. Die eigene Existenz, der eigene

Wille und individuelle bzw. familiäre Wünsche stehen *vor* dem Gesetz. Besonders problematisch in dieser Logik waren die darwinistischen Züge und die Tatsache, dass öffentliche Güter wie Land und Boden für private Zwecke ausgebeutet werden. Von der Gründungszeit, und vor allem nach der argen Situation der Flüchtlinge in den 1920er-Jahren wurden die Fundamente für das schizophrene Bodensystem¹⁵² geschaffen, dem gegenüber meist Staat, Raumpolitik und Planung das Nachsehen hatten bzw. über andere Wege die Ressourcenverteilung zu regulieren suchten.¹⁵³

Die gesellschaftlich regulierte Wohnungsproduktion weist eine weitere wichtige Dimension auf. Die Aktivitäten zur Selbstversorgung, legal oder illegal, trugen langfristig zur Stärkung sozioökonomischer Barrieren im urbanen und semiurbanen Raum bei (MALOUTAS, 2009, S. 42). Die Mehrzahl der mittellosen und einkommensschwachen Flüchtlinge und Zuwanderer wurde nämlich in randstädtischen Lagen außerhalb des amtlichen »Plans« platziert, wo sie selbst ihr Wohnelend beseitigen sollten. Aus den ersten Baracken sind sukzessiv feste, überwiegend kleinere Häuser, oft ohne Genehmigung, entstanden.¹⁵⁴ Der feste Wohnsitz bot der Familie ein Sprungbrett für die Integration in die städtische Modernität und den gesellschaftlichen Aufstieg. Er war mit besseren Berufs- und Bildungsmöglichkeiten in der Stadt verbunden. Dadurch hatte das eigene Haus sowohl materiellen als auch symbolischen Charakter.

Hier war auch die Mithilfe von Einheimischen, geschäftstüchtigen Bauhandwerkern wichtig, die in der Notlage eine Baumaschinerie für ungehemmte Bruchbuden oder Häuser erzeugten. Der Staat griff anfangs mit polizeilicher und in einzelnen Fällen mit militärischer Gewalt ein, konnte jedoch am Ende wenig an der Situation ändern. Auch Präsidenten-Dekrete wie das zu illegalen Bauten und zum Belangen der Schuldigen während der Ausübung der Bautätigkeit (Π. Δ. 18-03-1926) aus dem Jahre 1926 konnten das *Avthéreto* nicht stoppen (ebd., S. 97). Die sehr langwierigen und bürokratischen Genehmigungsverfahren für Stadterweiterungsgebiete bzw. Ausweisung oder Aufnahme von Baugebieten im Städtebaulichen Plan (»Plan«) wirkten jedoch katalytisch auf die Systematisierung der *Avthéreto*-Praxis. Im günstigsten Fall wurden „ein Fluchtlinienplan oder eine örtliche Zonierungsverordnung“ erstellt (ebd., S. 182), meistens reagierten jedoch Staat und Planungsbürokratie lethargisch und verzögert auf die dynamische Wohnentwicklung und Nachfrage. Zum Teil war dies auf die ungeklärten Nutzungs- und Eigentumsverhältnisse sowie die starren Verwaltungsstrukturen zurückzuführen, aber auch auf die restriktive Bodenpolitik. Auch deswegen rea-

gierte der Markt, bestärkt durch die Gesetzgebung der 1920er-Jahre (s. o.), auf das vertikale Wachstum (siehe weiter *Antiparochí*), das sukzessiv den Bau in die Höhe plausibel machte.

Nachregulierend wurden die meisten der *Avthéreta*-Siedlungen in den Städtebaulichen Plan aufgenommen. Derselbe Staat, der sonst die Stadterweiterung stark reglementiert, mit dem er städtische Verdichtung vor Zersiedelung und Ausuferung gesetzt hat, steht am Ende vor geschaffenen Tatsachen. Seine einzigen Optionen sind der kompromisslose Abriss oder eben eine Legalisierung und Nachregulierung (Bau notwendiger Infrastruktur wie Straßen, Wasserversorgung, Schulen u. a.). Da generell auf das Recht eines Dachs über dem Kopf geachtet wurde, duldeten die Behörden oft diese geschaffenen Tatsachen – nicht selten mithilfe von Schmiergeldern – oder durch die Instrumentalisierung seitens der Regierenden von *Avthéreta* und illegalen oder halblegalen Bauten, z. B. um Wahlen zu gewinnen. Diese politische Geiselnahme der *illegalen* Hausbauer begann mit dem Wahlversprechen der Legalisierung und der Aufnahme in den »Plan« und/oder der Beschleunigung der Nachregulation. Diese Praxis ist ein fester Bestandteil der bereits erwähnten klientelistischen Parteien- und Parlamentarierstrukturen.

Während solche selbstgebauten Kleinsthäuser in integrierten oder *Avthéreto*-Siedlungen die Ausuferung der Stadtgrenzen forcierten, begann sich eine weitere Form der Wohnungsproduktion zu etablieren: der Bau von *Polikatikies*¹⁵⁵ (Mehrfamilienhäuser). Diese Behausungsform erfolgte in der Regel in integrierten, allen voran innenstädtischen Lagen. Ihre Produktion geht mit dem System der Gegenhabe (*Antiparochí*) einher.

***Polikatikía* – Wohn- und soziale Produktion:** Bis zu dieser Zeit war das selbstgebaute Kleinsthaus im kleinen städtischen Grundstück gesellschaftsschichtübergreifend die begehrteste Wohnform. Mit dem Aufkommen der *Polikatikía* trat ein nachhaltiger Wandel ein – hin zur mehr Urbanität. Mehrstöckige Bauten wurden auch vor dem Krieg gebaut in den 1910er- und 1920er-Jahren, allerdings die allerwenigsten davon dienten als Wohnstätten. Erst in den Nachkriegsjahrzehnten wandelte sich das und der Bau von *Polikatikies* zu Wohnzwecken gewann nicht nur an Dynamik. Die *Polikatikía*-Wohnung stieg gar zur präferierten Wohnform auf und vergegenständlichte die städtische Modernität. Mit *ihr* waren der Aufbruch in die Moderne und das moderne großstädtische Leben verknüpft. Außerdem, wie weiter zu sehen sein wird, repräsentiert sie auch die für alle Beteiligten bestmögliche ökonomisch-rationelle Form von Wohnungsproduktion.

Durch die große Wohnungsnot und die stark gestiegene Nachfrage nach Wohnraum war dies eine Reaktion der Lebenswelt bzw. der Kleinstrukturen, in diesem Fall in Form der kleinen Bauunternehmen. Das ganze Wohnungsproduktionsmodell ruhte auf einer schlichten und gewinnbringenden Logik, die kleinmaßstäblich betrachtet, unmittelbare Vorteile einbrachte. Der Bau von *Polikatikíes* wurde zu einem Erfolgskonzept vor allem aufgrund seiner Kopierbarkeit, Robustheit, Schnelligkeit und verhältnismäßig günstigen Kosten. Die Voraussetzungen dafür schaffte der *Laissez-faire-Staat* und die gezielte Einführung einer Sonderkondition: „Alle Zwischentransaktionen unter Geschäftspartnern sind von der Besteuerung befreit“, wodurch es „besonders vorteilhaft gegenüber anderen Wohnproduktionsformen auf dem Markt“ wurde (MALOULTAS, 2009, S. 42). Die rationelle Kooperation und die Gegengabe (*Antiparochí*) zwischen Grundstücksbesitzer und Bauunternehmer ohne staatliche Einmischung kann als herausragendes Merkmal eines an das lebensweltliche Maß angepassten Wohnungsproduktions- und Mehrwertbeschaffungsmodells gesehen werden. Einerseits produzierte es eine beispiellose Anzahl von neugebauten Wohnungen, andererseits war es eine Form der Vermögensbildung sowohl für die besitzende Familie als auch für den Bauunternehmer. Es hat folgendermaßen funktioniert: Der Besitzer eines (meist bebauten) städtischen Grundstücks stellte dies einem Bauunternehmer zur Verfügung, der den gesamten Bau (in der Regel eine 5- bis 7-geschößige *Polikatikía*) vorfinanziert hat und aus dem Verkaufserlös der Wohnungen mit einem moderaten Gewinn refinanziert. Die Grundstücksbesitzer bekamen je nach Grundstücksgröße zwei oder mehrere Wohnungen, die entweder durch Vermietung eine Einkommenssteigerung ermöglichten oder die (künftigen) Wohnraumbedürfnisse der Kinder deckte (mehr darüber siehe LEONTIDOU, 1989; CHTOURIS/HEIDENREICH/IPSEN, 1993, S. 131ff.)

Das Leben in der *Polikatikía* wurde zum modernen Ort des Zusammenlebens und in seiner Vertikalität begünstigte die gesellschaftliche Durchmischung und Koexistenz der unterschiedlichsten Gruppen (Schichten). Auf diese Weise hatte es zur Entstehung eines neuen, modernen, typisch großstädtischen Gesellschaftsbildes beigetragen bzw. hat *Großstadt produziert*. Das hiesige Wohnen bedeutete auch den ersten Schritt zur Teilhabe am modernen Stadtleben und Integration in die zusammengewürfelte großstädtische Gesellschaft; aber auch in die (wohl reglementierte und schichtenspezifische) städtische Arbeitsteilung. Fast als eine nationale Utopie ohnegleichen haben *Polikatikía*- und Stadtviertelnachbarschaften die unmittelbare Stelle der Kulmination gebildet. Utopisch auch deswegen, weil die Lostrennung von dörflichen und provinziellen Struk-

turen sehr zögernd oder auch im neuen städtischen Alltag an der alten Identität bzw. Herkunft haftete. Dies war mit einem hohen Distinktionsbedürfnis verbunden, wie das Beharren bzw. die Pflege von herkunftsbezogenen Beinamen beweist (z. B. „Kostas o Kritikós“ oder „Maria í Mikrasiátissa“ d. h. Kostas, der Kreter bzw. Maria, die Kleinasiatin) beweist. Die Fremde der Stadt bzw. die empfundene Entfremdung übersteigerte die Wichtigkeit des Herkunftsorts. Dies wurde – und für ältere Generationen ist es immer noch so – zum unverzichtbaren Identitäts- und Distinktionsmerkmal gerade aufgrund des Einzugs in die Großstadt.¹⁵⁶ Der Mikrokosmos der *Polikatikía* führte zwar zur Durchmischung der regionalen Kulturen, gleichzeitig verstärkte er jedoch diese und ließ sie bewusster werden.

Die *Polikatikía* war durchaus auch ein Spiegelbild der herrschenden gesellschaftlichen Hierarchie in räumlich vertikaler Ausrichtung. Idealtypisiert sah diese Schichtung wie folgt aus: im Untergeschoss, Souterrain und Erdgeschoss für Hausmeister bzw. Concierge (eine großstadtspezifische Tätigkeit, eine private und halbformelle Kontrollinstanz, neben teilweise Reinigungs- und Hilfsaufgaben für das Kollektiv der *Polikatikía*) oder einkommensschwächere Mieter (Tagelöhner, Studenten, Dienstmädchen usw.). Mit jeder Etage nahmen gesellschaftliche Stellung und Einkommen zu. Die kleineren Mietwohnungen der unteren Geschosse beherbergten meistens kleinere und jüngere Haushalte, während in den größeren Eigentumswohnungen der oberen Geschosse in der Regel Haushalte mit höheren Einkommen und Mehrgenerationenhaushalte anzutreffen waren. Die sogenannte *Retiré*-Wohnung im letzten Geschoss hatte zwar eine kleinere Wohnfläche, jedoch aufgrund einer großen Terrasse mehr Licht, Luft, Aussicht und weniger Lärm; sie war sehr begehrt und entsprechend teurer. Metaphorisch entsprach die soziale Stellung des Haushalts der Zahl des bewohnten Geschosses. Die *Retiré*-Wohnung war zudem ein Vorzeichen für den Umzug in ein anderes, meistens bessergestelltes Viertel oder eine neue Behausungsform.

Der sukzessive Auszug aus der *Polikatikía*, anfangs der Haushalte mit höherem Einkommen, später sozialer Aufsteiger, zersetzte diese gesellschaftliche Durchmischung und Koexistenz, selbst wenn es einige Ausnahmen gegeben hat, in denen Bewohner dieser Wohnform und diesen durchmischten Wohnorten treugeblieben sind. Viele blieben aus finanziellen Gründen, andere aufgrund ihres höheren Alters und beschränkter Mobilität, aber auch wegen der vertrauten Umgebung und des direkten Zugangs zu Angeboten und Dienstleistungen. Dementsprechend sind heute noch in den innenstädtischen *Polikatikies* Haushalte unterschiedli-

cher Einkommensverhältnisse zu finden. Die damit verbundenen Qualitäten sind ebenfalls ein Grund für die recht verhaltene Suburbanisierung Athens, die, wenn man die schlechten und beengten Lebensverhältnisse heranziehen würde, noch massiver ausfallen könnte. Auch das *Exochikó*-Haus (im Sinne vom Haus draußen auf dem Land bzw. in der Natur), also die Wochenend-, Ferien- oder Sommerwohnung in der Umgebung (in Attikí) oder noch weiter und nicht selten im Herkunftsort, wirkten kompensierend auf das Wohnen in der verdichteten Großstadt und in der großstädtischen *Polikatikía*.

Das Verlassen der Innenstadt und der Einzug in suburbane Gemeinden führten in den meisten Fällen zum Wechsel von der *Polikatikía* in das Einfamilienhaus (oder Doppelhaus). Eine große Mehrheit favorisierte immer das Wohnen im eigenen Einfamilienhaus. Mit dem gestiegenen Lebensstandard und neuen Finanzierungsmöglichkeiten, z. B. durch die „finanzpolitische Revolution“ der EU-Währungsunion (EMMANOUIL, 2004) kamen viele Haushalte diesem Ziel näher. Vor allem sog. Maiso-nette-Häuser¹⁵⁷ entsprachen dem Zeitgeist bzw. den modernen und vermarkteten Lifestyle-Mustern. Generell wurde dadurch ein noch tiefgreifender Wertewandel vollzogen, der das gesellschaftliche Fundament »Familie« samt ihren Traditionen, Praktiken und Strategien auch hinsichtlich der Wohnungsproduktion erschüttert hat.

Von der Feriensiedlung zum Wohnort: Das Erreichen der höchsten innerstädtischen Verdichtung hat die Randwanderung in die Nachbargemeinden bzw. Vorstädte Athens verstärkt. Auch hier nahmen Bevölkerungszahl und Verdichtung kontinuierlich zu (siehe Anhang). Die Zwischenflächen wurden verbaut und die Athener Agglomeration wurde kompakter, sodass heute das gesamte Attische Becken ein einziges Stadtkontinuum ist. Entwicklungen, die in den kompakten Bereichen in den 1960er-Jahren sporadisch waren, treten ab 1980 massiver auf und erfassen ein immer größeres Gebiet. Soziale Mobilität und gesteigener Lebensstandard verknüpft mit starker Motorisierung intensivierten den Siedlungsdruck über die suburbanen auf exurbane Lagen. So fand zwischen 1985 und 2004 22% des genehmigten Wohnungsneubaus außerhalb der engeren Athener Agglomeration statt; im Vergleich zwischen 1985-1993 und 1999-2004 war er sogar um knapp 95% gestiegen (KAMOUTSI/GORTSOS/MARKOU, 2009, S. 182). Während in der ersten Suburbanisierung in den 1960er-Jahren in der Regel Haushalte mit höherem Einkommen saisonal das κλεινόν άστν (klinón ásti, d. h. die geschlossene Stadt als das Gegenteil der offenen Landschaft) verließen und sich im sub-/exurbanen *Exochikó*¹⁵⁸ aufhielten, trat ab Anfang der 1970er- und

1969



1990

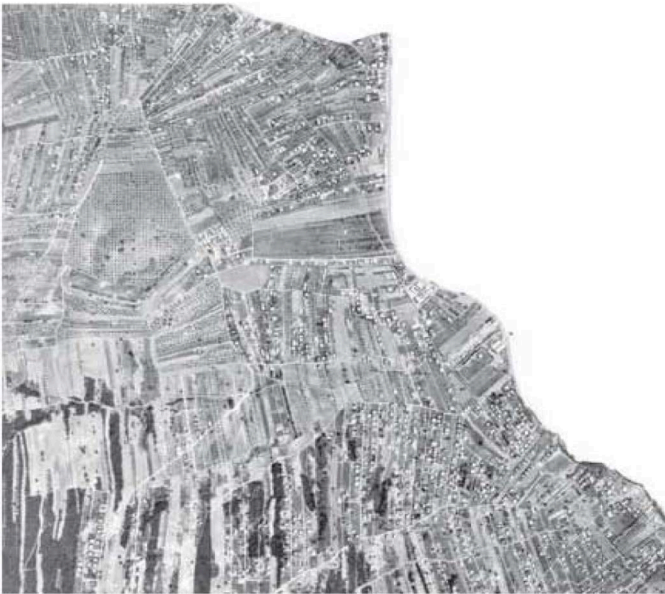


Abb. 1: Luftbildausschnitt im Küstenbereich am nördlichen Attikí zwischen Avlída und Dílesi am Euböischen Meer. Umwandlung von Agrarflächen zu Ferienhaussiedlungen.

Oben: Die Lage im Jahr 1969. Vereinzelt bebauete Fluren in der nördlich Spitze.

Unten: 21 Jahre später, eine vollständig andere, zersiedelte Situation. Die Großzahl der Fluren ist durch einen oder mehrere Bauten belegt.

Quellen: EKKE: Sozialer und ökonomischer Atlas Griechenlands; Luftbilder des Geografischen Dienstes der Armee - GYS

1980er-Jahre dieses Phänomen massiver auf, zumal die wachsende Mittelschicht auch dieses Ziel verwirklichen wollte. Dafür wurden hauptsächlich Areale außerhalb des genehmigten »Plans« in Anspruch genommen. Weit verbreitet war die Umwandlung landwirtschaftlicher, teilweise bewaldeter Flächen zu Anbau- bzw. Gartenschollen. Auch berufsspezifische Siedlungsgenossenschaften haben für ihre Mitglieder ausgedehnte Areale als Feriensiedlungen reserviert (siehe weiter). Waren es anfangs Gebiete unweit der Kernstadt, nahm durch die verbesserte Erschließung und die zunehmende Motorisierung der Aktionsradius mehr und mehr zu. Beliebt waren klimatisch günstige und landschaftlich attraktive Standorte wie an den attischen Küsten oder Berghängen (Párnitha, Pentelikon und Imittós). Diese Entwicklungen erfassten in erster Linie die Mesógia-Ebene und die Ostküste (Rafína, Louítsa, Artémida, Néa Máκρι u. a.), aber auch den südlichen Saronischen Golf (Kropía, Kalívía Thorikoú, Anávissos, Paleá Fókea) und die vorgelagerten Inseln (Salamína, Égina, Póros); teilweise un-

zugängliche Waldgebiete in Párnitha und Pentelikon. Die großen Straßenbauprojekte Attikí Odós und PATHE und das umfassend verbesserte Straßennetz machten sogar benachbarte Regionalbezirke wie Évia, Viotía, Korinthía und noch weit entferntere attraktiv. Die Expansion der Agglomeration war letztlich eine „unorganisierte, dauerhafte und flächenintensive Ausuferung“ in allen Himmelsrichtungen (KAMOUTSI/GORTSOS/MARKOU, 2009, S. 167). Zudem fand, wenn auch nicht im selben Maße wie zwischen 1930 und 1980, eine Fortsetzung der *Avthéreta*-Baupraktiken statt: sukzessive Nutzungsänderung durch illegale Parzellierung, Verkauf als Kleinstgrundstücke, Einzäunung und periodische Nutzung als Ausflugsort, für die gelegentliche Übernachtung Errichtung eines Provisoriums, z. B. ein *Zelt* oder ein Leichtbau aus dünnen Brettern, nach einiger Zeit durch einen festeren Bau (vorgefertigte Wohnlaube) oder einen kleinen einräumigen Bau ersetzt, der sukzessive erweitert und in einigen Fällen sogar gleich Bau eines Hauses mit mehreren Zimmern und Überschreitung der erlaubten Grundflächen usw. Die Nutzungsänderung hat also mit der Umwidmung der ehemaligen Ackerfläche zu einer gezäumten kleinen Anbaufläche (samt Provisorien) die erste Hürde genommen. Erst die dauerhafte und massenhafte Ausführung und die geschaffene bauliche Tatsache machen die Rückverwandlung der Umwandlung schwer. Dazu kommen auch in diesem Fall wahltaktische Überlegungen, Klientelbeziehungen oder Bestechung ins Spiel. Trotz mangelnder technischer und sozialer Infrastruktur stellt eine solche Feriensiedlung eine bauliche und sozialräumliche Realität dar. Auch ohne Wasser- und Stromversorgung – anders als in den *Avthéreta*-Siedlungen dauert nun der Anschluss an die Versorgungsnetze grundsätzlich länger – haben sich diese Siedlungen weiterentwickelt und auch die erste staatliche Nachregulation folgte bald: 1985 durch ein Präsidialdekret (Π. Δ. 16.8.85/20.8.85) Zonierung von „Siedlungen für Zweit- und Ferienwohnsitz“. Mehr als 20% der landesweiten Ferienwohnsitze waren in Attikí zu finden. Durch die Kennzeichnung als Gemeinden für Ferienzwecke (KAMOUTSI/GORTSOS/MARKOU, 2009, S. 166) erfolgte auch die Übernahme in den Bestand, also eine Legalisierung des Städtebaulichen Plans, wie zuvor durch eine (Nach-)Regelung für viele *Avthéreta*.

Die Reglementierung der ausschließlichen Nutzung für Ferienzwecke nahm nicht die Möglichkeit der Einrichtung lokaler Infrastruktur, darunter Schulen oder andere Sozialeinrichtungen, weg. Offenbar war längst die Tendenz der Umwandlung von Zweitwohnsitz- und Ferienwohnungen zum Hauptwohnsitz erkennbar. In den 1980er-Jahren war Suburbanisierung in Form von Verlagerung des Hauptwohnsitzes in das ehema-

lige *Exochikó* relativ oft. Dieser Prozess intensivierte sich in den 1990er-/2000er-Jahren¹⁵⁹, begünstigt von der bereits erwähnten gestiegenen Mobilität und den veränderten sozioökonomischen Verhältnissen, aber auch von den neuen Wohnvorstellungen der Haushalte. Ebenso finanzielle oder berufliche Zwänge wie Umzug ins *Exochikó* nach der Pensionierung, verbunden mit der Überlassung vom ersten Wohnsitz den Kindern, waren stark verbreitet. Auch aufgrund der Krise boten abgelegene Gebiete eine Rückzugsmöglichkeit in geschütztere Bereiche außerhalb der Stadt, in denen nicht zuletzt Selbstanbau und Kleintierhaltung sparsamere Lebensweisen ermöglichten. Mit dem recht heterogenen Wohnverhalten in den letzten Jahrzehnten trat auch der Prozess der Metropolisierung Attikas in die nächste Etappe. Der derzeitig rasant voranschreitende Wandel der Athener Lebens- und Wohnräume besteht aus Teilprozessen wie das Verschlingen ehemaliger Siedlungen im Naherholungsbereich und die Umwandlung von Zweit- und Ferien- zu Hauptwohnungen. Diese Entwicklung findet trotz und teilweise wegen der schwierigen ökonomischen Verhältnisse statt.

Die Zahl solcher metropolitanen Teilräume mitsamt der Zahl der Bewohner nimmt weiterhin zu, sowohl weil sich immer mehr der hier früher nur temporär Wohnenden endgültig niederlassen, als auch weil der Zuzug neuer Bewohner, die sich ein Leben und Wohnen am Rand und in Distanz zur *problematischen* Kernstadt und Agglomeration wünschen, voranschreitet. Zudem verleihen neue Erreichbarkeiten, nicht nur durch Schnellstraßen, sondern durch die voranschreitende Entkongestion von Arbeits-, Einkaufs- oder Freizeitfunktionen, diesem Prozess eine zusätzliche Dynamik. Vorher als suburban geltende Teilräume stehen auf einmal mittendrin in der Region. So haben Flughafen, Attikí Odós und Vorortbahn die vormaligen Feriensiedlungen von Mesógia und der Ostküste zu den nachgefragtesten Wohngebieten gemacht. Zur selben Zeit nimmt die Ausdehnung der Metropolregion neue Qualität an. Die jüngsten Ferien- und Naherholungsorte liegen nun noch weiter von der ursprünglichen Agglomeration entfernt, wodurch komplett neue Räume metropolisiert werden und eine neue Stufe der Zersiedlung erreicht wird. Schon vor der Krise haben Metropolbewohner begonnen, Attikí zu verlassen und neue, attraktive und billigere Ferienstandorte in benachbarten Regionalbezirken und darüber hinaus zu *erobern*.¹⁶⁰

Siedlungsbaugenossenschaften und Stadterweiterung privat: Der Gedanke der Siedlungsgenossenschaften wurde auch in Griechenland recht früh rezipiert und war Teil der Reformbemühungen der Jahrhundertwende (19. zum 20. Jh.), wobei diese Reformen mangels der industriali-

sierten Verstädterung erst später oder nur fragmentarisch erfolgten. Eine Proletarisierung und ärmliche Wohnverhältnisse entstanden hier nur durch Binnenwanderung und Kriegsflucht. Diese ausgelassene staatliche Intervention ging mit dem Überlassen der Wohnpolitik an die privaten Bauherren einher. Ähnlich wie Terraingesellschaften in Berlin (siehe 2.2.3) übernahmen auch hier Bauunternehmen die Umsetzung siedlungsgenossenschaftlicher Reformprinzipien und errichteten Gartenvorstädte oder Villenviertel, allerdings meistens für höhere Einkommen (Filothéi, Ekáli u. a.). Einige weniger private Initiatoren gründeten auch sogenannte Gartenstädte für bescheidene Einkommensgruppen (Petroúpoli), wobei diese – wie Kleinstgrundstücke zeigen – eher auf hohe Renditen zielten (CHTOURIS/HEIDENREICH/IPSEN, 1993, S. 94ff.). Keine Gemeinde im Athener Raum war in der Lage raum- und wohnpolitisch aktiv zu werden oder ansatzweise Wohnungsbauprojekte wie in Wien oder Berlin zu initiieren, geschweige denn zu finanzieren.

Zwangsläufig musste die Wohnungsnot auf privat-familiärer und verwandtschaftlicher Ebene gelöst werden. Verheißungsvoll schien jedoch auch die Förderung berufsspezifischer Gruppen und Organisationen in Form von Genossenschaften bzw. Trägern von Gemeininteressen. Allerdings hat Letzteres in der Athener Agglomeration vorerst keine ausreichenden Lösungsansätze bieten können und es dauerte sehr lange bis sie aktiv wurden. Zudem entfernte sich die Mehrzahl der gegründeten Siedlungsgenossenschaften von der ursprünglichen Genossenschaftsidee¹⁶¹ und entstanden eigentümliche Modelle von Bau- und Siedlungsgenossenschaften, was offenbar paradigmatisch für die semiperiphere Verstädterung ist, wie weiter zu sehen sein wird.

Der Begriff »Baugenossenschaft« tauchte zum ersten Mal in einem Gesetz von 1967 (A. N. 201/1967) auf, lehnte sich jedoch an einen bereits in den 1920er-Jahren verwendeten Begriff an. Seitdem wurde er je nach Interessen der implizierten Körperschaften in mehreren Gesetzesnovellen recycelt. Darunter fällt „jede Genossenschaft, die in ihrem Statut die grundlegende Aufgabe der Sicherung von Behausung für ihre Mitglieder in städtischen oder Ferien-Gebieten und im Allgemeinen die Gestaltung, Erneuerung und Sanierung der Wohnsiedlungen zum alleinigen Nutzen ihrer Mitglieder“ (Artikel 1 Π. Δ. 93/87). Zudem spielen die schwer abgrenzbaren Formen „städtischer und vorstädtischer Wohnort“ sowie „Siedlung zu Ferienzwecken“ eine zentrale Rolle. Die wichtigste Besonderheit ist jedoch die Berufsgruppenzugehörigkeit. Anhand einiger sog. Siedlungs- bzw. Baugenossenschaften wird ihre Implikation in der Wohnungsproduktion, aber auch Stadtentwicklung aufgerollt werden.

Wie der große Grundstück-Schmaus arrangiert wird

Es folgt eine Beschreibung der verfolgten und gehandhabten Praktiken sündiger Baugenossenschaften, mit ihren Druckmethoden für die Erreichung des Ziels in Wäldern und Waldgebieten zu bauen, durch den Forstwissenschaftler und Mitglied des Direktoriums von GEOTEE (Technische Handelskammer Bereich Land) Herrn Ilías Apostolídīs:

«Jemand vertritt – oder vertritt eben nicht – eine Berufs-, Akademiker- oder Gesellschaftsgruppe. Er findet jemanden, der legal oder illegal einen Wald oder eine Waldfläche besitzt. Normalerweise hat der angebliche Besitzer Titel geringer Gültigkeit, die nur ausweisen, dass z. B. ein begrenztes Recht auf Harzgewinnung oder eine Waldaufspaltung vorliegt. Oder Klöster, die zweifelhafte oder nicht ganz legale Titel besitzen, z. B. die Moní Pentélis, die keine Besitztümer in Pentéli, sondern nur Besetzungsrechte haben (d. h. Besetzung von Wald kann eine private Person besitzen, allerdings ist der Staat der Eigentümer, bis der Anspruchssteller beweisen kann, dass er Rechte über die Fläche hat). Beide Seiten verfassen einen Vorvertrag mit begrenzten Eigentumsrechten, worauf durch die Gründung einer Baugenossenschaft der Erwerb des Areals vollzogen wird. Es folgt eine Arealvermessung, illegal werden die Flächen in Grundstücken parzelliert, der erstellte Plan mit den „Grundstücken“ wird am Schreibtisch des Vorsitzenden der Baugenossenschaft aufgestellt und dann folgt die Lotterie, in der jeder sein Grundstück „bekommt“.

Darauf werden vom Genossenschaftsrat die Probleme des Baus der Fläche vorgebracht und nun setzt der Versuch des endgültigen Vertragsabschlusses bzw. die Aufnahme in den Städtebaulichen Plan an. Früher, in den 1960er-/1970er-Jahren folgten solche Aufnahmen in einem leitenden Städtebaulichen Plan mit illegalen Methoden – über Königliche oder präsidentielle Dekreten der Militärdiktatur, ohne die Unterschrift des Agrarministers, da stets und immer die Aufnahme von Wald und Waldflächen im Städtebaulichen Plan verboten war. Die Mitglieder der Baugenossenschaft bezahlen ihre Mitgliedsbeiträge und gleichzeitig beginnen sie den Versuch der Waldaufspaltung, meistens als Plan für den Schutz vor Waldbränden verlangen sie Straßen, die mit dem illegalen Plan übereinstimmen, und versuchen den Teilhaber zu überzeugen, dass die Realisierung der Pläne voranschreitet. Oft bleibt die Situation hier stecken, worauf der politische Druck für die Veränderung des Grundgesetzes und der Forstgesetze beginnt, damit sie eine Möglichkeit bekommen in den Wald und die Waldfläche einzudringen.

In manchen Fällen versuchen sie das Thema durch Flächenaustausch zu lösen oder durch eine andere scheinbar legalere Form. In den meisten Fällen verhöhnt sie der Staat, sowohl weil dies vom Grundgesetz ausgeschlossen wird, als auch weil er keine unmittelbaren Alternativflächen zum Tausch hat. Und wiederholt machen die Zuständigen Versprechungen, dass die nächste Regierung eine Lösung finden wird. Vielen Baugenossenschaften gehören zudem prominente Personen des politischen und gesellschaftlichen Lebens (Abgeordnete oder Richter), denen sogar „Grundstücke“ angeboten werden mit der Erwartung, dass sie bei einer Problemlösung unterstützend wirken. Es gibt Fälle, wie nach dem Brand in Pentéli, in denen eine Fläche mit Hochwald von etwa 3.000 Hektar – beansprucht von der Baugenossenschaft Ag. Spirídonas – von der Wiederaufforstung ausgenommen und anschließend bebaut wurde.»

Quelle: Teil des Artikels von BITSIKA Panagiota in der Tageszeitung To VIMA vom 29.07.2007

Die erste ist die recht privilegierte öffentlich-rechtliche wohninteressenorientierte Genossenschaft der griechischen Streitkräfte (Gesetz A. N. 1563/50 ΦΕΚ Α' 254/29-10-1950), die schon nach Kriegs- bzw. Bürgerkriegsende im Jahr 1950 als »Unabhängige Baugesellschaft der Offiziere« (Αυτόνομος Οικοδομικός Οργανισμός Αξιωματικών – ΑΟΟΑ) gegründet wurde.¹⁶² Die weitgehenden Sonderrechte als Vertretung der Wohninteressen der Militärangehörigen wusste 1952 im Interesse ihrer hochrangigen Mitglieder und mit großer Unterstützung des Staats eine vollständige Wohnsiedlung einzurichten (gemeint ist die nordöstlich der Innen-

stadt entstandene Vorstadt Papágou, benannt nach einem Politiker und Militärangehörigen). Dieser Gründung folgte in den 1960er-Jahren eine Gründungswelle anderer berufsgruppenspezifischer Baugenossenschaften, in der Regel mittlere und kleinere Staatsdiener (Richter- oder Lehrerverbände, Ministerialbeamte, Bankangestellte, Angestellte von Versicherungsträgern u. v. a.¹⁶³). Diese Gruppen waren nur begrenzt in der Lage ihre Wohnbedürfnisse über den Wohnungsmarkt zu finanzieren und hatten aber als Kollektiv die Möglichkeit leichter und preiswerter Großflächen, Grundstücke oder Wohnungen zu erwerben. Als eingetragene Kollektivität konnten sie nicht nur planungsrechtlich spezialisiert handeln und Siedlungspläne erstellen, sondern auch mehr Druck auf Staat und Parteien ausüben, was auch aus einem folgeschweren Grund wichtig werden sollte. Waren die ersten Gründungen und Realisierungen von Siedlungen in den 1950er-Jahren in der Regel legal und gesetzeskonform bzw. vom Staat genehmigt (siehe oben), änderte sich dies allmählich durch die gestiegene Nachfrage und Gesetzeslücken. Immer mehr gewannen fragwürdige oder halb-legale Praktiken die Oberhand. Immobilienfirmen und juristische Konstrukte begannen intransparent zu arbeiten und Flächen zu erwerben. Dazu gehörten Flächen mit ungeklärten Besitz- oder Nutzungsverhältnissen oder Wald- und Aufforstungsareale (über Formen der Landbesetzungspraktiken siehe nächste Seite im Kasten). Selbst wenn Klagen im »Symvoúlio tíς Epikratías« (griechischer Staatsrat und oberstes Verwaltungsgericht) oder andere Gerichtsurteile diese Verkaufspraxis abzuwenden versuchten (v. a. bei Waldflächen), hielt in den 1960er-/1970er-/1980er-Jahren diese Praxis von Landbesetzung und Umnutzung unvermindert an, sodass heute (Stand 2009) knapp die Hälfte der etwa 226 aktiven Baugenossenschaften in Attikí¹⁶⁴ Besitzansprüche auf bestehende Wald- und Aufforstungsareale stellt. Eins dieser umstrittenen Gebiete liegt unmittelbar an den Ausläufern des Pentelikón und grenzt an die nördlichen in den letzten 30 Jahren stark besiedelte Mesógia-Ebene. Die hier zwischen 24 und 30 vorkommenden Baugenossenschaften beanspruchen für sich mehr als über 20.000 ha von bestehenden oder ehemaligen *Waldarealen*; weitere 8.500 ha sind durch Grün-, Grau- oder Braunflächen illegal besetzt (Steinbrüche, Nutzungsareale von Kommunen, Archäologische Stätten, Wasserschutzgebiete). Das Fehlen eines Katasters und miteinander konkurrierender Behörden (z. B. Forstbehörde Pentéli, Landwirtschaftsministerium, Stadtplanungsämter u. a.) verschärfen diese Landbesetzungsproblematik. Dadurch begann die nächste Stufe der privat initiierten Stadterweiterung und Zersiedelung einer ganzen Landschaft, die in ein gigantisches Baulandgebiet abseits von Staat oder Kommunen verwandelt wurde, im Grunde

Teil der ökonomischen und politischen Realität der semiperipheren Athener Metropolregion und der selbstregulierten Stadtentwicklung ist. Viele Siedlungsgenossenschaften sind lediglich ein trojanisches Pferd für eine privat organisierte und gewinnbringende Umwidmung von Wald-, Weiden- und Agrarflächen zu Bauland. Die Konsequenzen für die Stadt- und Bauentwicklung in Attikí sind immens. Damit hängen auch ökologische und sozioökonomische Konsequenzen zusammen, zumal nur in den letzten drei Jahrzehnten (1982, 1995, 1998, 2000, 2005, 2007, 2009) in und um die beanstandeten Flächen regelmäßig *Waldbrände* entstehen. Später wird zu sehen sein, auf welche Weise seit geraumer Zeit Oreólofos zu einem solchen Entwicklungs- bzw. Spekulationsgebiet in der Mesógia-Region wurde.

Seit der Fertigstellung des Flughafens war das Wachstum in Mesógia enorm und auch wenn dies nach Beginn der Krise nachgelassen hat, sind die Wachstumspotenziale beträchtlich. Ein weiterer exemplarischer Fall in dieser Region ist die Siedlung Ntráfi (Teil der Gemeinde Pikérmi bzw. seit 2011 der Gemeinde Pikérmi-Rafína). Ntráfi hat inzwischen 3.055 Einwohner (ELSTAT, 2011), d. h. mehr Einwohner als die alte Hauptgemeinde und wächst weiter. Federführend ist nicht die Gemeinde, sondern die mit einem undefinierbaren und fragwürdigen rechtlichen Status gegründete Siedlungsbaugenossenschaft »O PAN«¹⁶⁵. Zuerst trat sie als Käufer und Verwalter der Fläche auf und nach Aufteilung und Verkauf der Grundstücke mutierte sie zum Siedlungsverwalter bzw. -dienstleister. Als Mittler- und Kontaktinstanz stellt sie nun Forderungen oder Anträge an den Bürgermeister. Ihre Mitglieder-Sitzungen gleichen Aktionärsversammlungen. Im Grunde handelt es sich um eine privatgesteuerte Stadtentwicklung und Verwaltung, auch wenn Selbstverwaltungsformen, darunter offene, bürgernahe Verfahren und Partizipationspraktiken – zumindest in der Selbstdarstellung – propagiert werden. In ihrer Vermarktungs- und Legalisierungsstrategie wird der Aufstieg zu einem „Träger des erweiterten gesellschaftlichen Interesses“ angestrebt, was inzwischen von europäischen Instanzen anerkannt bzw. von den Mitgliedsstaaten gefordert wird. Körperschaften wie Baugenossenschaften sollen demnach Mitsprachrechte, auch in Fragen von Landnutzung und Raumplanung, eingeräumt werden. Diese modernen Prinzipien und Praktiken von Flexibilisierung, Privatisierung sowie Kooperation privater und öffentlicher Akteure (PPP/ÖPI) machen den Weg frei für die Durchsetzung von Einzelinteressen in der staatlichen Raum- und Kommunalplanung. Wie konsequent und auf welche Weise diese Politik geschieht, zeigt die Weisung der sog. Troika Baugenossenschaften vom Bau- und Umweltministerium in die Zuständigkeit des Finanzministeri-

ums zu übertragen und damit Boden- und Planungsfragen hauptsächlich ökonomischen und gewinnorientierten Kriterien unterzuordnen.

Der oben vorgestellte AOOA taucht im benachbarten Dióni wieder auf,¹⁶⁶ während die Lage Dasamári von der ebenso prominenten und mächtigen Baugenossenschaft für öffentliche Angestellte »Ágios Spirídon gGmbH« (»Ο ΑΓΙΟΣ ΣΠΥΡΙΔΩΝ ΣΥΝ.Π.Ε.«) beansprucht wird, die hier das „*Ekáli*¹⁶⁷ von Mesógia“ errichten möchte. Unter dem Deckmantel von Berufsbezeichnungen wie Landwirtschaftsstaatsbedienstete wird offenkundig der Genossenschaftsstatus aufrechterhalten, auch wenn Käufer und Bauherren keinen Bezug dazu haben. Der »Griechische Verband der Immobilienbesitzer« (»Πανελλήνιος Ομοσπονδία Ιδιοκτητών Ακινήτων« – ΠΟΜΙΔΑ) übt seit Jahrzehnte direkten und indirekten Einfluss auf Regierung und Parteien (v. a. Konservative), während der Gesamtverband »Panhellenische Union der Baugenossenschaften« (PENOS) nun als Lobbyist der Siedlungs- und Baugenossenschaften agiert, darunter Forderungen wie generelle Aufhebung des Wald- oder Aufforstungsstatus und sofortigen Baubeginn in den umstrittenen Arealen stellt (KIRIAKATIKI ELEFThEROTIPIA vom 25.06.2006; KATHIMERINI vom 29.07.2005). Im Jahr 2005 haben zehn Baugenossenschaften über europäische Organe (Europäisches Parlament) durch die Einreichung eines Sammelberichts öffentliche Aufmerksamkeit erregt, indem sie „bei der freien Ausübung ihrer Eigentumsrechte“ vom Staat behindert wurden, da sie und andere Betroffene „in den 1960er-Jahren Grundstücke erwarben, über diese aber aufgrund der gesetzten Hindernisse seitens der griechischen Behörden nicht verfügen dürfen“¹⁶⁸. Die »Baugenossenschaft für Ferienzwecke der Wohnraumversorgung von Angestellten der Zentralbank Griechenlands«, obwohl sie selber durch Willkür die staatliche Hoheit übergang, sah ihr Recht auf Eigentum und dessen freie Verfügung verletzt und erzwang sogar im Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine Rüge gegen den griechischen Staat, und bekam eine – wenn auch geringe – beachtliche *Wiedergutmachung* von 508.000 Euro (COUR EUROPÉENNE DES DROITS DE L’HOMME: Requête no 2998/08); gerechtfertigt vor allem durch die Tatsache der Erhebung von Übertragungs- und Vermögenssteuer durch den griechischen Staat, der aber seit 40 Jahren untätig bleibt und das Gebiet nicht freigibt.

Derartige Prozesse und Entwicklungstrends sind nicht alle neu, einige sind längst bekannt, andere in Wandlung begriffen. Sie sind fester Bestandteil des Alltags in den metropolitanen Teilräumen, gespiegelt aus lebensweltlicher Perspektive in den Wohnbiografien, die nun in der anschließenden Empirie folgen.

2.1.4 Athener Geografien des Wohnens und Zusammenlebens

Die folgenden zwei Unterkapitel stellen den wichtigsten Teil der vorangegangenen Forschungsarbeit dar: die Empirie. Das Aufzeichnen und Interpretieren der ereigneten Lebenswege und Wohnbiografien in den zwei ausgesuchten metropolitanen Lebensräumen Oreólofos und Platanía geschah im Sinne einer Suche nach Geist und Rückgrat zeitgenössischen Lebens. Dies in Form der Untersuchung realer Prozesse und Lebensformen, inklusive Persistenzen und Wandlungen. Die metropolitanen Bewohner und Bewohnerinnen vermögen uns durch ihre Lebens- und Wohngeschichten, Denkweisen und Handlungen einen Teil der metropolitanen Realität zu vermitteln – sowohl im Bezug auf Wohnen lokal und metropolitan als auch auf die sozialen Beziehungen vor Ort.

Eingangs werden die beiden Wohn- und Lebensorte Oreólofos und Platanía mithilfe eines kurzen lokalen historischen Umrisses und einer Bestandsaufnahme erschlossen. Eine genauere und vielfältigere Darstellung erfolgt jedoch in den Wohnbiografien ihrer Bewohnerschaft. Wie bereits in der Einleitung erläutert, bestehen diese aus einer wohnbiografischen Zusammenfassung und einer Interpretation orientiert an den drei Themenbereichen: (1) Wohn-, (2) sozialräumliche Praxis und (3) Verortung im System Metropolregion ↔ Kernstadt. Schlussfolgernd werden aus allen Wohn- und Lebensgeschichten die relevantesten und erkenntnisversprechenden Aspekte herausgegriffen und diskutiert.

Die Athener Interviews fanden in der Zeit des Ausbruchs der Krise statt (April/Mai 2010). Eindeutig waren Gedanken und Erzählungen der Gesprächspartner von den Ereignissen und möglichen Konsequenzen ergriffen. Tagein, tagaus hat die Berichterstattung ein paralisierendes Klima erzeugt. Meldungen über Einsparungen, Preissteigerungen und Gehaltskürzungen überschlugen sich, sodass Verunsicherung und Zukunftsangst in der Gesellschaft um sich griffen. Nicht minder auffallend machte sich das Gefühl nationaler Demütigung breit. Im welchen Maß diese pessimistische Stimmung in den Gesprächen zum Tragen kommt, zeigt sich in den ausgewählten Wohnbiografien. Allenfalls bilden Krisen eine Konstante in ökonomischen Peripherien wie Griechenland. Gerade die aktuelle Krise ist beispielhaft für die persistenten Konstellationen und Rahmenbedingungen fürs Leben, Wohnen und die Stadtentwicklung in der Athener Metropolregion.

A. *Oreólofos: Ein Lebensraum der Illegalität?*

Oreólofos stellt ein repräsentatives Beispiel für eine Siedlung mit *Avthéreta*-Bauten dar, also eine illegal, *wilde*, in Eigenregie der Bewohnerschaft bzw. gesellschaftlich regulierte Besiedlung. Die Siedlung liegt mitten im attischen Becken in unmittelbarer Nähe der Athener Kernstadt (16 km vom Síntagmaplatz). Nach der Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich und mit der Staatsgründung Griechenlands im 19. Jh. herrschte im gesamten neuen Staat eine unübersichtliche Lage hinsichtlich der Besitzverhältnisse. Das Osmanische Reich war zwar zentral verwaltet und sah strikte Regelungen für Besitzer und deren Vermögen in seinem Territorium vor, allerdings gab es je nach Machtstrukturen und Praktiken in der jeweiligen Provinz unterschiedliche Handhabungen, die vor dem sich abzeichnenden Zusammenbruch des Reiches sogar zunahmen. Nach der Unabhängigkeit und in der ersten Gründungsphase war die Situation in Attikí besonders unübersichtlich. Neben Landansprüchen wegen jahrhundertelanger Nutzrechte entstanden aufgrund des Besitzerwechsels – durch traditionelle Praktiken, darunter mündliche Absprache, Handschlag oder Übertretung – Grauzonen und Unklarheit über die Grenzen von privaten und staatlichen Ländereien. Kirche und Klöster konnten mithilfe von osmanischen Besitztiteln den Besitz weiter Flächen geltend machen, wobei auch andere diese Ländereien beanspruchten. Zahlreiche Weideflächen – zum Teil auch Waldflächen – wurden von Großbauern- und Viehzüchterfamilien beansprucht, die aus den Nutzungs- und Pachtrechten Besitzansprüche ableiteten. Gefälschte Verträge und Besitztitel erschwerten die Situation zusätzlich.

Nicht nur die besonderen lokalen Verhältnisse waren daran schuld, sondern auch die Schwierigkeit der staatlichen Gewalt sich Legitimation zu verschaffen. Die Etablierung eines autoritären und bürokratischen Staatssystems war vielen ehemaligen Unabhängigkeitskämpfern ein Dorn im Auge. Zahlreiche Personen widersetzten sich dieser Gewalt und wurden – um überleben zu können – in die Illegalität getrieben. Daraus entstanden bewaffnete, zum Teil brutale Banden, die unter anderem am Fuße des Pentelikón-Gebirges agierten und durch Morde und Entführungen lange Zeit Angst verbreiteten (vgl. KAMBOUROGLOU, 1931).

Die Gegend, in der Oreólofos sich befindet, wurde saisonal als ausgedehnte Weidefläche genutzt. Sie bestand aus Mischland bzw. hauptsächlich Arealen mit dünner Vegetation oder Wald, in den flachen und besser erreichbaren Lagen aus Anbauflächen für Gemüse, Hülsenfrüchte und Wein. Die bergige Gegend war stellenweise mit Pinienwald be-

deckt.¹⁶⁹ Die Klöster Moní Pentélis und Moní Petráki sowie einige Großgrundbesitzer und Politikerfamilien tauchten als Eigentümer auf, teilweise mit gefälschten Titeln. Kurz vor dem eiligen Abzug der Osmanen konnten sie die Landgüter besonders günstig erwerben.¹⁷⁰ Zu den Nachkäufern in dieser Gegend gehörten auch Diplomaten und Politiker der drei Schutzmächte und andere Pioniere. In der Gegend Oreólofos gehörte ein 70.000 ha großes Landgut dem französischen Konsul De Roujoux (ABOUT, 1863, S. 120), das oft die Besitzer gewechselt hat, z. B. von Lelóudis und dem Athener Bürgermeister Koutsikáris zum Theofilatos (OIKONOMOU, o. J.). Neben den beiden Klöstern taucht die Großgrundbesitzer- und Politiker-Familie Kallifronás auf, die in Attikí mehrere Ländereien besaß. Auch in dieser Region bewirkte die Landreform der Venizélos-Regierung in den 1910er- und 1920er-Jahren vielfältige Änderungen, darunter die Bodenverteilung an ehemalige Leibeigene und später an hier eingetroffene Kriegsflüchtlinge aus Kleinasien. Die Landreform stieß auf den Widerstand der Großgrundbesitzer, die heftige Kontroversen und Streitigkeiten mit der Regierung führten. Kallifronás schaffte es mithilfe von Ausnahmeregelungen kurz vor der Enteignung einen großen Teil der besonders strittigen Ländereien an die Bewohner von Lakkóna und Peanía zu veräußern. Sieben Jahre später als Regierungsmitglied nutzte er sein politisches Amt aus, um aus den ehemaligen Käufern *politische Geiseln* zu machen. Die zuvor veräußerten Flächen bekamen den Status „Teile eines umfassenden Aufforstungsareals“, was de facto ein Bauverbot bedeutete. Nicht wenige waren jedoch bereits bebaut. Die erste wahltaktisch wohlberechnete Legalisierung kam erst Mitte der 1950er-Jahre zustande, die durch die endgültige vertragsgesicherte Landweitergabe an die Kleinbesitzer dem illegalen Bauen ein Ende setzte. Ungefähr zu dieser Zeit tauchte hier der Großkäufer Iáson Avlonítis auf, der in den Besitz eines Areals kam, das zum großen Teil Weidefläche, Agrarland und kaum besiedelte Fläche war. Er teilte es in kleine Grundstücke auf und verkaufte diese an Käufer meistens aus Athen, die hier ein *Exochikón* für das Wochenende oder die Sommerferien errichten wollten. Einzige Vorsorgemaßnahme für spätere Nutzungen, wie ein zentraler Platz, waren ein freies Areal in der Mitte des Geländes (heute der Hauptplatz) und eine breitere Straße (heute die Hauptstraße). In diesem zentralen Bereich setzten die ersten Entwicklungen an, meistens kleinere Häuser, provisorische Hütten oder Fertigbauten, aber auch zwei Villen. Bau und Ausbau erfolgten in der Regel in Eigenregie. Es gab weder Elektrizität noch fließendes Wasser. Die Wasserversorgung wurde durch die zahlreichen Brunnen in der Gegend sichergestellt und die Müllabfuhr in Eigeninitiative organisiert. Im Jahr 1963 bekam die

Siedlung ihren heutigen Namen. Administrativ fiel es der benachbarten größeren Gemeinde zu. Die Übernahme der Parzellierung und des Straßennetzes bedeutete jedoch keineswegs auch eine Aufnahme der Siedlung in den staatlichen Städtebaulichen Plan (»Plan«). Auch die staatliche Elektrizitätsgesellschaft bezog bei ihren Planungen das Gebiet ein und baute hier ihr Netz aus, um bestehende Häuser mit Strom zu versorgen; später folgte der Wasserversorger. Der Ausbau der Siedlung vollzog sich zunächst eher bescheiden. Als 1979 Oreólofos zur eigenständigen (Land-)Gemeinde (Κοινότητα) erhoben wurde, befanden sich in einer Fläche von etwa 1.000 ha etwa 356 *Avthéreta*.

Die eigentliche Ortsentwicklung beginnt im Grunde erst ab dieser Zeit.¹⁷¹ 1982 fanden in der eigenständigen Gemeinde zum ersten Mal Wahlen statt. Der Slogan „viel Geld! [...] Straßen zu bauen“ verhalf dem ersten gewählten Gemeindevorsitzenden¹⁷² zum Wahlerfolg. Dass das gesamte Straßennetz nun gefestigt aus dieser Zeit hervorging, ist ihm und seiner Zugehörigkeit zur PASOK-Partei zu verdanken, die ein Jahr zuvor die Parlamentswahlen gewonnen hatte. Traditionsgemäß konnten Gemeinden mit einem regierungstreuen Bürgermeister oder Gemeindevorsitzenden mit mehr finanzieller Unterstützung vom Staat bzw. der Regierung rechnen. In solchen Fällen mussten die Siedler der formal *nicht existierenden bzw. genehmigten* Siedlungsgebiete bei Wahlen ihre Loyalität beweisen. Für das zuständige Forstamt oder das Ministerium für Landwirtschaft blieb die Umwandlung der wald- und landwirtschaftlichen Nutzung weiterhin ein illegaler Akt. Derselbe Staat genehmigte jedoch davor und danach Ausgaben für den Straßenbau oder nahm mehrmals Flächen in die städtebaulichen Pläne auf. Dadurch stimmte er de facto der Umwidmung von öffentlichen Waldarealen und Staatsbesitz in Bauflächen zu. Im Regierungsbezirk Ost-Attikí haben etwa 10% der Grundstücke (insgesamt 11.366) einen entsprechend umstrittenen Status. Dies trifft für Oreólofos auf einen nur kleinen Teil des Stadtgebiets im »Plan« zu: 4% bzw. 167 von 4.537 Grundstücken.

In den letzten 20 Jahren verlegten mehr und mehr ehemals saisonale Bewohner ihren Hauptwohnsitz nach Oreólofos. Hinzu kamen neue Grundstückskäufer, die ebenso illegal bauten oder Bauwerke im Bestand erweiterten. Kurz vor den Parlamentswahlen im Oktober 1993 erwirkt ein Dekret des Präfekten von Attikí die Ausgliederung eines 710 ha großen Areales aus dem Aufforstungsgebiet und seine Integration in das übrige Siedlungsgebiet.¹⁷³ Vier Jahre später werden weitere Grundstücke und Bauten in einer Gesamtfläche von 15,6 ha legalisiert. Diese Entscheidung wurde vier Monate später wieder rückgängig gemacht und

der damalige Landwirtschaftsminister legte die Sache ad acta mit einem entsprechenden Verweis, der später in einem Gesetz mit dem Wortlaut: „Unmöglichkeit der komplexen Situation“ wieder auftaucht, die mit der derzeitigen Vorgehensweise nicht zu bewältigen ist und „eine juristische Intervention erfordere“ (N. 3044/2002, ΦΕΚ 27.08.2002). Punktuell wurde im Jahr 2001 die Aufnahme in den »Plan« von drei kleineren Arealen in unstrittigen Lagen genehmigt. Neben Ein- oder Zweifamilienhäusern und Wohnanlagen mit Maisonette-Wohnungen entstanden hier öffentliche Einrichtungen (Schule und Kindergarten).

Das Ortsbild, vor allem im Kernbereich, ist von den zahlreichen Gebäuden der ersten Generation geprägt, d. h. Ferien- und Wochenenddomizile von sehr geringer Größe, größtenteils ein- oder zweiräumig. Daneben existiert eine relativ hohe Zahl (20-30) von nicht fertiggestellten oder verlassenen Wohnhäusern, die – einige bereits seit Jahrzehnten – aus verschiedenen Gründen (Bauherren, die verstorben oder Pleite gegangen sind) leer und ungenutzt bleiben. Das Gebiet der Gemeinde von Oreólofos ist seit Jahren parzelliert oder in Baublöcke aufgeteilt, teilweise durchzogen von asphaltierten Straßen. Inzwischen wird das Gesamtgebiet mit Strom, Wasser und Telefonanschlüssen versorgt. Seit 2012 wird das Kanalisations- und Abwassersystem ausgebaut. Die Mehrzahl der zentral gelegenen Grundstücke soll bereits verkauft worden sein, nur im Westen sind mehrere Blöcke frei.

Dass weit über die Hälfte der etwa 4.537 Grundstücke seit mehr als einem Jahrzehnt unbebaut bleibt, ist einem Gesetz (N. 3212, ΦΕΚ 308/A/31.12.2003) und einem ministerialen Dekret (Y. A. 9732/2004, ΦΕΚ 468/B/5.3.2004) zu verdanken, das im Falle eines ungenehmigten Baus oder einer illegalen Nutzung zur Verhängung von extrem hohen Strafen führt. Seit mehr als einem Jahrzehnt versucht die Gemeinde das Gesamtgebiet in den »Plan« aufzunehmen. Man war mehr denn je überzeugt, dass ein im Jahr 2004 eingereichter Antrag alle Voraussetzungen für eine Genehmigung erfüllt, allerdings kam eine erste Entscheidung erst zehn Jahre später, nachdem im Sommer 2012 ein erneuter Antrag¹⁷⁴ die vorletzte Instanz überstanden hat. Wenn die zuständigen Ministerien und das *Symvoúlio tís Epikratías* keinen Einspruch einlegen, wird der Antrag angenommen. Dadurch wird nach etwa 60 Jahren das Gesamtareal des Ortsteils Oreólofos Teil eines qualifizierten und genehmigten städtebaulichen Plans. Nun gibt es ernste Hoffnung seitens der bauwilligen Grundstücksbesitzer, dass nunmehr eine endgültige Lösung herbeigeführt wird. Zahlreiche Bauherren stehen quasi in den Startlöchern und warten auf diese Genehmigung.

Aufgrund der Krise und der Kreditverknappung wird inzwischen von einer moderaten Bauaktivität ausgegangen. Größere Baubüros, die im Bau von Wohnanlagen mit Maisonette-Wohnungen lukrativen Geschäften entgegensehen, halten sich nun aufgrund des starken Preisverfalls zurück. Der Vorkrise-Preis von Maisonette-Wohnungen mit einer Fläche von 200 qm lag zwischen 380.000 und 450.000 Euro (NEO-LOGOS vom 01.11.2010), derzeit liegt er 30-50% niedriger.¹⁷⁵ Der Durchschnittspreis integrierter Grundstücke lag bei 600 Euro pro qm; heute bis zu 30% niedriger. So kosten heute unbebaute etwa 280-330 qm große Grundstücke zwischen 80.000 und 150.000 Euro. Der OSAM, eine lokale Siedlungsgenossenschaft, verkauft 400 qm große Grundstücke je nach Lage zwischen 120.000 und 200.000 Euro.

Im Rahmen der letzten Kommunalreform »*Kallikratis*« wurde Oreólofos mit den benachbarten größeren Gemeinden zusammengelegt und ist nun Ortsteil der Gemeinde Lakkóna. Vor dem Zensus im Mai 2011 sollen laut Gemeinde mehr als 5.000 Bewohner in Oreólofos gelebt haben. Laut Volkszählung von 2001 waren es jedoch nur 3.024 Einwohner (ESYE, 2002). Der letzte Zensus korrigierte die Zahl nach unten: Die tatsächliche Bevölkerung soll nun bei 2.132¹⁷⁶ liegen (ELSTAT, 2012). Möglicher Grund ist die Auswanderung einiger Bewohner wegen der schlechten Wirtschaftslage, wahrscheinlicher sind allerdings der veränderte Zählmodus und die striktere Trennung von erstem und zweitem Wohnsitz.

I. Von Rudnjë nach Oreólofos

Die Lebens- und Wohngeschichte von **Áris** (Jg. 1970) und **Adriána** (Jg. 1973) beginnt in der Kleinstadt Rudnjë in Albanien. Dort kannten sie sich seit ihrer Kindheit, miteinander liiert sind sie jedoch seit 1989, seitdem gab es „selten Momente, dass der eine ohne den anderen war“.

Áris ist der älteste Sohn zweier Grundschullehrer, die als Staatsbedienstete „über dem Durchschnitt verdienten“ und in der Lage waren, sich eine Zweizimmerwohnung¹⁷⁷ in einem Mehrfamilienhaus, wenn auch nur „alten Typs“, zu leisten. Dennoch waren die Lebensumstände „sehr beschwerlich“ und da beide Großeltern zum Haushalt gehörten, waren die Wohnverhältnisse „beengt“. Eine wesentliche Änderung und in der Wohnsituation trat durch den Umzug nach Tirana ein, wo er an der Universität sein Chemiestudium aufnahm.

Die Eltern von Adriána waren „Hilfsarbeiter“ und hatten „in vieler Hinsicht weniger Chancen“ als Áris' Eltern. Sie wuchs in einem „Haus mit

griechisch-albanischen Beziehungen“ fanden zudem immer wieder „große Kehrmaßnahmen der Polizei“ statt, durch die „täglich“ Tausende von Migranten verladen und zurück nach Albanien geschickt wurden. Alltägliche Unsicherheit und ein Leben „mit der Angst“ vor Ausweisung (theoretisch könnte jeder schnell unter Verdacht geraten, „mit etwas Illegalem“ beschäftigt zu sein) führten dazu, dass sie „sogar Angst hatten, den Balkon zu benutzen“.

Nach Aufnahme einer Hilfstätigkeit bei der Firma, bei der auch sein Bruder arbeitete, „normalisierte sich“ die Situation. Nach und nach, unter anderem mit gut erhaltenen Sperrmüllmöbeln oder neugekauften Elektrogeräten, wurde die Wohnung eingerichtet. Im Jahr 1995 kehrte Adriána zurück und kurz darauf kam auch Áris' Vater. Nun wohnten alle drei bzw. vier in der Zweizimmerwohnung. Mithilfe mehrerer Arbeitsstellen nebeneinander trat schnell, materiell wie immateriell, eine spürbare Lebensverbesserung ein. Damit stiegen auch die Wohnansprüche und es kam der Wunsch, „innerhalb des Möglichen“ nach einer besseren evtl. eigenen Wohnung, auf. Vorerst unternahmen sie jedoch nichts, weil sie in der bestehenden Familienstruktur eine gute Gelegenheit sahen, ihre Lage zu verbessern und Geld zu sparen. Die Schwangerschaft Adriánas war für eine Situationsveränderung ausschlagend. Zu dieser Zeit war jedoch der Wohnungsmarkt sehr angespannt und ihre intensiven Bemühungen brachten zunächst keinen Erfolg. Durch Zufall erfuhren sie von einer freigewordenen Zweizimmerwohnung eine Etage tiefer in der *Polikatikía*, die zwar „nicht der große Wurf“ war, jedoch zu diesem Zeitpunkt wegen der unmittelbaren Nähe zu den sozialen Bindungen und insbesondere den Eltern nicht günstiger liegen konnte.

Die Loslösung von der Familienstruktur brachte mehr finanzielle Eigenständigkeit mit sich. Kurz nach der Geburt des ersten Kindes zogen sie in ihre erste gemeinsame Wohnung ein. Das familiäre Netz und die Eltern (auch Adriánas Eltern wohnten zeitweise einige Blöcke weiter) ermöglichten beiden, ihre Arbeitsstellen zu behalten und Hilfe bei der Betreuung der Kinder zu bekommen. Die Geburt des Kindes und die Lebensverbesserung wirkten sich auf die Abnahme der Albanienbesuche aus. Generell nahmen sie allmählich Abstand von der Idee einer Rückkehr nach Albanien. Der Ausbruch der „gewaltsamen Ereignisse von 1997“¹⁸⁰ besiegelte das Ende solcher Pläne; auch der Hausbau dort wurde eingestellt. Zur neuen Zielsetzung gehörte die Schaffung „besserer als der bereits vorhandenen Lebensbedingungen“ vor Ort, also kurz- oder mittelfristig auch eine Qualitätssteigerung des Wohnens. Im Sommer 2000 während der zweiten Schwangerschaft ergab sich – „erneut durch

Zufall“ – die Möglichkeit eine freie gewordene Dreizimmerwohnung zu mieten. Sie war zwar in „erbärmlichem Zustand“, dafür jedoch in Retiré-Lage und nur einige Blöcke entfernt. Die Anpassung an ihre Bedürfnisse und ihren Geschmack veranlassten sie zu einer sehr aufwendigen Renovierung. Wohnen im Retiré und eine riesige Veranda zum „Draußen-Sitzen“ wirkten bei Adriána wie eine Rückkehr in die Kindheit. Da sie ganz oben wohnten, genossen sie mehr Ruhe und, weil keiner über ihnen wohnte, sogar „eine gewisse Selbständigkeit“.

Mit der Entscheidung für Athen ging zwangsläufig das Ziel einher in den eigenen vier Wänden zu wohnen und mit dem Ersparten und „selbstverständlich“ mit finanzieller Unterstützung beider Elternteile eine Wohnung zu kaufen. Naheliegend war, eine Wohnung in der Athener Innenstadt, in der vertrauten Gegend und in unmittelbarer Nähe zu den stets hilfsbereiten Eltern; irgendwo in Káto Patíssia zwischen Ágios Nikólaos und Ágios Panteleímonas. Wohl liebäugelte Adriána mit der Idee in einem Haus in einer grünen Umgebung zu wohnen, nicht zuletzt, weil sie früher im noblen Kifissíá in einem Haus mit einer „riesigen Veranda und Aussicht auf das Athener Becken“ gearbeitet hat und es traumhaft fand. Diese Idee scheiterte an den mangelnden „finanziellen Möglichkeiten“. Die aufwendige Renovierung der Retiré-Wohnung und die Geburt des zweiten Kindes legten vorläufig selbst moderatere Kaufpläne auf Eis, trotz der erheblichen Unzufriedenheit mit der *Polikatikía* und der neuen Nachbarschaft.

Die „erste Begegnung mit Oreólofos“ erfolgte im Jahr 1998 als ein befreundetes Ehepaar hier ein Haus mietete. Der Ort gefiel ihnen so sehr, dass sie „jeden denkbaren Anlass“ zum Besuch nutzten. Eines Tages bekamen sie von diesen Freunden den Hinweis auf ein zum Verkauf angebotenes Haus. Sie handelten sofort und an einem kalten Februartag standen sie vor einem alten, „aussichtslos“ erscheinenden Einzimmerhaus mit einer angebauten Küche, das „allesamt ungepflegt“ und sogar „voll von Schimmel und Feuchtigkeit“ befallen war. Auf dem Grundstück befanden sich noch ein „Weinstock, [...] einige Bäume, [...] ein Olivenbaum, dort ein Beerenbaum, hier Feigenbäume“. Es war „etwas verrückt“, aber „[t]rotz der vorgefundenen Situation“ waren sie über den Kauf sofort einig. Der Eigentümer hatte es eilig, da er für den Bau des eigenen Hauses in Glifáda „Cash“ benötigte.¹⁸¹ Bis zur Ausstellung und abschließenden Aushändigung aller Besitztitel und Urkunden dauerte es insgesamt drei Monate und erst anschließend begann die Überlegung, wie sie mit dem Bestand umgehen sollen und aus dem maroden Haus ein Wohnhaus machen können. Haus und Grundstück befanden

sich außerhalb des genehmigten Städtebaulichen Plans, was Rücksicht auf gewisse Dinge verlangte, wie zum Beispiel lediglich einen Umbau bzw. Vergrößerung des illegal errichteten Baus, der ebenso illegal, d. h. ohne Baugenehmigung vonstatten gehen musste. Die dafür nötigen Bautätigkeiten stellten generell kein Problem dar, zumal alle routinierten Bau- oder Handwerker fürs Ausbaggern, Betongießen, erste Mauerarbeiten, Dach, Heizungsinstallation usw. vor Ort vorhanden waren. Mehr Probleme bereitete das immer knapper gewordene Geld, da die Preise illegaler Baudienste weit über den üblichen Baupreisen lagen. Die Bauzeit verzögerte sich, kurz vor Ostern 2003 war jedoch das eingeschossige, nun etwa 87 qm große Haus bezugsfertig. Der Einzug nach Oreólofos¹⁸² folgte unmittelbar, als noch vor dem Haus „zwei Berge aus Bauschutt“ standen. Auch der Garten war noch nicht fertig, wobei sie „die alten Bäume [...] und das Grün“ noch stehen ließen. Anders als in der Gegend üblich, lehnten sie „die vollständige Betonierung des Grundstücks“ kategorisch ab (um z. B. „zwei zusätzliche Schlafzimmer“ zu bekommen).

Der Umzug verlangte für die vierköpfige Familie eine enorme Umstellung. Das Alltagsleben und das Wohnen in einem ruhigen, „blitzsauberen Umfeld“ mit „Vogelzwitschern“, vielen „Blumen [und] Bäumen“ sowie „sauberen Straßen“ usw. war der krassste Gegensatz zum Lärm und Müllgestank der Innenstadt. Keine Platzangst oder die ständige, ermüdende Suchen nach einem Parkplatz mehr. Áris empfindet es als wirklichen Luxus nun einfach den Wagen vor der Tür zu parken. Seine nahegelegene, nur zehn Fahrminuten entfernte Arbeitsstelle in einem Geschäft für Sanitäranlagen, wo er ganztags und sechs Tage in der Woche ist, bewirkte eine komplette Verlagerung seines Lebensmittelpunktes. Dies brachte jedoch auch einen wesentlichen Nachteil mit sich: die weite räumliche Entfernung von seinen Eltern und dem Bruder. Umgekehrt ist nun Adriána, deren Arbeitsstelle bei einer Bank unweit vom früheren Wohnviertel liegt, mit einem enormen Verkehrsaufwand konfrontiert. Da sie „zwingend auf das Auto angewiesen“ war, legte sie unmittelbar nach dem Einzug ihre Führerscheinprüfung ab. Die ÖV und der lokale Bus stellten keinesfalls eine Alternative dar und sind in der Regel „nur für diejenigen, die es nicht eilig haben“. Eine Zeit lang fuhr sie mit dem Pkw bis zur Metrostation (Doukísis Plakentías) und von dort stieg sie in die Metro um. Das was eine „finanziell lukrativere“ Variante, da sie ihren Pkw in der Regel an nicht erlaubten Stellen parkte. Wobei die gelegentlichen Strafzettel (manchmal „3 mal 80,- Euro“ pro Monat) viel Geld verlangten. Seither ist sie „gefühllos“ wieder auf die Pkw-Nutzung umgestiegen. Ohnehin sind damit Lebensmittelversorgung oder andere Erledigungen besser zu bewältigen.

Die Nachbarschaft und die Beziehungen zu den Einheimischen fielen „anfangs vielleicht eher negativ“ auf, haben sich fortwährend verbessert und heute den Status „gepflegt“ erreicht. Auffällig war die Art, mit der einige Ortseingesessene ihre Ankunft „nicht gerade unbesorgt“ hinnahmen, was bei Áris die erste Zeit in Athen nochmal in Erinnerung rief. Er stellte sich förmlich vor, welche Fragen nun aufkamen: „Wer sind sie?“ „Ein Haus, wie haben sie es gekauft?“ oder „Was machen sie beruflich?“ usw. Beide sahen darin schließlich die logische Reaktion „einer kleinen Gemeinschaft“, in der manche Menschen „von ihrer Natur aus [...] negativ“ (Áris) bzw. „neugierig“ (Adriána) sind. Die sich im „fortgeschrittenem Alter“ befindlichen Alteingesessenen „befassten sich und schauten mehr hin“ und insgesamt waren sie „neugieriger“. Im Laufe der Zeit nach der Fertigstellung des Hauses und der Neugestaltung des Gartens „bis die gesehen haben...“, wie Áris und Adriána „sich beweisen“ konnten, waren einige Zweifel und Vorurteile ausgeräumt.

Aus der Perspektive der Neubewohner wie sie, hatte Oreólofos „einen frischen Hauch“ und eine „radikale“ Verjüngung nötig. Der Einzug von jungen Paaren stellte früher eher eine Ausnahme dar, ablesbar an der Anzahl der schulpflichtigen Kinder und der Schulklassen. Mit den Neuzugezogenen entwickelte sich auch „eine neue Mentalität“. Sie leben „zwar jeder für sich“, allerdings entstanden auch neue Möglichkeiten, wie „Vereine und so was“, mit denen jedoch beide „wenig am Hut“ haben; auch aufgrund des Zeitmangels. Über die Schule der Kinder und ihr zeitweises Engagement im Elternverein lernten sie andere Eltern kennen, woraus auch „sehr gute Beziehungen“ entstanden. Obwohl es seit ihrer Ankunft viele Veränderungen gab, „erinnert es an ein Dorf“. Sonntags zum Beispiel auf dem Weg zum Hauptplatz oder Mini-market wechselt Áris oft mit zehn oder fünfzehn Leuten ein Wort oder wird mit dem „Vornamen“ begrüßt. Im Grunde ganz anders als in der Innenstadt, wo sich „niemand kennt“.

Ihre Zukunftspläne in Oreólofos hängen von der Legalisierung des Hauses bzw. der Aufnahme des Gemeindegebiets in den »Plan« ab. Sie als Familie hätten damit die Möglichkeit auf legale Weise das Haus aufzustocken und mehr Wohnraum für die heranwachsenden Kinder zu schaffen. Durch den Zuzug von mehr Menschen erhoffen sie sich außerdem ein interessanteres soziales Leben. Wobei die Bedenken groß sind, dass dadurch eine maßlose „Betonisierung“ und Überbauung der Grün- und Freiflächen einsetzt, da für Adriána „ein großes Haus haben [zu wollen], aber nicht viel Außenfläche“ eher ein typisches Merkmal der Griechen ist, jedoch nicht ihres.

Interpretativer Rückblick: Adriána und Áris – die allerersten Interviewpartner in Oreólofos – erzählten nicht nur Episoden aus ihrer Lebens- und Wohngeschichte, sondern schilderten auch ihre derzeitige Wohnsituation und den Alltag in Oreólofos und Athen. Auf den ersten Blick weisen diese kaum Unterschiede zu den Lebensgeschichten anderer jüngerer Paare auf, die sich in einer entsprechenden Lebensphase befinden. Obwohl hier der Fokus nicht so sehr auf die Migrationsthematik gelenkt werden soll, wird diese im weiteren Verlauf doch zentral sein, zumal sie derzeit für die Stadtentwicklungsprozesse in Europa allgemein und Athen speziell eine immer größere Relevanz gewinnt. In ihrer individuellen Wohn- und Lebensgeschichte bzw. aktuellen Situation kommen die jüngsten Migrations- und Wanderungsprozesse in der Athener Metropolregion und die neuartigen Vorgänge in der Stadtentwicklung und Randwanderung zum Ausdruck.

Wenn gegenwärtig und zukünftig auf globaler und europäischer Ebene mehr Freizügigkeit, Flexibilität und Mobilität kultiviert, verinnerlicht und sogar (ökonomisch) als unvermeidbar akzeptiert werden, dann sind es gerade solche Geschichten, die mehr in den Fokus sowohl der Planungspolitik als auch der wissenschaftlichen Forschung rücken müssen. Insofern beleuchtet dieser Fall – über die aktuelle Wohnsituation hinaus – die komplexe Migrationsthematik: einerseits die von Neuankömmlingen im Land und in der Athener Innenstadt, andererseits die von Einsiedlern der (Post-)Suburbia. Darunter fallen auch die spezifischen individuellen und familiären Assimilationsstrategien, aber auch der jeweilige Bezug und die Verortung der Betroffenen in Wohnort, Stadt und Metropolregion. Die zeitlich relativ kurze Wanderungs- und Siedlungsgeschichte von Áris und Adriána ist von einer Vielfalt an Erlebnissen und Erfahrungen geprägt; inzwischen sind sie Teil der gesellschaftlichen Realität und des lebensräumlichen Alltags Athens und Griechenlands. Die albanischen oder albanienstämmigen Migrant¹⁸³, über die es keine exakte statistische Zahl gibt, die aber mit über 500.000 Personen die größte Zuwanderergruppe in Griechenland darstellt, sind damit Teil der griechischen Gesellschaft und gehören in die Betrachtungen und Explorationen derzeitiger Stadtprozesse. Sie bieten zudem exemplarisch einen Überblick über innere und äußere Verhältnisse im peripheren Europa, ggf. in der Peripherie der Peripherie.

Im *periphereren* Albanien finden ebenso gewaltige Transformationsprozesse statt. Die beständige Auswanderung eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung glich einem Exodus, der mit tiefgreifenden Auswirkungen verbunden war. Durch das temporäre oder definitive Verlassen des

Landes wurde ein Brain-Drain-Prozess eingeleitet. Ein Teil der Intelligenz und der Technischen Elite (Wissenschaftler, Ingenieure, Lehrer usw.), darunter Áris und Adriána, aber auch Áris' Eltern, leben nun in der Metropole Athen, die für eine bestimmte Zeit eine gewisse regionale Anziehungskraft aufwies und mit bestimmten Erwartungen verbunden war. Durch die Migration sollte die Hoffnung auf ein besseres Leben eingelöst werden. Das selbstgesteckte Ziel haben sie als Individuen, vor allem aber als Familie mit großem Eifer und Stringenz verfolgt.

In der hier stark zusammengefassten Lebens- und Wohngeschichte tauchen zudem zahlreiche Momentaufnahmen der Welt-, aber auch der Ortsgeschichte auf. Insgesamt werden durch die Denk- und Handlungsweisen von Áris und Adriána Zeitgeist und Lebensgefühl der peripheren Gesellschaft transparent. Welt und Ort sowie Verbindungen und Wechselwirkungen zwischen individuellem Schicksal und Handeln und postmodernem (ggf. neoliberalen) Geist wohnt jedem Beispielfall inne. Eine Übersicht bietet die für alle Fallbeispiele gemeinsame dreigliedrige Vorgehensweise, die zuerst auf das Wohnen bzw. die individuelle Wohnpraxis, dann auf das Zusammenleben und die sozialräumliche Praxis und schließlich auf die metropolitane Orientierung und das Verhältnis zum System Metropolregion/Kernstadt eingeht. Diese Systematik ermöglicht sowohl einen geordneten Interpretationsstrang als auch eine Vergleichbarkeit der ausgewählten Einzelfälle, auch wenn es vorerst weniger um Repräsentation und Allgemeingültigkeit geht.

Viel Eigenwille und steigende Wohnwünsche

Im Fall von Áris und Adriána handelt sich also in erster Linie um Formen des Wohnens und der Wohnplanung, die nach der Zuwanderung und dem Eintreffen in einem Ort erfolgen. Adriána und Áris sind vor relativ kurzer Zeit in Athen eingetroffen. Keine zehn Jahre später sind sie Teil des neuvorstädtischen bzw. postsuburbanen Lebensraums, der mit bestimmten Bedingungen, Vor- und Nachteilen verbunden ist.

Wohnen und Wohnlage sind unbestritten von hohem Stellenwert. Ihre Ankunft in Athen war von Anfang an eng mit den einen Erwartung verbunden: ein zufriedenstellendes und sorgenfreies Leben. Die Erarbeitung von Chancen und die Zielsetzung der Verbesserung der Lebensverhältnisse waren nur mithilfe einer strikten Lebensplanung realisierbar, deren zentrale Punkte Wohnlage und Wohnweise waren. Nicht zuletzt spielten jedoch Opportunitäten und an die konkrete Lebensphase geknüpfte Bedürfnisse eine wichtige Rolle. So genügte in der neuen und beinahe als *feindlich* empfundenen Umgebung, situationsbezogen zuerst,

eine kostengünstige minimalistische Wohnform. Die übermäßigen Strapazen der Arbeit wurden vorerst in Kauf genommen.

Die Erreichung der ersten Etappe, aber vor allem der Eintritt in eine neue Lebensphase änderte nun auch das Wohnbedürfnis. Zwar stellte das junge, noch kinderlose Paar für einige Zeit den Plan eigener vier Wände zurück, doch mit der Ankündigung des ersten Kindes wurde – am Ende mit Erfolg – nach einer solchen gesucht. Zu diesem Zeitpunkt waren die räumliche Nähe und die Bindung zu den Eltern von elementarer Bedeutung; nicht nur emotional, sondern auch wohlberechnet. Der engere Familienkreis war, sowohl materiell als auch immateriell, für die sozialräumliche Mobilität des jungen Paares von grundlegender Bedeutung. Diese Kultur der gegenseitigen Unterstützung wurde von Generation zu Generation weitergegeben.¹⁸⁴

Schon vor dem Hauswunsch bzw. Hausbaubeginn trat jedoch eine wesentliche Wohnverbesserung ein, die die fast typische sozialräumliche Mobilität in Athen bilderbuchartig zeigt. Innerhalb von knapp acht Jahren gelang es, aus der beengten Wohnsituation (Zweizimmerwohnung) in die *Retiré*-Lage – ein Sprungbrett! – und von dort in das Eigenhaus im vorstädtischen Oreólofos zu ziehen. Sowohl die jüngsten Stadtprozesse, wie das Verlassen der Innenstadt und der *Polikatikía* als auch andere metropolregionale Prozesse, darunter die permanent existente Opportunität des illegalen Hausbaus am Stadtrand, wirkten günstig auf die Realisierung, wenn nicht sogar auf das Übertreffen des eigenen Hausprojektes. Die Art und Weise stellt unter Beweis, dass die bis dahin gewohnheitsmäßige und für den semiperipheren Staat lange Zeit charakteristische Wohnungsproduktion weiterbesteht. Aus einer anderen Perspektive gesehen, ermöglicht also die gesellschaftlich regulierte Stadtentwicklung und das hiesige Wohnungsproduktionsmodell *Avthéreto* den Zuwanderern eine Integration.

In Orten wie Oreólofos gab es bis in die 2000er-Jahren noch die althergebrachten informellen Strukturen von der Baukonstruktion bis zum Handwerk, die solche Formen von Wohnraumbeschaffung möglich machten. Die für die Athener Stadtentwicklung typische randstädtische Wohnungsproduktion zeigte eine gewisse Ausdauer auch nach deren massiver Verdrängung. Möglicherweise gehören jedoch Adriána und Áris zu jenen letzten Neubewohnern, die mithilfe des *Avthéreto* nach Oreólofos zogen. Das im Jahr 2003 verabschiedete Gesetz zu „Baugenehmigung, städtebauliche und andere Regelungen“ (Nr. 3212/2003) regelte und legalisierte¹⁸⁵ per Dekret den Status von etwa 300.000 *Avthéreta* in Griechenland. Wirksam waren diesbezüglich neben der Überfüh-

rung der Zuständigkeit auf die Regionalbezirke und die regionalen Behörden vor allem die Einführung von außerordentlich hohen Strafzahlungen für Bauherren und Bauunternehmer. Dadurch konnte erstmalig dieses seit 1929 praktizierte Wohnungsproduktionsmodell signifikant eingedämmt werden.

Letztendlich ohne darauf angewiesen zu sein und wider Erwarten haben sie ihren Traum vom Wohnen erfüllt. Durch Unbeugsamkeit, Arbeitseifer und – nach Áris' Worten – einen Hauch von „Verrücktheit“ schafften sie trotz vieler Widerstände dessen Realisierung. Gewiss sollte solch eine gesellschaftlich regulierte Wohnungsproduktion mit einer gewissen Sympathie betrachtet werden. Nicht nur weil Menschen dadurch ihre *Träume* verwirklicht haben, sondern vor allem, weil damit gegen reglementierende und teilweise willkürliche Staatshandlungen in der Lebenswelt (freier) Raum für die Verwirklichung von Lebens-/Wohnentwürfen ermöglicht wurden. In diesem Fall war weder ein Waldgebiet noch eine unerschlossene, unberührte Fläche betroffen, sondern ein real existierendes Wohngebiet, das lediglich durch die Untätigkeit des Staates ins illegale Abseits verbannt worden war.

Im Selektionsprozess, der im zweiten Interpretationsschritt näher erläutert wird, kommt es zur Adaption endemischer Wohnungsproduktionsmethoden. Hier steht einerseits die Wertschätzung lokaler Wohnstile, wie das *Retiré* oder die Veranda mit ihrer halbprivat-halböffentlichen Funktion zur Disposition, die in die eigenen Wohnvorstellungen aufgenommen werden. Andererseits jedoch die Ablehnung bestimmter Wohnpraktiken der (griechischen) Suburbaniten, so z. B. die Gestaltung des Baugrundstücks, der Frei- und Grünflächen sowie die hohe Versiegelung. Hier sehen sich Áris und Adriána in völligem Widerspruch zu den benachbarten und vielerorts vorkommenden Bauweisen und Grundstücküberbauungen, die zweifellos in erster Linie mit dem vorherigen Wohnen in mit *Polikatikías* hochverdichteten Stadträumen und dem Wunsch nach einem großen Haus in Verbindung stehen. Die relativ kurze Zeit in der Innenstadt hat also ihre Wohnvorstellungen nicht *infi*ziert. Für sie waren das Bewahren eines großen Teils des Baumbestands, die Einhaltung von Abstandsflächen bzw. freien Flächen innerhalb ihres Grundstücks und die Vermeidung einer Vollbetonierung des wohl relativ kleinen Areals (180-220m²) geradezu selbstverständlich.

Das Wohnen im selbstgebauten Haus und die Erkundung des Wohnumfelds manifestieren den nächsten Schritt und den Übergang in eine Phase des Sich-Einrichtens. Die Flucht aus der unstrukturierten und unübersichtlichen Innenstadt und der Neubeginn in Oreólofos gehen mit einer

räumlichen Trennung der vierköpfigen Familie vom Rest der *organischen* Familie und Verwandtschaft einher. Die eigenen vier Wände und die *eigene* Umgebung verlagerten den Mittelpunkt der Familie, die dadurch einen Ort der Konsolidierung bekam. Sukzessiv folgte die räumliche Aneignung bis sie relativ schnell sogar die ersten Wurzeln schlugen, wie eine erzählte Begebenheit metaphorisch belegt: Im Rahmen einer Bürgeraktion zur Wiederaufforstung der umliegenden Hügel haben sie für jedes Kind einen Baum gepflanzt, der emotional das Band zum Ort repräsentiert.

Wie in der Innenstadt, so repräsentiert auch hier das Wohnhaus den Platz der Ruhe, Sicherheit und Geborgenheit: Schon durch das Nach-Hause-Kommen werden Strapazen vor der Haustür bzw. vor dem Eingangstor abgelegt. Das Haus ist der sicherer Hafen, in dem das Familienleben organisiert und gelebt wird, jeder mit seinen individuellen Aufgaben, aber in einem familiären Zeitregime. Áris aufgrund seiner Arbeitszeit (etwa elf Stunden täglich, sechs Tage in der Woche) ist meist abwesend. Adriána, durch ihren Beruf, Nebentätigkeit und die Fahrzeiten nicht viel weniger eingespannt, übernimmt die tägliche Versorgung im Haushalt. Die beiden Söhne, die die Grundschule bzw. das Gymnasium vor Ort besuchen und – charakteristisch für griechische Verhältnisse – zusätzlich eine umfassende außerschulische Ausbildung bekommen, sind inzwischen in einem Alter, in dem sie für sich selbst sorgen können.

Unter den vorgegebenen Rahmenbedingungen war der Bau ihres Wohnhauses eine Errungenschaft und darauf ist die Familie stolz und kann mit Genugtuung zurückblicken. Das war auch heute – sieben Jahren nach dem Einzug – unmissverständlich.

Assimilation und Aufnahme in die Lokalgesellschaft

Nach den ersten Erfahrungen im innerstädtischen Acharnónviertel, die von Misstrauen und Unsicherheit geprägt waren, setzte allmählich halbwegs Vertrauen oder zumindest Eingewöhnung im Alltag ein. Der größte Teil der ersten sozialen Beziehungen im Ankunftsort basierte auf der Grundlage des alltäglich stattfindenden kommerziellen Austausches. Alltägliche Kontakte im Tante-Emma-Laden und in anderen Geschäften in der Nachbarschaft oder in der *Polikatikía* waren die einzigen sozialen Beziehungen außerhalb der Familie. Das soziale Potenzial im innerstädtischen Gebiet war sonst eher klein, was mit der relativ hohen Fluktuation und den damals lebhaften Wohnwechsel bzw. dem Auszug vieler Alt-Athener aus der Innenstadt zu tun hatte. Außerdem wurden dem Zeitbudget für soziale Kontakte durch die hohe Arbeitsbelastung enge

Grenzen gesetzt. In der letzten Wohnstation gab es sogar sporadisch Probleme mit einem Teil der *Polikatikía*-Nachbarn, sodass trotz verbesserter Wohnsituation und *Retiré*-Lage das unmittelbare soziale Leben von Unzufriedenheit geprägt war.

Oreólofos sollte mit seinem vermeintlichen Dorfcharakter einen Neubeginn ermöglichen. Mit dem Dörflichen waren nicht nur die dünn besiedelte Wohnform oder die Naturnähe verknüpft, sondern auch die Sozialität und die Hoffnung auf neue quasi-primäre Kontakte. Die Überschaubarkeit und Lesbarkeit derartiger Orte versprechen einfaches und unkompliziertes Kennenlernen. Es erinnerte an frühere Muster und an die Kleinstadt Rudnjë. Zudem wird damit die *schockartige* Innenstadt-Erfahrung konterkariert. Der niedrige Preis des Baulandes außerhalb des »Plans« machte schließlich den Lebensentwurf finanziell erschwinglich. Die vorhandenen sozialen Beziehungen bzw. das seit 1998 hier lebende befreundete Ehepaar waren entscheidend; ohne sie hätte es weder den Zuzug noch den Grundstückskauf gegeben. Offenkundig war es kein Einzug in eine komplett fremde Umgebung. Infolge wiederholter Besuche waren sie mit der Gegend schon etwas vertraut. Da Oreólofos noch wenig entwickelt, „unverbraucht“, also „intakt“ war, wurde mit der Ankunft weiterer Neubewohner und einer Klientel gerechnet, die ähnliche Ansprüche und vergleichbare Bedürfnissen wie sie stellten, geschweige nach schnellem Anschluss suchten.

Die Wanderungsgeschichte von Adriána und Áris rückt interessanterweise einige charakteristische Aspekte der räumlichen und sozioökonomischen Mobilität der metropolitanen Teilräume in den Fokus. In diesem Fall war es nicht nur ein Ortswechsel über die Landesgrenze hinweg, sondern auch eine Randwanderung, also ein Ortswechsel von der durchlässigen und anonymen Athener Innenstadt in das übersichtliche und sozial kontrollierende Suburbia bzw. *urbane Dorf*. Hier haben Neubewohner bzw. Hinzugezogene beinahe einen besonderen sozialräumlichen Prozess zu durchlaufen. Der ihnen innewohnende Wunsch nach Assimilation bzw. Aufnahme in eine Gemeinschaft war schneller angedeutet und schien unter Umständen erreichbarer. In der kleinen und übersichtlichen Welt wäre es leichter, die individuelle Integrität und den beruflichen Fleiß wahrzunehmen, um Zugang zum und Akzeptanz beim Kollektiv zu bekommen. Der Wunsch nach einer gruppenspezifischen Konformität und Zugehörigkeit wird damit geltend gemacht und allen Angaben zufolge sehr bewusst. Ob Orte wie Oreólofos jedoch die Offenheit, Akzeptanz und Integrationsbereitschaft der Empfängergesellschaft bieten, bleibt bisher eher fraglich. Die angeblich übersichtlichen Struktu-

ren und die Erwartung eines gegenseitigen Interesses oder einer ausgelassenen Neugier stellten sich jedoch als illusorisch heraus. Von Beginn an wurde den Neuankömmlingen Misstrauen entgegengebracht, etwas, das den Dorfcharakter Oreólofos unterstreicht, da Dorfgesellschaften (in Griechenland) den Ruf haben, eher verschlossen zu sein und Neulinge stets unter Verdacht zu stellen. Persistenter und pragmatischer sind letztendlich der Eingewöhnungsprozess und die Routinisierung bzw. die im weiteren Verlauf erlangte Vertrautheit und Herausstellung von Gemeinsamkeiten mit den Einheimischen – so wie sie von Baubeginn an von ihrer Umgebung im Auge behalten und, nachdem sie ihre Eignung *unter Beweis gestellt haben*, akzeptiert wurden.

Das Verhältnis von Adriána und Áris zur lokalen Gesellschaft schwankt heute zwischen der stillen Verbundenheit, allen voran mit den anderen Neubewohnern, bis zu einer gepflegten Distanziertheit zu gegenüber den Altbewohnern. Dies ist gewiss ein offener und selektiver Prozess, der noch anhält, da die sozialen Potenziale innerhalb der noch lückenhaften Siedlung die Auswahlmöglichkeiten stark begrenzen. Kompromisslosigkeit hinsichtlich sozialer Kontakte, ansatzweise starkes Distinktionsdenken und versuchte Abgrenzung oder mindestens Reserviertheit gegenüber einem Teil der lokalen Gesellschaft, vor allem der Alteingesessenen, sind festzustellen. Diese Teilung scheint durch ganz Oreólofos zu verlaufen. Adriána bekennt sich zu ihrer albanischen Herkunft und dadurch hebt sie ihre non-konforme, von der Mehrheitsgesellschaft (der Griechen) abweichende Denk- und Verhaltensweise hervor. Das gestaltet diesen selektiven Prozess und ihren Umgang mit Normen, Praktiken und Traditionen noch komplexer. Dennoch kommen ihre Verbundenheit mit und das Interesse an anderen Neubewohnern deutlich zum Ausdruck. Hierbei spielt der Elternverein eine integrierende Rolle, wenn auch nur zeitlich begrenzt und interessenorientiert. Adriána und Áris waren nur zuweilen aktiv, da sie sich keineswegs fest binden oder Verpflichtungen eingehen wollten. Das hat nicht nur mit der mangelnden Zeit, sondern auch mit ihrer grundsätzlichen Ablehnung von Vereinen oder institutionalisierten Aktivitäten zu tun.

Dennoch ist in der Denk- und Handlungsweise von beiden ein Mindestmaß an Integrations-, wenn nicht Assimilationswillen erkennbar. Aus ihren Erzählungen lässt sich auf eine Integration, die schnell, mühe-los und beispielhaft war, schließen. Die sofortige Adaptierung vieler lokalen Lebenspraktiken und Bräuche wurde durch eine Reihe von exogenen und endogenen Faktoren begünstigt. Letztendlich waren es jedoch der eigene Wille, die eigene Beharrlichkeit und Standhaftigkeit, die zu

mehr Akzeptanz und Anerkennung führten. Wiederholte Reflexionen und Abwägungen des eigenen Verhaltens, das dabei ihren Status als Neuankömmlinge nicht außer Acht ließ und auch mit Zwängen verbunden war, waren Teil bewusster Entscheidungen und Handlungen. Sie waren darauf bedacht, vorgefundene Strukturen zu erkennen und verstehen. Das Erkennen und Deuten von Gegebenheiten, wie lokale Praktiken und Traditionen oder Lebensweisen der Einheimischen, waren auch der Ausgestaltung der eigenen Lebenspläne und der Lebensführung dienlich. Immer wieder tauchten Unterschiede zwischen den eigenen Lebensbräuchen/-praktiken und denen der Einheimischen bzw. der Empfangsgesellschaft auf. Durch die ständig angestellten Vergleiche setzte ein Prozess des Bewusstwerdens der Unterschiedlichkeit von Bildern und Wirklichkeiten (oder Unwirklichkeiten) ein, was letzten Endes nichts anderes als eine ständige Hinterfragung sonst nicht hinterfragter, selbstverständlicher Dinge ist. Vergleiche und Abwägung bilden so die Grundlage für die eigene Denk- und Handlungsweise. Akzeptanz oder Ablehnung, Adaptation, Nachahmung oder Zurückweisung usw. bewirkten eine bezeichnende Konditionierung.

Unabhängig von den sozialen Kontakten und den Beziehungen innerhalb der Gemeinde ist ihre Verbundenheit mit dem Ort groß. Nicht nur das eigene Haus, die Straße oder die Schule der Kinder sind räumlich-materielle Ankerpunkte, sondern die Umgebung insgesamt. Aus den Gesprächen lässt sich in vielschichtiger Weise auf solche Grundbedürfnisse wie Ankunft und Aufnahme in eine Gemeinschaft, Sich-heimisch-Fühlen sowie Suche nach bodenständiger Strukturiertheit und Überschaubarkeit schließen. In einem anderen Kontext käme dies dem Beginn eines Heimatfindungsprozesses gleich. Der in die Wissenschaft schleichende Heimat-Begriff¹⁸⁶ erklärt jedoch nur den Sachverhalt der Lostrennung vom Herkunftsort, aber verweist kaum auf eine mögliche Nachwirkung, die mit dem Verlassen eines Ortes eintritt und zu einer eklektischen, entschärften Version und Entemotionalisierung des Heimat-Gefühls führen könnte. In dieser Untersuchung werden bewusst vorübergehende Modetrends und inflationäre, künstliche Verwendungen von *anrühigen* und leeren Begriffen wie »Heimat« nicht berücksichtigt.

Abneigung, Verachtung, latente Sehnsucht nach Innenstadt?

Das nächste Themenfeld fokussiert auf die äußere Beziehung von Áris und Adriána zu Oreólofos, d. h. ihre Haltung zur Athener Kernstadt und zu den anderen metropoliten Teilzentren und zur Region insgesamt. In ihren Schilderungen über Lebens- und Wohnstationen wurden wie-

derholt die innenstädtischen Lebensbedingungen, aber auch die Bedeutung der Athener Innenstadt nach deren Verlassen thematisiert. Die Konnotation dieses Teilraums ist mit den hygienischen, ökologischen Problemen und Dysfunktionalitäten wie Platzmangel, Lärm und Belästigung durch den Verkehr oder sozioökonomische Aspekte wie Migration und Segregation behaftet. Die erfahrene Minderung der Lebensqualität rückte die weitgefasste Innenstadt in ein negatives Licht (*mental maps*).

Besonders Áris' erste Erfahrungen, die von Angstzuständen und Agonien geprägt waren, wirken noch tief nach. Das Verlassen des Herkunftsortes und das Eintreffen in der neuen Wohnumgebung in Athen setzten eine Distinktion¹⁸⁷ bzw. Distanzierung von der bisherigen Herkunft, aber auch von den anderen Migranten und Bewohnern in seinem neuen Wohnumfeld voraus. Die Identitätssuche fand in ihrem Lebens- und Aktionsraum statt, der gar nicht als der eigene wahrgenommen wurde. Notwendige Identifikationskomponente oder die Aneignung von Räumen kamen nicht infrage, weil zu diesem Zeitpunkt die Innenstadt ein heterotopischer Bezugsort war, ein gebrandmarkter Ort mit einer zwielichtigen Wirkung, der maximal für eine vorläufige Identität reichte. Dieser anfängliche *Schock* war weder damals noch heute einfach zu bewältigen. Gewissermaßen führte dies zu einer ausgeprägten Distinktionslogik und einer Tendenz der schnellstmöglichen Distanzierung von der prekären Lage und den problematischen Umständen.

Die Wirkung eines *problematischen* Stadtviertels als Projektionsfläche auf das Ich und den Identitätsstiftungsprozess waren in diesem Fall negativ. Der starke Wunsch nach Integration in die Mehrheitsgesellschaft war insoweit verräumlicht, weil das Verlassen der Innenstadt und der Einzug nach Oreólofos – egal ob damit zum Motiv die Übersiedlung in die privilegierten und besseren Ruf genießende Nordvorstädte und/oder in eine ländliche Gegend gehörten – das Ablegen des ortsverbundenen Stigmas und der aufgedrängten Andersartigkeit bedeutete.

Zumindest wurde auf den ersten Blick eine mit dem Wohnviertel verknüpfte Exklusion gemieden. Áris' Wohnbiografie leitet in die Assoziationen zum Omóniaplatz über, die absurderweise nun mit einer neuartigen Funktion versehen ist. Die baulich und sozioökonomisch devastierende Innenstadt erfüllt für ihn eine verblüffende Bildungsfunktion. Er nutzt sie unter anderem als Lehrpfad, um Kindern oder Erwachsenen aus den von Problemen sterilisierten metropolitenen/postsuburbanen Teilräumen hier illustrativ und ermahnend Exempel der gesellschaftlichen Fehlentwicklung und des sozioökonomischen Abstiegs zu präsentieren. Das Vorzeigen von Drogenabhängigen, Prostituierten oder *Pakis-*

tani usw. in den besagten innerstädtischen Vierteln soll damit die Verbindung zur Beschaffenheit der Gesellschaft herstellen. Das Referenzieren zur Athener Innenstadt zum lebensnahen Erfahrungs- und Schulungsort bzw. ein Freilichtmuseum klingen erschreckend und gleichzeitig erhellend. Kontrastierende und widerstrebende Facetten wirken einerseits in ihrer sozialräumlich segregierten und polarisierten Suggestion abschreckend, andererseits bauen sie eine Brücke zu den gesellschaftlichen Wirklichkeiten der zeitgenössischen Metropolen.

Auch Adriána spricht eine ambivalente Haltung zur Athener Innenstadt an. Die medial oft kritisierte Wohnsituation in der Innenstadt und die sogenannte Verslumung der innerstädtischen Stadtbezirke sieht sie gleichfalls als großes Problem. Durch den Verlust jeglicher Kontrolle seitens staatlicher Behörden und die hohe Konzentration von Migranten grassiert die tägliche Kriminalität und sie befürchtet, dass es noch schlimmer kommen wird. Sie fühlt sich auch in innerstädtischen Vierteln wie Exárchia (Ort ihrer Nebentätigkeit) unsicher, weil dort politische Auseinandersetzungen oft auf den Straßen ausgetragen werden. Teile der Innenstadt werden deswegen als umkämpftes Gebiet wahrgenommen.¹⁸⁸ Sie drückt die Angst aus, als „ruhige Bürgerin“ und eine Person, die „nicht danach sucht“ zwischen die Fronten zu geraten. Aufgrund ihrer Anwesenheit in der Innenstadt ist sie also alltäglich mit den Athener „Umständen“ konfrontiert. Sie erlebt die Nachteile des städtischen Lebens, Arbeitens, aber auch des Wohnens. Dennoch erkennt sie im Leben in der Innenstadt eine Reihe von Vorteilen. Allerdings ein Wohnen heutzutage dort und überhaupt solche Pläne kommen für sie gar nicht in Frage. Nicht nur aus den vorgenannten Gründen, sondern weil ihr Mann nicht dazu bereit wäre. Eine Umgebung wie in Oreólofos erlaubt es, die derzeitige Lebensphase einfacher und angenehmer zu gestalten. Möglicherweise in einem höheren Alter und unter besseren Umständen wäre es für das Paar durchaus denkbar, zentraler als jetzt zu wohnen. Sie konkretisieren diese Vorstellung mithilfe einer mentalen Wohnkarte, die die nordöstlich angrenzenden Gemeinden (bis Leofóros Katecháki) oder das zentrale Thissíon an der Akropolis umfasst.

Einige wichtige Unterschiede bezüglich der Innenstadt-Bilder und möglicher (zukünftiger) Lebensentwürfe ergeben sich aus den Tagesabläufen (Áris arbeitet in der Umgebung, Adriána in der Innenstadt). Während Áris nur Nachteile im innerstädtischen Leben sieht und einen großen Bogen um die Innenstadt macht – einzige Ausnahme der Familienbesuch oder die gesellschaftliche Missstände vermittelnden Spaziergänge (s.o.) – erkennt Adriána auch viele Vorzüge: Cafés, (interessante) Menschen und

all jene Möglichkeiten und Opportunitäten der Athener Innenstadt, die der jetzige Wohnort nicht zu bieten hat. Die Innenstadt Athens, die derzeit eher Unbehaglichkeit ausstrahlt, städtebaulich-ästhetische, ökologische und Verkehrsmängel aufweist, zudem von Unsicherheit und hoher Kriminalität beherrscht wird, hat für sie immer noch eine gewisse Attraktivität, die vielleicht zu gegebener Zeit und mit Wegfall einiger Nachteile eine Kehrtwende einleiten könnte.

Adriánas Zerrissenheit zwischen Oreólofos und der Athener Innenstadt bzw. zentralem Wohnen – letztendlich eine Infragestellung des derzeitigen Wohnortes – hat sicherlich mit der enormen körperlichen und psychischen Belastung durch das tägliche Pendeln zwischen Wohn- und Arbeitsort (18 km) zu tun. Die Extremität dieser Belastung zeigt sich in der Inbrunst und Ausdrucksweise im Gespräch deutlich. Jedes Hindernis, von der verantwortungslosen Parkraumbewirtschaftung bzw. Strafzettel-Politik wegen falschen Parkens in der Nähe der U-Bahnstation Doukíssis Plakentías bis zu den als störend empfundenen jungen Autoscheibenputzern an Ampeln erhöhen den Stress und ihre Wut.

Da vorläufig eine *Rückkehr* in die Athener Innenstadt wegen der Nicht-Bereitschaft von Áris ein Tabuthema bleibt, kommt es zu einem Kompromiss, der jedoch aufgrund der vielen Vorteile der aktuellen Wohnlage gar nicht so schwer fällt. Für diese Lebensphase, in der Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit den Alltag vorrangig prägen, scheinen die derzeitige Wohnform- und Wohnortwahl die richtigen zu sein. Die beruflichen Strapazen sind für sie vom jetzigen Wohnort aus besser zu bewältigen. Es ist nicht paradox, dass die enorme Belastung durch die täglichen Pendlerfahrten auch das Bedürfnis nach Ruhe und Sicherheit überhöht. Während im postsuburbanen Oreólofos Vögel zwitschern und Dorfidylle über Menschen und Häuser waltet, dominieren zur gleichen Zeit unweit der Ortseinfahrt in der von Pkws besetzten Leofóros Marathónos Staub und Lärm. Im Zentrum und in den anderen metropoliten Teilzentren geht es ebenso hektisch und stressig vor sich. Solche plakative Darstellungen verdeutlichen den Kontrast zwischen diesem etwas abgelegenen Teilraum, der gerade deswegen von vielen seiner Bewohner als Wohnort gewählt wurde, und dem Rest der Metropolregion. Damit steige vermutlich auch die Separation von der (übrigen) Umgebung bzw. Einkerkierung in der *geschützten* Sphäre (Haus und/oder Pkw), die letztendlich den Fokus- und Aktionsraum verringern. So für Adriána, die aus den genannten Gründen die Metropolregion in wenige (voneinander weit entfernte) Aktionsräume einengt, die am besten ohne jegliche Störungen oder Hindernisse erreichbar sein sollen.

II. Zwänge und zwei Generationen unter einem Dach

Aretí (Jg. 1956), geboren in einem bergigen, abgelegenen Dorf in der geografisch benachteiligten Region Epirus, ist in den ärmlichen Verhältnissen der Nachkriegszeit großgeworden. Mit der massiven Landflucht in den 1950er-/1960er-Jahren verließen ganze Familien und vor allem junge Menschen im Alter von dreizehn, vierzehn und fünfzehn Jahren ihre Dörfer und zogen in die urbanisierten Zentren. Eltern haben „ihre Kinder fortgeschickt, weil sie schlicht und einfach nichts zu essen hatten“. In Athen und Thessaloniki haben sie als Hilfskräfte, „manche als Kellner, andere als Bäckergehilfen usw.“ notdürftig ihr Brot verdient. Aretí war knapp 20 Jahre alt, als sie ihr Dorf verlassen musste, um in das für sie unbekannte und weit gelegene Athen zu ziehen. Ihre Eltern erwarteten sich ein neues, besseres und leichteres Leben für sie. Dass sie alleine das Dorf verlassen durfte, hing mit der bevorstehenden Heirat zusammen. Ihr zukünftiger Mann – aus demselben Dorf wie sie – war bereits vor ihr nach Athen gezogen. Sie kannten sich vorerst nur „über die Familie“, bevor sie sich hier richtig kennenlernen konnten.

Die erste Station Aretís in Athen war bei Verwandten, im zu dieser Zeit „rapid wachsenden“ Gebiet Brachámi (heute Ilioúpoli). Die erste gemeinsame Wohnung lag in Amfithéa in Fáliro, damals noch eine dünn besiedelte Gegend etwa 8 km von der Athener Innenstadt entfernt. Auch hier setzte mit dem „Bau von immer mehr *Polikatikies*“ allmählich eine „enorme bauliche Entwicklung“ ein. Nach der Übernahme eines Restaurantbetriebs in der Acharnónstraße gegenüber von Ágios Panteleímonas mitten in der Athener Innenstadt im Jahr 1979 entschied sich das Ehepaar in eine Mietwohnung in unmittelbarer Nähe zu ziehen. Die neue Wohngegend hatte eine ungleich höhere Bevölkerungsdichte und das löste bei Aretí viel Unzufriedenheit aus. Außerdem fand sie es hier „langweilig“. Nur dem Umstand, dass sie im *Retiré* wohnten, war tröstlich. Hier konnte sie die große Terrasse zu einem „richtigen Garten“ gestalten. Und mit den Jahren, auch durch den vereinnahmenden Restaurantbetrieb bedingt, setzte sukzessive die Eingewöhnung ein. Das Geschäft lief wirklich gut, da zu dieser Zeit sehr viele gut verdienende Menschen dort wohnten. Zu den Kunden gehörten „wirklich gute Leute“, viele „Schauspieler, Journalisten aus der Fokíonos Négri in Kipséli, [...] Literaten, [...] Maler, Prominente also“.

Etwa zehn Jahre nach der Heirat, im Jahr 1987 kam das erste Kind **A-mélia** zur Welt. Unmittelbar nach der Geburt verließ die Familie die *Retiré*-Wohnung, um in eine größere Wohnung im gleichen Stadtviertel zu ziehen. Sie war jedoch nicht so „schön“, vor allem die Küche war

dunkel und der Balkon sehr klein. Die gegenüberliegende Tankstelle bereitete Aretí große Sorge, die durch die Geburt der anderen beiden Kinder zunahm. Andauernd fürchtete sie Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlergehen der Kinder. Eine Ausfluchtmöglichkeit bot deswegen ein von ihrem Mann erworbenes Grundstück in Dílesi – etwa 50 km nördlich vom Athener Zentrum unmittelbar vor Chalkída. Dort stellten sie ein „kleines vorgefertigtes Haus“ und fuhren bei jeder Gelegenheit „an Wochenenden“ oder „während der Ferien“ hin. Auch ihr Vater hat ihr ein Grundstück im näher liegenden Oreólofos¹⁸⁹ überlassen, nur lag dies weit vom Meer und zudem außerhalb des »Plans«, deshalb wagten sie vorerst nicht ein *Exochikó* oder einen provisorischen Bau aus Holzbrettern zu errichten, wie es zu dieser Zeit hier üblich war.

Das Bedürfnis Aretís aus der Innenstadt wegzuziehen, wurde mit der Zeit größer. Auch sprachen viele Gründe dafür. Im Radio und Fernsehen wurde andauernd über Gesundheitsrisiken durch „so viele Abgase, so viel Smog“ berichtet. Ab Anfang der 1990er-Jahre durch „den Zuzug von Albanern, Schwarzafrikanern“ veränderte sich allmählich das Umfeld. Der „Auszug oder [das] Wegsterben vieler guten Kunden“ und die Tatsache, dass die meisten der Neuzuzügler „es sich nicht unbedingt leisten konnten zum Essen auszugehen“ und das Herunterkommen der Umgebung generell machten sich im Umsatz des Restaurantbetriebs bemerkbar. Viele dieser Gründe ließen die Unzufriedenheit über die Wohngegend zunehmen. Sie eignete sich nicht für die heranwachsenden Kinder und vor allem für das älteste Kind Amélia, das sich zunehmend mit solchen Umständen wie Baumängeln oder der Ansiedlung „anrühiger Einrichtungen“ zu konfrontieren begann. Auf dem Weg zur Schule erlebte sie alltäglich die zahlreichen Umstände des „marginalisierten“ und „degradierten Viertels“. Mal durften sie nicht „unter den Balkonen laufen, aufgrund akuter Absturzgefahr von Putz“, mal fanden sie „am Schulhof Spritzen“ oder hörten die selbststärkenden Rufe der Gruppe »Strofí«¹⁹⁰. In der Filísstraße, unweit von ihrer Schule, befand sich zudem das Rotlichtviertel mit seinen „Häuschen“.

Eines Tages fiel die Entscheidung den Hausbau in Oreólofos illegal voranzutreiben. Kurzerhand wurde ein Bauingenieur beauftragt. Aufgrund des illegalen Baus hatten sie ohnehin mit Mehrkosten gerechnet, aber schon beim Fundament traten unerwartet schwerwiegende Probleme auf. Da das Grundstück sich in einem Bachlauf befand und nur wenige Meter unter der Oberfläche das Grundwasser stand, war eine zusätzliche Verstärkung mit Stahlbeton erforderlich. Der Bauunternehmer verlangte immer mehr Geld, vermeintliche „persönliche Probleme“ und nach „di-

genden Seite in *städteplanerisch integrierten* Häusern in der Nachbargemeinde gefallen lassen. Ihre künftigen Nachbarn wünschten sich „weder Hütten noch derartige Häuser“ in der Nähe und erstatteten wiederholt Strafanzeigen. Diesen Widerständen zum Trotz haben Aretí und ihr Mann es dennoch geschafft, halbwegs das Erdgeschoss fertigzustellen und im Jahr 2000 in das halbfertige Haus einzuziehen. Anfangs erforderte es eine große Überwindung, in die sonst häuser- und menschenleere Gegend zu ziehen, aber alle waren vorerst glücklich, von nun an im eigenen Haus wohnen zu dürfen. Außerdem wohnten sie durchaus nur ein bis eineinhalb Kilometer von ihrem letzten Wohnort und vertrauten Umfeld entfernt. Kein Jahr nach ihrem Einzug zogen drei, vier weitere Familien mit Kindern in die Nachbarschaft.

Die heranwachsende Amélia verschwendete keine Zeit und unmittelbar nach Vollendung des 17. Lebensjahres begann sie eine Fahrschule zu besuchen. Der Besitz eines Führerscheins brachte für sie die langersehnte mobile Freiheit und Unabhängigkeit. Davor musste sie sich trotz ihres Alters viel zu oft nach den Zeiten ihrer deutlich jüngeren Geschwister richten. Dass sie nun fahren durfte, bedeutete zudem einen Wegfall der Fahrdienste, also die Entlastung ihrer Eltern. Nach dem Abitur und mit Beginn ihres Studiums im Managementwesen an der 24 km entfernten Fachhochschule von Egáleo erwies ihr der Pkw „große Dienste“. Der über das Studium neu entstandene Freundeskreis war auf einmal in der gesamten Athener Region verstreut. Automobilität war von nun an im Alltag „alternativlos“ und vergrößerte ihren ohnehin weiten Aktionsradius. Sie ermöglichte ihr im Grunde die grenzenlose Freizeit, sei es beim Einkaufen in der »Mall of Athens«, in den Geschäften von Kifissíá oder Chalándri, bis zum Ausgehen in der Innenstadt, Fahrten ans Meer nach Rafína oder Ausflügen in alle Richtungen. An manchen Wochenenden fährt sie sogar mit ihren Freunden bis zum Dorf ihrer Eltern in Épirus. Seit Abschluss ihres Fachhochschulstudiums bemüht sich Amélia um eine Festanstellung. Über gelegentliche Kleinjobs verdiene sie jedoch nur ihr „Taschen- und Benzingeld“. Ein Auszug aus dem Elternhaus kommt vorerst nicht in Frage.

So sehr Amélia regional, ist ihre Mutter mehr lokal orientiert. Abgesehen von den gern gemachten Ausflügen, zum Einkaufen oder Flanieren, den Besuchen ihrer Brüder in der Athener Innenstadt, verbringt sie die meiste Zeit in Oreólofos oder in der größeren Nachbargemeinde. Am Wohnort pflegt sie nur wenige Kontakte. Hauptgrund für die Nicht-Entstehung einer lebendigen Nachbarschaft ist die fehlende Zeit, aber vor allem die eigenen problematischen Verhältnisse, denn seit der Auf-

halb nur einer Generation! – Ausgangslage und Rahmenbedingungen für Frauen in der Gesellschaft eines peripheren Staates gewandelt haben.

Situationen im Alltag und hier nun die krisenhaften Zeiten erfordern besondere Strategien. Der Umgang mit Mühsal und Widrigkeiten ist wohl unterschiedlich angelegt. Beide Personen entwickeln auf je eigene Weise ihre eigenen Bewältigungsstrategien und Handlungsoptionen, wobei sicherlich Amélia sich erst am Anfang eines langen Prozesses befindet. Im Gespräch mit beiden kommen auch die unmittelbaren Veränderungen des Ortes aus der lebensweltlichen Perspektive zur Sprache, die Vergangenheit und Gegenwart, und all jene Wandlungsmomente, die nicht nur die Raumnutzung und Flächeninanspruchnahme, sondern auch deren Auffassung und Symbolik erfassen. Die Erzählungen der Bewohnerinnen geben die innere Logik der Ortswandlung wider, ausgedrückt in den Wohnpraktiken (z. B. *Avthéreto*), den Konsequenzen (z. B. Bedingungen und Umwandlung von Wald- und Weideflächen zu parzellierten Grundstücken oder von Agrarlandschaft zu Ferien-, Naherholungs-, also Fluchtort für Metropolibewohner usw.) und den zugrunde gelegten Entscheidungsoptionen. Die Auseinandersetzung damit kann auf zukünftig infrage kommende Wohnstandorte deuten oder Ursachen für Wanderungsprozesse aufzeigen.

Die Mutter Aretí ist eine Zeitzeugin der Verstädterung im Großraum Athen. Sie hat den *Urzustand* der (griechischen) verstädterten Gesellschaft miterlebt, als die Familie den kleinen, durch physische Lage ungünstig ausgestatteten Lebensraum, ein Dorf in Epirus, verlassen mussten, um in die Stadt (noch keine Großstadt) zu kommen. Das Bergdorf ist jene Mikrogesellschaft, die mit ihren charakteristischen Strukturen und Merkmalen, Konventionen und Praktiken für die prototypische Lebenswelt in der Hauptstadt steht. Aretís Lebenslauf ist ein Stück Abwanderungs- und Land-Stadt-Migrationsprozess der Nachkriegszeit in Griechenland. Dieses Verlassen des Lebensraums *Dorf* repräsentiert zugleich den Schritt des Wandlungsbeginns von der Agrar- zur (modernen) verstädterten Gesellschaft. Inwieweit und auf welche Weise in der peripheren (griechischen) Gesellschaft damit ein Modernisierungsprozess verbunden ist, wird später resümiert. Auf der anderen Seite wurde die Tochter Amélia in diese verstädterte Gesellschaft hineingeboren und für sie gelten andere Selbstverständlichkeiten. Viele von den *Errungenschaften* der Vorgängergeneration (eine Art Pioniere), selbst ihrer Familie und ihrer Mutter hat sie vorgefunden und nimmt sie so hin.

Diese recht unterschiedlichen Ursprünge der beiden Frauen konterkarieren auch den großen zivilisatorischen Sprung der Gesellschaft eines

peripheren Staates. Sie beide haben unterschiedliche gesellschaftliche Bedingungen vorgefunden und jede hat darin eine individuelle Denkweise entfalten können. Aus den jeweiligen Erlebnissen und Erfahrungen entwickelten sich auch unterschiedliche Wahrnehmungen und Ansichten übers Leben sowie über die Lebens- und sogar Wohnweise. Dennoch gibt es viele Gemeinsamkeiten und gegenseitigen Einfluss. Sie können in kriselnden Momenten, wenn auf offene und moderne Weise genutzt, starre Traditionen und den hinderlichen Zeitgeist aufwirbeln. Die Gegenwartskrise und der angedeutete radikale Veränderungsdruck auf Gegebenheiten und Selbstverständlichkeiten birgt hier die Chance für einen bodenständigen Neubeginn, wie ihn Aretí einige Male mitgemacht hat; mit mehr Kontinuität und Nachdenklichkeit über alte und neue Werte und Stile. Die beiden Frauen reagieren auch unterschiedlich auf die Erfordernisse der Zeiten. Ein anderes Gemüt, andere Überlegungen und angeblich – wenn es dazu kommt – auch andere Strategien. Auf der einen eine Frau Mitte 50, die zwar keinen Krieg miterlebt hat, wohl aber Armut, Mittellosigkeit und widrige Lebensumstände, die sie und ihren Mann zur Abwanderung veranlasst haben, um einen Neubeginn in der Großstadt zu wagen. Hier haben sie Erfolge, aber auch Misserfolge erlebt. Auf der anderen Seite eine Frau Mitte 20 die in einer begüterten, sei es materiell (Wohnung, Auto), aber auch immateriell (Chancen auf Studium, soziale Mobilität usw.), modernen Gesellschaft aufwuchs. Sie erlebt gerade, wie die momentane Krise und Auflösung der politischen und ökonomischen Ordnung ihre Chancen minimiert. Die um sich greifende Reduktion an Erwerbschancen, obendrein die Marginalisierung der Einkommensverhältnisse und Drosselung der sozioökonomischen Mobilität treffen auch sie hart. Letzten Endes existiert die Krise nicht erst seit kurzem, sondern ist generationsübergreifend, und trifft alle gleichermaßen, aber am härtesten die weniger Bemittelten, den dadurch fortwährend Handlungsoptionen und Chancen verwehrt werden.

Landflucht, Familiengründung, Aufbau, Abstieg, Resignation?

Die Wohngeschichte meiner Gesprächspartner von der Ankunft in Athen bis zum Einzug in das halbfertige Haus in Oreólofos repräsentiert eine Randwanderungsgeschichte durch die Jahrzehnte innerhalb des Attischen Beckens. Die Ankunft in Brachámi, die erste Wohnung bei Fáliro bis zum *aufgedrängten* Umzug in die Innenstadt, der 15-jährige Aufenthalt dort und der stetig gewachsener Wunsch nach eigenen vier Wänden, der spätestens nach der Geburt des ersten Kindes zur Besessenheit wurde, bis hin zum Bau eines Eigenheims. Aretí legte besonders

viel Wert auf gute Lebens- und Wohnbedingungen und war die treibende Kraft für die Verbesserung der Wohnverhältnisse. Dazu gehörten eine intakte Umgebung und gute hygienische Bedingungen. Sie war auch diejenige, die die Initiative für das *Exochikó* in Dílesi ergriff, um die negativen Auswirkungen des innerstädtischen Wohnens zu minimieren. Allmählich reifte die Idee des Baus auf ihrem Grundstück in Oreólofos. Ihr war jeder Preis recht, auch die unrechtmäßige *Avthéreto*-Weise; letztendlich gelang es noch einmal mit finanzieller Unterstützung der eigenen Familien und des Bruders.

Mit dem Umzug zuerst in die Umgebung und später in das eigene Haus kamen neben Genugtuung und Eigenbewusstsein, auch die physische – und klimatische – Rehabilitation. Es war kein sozioökonomischer Aufstieg und unter Umständen brachte es aufgrund der Abgeschiedenheit und der fehlenden Opportunitäten sogar Nachteile mit sich. Immerhin war die Fertigstellung des eigenen Hauses dermaßen erfreulich, dass alle Familienmitglieder darin einen Triumph sahen, auf den sie heute noch stolz sind.

Zum wiederholten Mal wird der Bau eines *Avthérero*, nur in einer anderen Variante, thematisiert. Nur kommen neue Aspekte hinzu, andere Motive und Praktiken der lebensweltlich regulierten Wohnungsproduktion scheinen auf. Anders als im vorangegangenen Fall überwiegen in Aretís Fall vor allem finanzielle Argumente für diese Entscheidung. Ihr seit den 1960er-Jahren gehörendes Grundstück blieb jahrzehntelang ungenutzt. Auch in ihrem Fall werden bekannte und durchaus plausible Gründe vorgeschoben: die Sorge um die Lebens- und Wohnverhältnisse der Kinder. Sie wohnten im Athener innenstädtischen Bezirk Ágios Panteleímonas, einem der Orte, die ernstlich von Verkehrsbelastung und Luftverschmutzung betroffen waren. Diese Raumökologie stand in Verbindung mit niedrigen Mieten und einem städtebaulichen Umfeld, das prädestiniert war später immer mehr den Migrantenzuzug zu tragen.

Aretí und ihre Schwester bekamen als Mitgift jeweils ein Grundstück in Oreólofos. Ihr Vater hatte in den 1960er-Jahren als Gastarbeiter in Deutschland etwas Geld verdient, wovon er ein Stück Boden, in einem damals von Athen weit entfernten Ort im Nordosten kaufte. Bodenbesitz war seit eh und je eine verbreitete Investitionsform, vererbt von den Eltern an ihre Kinder, um denen eine bodenfeste Starthilfe zu geben. Die beiden erworbenen Grundstücke lagen nicht mal in der Nähe vom damals rudimentären Siedlungskern Oreólofos', sodass sich auf eine Fahrlässigkeit oder Fehlinvestition des Vaters schließen lässt, auch wenn der Kaufpreis aus diesem Grund besonders erschwinglich war. Zweifellos

handelte es sich um ein Spekulationsobjekt, eventuell sogar um einen schlichten Reinfluss, wenn man den Blick auf den Plan oder die lokalen topographischen Karten richtet. Die Lage des Grundstücks in einem Bachstaubereich ist sofort und eindeutig erkennbar. Die statischen Probleme und die explodierenden Baukosten waren demzufolge keine Überraschung. Nicht integrierte Lage und schlechte Erschließung waren die Hauptgründe für die jahrzehntelange Vernachlässigung dieses Grundstückes; für Aretis Schwester ist es immer noch so.

Trotz finanzieller Schwierigkeiten hat es für Aretí und ihren Mann dennoch nicht an Land gefehlt. Während der ertragreichen Zeit haben sie wiederholt ihr Finanzkapital in Boden investiert. So besitzen sie heute angrenzende Grundstücke in Oreólofos, das Grundstück und *Exochikó* in Dílesi, ein größeres Grundstück in Stamáta sowie Teile des Elternhauses in Epirus. In ihren Überlegungen gewährleisteten Grund und Boden Absicherung und Eigenständigkeit: „Niemand kann dich von einem Stück Land vertreiben, das dir gehört“. Der Erwerb von in der Regel unerschlossenem Land ist zwar eine konservative, dennoch sichere Investition; zudem mit Spekulationen verbunden. Vor einigen Jahrzehnten lagen agrarisch geprägte Orte wie Dílesi oder Stamáta weit entfernt vom großstädtischen Geschehen, inzwischen sind sie besser erschlossen, schneller erreichbar und haben ihren Wert um einiges vervielfacht. Diese Investitionsform war einträglich. Würde man die Grundstücke veräußern, was nicht der Fall ist, brächte das erheblichen Gewinn. Sie dienen allerdings lediglich der Deckung eigener Bedürfnisse bzw. als Reserve und haben vorerst keinen Nutzwert.

Mit der Bebauung des Grundstücks in Oreólofos wurde jedoch vorerst ein Mehrwert erzeugt, auch wenn aufgrund der beschriebenen Probleme nicht die optimale Wertmaximierung eintrat. Eines Tages werden Aretís Kinder die Frucht dieser Ertragsjahre ernten und wenigstens abgesichert sein und die Gelegenheit haben, auf eigenem Grund und Boden unabhängig eigene Lebens- und Wohnstrategien zu entwickeln. Die Überlegungen und Handlungen von Aretí und ihrem Mann haben dies wohl berücksichtigt. Und wenn sie momentan nicht mehr in der Lage zu sein scheinen, ihren Kindern noch mehr zu bieten, den festen Boden haben sie bereits. Der wird für den Start ins Erwachsenenleben dienlich sein und kann perspektivisch sogar mit einem höheren Wert veräußert werden, also Gewinn abwerfen – vielleicht durch den Immobilienpreisverfall geschmälert, dennoch um ein Vielfaches des ersten Kaufpreises. Sollte Oreólofos’ »Plan« bewilligt werden, dann wird mit einer entsprechenden Steigerung der Immobilienwerte zu rechnen sein.

Die anhaltende ökonomische Krise und die hohe Arbeitslosigkeit, die in Amélias Altersgruppe jede zweite Person trifft, zeigen Auswirkungen auf das Leben, Arbeiten und Wohnen kommender Generationen. Ihre Generation wuchs vor dem Ausbruch der Krise, in den „fetten Jahren“, in einer anderen Realität auf. Auch ihre Eltern hatten nicht damit gerechnet, dass die Lebensgrundlage und ökonomische Verhältnisse eine rückläufige Entwicklung erfahren würden. Nun werden sie und ihre Nachkommen mit den strukturellen Problemen der peripheren Gesellschaft konfrontiert, in der ein Existenzaufbau oder der Einstieg in das Erwerbsleben verhindert oder auf nicht absehbare Zeit aufgeschoben werden. Amélias Generation hat zwar die bis dato besten Qualifikationschancen, aber derzeitig bedeutet dies keinesfalls den Einstieg in eine Erwerbstätigkeit und finanzielle Eigenständigkeit. Anders als die vorangegangenen Generationen – darunter ihre Eltern – entsteht hierdurch (zunächst) eine breite Perspektiv- und Ratlosigkeit. Amélia weiß nicht, wie damit umzugehen ist. Das absolvierte Management-Studium schränkt zusätzlich ihren beruflichen Horizont und ihre Bereitschaft für die Aufnahme einer anderen Tätigkeit ein und hindert ihren Mut zur Nutzung neuer Chancen. So wie in den Aufbaujahren ihre Eltern – wohl mit Unterstützung von deren Eltern, z. B. durch den Verkauf von Agrarland im alten Dorf oder durch Arbeit im Ausland – ein Geschäft übernahmen und generell mehr Risiken eingegangen sind, um eine Existenz zu gründen und schrittweise eine Verbesserung des Lebensstandards zu erfahren. Sogenannten Wohlstandskindern fehlen – zumindest bisher – derartige Erfahrungen und sie sind vermutlich schlechter darauf vorbereitet. Die Perspektiven für Amélia und für ihre Geschwister sehen auch für die nächsten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte eher trüb aus, wobei aufgrund der neoliberal inspirierten Rezepte des aufgezwungenen Sparregimes die Mehrzahl der jungen Berufseinsteiger lange Zeit mit außerordentlichen Benachteiligungen und sich verschlechternden Lohn- und Tarifbedingungen zu kämpfen haben wird. Gleich ob im öffentlichen oder privaten Sektor werden die allermeisten neuen Beschäftigungsverhältnisse kaum den Aufbau einer sicheren Lebensexistenz ermöglichen. Davon ist auch das Wohnen betroffen, das an vergangenen Zustände erinnert, als das langjährige Wohnen im Elternhaus üblich war. Bereits jetzt (Stand 2010) ist das Wohnen im Elternhaus wieder ein häufig auftretendes Phänomen in Oreólofos;¹⁹¹ erfährt in der griechischen Gesellschaft eine Wiederbelebung. Diese soziale Form des Wohnens in der postindustriellen Peripherie bzw. in der spärlich mit ökonomischem Kapital ausgestatteten Gesellschaft verdient generell eine differenzierte Betrachtung, da sie oft falsch interpretiert wurde.

Wie in manch anderer Hinsicht ist von einer verstädterten Gesellschaft auszugehen, die nur bedingt nach derselben Logik der Verstädterung in den ökonomischen Zentren und in den westlichen Gesellschaften funktioniert. Sicherlich spielen hierbei die Familienbande eine wichtige Rolle; das erklärt jedoch nur ansatzweise das Phänomen des auffällig langen Wohnens im Elternhaus. Vielmehr trugen neben den tradierten Denkweisen und Normen die chronisch begrenzte Kapitalausstattung und prekäre Erwerbsmöglichkeiten zur Persistenz bei. Der Auszug aus dem Elternhaus erst nach Heirat sowie eine generelle Wohnimmobilität, in der Wohnwechsel mit Lebensphasenwechsel verbunden waren (stark vereinfacht: von Geburts- und Elternhaus zum Eigen- und Sterbehaus), sind sicherlich weit verbreitet, allerdings die finanzielle Ausstattung stellten für Eltern wie für Kinder Hindernisse, wenn nicht sogar Denkverbote dar. Dies hatte auch mit der Wohnungsknappheit und der Tatsache zu tun, dass Kinder mehr auf die Familie, insbesondere die Eltern angewiesen waren. Die Loslösung und Unabhängigkeit Amélias von ihren Eltern hat also in erster Linie mit ökonomischen und weniger mit soziokulturellen Motiven zu tun. Anscheinend, heute mehr denn je, sind die ökonomischen Prämissen für dieses Verhalten wieder ausschlaggebend, zumal Amélia sich durchaus vorstellen kann, eben in Agía Paraskeví oder in Glifáda zu wohnen. Gerade in Orten wie Oreólofos, in denen Erwerbschancen und Einkommensverhältnisse für junge Menschen fast gleich Null sind. Das Fehlen von staatlichen Leistungen (wie Bafög, Wohngeld) schränkt die Strategien zusätzlich ein. Inzwischen treten vergleichbare Phänomene des verzögerten Auszugs aus dem Elternhaus in immer mehr Mittelschicht Haushalten im ökonomischen Kernraum auf (DIE ZEIT vom 06.05.2009). Die Zunahme der Abhängigkeit der jüngeren Generationen von ihren Eltern nimmt sowohl in zentralen als auch peripheren Gesellschaften auffällig zu. Während die Generationen der Wachstumsjahre von der ökonomischen Entwicklung profitierten und (Boden-)Kapital akkumulierten bzw. generell vom wachsenden Wohlfahrtsstaat (z. B. Anstieg des Lohn- und Rentenniveaus, sichere Arbeitsplätze u. a.) profitierten, müssen nachkommende Generationen nun Kürzungen und Einbußen hinnehmen. Dies spiegelt sich nicht zuletzt im Wohnverhalten und in den sozialen Formen des Wohnens wider.

Lage und fehlende Interaktionen

Auffallend in Bezug auf das Zusammenleben in Wohnorten wie Oreólofos ist die mangelnde Wohndichte aufgrund der Unvollständigkeit des Ortes. Von den 4.537 Grundstücken sind nur ca. 10% bebaut. Insgesamt

sind etwa 947 Wohnungen registriert (ELSTAT, 2008), davon 90% als illegale Bauten oder außerhalb des »Plans«. So stellt sich die berechnete Frage, auf welche Weise hier soziale oder Nachbarschaftsbeziehungen überhaupt möglich sind. Aretís eingeschossiges Einfamilienhaus liegt weit abseits (1-1,3 km) vom Siedlungskern entfernt und seit ihrem Einzug kamen, abgesehen von zwei oder drei Häusern in derselben Straße, keine Nachbarn hinzu. Die nächsten beiden Häuser liegen etwa 50 m bzw. 90 m entfernt. Nur seitlich gegenüber liegen die im »Plan« integrierten Häuser einer Wohnsiedlung der Nachbargemeinde näher zusammen. Sie sind jedoch nicht nur räumlich, sondern auch sozioökonomisch abgewandt: Dort sind es in der Regel Villen (teilweise mit Swimmingpools) oder gehobene Hausbauten. Außerdem tragen die während der Bauzeit erstatteten Anzeigen und Denunziationen von dortigen Nachbarn nicht gerade zu guten Voraussetzungen für Nachbarschaft oder Gemeinsinn bei. Auch die Gewissheit, dass die allerwenigsten „Nachbarn“ daran beteiligt waren, kann die Erfahrung der Anzeige durch den *Nachbar* und die Strafe, sei es Geld oder noch extremer Abriss, erzeugt ein abnormes Nachbarschaftsklima und schmälert die Grundvoraussetzungen für einträchtiges Zusammenleben. Der Mangel an Vertrauen und der um sich greifende Generalverdacht eines *Jeder-gegen-Jeden* sind keine Interpretationssache, sondern kamen wiederholt und unmissverständlich zur Sprache.

Andererseits gab es unter den Bewohnern von Oreólofos eine Form von Solidarität und Empathie. Die jahrzehntelang anstehende Legalisierung und Integration der Siedlung in den »Plan« wurde zu einem verbindenden Element der lokalen Gesellschaft. Die gemeinsame Sache generierte Gespräche und wirkte sich positiv auf die Entstehung von sozialen Kontakten aus. Aretís Ehemann befasste sich intensiv damit und verfügt seitdem über enge soziale Kontakte in Oreólofos, anders als der Rest der Familie, der aufgrund der besonderen topografischen Bedingungen und der *entbetteten* (siehe *disembeddedness*) unmittelbaren Nachbarn gewissermaßen sozial distanziert lebt. Zudem verursachte die marginalisierte Lage teilweise eine In-sich-Zurückgezogenheit und Isolation. Der Eindruck, dass die Menschen weder Zeit noch Interesse an Nachbarschafts- oder überhaupt sozialen Beziehungen und Kontakten haben, scheint allgemein verbreitet zu sein. Ähnliche Isolationsphänomene wurden auch in anderen Interviews thematisiert. Die fehlende Öffnung nach Innen und die bisher schwach ausgeprägte lokale Gesellschaft hängen demzufolge mit mehreren Faktoren zusammen. Die Ortsbiografie von ihrer Entstehung bis zur heutigen brüchigen Entwicklung erweist sich

als heikel und erschwert die Bildung einer Straßen-, Orts- oder Siedlungsgemeinschaft.

Dem wohnt ein Paradoxon inne: Ein beträchtlicher Teil der lokalen Bewohnerschaft sehnt sich nach kleinstädtischen/dörflichen Strukturen. Es mag sein, dass die meisten Bewohnerinnen und Bewohner keine konkreten Vorstellungen davon haben und sich unter »kleinstädtisch« lediglich einen physisch-geografischen Ort vorstellen oder einen idealisierten Ort, der nur bedingt – oder sekundär – mit den wahren alten dörflichen Strukturen zu tun hat, hier vor allem die Sozialschichtung und andere Zwänge. Noch krasser ist, dass niemand sich *schlechte* bzw. gemeinschaftsunfähige Nachbarn wünscht, aber selbst nichts zur Entstehung und Pflege von Alltagsbeziehung zu Nachbarn beiträgt; teilweise bestehen nicht mal formelle Beziehungen. Aretí merkt an sich selbst, nicht nur dass sie die Beziehungen oder quasi-primäre Kontakte zu Nachbarn und zu lokalen Bewohner vernachlässigt, sondern seit einiger Zeit sogar meidet. Sie ist davon überzeugt, dass soziale Beziehungen mehr und mehr unerwünscht sind. Die meisten haben immer weniger Zeit und das hiesige Wohnhaus in einer ruhigen, grünen Umgebung dient lediglich als Basis und Rückzugsort. Andere Menschen scheinen eher ein Störfaktor zu sein. Wobei Aretí, ihren Erfahrungen nach, Unterschiede unter den Generationen und Sozialisationen erkennt. So stehen die älteren Neubewohner Oreólofos, die früher in innenstädtischen Gebieten gewohnt haben und davor in der Provinz sozialisiert wurden, in der Regel quasi-primären sozialen Beziehungen offener gegenüber als jüngere, die in der Großstadt (Athen) geboren, dort sozialisiert wurden und letztlich an Anonymität gewöhnt sind. Dazu kommt, dass jüngere Menschen sich *Zwängen* entziehen wollen und kein Bedarf an lokalen Kontakten haben.

Zudem erkennt sie auch, dass das beschriebene Phänomen schwer zu beurteilen ist, da die niedrige Wohndichte das soziale Potenzial extrem verringert. Ob die zukünftige Besiedlung eine Veränderung bewirken wird, bleibt offen. Momentan scheint Oreólofos weniger zur Ausprägung des Sinns nach kleinräumlichem Zusammenleben beizutragen. Das lässt sich leicht auf die verstreute, zersiedelte Struktur und Unvollständigkeit zurückführen. Es gibt jedoch auch Beispiele, wie in der Nachbargemeinde, die zeigen, dass es auch in vergleichsweise fertiggestellten und verdichteten Siedlungen nur bedingt zu Nachbarschaftsbeziehungen kommt, geschweige denn zu Formen einer mit ausgeprägtem lokalem Gemeinsinn organisierten Bürgerschaft. Das mag daran liegen, dass die dortigen Neusiedler nie nach soziale Beziehungen strebten (VALAVANI, 2010). Aretí hat eine sehr einfache, aber durchaus plausible Ver-

bindung zwischen Grundstücksgröße und Abschirmungsgrad parat: Je größer das Grundstück, das Haus und der Garten, desto geringer die Integrationsbereitschaft in Nachbarschaft und Gemeinde. Im benachbarten Villenviertel mit den großen Grundstücken machte es keinen Unterschied, ob das automatische Tor aufgeht und ein Wagen raus- und einfährt. Nur im übersichtlichen und zwitterhaften Oreólofos mit den selbstgebauten, temporären oder halbfertigen Häusern auf der einen und den Maisonette-, Villen- und rechtmäßig errichteten Häusern auf der anderen Seite, sind die Kontraste der parallelen und differierenden Wirklichkeit Teil des Alltags.

Unangetastet von der Entwicklung nachbarschaftlicher Beziehungen oder lokaler Gemeinschaften bleibt im Falle Aretís die Konstante Familie. Neben der Kleinfamilie, die nun räumlich in Oreólofos sozial isoliert lebt, gibt es noch die Eltern und die Geschwister bzw. nahe Verwandtschaft. Da der Staat für sie keine finanzielle Unterstützung (Wohngeld, Wohnkredite etc.) bereithält, mussten ihre Geschwister einspringen, wobei es nicht nur bei der finanziellen Unterstützung durch die Familie aufhört, sondern darüber hinausgeht und den gesamten Entscheidungsfindungsprozess einschließt; eine Kompensation sozusagen. Das fehlende Vertrauen in den Staat oder Markt wird oft von jenem in Familienmitglieder, auch Freunden und Nachbarn ausgeglichen. Die Antipoden zu solchen starken Banden könnten wiederum Abschirmung und Distanz gegenüber den Außenstehenden sein.

Die Land-Stadt-Wanderung und die Verstädterung der Gesellschaft, die Formalisierung und Kommerzialisierung der Lebensweise haben die Dominanz solcher Familienstrukturen kaum verändert. Nicht selten wurden die Bindungen sogar gestärkt. Die in jüngster Vergangenheit eingetretene Relativierung der ausschließlichen Rolle der Familie und die konstatierenden Auflösungsprozesse, beflügelt von der kreditgestützten Prosperität und der gestiegenen sozioökonomischen Mobilität, aber auch von der ansteigenden Individualisierung, betraf aus einigen der bereits genannten Gründen Aretís Familie kaum.

Das Nacheifern der fordistischen Ökonomie und Staatspolitik mit dem implementierten Kernfamilienmodell und seinen geregelten Geschlechterrollen wirkten nachhaltig auf die Loslösung von traditionellen großfamiliären Strukturen. Mit der staatlichen Intervention und dem Aufbau von Sozialleistungssystemen begannen tradierte Abhängigkeiten (Kinder von Eltern, Frau vom Mann usw.) durchlässig zu werden. Nun scheint die Krise diesem Befreiungsschlag ein Ende zu setzen. Hierdurch drängen Fragen, wie über die Wirkung des liberalisierenden Sparregimes in

einer kriselnden Ökonomie und dem erklärten Ziel des Abbaus des Wohlfahrtsstaates auf. Die Frage, inwieweit damit eine Rückbesinnung auf informelle Netze (Gemeinschaft, Nachbarschaft oder Familie) einhergeht, ist nicht minder wichtig. Diesbezüglich meint Aretí in ihrem Umfeld das Gegenteil zu vernehmen. Die Prozesse der letzten Jahrzehnte führten zu einem Wertewandel, in dem die Individuen „verschlossener“ und „abweisender“ wurden. Sobald sie sich aus informellen Netzen herausgelöst haben, wird es schwieriger, sich wieder in den alten Zustand zurückzubewegen. Eine solche Feststellung resultiert jedoch aus der eigenen Situation. Ihre Notlage hat zu einer vorsichtigeren, selektiven und weniger kompromissbereiten Auswahl von Kontakten und Beziehungen geführt. Viel von der früher natürlichen Spontanität und Gelassenheit ist abhanden gekommen. Eine Veränderung in der nahen Zukunft ist momentan nicht absehbar.

Fragmentarische Metropolregion- und Innenstadt-Bindungen

Die Großstadt-Luft bot sicherlich einmalige Voraussetzungen für die Befreiung Aretís nicht nur aus der Armut, sondern auch aus tradierten dörflichen Denkweisen, darunter das Frauenbild und die Geschlechterrolle. Aretí kam in einer Zeit nach Athen als sich hier gute Perspektiven boten. In den Aufbaudekaden der 1970er-/1980er-Jahren erarbeitete sie sich mit ihrem Mann eine bessere Zukunft und einen für sich und später für ihre Kinder höheren Lebensstandard. Die Kinder wurden dadurch materiell und immateriell in eine vollständig andere Situation hineingeboren. Sie sind in einer komplett anderen Stadt mit anderen Selbstverständlichkeiten aufgewachsen. In dieser verstädterten Gesellschaft entwickelten sie eine andere Mentalität.

Aretís Lebensweg beginnt im Dorfleben und verlief über mehreren Stationen, worunter die Zeit in der Innenstadt am längsten und am prägendsten war, bis sie Oreólofos erreichte. Auf der anderen Seite ihre Tochter Amélia; In das harsche Umfeld der Innenstadt hineingeboren, wandert sie relativ früh schon an den Stadtrand, in die Abgeschiedenheit, in der äußerlich dörflich-idyllische Strukturen walten. Das eigentliche Dorfleben kennt sie kaum, hauptsächlich aus Geschichten von Verwandten oder dem Besuch des Herkunftsdorfes ihrer Eltern. Sie hat jedoch nur ein verzerrtes, eher malerisches und romantisierendes Bild bekommen, das mit der vormaligen Realität und den widrigen Bedingungen wenig zu tun hat, was sie nicht daran hindert, sich mit dem Herkunftsort ihrer Eltern zu identifizieren.

Das ist ein Normalfall bei den zugewanderten Athenern, aber auch die jüngeren Generationen und ihre in Athen geborenen Kinder sehen es allzu oft so. Amélia und ihre Generation erleben heute die früher verlassenen Dörfer und teilweise heruntergekommenen Häuser aufgeputzt und saniert. Das Haus der Großeltern hat inzwischen einen fast musealen Charakter und dient als »Neben-Nebenwohnsitz«, da Amélia hier gern einige Tage oder Wochen verbringt, im Glauben, die Vorzüge des Landlebens zu kennen. Das modernisierte Vorahnenhaus in einem inzwischen touristisch attraktiven *Dorf* liefert jedoch ein entfremdetes Abbild des früher abgelegenen, verarmten und existenzgefährdenden Bergdorfes. Interessant wird es, beim Kontrastieren zwischen idealisiertem Dorf und „wildem“ Großstadtleben. Zwei komplett andere Lebensumgebungen, mit eigenen Regeln, Möglichkeiten, Vorteilen und Nachteilen, die scheinbar eines Tages sich beide zu verändern bzw. an Lebensqualität einzubüßen begannen, sodass ihre Bewohner gezwungen waren, sie zu verlassen. Der lockere und höhnische Ton Amélias offenbart Aufgeklärtheit und Tabulosigkeit beim Ansprechen problematischer Angelegenheiten des Großstadtlebens. Mit Phänomenen wie Drogen und Prostitution usw. ist sie in ihrem Kindesalltag aus nächster Nähe vertraut geworden. Solche primären Erfahrungen versetzten sie in die Lage, Lebensrealitäten zu erkennen und besser einzuschätzen. Die Ankunft am Stadtrand hatte jedoch eine folgenreiche Wirkung, die vielleicht für die Verhältnisse in den (post-)suburbanen Räumen charakteristisch ist. Nicht allein verloren sie und ihre Geschwister die Möglichkeit der direkten Auseinandersetzung mit Gesellschaft und alltäglichen Problemen. Sie wurden zudem gezwungen nur über die Massenmedien informiert zu werden und fühlen sich – wie Amélia andeutet – desinformiert. Für beide Frauen wird dadurch die Innenstadt erst richtig zum „fremden Land“, und – wie einschlägige Medienberichte behaupten – besetzt von Migranten oder „Intellektuellen“. Die Innenstadt „entfernt“ sich immer mehr: Entweder haben sie Angst und versuchen sie großräumig zu umgehen oder sie besuchen sie fragmentarisch auf, d. h. nur jene Bereiche, die von Gefahren frei oder unter Kontrolle sind.

Unterdessen ist auch im neuen Wohnort vieles nicht besser, allem voran auf die sozialen Beziehungen bezogen. Während Aretí allgemein, aber auch bei sich eine starke Tendenz zu Abschirmung und Verslossenheit wahrnimmt, ist Amélia um ein unbekümmertes Leben bemüht, das hauptsächlich außerhalb Oreólofos stattfindet. Generell scheint sie keine Ansprüche auf den derzeitigen Wohnort hinsichtlich seines sozialen Potenzials zu stellen. Nach eigenen Aussagen ist Aretí mehr lokal orientiert, während Amélia in der gesamten Metropolregion und darüber

hinaus lebt, da zu ihren Aktivitäten neben dem Studium bzw. Jobben auch fahraufwendige Freizeitaktivitäten, darunter Shoppen, Flanieren, Ausgehen oder ans Meer fahren, gehören. Sie legt Wert auf einen aktiven und mobilen Lebensstil. Ihre gewünschte Lebensweise gleicht jener in Lifestyle-Magazinen oder -sendungen präsentierten und infiltrierte Lebens- und Konsummuster. Die neuartige, global homogenisierende Kultur wird in den uniformen künstlichen Lebens- und Konsumwelten kolossaler Einrichtungen, aber auch sanierte Altstadtviertel reproduziert. Verhalten und Images sind mit bestimmten Wegführungen, in der Athener Metropolregion verbunden. Selbstverständlich und gutgläubig führt Amélia Establishments und Viertel vor (die »Mall of Athens«, das innenstädtische Hypeviertel Psirrí, Glifádas Bars oder Kifissíás Geschäfte) und bezeugt ihre Teilnahme an coolen und exklusiven Orten. Ihre Mutter reagiert darauf eher kopfschüttelnd und kritisch, allerdings nicht dogmatisch und weist nur auf den Schaden hin, den solche gigantischen Strukturen für kleinere lokale Geschäfte haben.

Sowohl für Aretí, aber mehr noch für Amélia, befinden sich die Freundes- oder Bekanntenkreise außerhalb Oreólofos. Sie sind also großflächig über die gesamte Metropolregion verstreut, was gerade aufgrund der heutigen Verhältnisse nach der Neumischung (siehe Mobilität, Randwanderung, Zersiedelung) auf metropolitaner Ebene normal zu sein scheint. Gerade Neubaugebiete, vor allem unstrukturierte, teilentwickelte und infrastrukturarmer machen lokale Kontakte und Kommunikationen schwerer.

Oreólofos ist seit einigen Jahren, wenn nicht sogar Jahrzehnten am Entstehen. Im Ort konnte sich bisher kein Eigenleben entwickeln. Neben allen vorgenannten Gründen kommen die neuen Technologien dazu, die ortslose Kommunikationen generieren. Auch wenn sie in Griechenland – im Vergleich zu anderen westlichen und südeuropäischen Ländern – weniger weit verbreitet sind, nehmen sie dennoch stückweise einen immer größeren Teil der Alltagspraxis ein. Dadurch werden Kontakte in andere Stadt-, Landes- und Weltteile ermöglicht, wobei der dafür nötige Zeitaufwand auch als Loslösung von den realen Lebens- und Wohnorten gesehen wird, die zusätzlich zur Abnahme lokaler Bindungen führen.

Wohnorte mit Attraktivitätsdefiziten oder mangelnden sozialen Potenzialen profitieren immerhin von der Attraktivität der Gesamtmetropole und ihrer Teilräume (Innenstadt bzw. Teilzentren). Zwar lehnt Amélia die Innenstadt als Wohnort komplett ab; das bedeutet jedoch nicht, dass für sie ein Wegziehen aus Oreólofos ausgeschlossen ist. Die vorgebrachte Argumentation, für den Fall einer neuen Erwerbstätigkeit in einem an-

deren Ort zu leben, sich wahrscheinlich für einen Wohnortwechsel zu entscheiden, deutet auf eine Erwägung oder sogar einen Wunsch hin. In der herkömmlichen Vorstellung der Innenstadt als potenzieller Erwerbsstandort hält sie ein innenstadtnahes Wohnen für vorstellbar. Auch der räumlichen Nähe zu Freundschaften und Freizeitmöglichkeiten misst sie eine entscheidende Rolle für die Wohnstandortwahl bei. Wenn sie die Wahl hätte, dann kämen in erster Linie Standorte in der heutigen Umgebung in Frage, die eine gute Erreichbarkeit bieten. Großen Gefallen findet sie an der benachbarten Gemeinde mit ihrer „durchdachten“ und vollständigen Infrastruktur, „kaum *Polikatikies*“ und einer guten Verkehrsanbindung (z. B. an das U-Bahnnetz). Dass explizit die gute Erreichbarkeit betont wird, hat sicherlich auch mit Amélias großer Autoaffinität zu tun. Ihre Fortbewegung mit dem Pkw verstärkt ihr fragmentiertes Metropolenbild, ausgedrückt durch die Verortung der Funktionssorte und Spots anhand von Autofahrminuten.¹⁹² Dem Anschein nach erhofft sie sich von einem besser angeschlossenen Wohnort weniger auf den Pkw angewiesen zu sein. Hauptargumente hierfür sind in erster Linie die Verkehrsmüdigkeit und der Verkehrsstress, wobei sie die gestiegenen Kosten aufgrund der wiederholten Erhöhung der Mineralölsteuer verschweigt, die ihr in Verbindung mit dem geringen Einkommen und den düsteren Berufsperspektiven einen Großteil ihrer Freizügigkeit stehlen.

III. *Zwischen Hölle und Paradies*

Aléxis (Jg. 1953) ist in kleinem Dorf im Pindos-Gebirge in Zentralgriechenland geboren. Die Lebensbedingungen im verarmten und vom Bürgerkrieg erfassten Dorf waren sehr widrig. Nicht selten war das Dorf in den Wintermonaten von der übrigen Umgebung abgeschnitten. Für Aléxis und die anderen Kinder, die in die Schule der benachbarten Kleinstadt mussten, war die bei Schnee fast unmöglich. Nach der neunten Klasse sind er und seine Cousins ausgewandert, „zu einem Onkel“ in Athen. „In einem Internat“ fingen sie eine Lehre an, verließen es allerdings nach kurzer Zeit und begannen zu arbeiten. Nebenbei setzte Aléxis seine Ausbildung an einer Technischen Oberschule fort und qualifizierte sich als Flugzeugmechaniker. So kam er Anfang der 1970er-Jahre für seinen Militärdienst in die Luftstreitkräfte. Dort blieb er auch nach dessen Beendigung beschäftigt. Zu dieser Zeit war die Gründung der zivilen Gesellschaft vorgesehen und er erkannte die Chance für einen Karrierebeginn. Trotz „besserer Qualifikation [...] und Berufserfah-

„rung“, aber mangels „richtiger Verbindungen“, wurde ihm jedoch diese Chance verwehrt. Enttäuscht von den Umständen wanderte er nach Saudi-Arabien aus und begann in der Vertriebsabteilung eines dort tätigen griechischen Unternehmens zu arbeiten. Dort lernte er auch seine Frau kennen. Da beide „sehr gut verdient“ und Geld gespart hatten, entschieden sie sich Ende der 1970er-Jahre nach Athen zurückzukehren.

Nach einer Empfehlung seines ehemaligen Direktors für eine preisgünstige Immobilie in der näheren Umgebung kam er zum ersten Mal nach Oreólofos. Vom ersten Moment an beeindruckt von der Lage zögerten sie nicht für ein 300 qm großes Grundstück 500.000 Drachmen zu zahlen, was „für damalige Verhältnisse teuer“ war (1980 waren es ungefähr 17.000 DM, d. h. heute 8.600 Euro). Für dieselbe Summe „konnte man damals 5 ha in Spáta kaufen“. Nichts desto trotz war er von der schönen Umgebung mit „viel Grün“ und (damals) „sehr vielen Bäumen“ überzeugt. Sein Grundstück lag „wie an einem Amphitheater“ und dies erinnerte ihn stark an seinen Geburtsort. Einige Jahre zuvor wollte ein Landsmann von ihm aus dem gleichen Grund hier einziehen, traute sich jedoch aufgrund der ungeklärten Nutzungsverhältnisse nicht und baute stattdessen in der benachbarten Gemeinde. Die allermeisten angebotenen Grundstücke in Oreólofos waren außerhalb des »Plans«. Zudem galten weite Teile dieser Gegend für die Staatsbehörden als Wald- bzw. Aufforstungsgebiet. Auch Aléxis' Grundstück lag außerhalb des »Plans« und Forstbeamte rieten ihm von einem Kauf ab. Gleichwohl glaubte er jedoch seit seinem ersten Besuch an diesem Standort ausschließlich Siedlungsfläche zu erkennen und „gegenüber standen bereits andere kleine Häuser“. Vor dem Kaufentschluss beauftragte er sicherheitshalber einen Rechtsanwalt, der Sache nachzugehen. Anhand weit zurückreichender Verträge konnte dieser handfest nachweisen, dass das betreffende Grundstück keinesfalls Teil eines Waldareals sei. Mit der gleichzeitigen Ernennung Oreólofos zur Gemeinde wuchs die Hoffnung einer baldigen Anerkennung durch die Behörden. Fast neun Jahre vergingen, in dieser Zeit bekamen sie zwei Kinder, aber in dieser Angelegenheit passierte nicht viel. Inzwischen waren sie mit ihrer Wohnsituation im innenstadtnahen Kolonós sehr unzufrieden. Der früher quicklebendige „Volksbezirk“ war inzwischen völlig „betoniert“. Die Verkehrszunahme verschlechterte immens die Luftqualität und die Lärmbelastung. Während der sommerlichen Hitzeperiode wurde es am unerträglichsten und Aléxis kam sein Lebens- und Wohnort wie „ein Kamin in der Hölle“ vor. Das geschah nicht freiwillig, sondern „widerstandslos“ und „vom System zum Leben dort verdammt...“. Trotz der Tatsache, dass er und seine Familie im Besitz eines Grundstücks in einer attraktiven, erschlossenen

Umgebung waren, das teilweise über Infrastruktur, d. h. „Straßen mit Straßennamen“, eine Schule, Ärzte und sogar ein Finanzamt mit „Beamten, die Wasserrechnungen kassierten“, verfügte. So dauerte es nicht lange, bis er den Entschluss gefasst hatte, nicht länger untätig zu sein und das Schicksal seiner Familie selbst in die Hand zu nehmen, was nichts anderes hieß, als dort ein *Avthéreto*-Haus einzurichten.

Seinem Plan zur „Verwirklichung eines besseren Lebens“ stellte sich jedoch die „staatliche Beamtenriege“ in den Weg. Von Baubeginn an spürte er einen Gegenwind, der seine Entscheidung zu einem „Weg nach Golgatha“ machte. Den ersten Auseinandersetzungen mit dem Forstamt folgten mehrere Gerichtsverhandlungen durch alle Instanzen. Im allerersten Prozess konnte er ein positives Urteil erringen; als Beweis diente hier ein bis ins Jahr 1873 reichender Besitztitel. Trotz gerichtlicher Teilanerkennung wurde damit jedoch keine endgültige Lösung herbeigeführt. Anders als die meisten Mitangeklagten, die mithilfe von Aufschiebungen auf Zeitgewinn spielten, bestand Aléxis auf Einhaltung der Gerichtstermine. Seine Persistenz war überwiegend seiner Idiosynkrasie geschuldet, „wegen der Sorgen“ konnte er nicht schlafen. Seine „Beredsamkeit“, starker Durchsetzungswille und vor allem seine feste Überzeugung im Recht zu sein, zwangen ihn zum Handeln. Fortwährend versprachen Politiker und Parteien die baldige Gemeinde-Erweiterung bzw. Legalisierung der bestehenden Situation.

Die illegale Errichtung und Fertigstellung des Hauses erlaubte im Jahr 1997 die endgültige Übersiedlung nach Oreólofos. Mit diesem Wechsel wurde ein lang ersehnter Traum wahr. Nun durfte er „ein Leben in einem kleinen Paradies in Attikí“ führen. Auch dass davor zahlreiche, darunter zwei verheerende Waldbrände das meiste von der grünen Kulisse vernichtet haben, änderte nichts dran: Für ihn war diese Umgebung hier unvergleichlich gesünder als in Kolonós. Das Wohnen zu Füßen des Pentéli-Gebirges bestärkte sein Wohlbefinden, was für ihn mit Vorstellungen von „besonderen Luftströmen“ mit einer heilenden und regenerierenden Wirkung zu tun hat, angeblich auch von wissenschaftlichen Studien belegt. Unabhängig davon erlebt Aléxis alltäglich, wenn er nach den langen – oft zwölfstündigen – strapazierenden Arbeitstagen im Taxi „hier oben“ angekommen war, dass er „Last und Stress“ abwirft und sich plötzlich wohl und regeneriert fühlt.

In seiner Tätigkeit als Taxifahrer ist er alltäglich in der gesamten metropolitanen Region unterwegs. Seine Gefühle gegenüber Athen sind ambivalent. Die Innenstadt, „dieser historische“ und „reizvolle“ Ort stellt für ihn „einen höchst traurigen Ort“ dar, der zum Teil mit Absicht „unat-

Beginn einer tiefgreifenden Umstrukturierung bzw. Modernisierung des griechischen Staates und der Gesellschaft. Der Übergang von der bis dahin ländlich geprägten, traditionellen zu nun zunehmend verstädterten, modernen Lebensformen erfolgte verhältnismäßig sprunghaft. Die vorgenommene Modernisierung und der Wille zur Teilnahme an einer fordistisch geprägten Moderne waren der Beginn eines tiefgreifenden Wertewandels. Modernität wurde schlechthin mit Großstadt, städtischen Lebensformen und vor allem der Hauptstadt Athen gleichgesetzt. Darauf setzte ein massiver *Landexodus* ein. Die erste und ältere Generation, die hierher kam, war vom dörflichen Alltag und seinen Bräuchen und Traditionen geprägt. Die einzige ihnen bekannte Vergesellschaftungsform war die der Dorfgemeinschaft; sie versuchten diese auch an den neuen Lebensorten in der Großstadt beizubehalten. Auf den dörflichen Traditionen beharrten vor allem diejenigen, die aus ökonomischen Gründen notgedrungen oder politisch verfolgt ihr Dorf verlassen mussten, ohne sich eine Stadtmodernität herbeizusehnen.

Aléxis gehört zur jener ersten Generation der Landflüchtlinge, die im Zuge einer gymnasialen Ausbildung (d. h. bis zu 9. Klasse) den Ehrgeiz für technische Fortbildung entwickeln bzw. einer *Téchni* (im Sinne von handwerksmeisterlicher Tätigkeit) erlernen konnten. Zudem war Aléxis bereit, die städtische Modernität anzunehmen. Eine solche Anpassung an die Erfordernisse der städtischen Ökonomie bedeutete zugleich eine zügigere sozioökonomische Integration. Diese etwas idealtypisierende Betrachtung muss mindestens durch die Besonderheit der (partei-)politischen Strukturen Griechenlands und der damals rapid wachsenden Hauptstadt ergänzt werden. Ohne Berücksichtigung der politischen Dimension bzw. der damaligen Gegebenheiten können keine direkten und indirekten Einwirkungen auf lokale und metropolitane Entwicklungen verständlich gemacht werden.

Die berichteten Lebens- und Wohnstationen von Aléxis schließen stellenweise gleich seine eigenen Reflexionen über Verhältnisse und eigene Handlungen mit ein, wodurch einige Kommentare und Interpretationen überflüssig werden. Seine Beschreibungen, scharfen Beobachtungen der Lebenswelt und seine kompromisslose Gesprächsbereitschaft – man hört gleichsam den geselligen Taxifahrer – bieten einen direkten Zugang zu ziemlich lebensechten, menschen- und alltagsbezogenen Quellen.

Kampf gegen Bürokratie, Willkür und Banditenstrukturen

Beim Betrachten des Kontextes in Aléxis' Erzählungen zu seiner Lebens- und Wohngeschichte fällt auf, dass eine erste Ebene sich auf den Staat,

aus der Perspektive eines Bürgers, der mit seinen lebensweltlichen Handlungen etwas wie Wohnen verwirklichen will, bezieht. Zwischen Staat und Lebenswelt entsteht in diesem Fall ein prinzipieller Konflikt. In Aléxis' individuellen Erfahrungen und seiner Denkweise spiegelt sich ein Stück semiperipherer Staat mit seinen Institutionen und Zuständigkeiten Schwächen oder mit seiner Bürokratie und Willkür.

Ein erster Konfliktpunkt war sicherlich seine Ablehnung und das Karriereende bei der Zivilluftfahrt. Dies wird – nach seinen Andeutungen – auf das Mangeln an einschlägigen Beziehungen zurückgeführt. Damit werden die unkultivierte und versäumte *Axiokratie* (Leistungsprinzip) sowie der Klientelismus im politischen System attackiert. Auf der untersten Ebene besteht dieser hauptsächlich aus Versprechen und Gefälligkeiten seitens der Verwaltung oder regierender Parteipolitiker, darunter schnelle und vereinfachte Erledigung von Verwaltungstransaktionen bis Zusage von Posten im öffentlichen Sektor.

Ein zweiter Konfliktpunkt waren die Siedlungspolitik und die Handhabung in der Stadterweiterung, die sich in der Frage nach der Legitimität von Aléxis' Grundstück gezeigt hat. Die Undeutlichkeit, Rigorosität und Lässigkeit von staatlicher Regulierung liefert am Ende eine passable Rechtfertigung für das eigene, ggf. illegale Handeln. Er relativiert, dass sein Grundstück Teil eines Wald- bzw. Aufforstungsgebiets ist und zieht vor, die hier vorgefundene, mit eigenen Augen gesehene Situation zu berücksichtigen. Nicht zuletzt wird man dadurch zur Geisel eines präzisionsfunktionierenden Apparates und Regulationssystems. In ihnen bilden nicht die erklärten Absichten oder die verabschiedeten Gesetze die Regel, sondern die inoffiziellen, ausgeklügelten partei- und wahlpolitischen Praktiken, ganz egal wie groß die Wirkung ist – auch in der Boden- und Siedlungspolitik. Lässige oder korrupte, radikal gesetzestreue und dogmatische Behörden, widersprüchliche Gesetze sowie auf eigene Interessen orientierte, aber durchaus auch einfühlsame Politiker und Beamte prägen die Regulationslandschaft. Wahlen und Wahlperioden bilden oft die Zeitmarke für gesellschaftspolitische oder raumplanerische Bestimmungen (Legalisierung, Zugeständnisse usw.). Das Jahr 1989, ein besonders wichtiges Wahljahr, war ein weiteres entscheidendes Jahr für Oreólofos und Aléxis. Vor diesem Hintergrund nahm der Druck auf und von allen Seiten zu, allen voran der Bürger/Siedler/Wähler auf Parteifunktionäre/Abgeordneten bzw. Kandidaten, die dem Wahlvolk Versprechungen machten. Das Tauschgeschäft war klar. Erstere beabsichtigten die Erledigung ihrer Hausbau-Angelegenheiten, Letztere ihre Wiederwahl. Zwar wird das Klientelsystem von allen Seiten kritisiert, ein

recht großer Teil der Bevölkerung profitiert jedoch davon oder bemüht sich zumindest darum.

Im Fall von Aléxis hat dies anscheinend weniger gut funktioniert. Als selbstbetroffener Bauherr ergeht er sich nun regelrecht in einer Tirade über den selbstgerechten und selbstbedienenden Beamtenapparat, ein „Bollwerk aus Zement“, betrieben von „Söldnern“, die „den Bürger verjagen“. Seine exaltierte Kritik an den vorherrschenden Praktiken beinhaltet auch die Schilderung konkreter Vorgänge (hier nur zusammengefasst): Eine Einbestellung in die Dienststelle bedeutet unausgesprochen eine Aufforderung nach einem Mitbringsel, so z. B. eines Geldgeschenks. Aléxis betont „in den meisten Fällen“(!) nicht darauf eingegangen zu sein, was der Grund für seine behördliche *Kreuzigung* war und nicht etwa die vorgenommene Bebauung einer angeblichen Waldfläche. Aus den persönlichen Erfahrungen kommt es also zu einer generellen Anprangerung der staatlichen Gewalt – nicht nur wegen des behördlichen Missbrauchs, sondern mehr aufgrund ihrer inkonsequenten und willkürlichen Handlungen. In Aléxis' Verständnis sind Gesetze da, um Menschen und Lebensbereiche zu schützen. Sie sollen für strenge und unmissverständliche Regeln sorgen, die bestmöglich präventiv wirken sollen und schwerwiegende und nicht mehr rückgängig zu machende Wirkungen abwenden. Im Hausbau soll der Unterschied deutlich sein: Strenge Ausübung von Ordnungsmacht, nur mithilfe von steuer- und baurechtlichen Instrumenten. Auch eine *Laissez-faire*-Politik soll daran setzen, dass erst bei Missständen und unzulässigen Handlungen vorhandene Bestrafungs- oder Sanktionierungsinstrumentarien und die staatliche Regulierungsmacht aktivieren. Es liegt an der Mentalität der Bürger, die den Freiheitsbegriff instrumentalisieren bzw. zum Prinzip ihrer (oft notgezwungenen) Handlungen machen, um Macht über das eigene Leben zu erlangen und, was viel wichtiger ist, um ihre Wohnanliegenheiten und Wohnwünsche selbst in die Hand zu nehmen. Im Grunde sieht jedoch Aléxis derzeit das Gegenteil: Staat, Parteien bzw. Gesetzgeber produzieren ein System, das Beamten (Finanz-, Bauamt oder Polizei) ermöglicht, vom Bürger „mit fünf, zehn, 100 oder 1000 Euro liebkost zu werden, damit alle ihre Hausbaupläne weiter vorantreiben“. Stattdessen hat dieser Staat (und damit die Politik) „versäumt, einen Siedlungserweiterungsplan zu erstellen“ oder Festsetzungen über die bauliche Nutzung und die bebaubaren Grundstücksflächen vorzunehmen, die dann – „egal wer du bist“ – wie ein „Evangelium“ gehandhabt werden. Auch wenn er selber gern aufstocken möchte, um beispielsweise seinen Kindern ein eigenes Dach überm Kopf bieten zu können, würde er sich an solche Maßgaben halten, vorausgesetzt, dass es auch alle

träge und gehen sogar darüber hinaus, auf erpresserische Weise Regierungen kostspielige Großprojekte schmackhaft zu machen.¹⁹⁴

Soziale Netze trotz Ortsabwesenheit

Auch wenn Aléxis fast zwölf Stunden am Tag und an sechs Tagen in der Woche unterwegs ist, stellt Oreólofos für ihn mehr als nur einen Wohn- oder Schlafort dar. Es ist auch ein Ort der Begegnungen und teilweise des Engagements, allem voran, wenn es um Umwelt- und Naturthemen geht. Er weiß die Vorteile des kleinen Ortes zu schätzen und zu genießen. Lieber lädt er die alten Freunde aus Kolonós zu sich ein, als in die Innenstadt zu fahren. Einige gute Bekanntschaften und Freundschaften hat er auch in Oreólofos gewinnen können, allerdings scheint die alte Nachbarschaft scheint beständiger zu sein. Mit diesen Menschen verbringt er Zeit im eigenen Garten und auf der Terrasse oder in Tavernen.

Mit dem mäßigen Wachstum Oreólofos' scheint Aléxis zufrieden zu sein, da der Ort seinen Charakter als „kleines Dorf“ dadurch bewahren kann. Dies ist nicht nur „an den Kirchenglocken“ spürbar, sondern im Gefühl der Behaglichkeit, wenn er durch den Ort spazieren geht. Das Sich-Untereinander-Kennen und die Begrüßung „auf der Straße [...], auf dem Marktplatz [...], im Supermarkt [...] morgens bzw. [...] sonntags“ spielen für jemanden, der gute Freunde oder einfach nur Menschen um sich haben möchte, eine zentrale Rolle. Auch wenn die Beziehungen zu den meisten nicht die engsten sind, findet er es wichtig, in einer „wirklich immer noch sehr warmherzigen Gesellschaft“ leben zu können. Mehrfach betont er: Das Schöne am Ort und im Leben ist die Eigenschaft, „Menschen lieb zu haben“. Auf der anderen Seite ist er jedoch weder naiv noch heuchlerisch und konstruiert keine Illusionen oder „heile Welten“. Er wird nie vergessen, auch wenn er nicht über die anfänglichen Umstände reden will, wie „einige wenige Einheimische“ neue Bewohnern vollständig ausgenutzt und sogar genötigt haben, ihre teuren Baudienstleistungen anzunehmen. Sie „verkauften Terror“ und schlugen daraus Profit, indem sie für die Ausbaggerung zur Aufbereitung des Baugrundstücks statt der marktüblichen 30 Euro pro m³ 75 Euro und mehr verlangten. Dieses starke lokale Bauhandwerkerregime zog allemal eine Illegalität der Aufnahme in den Städtebaulichen Plan und einer Legalisierung des Bauens vor und torpedierte die Ausarbeitung eines qualifizierten und genehmigungsfähigen Städtebaulichen Plans. Ein lokales Netzwerk hatte lange Zeit die Fäden der Entwicklungen in der Hand und manche der Drahtzieher sind heute sogar kommunalpolitisch aktiv. Es erfordert einen gewissen Mut, sich in kleinen Gemeinden mit

solchen Strukturen und Machenschaften offen anzulegen. Eine derartige herrschsüchtige Denkweise trübt entsprechend das Zusammenleben am Ort. Private „Eroberungsinteressen“ wurden über die Interessen der lokalen Gemeinschaft gestellt. Durch Zuzug von immer mehr, größtenteils besser gebildeten, Bewohnern wurden jedoch wichtige Veränderungen herbeigeführt. Besonders erfreulich ist die in den letzten Jahren formierte lokale Partizipation – nicht so sehr in der formalen Kommunalpolitik, dafür aber in der Zivilgesellschaft, die inzwischen aus vielen sehr aktiven Menschen besteht, die lieber für die Sache arbeiten wollen, achtsam sind und Überblick übers Ortsgeschehen haben, anstatt Ämter oder öffentliche Funktionen zu bekleiden. In diesem Zusammenhang trat mehr und mehr ein Sinneswandel in der Gemeinde ein, die nun einen anderen Umgang und mehr Gespräche mit dem Bürger pflegt.

Der Gemeinde und dem Gemeindevorsitzenden¹⁹⁵ sind viele Probleme bewusst, so zum Beispiel die Spaltung der lokalen Gesellschaft oder die hohe Arbeitslosigkeit unter der jungen Bewohnerschaft. Ihre Bemühungen um die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen Alteingesessenen und Neubewohnern soll angeblich bereits Früchte tragen, die mit dem erfolgreichen Ausgang der prioritären Ziels der Genehmigung des »Plans«, immense Veränderungen in Form und Bild der Siedlung und durch den erwarteten Zuzug eine neue Ausgangslage herbeiführen wird. Die lokale Gesellschaft Oreólofos' ist besonders von der krisenbedingt hohen Jugendarbeitslosigkeit betroffen – gerade weil die zweite Generation nach der großen Besiedlung besonders stark vertreten ist. Aléxis ist zwangsläufig als Vater doppelt betroffen, da sein ältester Sohn trotz Universitätsabschluss keine Erwerbsstelle findet und der noch im Elternhaus wohnende jüngste Sohn gerade erst noch vor dem Abschluss seines Fachhochschulstudiums steht. Auf der lokalen Ebene versucht die Gemeinde erwerbslosen jüngeren Bewohnern turnusmäßig mit sechsmonatigen Zeitverträgen eine Beschäftigung anzubieten.¹⁹⁶ Solche Beschäftigungsmodelle sind jedoch lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein, da sie nur eine vorübergehende Eindämmung der Erwerbslosigkeit ermöglichen und nicht nachhaltig das Problem lösen. Andererseits fördert diese Beschäftigung Nähe zum Ort und verschafft einen Überblick über lokale Strukturen. Dadurch ist neben sozialen Bindungen in gewisser Weise ein Netzwerk für die Wahrnehmung gemeinsamer Aufgaben und lokaler Partizipation entstanden.

Interessanterweise gibt es nicht voraussehbare Faktoren, die die Kultivierung eines Gemeinssinns fördern. Im Modell des illegalen Hausbaus gibt es unausgesprochene Regeln, die von allen Teilnehmern respektiert

werden und möglichst nicht verletzt werden sollen, damit die *Allianz der Siedler* nicht gestört wird. Als vor einigen Jahren ein Neusiedler auf einer 2 ha großen Fläche – außerhalb des »Plans« – eine Villa bauen wollte und mit einem Flachbagger das Gelände groteskerweise Bäume und Sträucher niederwälzend aufbereitete, hat er in dreister und missachtender Weise diese Regeln verletzt und brachte die Dorfgemeinde gegen sich auf. Zahlreiche lokale Bewohner waren dermaßen über diese Vorgehensweise entsetzt und begannen heftig zu protestieren. Manche nahmen sich sogar das Recht, jeden Abend in das Grundstück einzudringen und die Bauarbeiten und Baugeräte zu sabotieren. Nur mithilfe von Überwachung durch einen privaten Sicherheitsdienst konnte der Bau der Villa zu Ende geführt werden. Die Übertretung einer Regel führte so zur Formation eines lokalen bürgerlichen Widerstands, die zwar zum Teil zerstörerische und gebieterische Züge aufwies, aber auch eine Koalition von neuen, alten, jungen und älteren Bewohnern bewirkte, was für Aléxis ein Lob verdient.

In einem anderen Fall kam es zu ähnlichen Protestformen. Fälle wie dieser können durchaus als Gelegenheit für die sonst spärliche Annäherung der Lokalen untereinander und die Entstehung von Beziehungen zwischen der Bewohnerschaft gesehen werden. Die völlige Abwesenheit des Staates und seiner Instanzen können unter Umständen also auch eine positive Wirkung haben. Auch wenn der Bau der Villa nicht abgewendet wurde, offenbarte sich eine Form der gesellschaftlichen Regulation, indem Bürger das Recht verteidigten – wobei gesetzwidrige Aktionen – darunter Gefahren, in unglücklichen Situationen Verletzte oder sogar Tote – das Vakuum der Tatenlosigkeit und Inkompetenz der staatlichen Organe konterkarieren können. Dennoch war für Aléxis die aktive zivilgesellschaftliche Initiative begrüßenswert, vor allem in einem Ort mit einem geringen sozialen Potenzial wie Oreólofos.

Im randstädtischen Oreólofos scheint die Familie ihre Funktion des sozialen Sicherheitsnetzes wahrzunehmen; ein Urzustand der semiperipheren und mit knappen Kapazitäten und Mitteln ausgestatteten Gesellschaft. Die bisherige Strategie sozioökonomisch weniger privilegierter Eltern, ihre Kinder materiell und immateriell, vorzugsweise durch Bildung, zu unterstützen, steht vor neuen Problemen. Der abermals schwach ausgeprägte Wohlstandsstaat soll infolge der hohen Verschuldung – von seinem Schuldner verordnet – zusätzlich geschwächt werden. Wie im vorherigen Fall deutlich wurde, sind nun die Bürger und die Gesellschaft auf informelle Netze und vor allem »die Institution der Familie« angewiesen. In der Rhetorik der Neoökonomie wird sogar der

Ausbau von informellen Netzen gefordert, damit sich der Staat immer mehr Aufgaben entledigen kann. In der semiperipheren Gesellschaft und Ökonomie besteht die Abhängigkeit der Kinder von den Eltern, die Weitergabe des Familienbetriebs an die Kinder und deren begrenzte Entscheidungsfreiheit weiter. Auch die Selbstverwirklichungspotenziale sind gering, trotz immenser Bildungsausgaben der Eltern. Die Rückkehr zum Prinzip Familie in Form von Erwerbshaushalt sowie Kontroll- und Reproduktionseinheit scheint auch im neuen staatlich-ökonomischen System eine zentrale Bedeutung zu haben. Dafür soll das Modell, das auf Grundlage der Anstellung im öffentlichen Sektor und des Klientelsystems Bürger/Wähler und Regierender/Politiker immerhin zur Bildung des semiperipheren griechisch geprägten Wohlstandstypus beigetragen hat, aufgelöst werden. Die neue bzw. wiederentdeckte ökonomisch-optimierte Einheit Familie soll nun weniger als bisher in ihrer solidarischen und vielmehr in ihrer organischen Form agieren (vgl. DURKHEIM, 1999 [Orig. 1893]). Dadurch ist – wie in den zentralkapitalistischen Staaten – der Übergang zu einem marktwirtschaftlichen und kommodifizierten Modell eingeleitet, in dem moralische Gemeinsamkeiten wichtiger sind als räumliche Nähe und Kontakte im Alltag.

Kernstädtische Unorte und metropolitane Ausgleichsräume

Gesellschaftliche und ökonomische Prozesse spiegeln Prozesse in den Lebensräumen wider. Vor allem die Vormacht der Ökonomie lässt Diskrepanz und Überfremdung entstehen. Für den Bürger fühlt es sich so an als ob „irgendwelche andere dieses Land regieren“. Und obwohl er nicht die Absicht hat die freie Ökonomie infrage zu stellen, empfindet er, dass eine „etwas bescheidenere Ökonomie“ (z. B. Postwachstum) eventuell realitätsnäher und nachhaltiger wäre. Es spricht vieles „gegen die unkontrollierte Ökonomie“ und eine „maßlose Entwicklung“ wie im letzten Jahrzehnt. Die These „Die freie Marktwirtschaft ist die Marktwirtschaft des Geldmachens.“ könnte aus einem Kapitalismuskritik-Buch stammen, allerdings ihre Wirkung auf Rahmenbedingungen und Prozesse in der Athener Metropolregion ist höchst markant. Das Metropolitane bzw. die metropolitenen Strukturen scheinen zu sehr mit dem Unkontrollierten, Ungehinderten und Maßlosen verkettet zu sein.

Transformation und Vergrößerung der Strukturen sieht Aléxis mit dem Versuch verbunden, Teilräume „absichtlich unmenschlich“ zu machen. Eine Koalition aus Regierung und Administration, Staat und Kommune bis hin zu ökonomischem System und Marktwirtschaft interagiert und löst Prozesse aus, die Teilräume und die gesamte Stadtlandschaft erfas-

sen. Es entsteht Druck auf Gesellschaft und Individuen hinsichtlich tiefgreifender Verschiebungen und Neu-Justierungen. Am auffälligsten für Aléxis ist der Versuch aus einem Raum wie Athen ein „Ort der Einkerkung“ zu machen. Es hört sich apokalyptisch an, wenn Aléxis von Phänomenen wie dem Einsperren von „Menschen in einer schönen Landschaft wie Attikí“ oder vom Ausharren in einem „gefängnisähnlichen Raum“ spricht. Ihn, den sensiblen und selbstdefinierten Menschenfreund stimmen solche Entwicklungen wehmütig. Die „Verwirrung der Griechen“ bzw. der Bürgerinnen und Bürger kommt einer Einzwängung in vordefinierte Lebensbahnen und Erwerbsbiografien gleich. Insofern stellen für ihn Vergroßstädterung und metropolitanes Übermaß sowie die derzeitigen Formen der Vergesellschaftung und Sozialisierung fragwürdige Entwicklungen dar.

Andererseits schätzt Aléxis das Leben in der natürlichen Landschaft und die dörflichen Lebensweise. Seine Idealisierung dieser Lebensform wirkt eher wie ein Nachtrauern einer bestimmten Lebensphase und der verlorenen Kindheit, als eine Bindung an einen konkreten Ort und zeitlichen Kontext. Es klingt geradezu wie eine Ablehnung der aktuellen Lebensbedingungen. Der oft auf Erinnerungen basierendem nachtrauernde Zustand ist weniger real-existierenden Begebenheiten geschuldet. So wie nach dem Prinzip der Heimat: Erst durch den angeblichen Verlust gewinnen Dinge an Bedeutung. Was m. E. oft damit verknüpft wird, resultiert aus dem Gemisch verklärter Erinnerungen und starker Wünsche, ist insofern sowohl rückwärtsgewandt, der Vergangenheit anhaftend als auch bedürfnismotiviert und auf die Zukunft gerichtet. Beides zusammen läuft einer Utopie hinterher. Ein aktuell problematischer Zustand fördert dieses utopische Denken und entfaltet gar eine kreative Dynamik, führt allerdings auch zur Bitterkeit oder Resignation. Aléxis' Thematisieren von Nachteilen oder Fehlentwicklungen in der Gesellschaft meint, trotz stark nationaler oder globaler Akzentuierung, wohl den Umgang untereinander auf lokaler Ebene – so die Kritik der radikalen Marktwirtschaft und des globalen Finanzkapitalismus, die in ihren Konsequenzen auf die Lebenswelt und den Alltag projiziert und letztendlich negiert werden. Einige damit zusammenhängende Konsequenzen sind die Korruption und Einkerkierung des Individuums und die Zerstörung der informellen Beziehungsnetze.

Mit Athen und der entstandenen Metropolregion müssen Prozesse hinterfragt werden, die gar nicht so weit zurück in die Vergangenheit reichen und sich heute eventuell noch wiederholen: von der Landflucht und der Verwüstung der Provinz bis zur Abhängigkeit der Individuen

oder der Ausbeutung der Erwerbstätigen. Die erste Generation, die Armut und Hunger entfliehen wollte, kam in die Stadt und versuchte sich mithilfe von Aushilfstätigkeiten über Wasser zu halten. Die Tätigkeit als „Hausmeister in einer *Polikatikía*“ oder Hilfsmädchen bei einer Familie und eine Wohnung im Keller oder bestenfalls im Souterrain stellten sie vorerst zufrieden. Sie wurden „von der Natur, von der frischen Luft, von der Sonne, vom Regen, von den Schönheiten der griechischen Landschaft“ abgeschnitten und „vom kosmopolitischen Athen in den Keller gesteckt“. Nur die wenigsten sind zurückgegangen, aber auch „ihr Herz [hat] aufgehört normal zu schlagen“. Die meisten blieben in der Großstadt und gewöhnten sich an dieses Leben im „engen Raum“ und im „engen Umfeld usw.“ Erst in den letzten 30 Jahren stellten viele Menschen fest, wie unerträglich das Leben geworden ist und begannen „irgendwo hin raus“ an die Stadtränder zu wandern. Zu Recht stellt nun diese geräumigere Stadt, die weite Stadtlandschaft einen Ausgleich her und stellte für Aléxis einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar.

Das Verlassen der verdichteten Stadt hat immense Wirkung auf den Menschen und menschliche Verhaltensweisen, auch auf das politische Verhalten. Aléxis bezeichnet sich als „politisch Mittellinks“, gibt allerdings zu, die letzten beiden Male (2004 und 2007) die „mittlere-konservative“ ND gewählt zu haben. Seine parteipolitischen Präferenzen sind weder Indizien für bestimmte Ansichten noch für normative Interpretationen. Interessanterweise reflektieren sie jedoch ein zeittypisches Phänomen und Verhalten, die mit Stimmen und Stimmungen in den abgeschiedenen, von der Kernstadt und der bürgerliberalen Stadt losgelösten Orten zu tun haben. Immer mehr werden Vorstädte oder zumindest die neue Suburbia (bzw. Postsuburbia) mit bestimmten Eigenschaften assoziiert. Eigentum, Ordnung, Recht und Sicherheit vermögen hier mehr zum Ausdruck zu kommen. Damit verschieben sich nicht nur die Schichtgrenzen und klassischen Kategorien wie Schichtzugehörigkeit, sie werden auch obsolet. Arbeiter und Angestellte driften in die umfassende, heterogene Mittelschicht ab und wechseln Identitäten und Identifikationen. Die Ablösung vom früheren Arbeiterviertel in die reiche bzw. mittelschichtige Vorstadt hat also politische Effekte, die mit zu bedenken sind. Nicht selten ändert sich dadurch das Wahlverhalten. Die einfache Maxime: Landverteilung und Bodenfestigkeit verhelfen Aufstände oder Klassenkämpfe zu vermeiden, bewahrt ihre Gültigkeit. Gesamt betrachtet, lässt die Ausdifferenzierung in der metropolitanen Region auch neuartige Politisierungsformen und politischen Allianzen erkennen, die sich auch im Wahlverhalten und in den Wahlergebnissen niederschlagen. Die oben genannten Assoziationsmerkmale scheinen prädestiniert

für die metropolitanen Ausweitungsräume zu sein. Abgeschiedenheit und Exponiertheit, Heile-Welt-Mentalität und Angst vor Invasionen in Kombination mit zunehmender Polarisierung führen zudem zu abnormen Entwicklungen. Klassische Massenkommunikationsmedien, allen voran das Fernsehen (mangels anderer Unterhaltungsangebote vor Ort) und Radio (auf Pendler und Pkw-Fahrten spezialisiert) sind explizit mit dem postsuburbanen Raum verbunden, indem sie die Rolle eines Informationstraktes zu Meinungen und politischen Ansichten einnehmen und neben gemeinsamen infrastrukturellen auch gemeinsame moralische Werte vertreten oder verbreiten.

Befremdlich wirkt die Empfindung, Innenstadt und innenstadtnahen Bereich mit Gefangenschaft gleichzusetzen. Der Ausbruch von Aléxis und anderen aus ökologisch, hygienisch und eventuell sozio-ökonomisch degenerierten Stadtvierteln, um ins postsuburbane Paradies zu kommen, ist kein Einzelvorgang. Für seinen Zufluchtsort musste Aléxis hart kämpfen und das stimmt ihn anscheinend zufrieden. Tag für Tag, wenn auf der Zubringerstraße die Kreuzung zu Oreólofos naht, setzt dieses Gefühl ein und löst eine besänftigende Wirkung aus. Aléxis' Verhältnis zur Athener Metropolregion ist aufgrund seiner Tätigkeit schon eine Form von Zwangsbeziehung. Die gesamte Region ist für ihn alltäglich nichts anderes als schlicht und einfach ein Arbeitsort, den er in seiner Freizeit zu meiden versucht.

B. Plataniá: Zeitwandel – Von der kleinasiatischen Krise zur Maisonette-Krise

Die Siedlung entstand in den Jahren 1923-1924, unmittelbar nach der *Mikrasiatikí Katastrofí* und dem Eintreffen der Flüchtlinge aus Kleinasien. Nach Abschaffung der Monarchie verteilte die liberale Regierung von Elefthérios Venisélou ehemalige königliche Landgüter an die Flüchtlinge. Im nördlichen Attikí wurden etwa 3.000 ha aus der königlichen Sommerresidenz Tatóí per Losverfahren an etwa 50 Flüchtlingsfamilien verteilt. Am Berghang an der Waldgrenze in unmittelbarer Nähe der Ländereien entstand damit eine Flüchtlingssiedlung. Die verteilten Flächen sollten neben der Sicherung der Selbstversorgung auch als Einnahmequelle durch agrarische Nutzung, allen voran Getreideanbau und Viehhaltung, dienen.¹⁹⁷

Zwischen 1932 und 1950 wurden weitere Flächen verlost. Der Zuzug neuer Siedler und das natürliche Bevölkerungswachstum ließen die Einwohnerzahl schnell auf etwa 1.000 anwachsen. Administrativ gehörte die Siedlung bis 1947 zu einer größeren benachbarten Gemeinde, ab 1948 wurde sie jedoch eigenständig und sechs Jahre später zur Landgemeinde (Kinótita – Κοινότητα).

Die klimatisch und landschaftlich attraktive Lage zu Füßen des Párnitha-Gebirges mit dem nahegelegenen Waldgebiet und den zahlreichen Quellen zogen in der Nachkriegszeit die ersten Familien aus Athen und Piräus an. Um den alten Siedlungskern, in den von den Erben der ersten Generation veräußerten Ländereien, errichteten sie ihre Ferien- oder Sommerhäuser. Viele dieser einfachen Einzelhäuser waren *Avthéreta*. So stieg bis in die 1980er-Jahre die Zahl der dauerhaften Einwohner, wenn auch nur langsam an. Seit Beginn der 1980er-Jahre setzte neben der deutlich höheren Nachfrage auch eine verstärkte Umwandlung vom Neben- zum Hauptwohnsitz ein.

Die Gemeinde erstellte 1989 einen »Plan«, Teile davon wurden per Dekret der Präfektur Attikí im selben Jahr, der ganze »Plan« jedoch erst 1995 bewilligt. Der darauffolgende Bebauungsplan schrieb eine moderate Bebauung nach konkreten Vorgaben vor. Er schrieb zwar geringe Maximalhöhen und eine niedrige Grundflächenzahl sowie ausreichende Grundstücksgrößen und Abstandsflächen vor, ließ allerdings auch Interpretationsraum und Regelungsfreiheit, was nicht zuletzt zu trickreichen Baupraktiken führte (siehe weiter unten).

Vor allem ab Anfang der 2000er-Jahre setzte dann eine massive bauliche Entwicklung ein. Im nördlichen Bereich entstanden innerhalb nur kurzer

Zeit mehr als 200 neue Wohnhäuser, fast ausschließlich Ein- und Zweifamilienhäuser. Die Grundstückspreise vervierfachten sich innerhalb nur eines Jahrzehnts. Das hat nicht nur den Bau öffentlicher Infrastruktur durch die Gemeinde erschwert, sondern fast ausschließlich den Bau gehobener Wohnhausgruppen gefördert. Die Mehrzahl der neuen Wohnhäuser entsprach dem sogenannten Maisonette-Stil; teilweise sogar exklusive Formen, wie geschlossene und überwachte Wohnkomplexe.

Die Gemeinde arbeitet seit einigen Jahren an der Aufstellung eines neuen »Plans« für ein Erweiterungsgebiet im Süden. Bezweckt wird damit nicht nur die Erschließung neuer Wohnflächen, sondern auch eine Eindämmung der Grundstückspreise. Der Gemeindevorsitzende hofft zudem, auf diese Weise neue Flächen für Kommunaleinrichtungen zu gewinnen, da derzeit eine Reihe von beabsichtigten Projekten (Kindergarten, Schwimmbad u. a.) mangels Flächen in kommunaler Hand nicht realisiert wird. Paradoxerweise sind mehrere Grundstücke im genehmigten Gebiet immer noch unbebaut, wobei die übersteuerten Bodenpreise einen Rückkauf durch die Gemeinde ausschließen. Sie orientiert sich auf eine Gebietserweiterung, die mit dem Ziel verbunden ist, neben den benötigten Flächen für Infrastruktur, konsequenter die bauplanerische Vorgaben und aufgelockerte Bauweise durchzusetzen.

IV. *Eine kernfamiliäre Laufbahn in der Postsuburbia*

Kléa (Jg. 1977) und **Kímon** (Jg. 1972) sind ein junges Paar mit zwei Kindern. Der Urgroßvater von Kléa kam als kleinasiatischer Flüchtling über Mitilíni nach Plataniá. Er gehörte zu den ersten Siedlern, die hier Land bekamen. Die meisten der Vorfahren von Kléa sind jedoch später nach Athen und in die umliegenden Vorstädte gezogen. Auch ihr in Plataniá geborener Vater zog in den 1960er-Jahren in eine gekaufte Wohnung in einer *Polikatikía* im damaligen Athener Vorort und noch dünn besiedelten Néa Smírni. Dort kam Kléa zur Welt. Die ersten Erinnerungen waren die breite Straße und die „dunkle“ Wohnung. Allerdings durch den zeitgleichen Einzug vieler anderer junger Familien in das Viertel und in die *Polikatikía* gab es hier eine hohe Präsenz von Kindern. In der Nachbarschaft und besonders in der *Polikatikía* kannten sich alle untereinander und die Türen waren immer offen. Kalis ist in und „mit dieser Nachbarschaft großgeworden“. Als Kind hat sie dort „unendlich viel gespielt und eine Menge Zeit draußen auf der Straße“ verbracht.

Kurz vor ihrem Abitur während der Vorbereitung auf die *Panellínies*-Prüfungen, kam dann die Scheidung ihrer Eltern. Ihr Vater zog in eine

Mietwohnung in Níkea. Da sie dort ihr eigenes Zimmer bekommen konnte, zog sie zu ihm. Hier hatte sie nicht nur Ruhe für die Prüfungsvorbereitung, sondern wollte langsam von der alten, vertrauten und „erstickenden Nachbarschaft“ Abschied nehmen. Im Vergleich zu Néa Smírni war Níkea „viel dichter besiedelt“. Dass die neue Wohngegend als „unterprivilegiert“ galt, hat sie damals wenig gestört. Dagegen war die Doppelhaushalt- und Doppellebensführung belastend, da sie in der ersten Zeit aufgrund der Schule in beiden Wohnungen wohnen und zwischen ihnen pendeln musste. Erst nach dem Abitur und dem Studienbeginn an der Athener Universität wurde sie in Níkea sesshaft. Schon Mitte der 1990er-Jahre überlegte ihr Vater, nach Plataniá zu ziehen und dort ein Haus zu bauen. Als im Sommer 1999 das Haus fertiggestellt wurde, zog Kléa mit ihm nach Plataniá.

Die spürbarste Veränderung waren die Vervielfachung von Entfernung und Zeitaufwand zwischen Haus und Universität. Zudem fühlte sie sich wie in einem Dorf. Damals waren weder links und rechts noch auf der gegenüberliegenden Seite von ihrem Haus die Grundstücke bebaut; meistens war es Ackerland. Nach Studienende traf sie die Entscheidung, für ein Zusatzstudium nach Mitilíni auf der Insel Lésbos zu ziehen, wo ihre Familie ein Haus besitzt. „Trotz großer Mängel“ hatte sie in Mitilíni „das bisher beste Leben“. Sie wohnte „alleine [...] in einem Einfamilienhaus [...] auf einem Hügel“ und konnte endlos „auf das Meer blicken“. Nach dem einjährigen Aufenthalt kehrte sie nach Plataniá zurück. Die Beziehung mit Kímon, den sie bereits vor Mitilíni kennengelernt hatte, begann „ernster“ zu werden. Es dauerte nicht lange, bis sie den Entschluss fassten, in eine gemeinsame Wohnung zu ziehen.

Kímon ist der Jüngste von drei Geschwistern. Er ist in einem Dorf etwa 130 km nördlich von Athen geboren und dort lebte bis er 14 Jahre alt wurde. Seine Eltern waren Landwirte und haben „von Miete zur Miete“ öfters „die Wohnhäuser gewechselt“. Mitte der 1980er-Jahre als sein ältester Bruder aufgrund der Vorbereitung auf die *Panellínies*-Prüfungen nach Athen musste, beschlossen die Eltern, mitzuziehen. Vom Wohnortwechsel nach Athen erhofften sie sich höhere Bildungschancen und bessere Lebensverhältnisse für ihre Kinder. Da die landwirtschaftliche Tätigkeit weiterhin die Haupteinnahmequelle der Familie blieb, pendelte der Vater wöchentlich zwischen Malesína und Athen. Ihre erste Wohnstätte war eine Kellerwohnung in Paleó Psychikó, nahe der Turko-voúnia. Sie zogen „den billigen Mieten hinterher“ und bald fanden sie eine neue Wohnung im Athener Bezirk Ampelókipi, allerdings wieder im Keller. Später nach einem erneuten Umzug in eine Souterrainwoh-

nung waren sie „sozial und räumlich aufgestiegen“ (Anm. TI: ironisch gemeint).

Er ging auf das Lyzeum, als ein Unglück eine Zäsur bewirkte. Seine Mutter wurde von einem Motorrad erfasst, woraufhin sie verstarb. Nach ihrem Tod begann sich auch die bis dahin enge „Bindung der Familie“ aufzulösen. Im Jahr nach ihrem Tod verließ sein Vater die Wohnung, um mit seiner neuen Lebensgefährtin zusammenzuziehen. Als sein ältester Bruder heiratete und auszog, mieteten Kímon und sein anderer Bruder eine neue Wohnung im benachbarten Viertel Gísi. Hier blieben sie mehr als zehn Jahre, bis auch sein Bruder geheiratet hat. Für Kímon war die Wohnung zu teuer, außerdem wollte er aus der Innenstadt heraus. So mietete er sich eine 55 m² Wohnung in der nördlichen Athener Vorstadt (Néo) Iráklío. Der neue Wohnort und die Wohnung mit Dachterrasse kamen ihm wie eine Offenbarung vor. Zum ersten Mal fühlte er den Kontrast zwischen jetzt vorhandenem Licht und schöner Aussicht und der bis dahin gewohnten Enge und Dunkelheit der Kellerwohnungen bzw. lichtarmen innerstädtischen Wohnungen.

Durch die feste Anstellung bei der Feuerwehr in Elefsína war er seit einigen Jahren finanziell in der Lage, eine solche „kleine Wohnung“ zu kaufen. Er begann, mit dem Wohnungseigentümer zu verhandeln. Willkürlich setzte dieser den Kaufpreis von den ursprünglich vereinbarten 22 Mio. (etwa 65.000 Euro) auf 30 Mio. Drachmen (etwa 88.000 Euro) herauf. Kímons Gegenangebot von 28 Mio. Drachmen (etwa 82.000 Euro) nahm er nicht an. Nach dem geplatzten Geschäft folgte die Kündigung der Wohnung durch Kímon, der Iráklío, aber auch Athen verließ. Vorübergehend zog er in ein 20-Quadratmeter-Ferienhaus im Ferienort Kinéta in Westattika, das vorteilhaft in unmittelbarer Nähe zu seiner Dienststelle lag. Die neue Wohnung bestand zwar aus einer einzigen Kammer mit einer winzigen Küche und Bad, wies allerdings andere Vorteile auf: viel Ruhe und einen unendlichen Blick auf das Meer. Damit er weiterhin eine Übernachtungsmöglichkeit in Athen haben konnte, vereinbarte er mit einem Kollegen die abwechselnde Nutzung einer Wohnung in Kipséli und der Kammer in Kinéta¹⁹⁸.

Einige Monate nach Kléas Rückkehr aus Mitilíni schmiedeten sie die ersten gemeinsamen Zukunftspläne: Heiraten und Wohnungssuche. Nach der „Einfamilienhaus-Erfahrung“ in Mitilíni war Kléa „nur mit großen Schwierigkeiten“ bereit, in eine *Polikatikía*-Wohnung zu ziehen. Außerdem sollte es „irgendwie eine Gegend“ mit einem „guten Anschluss“ für beide sein. Nach mehrmonatiger Suche fanden sie eine Maisonette-Wohnung in einem Zweifamilienhaus in Menídi (Gemeinde

Acharnés). Die „unterprivilegierte“ Wohngegend und der dreieckige Hausgrundriss hatten zwar etwas Befremdliches, dafür hatte jedoch das Haus „eine sehr schöne Lage“ und befand sich „nah an einem Bahnhof“. In der Gegend gab es „mehr niedrige Häuser und sehr wenige *Polikátiés*“ und so spekulierten sie auf ein „Nachbarschaftsgefühl“. Dazu kam es auch deswegen nicht, weil sie nach gut einem Jahr wieder auszogen. Grund war Kléas Schwangerschaft und ihr Wunsch das Kind in Plataniá zur Welt zu bringen. Danach wollte sie noch die ersten 40 Tage dort bleiben, daraus wurde am Ende ein Jahr und mehr.

Zu dieser Zeit konzentrierte sich Kléas und Kímons Suche auf einen Hauskauf. Die damals horrenden Preise (2004/2005), aber auch ihre hohen Ansprüche machten es jedoch nicht einfach. Zwar fanden sie ein zusagendes Haus in Níkea, das sie sofort durch Anzahlung vorreservierten, nur platzte das Geschäft wieder im letzten Moment. Kímon vermutete einen anderen Käufer, der bereit war, bar oder mehr zu zahlen. Der unverlässlichen oder täuschenden Methoden des Eigentümers überdrüssig, beschlossen sie, „das Geld hier“ auf dem Grundstück in Plataniá „zu investieren“ und „ein eigenes Haus zu bauen“.

Sie haben sich für eine Kombination von Holz- und Steinhaus entschieden, orientiert größtenteils an eigenen Ideen und Entwürfen, was nicht zuletzt Zeitaufwand und Mehrkosten verursachte. Im Jahr 2007, kurz vor der Geburt des zweiten Kindes war das Haus fertig. Unmittelbar nach ihrem Einzug machten sich einige „kleine Fehlplanungen“ und Unstimmigkeiten zwischen Wohnidee und -praxis bemerkbar, aber es war vor allem die Umgebung, die sich innerhalb der knapp fünfjährigen Bauphase, von den ersten Bauplänen bis zur Fertigstellung drastisch verändert hatte. Plataniás „rapide Bevölkerungszunahme“ und die „Turbo-Urbanisierung“ der ganzen Umgebung „lassen sich einfach nicht beschreiben“. Als sie 2004 nach Plataniá kamen, war es hier fast wie in einem Dorf. Keine sechs Jahre später wohnten sie wie in einer Großstadt: an „einer Einbahnstraße [...] mit einem Linienbus“ und sehr „viel Verkehr“, sodass sie sich nicht mehr trauten, die Kinder ohne Aufsicht auf die Straße gehen zu lassen. Sie hatten wohl mit einer moderaten Bautätigkeit und einem Zuzug von neuen Bewohnern gerechnet, allerdings nicht in einem derartigen Übermaß. Die vorgesehenen Bebauungsformen und die *erlaubten* Baumaßgaben wurden um einiges überschritten bzw. übergangen, sodass am Ende extrem versiegelt und verbaut wurde. So wurde die Mehrzahl der „vor vier Jahren noch durchweg unbebauten Grundstücke“ anstatt mit Einfamilienhäusern, wie im Bebauungsplan vorgesehen, mit Anlagen von „Maisonette-Wohnungen“ bebaut.

Mit der baulichen Verdichtung und dem Zuzug von mehr Menschen gab es wiederum nur bedingt engere Beziehungen und Kontakte mit der Nachbarschaft. Die Entstehung von Beziehungen zu neuen Bewohnern war meist verhalten oder hat nur formale und distanzierte Umgangsformen ergeben. Das betrifft jedoch auch ihr eigenes Verhalten¹⁹⁹, denn „faktisch“ sind auch sie „nicht auf eine Beziehung zu den Nachbarn ausgerichtet“, obwohl für sie eine Nachbarschaft „in manchen Fällen besonders nützlich sein könnte“. Eine „rege soziale Aktivität“ entstand für Kléa erst mit einer Tätigkeit bei der Gemeinde in einem Praxissemester. Dadurch lernte sie die unterschiedlichsten Menschen „vom KAPI²⁰⁰, von der Schule, Personen von der Bäckerei, Bewohner allgemein...“ in ganz Plataniá kennen. Nach dem Praxissemester folgte – bedingt durch eine mehrmonatige Prüfungsphase – ein vorläufiges Ende. Generell durch die Berufstätigkeit und die alltäglichen Pflichten blieb wenig Zeit für soziale Beziehungen.

Vorübergehend orientiert sich ihr Alltag wenig an festen Abläufen. Kímons Arbeitsschichten, Kléas anhaltende Prüfungsphase machen Gewohnheiten oder feste Tages- und Wochenabläufe obsolet. Immer alltagsbestimmender werden jedoch die Abläufe der zwei heranwachsenden Kinder. Da gewisse Infrastrukturen in Plataniá fehlen, entstanden lange Fahrketten und Umwegen. Inzwischen liegt die KiTa relativ nah, vor knapp ein Jahr noch – aufgrund von Kléas Seminaren²⁰¹ im 30 km entfernten Távros – mussten beide Kinder in eine 4,5 km weiter entfernte KiTa in Níkea untergebracht werden, da in der Nähe Kléas Eltern arbeiteten und nach der Arbeit die Kinder von der KiTa abholen konnten, bevor Kléa sie nachmittags von dort abholte, um mit ihnen zurück nach Plataniá zu fahren. Seit einem knappen Jahr sind sie nun an lokalen, einigermaßen finanzierbaren Schulen untergebracht. Die dreijährige Tochter besucht einen Privatkindergarten in einer etwa zehn Kilometer entfernten Gemeinde, während die ältere Tochter nur aufgrund des Praxissemesters in der Gemeinde und mithilfe des Gemeindevorsitzenden einen Platz in der Vorschule in der drei Kilometer entfernten Nachbargemeinde bekommen konnte. Kímon ist gleichfalls für die Fahrdienste und Erledigungen zuständig, wenn er nicht Dienst hat.

Generell ist der Aktivitätsradius von beiden recht ausgedehnt. Neben Elefsína und Níkea kommen Kifissíá und Maróússi oder die Athener Innenstadt dazu. Der periodische Haushalts- und Nahrungsmittelbedarf wird in der Regel in Orten mit konzentrierten Angeboten getätigt, so reichen Kléas *Shopping*-Aktivitäten bis zu »The Mall«, während für den täglichen Bedarf die etwas größere Nachbargemeinde bzw. der nur we-

nige Fahrminuten entfernte Groß-Supermarkt ausreichend ist. Kurzfristig fehlende Dinge werden vor Ort besorgt. In der Freizeit ist für Kléa die Athener Innenstadt nur zum Flanieren anziehend. Generell legen sie beide viel Wert auf den Besuch von Verwandten in verschiedenen Stadtteilen der Metropolregion. Wenn sie jedoch einige freie Tage zur Verfügung haben, fahren sie lieber nach „draußen“, zu ihrem „Ferienhaus direkt am Meer“ in Katákoló auf dem Peloponnes.

Interpretativer Rückblick: Kímons und Kléas *Odyssee* im metropolitänen Meer – zuerst jeder für sich, später gemeinsam – hinterlässt so etwas wie eine Wanderkarte, die zahlreiche sozialräumliche Aspekte, Gegebenheiten und soziale Erfahrungsprozesse einschließt. Bereits im Gespräch wurden viele dieser Aspekte selbstreflektierend und bewertend wiedergegeben. Ihr metropolitäner Irrgarten stellte zur gleichen Zeit einen großen Suchprozess dar: weniger nach einer perfekten Wohnform, sondern vielmehr nach einer Lebensweise, nach einem lebenswerten Platz in der Welt. Ohne übermäßig zu abstrahieren, fällt es vorerst leicht den drei hauptsächlichen Themenbereichen nachzugehen, die die Suche des jungen Paares bestimmen. Da das Gespräch in ihrem Wohnhaus stattgefunden hat, bot sich die Gelegenheit, unmittelbar ihre wirkliche und alltägliche Wohnsituation zu erleben. Erzähltes und Visuelles/Beobachtetes stimmten im großen Maße überein. Dazu gehören möglicherweise das Wahrnehmbare und einige wohnpsychologischen Aspekte. Zwischen Gesprächsatmosphäre, Offenheit, Inneneinrichtung – z. B. Wohn-/Ess-/Küchenbereich – und Lebenseinstellung gab es eine erkennbare Stimmigkeit. Die unmissverständliche Bereitschaft, über die eigene Wohn- und Lebensgeschichte zu sprechen, wirkte in keine Weise aufgezwungen oder unnatürlich, auch nicht, wenn einige private Themen nicht zur Sprache kamen oder nur humoristisch erwähnt wurden.

Allgemein in der Lebensvorstellung gab es eine Mischung von theoretisch-ideeller Freimütigkeit und partiell praktizierter – jenseits von Geldwerten und materiellen Dingen – orientierter Lebensweise. Die *Story* von Kléa und Kímon mutet wie eine individuell formulierte und moderne Auffassung von Utopie an. Wenn eins der Ziele die Suche nach der gegenwärtigen städtischen und metropolitänen Moderne ist, dann lassen sich in der Wohnbiografie von Kléa und Kímon Nachweise finden, die bei der Verortung des sonst teilweise und ganz abhanden gekommenen Modernitätsbegriffs behilflich wären. Bei der Interpretation ihrer Lebens- und Denkweise drängt sich unvermittelt der Gedanke auf, fernab einer tradierten, sich wiederholenden bzw. recycelten städtischen

oder suburbanen Lebens- und Wohnform auf etwas Neues gestoßen zu sein: eben auf etwas, das mit den gegenwärtigen und zukünftigen Formen des Wohnens und Zusammenlebens zu tun hat und hier und dort bereits aufscheint.

Dies trifft auch auf die Sozialität und die Vorstellungen von guter Nachbarschaft zu. Ihre Erwartungshaltung gegenüber sozialen Kontakten und Beziehungen in ihrem engeren Umfeld sind aufschlussreich, ebenso ihre postmaterielle Lebensweise und ihre Handlungen abseits von „Gussformen“. Die Überschaubarkeit und vormals konformistisch geprägte Suburbia wird dadurch widerlegt, wobei – auch in der peripheren Metropole – eine Reihe von weiteren Indizien auf ein Voranschreiten der Ausdifferenzierung der Suburbia hinweisen.

Ihre Wohnbiografie thematisiert zudem vorzüglich sowohl die inneren als auch die äußeren Beziehungen im Wohn- und Lebensraum. Während die inneren Beziehungen die Arrangements im Zusammenleben und in den sozialen Beziehungen ansprechen, repräsentieren die äußeren Beziehungen die Orientierung und Positionierung innerhalb des metropoliten Systems. Beiläufig stecken hier Angaben über Gegebenheiten und das System der Traditionen, Bedürfnissen und Praktiken. Es ist dieses Ganze aus dem sich letztendlich Trends sowie mögliche Mobilitäts- und Wanderungsformen ableiten lassen.

Ökologische Sensibilisierung und Holzhaus-Ambition

Die Geschichte von Kímon und Kléa von der Wohnungssuche bis zum Hausbau offenbart einen prozessualen Charakter. Iterativ haben sie nach der Bestlösung gesucht, wobei neben rationellen und finanziellen auch ökologische und soziale sowie emotionale und sinnliche Kriterien eine Rolle gespielt haben, hierbei vor allem der langersehnte, kreative und Freiheitsgefühl auslösende Hausbau. Die Einzigartigkeit und ungewöhnliche Praxis mögen vielleicht vorerst sehr spezifisch erscheinen. Sicherlich weicht sie von der Normalität, Konformität und den Massenpraktiken in den Athener randstädtischen Teilräumen ab. Allerdings zeigt sie auch, welche räumlichen, gesellschaftlichen und baulichen Veränderungen im Gange sind, welche Chance in den postsuburbanen Lebensräumen der semiperipheren Metropole stecken und auf welche Weise ökologische Erneuerungen in ihrer Lebenswelt stattfinden. Die Annahme „Ränder sind Spiegelbild des Wandels von gesellschaftlichen und ökonomischen Prozessen“ (IPSEN, 1991) wird durch diesen empirischen Befund unterstützt. Nicht nur der Fall von Kléa und Kímon, sondern seit eh und je und andere Fälle zeigen, auf welche Weise die Ränder die

größten Möglichkeiten – und damit ist nicht nur der Platz gemeint – für die Realisierung des Wohntraums und letztendlich des erwünschten Lebensstils zur Verfügung stellen. Sogar die Suburbanisierung als Massenprozess und im übertragenen Sinne als Instrument der Kapitalakkumulation machten Gebrauch von den an den Stadträndern gebotenen vielfältigen Möglichkeiten.

Fallbeispiele wie dieses repräsentieren zudem den Zeitgeist, den gesellschaftlichen Zustand und nicht zuletzt die Ausgangsbedingungen für die Stadtentwicklung. Neben materiellem (Flächenverfügbarkeit) bietet der Stadtrand vor allem immateriellen Platz (Freiraum) für die Umsetzung von individuellen oder kollektiven Lebensentwürfen, zu einem großen Teil realisiert in Form des eigenen Hauses. Seit einigen Jahrzehnten werden jene Merkmale der großstädtischen Modernität, wie Freiheit und Zwangslosigkeit oder ökonomische Nischen, mehr an den immer *gesprawlten* Rändern verortet. Nun ist im metropolitanen Maßstab Plataniá nur bedingt ein Rand. Früher in den 1960er-Jahren, als Kléas Vater hier wohnte, lag es sogar außerhalb des Randes. Er verließ diesen Raum um in die Großstadt mit ihren Opportunitäten und zentralen Funktionen in eine neue, moderne Lebensform überzusiedeln. Als er 30 Jahre später – nicht aufgrund des Landbesitzes – zurückkam, war die Verwandlung Plataniás, aber auch der Großstadt in vollen Zügen. Plataniá lag damals noch fast mittendrin in der Metropolregion bzw. Stadt und Ränder gehörten schon beide zusammen. Wobei die neue Umgebung immer mehr in eine Entwicklung übergeht, die zwar nicht großstädtisch-verdichtend, jedoch eigenständig ist.

Derselbe Grund führte dazu, dass Kímon und Kléa hiergeblieben sind. Weniger, weil sie hier Bauland bekamen, vielmehr weil sie hier den Beginn eines modernen Lebens für möglich gehalten hatten. In ihren Überlegungen, Plänen und Handlungen wurden stets Möglichkeiten und Vorteile der Standorte austariert, die meistens den gesteckten Zielen und hohen Ansprüchen nur bedingt gerecht werden konnten. Die Suche nach dem *richtigen* Wohnquartier war deswegen wenig erfolgreich. Nun mit dem Bau des eigenen Hauses gingen sie ein Lebensprojekt ein, wollten etwas ganz Individuelles schaffen. Das zur Verfügung gestellte Grundstück war emzufolge mehr als nur Bauland. Es war eine Projektionsfläche für Wünsche und Bedürfnisse. Die unkonventionelle Verwendung der als Baumaterial eher ungewöhnlichen Materialien Stein und Holz in der modernen Großstadt ist bezeichnend. Im Gespräch stellte sich heraus, dass neben dem Wunsch nach Individualität und Kompromisslosigkeit die hohe Sensibilität für ökologische Themen, allem voran

die „Energieeffizienz“, sowie die Vorliebe für „Naturmaterialien“ eine wichtige Rolle gespielt haben. Auch die „günstigen statischen Eigenschaften“ und „möglicherweise bessere Isolation vor elektromagnetischen Wellen“ wegen der etwa 200 m entfernten Hochleistungsmasten wurden berücksichtigt. In den meisten dieser Punkte herrschte zwischen Kléa und Kímon immerhin große Einigkeit. Für das untere Geschoss war Naturstein, für die oberen Etagen plus Halbetage eine Holzkonstruktion vorgesehen. Der unkonventionelle Bau und die verwendeten Baumaterialien bedeuteten einen zeitaufreibenden Prozess. Insbesondere die Holzkonstruktion verursachte ein Mehrfaches an Baukosten, was größtenteils mit der schlechten Arbeitsleistung und einigen „sehr groben Dummheiten“ des ersten Bauingenieurs (ein „Scharlatan“) zu tun hatte. Gewiss sind auch das Bauamt und andere Behörden an ihre Grenzen gestoßen, sonst lässt sich nicht erklären, weshalb das Baugenehmigungsverfahren fast zwei Jahre gedauert hat. Dafür war im Vergleich die eigentliche Bauzeit von etwa elf Monaten sehr kurz. Die Idee, die Zeichnungen und selbst der größte Teil der Baupläne kamen von ihnen. Die häufig höchst divergierenden Vorstellungen, z. B. er war für „schlichtere, funktionale“ Formen und favorisierte einen „quadratischen Hausgrundriss“, während sie „verspielte Ecken, Vorsprünge, Vorstöße, Hypotenusen usw.“ oder „etwas mehr Dramatik“ vorzog. Meistens wählten sie einen Mittelweg; auch wenn dadurch manches unkonventioneller wurde und zu widersprüchlichen Ergebnissen geführt hat. Ein gewisser „Neid“ und das Kopieren bei Freunden abguckter Hausformen hatten ebenfalls Einfluss auf die Gesamtgestaltung.

Unten im Steinbau waren alle Schlafzimmer vorgesehen, während der obere Holzbau aus einem durchgängigen, offenen Raum bestehen sollte. Wohn-, Ess-, Spielzimmer und Küche sind damit *unterm Dach*, im hinteren Drittel gibt es eine Empore, vorerst ohne Nutzung, die zu einem späteren Zeitpunkt ausgebaut und zu einem Gästezimmer umfunktionierte werden könnte. Heute würden sie einiges wohl anders gestalten. So die kleingerateten Fenster (in Kléas Plänen waren sie noch kleiner) oder die offene Küche. Letzteres wurde nach Einmischung und Ratschlägen von Freunden konzipiert. Die kritische Haltung setzte jedoch im weiteren Verlauf, nach der Fertigstellung und dem Einzug ein. Nun hätte Kléa lieber die Schlafzimmer doch im oberen Geschoss und den Wohnbereich im Erdgeschoss, damit es einen direkten Zugang zum Garten gibt. Kímon wiederum besteht auf dieser Umkehrung, da es für ihn behaglicher ist. Für ihn bedeutete dieser Hausbau sehr viel, weil er zum ersten Mal in seinem Leben anfang zu lernen, was es heißt, im eigenen Haus zu wohnen.

Ein neuer Aspekt ist die Finanzierung, die in der Zeit der *finanziellen Revolution* (ab Anfang der 2000er-Jahre) zur Überschwemmung des Marktes mit Niedrigzinskrediten führte und eine Wende von der bis dahin – auch im Hausbau – dominierenden familiären hin zur konsumtiven und kreditfinanzierten Ökonomie markiert. So entstand die Möglichkeit, über Kreditfinanzierung ein Haus zu bauen. Die familiäre Beihilfe war jedoch eher „eine Frage der finanziellen Unmöglichkeit und weniger der fehlenden Bereitschaft“.

Mit den „kleinen Fehlplanungen“ haben sie sich leicht arrangieren können. Das Wohnumfeld betreffend, war dies jedoch keineswegs der Fall. Erstens erhofften sie sich eine baldige Verlegung der Hochleistungsma-
sten in der Nähe; trotz Absichtserklärungen durch die Gemeinde passierte dies nicht. Zweitens traten innerhalb von wenigen Jahren nach Fertigstellung ihres Hauses enorme Veränderungen in der unmittelbaren Nachbarschaft ein, die auch ihre Wohnqualität, vor allem in baulicher Hinsicht, massiv beeinträchtigten. Sie rechneten zwar mit einer relativ schnellen Bauentwicklung, allerdings nicht in dieser extremen Form. In ihren Ausführungsplänen legten sie Wert auf die Einhaltung von Mindestmaßen wie ausreichende Abstände zu den benachbarten Parzellen und möglichst viel Sichtfreiheit. Dies wäre zu gewährleisten, wenn wie sie auch „andere nebenan ein Einfamilienhaus“ gebaut hätten. Womit sie gar nicht gerechnet haben, war die Rücksichtslosigkeit der Bauherren, die eine Anlage mit „zehn Maisonetten“ dicht an dicht bis an ihre Grundstücksgrenze heranbauten. Das hat ihre schlimmsten Erwartungen übertroffen, zumal sie nun auf der einen Seite die Sicht auf „eine graue, monotone Wand“ haben. Noch unangenehmer ist, dass sie, so wie früher in der *Polikatikía*, nun alles mitbekommen, z. B. wenn „der Andere seine Toilettenspülung betätigt“ oder „auf seiner Treppe läuft“.

Zum guten Wohnen und zur hohen Lebensqualität generell gehört für beide die Anbindung an die lokale Gesellschaft. Plataniá war in dieser Hinsicht die richtige Wahl, nicht nur aufgrund ihrer Familie (Vater, Onkel usw.), sondern weil sie in einem kleineren Ort mehr soziale Kontakte und Vor-Ort-Beziehungen vermuteten. Mit ihrem Einzug bezweckten sie weder Einsiedler noch Eremiten zu werden. Die Sehnsucht nach der anfangs vorgefundene Situation, d. h. links, rechts und vorne ein freies Feld und kaum Bebauung, ist recht groß. Damit lernten sie nicht nur umzugehen, sondern zogen auch eine Lehre daraus. Wenn sie das nächste Mal einen neuen Wohnort suchen werden, dann wird es einer sein, „der bereits entwickelt ist und nie wieder weiterentwickelt oder verändert wird“. Aus Rücksichtsgründen gegenüber ihrem Vater, der

das Grundstück ihretwegen dreigeteilt hat, steht nicht zur Debatte, das Haus „zu einem guten Preis zu verkaufen“ und wegzuziehen. Allerdings ist die Vorstellung, „in fünf Jahren woanders“ zu wohnen, auch nicht völlig auszuschließen. Aller Voraussicht nach sind jedoch in ihrer Wohnsituation vorerst keine Veränderungen zu erwarten, zumal sie gerade vor drei Jahren das selbstentworfene Haus bezogen haben und sich noch in einem Eingewöhnungsprozess und auf der Suche nach Bodenständigkeit befinden. Die Einschulung der Kinder, aber auch die noch ungewisse Berufskarriere Kléas schränken zusätzlich ihre Flexibilität und Mobilität, geschweige denn große Abenteuerlust ein. Der bis vor kurzem in seinen Arbeitszeiten flexible Kímon musste Einbußen sowohl in seiner Flexibilität als auch in der Vergütung hinnehmen. Die krisenbedingte Verteuerungswelle (Mehrwert-, Mineralölsteuer, Mautgebühren) hat die ohnehin hohen Fahrkosten zu seinem Dienstort in Elefsína (45 km) erheblich ansteigen lassen. Da Gehaltskürzungen und weitere Verteuerungen bevorstehenden, wird auch in der Zukunft mit außerordentlichen Einschnitten und einer Einschränkung ihrer Mobilität gerechnet.

Idealisierte und real-soziale Praxis

In Bezug auf das Zusammenleben in Plataniá werden Aspekte, wie lokale soziale Regeln und Mechanismen von Toleranz und Akzeptanz bzw. Distinktion und Exklusion angesprochen. Typisch für den Ort sind die Distinktionen zwischen Autochthonen und Allochthonen bzw. Einheimischen und Zugezogenen, und auch weitere ähnliche Unterscheidungen zwischen Alt- und Neu-(oder sogar Neuneu-)Bewohnern oder zwischen Bewohnern mit und ohne kleinasiatischen Hintergrund. Solche Komparationen fallen gerade auf dieser kleinräumlichen Ebene relativ schnell auf und kommen im alltäglichen Sprachgebrauch (wie in den geführten Gesprächen) relativ häufig vor. Die lokale soziale Praxis in Orten wie Plataniá ist von Distinktions- und Lagerdenken übersät und dies ist nicht einem Zufall geschuldet, sondern Ergebnis der Ortsentstehung. Durch die zurückliegende starke Zuwanderung und die Ankunft der Neubewohner gewann dieses Phänomen an Dynamik. Hierbei geht es weniger um gravierend unterschiedliche kulturelle oder sozioökonomische Hintergründe, sondern vielmehr um lokale Machtverhältnisse. Zum *Lager* der Autochthonen gehören die Nachkommen der Flüchtlingsgeneration, die ein starkes Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo haben. Sie haben inzwischen „die Mentalität adoptiert“, die sie als „Einheimische“ mit gewissen Vorrechten ausstattet, und zwar in

Sachen Ortsgestaltung und lokalem Geschehen (Kultur, Politik, Feste) insgesamt. Obwohl Differenzen und Konkurrenz nicht verlaublich werden, deuten bestimmte Verhalten und Vorgehensweisen auf eine unverkennbare Kluft zwischen Neu- und Altbewohnern. „Generell werden die Neuen nicht gerade umarmt von den Alten“, auch wenn Letztere ihnen im Grunde das Bauland verkauft haben. Ähnliches gilt beim Engagement der Neubewohner in gemeinsamen Angelegenheiten. Wobei auch die „örtliche Bindung“ und Präsenz in Veranstaltungen, Gemeindegemeinschaften der Neubewohner sehr zu wünschen übrig lässt. Sehr übel wird den Neuen genommen, dass sie zwar ihren ständigen Wohnsitz hierhin verlegen, sich jedoch nicht bei der Gemeinde anmelden. Entsprechend gering scheint beiderseits das Interesse an sozialen Kontakten und Beziehungen zu sein. Das Distinktions- und Konkurrenzdenken spiegelt sich auch in der Arbeit der lokalen Vereine wider. Erst im vergangenen Jahr konnte „zum ersten Mal eine gemeinsame Weihnachtsveranstaltung“ stattfinden, die sogar „bei allen“ gut ankam, aber noch nicht sicherstellt, dass dies auch im nächsten Jahr passiert.

Dieses bipolare Muster wird ebenso von der lokalen Kommunalpolitik getragen. Während der Gemeindevorsitzende²⁰² dem Teil der Altbewohner angehört, kommen die wichtigsten Oppositionsvertreter in der Regel aus den Reihen der Neubewohner. Konkurrenz- und Rivalitätsdenken führen nicht selten zu einer Sackgasse und zu juristischen Auseinandersetzungen mit dem Ziel, Mehrheitsentscheidungen rückgängig zu machen. Trotz der Absicht der Gemeinde, vermittelnd zu wirken, kommt es nur selten zu Kompromisslösungen. Kléas sechsmonatige Tätigkeit bei der Gemeinde hatte unter anderem die Vermittlung zwischen den verschiedenen Parteien und die Koordinierung von Aktivitäten zum Inhalt. Zu ihren Aufgaben gehörte der Versuch, durch die Unterstützung von lokaler Demokratie nachhaltig eine Kursänderung herbeizuführen. Während Kléa darin einen starken Bedarf sieht, bezweifelt Kímon die Existenz weitläufiger Distinktionsphänomene und idealistisch argumentierend ignoriert oder weigert ersich Distinktionen und entsprechende Verhalten ernst zu nehmen. Die Ausblendung dieses Teils der häufig thematisierten lokalen Wirklichkeit²⁰³ erfolgt gegebenenfalls aufgrund der eigenen Biografie und der eigenen sozialen Erfahrungsprozesse in Plataniá. Seine Ansprüche oder Erwartungen an das Zusammenleben sind eher begrenzt oder zumindest vermeidet er eine fixe Vorstellung bzw. künstlich hergestellte Gemeinschafts- oder Nachbarschaftsideale. Damit hält er sehr wenig von einer Einleitung von Schritten zur Entwicklung gemeinschaftlicher bzw. nachbarschaftlicher Bande. Solche Maßnahmen, sei es seitens der Gemeinde oder anderer, wären für ihn künst-

lich und interventionistisch, also kontraproduktiv und überflüssig. Plataniá stehe viel besser da im Vergleich zu anderen „lokalen Gesellschaften in Athen“, in denen weder Sinn für soziale Beziehungen noch derartig aktive Vereinstätigkeit vorhanden seien. Die Sinnlosigkeit der Distinktion nach Alt und Neu oder Alt und Jung usw. wäre erledigt und überflüssig, wenn „der Umgang untereinander“ generell stimmen würde. Seine Distinktionen bewegen sich zwischen „netten und wohlwollenden bzw. gemeinen und ungeselligen“ Bewohnern und weniger zwischen „alten oder neuen Bewohnern“. Er zeigt Verständnis für die ambivalenten Gefühle mancher Altbewohner; viele „wären lieber unter sich geblieben, wie sie es bisher gewohnt waren und wie sie aufgewachsen sind.“ Durchweg kommen jedoch Gedanken über eine „entschiedene Gemeinschaft“ zur Sprache, die beispielweise Beihilfe leistet und Neuankömmlinge unterstützt, wie etwa „beim Hausbau“ und in der „Alltagsintegration“.

Nichtsdestotrotz kann Plataniá der Konkurrenz auch etwas Positives abgewinnen. Das besonders aktive Vereinsleben und die hohe Anzahl von Selbstinitiativen stellen für den Ort eine Bereicherung dar. Aus Kléas fachlicher und *korporalistischer* Sicht (siehe staatliche Verwaltungsschule) wären die Unterstützung und Koordinierung der lokalen Vereinaktivitäten Aufgabe der öffentlichen Verwaltung, in diesem Fall der Gemeinde. Diese signalisiert wohl ihre Bereitschaft, aber letztendlich fehlen die nötigen, vor allem finanziellen Ressourcen und dadurch das Personal. Dagegen plädiert Kímon gegen bzw. für weniger staatliche oder kommunale Einmischung und mehr für eine aktivere Zivilgesellschaft, die die Lösung lokaler Kommunikations- oder anderer Probleme alleine bewältigt. Es ergebe weniger Sinn, wenn Gemeinden und andere öffentliche Institutionen „einen Vortrag darüber, was geändert werden könnte“ anbieten, „aber dann nichts umsetzen“, weil sie nicht in der Lage sind, Mittel und Personal zur Verfügung zu stellen. Lieber sollen sie pragmatisch sein und sich „praktische und nicht theoretische Sachen“ zur Aufgabe stellen. Im Grunde sollen sie sich auf Kernkompetenzen zurückbesinnen, wie „Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität“, darunter der Bau „einer städtischen Schwimmhalle“ und Einrichtung von „Radwegen“ oder Förderung des „öffentlichen Verkehrs“. Das heißt jedoch nicht, wie es wiederholt passiert, die „Neuverlegung der Bürgersteige vor Wahlen“.

Die Verwirklichung der eigenen Nachbarschaftsideale und das Zustandekommen einer aktiven Bürgerschaft scheitert jedoch an der knappen „Zeit, ... eigentlich eine Ausrede“, allerdings alltagsbestimmend. Auch

sie sind vorwiegend „mit eigenen Dingen und Aufgaben beschäftigt“, auch sie brauchen Erholung und Ruhe in ihrer Freizeit. Sicherlich könnten eine Nachbarschaft und die lokale Gemeinschaft „in manchen Fällen besonders nützlich sein“. Spätestens seit ihrer Tätigkeit für die Gemeinde weiß Kléa zu schätzen, was „rege soziale Aktivität“ heißt. Sie hat Plataniás Bewohner aus einer ganz neuen Perspektive kennengelernt. Früher hatte sie nur „mit Menschen [...] aus der Uni, dem *Frontistírio*, [...] dem Malkurs oder irgendetwas“ zu tun, nun kam sie in Kontakt mit „Menschen vom KAPI, Personen von der Schule, Personen von der Bäckerei, Personen allgemein...“ und dadurch kam „dieses Gefühl von Gemeinde“ bei ihr recht stark auf. Auch wenn berufliche und Studiengründe dem vorerst ein Ende setzte, gab es Anknüpfungspunkte.

Dabei erkennt sie nicht die eigenen Entfremdungserscheinungen. Sowohl ihre Sozialisation in der Großstadt und ein seit Jahrzehnten zunehmend entfremdendes und individualisierendes Umfeld als auch die angestrebte Qualifikation und Selbstverwirklichung (z. B. berufliche Karriere) verstärken dies. Die Vereinzelung und Abgrenzung in manchen Lebensphasen haben sich als praktisch erwiesen. Damit gewann sie mehr Unabhängigkeit und wurde von Zwängen befreit; gewiss ein Schritt der Emanzipation. Das hatte allerdings Entfremdungs- und Abschirmungsverhalten zur Folge. Ähnlich verlief es für Kímon in seiner Kindheit und Jugend. Seine Ankunft in der Großstadt und die hier kennengelernte Lebensweise und Sozialisation haben „enorme Spuren hinterlassen“. Situationen wie „zehn Jahre lang mit Menschen so nah“ zu wohnen, „von einer 20 cm dünnen Wand getrennt“ zu sein „ohne zu wissen, wie sie heißen“, bleiben ihm bis heute unverständlich, wobei er zugleich selbstreflektierend akzeptiert, dass es nicht möglich ist, alle Nachwirkungen seiner Sozialisation zu begreifen.

Von der metropolitanen zur agrouurbanen Modernität?

Schon die Thematisierung der Entfremdungstendenzen knüpft an vielen Stellen an die fortwährende Großstadtkritik an. Nur, anders als im reaktionären oder traditionalistischen Denken, wird hier nicht die Großstadt oder Metropole prinzipiell infrage gestellt, sondern das damit implizierte Zusammenleben als offene Suche nach einem Wunschzustand und nach Formen harmonischen, gelungenen großstädtischen Zusammenlebens. Auch wenn zu abstrahiert und theoretisch, ist es wohl ein Plädoyer für „Vielfalt“ und „Toleranz gegenüber dem Anders-Sein“. Die Gestaltung des Zusammenlebens wird als Herausforderung oder ständige Aufgabe verstanden – weder polemisch noch vorschnell als misslungen

deklariert. Dabei fehlt der kritische Blick auf den großstädtischen Alltag nicht, die inhumanen und unwirtschaftlichen Lebensbedingungen, die hektisch-aggressive Stimmung oder die Kriminalität und Anonymität, die teilweise den Boden für „Intoleranz“ und weit verbreitetes Unverständnis in Sachen Verschiedenheit der Menschen schaffen immer neue Konfliktpotenziale. (Welt-)Offenheit, Toleranz (und Ignoranz?), im Grunde wichtige Bestandteile des Metropolenseins werden verdrängt. Dagegen spitzt sich immanent die „Tendenz [...] Dinge zu homogenisieren“ zu, ein Spezifikum der Athener, aber auch der griechischen Gesellschaft insgesamt. Es gelingt der Gesellschaft nicht besonders gut, die metropolitane Vielfalt und das metropolitane Chaos „in gesetzter Weise zu verwalten“, um daraus ihre „kreative Seite“ zu gewinnen. Das trifft auf die Mikrogesellschaft von Plataniá, wie auf alle Teilräume zu und überträgt sich entsprechend auf die metropolitane Ebene.

Das Verhältnis beider Gesprächspartner zur metropolitanen Region insgesamt ist ambivalent und damit erklärtermaßen *normal*. Zur Alltagsgeografie der aufgesuchten Orte gehören sowohl das Athener historische Zentrum und der Innenstadtbereich als auch andere Subzentren der Metropole. Physisch und geistig recht flächenhaft verteilt, sind sie als metropolitane Bewohner eher von den Zeitkapazitäten begrenzt. Einen besonders hohen Stellenwert haben Familien- und Freundesbesuche, sozusagen ein persistenter Kontakt zu den lebensweltlichen Kontexten der Metropolregion. Besonders Kléa hebt die metropolitane Vielfältigkeit hervor, die sie zu schätzen weiß. Darunter fällt auch das Athener Zentrum, das trotz seiner Widersprüchlichkeiten immer noch eine hohe Anziehungskraft auf sie ausübt. Weniger die sonst viel beschworene Kriminalität, sondern das fehlende „Grün“ und die „Luftverschmutzung“ sowie andere physische und klimatische Defizite hält sie für substanziell. Die sozialen Problembereiche, die Teil des gesamtgesellschaftlichen Kontextes sind, stellen negative Merkmale dar; die nur hier in solcher Dichte vorkommenden Reize und die Vielfältigkeit überdecken jedoch die Nachteile.

Die angesprochenen Entfremdungsphänomene werden auf das gewachsene Desinteresse für Mitmenschen und die um sich greifende Rücksichtslosigkeit zurückgeführt. Sie könnten mehr denn je zu Merkmalen der metropolitanen Lebensweise aufsteigen: „Jeder schaut auf sich, ist mit sich beschäftigt.“ Damit zeigen Kléa und Kímon nicht auf das Verhalten der Anderen, sondern stellen auch das eigene infrage. Aus der eigenen Wahrnehmung und dem erlebten Lebensalltag in ihrer näheren Umgebung resümieren sie eine Lebensform, die in eine ungeahnte, wi-

dersprüchliche Richtung steuert. Besonders auffallend sind Isolations- und Einkerkungsphänomene, die neben globalen, vermehrt lokale Ursachen haben. In Großstadt und Metropole kommt die vor Simplizität und Monokausalität strotzende Erklärung „Menschen werden von Angst getrieben“ sehr plausibel vor. Möglicherweise wird die Lage von der einsetzenden Angst zusätzlich verkompliziert. Je höher die Raumkomplexität und Unübersichtlichkeit, desto exponentieller die Wirkung.

Aus der Perspektive dieses jungen Paares und aus seiner erlebten, gefühlten und erzählten Alltagswelt lässt sich eine etwas andersartige, vielleicht allzu nüchterne Erkenntnis über den neourbanen, metropolitanen Lebenskontext ablesen. So zum Beispiel, wenn Begriffe wie individuelle Freiheit angesprochen werden, in denen es beim morgendlichen Aufstehen in erster Linie „ums Produzieren, ums Geldverdienen, und darauf Konsumieren“ geht und seit einigen Jahrzehnten die „Empfindung von Freiheit“ mit dem Zustand „frei zu konsumieren“ gleichgesetzt wird. Eine wirkliche „Freiheit gibt es nicht“ und wie die „Tendenz der vermehrten Spezialisierung zur Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität und Leistung“ zeigt, lässt nicht mal auf einen Perspektivwechsel hoffen. Individuen werden sogar „noch mehr abhängig und noch weniger autonom“. Diese lebensweltliche Krise, die wohl konsistent und rationell als ökonomische und finanzielle Krise *abgetan* wird, ist die wahre Krise. In jeder Krise und jedem Abdriften in chaotische gesellschaftliche und ökonomische Verhältnisse, keimt jedoch auch Veränderung und damit Hoffnung. Erst dann sind „die Menschen wieder“ in der Lage „darüber nachzudenken“, nach den Sinn der Dinge zu fragen oder Markt und Konsum infrage zu stellen. Vor der aktuellen Krise herrschte (auch) in Griechenland ein Diskurs vom „Kampf aller gegen alle“, dessen Leitprinzipien das Individuum und seine Beförderung zur einzigen relevanten gesellschaftlichen Größe („jeder ist eine Einheit“) waren. Diese Atomisierung wurde von der neoliberalen Marktideologie forciert (vgl. BECK, 2001) und weitete sich aufs Kaufen, Besitzen und Konsumieren aus. Das zirkulierte Fiktivkapital und Plastikgeld führten zu einer Betäubung und schalteten in vieler Hinsicht reflektierte Verhalten aus. Erst durch den Ausbruch der Krise sieht Kléa einen potenziellen Wendepunkt und die Chance für einen Paradigmenwechsel, der einen tiefgreifenden Veränderungsprozess einleiten wird. Eigene Beobachtungen im Alltag lassen zumindest darauf schließen. So „die Bildung kleinerer Kollektive, die dann *schöne* Dinge organisieren“ oder die Reaktivierung lokal operierender Netzwerke, die, wie früher, im überschaubaren Bereich Zusammenhalt und Solidarität (re-)aktivieren. An diesem Punkt sieht Kímon die „Rückkehr in die Vergangenheit“ als „die beste Ent-

wicklung“ und damit meint er ein Postwachstum-Zeitalter mit mehr Autarkie und Nachhaltigkeit, in dem die Menschen mehr im Einklang mit der Natur, ohne Erdöl, Kernenergie oder Genmanipulation etc. auskommen. Er ist fest davon überzeugt, dass das konventionelle Wachstumsmodell obsolet geworden ist – nicht nur aus ökologischen und sozialen, vielmehr aus ökonomischen Gründen. Heute schon stehen Investitions- und Folgekosten „disproportional“ zum Nutzen. Der Denkhorizont der Mehrheit der ökonomischen und politischen Eliten hört jedoch bei der nächsten Generation, d. h. der der eigenen Kinder, auf. Der Postwachstums- und Neomodernitätsanspruch von Kléa und Kímon wird durch die Darlegung weiterer Ideen noch deutlicher. Ihre Sehnsüchte, Bedürfnisse und die angeführten Lebensszenarien über künftige gesellschaftliche wie auch sozialräumliche Entwicklungsformen koppeln sich zusehends von den tradierten, konventionellen und allgemeingültigen Lebens- und Bewirtschaftungsmustern ab. Letztere scheinen eng mit dem Wesen der metropolitanen Entität und dem Metropolmodell zusammenzuhängen. Die Option eines Wegzugs von Plataniá und Athen geht mit Verzicht der damit verbundenen Lebensweise einher. Wenn sie die Metropolregion verlassen, dann wäre naheliegend, „auf eine kleine Insel“ zu ziehen, irgendwo abseits von der Kernsiedlung, also für wenig Geld mehr Land, ein Grundstück zu kaufen – nicht weit von „einem interessanten Ortskern“ um einige Möglichkeiten in erreichbarer Nähe zu haben. Ein biologisch-orientierter Bauernhof oder eine offene genossenschaftliche Form von Ökoagartourismus wären ebenfalls vorstellbar. Dennoch: Als ob ein solches Unterfangen morgen schon verwirklicht werden könnte oder sie „vor einer endgültigen Entscheidung“ stünden, werden hinsichtlich des künftigen Wohnorts sehr konkrete Ansprüche gestellt, wie „ein erster Kontakt [...] ein Mensch als Anker“ oder eine Möglichkeit, den Ort vorher kennenzulernen. vermutlich wie damals ihr Vater der ausschlaggebende Anker für den Einzug in Plataniá war.

Zudem passieren viele „Dinge im Leben mit Hilfe des Zufalls“, womit solche Illusionen eine reale Zukunft haben könnten. Ein Leben in der Athener Metropolregion stellt also für beide keine Notwendigkeit dar und dadurch ist sie verzichtbar. So sehr ihr Alltag von äußeren Faktoren (Arbeit, Studium, Schulen etc.) in Beschlag genommen wird, werden in ihren Idealismen vorerst keine Ausschlusskriterien aufgestellt.

Aus Fällen wie diesem ließen sich Tendenzen oder Eventualitäten über die nahe Zukunft austarieren oder zumindest zur Diskussion stellen. Die postindustrielle Ära ist auch in einer peri- oder semipostfordistischen Gesellschaft nicht vergangen, ohne Spuren zu hinterlassen. Die Lebens-

bedingungen werden von der dauerhaften Krise und Postkrise perforiert. Gerade in der aktuellen Phase scheinen Postwachstumsstrategien, ein Bedürfnis nach Anstand und Mäßigkeit sowie mehr Einklang mit der Natur Konjunktur zu haben. Ein Teil der Gesellschaft nimmt heute eine antimaterialistische, antikonsumptive Haltung ein. Auch die Erwerbsmöglichkeiten verändern sich. Die flexibilisierte Ökonomie, hochtechnologische Möglichkeiten und neue Beschäftigungsformen (darunter Home-Office und ausgelagerte Arbeitsstätte) dringen – wenn auch langsamer – immer mehr in die *griechische* Lebenswelt ein. Früher oder später werden neuartige Lebens- und Erwerbsformen aufkommen. Die heute noch unreal oder idealistisch vorkommenden Vorstellungen werden in einigen Jahren komplett anders aussehen. Dadurch sind abermals Verschiebungen an Wohn- und Arbeitsstandorten zu erwarten.

V. Die Resilienz des Bürgertums

Kosmás ist 1950 geboren und wuchs im Athener Innenstadtviertel Exárchia auf. Hier besuchte er die Grundschule, bis Ende der 1950er-Jahre die Familie ins benachbarte Kipséli zog. Während seiner Jugend erlebte er die Entwicklung Athens und seines neuen Wohnviertels, das sich rasant veränderte, unmittelbar mit. Durch den Zuzug vieler Menschen und den extrem erhöhten Wohnraumbedarf gab es in seiner Umgebung eine hohe Bauaktivität, ablesbar am permanenten Bau von gleich mehreren *Polikatikies*. In nur einem Jahrzehnt wandelte sich das früher mit maximal dreigeschossigen Häusern bebaute Kipséli zu „einem sehr dicht bewohnten Viertel“. Dennoch konnte es „ein gewisses Niveau bewahren“. Die fußläufigen Entfernungen zu „Lebensmittelläden, Obst- und Gemüseläden“ und die geringe Anzahl von Pkws gaben ihm den Charakter „einer ruhigen, urbanen Gegend, in der jeder einen anständigen Lebensstandard“ hatte. Auch der weit verbreitete „Nachbarschaftsgedanke“ blieb bestehen, obwohl Kosmás sich mehr als „Stadtkind“ und weniger als „Nachbarschaftskind“ betrachtete. In der unmittelbaren Umgebung hatte er kaum Bekannte und ist kaum „auf die Straße gegangen, um zu spielen oder Kinder in der Nachbarschaft kennenzulernen“. Unweit, nur zwei Straßen weiter, wohnten jedoch seine zwei besten Freunde, die er aus der Schule kannte.

Nach Abschluss der Grundschule wurde er in die »Deutsche Schule von Athen«²⁰⁴ eingeschult, eine althergebrachte Praxis bei gut betuchten Familien, die ihren Kindern eine sehr gute Ausbildung bieten wollten; damit wurden ein Studium oder ein Nachfolgestudium in einer deutsch-

sprachigen Universität in Aussicht gestellt. Nach seinem Abitur im Jahr 1968 zog der 18-jährige Kosmás nach Zürich und studierte an der ETH Maschinenbau. Nach fünf Jahren schloss er dieses Studium erfolgreich ab, blieb dort und arbeitete für ein weiteres Jahr. Mit Mitte 20 kehrte er nach Athen zurück. Erst dann fiel ihm auf, wie sehr sich sein altes Wohnviertel verändert hatte. Einerseits „begann es enger zu sein“, andererseits, führte die starke Zunahme des Automobilverkehrs und die damit einhergehenden Nebenwirkungen wie „Lärm, Verschmutzung“, eindeutig zur „Abnahme der Lebensqualität“. Nur war er, „wie alle damals, [...] daran gewöhnt“. Zu sehr schätzte er die zahlreichen Wohnstandortvorteile und das unmittelbare Angebot an Mitteln des täglichen Bedarfs: „links der Kiosk“ und „direkt gegenüber alles“. Noch „traf keiner die Entscheidung aus Athen wegzuziehen“.

Ohnehin sollte der Wiedereinzug ins Elternhaus in Kipséli nur provisorisch für die Dauer seines Militärdienstes sein. Perspektivisch wünschte er sich seinen eigenen Raum und deswegen war der Auszug aus dem Elternhaus nur eine Frage der Zeit. Durch „einen Zufall“ geschah dies jedoch schneller als geplant. Seine ältere Schwester, die nach ihrer Heirat im Nobelviertel Psychikó wohnte, zog nun mit ihrer Familie nach Filothéi um und unweit von ihr wurde eine „schöne“ Wohnung frei. Kosmás nutzte vorerst ohne großen Enthusiasmus die Gelegenheit und mietete diese Wohnung. Erst nach seinem Einzug entdeckte er die vielen Vorteile des hiesigen Wohnens; vor allem das Nebeneinander von zentrumnahe Wohnen *und* einer grünen Wohngegend. Daraus wurde ein „heimischer und schöner Lebensraum“, was anfangs unvorstellbar war. Die Tatsache, dass es hier keinen „Kiosk vor der Haustür“ gab, wurde allmählich sekundär.

Mitte der 1980er-Jahre heiratete Kosmás, und damit trat der nächste Wohnortwechsel ein. Seine Frau besaß eine Retiré-Wohnung in der Innenstadt direkt am Wassilíssis-Sofías-Boulevard „gegenüber von der US-amerikanischen Botschaft“. Diese Wiederkehr in das Athener Zentrum verlief „nicht ohne Schwierigkeiten“. Die Retiré-Lage war ein Wehrmutstropfen, am Ende war er froh, als sie nach zwei Jahren wieder ausgezogen waren. Der Grund war ein Wohnungseinbruch, der ihr Wohngefühl nachhaltig „störte“. Von der lauten und vom Autoverkehr geplagten Innenstadt zogen sie nun in das im äußersten Norden der Agglomeration gelegene Politía unweit von Kifissíá, in ein nobles, reines Wohngebiet mit Villen und Luxus-Appartements. Seit den 1980er-Jahren veränderte sich auch diese Gegend stark und Kifissíá war inzwischen ein wichtiges suburbanes Zentrum. Einige Jahre später als das Paar sich trennte, zog

Kosmás aus und mietete eine Wohnung in Kifissíá. Dort hat er bis Ende der 1990er-Jahre knapp „zehn Jahre allein gelebt“ bis er seine zweite Frau traf, die in die Wohnung miteinzog. Sie blieben dort auch, nachdem ihr Sohn „Yiannákis“ zur Welt kam.

In den folgenden Jahren folgte notgedrungen eine weitere Neuorientierung. Zuerst musste er nach 20 Jahren die vererbte Textilfabrik in Néa Ionía aufgeben und sieben Jahre später kam das zweite Kind zur Welt. Die Wohnung war nun zu klein. Seine Frau und er wollten in einem neuen Zuhause in erster Linie die Bedürfnisse der Kinder erfüllen. So stand auf der Suchliste als oberstes Kriterium für den Wohnstandort: Nähe zu adäquaten Bildungseinrichtungen. Darüber hinaus wollten sie nicht auf die Nähe zu bestehenden Freundschaften sowie zu Kifissíá und „den nördlichen Vorstädten“ verzichten. Die Suche konzentrierte sich auf Neubaugebiete zwischen den Gemeinden Ágios Stéfanos und Ániksi, in denen die Preise für relativ große Wohnobjekte erschwinglich bzw. viel moderater waren als in etablierten Wohnorten wie Kifissíá und Ekáli, in denen sie „für das gleiche Geld viel weniger Quadratmeter bekommen“ hätten. Ihre Wohnansprüche waren eher bescheiden, aber die Kinder sollten – aktuell, aber auch in der Zukunft – ausreichend Platz zur Verfügung haben, d. h. auf jeden Fall jedes Kind ein eigenes Zimmer und möglichst Gartenfläche, wenn „kein Hektar“, dann mindestens so viel, dass „sie ein bisschen frei laufen können“.

Bis zum Umzug einer Freundin stellte für beide Plataniá einen blinden Fleck dar und lag außerhalb ihres Suchradius. Erst ihretwegen setzten sie zum ersten Mal ihren Fuß hierher und dieser Moment war für Kosmás wie eine Offenbarung. Er war vom Ort und den schönen Neubauten und zahlreichen Bäumen dermaßen beeindruckt, dass er sich fragte, ob er irgendwo in Zürich gelandet war. Als Ingenieur hatte er ein Auge für Details und erkannte die Gründe für seine Affinität. Neben der schönen Umgebung waren es die angemessenen Bauvorschriften und die bauliche Festlegung über die Verwendung von Ziegelsteindächern, was dem Ort eine gewisse Farbe verlieh. Die niedrige Grundflächenzahl, das Verbot von „Piloti“ (Stützen im Erdgeschoss) oder die maximale Traufhöhe verbesserten Optik, aber auch die Raumqualität. Relativ zügig fanden sie sogar das passende Grundstück bzw. Haus. Zur gängigen Praxis gehörte die Auswahl eines Grundstücks mit einem bereits begonnenen Rohbau. Nach einer ersten Vorauszahlung²⁰⁵ wurden die eigenen Gestaltungswünsche geäußert, sodass der Bauunternehmer den Weiterbau vorantreiben konnte. Von der Auswahl bis zur Schlüsselübergabe dauerte es

kein halbes Jahr, so dass sie Anfang 2008 in das zweigeschossige Maiso-nette-Haus (zwei Obergeschoße und Untergeschoss) einziehen konnten.

Der Umzug nach Plataniá implizierte wichtige Veränderungen im Alltag. Die geografisch und zeitlich ausgedehnten Fahrregimes veränderten sukzessive bisherige Lebensgewohnheiten. Die Orientierung auf Kifissíá blieb aufgrund der persönlichen Beziehungen und Freundschaften oder der begrenzten Einkaufs- und Ausgahmöglichkeiten in Plataniá, weiter bestehen, wobei solche Aktivitäten ohnehin abgenommen hatten. Die Fahrten nach Athen sind seltener geworden, werden sogar wegen der enormen Belastung vermieden – es sei denn aus beruflichen (Behörden) oder privaten Gründen wie der obligatorische Besuch seiner Mutter, die weiterhin im Elternhaus in Kipséli wohnt. Es stellt für Kosmás geradezu einen Zwang dar, wenn er mit dem eigenen Pkw bis Kifissíá oder Perissós fahren und in die elektrische Bahn umsteigen muss. Auch die beliebten Ausgänge mit seiner Frau und Freunden in Kolonáki und die Athener Innenstadt haben stark abgenommen.

Inzwischen hat sich also der Lebensmittelpunkt der Familie größtenteils nach Plataniá verlagert, die Eltern sind am liebsten zuhause oder mit Freunden in den angesagten Tavernen Plataniás. Sehr schnell erreicht man von hier auch die Küste und das Meer. Dies nutzt Kosmás Frau im Sommer öfter aus und fährt mit den Kindern hin. Eine durchgreifende Neuorientierung kam in sein Leben auch durch seine Selbstständigkeit als Gutachten- und Projektingenieur. Kurz nach dem Umzug nach Plataniá gab er sein Büro im 10 km entfernten Néa Philadélphia auf und übt derzeit diese Tätigkeit fast nur in Heimarbeit²⁰⁶ aus. Damit spart er nicht nur die Miete für sein Büro, sondern auch die Fahrten. Zudem kann er seine Zeit freier einteilen und sich auf Yiannákis' Bedürfnisse konzentrieren, die den Lebens- und Wohnalltag von Kosmás' zum großen Teil bestimmen. Damit verbunden sind neben Fahrdiensten in die Schule, zum *Frontistíron* (d. h. Nachhilfeschoolen) und Sport auch die Betreuung der Hausaufgaben, aber auch die Nebenaktivitäten (wie der Besuch der in der Umgebung verstreuten Freunde oder seine Schauspieler-Karriere im Fernsehen). Diese Fahrten werden aller Voraussicht nach mit der Einschulung der dreijährigen Tochter zunehmen und der Alltag wird in zwei Jahren wieder ganz anders aussehen. Momentan besucht sie eine Kindertagesstätte und wird von einem Kindermädchen betreut.²⁰⁷

Interpretativer Rückblick: In der Wohnbiografie Kosmás' kommen einige charakteristische Facetten der Athener Stadtentwicklung vor. So

die Suburbanisierung und die einhergehende sozialräumliche Polarisierung der letzten 50 bis 60 Jahre sowie semantische Informationen wie die sozialräumliche Differenzierung und das Athener Nord-West-Gefälle. Vereinfachend ausgedrückt, handelt es sich um ein Gefälle zwischen Besserverdienenden in Villenvorstädten im Norden und Südosten sowie Arbeitervorstädten im innerstädtischen Bereich und im Westen bzw. Südwesten. Bei der Suburbanisierung und Wanderung in die nördlichen und südöstlichen Vorstädte waren es anfangs physische Vorteile (abwechselnde Topographie, besseres Klima, reiche Vegetation – im Südosten die Küste) bzw. immer mehr ökonomische Gründe (höherer Immobilienwert), die von Bedeutung waren, aber sukzessive kamen immer mehr das Prestige dazu und der Wunsch, mit anderen *Erfolgreichen* oder *Gleichgesinnten* in räumlicher Nähe zu sein. Das Wohnen hier stellt einen Gradmesser für soziale Mobilität dar und einen Einstieg in den bessergestellten und exklusiven Teil bzw. die räumliche Distanzierung vom unteren, ärmeren Teil der Gesellschaft. Die herkömmliche Differenzierung der Teilräume nach Nord und Ost hat sogar zu Stigmata geführt. Das Verlassen der ärmeren und weniger privilegierten östlichen Gemeinden und in letzter Zeit der von internationalen Migranten *überfluteten* Innenstadt und innenstadtnahen Gemeinden erklärt einen großen Teil der Wanderung in den letzten Jahrzehnten (Pull-Push-Faktoren). Eine entscheidende Rolle für den Einzug sind finanzielle Verfügbarkeiten. Das Vorhandensein vom nötigen ökonomischen Kapital machte eine Abwanderung aus der Innenstadt und den zentralen Bezirken in der Regel zu einer Frage von Zeit. Das Dilemma vor das Kosmás stand, war der Widerspruch zwischen jenem Leben in der Innenstadt, wo „der Kiosk“ und im Grunde alles vor der Haustür lagen und einem Leben am grünen und sozial homogenen Rand. Die getroffene Wahl war in gewisser Weise selbstverständlich und intentional. Die aufgesuchten Aktionsräume lassen ebenso darauf schließen, dass die Zugehörigkeit oder zumindest ein Anschluss an die obere Gesellschaftsschicht gewollt waren. Die Ausbildung, die darauf folgende Tätigkeit als Fabrikant und die erste Ehe mit einer vermutlich sehr vermögenden Frau verstärken diesen Verdacht. Damals war ein entsprechendes Leben und Wohnen erschwinglich. Die Abwicklung des Unternehmens²⁰⁸, die Scheidung und die Neuorientierung deuten wiederum auf einen herbeigeführten Lebenswandel hin. Ob und inwieweit damit ein sozialer Abstieg einherging, lässt sich schwer herausfinden, dennoch gibt es in seinen Erzählungen klare Indizien dafür, dass derzeit finanziell einiges weniger möglich ist als früher.

Des Weiteren wird anhand von Kosmás Alltagsregime Plataniá in seiner Funktion als Wohnort und Ort von sozialer Mischung bzw. Annäherung

und Koexistenz von sozioökonomisch heterogenen gesellschaftlichen Akteuren (oder Schichten)²⁰⁹ ins Visier genommen. Die Tatsache, dass hier einerseits von der Straße abgewandte und von hohen Mauern umschlossene Maisonette-Komplexe ohne Interesse an Ortskontakten existieren und andererseits einheimische und andere Zugezogene, die nach *intakten* Dorfstrukturen und quasi-primären Kontakten suchen, macht eine Auseinandersetzung mit diesem Paradoxon interessant. Auch wenn Kosmás kein typischer Vertreter dieser geschützt und geradezu eingekerkert anmutenden Neubewohner von Plataniá ist, weist er dennoch einige Merkmale auf, die eine soziale Distanz zu den lokalen Gegebenheiten offenbaren. Seien es Zeitgründe, seine bisherigen Erfahrungen oder seine Sozialisation allgemein, die ihn eher in die Kategorie der ortsungebundenen Bewohner einordnen, die nur zweckorientiert im Ort leben, während Aktivitäten oder Freundschaften und soziale Beziehungen außerhalb des Wohnstandortes existieren. Eine klare Aussage über Nachbarschaftsbeziehungen oder eine lokale Introversion ist nur bedingt möglich und nur Veränderungen in seinem Alltag deuten darauf.

Die »Maisonette« – mehr als nur ein Wohnstil

Die Gebietserweiterung im Norden von Plataniá (Ágios Dimítrios) und ihre besondere Charakteristik durch den Bau von Wohnkomplexen mit einzelnen oder mehreren Häusern im Maisonette-Stil wurden bereits angesprochen. In diesem Ortsteil lässt sich exemplarisch die Aktualität dieser neuzeitlich beliebten Wohnbauweise dokumentieren. Die Maisonette stieg vor allem in den 2000er-Jahren zur postmodernen bzw. post-suburbanen Behausungsform (schlechthin) auf. Deren *Erfolg* ist vergleichbar mit der Popularität der modernen Stadtwohnung in der *Poliká-tikía* in den 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahren. Prinzipiell basiert die Idee des Maisonette-Hauses bzw. der Maisonette-Wohnung auf einer bescheidenen Ausführung des Landhauses und der Villa. Ähnlich wie in Kosmás' Fall war dieser Trend unverkennbar. Befragungen vor der Krise (darunter eine von 51.450 Kaufinteressenten) zeigen, dass mehr als ein Drittel²¹⁰ der Käufer nach einer Maisonette-Wohnung bzw. einem Einfamilienhaus sucht (KATHIMERINI vom 28.04.2007).

Allerdings ist weniger die genaue Bautypologie, Form und Funktion der Maisonette und des Maisonette-Hauses²¹¹ von Belang, sondern deren Wert für die Gesellschaft und darüber hinaus für die Stadtentwicklung. Diese neue räumlich-soziale Praxis ist zugleich ein kultureller Ausdruck und ein Zeitzeichen, das mit einem Wandel einhergeht. Die Maisonette stellt zudem eine lokale Interpretation der mit den im neoliberalen Mo-

dell global emporgekommenen Living und Life Styles dar. Sie sind die lokalen (post-)suburbanen Wohnformen der früheren *Polikatikía*-Bewohner, in der Regel der Mittelschicht, die in den letzten Jahrzehnten die suburbanophile Lebens- und Wohnstile entdeckt haben, deren Vorbilder in der US-amerikanischen Lebensweise und den damit einhergehenden Bau- und Wohnkulturen, Lebens- und Konsumstilen zu suchen sind. Diese Wohnform ist deren lokale Variante, die zu einem gesellschaftlichen Standard aufstieg und teilweise in Kontinuität zum Wohnen in der *Polikatikía*-Wohnung steht, nur eben diesmal in horizontaler Form und mit einem Stück Garten vor und/oder hinter dem Haus.

Der Fall von Kosmás repräsentiert die Suburbanisierung Athens auch aus der Perspektive der doppelten Suburbanisierung. Die ersten Suburbanisierer verließen die extrem dichte, kongestierte und verschmutzte Innenstadt in den 1970er- und 1980er-Jahren und zogen in größere Wohnungen, in suburbane *Polikatikías* der noch wenig verdichteten Vorstädte. Keine 20 Jahre später kam es zu einer weiteren Sub- teils Exurbanisierungswelle. Nicht nur viele Innenstadt-Bewohner (allen voran die Mittelschicht) verließen die zentralen Gemeinden, sondern viele der ersten Suburbaniten begannen die ehemaligen Vorstädte zu verlassen, um in Gemeinden oder Neusiedlungen am äußeren Rand in Häuser und Maisonetten zu ziehen. Ähnlich verließ Kosmás zuerst die Innenstadt und zog nach Filothéi bzw. nach dem Intermezzo in der Vassilíssis Sofías nach Politía und Kifissíá. Nach der Geburt der beiden Kinder und dem gestiegenen Bedarf an Wohnraum waren Kifissíá und die vornehmen Gemeinden in der Umgebung nicht finanzierbar. Wohl aber die etwas *weiter entfernten* Gemeinden am äußeren Rand, wo der Kaufpreis eindeutig niedriger²¹² war und die dortigen Immobilien und Häuser eine abgeleckte Variante der Villa oder des Herrenhauses darstellen.

Mit dieser Maisonette-Konjunktur geht jedoch die Strategie des sozialen Aufstiegs einher. Die moderne suburbane Wohnform fand vor allem in der Umgebung der bereits vornehmen Gemeinden im Norden, Nordosten und Südosten statt. Aufsteiger der Mittelschicht, Neureiche, aber auch bedingt solvente Käufer finanzierten in den Jahren des Wachstums und der Krediterweiterung ihre Wohnwünsche. Beiläufig gediehen Real Estate und Bautätigkeit. Diese Entwicklungen werden zwar von Kosmás skeptisch gesehen und er distanziert sich von der Neureichen-Mentalität, dann aber selbstreflektierend kommt er zu der Feststellung, dass auch er und seine Familie ein Teil davon sind. Schließlich wohnen und handeln sie auch so. Jeder versucht im Grunde, in Wohlstand zu leben. Die breite Mittelschicht ebenso. Möglicherweise waren auch seine Ambitionen vor

etwa 30 Jahren nicht anders, als er nach einer distinguierten Wohnform und Wohngegend suchte. Selbstkritik und Tadeln des eigenen Handelns betreffen letztlich nicht nur das Wohnverhalten, sondern greifen auf fast alle Kontext-Bereiche über. Von den informellen Beschäftigungsformen in seiner Textilfabrik, der verschwiegene Haushaltshilfe bis zur Nicht-Einhaltung der Baugesetze, selbst für den Bau des eigenen Hauses. Die Legitimation wird, bis zu einem gewissen Grad, von der Erfordernis der Anpassungen an lokale Gegebenheiten geholt. Nur so könne die Umsetzung der eigenen Lebensziele und -pläne gelingen. Kosmás hätte ein anderes System und andere Mentalitäten, wie z. B. in Zürich, lieber letztendlich muss jedoch zweckdienlich und praktikabel, realitätsnah und nach der lokalen Logik vorgegangen und gehandelt werden.

Im Dienste des Reproduktion

Eine herausragende Stellung in Kosmás' Leben in den letzten Jahren haben die Kinder und vor allem sein zehnjähriger Sohn. Obwohl es im Grunde ums Wohnen und Zusammenleben, Wohn- und Lebensalltag gehen sollte, wird all dies zweitrangig und von der Aufopferung zum Wohle und Aufziehen der heranwachsenden Kinder bestimmt. Vor allem der Sohn (und Erbe?) Yiannákis ist zur wichtigsten Lebens- und Alltagsaufgabe des Vaters geworden. Die Erzählung über den Wohnalltag und die sozialen Beziehungen vor Ort werden so größtenteils von den Reproduktionsaufgaben, vor allem dem Aufziehen und der Bildung von Yiannákis geprägt. Es wäre anmaßend, über die Gründe dieser absoluten Widmung zu spekulieren. Ob die Freude, nur über ihn zu reden („es gefällt mir sehr über meinen Sohn zu reden“) damit zusammenhängt, dass er in einem späteren Alter Vater geworden ist (Kosmás war 50 Jahre alt, als sein erstes Kind zur Welt kam) oder durch die Heimtätigkeit und die alltägliche Präsenz zu Hause, bleibt offen. Andererseits besteht zwischen diesen Entscheidungen eine Kongruenz.

Allenfalls macht inzwischen die Reproduktionsarbeit (Kinderbetreuung, Bildung inkl. Fahrdienste) einen beträchtlichen Anteil des Wohnalltags aus. Schon bei der Auswahl der Wohnform und des Wohnstandortes gehörten die Schulauswahl und die Nähe zu bestimmten Bildungseinrichtungen zu den wichtigsten Faktoren.²¹³ Überhaupt wirkte die Bildung der Kinder von Beginn an katalytisch auf die Aufstellung der Lebens- und Wohnpläne. Der enge finanzielle Rahmen erlaubte nicht die optimale Lösung, die ein Wohnstandort in der Nähe der Schule in Vrilísia bieten würde, dennoch wird nun versucht die Nachteile wettzumachen. Dass zahlreiche Familien den Wohnort wechseln, um ihren Kin-

dern bessere Bildungschancen zu bieten, ist sicherlich nichts Neues (siehe im vorherigen Fall Kímon: Die ganze Familie zog nach Athen, damit die Kinder bessere Bildungschancen bekämen). Relativ neu ist jedoch das Phänomen einer Segregation, in der Eltern aufgrund der Zuspitzung der Konkurrenz auf dem Bildungs- als auch auf dem Arbeitsmarkt zusätzlich unter Druck geraten. Kosmás bringt diesbezüglich die schwierige ökonomische Lage, die erhöhte Konkurrenz und die Wichtigkeit von Bildung und Qualifizierung als Familien- bzw. Elternstrategie für den sozioökonomischen Aufstieg zur Sprache. In der griechischen Gesellschaft – und nicht nur dort – war deswegen die gute Bildung der Kinder von enormer Bedeutung. Die wiederholten Phasen ökonomischer und systemischer Instabilität in der Peripherie verliehen diesem Ziel eine noch höhere Priorität als in den Wohlstandsstaaten. Aus Sorge um die Zukunft ihrer Kinder investierten die Eltern ihr Hab und Gut oder wechselten eben den Wohnort. Auch Kosmás setzt nun einen großen Teil seines Zeitkapitals für das heutige und künftige Wohl von Yannákis ein und damit gleicht er ein Teil des fehlenden ökonomischen Kapitals aus; eine Wiedergutmachung für den Umzug und die verpasste Chance durch den Schulwechsel.

Das Familienleben prägt also in jeder Hinsicht den Alltag, vor allem die Kinder füllen den Tag, sodass es nur wenig Freizeit, z. B. zum Ausgehen, gibt. Die relativ kurze Zeit in Plataniá hat noch keine besonders engen sozialen Beziehungen gestiftet, allerdings sind zwei Freundschaften (davon eine von früher) vorhanden. Und anders als in der Innenstadt, hört man hier „Guten Tag“, wenn man aus dem Haus geht und jemanden auf der Straße trifft. Zudem haben die Kinder die Gelegenheit, auf der Straße oder dem Spielplatz zu spielen. Allerdings geschieht das selten, da die besten Freunde und Mitschüler von Yannákis in der Regel in anderen Gemeinden wohnen. Der Besuch einer Schule in einem anderen Ort verhindert Gelegenheiten, am Ort Freundschaften zu schließen. Dies scheint jedoch für Kosmás deswegen keine Besonderheit zu sein, da auch er es nicht anders kennt. Der Besuch der »Deutschen Schule« bedeutete auch für ihn ein verstreutes Netz von Mitschülern und Freunden über dem ganzen Attischen Becken, was zudem mit einer breiten sozialen Schichtzugehörigkeit verbunden war. Nun wird vieles nur mit dem Wagen erledigt und daraus ergeben sich kaum Möglichkeiten des Kennenlernens im Alltag. Die Geschäfte sind hier weniger attraktiv oder klein, erfüllen also nur begrenzt die Funktion eines öffentlichen Platzes oder einer Begegnungsstelle.

So gesehene ist das soziale Leben zum größten Teil vom Familienleben und der Reproduktionsarbeit geprägt. Der Wohnstandort selber verursacht Abhängigkeiten unter den Familienmitgliedern. Einerseits muss sich Kosmás nach dem Tagesplan von Yannákis richten, andererseits sind die Kinder eingeschränkt und ausschließlich von der Bereitschaft und Verfügung von Kosmás und seiner Frau (durch ihre Schichttätigkeit fällt sie in manchen Wochen ganz aus) abhängig. Generell bringen sub-urbane Wohnorte wie in diesem Fall Plataniá eine höhere Belastung für die Eltern mit sich und führen zur Zunahme der Abhängigkeit der Kinder und Jugendlichen von den Eltern. Der Vergleich von damals, Kosmás' Kindheit und Jugendzeit, und heute, die seiner Kinder, konterkariert zwei komplett unterschiedliche soziale Erfahrungsprozesse und damit Sozialisationen. Er konnte immerhin als 13-, 14-Jähriger im Sommer in der Fokíonos Negri unbekümmert Freunde treffen, mit ihnen Kaffee trinken gehen und gegen Mitternacht wieder nach Hause kommen, seine Kinder werden dies in einigen Jahren nicht können werden bzw. mit allen (Verkehrs-)Mitteln versuchen, der Trostlosigkeit und Einfalt des Wohnortes zu entgehen.

Auch auf eine anderweitige Beteiligung von Kosmás und anderer Familienmitglieder am sozialen Geschehen von Plataniá (kulturelle oder politische Veranstaltungen usw.), geschweige denn eine Interaktion mit Nachbarn oder anderen Bewohnern kommt nicht zustande. Einzige Ausnahmen einer Aktivität vor Ort sind die relativ seltenen Besuche der Tavernen und der Gang – oder besser gesagt: die Fahrt zum Kiosk.

Kosmopolitische Haltung mit beschränkter Offenheit (kHmbO)

In der Haltung der Bewohner reflektiert sich der urbane oder sogar metropolitane Geist. Die Athener zeigten seit eh und je eine distanzierte Haltung zu *ihrer* Stadt und dies setzt sich fort, nun in der sogenannten Metropolitanität. Ein Deuten solch abstrakter und willkürlicher Begriffe erfolgt nun mithilfe der Empirie und hier konkret mithilfe von Kosmás' Gedanken bzw. seiner Geisteshaltung und Lebensweise. Seine ambivalenten Gefühle gegenüber der metropolitenen Gestalt: Zum einen über den Tellerrand schauend, offen ihr gegenüber, ihre Besonderheiten und Chancen erkennend, zugleich aber pessimistisch, zu sehr auf Probleme und Unstimmigkeiten hingelenkt, zeichnen einen groben Rahmen für seine Einschätzung des derzeitigen Zustands. Seine Erfahrungen im finanziell besser gestellten und kosmopolitischen Zürich tragen sicherlich dazu bei, auch andere mögliche Szenarien und Gesellschaftsbilder vor Augen zu haben, wobei die Athener Verhältnisse und Rahmenbe-

dingungen ihm wohl bekannt sind. Das, was er dort (in Zürich) schätzt, sieht er hier (in Athen) mit Problemen behaftet. Werden Internationalität und eine multikulturelle Perspektive anderswo generell mehr geschätzt und bewundert, während sie in der eigenen Stadt oder Nation eher als problematisch empfunden werden? Selbst dann, wenn man auf individueller Ebene von der internationalen Migration profitiert,²¹⁴ früher von den *pakistanischen* Beschäftigten im Textilunternehmen und derzeit vom *philippinischen* Kindermädchen oder *albanischen* Reinigungspersonal.

Die Orientierungen und Aktionsradien innerhalb der metropolitanen Region ergeben sich zwangsläufig durch die Fahrpflichten für Yannákis, die relativ seltene Vor-Ort-Arbeit an den Bauprojekten sowie Anschaffungen und Einkäufe. Erstere lassen sich in der näheren Umgebung verorten, das heißt in einem Radius zwischen drei bis fünf Kilometern. Da die 18 km zur deutsch-griechischen Athener Schule in Vrilíssia – mehr aufgrund des Zeitaufwands in der Stoßzeit und weniger aufgrund der tatsächlichen Entfernung – unausführbar waren, mussten Alternativen für die enorm wichtige schulische Bildung von Yannákis und das Ziel »Deutsche Schule von Athen« gesucht werden. Das waren am Ende mehrere kleinere und verkehrsärmere Entfernungen in der näheren Umgebung (zwischen sechs und zwölf Kilometern). Einen entsprechenden Aktionsradius weist der wöchentliche Bedarf auf, während die Versorgung des periodischen Bedarfes bis in die vertrauten Geschäfte in Kifissíá reicht. Der Besuch der Innenstadt erfolgt in der Regel aus familiären oder beruflich-amtlichen Gründen. Der erwähnte Besuch der Mutter in Kipséli wird sogar als „Weg nach Golgatha“ empfunden, was unverkennbar die Haltung Kosmás' zum Athener Zentrum zumindest in der jeweiligen Tagessituation ausdrückt. Theaterbesuche oder Ausgehen in Kolonáki, also abendliche Freizeitaktivitäten sind wiederum weniger problematisch.

Zur gleichen Zeit bedeutet der Kontakt zu seiner Mutter die Aufrechterhaltung einer Beziehung und sogar emotionaler Bindung zur Athener Innenstadt. Durch die sporadischen Besuche des Elternhauses und der Lebensumgebung aus seiner Kindheit und Jugend gibt es einen elementaren und reellen Kontakt zu Athen und zu den dortigen Lebensverhältnissen. Fortwährend erlebte er so den vollzogenen Wandel in diesem Stadtviertel. Damit ist er aus erster Hand über die gesellschaftlichen Verhältnisse informiert und in der Lage, „zu verstehen, was die Welt ausmacht“, die sicherlich in Teilräumen, wie in diesem Fall im innenstädtischen Wohngebiet Kipséli, anders ist als in Kifissíá, in Plataniá oder in den nördlichen Vorstädten. Insgesamt legt er auf soziale Mi-

schung sehr viel Wert. Nicht nur seine Sozialisation im Kipséli der 1960er- und 1970er-Jahre, das sozioökonomisch gemischt war, sondern auch die besuchten Schulen, so zum Beispiel die Deutsche Schule, wo er das „Kind vom Bäcker, das Kind von Mitsotakis [Anm. TI: Politikerfamilie], das Kind vom Bankangestellten“ usw. als Mitschüler hatte. Einen solchen Wert will er auch seinem Sohn vermitteln: „Nicht, dass er in seiner eigenen Welt lebt oder in einer anderen Welt lebt, die genau das Gegenteil ist.“ Die Entwicklung der letzten Jahre war von großen Umschwüngen geprägt. Allzu oft war der „der Wert eines Kindes“ mit der Kaufkraft seiner Eltern oder besser gesagt mit ihren Wertgegenständen, d. h. „Größe des Bootes, des Swimming-Pools oder anhand der Kubikmeter des Autos“ verknüpft. Phänomene wie diese und die Zuspitzung von Gegensätzen sind allzu gut in einer metropolitanen Region wie Athen zu beobachten. Der Ausbruch der Krise wird nun wie ein Heilungsprozess gesehen, in dem Phänomene wie exzessive Formen von „Konsum, Schaulauf, Wir-sind-Etwas, Verschwendung“ ausbleiben.

Den *Verfall* der Athener Innenstadt (i. w. S.) betrachtet Kosmás symptomatisch im Zusammenhang mit der Fragmentierung und der Verrottung der griechischen (verstädterten?) Gesellschaft. Das alte Zentrum repräsentiert den Bruch zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Alle Teilräume, darunter Plataniá, umzingeln topologisch die früher mit der Moderne verknüpfte Großstadt. Die neuen Teilräume scheinen sich kulturell, politisch, aber auch sozialräumlich von ihr und von ihren Prinzipien zu entfernen. Hier herrschen andere postmoderne, posturbane usw. Prozesse, Alltagspraktiken und Auffassungen vor. So betrachtet, wirkt der Grad des Verfalls und der Dekadenz der Innenstadt und vormals modernen Urbanität besonders deutlich. Jener Teil der Internationalisierung, der im Zentrum zusammengeballt das „Zusammenkommen aller Nationalitäten“ umfasst, bereitet der griechischen Mehrheitsgesellschaft große Probleme. Ihr fehlen jegliche Konzepte für eine „Assimilierung“ oder Integration von Minderheiten. Generell kehrt man der Innenstadt und diesem Problem den Rücken. Eine Assimilation käme erst nach „mindestens zwei oder sogar drei Generationen“, wobei Kosmás für sich selbst offen zugibt, unter den derzeitigen Bedingungen dieser Herausforderung nicht gewachsen zu sein, obwohl er seit Jahrzehnten in seinem beruflichen Alltag eine gewisse „Vertrautheit mit Fremden“ erlangen konnte. In seiner ehemaligen Fabrik kamen in der letzten Phase fast 90% der Belegschaft (70 bis 80 Beschäftigte) aus Pakistan (oder Bangladesch) und er lernte nicht nur ihre „ehrenvolle Arbeitsweise kennen und schätzen, sondern auch ihre Integrationsbemühungen und -bereitschaft. Trotzdem haben Migranten ohne eine entsprechende Bereit-

schaft zu Toleranz, Integration und Nicht-Diskriminierung seitens der Mehrheitsgesellschaft einen langen Weg vor sich. In der derzeitigen Phase könnte auch Toleranz ein erster wichtiger Schritt sein. Viel wichtiger für Integration oder gar Assimilation wäre wohl die Routinisierung im Alltag, so die Entstehung von Freundschaften und sogar Eheschließungen, was nach Kosmás Meinung lediglich innerhalb derselben Sozialschicht realisierbar wäre. Was innerhalb der *glokalen* Eliten längst stattfindet, wäre auch innerhalb der *glokalen* Prekariate möglich. Andererseits konkurrieren gerade Migranten und die ärmeren Stadtbewohner, darunter diejenigen, die kaum in der Lage sind, der Athener Innenstadt den Rücken zu kehren. Durch das Zusammentreffen werden Linien gezogen, Unterschiede überspielt und der Distanzierungsbedarf nimmt immer weiter zu. Es war fast immer so, dass da, wo die Gefahr der Verwischung der sozialräumlichen Grenzen lauerte und eine Angst vor Identitätsverlust um sich griff, der Widerstand gegen Integration und generell gegen Schmelztiegel-Ansätze wuchs. Auf welche Weise und mit welcher Persistenz zeigt sich dies derzeit in der Athener Agglomeration. Der Verstädterungsprozess Athens offenbart wie wichtig für die Mehrzahl der Zugewanderten und designierten Großstadtbewohner die geografischen Ursprünge und die damit behafteten Traditionen und Bräuche blieben. Ungeachtet der Angst vor Verfremdung, Vereinsamung oder Veränderung war der Herkunftsort grundsätzlich identitätsstiftender als der neue Lebensort. Vielleicht hat Kosmás am Ende nicht nur einen attraktiven Standort gefunden, sondern auch einen sicheren Hafen in der sozialen Form der Familie. Vor allem die Kinder bereiten ihm große Freude. So ist er selber von der vorgefundenen Natur fasziniert, dieses Gefühl steigert sich jedoch, wenn sein Sohn Naturerfahrungen (mit Fuchs, Eule oder Vögeln) macht.

VI. „Auswege finden, [...] um etwas Besseres zu bekommen“

Die Geschichte von **Katerína** (Jg. 1945) beginnt in Vólos, in Zentralgriechenland. Sie kam aus einer gut betuchten Familie und ihre frühe Kindheit ist mit großem Wohlstand verbunden. Ihre Familie wohnte in einem zweigeschossigen alten Haus mit einer Holztreppe im mondänen Alt-Vólos mit sehr engen Gassen in „einer liebevollen Nachbarschaft“. Vom Balkon hatten sie Blick auf die Pílio-Hügelkette und im Garten gab es „einen Mispelbaum und viele andere Bäume“. Jeden Sommer fuhr die Familie mit der Kutsche zu ihrem Sommerhaus in Makrinítsa in Pílio.

Doch die sorglose Phase endete unverhofft als sie etwa vier Jahre alt war. Ihre noch jungen Eltern lösten die „arrangierte Ehe“ auf. Jeder sollte vorerst seinen eigenen Weg gehen, so blieben Katerína und ihr jüngerer Bruder in der Obhut der Großeltern. Für sie kam damit die familiäre Geborgenheit abhanden. Später kam der Konkurs der in ganz Thessalien und Nordgriechenland berühmten Gerberei ihres Großvaters, die jahrzehntelang den Wohlstand der Familie gewährleistete. Deren Niedergang hatte bereits seit geraumer Zeit eingesetzt. Die Anhäufung von Schulden hat nicht nur das Geschäft ruiniert, sondern das ganze Hab und Gut der Familie. Darauf zogen sie nach Lárissa. Ihre Großeltern besaßen dort ein bescheidenes Grundstück mit einem Einzelraumbau am Stadtrand. Hier begann ein neues Kapitel in Katerínas Leben, das von besonderer Härte gekennzeichnet war. In der damaligen Zeit bedeutete ein Leben ohne Eltern und in ärmlichen Verhältnissen ein Außenseiterdasein zu führen und ständig mit Vorurteilen konfrontiert zu werden. Sie und ihr Bruder wurden von den Kindern im neuen Viertel ständig gehänselt und ausgeschlossen. Katerína traf es doppelt: Anders als ihr Bruder, war sie alt genug, um den sozioökonomischen Absturz besonders zu merken. Die prekäre Wohnsituation, die alten Kleidungsstücke und nicht vorhandenes Spielzeug versetzten sie in große Trauer.

Nach der Scheidung der Eltern nahm Katerínas Mutter ein Studium der Englischen Literaturwissenschaft auf und zog unmittelbar nach ihrem Abschluss mit ihren Eltern und Brüdern²¹⁵ nach Athen; dort war es leichter, eine Arbeitsstelle zu bekommen. Ihr Ziel war, Katerína und ihren Bruder zu sich zu nehmen. Aufgrund einer Auseinandersetzung zwischen Großvater und Schwiegertochter wurde jedoch ein Kompromiss vereinbart. Katerínas Bruder durfte zu ihrer Mutter nach Athen, während sie zu ihrem inzwischen neu verheirateten Vater nach Vólos ziehen sollte. Von dort kehrte sie jedoch zwei Jahre später – nach dem „großen Erdbeben von 1953-1954“²¹⁶ – traumatisiert zu den Großeltern zurück.

Der Kompromiss zwischen ihrer Mutter und dem Großvater zielte auch auf eine bessere Ausbildung für sie.²¹⁷ Nach Ende der Grundschule kam sie damit wieder nach Vólos zurück, und wurde in ein Internat, die private »Griechisch-Französische Mädchenschule Sankt Josef« eingewiesen. Die Internatszeit kam ihr trotz strenger und konservativer Erziehung und begrenzter Besuchs- und Ausgehzeiten wie eine Befreiung vor. Nach dem Abschluss zögerte sie keinen Augenblick und zog gleich zu ihrer Mutter und dem Bruder nach Athen, in das innenstädtische Kipséli. Nach der Ankunft in Athen und dem ersehnten Zusammenkommen mit der Mutter und dem Bruder begann eine der schönsten Zeiten in ihrem

Leben. Das Studium an der französischen Akademie, die sorgenfreie und glückliche Phase mit Theaterbesuchen oder Musikabenden zu Hause und insgesamt viel Kultur stellten die Vergangenheit und andere Probleme der vergangenen Zeit in den Schatten. Die engen Wohnverhältnisse zu sechst (Mutter, Großmutter, Bruder, zwei Onkel und sie) in einer Retiré-Wohnung mit dreieinhalb Zimmern, ohne Aufzug und Heizung, und die angespannte Lage waren geradezu „belanglos“. Nebenbei verdiente sie ihr Geld als Nachhilfelehrerin oder als Tür-zu-Tür-Verkäuferin für Sprachunterrichtsmaterialien.

Ende der 1960er-Jahre löste sich jedoch diese „Wohngemeinschaft“ auf. Ihre Mutter, ihr Bruder und sie zogen in eine bescheidene Wohnung mitten im Athener Zentrum, in der Kapodistrioustraße nahe dem Váthisplatz; später kam die Großmutter dazu. Da sowohl ihre Mutter als auch Katerína für einen Pharmakonzern arbeiteten, hatte sich ihre finanzielle Lage eindeutig verbessert. Allmählich fingen sie an, nach einer besseren Unterkunft zu suchen. Die Luftverschmutzung und der Verkehrslärm wurden in dieser Gegend mehr und mehr unerträglich. Unmittelbar nach Beginn der Diktatur verließ ihr Bruder Griechenland und wanderte nach Australien aus. Die drei nun „übriggebliebenen Frauen“ erwarben eine größere und komfortable Eigentumswohnung in Néa Kipséli, in die sie Ende der 1960er-Jahre einzogen. Katerína lernte später ihren künftigen Ehemann kennen und eines Abends – kurios und unerwartet – verlobten sie sich. Noch kurioser war der „versehentliche“ Kauf eines Grundstücks im Jahr 1969. Er war in einem Ort namens Plataniá – irgendwo am Kilometer 26 der Nationalstraße. Unter Alkoholeinfluss wurde ihm zu einem extrem niedrigen Preis ein Grundstück mit „Steinen und Felsen“ angeboten. Er kaufte sofort und stellte daraufhin fest, dass dies sich in einer beeindruckend attraktiven Lage befand. Dies führte dazu, dass er einige Jahre später hier sein neues Haus zu bauen begann. Im Jahr der Fertigstellung (1975) schlug er seiner Verlobte Katerína vor, hier mit ihm und seiner aus erster Ehe stammenden sechsjährigen Tochter einzuziehen. Das Haus war ziemlich unerschlossen fernab vom Siedlungskern oder von anderen Häusern. Der einzige Verbindungsweg war ein „Ziegenpfad“. Die nächsten zwei oder drei Häuser waren nur im Sommer oder an Wochenenden bewohnt, also wohnten sie in der „reinsten Wildnis, wo nachts nur Schakale zu hören waren“. Innerhalb desselben Jahres heirateten sie und kein Jahr später kam ihr erstes gemeinsames Kind zur Welt. Die sich bereits mit dem Einzug andeutenden patriarchalen Züge ihres Ehemanns ignorierte sie zunächst.

Störender wurde nach etwa drei Jahren in Plataniá das Fehlen jeglicher Infrastruktur und vor allem eines kulturellen Lebens. Diesen Zustand empfand Katerína wie „im Sumpf zu versinken“. Entschieden suchte sie nach Wegen, dem isolierten Leben in Plataniá zu entkommen und in die Lebendigkeit der Stadt zurückzukehren. Eine *Antiparochí* bot ihnen die Möglichkeit, eine Wohnung in Kipséli zu bekommen. Katerína verlor keinen Moment und legte los mit der Einrichtung und Anpassung an die Bedürfnisse der vierköpfigen Familie. Auf einmal begann sie jedoch auch über die Richtigkeit ihrer Wohnentscheidung nachzudenken. Sie richtete ihre Aufmerksamkeit auf Einzelheiten, vor allem auf die Reaktion der Kinder. Sie stellte Vergleiche an und wog Pro und Kontra der jeweiligen Wohnlage ab. So befand sie, dass Natur und freier Platz ihnen die größte Freude bereiteten und damit war Plataniá der ideale und kindgerechte Wohnstandort. Dieser Beschluss ging allerdings einher mit dem Versprechen, aktiv gegen das fehlende kulturelle Angebot im „Dorfdorf“ zu werden. Als Erstes gründete sie den ersten Elternverein in der Grundschule. Im Rahmen dieser Arbeit initiierte sie die Organisation kultureller Veranstaltungen vor Ort und den Besuch von Theateraufführungen und Museen in Athen u. a. Nebenbei war sie Frauenvereinsmitglied in der größeren Nachbargemeinde. Durch ihre Aktivitäten schloss sie immer mehr Kontakte zu den Einheimischen und zu der weiter wachsenden Gruppe der Neuzugezogenen. Beiderseits entwickelten sich daraus tiefe Freundschaften. Obwohl sie von allen Zuspruch und Anerkennung für ihr Engagement bekam, reagierte ihr Ehemann eher argwöhnisch. Für einen kurzen Augenblick erwog sie die Scheidung, letzten Endes „wegen der Kinder“ vollzog sie es nicht. Die Erfahrung, ein Kind von geschiedenen Eltern zu sein, kannte sie allzu gut, um so etwas ihrem Kind zuzumuten. Auch nach der Geburt des zweiten Kindes änderte sich nichts an ihren Aktivitäten, sie wurde erneut zur Vorsitzenden des Elternvereins gewählt.

Nach und nach wuchsen die Kinder heran. Das Grundstück (mehr als 2 ha) war groß genug und bot Platz für die Häuser aller Kinder. Nach dem Tod ihres Ehemanns Ende der 1990er-Jahre bekam dann ihre Stieftochter das väterliche Haus, während Katerína für sich und ihre später dazugekommene Mutter, die über mehrere Jahre bei ihrem Bruder in Australien gewohnt hatte, in ein neugebautes Haus zogen. Somit wohnen nun auf demselben Grundstück sie selbst, ihre Mutter, ihre Stieftochter mit ihrem Kind, der älteste Sohn mit seiner Frau und Kindern und auch der seit einigen Wochen frisch verlobte, jüngste Sohn, d. h. vier Generationen. Katerínas Kinder sind nun eigenständig und ihre Mutter durch Pflegehilfe von außen versorgt. So kann auch Katerína frei über ihre Zeit ver-

fügen. Die derzeitigen Aktivitäten haben sich nun in die KAPI verlagert. Hier spielt sich der Lebensalltag ab und hier ist es wie ein „zweites Haus“ für sie. Nebenher ist sie immer noch in vielen anderen Gruppen aktiv (Theatergruppe, Schmuckwerkstatt, Folkloretanzgruppe, Chor usw.). Das ist im Grunde ihr „privates Leben“.

Interpretativer Rückblick: Eine Vielzahl von Katerínas Lebensepisoden scheint wie aus der Tiefe des 20. Jhs. zu kommen.²¹⁸ Die Zeit in der damals recht autarken Provinzstadt Vólos, die Athener urbanen Jahre – geprägt von Kultur und Arbeit – bis schließlich die Familiengründung, die mit dem Übergang ins damals unerschlossene Dorf und dem Leben im heutigen, nun metropolitanen Teilraum Plataniá, lassen eine Karte mit ihren Lebens- und Wohnstationen entstehen. Eine erste Quintessenz ihrer Geschichte könnte das aktive Engagement für die Gemeinschaft und die regelrechte Sozialisierung des eigenen Lebens sein. Eine weitere die Suche nach einem Heim und nach *ordentlichen* familiären Verhältnissen. Mit hoher Sicherheit hängen beide eng miteinander.

Sie erzählte gestikulierend von den Anfängen, ihrer Kindheit und ihrem früheren Leben. Dieser Rückblick offenbarte neben Begeisterung, auch Wehmut über weniger genehmen Lebensphasen, die durch den teilweise epischen Erzählstil in ihrer Bedeutung unterstrichen werden. Intuitiv, vor allem, wenn die Erinnerung weit zurück in der Vergangenheit, fernab von der unmittelbaren Realität liegt. Oder doch ganz wachsam, um vergangene Realitäten aus heutiger Perspektive mit einer positiven Note zu versehen, um zumindest ein Teil des eigenen Lebens in schöner Erinnerung zu haben. Wenn jemand sich während dieses Zeitraums immerfort gewandelt hat, dann entwickelt sich dadurch eine gewisse Distanz zur eigenen Vergangenheit. Andersherum, eine derartige Distanz wird immer nötig, damit man sich wandeln kann. Katerína hat jedenfalls daraus eine Tugend gemacht und blickt stolz auf ihre Vergangenheit zurück und erzählt gern von dieser, nicht um sich zu profilieren, sondern um zu beweisen, was mit starkem Willen, harter Arbeit und dem Schwimmen gegen den Strom alles erreichbar ist.

Ihre Suche und Sehnsucht wurden stets von der Realität eingeholt. Als sie vor etwa 35 Jahren nach Plataniá kam, stellte sie schnell fest von welch Eintönigkeit und Trostlosigkeit das Leben im „wilden“ und kulturlosen Plataniá gezeichnet ist. Aus der Not heraus begann sie zu handeln. Und dadurch änderte sich nicht nur ihre persönliche Lage, sondern auch die Ortspsychologie. Ihr mehrjähriges Engagement und ihre Pio-

nierarbeit werden inzwischen von den lokalen Bewohnern, aber auch von der Kommunalpolitik gewürdigt. Dadurch schaffte sie sich neben Freiheiten auch stabile Freundschaften. Sie trug bei der *Zähmung* der früheren Wildnis und ihrer Verwandlung zu einem lebensfreundlichen und *urbanen* Ort bei. Es waren die in den etwa 34 Jahre dazugewonnenen Freundschaften, die ihre Wurzeln hier tiefer einwachsen ließen. Ihre Aktivitäten motivierten viele andere lokalen Frauen und – neuerdings – Senioren und setzten weitere soziale Potenziale im Ort frei, sodass heute Plataniá ein Ort mit unvergleichlich hoher Dichte an aktiven Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Vereinen ist.

Wohngeografie der Suche nach einem Heim

Eine erkennbare Entwicklungslinie in Katerínas Wohnbiografie fängt in ihrer Kindheit an. Hierin lässt sich ein erster Grund für die hohe Sensibilität beim Umgang mit Kindern erkennen. Sie hat in ihrer Kindheit am eigenen Leib die Bedeutung des Wohnens bzw. Nicht-Wohnens erfahren. Der immaterielle und materielle Verlust des Heims resp. Hauses prägten ihre Denkweise und den weiteren Lebensweg. Während sie in den ersten Jahren ihres Lebens in einem *richtigen* Haus mit Eltern, Spielzeug etc. heranwuchs, folgte darauf eine geografische und emotionale Irrfahrt. Von Vólos musste sie nach Lárissa, dann wieder nach Vólos zurück und nochmals nach Lárissa, um schließlich nach dem Internat in Vólos und mit 18 Jahren „endlich“ zu ihrer Mutter nach Athen zu dürfen. Dieser Moment war sicherlich mit großer Sehnsucht verbunden, jedoch war die folgende Zeit auch äußerst schwierig und erforderte eine große Anpassungsfähigkeit. Die Freude über das familiäre Zusammenkommen, zumindest aus heutiger Perspektive, überwog gegenüber den Anpassungsschwierigkeiten.

Die Wohnung mit einer für damalige Verhältnisse untypischen Zusammensetzung der Bewohner wurde jedoch allmählich zu ihrem neuen Heim. Das Wohnviertel und der innerstädtische Bezirk Kipséli insgesamt befanden sich in dieser Zeit städtebaulich wie gesellschaftlich in einem nachhaltigen Wandlungsprozess. Im Viertel quirlten urbanes Leben und Kultur, was für eine junge Frau aus der Provinz und nach einem Internatsaufenthalt unglaubliche Wirkung gehabt haben muss. Musik, Theater und Geselligkeit prägten den Alltag des mondänen Viertels immerfort. So hat dieser Zeitgeist tiefe Spuren hinterlassen, die darauffolgenden Lebens- und Wohnorte (Kapodistrioustraße und Plataniá) bildeten im Vergleich dazu krasse Gegensätze. Der spätere Kauf einer Wohnung in Néa Kipséli, der die Rückkehr in die Nähe dieses Viertels

signalisieren sollte, war ein Akt von Vergeblichkeit und Sehnsucht nach der abhandengekommenen Zeit. Auch der spätere Reurbanisierungsversuch, machte deutlich, wie radikal sich ihre Lebensweise geändert haben, aber auch der Wandel des Viertels und des Zeitgeistes waren.

Schon damals hatten die Auflösung der Wohngemeinschaft, der Wohnungswechsel und die begonnene Erwerbstätigkeit den Übergang in eine neue Lebensweise angedeutet. Immerhin konnte sie weiterhin vor der eigenen Haustür das reichhaltige urbane Leben genießen. Dies änderte sich radikal nach ihrer Verlobung und dem unmittelbaren Einzug in Plataniá. Von einer der bevölkerungsdichtesten Wohngegenden Athens wechselte sie nun zur „Wildnis“ und „öden“ Gegend. Ihre Entscheidung für Plataniá bedeutete zudem die Aufgabe ihrer Erwerbsarbeit und die Bereitschaft für die Tochter ihres Ehemannes zu sorgen. Das Zurücklassen der immer enger gewordenen matriarchalischen Strukturen in der Wohnung in Néa Kipséli und generell ihre rebellische Neigung wirkten anfangs wie ein Befreiungsschlag, etwas, das sie in der ersten Zeit sehr zufrieden stimmte. Die Abgelegenheit und die dörflichen Strukturen empfand sie als eine angenehme Distanz. Sogar die Naturnähe mit den vielen Platanen und den singenden Bussarden riefen frühere Erinnerungen in Pílio und Makrinítsa wach.

Zugleich sollte es der Beginn in einer langersehten Lebensweise, nämlich die eines intakten Familienlebens und Heims sein. Das Stiefkind verlieh dem Ganzen – mehr für die Außenstehenden und weniger für sie – wieder eine untypische Note. Am schwierigsten in dieser veränderten Situation war jedoch das Umcodieren des eigenen Rollenbildes. Sie musste die Rolle der erwerbstätigen, selbstbestimmten Frau mit der einer suburbanen – und fast halbagraren – Hausfrau und Mutter tauschen. Es stellte sich jedoch schnell heraus, dass sie nicht bereit war, eine *typische* Hausfrau und Mutter zu werden. Die Wohnortidylle, der starke Wunsch nach Familienleben, die Liebe zu ihrem Mann und zu seinem „liebenswürdigen Kind“, aber auch der obsolet gewordene Ausbruch aus den matriarchalischen Strukturen der Drei-Frauen-Wohngemeinschaft waren starke Gründe für das vorschnelle Handeln, wobei das Verlassen des geliebten Athens, und der Einzug in das unbekannte und raue Plataniá keineswegs im Glauben und in Erwartung einer heilen Welt oder perfekter Familienverhältnisse geschah.

Zentral für ihre Entschlossenheit war die Konzentration auf ihre Stieftochter und später auf die leiblichen Kinder, um ihnen all das zu bieten, was sie als Kind nie oder selten bekommen hatte. Mit der Abgelegenheit und Rauheit, Naturnähe und Schönheit des Wohnstandortes

verfing sie sich vorerst in dem Glauben, hier die bestmöglichen Bedingungen zu haben. Was sonst gäbe es in dieser Wildheit an den äußeren Rändern der Stadt als Ruhe und Zeit? Hier konnte sie mehr Zeit mit den Kindern verbringen, auf deren Wünsche und Bedürfnisse eingehen und auf ihre Erziehung und Bildung einwirken. Letzteres konnte sie dann doch nur ansatzweise durchhalten, zumal sie neben der Schule und dem Elternhaus auch das Umfeld und die kulturellen Angebote im Wohnort für wichtig hielt. Städtische Angebote wie Theater, Museum, Bibliotheken usw. fehlten hier. Ebenso waren diese kulturellen Angebote nicht nur für die eigene Persönlichkeit bedeutsam, sondern auch eine Kompensation für die eigenen Bedürfnisse. Die suburbane oder damals noch dörfliche Realität setzte dem enorme Hindernisse entgegen. Dazu kamen Erwartung und der schlechthin begrenzte Denkhorizont ihres Ehemanns, der scheinbar hier stärker sein tradiertes und suburban geprägtes Geschlechterrollenverständnis auszuleben schien. Das Fass zum Überlaufen und sozusagen einen Vorwand brachte die Besichtigung des in einem elenden Zustand befindlichen Kindergartens. An diesem Moment entschied sich Katerína umgehend für die Rückkehr in das zivilisierte urbane Leben, mit den überschwänglichen Kulturangeboten, aber auch mit der breitgefächerten und offenen Sozialität.

Das Kipséli der 1980er-Jahre war jedoch nicht mehr dasselbe wie das der Jahrzehnte davor. Die in der Nachkriegszeit begonnene Betonisierung war schonungslos vorangeschritten. Und schnell setzte eine Degenerierung der Lebensverhältnisse in der gesamten Innenstadt ein, die durch den stark wachsenden Verkehr zu einer extrem schlechten Luftqualität führte. Der damit zusammenhängende Abzug der bürgerlichen Schichten und der Avantgarde und der Einzug neuer Bewohner aus der Provinz oder aus dem Ausland sowie demografische Entwicklungen trugen dazu bei, dass die Athener Innenstadt sich in einem Abwärtstrend befand. Auch Plataniá wuchs, allerdings nur zaghaft. Die Innenstadt war für Katerína mit schönen Erinnerungen verknüpft, Plataniá stand jedoch für das zukünftige Leben. Jeglicher Vergleich zu Lebensbedingungen, vor allem die entscheidenden Faktoren Luftqualität, Platz, Naturnähe ließen keine Zweifel daran aufkommen und allmählich wurde sie sich über die Vorzüge des Lebens in Plataniá immer bewusster. Der Kampf mit dieser Entscheidung dauerte jedoch eine Weile. Nicht weniger relevant war die Infragestellung der wahren Motive Katerínas, ob vielleicht mehr ihre Sehnsucht und weniger die Bedürfnisse der Kinder ausschlaggebend waren und ob Argumente wie kulturelle Bildung der Kinder, nichts anderes als ein Vorwand waren, um in die Stadt und das urbane Leben zurückzukehren? Letztendlich überwog das Wohl der Kinder, die

durch ihre natürlichen Reaktionen und ihr unbeschwertes Verhalten im neuen Umfeld eine eindeutige Antwort auf den optimalen Wohnstandort lieferten.

In Bezug auf ihre Wohnsituation heute lebt Katerína in einem Zustand von hoher Ambivalenz. Einerseits hatte sie in der gut 20.000 qm großen Grundstücksfläche die Gelegenheit, für alle Kinder ein Wohnhaus zu errichten und sie in unmittelbarer Nähe zu behalten, ein durchaus typischer und gern gesehener Zustand für viele Familien in Griechenland. Andererseits zeigt sich auch ein Problem zu großer Nähe und beiläufig einer Verwicklung in ihre alltäglichen Probleme. Ihr Ehemann, ein Angehöriger einer älteren Generation, großgeworden in ökonomisch und politisch unsicheren Zeiten, hatte eine gesteigertes Sicherheitsbedürfnis und aus diesem Grund wollte er seinen Kindern eine sichere Existenz bieten, während Katerína den Kauf eines Grundstücks in unmittelbarer Nähe favorisierte, wo die Kinder den Hausbau in Eigenregie übernehmen sollten. Früher erfolgte auf dem kleinen Grundstück eine organische Entwicklung: Der Hausausbau erstreckte sich über mindestens zwei Generationen. Um Wohnraum für die Bedürfnisse der heranwachsenden Kinder und deren erwarteten Familiengründung zu schaffen, wurde der ursprüngliche Bau aufgestockt. Auch die *Antiparochí* ist teilweise unter dem Prinzip der Wohnraumversorgung der Nachfahren zu verstehen. Solche tradierten Praktiken waren Katerína jedoch fremd. Sie erkannte auch die Kehrseite der Medaille, in der die Kinder von der Mutter bzw. den Eltern abhängig bleiben – und Letztere nicht selten versuchten, die Abhängigkeit aufrechtzuerhalten bzw. ihre Autonomie zu unterbinden. Diese Nähe bereitet ihr als Mutter auch einige Schwierigkeiten. Nicht nur hinterfragt sie ihre Rolle, sondern verzichtet auf jegliche Einmischung in das Leben ihrer Kinder, auch wenn dies teilweise schwerfällt. Durch den Erwerb einer relativ großen Fläche, damals zu einem angeblich niedrigen Preis, erreichten sie und ihr Ehemann, dass nun „alle zusammen“ sind und doch „jeder in seinem Haus“ wohnt. Diese (horizontale) Form von Nachbarschaft gewährleistet eine Pufferzone, die die frühere Familien-*Polikatikías* und das Wohnen mehrerer Generationen in Mehrfamilienhäusern nicht hatten. Wobei für sie als Mutter unangenehm und heikel ist, wenn sie z. B. Querelen in der Familie und in der Beziehung ihrer Kinder mitbekommt. Anders als ihre Vorfahren hält sie sich aus ihren Angelegenheiten grundsätzlich heraus – außer sie wird um ihre Meinung gebeten. Dass „die Kinder ihr eigenes Leben“ – so wie sie selbst das ihre haben – versucht sie es auch ihrer 82-jährigen Mutter beizubringen. Damit soll das Verhältnis zu ihren Kindern harmonisch und respektvoll bleiben.

Das Eigene ist das Soziale

Die nicht vorhandene Nachbarschaft und fehlende Interaktionen mit anderen Bewohnern erforderten radikale Vorgehensweisen für die Herstellung sozialer Kontakte. Die ohnehin seltenen Besuche von Freunden aus Athen nahmen mit der Zeit stark ab. Der Versuch sie durch Essen und Leseabende an Wochenenden anzulocken, scheiterte an der damals noch weiten Entfernung und dem hohen zeitlichen Aufwand. Nicht nur die Dezimierung vorhandener sozialen Kontakte aus Athen, sondern auch die Aussichten auf Bekanntschaften, geschweige denn Freundschaften vor Ort schienen gering zu sein. Die Schwangerschaften und die Geburt der Kinder haben für einige Jahre Gedanken an einen Wegzug zurückgestellt. Mit dem Beschluss hierzubleiben, gingen für Katerína der Wille und die Suche nach neuen Wegen und Lösungen einher; nicht allein zum Wohl der Kinder, sondern auch wegen der eigenen Bedürfnisse. Wenn sie dauerhaft hierbleiben müsste, dann war es erforderlich, aktiv gegen „das Gefühl des Im-Sumpf-Versinkens“ vorzugehen. Aus dieser Not heraus gelang es ihr, ihren alten Handlungswillen, ihre Improvisations- und Organisationsfähigkeit zu reaktivieren. Das Vorhaben, der institutionellen und kulturellen Wildnis Urbanität einzuhauchen, war eine Pionierleistung. Unter dem Dach des Elternvereins weitete sie die Kultur- und Bildungsangebote für Kinder, aber auch für Erwachsene aus. Darin steckten wohl auch Ziele wie die Aneignung der eigenen Handlungsräume und ein Versuch des Heimischwerdens in der Gegend und in der lokalen Gesellschaft. Wenn man so will, war es eine Form von „Beschäftigungstherapie“ und ein Ausbruch von der sonst eintönigen und einengenden Rolle der suburbanen Hausfrau und Mutter.

Der geleistete Widerstand war aus verständlichen Gründen in der damals keine 2.000 Einwohner zählenden Gemeinde groß und kam aus unterschiedlichen Richtungen. Zuerst von zu Hause und von ihrem Ehemann, der mehr der „alten Schule“ angehörte und nur argwöhnisch auf die häufige Abwesenheit und den wachsenden *Ruhm* seiner Frau blickte. Hinzu kam der Ort, dessen einheimische Bewohnerschaft ebenfalls eine konservative Denkweise pflegte. Allerdings waren nicht nur die herrschenden tradierten Geschlechterrollenbilder dominant, sondern auch die Denkweise, dass Neubewohnern keine Mitspracherechte oder Machtansprüche zugestanden wurden. Neubewohner oder saisonale Bewohner hätten sich gefälligst zurückzuhalten und an die lokalen Gegebenheiten anzupassen – insbesondere, wenn lokale Bräuche und Praktiken davon betroffen waren. Katerína musste in den ersten Jahren unvermeidlich an die Zeit in Lárissa und die tradierten Moralvorstellungen

der rückständigen Mikrogesellschaft mit ihren Exklusionsmechanismen denken. Auch hier gab es unter den Altbewohnern einige, die stets Probleme mit den *Zugezogenen* hatten und die Integration erschwerten. Eine gewisse Feindseligkeit war weit verbreitet und es mussten viele Jahre vergehen, bis es zu signifikanten Veränderungen kam. An einigen klein-karierten Haltungen und althergebrachten Denkweisen hat sich heute noch nichts geändert. Rivalitäten zwischen Bewohnergruppen sind heute immer noch vorhanden. So existiert die Abgrenzung zwischen Alt- und Neubewohnern weiter einschließlich Distinktionen, wer „vornehmer“ ist bzw. wessen Kind „das beste Gedicht“ vorträgt oder „besser angezogen“ ist.

Katerína lernte die ablehnende Haltung mancher Bewohner zu ignorieren und konzentrierte sie sich mehr auf die Notwendigkeiten, die Arbeit und auf die Wohlwollenden. Diejenigen, die diese Arbeit zu schätzen wussten, das war die Mehrzahl der Eltern, boten unverzüglich ihre Unterstützung an. Mit den Anderen war Geduld notwendig, verbunden mit der Hoffnung, sie nach einer gewissen Zeit und Routinisierung umstimmen zu können. Letzten Endes trug die hohe Wertschätzung der Bildung bei der Mehrheit der Bewohnerschaft Plataniás zu Konsens und Tolerierung bei. Viel wichtiger für eine kleine Lokalität wie Plataniá war das Aktivieren von Offenheit und der Bereitschaft für die Suche nach gemeinsamen Lösungen. Damit wurde auch ein Hauch von Partizipationskultur entwickelt, was zum Teil die hohe soziokulturelle Aktivität der Bewohner von Plataniá erklärt. Die spätere Gründerin des „Kulturvereins für Frauen“ war damals selbst Schülerin und wurde durch Katerínas Arbeit im Elternverein und die von ihr organisierten Veranstaltungen (Feste, Kindertheater, private Klavierstunden) inspiriert und motiviert. Katerínas kritische Beobachtung jüngerer Phänomene im Ort lassen einen weiteren Aspekt der Problematik Alt- und Neubewohner zum Vorschein kommen. Wie viele andere im Ort begegnet nun auch sie dem Einzug – nicht neuer Bewohner, sondern neuer Wohnformen und Sozialverhalten in Plataniá mit großer Skepsis. Eine Vielzahl der Maiso-nette-Ensembles und großen Wohnhäuser haben „Mauern wie Burgen“ und sehen „wie uneinnehmbare Festungen“ aus. Das löst bei ihr Unverständnis aus, vor allem, weil sie selbst keine besonderen Sicherheitsvorkehrungen in ihrem Haus vornimmt, weder hat sie schlechte Erfahrungen gemacht noch stuft sie die Kriminalität vor Ort als besorgniserregend ein. Die installierten Alarmanlagen und hermetisch überwachten Häuser wirken umso verwunderlicher und sie muss sich unwillkürlich fragen, ob hier vor einer Außengefahr oder eine im Innern geschützt wird: „Was geht darin alles vor?“ und „Was wird versteckt?“ Wohl er-

kennt sie das Recht von jedem auf Privatheit und Schutz vor indiskreten Blicken, dennoch löst die Verwandlung der Wohnhäuser in „Gefängnisse“ bei ihr eher „Mitleid mit den Menschen“ aus.

... und die einsame Akropolis

Das pessimistische Bild der lokalen Sozialisations- und Vergesellschaftungsformen trifft auch auf die Umstände in der Gesamtmetropolregion zu. Durch ihre alltäglichen Tätigkeiten und Verpflichtungen ist Katerína größtenteils lokal orientiert. Die Ausflüge in die Umgebung mit dem KAPI und die organisierten Busfahrten ins Theater oder Museum (darauf möchte sie immer noch nicht verzichten) stellen die einzigen Ausnahmen dar. Ansonsten verlässt sie Plataniá nur zum Einkaufen in der näheren Umgebung oder zum Besuch von Freunden in der Region.

Das Verhältnis zu Athen und seiner Innenstadt ist auch in ihrem Fall ambivalent. Die Innenstadt ist für sie ein Ort angenehmer und intensiver Erinnerungen. Darin drückt sich für sie, aber auch generell, die Widersprüchlichkeit und Funktionsweise von Zentren als Kulminationsorte unterschiedlichster Kräfte und Ideen aus. Die Zeit in Kipséli ist mit der Jugend und dem Erwachsenwerden verbunden. Geprägt von den gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen der 1970er-Jahre; auch wenn zu dieser Zeit ihre berufliche Karriere oder Freizeitbeschäftigungen – wie Bergwandern auf den höchsten Bergen Griechenlands – ihren Lebensalltag bestimmten. Durch die Verlobung und den Umzug nach Plataniá sowie die spätere Entscheidung endgültig hier zu bleiben, änderten sich nicht nur die Alltags-, sondern auch die Raumkoordinaten. Der über mehrere Jahre hinweg gestreckte Such- und Entscheidungsfindungsprozess bezüglich des optimalen Lebens- und Wohnortes führte tendenziell zu klaren Denkmustern und war immer mehr von Sachlichkeit geprägt. Zu ihnen war die Vergewisserung über die Richtigkeit der Entscheidung wichtig, die einer „Kompensationsheteropie“ gleicht. Plataniá wurde so zum Ort für das *gute* Leben und für das *richtige* Aufziehen der Kinder. Zur selben Zeit übernahm der große „Restraum“, also in erster Linie die Innenstadt und nur zum Teil die gesamte Metropolregion (andere Orte und Teilräume kommen überhaupt nicht vor!) eine gegenteilige Funktion. Die Athener Innenstadt wird als „ungeordnet, wirr und missraten“ wahrgenommen (HASSE, 2009, S. 236f. zitiert FOUCAULT). Die Polarisierung dieses Musters schritt voran, auch weil die Innenstadt immer mit „Lärm“, „Verkehr“, „Abgase“, „Schubsen“, „Trampeln“ und „nicht mal Entschuldigung für Schläge“ verbunden wird. Die Fahrt nach und der Aufenthalt in Athen muteten dann wie ein „Alptraum“ an. Hinzu kom-

men alte Wunden und Emotionen, die sich bei fast jedem Besuch auftun. An Ort und Stelle werden z. B. Erinnerungen wachgerufen: an die politischen Demonstrationen und Unruhen der 1960er-Jahre oder der aus nächster Nähe²¹⁹ miterlebte Ansturm auf das *Politechnión* 1973 sowie an die schöne und nostalgische Zeit im alten Viertel Kipséli und an die Abende mit Musik in der »Ägli« im Záppion. Obwohl sie damals gern dort gelebt hat, findet sie es besser, heute eine gewisse Distanz demgegenüber zu halten.

Die enormen Veränderung im historischen Zentrum in den letzten Jahrzehnten findet sie sowohl positiv als auch negativ. Nichtsdestotrotz lässt sie sich die KAPI-Gesellschaft bei ihren Besuchen dort nicht die Gelegenheit entgehen, Attraktionen wie das alte Pláka zu besuchen. Dies sei immer schön, aber dann ist Katerína wieder froh in ihren Lebensmittelpunkt, ihr Zentrum zurückzukommen. Überhaupt sind Katerínas wichtigste Assoziationen in Gedanken an die Innenstadt nicht der Omónia- oder der Síntagmaplatz, sondern die antike, alles überragende Akrópolis und der alles überragende Parthenón. Er stellt als unvergängliches Mahnmal eine eigentümliche Verbindung zum derzeitigen gesellschaftlichen und kulturellen Zustand her; und wenn man so möchte: mit der heutigen Krise. Darin glaubt Katerína die Traurigkeit der Zeit wiederzuerkennen. Diesen Ort erhebt sie zum Gradmesser – diesmal kommt die Utopie oder Illusion der *paradiesischen* Athener Demokratie („Illusionsheterotopie“, ebd.) zum Vorschein. Sie eignet sich beiläufig emblematisch als Beweis für den Verfall von Werten und Ethos. Diese Akrópolis wird oft im zeitgenössischen (metropolitanen) Organismus als Fremdkörper empfunden, so als ob sie ganz alleine dasteht. Ihr Geist ist von der Gegenwart und all dem, was in ihrem Umkreis geschieht, abgekoppelt und kollidiert mit der Gegenwart und dem heutigen Zeitgeist.

Die um sich greifende Unsicherheit und Zukunftsangst ließen metropolitane Bewohner zunehmend vereinsamen. Katerínas Andeutungen sind mehr als Metapher für ihr Verhältnis zur aktuellen metropolitanen Realität zu verstehen. Ihre eigenen Aktivitäten sind nicht nur eine Sozialisierung der Privatheit, sondern der Rückzug ins lokal Sichere, Übersichtliche und Greifbare. Das große Umfeld (der Restraum) ist da, aber sozusagen irrelevant bzw. wird nur sehr selektiv in Anspruch genommen; eine *stille Reserve*. Der Eindruck der Einsamkeit der Akrópolis-Ruine wird zur Projektion für das eigene alternde Ich. Sein epischer Charakter ist unverkennbar. Das angebliche Zentrum der Metropolregion, trotz zentraler und exponierter Lage, ist – bildlich gesprochen – letztendlich einer trostlosen Einsamkeit und Verlassenheit ausgesetzt.



Abb. 2 + 3: Das Foto links zeigt den Eingang einer geschlossenen und nach außen abgewendeten Anlage (auf dem Schild steht „Zum Verkauf“). Das Luftbild rechts zeigt diese Anlage von oben. Erkennbar sind zehn Maisonetten (angrenzend eine weitere Anlage mit sechs). Ebenso erkennbar ist das Prinzip einer *horizontalen Polikátikía* mit dem Unterschied, dass die zwei- oder dreigeschossigen Wohnungen über einen separaten Eingang sowie einen schmalen grünen Saum und Pkw-Stellplatz verfügen, erschlossen über einen betonierten Innenhof bzw. Straßenkorridor.

Quellen: linkes Fotos: eigene Aufnahme aus 2010; rechtes Luftbild: google map, Aufnahme aus dem Jahr 2013



Abb. 4 + 5: Zwei Beispiele über die Nutzung des Bürgersteiges als Teil des privaten Grundstücks: Hier zu Begrünungs- und Sichtschutzzwecken.

Quellen: beide Fotos: eigene Aufnahmen aus 2010

2.1.5 Schlussfolgerungen aus den Athener Wohnbiografien

Im Anschluss an die Athener Wohnbiografien werden hier jene Aspekte aufgegriffen, die Bewohnerinnen und Bewohner aus Plataniá und Oreólofos in ihren Berichten thematisiert haben. Damit wird eine Gesamtschau derzeitiger Prozesse und Transformationen in der Metropole im Allgemeinen und in den metropolitanen Teilräumen im Speziellen aufgezeigt und diskutiert. Die vorliegende Arbeit ist selbstverständlich nicht in der Lage, *alle* angesprochenen Themen zu behandeln und muss deshalb selektiv vorgehen. Die folgenden, vergleichsweise breit angelegten Themenschwerpunkte haben sich aus dem empirischen Material aller Wohnbiografien ergeben; auch der hier nicht präsentierten.²²⁰ Sie spiegeln damit einen Teil der lebensweltlichen Realität wider und bringen Erkenntnisse über wohnspezifische und gesellschaftliche Prozesse und Tendenzen zur Sprache, sowohl in den Untersuchungsorten als auch in der metropolitanen Region und knüpfen an die thematisierten Vorgänge und Praktiken am Beginn dieses Kapitels an.

Die 44 Lebens- und Wohngeschichten sind nicht zuletzt auch Geschichten der Teilräume bzw. Teilgeschichten der Metropolregion. Sie fördern eine immense Ansammlung an lebensweltlichen Aspekten zutage, in denen es um mehr als bloßes Wohnen und Zusammenleben, die individuellen Verortung und Beziehung in der Metropolregion geht. Unter der beabsichtigten Schwerpunktsetzung werden jeweils sechs Einzelbilder bzw. Geografien diskutiert, die derzeitige und gegebenenfalls zukünftige wohnspezifische, gesellschaftliche und politische Prozesse in der Athener Metropolregion skizzieren.

Modifikationen im Verhältnis öffentlich-privat, lokal-global

Die Annahme, dass Land- und Bodenbesitz in der griechischen Gesellschaft einen hohen Stellenwert innehat, wird in beinahe allen Fällen bestätigt. Für die griechische Familie sichert er die Existenz, die Zukunft ihrer Kinder (Aussteuerzwecke und Ferien-Immobilie) inbegriffen. Außerdem stellen Eigentum und Bodenbesitz in der traditionellen Ökonomie die schlechthin sicherste Anlageform dar. Bodenpreise, anders als Aktien und andere Anlageformen, haben zumindest bisher immer eine Steigerung erfahren.²²¹ Nicht weniger relevant ist die symbolische Bedeutung des Bodenbesitzes, der nicht nur mit einer Selbstbewusstsein stiftenden Eigenständigkeit, sondern auch mit einem höheren gesellschaftlichen Status verbunden ist.

Alle bisher getätigten *Investitionen* in Bodenbesitz bestätigen diese Regel, vor allem in den hier behandelten Fällen in weit entfernten Lagen Plataniá und Oreólofos, gleich ob man dabei Bodenbesitz anstrebte, auf der Suche nach erschwinglichem Preis, reine Spekulationsmotive oder mit Motiven wie den Bau eines *Exochikó* verfolgte. Der Landerwerb in nicht-integrierten, also *problematischen* Orten wie Oreólofos erfolgte nicht nur aus Not, sondern auch aus Unwissen, das oft mit betrügerischen Praktiken in Berührung kam. Die andauernde Verstädterung trieb seit den 1960er-Jahren, nicht nur im Attischen Becken die Bodenpreise in die Höhe. Bodenverkauf in der Provinz ging Hand in Hand mit dem Kauf eines städtischen Grundstücks oder einer *Polikatikía*-Wohnung. Die hohe Nachfrage schaffte ein entsprechendes Angebot in beinahe jedem Preissegment, also auch für weniger bemittelte Käufer, die sich lediglich Kleinstgrundstücke in äußeren, oft illegalen Randlagen leisten konnten.

In vielen Gemeinden wie Oreólofos steht die Aufnahme in den »Plan« noch aus. Der Haus- oder *Exochikó*-Traum im Grünen wird dennoch realisiert. Die parteipolitischen und bürokratischen Hindernisse des Staates wurden von der lebensweltlichen, metropolitanen Realität überwunden, indem *halblegale* Mittel zur Realisierung des privaten Hausbaus erfunden und eingesetzt wurden. Die Geschichte offenbart, wie selbst unter schweren ökonomischen Bedingungen Stadtwachstum stattfindet. Anders als in der Vergangenheit ist in den jüngsten Jahren nicht die Wohnungsnot, sondern die Steigerung der Wohnqualität zum Hauptmotiv geworden. Die strenge Gesetzgebung und hohe Geldstrafen halten Grundstückbesitzer und Bauwillige heute von einem illegalen Eigenbau ab. Das bis Ende der 1990er-Jahre dominierende *Avthéreto*-Regime, in mindestens der Hälfte der Wohnbiografien erwähnt, erreicht aller Voraussicht nach ein Ende. Das heißt keinesfalls, dass *halblegale* (=illegale) Praktiken ausbleiben (siehe weiter unten).

Die gesamte Mesógia-Region (sowie der Norden und der südöstliche Küstenbereich Attikas) ist seit geraumer Zeit ein breitflächiges Spekulations- und Entwicklungsgebiet. Die beharrliche Abstinenz des Staates in der *boomenden* Entwicklung der 1990er- und 2000er-Jahre ist charakteristisch für die Raumplanungsgeschichte Athens. Ein Grund dafür ist das Fehlen einer übergeordneten, koordinierenden und unabhängigen Planung, ein weiterer die jahrzehntelang bewusst von der (Parteien-)Politik betriebene finanzielle und machtpolitische Drangsalierung der kommunalen Selbstverwaltung. Gemeinden beobachteten die anarchische Entwicklung innerhalb ihrer Gemeindegrenzen tatenlos, teilweise auch händereibend. Oreólofos ist kein Einzelfall, sondern gängige Praxis in

der Athener Metropolregion. Die Freibeuterei der Baugenossenschaften mit ihren beharrlichen, dreisten Landbesetzungstaktiken und Eigenmächtigkeit in der Enteignung von Frei- und Waldarealen geht auch politisch auf die nächste Phase über. Die stille Duldung kommt der Kapitulation vor einer informell privaten Stadtentwicklung gleich, die schleichend in eine Form der privaten Verwaltung übergeht. Nicht nur in einem Ortsteil von Oreólofos mit dem dort waltenden Siedlerverein, sondern auch in einem Ortsteil der Nachbargemeinde, aber auch überall in Attikí zeigt sich diese Tendenz. Während diese Instanzen für sich eine Selbstverwaltungsfunktion mit Bürgerbeteiligung und Partizipationsverfahren proklamieren, sind sie nichts anderes als eine selbsternannte, privatrechtliche Lobby, die vehement Eigeninteressen der Siedler bzw. zahlender Mitglieder vertritt und der jegliche demokratische Legitimation fehlt. Um die Besetzung von öffentlichem Land mit unlauteren Mitteln juristisch anzufechten, berufen sie sich auf europäisches Recht und leiten über europäische Instanzen rechtliche Änderungen²²² in der nationalen Gesetzgebung ein mit dem Ziel ihrer Anerkennung zu Körperschaften und „Trägern des erweiterten gesellschaftlichen Interesses“ und der Erlangung von Mitspracherecht in Fragen der Ortsverwaltung und Raumplanung.

Partikularinteressen sind ohnehin auf die Generierung neuer Sehnsüchte und Wünsche gerichtet, um neue Märkte zu erschließen. Das kann, wie ja so oft, mit der Erschließung weiterer Gebiete an den Rändern der bisherigen Ränder geschehen. Die Markt-Ideologie²²³ betrachtet ohnehin Land und Boden als unerschöpfliches Erschließungsfeld. Zahlreiche Flächen sind heute bereits Spekulationsobjekte und stille Reserven, die zur gegebenen Zeit der Mehrwertschaffung bzw. Kapitalvermehrung dienen werden. Die Entwicklung in der Mesógia-Ebene ist längst kein Insider-Geschäft oder keine Pionierleistung mehr. Inzwischen werden weit darüber hinaus Filetstücke in den umliegenden Nomoí Korinthía, Euböa, Böétien und sogar Fokís und Argolís bis Arkadia aufbereitet. Auch die Schuldenkrise bietet die Gelegenheit, per Dekret der Erschließung derartiger neuer Marktsegmente Tür und Tor zu öffnen; und zwar weniger um die Nationalökonomie oder Binnennachfrage, sondern international agierenden Akteure, sogenannte Entwickler und Kapitalanleger, zu befriedigen.

Die bisher weitgehend ungeregelt, aber restriktiv gehandhabte Siedlungserweiterung bekommt nun im Rahmen der angeordneten flexibilisierten und liberalisierenden Wachstumsmodelle eine neue *Qualität*. Die supra-neoliberale Agenda der Kreditgeber EU, EZB, IWF übertrug kürz-

lich dem Finanzministerium die Zuständigkeit für die Siedlungsgenossenschaften, die zuvor dem Bau- und Umweltministerium unterstanden. Damit wurde de facto Boden- und Planungspolitik ausschließlich ökonomischen bzw. fiskalischen Kriterien unterworfen und vom ökologisch und soziökonomisch problematischen Status befreit. Erhoffte Einnahmen und *Entlastung* der verschuldeten öffentlichen Kassen genießen nun also eine höhere Priorität. Das umfassende Privatisierungsprogramm sieht zudem neben Veräußerungen staatlichen Eigentums und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren auch Abschaffung von Umweltschutzregelungen und -auflagen für Wald- und Küstengebiete vor. Oberste Priorität sollen die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und die Herstellung eines investitions- und wachstumsfreundlichen Klimas sein. Dafür werden natürliche und ebenso humane Ressourcen verbilligt.

Der Ausbruch der Krise verlangsamte bzw. stoppte Bauaktivität und Nachfrage. Eine Vielzahl begonnener Projekte im Athener Raum blieb unvollendet oder unverkauft. Zudem setzten die oktroyierten Troika-Maßnahmen für die Erhöhung der Staatseinnahmen zusätzliche Sonderabgaben und Steuern auf Eigentum und Immobilienbesitz fest, was oft zum Verkauf zwang. Mangels Käufer setzte ein Preisverfall ein. Andererseits haben Kündigungen, Gehalts- und Rentenkürzungen eine beträchtliche Zahl von Privathaushalten vor erhebliche Schwierigkeiten gestellt. Sie sind nicht in der Lage die Tilgungsraten für Wohnkredite aufzubringen (im Jahr 2013 fielen etwa 27% der Raten aus). Auch hier sind viele Immobilienbesitzer gezwungen, ihre Immobilie zu veräußern, während ein Teil (Erstwohnsitze wurden gesetzlich gesichert) konfisziert wird; noch fehlt jedoch eine gesetzliche Grundlage dafür. Seit Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 (Q3) bis Ende 2013 verloren Wohnungen etwa 38,8% an Wert (Schätzungen der Zentralbank; BANK OF GREECE, 2014, S. 6). Real-Estate-Agenturen melden sogar einen Wertverlust von 50% (ebd., S. 10). Nur bei neueren Wohnimmobilien wie Maisonetten liegt der Wertverlust bei 20-25% (NAFTEMPORIKI 2014; 2015).

Interessant ist hierbei das Eindringen nationaler und globaler Kapitalformationen. Die fallenden Immobilienpreise und die Zwangsversteigerungen rufen sogenannte Investoren auf den Plan, darunter Investitionsbanken, Private Equities, Hedgefonds usw., die in kriselnden Staaten mit minimalem Kapitaleinsatz in Wohnimmobilien und »distressed assets« im Real Estate *investieren*. Hierdurch werden nach der Finanzkrise von 2007/2008 neue Quellen der Kapitalvermehrung erschlossen. Käufe von attraktiven Immobilien, zwangsversteigerten Häusern sowie Hypotheken- und Miettiteln (sog. mietenbesicherte Wertpapiere) oder Agrarland

werden dadurch intensiviert. Im Falle einer zukünftig günstigen Konjunktur und ansteigender Preise, verspricht man sich davon satte Renditen. Damit wird auch ein komplettes Umkrempeln der bisherigen Praxis und des Nutznießer-Systems herbeigeführt, das den Übergang von der kleinteiligen, lokalen Familienökonomie, darunter der Wohnversorgung (oder beispielweise auch der touristischen Unterkünfte), hin zu großen nationalen oder globalen Unternehmen sowie Kapital- und Investmentformationen eingeleitet. Boden und materielle Güter werden für das finanzialisierte Kapitalakkumulationsregime immer wichtiger. Die Einverleibung von Wohn-, Freizeit-, Arbeitsraum- oder Anbau-*Fazilitäten* in einen globalen *Stock* sichert neben Gewinnen, vor allem die Verfügungsgewalt über knappe Ressourcen.

Avthéreto 2.0 und die Maisonette-Kultur

Die bisherige Selbstregulationspraxis bzw. gesellschaftlich regulierte Versorgung mit Wohnraum wird vom voranschreitenden kapitalistischen Verwertungsprozess zurückgedrängt. Die täuschende und für griechische Verhältnisse revolutionierende Währungsstabilität leitet indirekt den Übergang vom Selbstbau (*Antiparochí* oder *Avthéreto*) zum kreditfinanzierten Hauskauf ein. Dennoch hat die Persistenz einiger wichtigen Traditionen wie die Umgehung staatlicher Bauvorgaben so etwas wie den *Avthéreto 2.0* hervorgebracht, eine mildere Form von illegalen Bauten bzw. Nebenbauten. Auch die staatliche Nachregulation und das Gesetz für jeden Einzelfall existieren nach wie vor.

Das charakteristischste Merkmal der Professionalisierung des Wohnens und der Entstehung eines Real Estate in der Wachstumsperiode der 1990er- und 2000er-Jahre war jedoch das Aufkommen der Maisonette-Kultur. Die Verbreitung dieses Wohnideals, das sozusagen Landhaus und *Polikatikía*-Wohnung kombiniert, ist dem Zufluss von Fremdkapital zu verdanken. Die Währungsunion und die Ankopplung an den Euro hat in der darauf folgenden Dekade eine für griechische Verhältnisse nie gekannte Zinssenkung bewirkt. Der liberalisierte Kreditmarkt hat den Weg zur Finanzierung von Konsum, darunter Immobilien, geebnet. Bis dahin unbezahlbare Wohnstile und Wohnformen der aufstrebenden Mittelschicht, konnten auf einmal mithilfe eines Bankkredites finanziert werden. Bau und Erwerb eines Maisonette-Hauses in suburbaner Lage avancierte zum Inbegriff moderner Lebens- und Wohnweise bzw. zum typischen architektonischen und soziologischen Leitbild suburbanen Wohnens.

„Das Modell der Maisonette in den nördlichen Vorstädten, das *Exochikó* und die Karriere ohne Grenzen“, wie es ein altgedienter Minister²²⁴ ausdrückte, waren Teil des um sich greifenden Wohlstands und der gestiegenen sozioökonomischen Mobilität. Diese konsumorientierte Narrative konnte nur mit viel Fläche und Kapital realisiert werden. Die Finanzierung der Wohnvorhaben der aufstrebenden Mittelschicht übernahm in der Regel der Kredit- und Hypothekenmarkt. Der Staat hatte hierin bereits in den 1990er-Jahren ein Wachstumsmodell erkannt und brachte als Vorleistung die Liberalisierung von Markt und Kreditwesen. Die staatliche OEK war²²⁵ der Garant für unkomplizierte Kreditzusagen. So entwickelten sich neben der suburbanen *Polikatikía* nun Maisonette-Häuser und -Wohnungen zu Verkaufserfolgen im Wohnungsbau und fachten die Bauaktivität und den Wohnungsmarkt an, die als Konjunkturtreiber den Anteil des Bausektors im BIP auf fast 16% aufblähten (ELSTAT, 2000). Trotz der Professionalisierung und der Herausbildung einiger großen Anbieter blieben Bau und Vermarktung der Maisonetten jedoch kleinteilig, ähnlich wie beim Bau der *Polikatikía*, d. h. in der Regel waren es kleinere Bauunternehmen oder Architekten, die diese Praxis trugen (eine weitverbreitete Form wurde im Fall von Kosmás vorgestellt). Generell setzten die geringe Kapitalausstattung der Haushalte und Bauunternehmen, aber auch die Kreditvergabep Praxis einer weitergehenden Professionalisierung im Wohnungsbau gewisse Grenzen. Traditionell ließ das Fehlen von finanziellen Anreizen seitens des Staates bei (großen) Bauunternehmen kein Interesse für den Wohnungsbau aufkommen.

Die Projektentwicklung im Maisonette-Bau gleicht demzufolge dem Bau der *Polikatikía* – auch von der Typologie her, nur ist es diesmal eine horizontale Anordnung und damit flächenintensiver, was äußere Lagen am Stadtrand beansprucht, wo *Freiflächen* bzw. ehemaliges Agrarland vorhanden sind. Das Phänomen Maisonette muss letztlich im Kontext der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung bzw. des politischen und administrativen Systems betrachtet werden. Die lebensweltliche Eudämonie wurde neuerdings zu sehr an materialistisches und konsumtives Verhalten gekoppelt, wobei die Grenzen zwischen Wohlstand und Überfluss immer mehr verwischten. Das Ziel des Luxus und das Streben nach höherem Status übertrugen sich auch auf den Wohnbereich. Maisonetten sind nicht nur Repräsentationen eines Lebensstils, sondern einer Denk- und Handlungsweise, die mehr Wert auf individuellen, privaten Status (Haus, Auto) als auf Gesellschaftlichkeit legt. Die Ironie dieser Wohn(traum)geschichte ist, dass dies nur über fremde Kapitalressourcen ermöglicht wurde. Vor zwei Jahrzehnten standen griechische Privathaushalte noch im untersten Bereich der Statistik der Hypotheken-

Kredite in Europa, mit dem Eintritt in den Euro-Mechanismus kletterten sie sukzessiv bis zu den oberen Rängen (EUROSTAT, 2008; 2001). Was sich unbeirrt fortsetzte, wenn auch vergleichsweise subtiler als früher, waren die eingangs angedeuteten *halblegalen* neuen Baupraktiken. Sie sind wohl Teil der für die griechische Gesellschaft typischen Illoyalität gegenüber dem Staat, ausgedrückt in Form von Rechtsverletzungen oder Umgehungen staatlicher Regulierungen. Diesmal geht es um die Einhaltung von Abstandsregeln oder generell der Festsetzungen im Bebauungsplan. So ist weder der private Bauherr noch der profitorientierte Bauunternehmer bereit, Bauland zu verschenken bzw. nicht komplett auszunutzen. Ein verbreiteter Vorgang ist es, Wohnhäuser dicht an dicht und an die äußersten Grenzen zu setzen und das Grundstück beinahe komplett zuzubetonieren. Einige Beispiele (wie in Plataniá) zeigen, wie auf knapp 3.500 qm Land bis zu 10 Maisonetten einschließlich Anliegerstraße und Stellplätze platziert werden, aber kaum Freifläche für die Begrünung übrig bleibt. Eine Folge ist die indirekte Inbesitznahme des ohnehin knapp bemessenen öffentlichen Bürgersteigs (Abb. 4 + 5, S. 180).

Die Erfindungskunst führt neuerdings dazu, dass im Bebauungsplan von »Wohngebieten für mäßige Bebauung« festgesetzte Maximalhöhen, in der Regel zwei Geschosse mit maximal 9 m Traufhöhe, überschritten werden, um durch die Bauflächenvergrößerung einen höheren Preis erzielen zu können. Mithilfe einer Vertiefung des Erdgeschosses oder der Schaffung zusätzlichen Nutzraums unterm Dach (in der Regel Schlafräume) wird de facto ein drittes Geschoss hinzugefügt. Ferner werden Pflicht-Stellplätze zu Wohnraum umgewandelt. Oft werden auf dem Grundstück befindliche Garagen anderweitigen Nutzungen zugeführt, z. B. als separate Wohnung für die migrantische Haushaltshilfe, Gärtner und Kinderbetreuer (manchmal ganze Familien) oder als Mietwohnung für Alleinstehende, Studierende u. a. Es gibt Maisonette-Häuser, die amtlich und steuertechnisch 70-90 qm Gesamtfläche aufweisen; durch die Umfunktionierung sind sie jedoch bis doppelt so groß. Die weggefallenden Stellplätze²²⁶ wandern folglich auf die Straße und den Bürgersteig vor dem Haus.

Familie, Nachbarschaft, Gemeinde?

Die Internationalisierung der letzten Jahrzehnte brachte eine Reihe von Veränderungen im soziokulturellen und psychosozialen Bereich mit sich. Die Athener Gesellschaft hat auf der einen Seite weitgehend globale Lebens- und Konsumstile adaptiert. Auf der anderen Seite neigt sie weiterhin dazu, diese aufgrund von Angst vor *verderblichen* fremden Ein-

flüssen oder der Amerikanisierung und des generell Nicht-Infragestellen-Wollens des zugrunde liegenden Systems abzulehnen. Die neoliberale Ausrichtung und der Rückbau des Staates wurden von der *finanziellen Revolution* und der konsumtiven Zufriedenstellung überdeckt. In den Strudel der gesellschaftlichen und ökonomischen Transformation geriet nicht nur der Staat, sondern auch die Familie, traditionell die Hauptsäule des gesellschaftlichen Systems. Das wird zum Verlust der treibenden Kraft für den sozioökonomischen Aufstieg stilisiert, da sie mangels staatlicher oder existenzsichernder Vorsorge (z. B. bei Arbeitslosigkeit) eine wichtige Schutz-, Stütz- oder sogar Finanzierungsfunktion (siehe *Elternbank*²²⁷) übernimmt. Diese Untersuchung zeigte, wie weit atomistische Muster verbreitet sind, in denen die Individuen die alltäglichen Hindernisse zu überwinden versuchen und wie tief das Misstrauen gegenüber Anderen ist.²²⁸ Das sind zugleich Gründe für die außerordentliche Bedeutung der Familie oder zumindest wohlgesonnenen Verwandtschaft.

Die offensiv geführte Gegensteuerung reaktionärer Kreise, darunter der Kirche sowie konservativer bis nationalistischer Parteien, gegen den Verfall und für die Wiederbelebung der Großfamilie – oder zumindest der städtischen Kleinfamilie – verstärkten eher die Polarisierung als dass sie wirklich Individualisierungs- und Befreiungstendenzen Einhalt geboten hätten. Viel wirksamer war die ausgebrochene Krise, die die Rückbesinnung auf das Familienregime und alte gesellschaftliche Strukturen aufzwingt. Bemerkbar macht sich dies nicht nur im Wiedereinzug oder der Verlängerung des Wohnens im Elternhaus, sondern auch in der gegenseitigen finanziellen und materiellen Unterstützung. Von diesem Rückschritt sind am meisten die jungen Generationen betroffen. Sie müssen aufgrund des nicht vorhandenen finanziellen Spielraums vorläufig Wünschen und Anweisungen ihrer Eltern gehorchen. Vor allem an den Großstadträndern und in Orten wie Oreólofos sind sie zum Teil räumlich und beruflich isoliert, da sie hier außer sechsmonatigen Stages bei der Gemeinde keine weiteren beruflichen Chancen haben. Entsprechend schwer realisierbar sind Pläne für die Gründung einer Familie bzw. eines eigenen Haushalts.

Die traditionell wichtige Rolle der Familie im peripheren Staat ist zu einem großen Teil auch der chronischen ökonomischen Abhängigkeit geschuldet. Gerade die ansetzende finanzielle und materielle Prosperität der 1990er- und 2000er-Jahre hatte gezeigt, wie signifikant die Unabhängigkeit der jüngeren Generation von den Zwängen der Eltern oder Großeltern war. Auch wenn im Vergleich zu anderen westeuropäischen

Gleichaltrigen die Erwerbsbedingungen und Einkommensstrukturen widriger waren, zeigte die deutlich steigende Singlesierung der Haushalte bzw. der Auszüge aus dem Elternhaus auch ohne Familiengründung und generell die Erhöhung des Heiratsalters, wie sehr das alte Familienmodell an Bedeutung zu verlieren begann. Der Zufluss von Fremdkapital in Form von Bankkrediten ermöglichte den Erwerb einer eigenen Immobilie bzw. Wohnung, was merklich auch die *Elternbank* ersetzte. Durch die räumliche Trennung im Alltag schlich sich Abkopplung von den einzwängenden Familienstrukturen ein, auch hinsichtlich Studium und Beruf. Die angedeutete Kapitalverknappung ließ diese Ansätze prompt zurückgehen. Heute mit einer Jugendarbeitslosigkeit von weit über 50% (bei den jungen Menschen unter 25-Jährigen) und existentieller Not (Immobilienverkauf, Mietschulden usw.) gehen diese Entwicklungen zurück und junge Menschen in Plataniá wie in Oreólofos ziehen wieder in das Elternhaus oder verharren auf unbestimmte Zeit darin. Sie stehen allzu repräsentativ für Prozesse in der Athener Region, vor allem in den metropolitanen Teilräumen und bei jenen mit wenig oder durchschnittlichem Einkommen.

Nach der Familie stellt die Nachbarschaft²²⁹ die weitere wichtige Stufe der Vertrautheit in der griechischen Gesellschaft dar. Seit eh und je ist sie ein wichtiges Kriterium der Wohnortwahl. Soziale Beziehungen und Kontaktnetze vor Ort sind von zentraler Bedeutung und organische Gemeinschaften (Verwandte, Landsleute oder Berufsgenossen²³⁰) üben immer noch starken Einfluss auf die Ortsentscheidung bei beabsichtigten Umzügen aus. Informelle Netze in den Zuwanderungsorten waren schon früher die erste Adresse für die Landflüchtlinge; beginnend bei der Unterkunft bis hin zu Hinweisen über freie Wohnungen, Grundstücke oder Arbeit. Neben dem Familien-Mythos herrscht der Mythos der alten *Athener Nachbarschaft* und vor allem der *Ftochogitoniá* (wörtlich übersetzt Nachbarschaft der Armut – und nicht Armennachbarschaft), die auf „mechanischer Solidarität“²³¹ basiert und aus einem Kollektiv, das sich im Notfall und bei Lebensnot unterstützt. Lebensweltliche Rationalität und Emotionalität verleihen auch dem Nachbarschaftsverständnis noch eine gewisse Persistenz. In der direkten Nachbarschaft wird auch die Integration im neuen Lebensort leichter. Die „permanente Visibilität“ (FOUCAULT, 1977, S. 201) oder auch nur die nachbarschaftliche Kontrolle halten Bräuche und Traditionen aufrecht und damit zugleich Konformität. In diesem Beziehungsgeflecht der netzwerkartig organisierten Gemeinschaft steigt die Bereitschaft für gegenseitige Unterstützung. Auch das selbstgebaute *Avthéreto* wäre ohne informelle Netze²³² oder Billigung und stille Unterstützung durch die Nachbarn

nicht möglich gewesen: Strukturelle Abhängigkeiten und das Auf-Andere-angewiesen-Sein stärken solidarisches Bewusstsein. Soziale Beziehungen und eine innere Solidarität waren früher in den illegalen randstädtischen Siedlungen wichtige Voraussetzungen. In den neueren Vierteln sind sie kaum vorhanden. Auch aus diesem Grund dividieren sich Verständnisse auseinander, was die Kommunikation zwischen Neu- und Altbewohnern erschwert. Jemand, der im Dorf oder in einer Kleinstadt aufwuchs, kommt mit den vorgefundenen Strukturen besser zu-recht als jemand, der in der Großstadt aufwuchs und kaum Kontakte zu Nachbarn hatte.

Lokale Identitäten, Interaktionen und Distinktionen

So etwas wie eine Gemeinschaft oder eine zusammengehörige Gesellschaft sind in Plataniá und in Oreólofos nur bedingt vorhanden. Nur als Fassade gegenüber Auswärtigen oder in der Rhetorik der Kommunalpolitik (Stadtmarketing) wurde sie in Szene gesetzt. Nicht nur in der antiken Polis gehörten regionale Distinktionen zur Tagesordnung, auch die jüngste Geschichte Athens und ihrer Teilräume ist von solchen Distinktionen übersät. Geografischer Ursprung und regionale Zuordnung (Peloponnesier, Kreter, Thrake, Makedonier, Pontios, Mikrasiáte oder Inselbewohner u. v. a.) spiel(t)en eine wichtige Rolle. Vor allem in der Fremde der Großstadt war die Herkunftsregion ein Identitäts- und Distinktionsmerkmal; nicht selten mit bestimmten Charaktereigenschaften und Klischees verbunden. Lange, wenn nicht immer, verweigerte sich die zugewanderte Landbevölkerung damit auch modernen Lebensweisen. Nicht nur aufgrund unüberwindbarer kultureller Unterschiede, sondern vielmehr aufgrund des Anhaftens an den Dorfstrukturen oder eines ausgeprägten Misstrauens gegenüber Neuem und Fremdem. So kam es mehr zu einer *Introversion* und Isolation der Neuankömmlinge und Gruppenbildung mit „organischer Solidarität“. Dadurch setzten zum Teil erst recht die Regionalismen ein, die in großen Teilen in der Athener Metropole immer noch sehr wirksam sind. Je größer, dichter und heterogener die Großstadt wurde, desto höher waren Verdacht und Argwohn. Das Bürgerkriegstrauma und die Flucht in die Stadt aus politischen Gründen, um Repressalien zu entgehen, verstärkten solche Phänomene. In der Folge zogen viele Menschen sogar ins Ausland (Australien, USA usw.). Die schlagartig zunehmende regionale Durchmischung Athens verstärkte das ohnehin starke Misstrauen gegenüber Fremden und abweichenden Traditionen. Fragen wie „Wer steckt dahinter und wessen Interessen verfolgt er?“ (AUERNHAMMER, 2009, S. 111) drü-

cken die Grundhaltung der griechischen Dorfgesellschaft aus und wurden in die Athener Gesellschaft übertragen. Solche stereotypen Denkschemata sind bezeichnend für die Sozialpraxis. Eine Normalisierung/Routinisierung trat erst bei den späteren und besser ausgebildeten Generationen ein, wobei die Gespräche noch Persistenzen zeigten.

Die Frage nach der identitätsstiftenden Funktion der Orte konnte im hier untersuchten Kontext nicht tiefgehend behandelt werden. Allerdings identifiziert sich die große Mehrzahl der Bewohner heute tatsächlich mit ihren Wohnorten. Das hat mit der Besonderheit der Orte zu tun, aber auch mit der Wohnortwahl selbst. In fast allen Fällen war der Ort sehr bewusst gewählt worden, zumal der dörfliche Charakter, die Berge oder der Sommerferienort und die Erinnerung an den Heimatort der Kindheit (und sogar an Zürich!) Argumente sind, die für eine starke Identifikation prädestiniert sind. Das attraktive natürliche Umfeld und die dörfliche Struktur stehen zudem der Innenstadt diametral gegenüber. In dieser Hinsicht unterscheiden sich Oreólofos und Plataniá auch von einer Vielzahl von konturlosen Athener Stadteilen, vor allem von jenen, die in der Nachkriegszeit mit dem Lineal gezogen und mit *Polikatikies* und Zement neutralisiert wurden. Wie viele andere Siedlungen wurden auch Plataniá und Oreólofos schon vor der massiven Suburbanisierungswelle der letzten drei Jahrzehnte angelegt. Plataniás Identität ist mit seiner Gründungsgeschichte als Mikrasiatisches Flüchtlingsdorf verbunden – später dann Wochenend- und Ferienort für einige Wenige. Die Siedlung Oreólofos war ein landschaftlich attraktiver Wochenend- und Ferienort, aber aufgrund ihres saisonalen und später nur *halbfertigen* Charakters wurde sie nur bedingt zum Identifikationsort. Zwar stellen die verstreute Dorfstruktur und die Amphitheater-Lage doch große Vorzüge dar, aber es gibt weder kulturell und politisch nennenswerte Aktivitäten noch Interaktionsräume. Solche gibt es lediglich im Bereich der Schule, darunter die Umzüge im Rahmen von Nationalfeiertagen oder ein Sommer-Folklorefest (am asphaltierten Parkdeck im Gelände der Athener Expo!). Die schwierige finanzielle Situation vieler Haushalte hat die davor nur partiell auftretende Zurückgezogenheit zusätzlich verstärkt. In manchen Fällen führte sie sogar zu einer Isolierung in den eigenen vier Wänden. Aufgrund dieser Probleme hat Oreólofos eine geringe Identifikationswirkung.

Lebhafte Orte wie Plataniá, die über einen Dorfkern mit entsprechenden Einrichtungen und Geschäften (Minimarkets bzw. *Tante-Emma-Läden*, Cafés, Tavernen usw.) oder ein Kulturzentrum und viele Ortsvereine verfügen, wirken besser gegen solche Tendenzen. Nach Einschätzung

der Bewohner erhöhen lokale Angebote die Möglichkeit ohne finanziellen Aufwand in der Freizeit etwas zu unternehmen. Lokale Vereine und Selbstinitiativen fördern letztlich nicht nur die Entstehung von Kontakten und sozialen Beziehungen, sondern auch die lokale Identität. Problematisiert wird nur, dass mit dem Flächenwachstum auch die Entfernung zum Dorfkern wächst. Der Zuzug an die Ränder war ohnehin mit der gestiegenen Motorisierung der letzten Jahrzehnte verbunden. Zu den Nebenfolgen gehört die gestiegene Nutzung des Pkws selbst für kurze Distanzen, z. B. zum Kiosk. Überhaupt wird im Alltag in der Regel das eigene Grundstück eher nur noch mit dem Auto verlassen, wodurch spontane Kontakte zur Nachbarschaft erheblich einschränkt werden.

Beide Untersuchungsgebiete zeigen einen weiteren signifikanten Unterschied: die Straßengestaltung. Während in Oreólofos kaum Bürgersteige vorhanden sind, wird in Plataniá darauf geachtet, dass breite Bürgersteige Bewohner mehr zum Laufen animieren, womit auch bewusst das Ziel verfolgt wird, soziale Beziehungen, d. h. alltägliche Begegnungen auf der Straße oder Gespräche zwischen Garten und Bürgersteig möglich machen. Immer mehr lokale Behörden beginnen, dieses Potenzial bzw. diesen Lebensqualitätsfaktor zu erkennen. Mangel an Infrastruktur, allen voran an öffentlichem Raum schränkt generell Interaktionen ein. Das ist am deutlichsten erkennbar in Oreólofos, wo entsprechende kulturelle und soziale Angebote fehlen. Die Bemühung der Bürger (und Gemeinde) um Interaktionsräume wird durch die lückenhafte Entwicklung und die geringe Wohndichte erschwert. Die Bemühung zeigt jedoch, dass auch hier der Mangel an sozialen Beziehungen durchaus wahrgenommen wird und deutet zugleich auf einen vergleichsweise hohen Grad der gesellschaftlichen Selbstorganisation hin. Aus den genannten Gründen und wie in den Fallbeispielen aufgezeigt, kann dies in Oreólofos weniger gut umgesetzt werden als in Plataniá. Interessanterweise stellen Einrichtungen für die immobilen, also ortsgebundenen Gruppen, Kinder bzw. Schüler und Senioren, immerhin eine Selbstverständlichkeit dar. Während das KAPI in Oreólofos *nur* die Funktion eines sozialen *Kafeníons* innehat, gibt es in Plataniá ein großes Angebot an Kursen, Veranstaltungen, Ausflügen usw. Elternvereine und KAPI sind entsprechend aktiv, was mit der langen Tradition von engagierten Eltern im Elternverein zu tun hat, die für das „Wohl der Kinder“ eine gute Bildung für essentiell halten, wobei nicht selten das Interesse „das eigene Kind im bestehenden System durchzubringen“ (AUERNHAMMER, 2009, S. 109) das Motiv des gemeinschaftlichen Engagements überwiegt. Es konnte beobachtet werden, wie einzelne Personen, z. B. ein Bürgermeister oder eine sehr engagierte Bürgerin, die Situation und nicht zuletzt den weiteren Verlauf

der aktiven Bürgerschaft beeinflussen können. Dies ist auf die Motivierung und Aktivierung bzw. Integration Anderer zurückzuführen.

Die Wohnsuburbanisierung führte nicht nur zum Bedeutungsverlust der ursprünglichen Flüchtlingssiedlung Plataniás, sondern auch zur Marginalisierung der sozialräumlichen Praktiken und Traditionen. Nach der Aufnahme in den »Plan« intensivierte sich der Zuzug von außen, so dass sich die Bevölkerungszahl innerhalb von 15 Jahren verdoppelte. Altbewohner reagierten auf die angesetzten Überfremdungseffekte mit Retirade und Kräftesammlung, bevor sie mit der Wiederbelebung von Traditionen und *guter alter* und *bewährter* Werte in die Offensive gingen. Identitätsstärkung nach innen (unter den Altbewohnern und der nachfolgenden Generation) wie nach außen (Neubewohnern gegenüber) und Distinktion nach Alt- und Neubewohner wurden letztendlich zur Machtfraße. Der Teil der Neubewohner, der an „quasi-primären“ Kontakten interessiert ist, stößt damit auf Reserviertheit und eine Nicht-Willkommenskultur. Diese Machtkämpfe setzen sich dann in der Schule und selbst in der Kommunalpolitik fort. Die Desintegration führt nicht nur zu Parallelgesellschaften, sondern auch zu Konkurrenzgesellschaften, die das Zusammenleben und die alltägliche Sozialpraxis belasten. Entsprechend und noch extremer waren die Bedingungen in Oreólofos, das sich aus einer Wildnis (in der Regel Weideland) zu einer verstreuten Feriensiedlung mit Kleinsthäusern und einigen wenigen Villen verwandelte und nun zu einer *dörflich* geprägten Vorstadt werden soll. Zunächst koexistierten hier die ehemaligen lokalen Bauern- und Hirtenfamilien (Arwaníten) mit den Feriensiedlern. Später kamen in die sozial wie topologisch verstreute Siedlung die ebenso heterogenen Neubewohner. All das soll zu einer funktionierenden Gemeinde bzw. Gesellschaft zusammenwachsen, allerdings ist dies dem heutigen Anschein nach nicht der Fall. In beiden Beispielen haben die metropolitanen Wanderungsprozesse der letzten Jahrzehnte zu komplett anderen Situationen geführt und den Gemeinden bedarf es an Konsolidierungszeit. Die neu entstandenen Wohngebiete und Sozialräume haben sicherlich das Potenzial zusammenzuwachsen, sei es mithilfe der „Routinisierung“ und/oder mithilfe einer aktiven Kommunalpolitik, letztendlich am meisten jedoch mithilfe der unverkennbar interaktionsfähigen und -willigen Bewohnerschaft.

Athen als Ziel und Zwischenstation globaler Migrationen

Die neuen Migrationsprozesse sind ohne Frage heute gesellschafts- und forschungsrelevant auch und vor allem für die südeuropäische periphere Metropole Athen. Globale und regionale Migrationsprozesse bedeu-

ten tiefgreifende Veränderungen sowohl für die einzelnen Lebensräume als auch für die Stadt- und Metropolentwicklung insgesamt. Die neuen Migrationsbewegungen sind nicht mehr von den Metropolisierungsprozessen und den weiteren sozialräumlichen Entwicklungen zu trennen und werden auch in der Zukunft Wohn- und Sozialpraxis prägen.

Athen war bisher ein Schmelztiegel der hellenischen Welt und weniger eine internationale oder gar globale Metropole. Der athenische Kosmos ist trotz weltweiter Internationalisierung doch auf Griechen (Diaspora inbegriffen) bzw. griechische Weltbilder und Traditionen konzentriert. Alles andere wird weiterhin, wenn nicht gleich für barbarisch, dann wenigstens für fremd erklärt. Auch die Metropolisierung Athens war bis vor etwa drei Jahrzehnten dem Zuzug aus dem umliegenden Staatsterritorium – oder kriegsverlorenen Gebieten – geschuldet, während internationale Zuwanderung und Zuflüsse eher marginal waren. Dies änderte sich erst in den 1980er- und 1990er-Jahren.

Für einen peripheren Staat wie Griechenland mit einer traditionell schwachen und ineffizienten Einwanderungs- und Integrationspolitik sind die Konsequenzen deswegen extrem. Die herkömmliche Laissez-faire-Politik hat nicht nur mit der Selbstbedienungspolitik und Verfolgung partikularer Interessen zu tun, die der Staat selbst betreibt, sondern auch mit seiner begrenzten Steuerungsfähigkeit und Bereitwilligkeit, als regulierende Instanz zu agieren. Die fehlende Implementation von transparenten und klaren Asyl- und Aufenthaltsregelungen, geschweige denn Integrationsmaßnahmen, sind verantwortlich für eine Reihe von negativen Folgen und die häufig auftretende Willkür.

Auch hier zeigt sich, dass es in der Regel auf die lebensweltlichen Formen und die *Zivilgesellschaft* ankommt – im günstigen Szenario – das Willkommenheißten und die Integration der Migranten zu bewältigen. Dies geschieht in den Betrieben und Wohnhäusern in der gesamten Metropole, abgesehen von den ausbeuterischen Aushilfs- oder Straßenverkäufertätigkeiten.²³³ Besonders wichtig ist dabei, dass die Migranten nicht nur als mobile Verkäufer, Autoscheibenputzer etc. zum metropolitanen Straßenbild gehören, sondern auch Teil der umfassenden alltäglich erlebten Realität werden. Nur wenige Gemeinden und Bürger sind in der Lage die Potenziale der Migration zu erkennen oder einfach nur zu akzeptieren. Das gilt nicht für die mit der Mehrzahl der Migrantenzahlen konfrontierte Athener Innenstadt, die exemplarisch, obwohl größte Kommune Griechenlands, weder über die dafür notwendigen Handlungsspielräume noch über personelle oder finanzielle Ressourcen verfügt, um Integrations- und Aktivierungsprozesse zu implementieren.

Wobei es auch fragwürdig ist, inwieweit Migration generell auf der Grundlage ökonomischer Erträge für die Empfangsgesellschaft diskutiert und nicht durch soziale und kulturelle Komponenten erweitert werden soll. Dafür müssen lokale wie metropolitane Gesellschaften samt Institutionen einiges in ihren Denkweisen revidieren. In modernen Metropolen bedeuten Vielfältigkeit, Multi- und Interkulturalität keineswegs die allzu oft wiederholte Forderung der Unterordnung der Neubewohner an oder das Aufzwingen von imaginierten nationalen oder auch lokalen *Leitkulturen*. Vielmehr geht es um eine (Neben-)Existenz gleichberechtigter Kulturen, die in offene, dialogische und kommunikative Prozesse eintreten.

Der griechische Parteien- und Klientelstaat ist jedoch bisher kaum in der Lage die Chancen zu erkennen, schlimmer noch: Er ist sich nicht mal der Ernsthaftigkeit der drohenden humanitären Katastrophe bewusst. In Athen, vor allem in der Innenstadt, herrscht eine chaotische und unkontrollierte Situation (Stand 2013). Migranten und Flüchtlinge erleben teilweise das, wovon sie in ihren Herkunftsorten geflüchtet sind: Verelendung, Lebensgefahr und Angst vor Verfolgung. Die Reaktionen der auf globale Zuwanderung unvorbereiteten und dementsprechend ebenso angstgetriebenen und teilweise hasserfüllten Bewohner sind heftig und menschenverachtend, zum Teil sogar rechtswidrig. Dabei betreffen diese Phänomene marginalisierte Stadtgebiete wie das innerstädtische Viertel Ágios Panteleímonas, ein Beispiel für die Entstehung einer Kampfzone von gesellschaftlichen Akteuren um Raum und fragwürdige Formen von Bürgerschaft bzw. Zivilgesellschaft: sogenannte Anwohner- und Bürgerkomitees, die mithilfe von rechtsgerichteten Gruppierungen, teilweise von der lokalen Polizei geduldet, die Kontrolle über ganze Viertel übernehmen und Menschen mit anderer Hautfarbe aus *ihrem* Viertel verjagen und einschüchtern. Die Verriegelung eines Spielplatzes, damit dort keine „afghanischen Kindern“ spielen, zeigt welche sozialdarwinistischen Züge es annehmen kann, wenn Staat und Politik sich abstinenter verhalten (LIFO vom 11. Juni 2009). Die ökonomische und gesellschaftliche Krise verschärfte bereits bestehende sozialräumliche Extreme. Die Migrationsproblematik wird ideologisch instrumentalisiert, anknüpfend an althergebrachte bipolare Denkweise von links-rechts – anstatt zum Beispiel human-inhuman. Damit bleibt nicht nur die Diskussion über die wahren Komponenten aus, sondern es werden zudem widersinnige Verständnisse über Modernität und Urbanität reproduziert.

Ein Teil der Migration wurde von der Nachfrage auf dem formellen oder informellen Arbeitsmarkt absorbiert. Diese gesellschaftlich regulierte

Integration der Migranten durch legale und illegale Beschäftigung als Kindermädchen, Haushaltshilfen oder Gartenpfleger, in der Kranken- und Altenpflege sowie in den kleinen Familienbetrieben, ist seit langer Zeit weit verbreitet. Das erlaubt Migranten nicht nur eine vergleichsweise humane Lebensführung, sondern auch eine leichtere Integration in die Gesellschaft. Die Kontakte zu den Einheimischen fördern zudem gewissermaßen eine gesellschaftliche und kulturelle Mischung. Die seit mehreren Jahrzehnten angewendete Praxis der Anwerbung von Frauen aus den Philippinen (später auch aus Eritrea) als Tagesmütter und Haushaltsangestellte zeigte in dieser Hinsicht positive Auswirkungen. In den gut betuchten nördlichen Villenvierteln wohnten die Hausangestellten oder Kindermädchen traditionell bei ihren Arbeitgebern. Solche Praktiken der Haushaltshilfe adaptierten immer mehr die Mittelschichten in den neuen suburbanen Vierteln mit Einfamilienhäusern und Maisonnetten. Die grenzüberschreitende Migration und neue Beschäftigungsformen, oft an der Legalitätsgrenze vorbei (z. B. im häuslichen Bereich oder im gering qualifizierten Dienstleistungssektor) ließen Haushaltshilfen und private Tagesmütter erschwinglich werden.²³⁴ *Illegalisierte* Migranten werden auf diese Weise systemtragend und avancieren sogar zum Strukturmerkmal der neokapitalistischen Ökonomie und Gesellschaft. Die Untersuchung des lebensweltlichen Alltags liefert genügend Indizien über die Weise, die neoliberale Prinzipien Einzug im privaten alltäglichen Bereich halten.

Eine wichtige Persistenz zeigt die innerstädtische *Polikatikía*. Sie bleibt weiterhin eine Behausung für sozial heterogene Gruppen, in der in der jüngsten Zeit die soziale Mischung von *Einheimischen* und *Migranten* in der gesamten Athener Innenstadt wieder steigt (MALOUTAS, 2011, S. 58). Zwar flüchten viele Athener in *schönere* und *grünere* Standorte, ein ebenso großer Teil bleibt jedoch in der Innenstadt wohnen. Durch den Zuzug von Migranten werden viele Wohnungen nicht nur vor einem baulichen Herunterkommen geschützt, sondern durch Finanzaufwand und Eigenleistung aufgewertet. Zudem werden innerstädtische Nachbarschaften und Viertel neu belebt. Während zuvor der Tod der Athener Nachbarschaft beklagt wurde, können damit durch neue Kleingeschäfte in der Nachbarschaft, also in fußläufiger Nähe Einkaufsmöglichkeiten für immobile Bewohner entstehen und auch das Sicherheitsgefühl erhöht werden (VATAVALI/BALABANIDIS/SIATITSA, 2011).

Auf der anderen Seite werden positive Wirkungen ausgeblendet bzw. überschattet von den negativen Konnotationen, die mit der Innenstadt verbunden werden, wobei die Massenmedien eine große Rolle spielen.

So in Bezug auf das Athener Stadtviertel Àgios Panteleímonas, das in der öffentlichen Wahrnehmung als Inbegriff von Verfall, Kriminalität, Ghetto und Unzugänglichem (*ávato*, auf Neudeutsch *No-Go*) dient. Polarisierend und stimmungsmachend wird anhand dieses *umkämpften* Gebiets stellvertretend für Athen bzw. das ganze Land die gesamte Migrationsproblematik verortet und diskutiert. Einige sprechen von einer koordinierten Aktion, die Immobilienwerte drücken soll, die dann das Gebiet für Großkäufer attraktiv macht und zu einer kommodifizierten Reserve für zukünftige Nobilisierungsprozesse verwandelt.

Reurbanisierung, Suburbanisierung oder Repatriierung?

Die Athener Innenstadt ist aus der Sicht der Bewohner von Plataniá und Oreólofos ein höchst fragmentierter und polarisierter Raum. Die Allermeisten geben an, die Kernstadt zu meiden. Dennoch hat es in den letzten 15 Jahren auch zahlreichen Aufwertungen gegeben. Als Aufwertungen gelten *offiziell* Interventionen, die dem Ziel dienten aus der Athener Innenstadt ein Urban Entertainment Center (UEC) zu machen, d. h. eine animierte konsumorientierte Kombination von Einkaufen und Freizeit, ausgearbeitet von einer Allianz aus Stadtverwaltung, Geschäftsinhabern, Stadtplanern, Lifestyle- und Fashion-Publizisten sowie Immobilienbesitzern. Damit sollen neben ausländischen Gästen langfristig auch potenzielle Bewohner in die Kernstadt gezogen werden. Obwohl diese Bestrebungen schon länger existieren, kann von einem Reurbanisierungsprozess jedoch keineswegs die Rede sein. Die Reurbanisierungsanzeichen sind eher marginal und konzentrieren sich auf sanierte und aufgewertete innenstädtische Viertel wie Psirrí, Keramikós, Metaxourgío u. a., wobei es sich auch hier eher um nachgeahmte urbane Lebens- und Wohnstile aus anderen westlichen Metropolen als um eine wirkliche Kehrtwende handelt. Die Interventionen zeig(t)en durchaus Wirkung und immer mehr Suburbaniten werden zum Einkaufen (*Shopping*), Flanieren und Ausgehen angezogen, während früher Arbeit und Behördengänge die primären und Einkaufen und Kultur die sekundären Gründe waren. Allerdings ist durchaus bekannt, dass auch die neuen Funktionen Trends auslösen und zu einer Revalidierung des innerstädtischen Lebens- und Wohnumfeldes führen, was auch Potenziale für eine zukünftige Reurbanisierung erhöht. Allerdings sind die größten Probleme in der Kernstadt strukturell und hängen in erster Linie mit den immensen Verkehrsproblemen zusammen. Auch die Infrastrukturverbesserungen in den 2000er-Jahren, insbesondere das moderne ÖPNV-System (Metro, Tram, Vorortbahn) trugen wenig zur Entlastung bei.

Darum sind zwei Drittel der Bewohner²³⁵ immer noch mit den Lebensbedingungen unzufrieden und würden am liebsten wegziehen. Allerdings war der Wegzug traditionell ein beliebtes Thema der Athener, die immer ein romantisches Provinzbild pflegten. Was diesmal anders ist, sind die widrigen ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen aufgrund der anhaltenden Krise. So schließen auch Bewohner Plataniás und Oreólofos das Verlassen der Metropolregion und einen Umzug in die *Provinz*, in eine Kleinstadt, ein Dorf oder eine Insel nicht kategorisch aus.²³⁶ Vor allem bei jüngeren Menschen setzt die Perspektivlosigkeit einen nachhaltigen Prozess des Umdenkens in Gang. Sie erhoffen sich in touristischen Orten bessere bzw. überhaupt Berufschancen oder sind von alternativen und ökologischen Lebensweisen auf dem Land oder auf einer Insel angetan.²³⁷ Die meisten Herkunftsorte und Dörfer der Eltern sind heute infrastrukturell besser ausgerüstet, urbanisiert und verkehrlich erschlossen als vor 50 oder 60 Jahren, so dass Repatriisierungsgedanken gar nicht so abwegig sind. Damit drängt sich die Frage auf, ob nicht das Ende des Modernitätstraums eines sozialen Aufstiegs, mitsamt konsumorientierter Lebensweise, Fragen über Wanderungsprozesse neu und auf einer anderen Ebene aufrollt. In den 1960er-Jahren verließen Eltern und Großeltern die Provinz, um in der Großstadt oder im Ausland neu zu beginnen. Dazu gehörten gesellschaftlicher und ökonomischer Aufstieg sowie Teilhabe am modernen Leben der Großstadt. Über bessere Bildungsmöglichkeiten verfolgten sie das Ziel ihren Kindern eine sorgenfreie und leichtere Zukunft anzubieten. Das Versprechen des verbesserten Lebensstandards wurde größtenteils eingelöst, auch wenn einige mehr als andere dafür kämpfen mussten. In peripheren Ländern wie Griechenland war Kampf immer ein Teil der Alltags- und Lebensweltrealität, am meisten für das Heer der weniger Privilegierten.

Das ökonomische Wachstum in den zwei, drei Jahrzehnten vor der Krise war trotz struktureller Probleme enorm. Die gestiegenen Ansprüche und Herausforderungen waren zum Teil inflationär und überstiegen die vorhandenen Ressourcen (materielle wie immaterielle). Krisen sorgen auch für Korrekturen. Dies betrifft gleichermaßen auch das Wohnen und Zusammenleben. Nicht nur die Mehrzahl der Gesprächspartner, sondern auch die Öffentlichkeit und kollektive Wahrnehmung fangen damit an *laut* über Sinn und Inhalt *modernen* Lebens und zukunftssträchtiger Koexistenz der Individuen nachzudenken. Dies sollte nicht unbedingt als ein Schritt zurück, sondern kann als einer nach vorne gesehen werden.

2.2 Berlin: Wohnen und Zusammenleben in einer Metropolregion im Kernraum

Berlin, im Osten Deutschlands und im nördlichen Mitteleuropa stellt ein Teil der Mark Brandenburg dar. An politischer Bedeutung gewann es erst in der jüngeren Geschichte, hauptsächlich nach der Entstehung des Deutschen Staatenbundes (Zollunion) und nach seiner späteren Ernen-nung zur Hauptstadt des Deutschen Reiches (1871). Seit ungefähr dieser Zeit setzte eine massive Industrialisierung und Verstädterung ein. Das bis dahin rasante Bevölkerungswachstum fand ein Ende mit Beginn des Zweiten Weltkriegs. Die darauffolgende Teilung in einen Ost- und einen Westteil dauerte etwa ein halbes Jahrhundert. Der eingekesselte Westteil verfiel der Stagnation, während sich der Ostteil als Hauptstadt der DDR – ökonomisch und gesellschaftlich – weiterentwickelte. Nach der politi-schen Wende in Europa und der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten erlangt 1990 bzw. 1994 Berlin seine Hauptstadtfunktion wieder zurück. Gleichzeitig gewinnt es allmählich an politischer und kultureller Bedeutung in Europa und hegt die Ambition global aufzusteigen.²³⁸

Mit 3,29 Mio. Einwohnern (ZENSUS 2011) ist Berlin unangefochten die größte Stadt Deutschlands. Auf der Ebene von Metropolregionen kommt allerdings die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg²³⁹ hinter der Metropolregion Rhein-Ruhr *nur* an zweiter Stelle. Da Metropolkonstrukte inzwischen keine Grenzlinien – und oft keine Bescheidenheit – kennen, um einen ungefähren Eindruck zu haben, wird hier als Metropole Berlin die engere Metropolregion²⁴⁰ wie in der Abbildung 4.a verstanden (rote Begrenzung). In diesem Gebiet lebten im Jahr 2011 etwa 4,42 Mio. Einwohner (AMT FÜR STATISTIK BERLIN BRANDENBURG, 2013).

Berlin war immer ein Teil der Mark Brandenburg und auch nach der Gründung Groß-Berlins hat sich nichts geändert. Erst jüngere Entwick-lungen lamentierten über die heutige administrative Trennung. Bran-denburg wurde erstmals zwischen 1947 und 1952 in den alten Grenzen der preußischen Provinz zur eigenständigen administrativen Einheit definiert und später in der DDR in drei Verwaltungsbezirken (Frank-furt/Oder, Cottbus und Potsdam) aufgeteilt. Daraus entstanden nach der Wiedervereinigung das Bundesland Brandenburg,²⁴¹ das dadurch endgültig vom Bundesland Berlin getrennt wurde. Eine beabsichtigte Länderfusion im Jahr 1996 scheiterte an einer Volksabstimmung, seitdem findet jedoch auf behördlicher Ebene eine weitgehende Kooperation, Teilkonsolidierung bzw. halbformell ein Zusammenschluss statt.

In ihrem Werdungsprozess blickt die Berliner Metropolregion auf eine wohl wechselvolle Geschichte zurück, gekennzeichnet von zahlreichen Brüchen und Zäsuren. Die Bezeichnungen Cölln-Berlin, Groß-Berlin, Berlin-Ost und -West, Bundesland oder Hauptstadt-/Metropolregion Berlin-Brandenburg²⁴² deuten auf solche historischen Veränderungsprozesse hin. Diese Arbeit versucht sich über politische und administrative Grenzen hinwegzusetzen und sich an die Perspektive der empirischen und individuellen Betrachtungsebene zu halten. Hier sind beispielweise unsichtbare Trennlinien wie Parallelgesellschaften, Ost- und Westdenken, Kernstadt und Umland, jung und alt u. a. gewichtiger.

Berlin ist Hauptstadt der stärksten Volkswirtschaft Europas (u. a. das höchste BIP in Europa und *Exportmeister*). Regulationstheoretisch betrachtet, stellt es jedoch einen Sonderfall²⁴³ dar und es ist als Paradigma einer Metropole der zentralen kapitalistischen Ökonomie nur mit Vorsicht zu genießen und mit einige Besonderheiten verbunden. Die von der Gründung des Deutschen Reichs bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten stattgefundene Vergrößerung und Industrialisierung ist weitgehend mit denen anderer industriellen Großstädte im westlichen und zentralen Europa identisch, trotz der vergleichsweise verspäteten Hochindustrialisierung. Die NS-Herrschaft und als Auswirkung des Zweiten Weltkriegs die Trennung und der Kalte Krieg in Europa stellen einen historischen und gesellschaftlichen Bruch dar. Zum einen folgte darauf die Hegemonie zweier unterschiedlicher Ideologie- und Denksysteme, deren Trennlinie mitten durch Berlin geht. Zum anderen wurde dadurch die ohnehin bereits starke föderale Struktur, vor allem für Westdeutschland, noch weiter verschärft.

Die Betrachtung Deutschlands im Allgemeinen und Berlins im Speziellen bieten Anlass den historischen Kontext mit der regulationstheoretischen Perspektive zu kombinieren. Darin kommen sowohl der keynesianisch geprägte marktkapitalistische Staat (Bundesrepublik Deutschland) als auch der staatsdirigierende, realsozialistische Staat (Deutsche Demokratische Republik) mit ihren jeweiligen Wertesystemen vor. In einem historischen Umriss wird diese kurz vorgestellt.

2.2.1 Staat, Gesellschaft, Ökonomie

Die Ernennung Berlins zur Residenzstadt der Hohenzollern im preußischen Königreich im Jahr 1543 bildet die erste historisch wichtige Zeitmarke. Bis zur Verlegung der ständigen Residenz vom Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg von Kleve nach Berlin im 17. Jh.

Notenbank 1846 stieg Berlin zum nationalen Finanzzentrum auf. Weitere Reformen waren Anläufe für die Institutionalisierung der Kommunalpolitik, hier allen voran die konstituierte Stadtverordnetenversammlung²⁴⁵ und der Magistrat. Aufklärung und humanistische Werte der Universitäten förderten die Entstehung eines liberalen und renitenten Bürgertums, das in den Städten nach Mitspracherecht und Einflussnahme verlangte. Neben Frankfurt gehörte Berlin zu den Zentren der bürgerlichen Revolution von 1848 („Märzrevolution“), die eine neue Verfassung, allgemeinen Wahlen²⁴⁶, Pressefreiheit, Abschaffung des königlichen Vetorechts und Einstellung staatlicher Repression, aber auch die Beseitigung von Zollschränken forderte. Das *Ancien Regime* antwortete mit einer Konterrevolution, die zahlreiche Opfer forderte. Am Ende wurde von den „Märzforderungen“²⁴⁷ nur ein marginaler Teil erfüllt.

In der Wirtschaft fand in der Produktionsweise der Manufakturen eine technische Umrüstung statt. Der vermehrte Einsatz dampfgetriebener Maschinen und die Verwendung des maschinellen Webstuhls trugen zur Verbesserung und Beschleunigung der Güterproduktion bei. Binnen kurzer Zeit stieg die Zahl der arbeitenden Personen kräftig an. Einige kleine Handwerksbetriebe entwickelten sich zu Fabriken und zu Großmanufakturen. Der Ausbau der Eisenbahn hatte eine doppelte Wirkung: Zum einen trug die Eisenbahn als Transportmittel zur Ausweitung der Absatzgebiete und Märkte bei, zum anderen war sie großer Abnehmer von Eisen, Stahl und Steinkohle. Das beflügelte Wachstum anderer Branchen förderte weitere Investitionen und Arbeitsleistungen. Auch Eisen- und Stahlindustrie, Steinkohlebergbau und Maschinenbau stiegen zu Tragsäulen der Industrialisierung Preußens auf.²⁴⁸ Treibende Kräfte der industriellen Entwicklung waren sowohl der Adel, der mithilfe der Auslösezahlungen der Agrarreform über flüssiges Kapital für Investitionen verfügte, als auch städtische Kaufleute und gut betuchte Bürgerfamilien, die von der expandierten und technisierten Industrie zukunftssträchtige und gewinnbringende Renditen erwarteten. Wie in England wurden die Investitionen in Form von Aktiengesellschaften getätigt.

Ein Teil der Expansion war dem „unentbehrlichen Kapital“ der in der Reichshauptstadt niedergelassenen Finanzinstitute zu verdanken, ein weiterer Teil den französischen Reparationszahlungen nach Ende des Deutsch-Französischen Krieges (1871). Eine Vielzahl der großen Berliner Bankhäuser agierte intermediär, d. h. als Verteiler von ausländischem Kapital (hauptsächlich aus den Kapitalmärkten London und Paris). Die sichergestellte Liquidität kam dem Außenhandel deutscher Industriebetriebe zugute. Herrschten in Berlin noch vor der Jahrhundertwende

Kleinst- und Kleinbetriebe vor, nahm binnen kurzer Zeit die Betriebsgröße zu. Im Jahr 1907 gab es hier 29 Betriebe mit mehr als 1.000 Beschäftigte, zehn Jahre später waren es 56 „Riesenbetriebe“ (STATISTISCHES JAHRBUCH DER STADT BERLIN, 1920, S. 378f.). Die Berliner Börse gewann kontinuierlich an Bedeutung und stand direkt hinter London und Paris an dritter Stelle in Europa – trotz föderaler Struktur und zerteilter Kreditwirtschaft (mehr darüber TILLY, 1990, S. 199ff.). Für den größten Aufschwung sorgte die Elektroindustrie. Sie brachte Berlin nicht nur den Beinamen „Elektropolis“ (WEIHER, 1974), sondern erhob es zu einer der wichtigsten Industriestädte Mitteleuropas. Die neuen Medien der Nachrichtentechnik *Telephon* und *Telegraph* und generell die Elektroindustrie beschäftigten etwa 260.000 Menschen. Ähnlich bedeutend waren die zahlreichen Chemiebetriebe wie für Arzneimittelherstellung und ihre Zweige Kunstdünger-, Kosmetika-, Getränkeherstellung u. a. (vgl. ERBE, 2002, S. 721).

Der Versuch des Reichskanzlers Bismarck nationale Eintracht und Demokratie zu stärken, bedeutete nur bedingt eine Aufwertung des Reichtags und mehr Entscheidungs- und Mitspracherechte. Im Gegenteil, die Staatsform blieb die altbekannte „von autoritärem Geist durchdrungene Militärmonarchie“, in der sich Kaiser, Reichskanzler und das hochgeschätzte Militär die Macht teilten. Diese Ordnung wurde zeitweise durch die Bekämpfung von *Reichsfeinden* legitimiert, so wie der „Kulturkampf“²⁴⁹ oder die „Sozialistengesetze“²⁵⁰. Gleichwohl stammt aus dieser Zeit eine umfangreiche Gesetzgebung, die heute noch das Staatsmodell und die Gesellschaft prägt. „In der Tradition des reglementierenden Obrigkeitsstaates“ (OSTERHAMMEL, 2012, S. 60) und strategisch-rational motiviert, forcierte die politische Führung einen Etatismus, der den staatlichen Interventionismus in jeden erdenklichen lebensweltlichen Bereich zur neuen politischen Doktrin in Europa erhob (JESSOP, 2007, S. 39f.). Die aufkommende Industriegesellschaft erzwang neue Ordnungsprinzipien. Institutionalisierte gesellschafts-politische Aufgaben wie das staatliche Vorsorgesystem mit seiner Grundabsicherung in Form von Kranken-, Unfall- sowie Invaliditäts- und Altersversicherung für die wachsende Fabrikbelegschaft und Arbeiterschaft²⁵¹ beabsichtigten nicht nur der Prekarisierung oder der akuten Wohnfrage entgegenzuwirken, vielmehr jedoch potenzielle gesellschaftliche Spannungen oder Unruhen und sogar Revolutionsgefahren abzuwenden, also „die Widersprüche und die Krisentendenzen des Kapitalismus zu bewältigen“ (ebd., S. 40). Auch der Eingriff des Staates auf das Wirtschaftsgeschehen nahm immer mehr zu. Nationalökonomische Expansionspläne fanden Einzug in die Außenpolitik und Außenhandelsbeziehungen. Das

Deutsches Reich stieg zu den starken Exportnationen auf. Dies betrifft nicht nur den Export von Waren, sondern auch von Kapital. Immer mehr Kapitalinvestitionen wurden inzwischen im Ausland getätigt. Diese Frühphase der Globalisierung war zugleich eine Phase intensiver Kapitalakkumulation und Entstehung bzw. Expansion von Großkonzernen. Erst durch den Ersten Weltkrieg fand sie ein vorläufiges Ende.

Gegen Ende des 19. Jhs. verlief das Bevölkerungswachstum im Deutschen Reich rasant. In den Grenzen von 1871 stieg die Bevölkerungszahl von 35 Mio. im Jahr 1850 auf 45 Mio. 1880 bzw. 56 Mio. 1900 an (HISTORISCHER WELTATLAS, 2004, S. 140). Berlin war mit Abstand die größte Stadt – trotz der dezentral verlaufenden Verstädterung und Industrialisierung. Die größten Industriestandorte waren rohstoffbedingt im Ruhrgebiet, im westlichen Sachsen und in Oberschlesien. Dennoch stieg hier durch Land-Stadt-Migration die Bevölkerung in der Reichshauptstadt überdurchschnittlich.²⁵² Mitte der 1870er-Jahre wurde die Millionmarke überschritten und knapp 25 Jahre später die Verdoppelung, während 1910 die 3,5 Millionenmarke erreicht wurde (vgl. STATISTISCHES JAHRBUCH DER STADT BERLIN, 1920). Die Zugewanderten waren in der Regel unqualifizierte Arbeitskräfte, die eine Tätigkeit in den expandierten Industriebetrieben, im Handel oder in Häusern der bürgerlichen Klassen fanden. Berlin wandelte sich zu einer Arbeiter- und Angestelltenstadt. Zuwanderung und hohes natürliches Bevölkerungswachstum führten jedoch auch zu einer weiteren Verschlechterung der ohnehin beengten und unhygienischen Wohnverhältnisse (siehe *Mietskasernen*).

Der verlorene Erste Weltkrieg leitete tiefgreifende gesellschaftliche und politische Reformen ein, darunter die Demokratisierung²⁵³ und die Abschaffung der Monarchie bzw. generell der Bruch mit dem Obrigkeitsstaat. Die Beteiligung der Sozialdemokraten an der Regierung, die Anerkennung der Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiterschaft, die Einführung kollektiver Tarifverträge und der Tarifautonomie von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen stellten eine historische Zäsur dar.²⁵⁴ Neben den verfassungsrechtlichen und politischen Reformen gehörten zu den Errungenschaften der Weimarer Politik die entschiedene Sozial-, Gesundheits- und Wohnungspolitik, die im staatlichen Handeln vom Fürsorge- auf das Sicherungsprinzip übergegangen ist (über Ausbau des Weimarer Sozialstaats siehe STURM, 2011, S. 44). Die durch Kriegskosten und Reparationen gestiegene Verschuldung ruinierte die Volkswirtschaft. Allen voran die Hyperinflation, erschwerte die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Eine Verbesserung

und Erholung der Wirtschaft trat erst ab 1923 ein. Mit der Wiederaufnahme der industriellen Produktion nahm auch die Beschäftigung zu.

Die industrielle Großstadt Berlin erlebte jedoch zu dieser Zeit einen geistigen und kulturellen Aufschwung, die sie zum Synonym für Avantgarde und Fortschritt bzw. zum Anziehungspol internationaler intellektueller und künstlerischer Kreise machte. Bereits Ende des 19. Jh. soll sozusagen Berlin die „Metropole der Zukunft“ gewesen sein (ebd., S. 69), orientierte nicht an Paris oder London, sondern an US-amerikanischen Metropolen Chicago und New York. Kreativität, Innovation und liberale Weltanschauung veränderten Außen- wie auch Selbstbild der Berliner und mythische Attribute wie Weltmetropole²⁵⁵ und die »Goldene[n] Zwanziger« verdrängten die Heterogenität und Ambivalenz der Weimarer Zeit, darunter den Traditionalismus, Konservatismus und Nationalismus. Das Weltmetropole-Etikett war auch auf die technischen Errungenschaften übertragbar. Eine moderne Medienlandschaft aus Zeitungen, Radiosendern, Kinos prägten das großstädtische Leben und Nachrichten oder Werbung drangen immer mehr in den Alltag ein. Das Näherrücken der weiten Welt veränderte die Lebensgrundlage. Wenn nicht in Berlin, wo sonst in Deutschland war man „am ehesten in der Lage, eine moderne Urbanität zu entwickeln[?]“ (KIECOL, 2001).

Der Börsenkrach von 1929 und die darauf folgende Weltwirtschaftskrise erfassten auch die deutsche Volkswirtschaft, die nach den USA am meisten betroffen war. Auch hier hatte das spekulative Geschäftsmodell aus Überproduktion und Überkapazitäten sowie aufgeheizte Produktion zu einem Missverhältnis von Angebot und Nachfrage geführt. Der Bankrott von Banken und Firmen führte zu Massenentlassungen, grassierender Arbeitslosigkeit und gestiegenen Staatsausgaben. Die ohnehin labilen politischen Verhältnisse verstärkten Lagerkonfrontationen und führten nicht zuletzt zur Unregierbarkeit, die durch Verfassungskonstruktionen aufgehoben werden sollten. Die Aushebelung der parlamentarischen Republik und Entmachtung der Regierung trat spätestens mit der Ausstattung des Reichspräsidenten mit Sonderrechten ein (STURM, 2011, S. 55). Der seit den 1920er-Jahren anschwellende Nationalismus und die wieder erstarkten Nationalsozialisten mit ihrem „charismatischen Führer“ Adolf Hitler instrumentalisierten die Krisensituation und die Unzufriedenheit in der Bevölkerung und nach der gewonnenen Wahl im Mai 1933 putschten sie sich an die Macht. Sie fanden breite Unterstützung bei den marginalisierten, aber auch bei den Eliten (Großagrariern und Großindustriellen, Militär und Behördenapparat), die sich neue Wachstumspotenziale versprachen. Das Führerprinzip²⁵⁶ baute auf strikte Machthie-

rarchien (WILDT, 2012, S. 46) und darin hatten Gewerkschaften, Parteien und andere gesellschaftspolitische Institutionen und Akteure keinen Platz. Sie wurden unmittelbar nach der Machtergreifung verboten oder interniert. Die versprochene ökonomische Erneuerung²⁵⁷ orientierte sich gewissermaßen an das in den USA damals herangereifte Fordismus-Modell, auch wenn im Deutschen Reich die Voraussetzungen für Massenproduktion oder ein tayloristisches Lohnmodell fehlten, darunter Binnennachfrage und Massenabsatz. Insofern schlug der Versuch fehl, Serienproduktion durch Standardisierung und Fließbandmontage einzuführen wie in der Herstellung des KdF-Wagens (Volkswagen). Eine der wenigen Ausnahmen serieller Produktion für zivile Zwecke war der mit Massenpropaganda motivierte Volksempfänger (Radio). Lediglich dem vom Staat beauftragten Rüstungssektor gelang die Einführung fordistischer Strukturen, am stärksten bei der seriellen Herstellung von Militärfahrzeugen und beim Flugzeugbau. Dank Aufträgen durch die Luftwaffe expandierte dieser Sektor und musste sogar Lohnsteigerungen zustimmen.²⁵⁸ Während nach der Demontage der Arbeitnehmerrechte die Arbeiterschaft und Angestellten in der Regel Einkommensverluste hinnehmen musste, legten die Gewinne der beauftragten Unternehmen kräftig zu (bis 1939 +36,5% pro Jahr) (WEHLER, 2003, S. 644).

Die Großstadt Berlin, das verhasste Babylon und der Treffort von Systemfeinden, Juden und Kommunisten²⁵⁹ wurde trotz völkischer Großstadtfeindlichkeit²⁶⁰ zum Kulminationsort nationalsozialistischer Propaganda. Gigantomanische Pläne für die neue Reichshauptstadt Germania kamen nicht über den Entwurfsstatus hinaus. Anders der Infrastrukturausbau, hier verfolgte die nationalsozialistische Lenkungswirtschaft zwecks Kriegsvorbereitung zielstrebig den Bau von Autobahnen, wobei die Massenmotorisierung stets propagiert wurde. Auch der nach der Wirtschaftskrise vorerst eingestellte Wohnungsbau sollte eine „eminente wichtige Rolle“ spielen. Die „Erholung des Wohnungsmarktes“ wurde jedoch erst „durch die politischen Verfolgungen“ und Maßnahmen wie Aufteilung von Großwohnungen nach Vertreibung oder Flucht jüdischer Bevölkerungsteile oder politischer Gegner ausgelöst (WILDT/KREUTZ-MÜLLER, 2013, S. 181). Die Wohnungsbaufinanzierung, anders als zur Weimarer Zeit, sollte weniger durch Subventionen und sukzessiv durch höhere Eigenkapitalanteile der Bauherren erfolgen. Reichsbürgschaften senkten den Anteil der öffentlichen Finanzmittel von 40-60% auf unter 10% (BLUMENROTH, 1975). Die von der nationalsozialistischen Städtebauideologie favorisierte *Siedlungszelle* und die dezentrale, vorstädtische Kleinsiedlung mit Eigenheim „für den kleinen Mann“ (siehe weiter) wurden durch den zuerst diskreditierten und später aus Kostenspar-

gründen *rehabilitierten* Geschossbau ersetzt. Hauptnutznießer der nationalsozialistischen Wohnungsbauprogramme waren in der Regel parteinahe Staatsapparat- oder Wehrmachtsangehörige. Seit Ende der 1930er-Jahre kam es allmählich durch Kriegsvorbereitung und Materialengpässen zum Wohnungsbaustopp. Der Krieg endete im Mai 1945 mit der Kapitulation und der Übertragung der Regierungsgewalt an die vier Siegermächte. Das Deutsche Reich wurde in vier Besatzungszonen geteilt bzw. etwa 24% der Fläche (von 1937), darunter die Ostgebiete (Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg und Schlesien) an Polen und an die Sowjetunion und Elsass/Lothringen ein für alle Mal an Frankreich abgetreten. Berlin wurde ebenso in vier Sektoren geteilt. Bereits das sich andeutende Kriegsende und das Aufrücken der Roten Armee lösten in den Ostgebieten eine große Flüchtlingswelle Richtung Westen aus. Zwischen 1945 und 1947, aus Angst vor Vergeltung und Vertreibung strömten etwa 11,73 Mio. Flüchtlinge, 6,94 Mio. aus den Ostgebieten und 4,79 Mio. aus deutschen Siedlungsgebieten im Ausland, davon 2,92 Mio. aus dem Sudetenland (BROCKHAUS-ENZYKLOPÄDIE). Viele davon kamen nach Berlin, obwohl die Mehrzahl von Wohnungen in Trümmern lag. Weitere 600.000 Wohnungen (39%) waren komplett zerstört und weitere 100.000 schwer beschädigt und faktisch unbewohnbar. Mehr als ein Viertel der Bevölkerung war bereits zuvor in die nähere Umgebung geflüchtet, während mehrere Tausend Flüchtlinge oder Vertriebene sich hier aufhielten.²⁶¹ Ebenso in Trümmern lag der größte Teil der Produktionsanlagen. Fabriken und Maschinen, wobei schon während der NS-Herrschaft die Berliner Wirtschaftsstruktur einen Einbruch erlitten hatte. Von der systematischen Konzentration, Großbetrieblichung und bei der Vergabe von Staatsaufträgen wurden lokale Betriebe – am meisten innenstädtische Klein- und Mittelbetriebe – benachteiligt und damit geschädigt. Bereits nach den ersten Bombenangriffen wurde aus sicherheitspolitischen Erwägungen die Produktion in dezentralen Standorten, meistens außerhalb Berlins verlagert. Auch die Umnutzung der Elektroindustrie für Rüstungszwecke führte letztlich zur Aushöhlung und zum Niedergang (ebd., S. 982). Fabriken und Maschinen, die nach Kriegsende noch intakt waren, wurden als Reparation von den Alliierten konfisziert.

Die »Londoner Protokolle« (1944) vereinbarten die Teilung des „Berliner Gebiets“ (Groß-Berlin) in drei Sektoren, kontrolliert und verwaltet durch die Alliierten Siegermächten USA, Sowjetunion und Großbritannien.²⁶² Die Verschlechterung der anfänglich guten Kooperation im »Alliierten Kontrollrat« deutete ab 1947 die drohende Teilung an. Der einsetzende Kalte Krieg zwischen USA und Sowjetunion übertrug sich auf das besetzte Deutschland und Berlin, zementiert durch eine Kette von kleine-

ren und größeren Ereignissen.²⁶³ Der Aufstand von 1953 und die militärische Intervention der sowjetischen Armee sowie der 1961 begonnene Mauerbau besiegelten den Bruch zwischen den Weltmächten, aber auch zwischen den beiden deutschen Staaten bzw. Teilen Berlins.

Der Westen: Das geteilte Deutschland sollte „als Pufferstaat in Europa zwischen den sich ausbildenden weltpolitischen Blöcken“ stehen (RIBBE, 2002, S. 84). Während das kapitalistische System in der Bundesrepublik Deutschland *geschmeidig* nur den Anschluss zur industriekapitalistischen Entwicklung und – wie in anderen westeuropäischen Staaten – die Übernahme des fordistisch-tayloristischen Produktions- und Konsumtionsmodell der USA vorsah, musste in der Deutschen Demokratischen Republik die stalinistisch geprägte zentrale Planwirtschaft einen komplett neuen Kurs einschlagen.

Weitere Implementierungen in die neue politische Staatsordnung der BRD waren ein Grundgesetz, das sich nach dem US-amerikanischen Demokratie-, Freiheits- und Gleichheitsverständnis richtete. Zum ersten Mal sollten flachere Hierarchiestrukturen und eine *Schmelztiegel*-Gesellschaft, weniger Segregation und Klassendistinktion angestrebt werden. Die kriegsbedingten Einkommensverluste hatten ohnehin „zu sozialen Nivellierungen [...] ungekannten Ausmaßes“ geführt (SCHÄFFERS, 2012, S. 41). Zudem wurde entschieden, die Macht der Militärs eingeschränkt, wobei aufgrund von Personalmangel die Entnazifizierung der Politik, des Militärs und der Verwaltung wenig umfassend war.²⁶⁴ Auf Druck der USA wurde an einen „Typus des »demokratischen Verfassungsstaates«“ angeknüpft, der diesmal – z. B. im Vergleich zu 1918/19 oder 1848/49 – auf einen „breiteren Grundkonsens“ zwischen den politischen Lagern und gesellschaftlichen Akteuren setzte (ebd., S. 45). Der Einsatz von ERP-Hilfsmitteln (sog. Marshall-Plan)²⁶⁵ verhalf zu einem zügigen Wiederaufbau. Die Währungsreform stabilisierte die Geldzirkulation (Zahlungsmittel, Kredite, Bürgschaften) und lieferte eine solide Basis für ökonomisches Wachstum. Der gestiegene Export von Konsumgütern (Textilien, Elektrogeräte usw.) und Investitionsanlagen (Maschinen und Anlagen) schaffte Devisen, also Investitionskapital, das reinvestiert die Konjunktur und das Wirtschaftswachstum anfachte. Das *Goldene Zeitalter* des westlichen Kapitalismus bedeutete nicht nur Wohlstand und Aufschwung in Westeuropa, sondern war in der BRD ein erstes Erfolgserlebnis, mystifiziert, ein „Wirtschaftswunder“ (WEHLER, 2008, S. 53).

Das geteilte Berlin bzw. Westberlin hatte vorerst wenig davon profitieren können. Im Gegenteil, fast alle großen Unternehmen verließen die

Stadt Richtung Westzone. Im Jahr 1950 waren in der ehemaligen Arbeiterstadt von etwa 2,0 Mio. Einwohnern nur etwa 150.000 in der Industrie tätig. Beihilfen und Subventionen erhöhten die Beschäftigtenzahl 1961 (im Jahr des Mauerbaus) auf 315.000. Die Chance für eine Wirtschaftsentwicklung war jedoch aufgrund des fehlenden Hinterlandes begrenzt bzw. nicht ohne mithilfe von Bundessubventionen möglich. Vor allem seit der Teilung verließen immer mehr Arbeitskräfte, Unternehmen²⁶⁶ und Kapital die westliche Stadthälfte Richtung Westdeutschland und führten damit ein sukzessives Ausbluten herbei. Das im Jahr 1950 beschlossene Berlinförderungsgesetz (BGBl I Nr. 11 vom 09.03.1950, S. 41) stellte die Weichen für einen umfassenden Wiederaufbauplan Westberlins, finanziert durch direkte Hilfen und Darlehen vom Bund, zusätzlich zur den 4,5 Mrd. DM vom ERP-Programm. Letzteres war kein Geschenk der US-amerikanischen Schutzmacht, sondern eher eine Finanzspritze für den Aufbau des Westsektors zum Aushängeschild des Westens als Bollwerk von Freiheit, Wohlstand und Demokratie. Der Mauerbau manifestierte die Abhängigkeit des *Bundeslandes Berlin* von Soforthilfen und mittelfristigen Hilfsplänen. Der jährliche Zuschuss durch Bundeshaushaltsmittel erreichte bis zu 60% des Berliner Haushaltes. In Westberlin profitierten ansässige oder westdeutsche Unternehmen von staatlichen Subventionen und Steuererleichterungen (das sog. Berlin-Risiko). Eine Konsequenz dieser Subventionierungspolitik war die Entstehung eines staatlichen wie ökonomischen Handelns, das weniger auf Produktivität oder Profitabilität ausgerichtet war. Charakteristische Beispiele hierfür waren der Wohnungsbau und die Bauwirtschaft (mehr darüber später).

Herausragende Bedeutung im fordistischen Entwicklungsmodell hatte der Automobilbau. Seit Ende der 1950er-Jahre wurde er deswegen direkt und indirekt durch den Staat subventioniert.²⁶⁷ Die Zahl der Automobile stieg rapide, kamen 1960 81 Pkws auf 1.000 Einwohner, waren es zehn Jahre später bereits 230, d. h. mehr als jede zweite Familie verfügte über einen Pkw (SCHILDT, 2007, S. 44). Die Motorisierung kam einer kulturell-habituellen Revolution²⁶⁸ gleich und auch die räumliche Mobilität nahm erheblich zu. Das Näherrücken früher entlegener Standorte ermöglichte die Erschließung billiger *Grüner Wiesen*. Damit wurde der *alte Traum* des Eigenheims im Grünen erschwinglicher. Dafür schaffte der Staat die gesetzliche Grundlage für die Förderung und Finanzierung selbstgenutzten Wohnraums (Wohnungsbauprämie), während die tayloristischen Arbeitsverhältnisse langfristig angelegte Finanzierungsformen sicherten. Private und öffentliche Kreditinstitute bauten das Bauspar- und Hypothekengeschäft aus und die vom Wiederaufbau profitierende Bauwirtschaft bekam neue Aufträge vom Haus- bis zum Siedlungs- und

Straßenbau. Immer mehr Stadtbevölkerung wanderte in die neu gebauten Schlafstädte der Umgebung ab, während die Bevölkerung in den innenstädtischen Gebieten kontinuierlich abnahm. Diese Suburbanisierung war in den 1960er- und bis zur ersten Hälfte der 1970er-Jahre die vorherrschende Form der westlichen Stadtentwicklung.

Immer mehr verankert in den Entwicklungsprozessen der Nachkriegszeit sind die Massenmedien. Bereits der von den USA als Gegenmaßnahme für die starke Propaganda der NS-Zeit verfolgte »Reeducation« sollte Deutsche zu Demokratie und Freiheit umerziehen. Dafür diente zuerst der *Volksempfänger*, den 1960 85% der Haushalte besaßen, später zunehmend das Fernsehen (1957 eine Mio.; 1961 etwa vier Mio.; 1970 mehr als 15 Mio.) (STATISTISCHES BUNDESAMT, o. J.). Relativ schnell manifestierte sich so eine Nachkriegsgesellschaft, in der „steigender Konsum und die Modernisierung des Konsums im Dreieck von komfortabler Häuslichkeit, dem eigenen Pkw und eine immer stärker von Massenmedien bestimmte Freizeit...“ charakteristisch waren (WEHLER, 2008, S. 42), was im Großen und Ganzen dem fordistischen Entwicklungsmodell der USA entsprach; fordistisch-tayloristische Strukturen hatten sich längst in der deutschen Volkswirtschaft etabliert. Das *Wirtschaftswunder* und die Vollbeschäftigung machten Arbeitskräfte notwendig. Das Anwerben von Arbeitskräften aus dem Ausland seit 1955 und die Aufnahme von Spätaussiedlern²⁶⁹ sollten den Bedarf decken. Die *Gastarbeiterzahl* lag im Jahr 1973 bei etwa 2,6 Mio.²⁷⁰ (12% aller Erwerbstätigen), Familienmitglieder eingerechnet, lebten hier mehr als 4 Mio. *Ausländer* (ebd., S. 41). Damit setzte nachhaltig der Wandel der BRD in ein Einwanderungsland bzw. eine Einwanderungsgesellschaft ein.

Eine kleine Rezession im Jahr 1967 gab erste Vorzeichen für den bevorstehenden Wandel, wobei auch die verlangsamten Produktivitäts- und Gewinnraten bei den Unternehmen ein weiteres Indiz für die Grenzen des hiesigen Wachstumsmodells darstellten. Erst die Öl-Krise von 1973 vermochte zum Kurswechsel leiten, allerdings auf der Produktions- und nicht auf der Konsumptionsseite. Wie zuvor japanische und US-amerikanische begannen nun große Industrieunternehmen aus der BRD ihre Produktion in Staaten mit Niedriglöhnen sowie Sozial- und Umweltstandards zu verlagern. Produktionsverlagerung und Automatisierung bedeuteten den Verlust von Millionen Arbeitsplätzen. Die Nicht-Korrektur von Versäumnissen während der Wohlstandsjahrzehnte und der ökonomischen Aufschwungszeit und ein Rückgriff auf angelsächsische Konzepte der Neoökonomie (darunter Liberalisierung und Abbau des Staates) prägten die Entwicklung der darauf folgenden Jahrzehnte.

Der Osten: Auf der anderen Seite folgte der Gründung der BRD im Jahr 1949 die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Die Sowjetunion versuchte, hier das eigene politische und ökonomische System zu implementieren. Das gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungsmodell der DDR, angelehnt an den regulationstheoretischen Ansatz, wird hier einige Grundzügen der Planwirtschaft und der sozialistischen Gesellschaft erläutern, da nicht wenige dieser Aspekte in der Empirie wieder auftauchen werden. Der Einfluss des Realsozialismus auf die Lebenswelt war signifikant. Trotz der relativ kurzen Zeit kam es zu erheblichen Diskontinuitäten und Brüchen mit alten Mentalitäten, Traditionen und Praktiken. Dieser kurze Exkurs über das perifordistische bzw. „ostfordistische“ Modell (MATTHIESEN, 2002) schließt an das teilfordistische (oder andere perifordistische) Modell an. Beide stehen in Korrespondenz zum fordistischen Diskurs und der entsprechenden Arbeits- und Produktionsweise. Auch wenn auf den ersten Blick Realsozialismus und Kapitalismus fundamentale Abweichungen aufweisen, gibt es gewisse Gemeinsamkeiten und Abhängigkeiten. In der Nachkriegsmoderne lag der allgemeine Entwicklungsstand im europäischen Kontinent – gesellschaftlich wie technisch-materiell – keinesfalls weit auseinander. Erst die unterschiedlichen Ideologien begannen gesellschaftliche und ökonomische Postulate anders zu akzentuieren, die durch vermehrte Antagonismen und Agitationen zu einem bipolaren Kontext führten. Regulationstheoretisch betrachtet, sind es vor allem die anders gewichteten Präferenzen wie in der Einkommensverteilung, Haushalts- und Familienstruktur sowie andere Konstellationen in der Akkumulation, Investition oder Regulation, die ins Auge fallen.

Die SMAD unterstützte die SBZ bei der Beseitigung der unmittelbaren Kriegsauswirkungen wie Lebensmittelversorgung und Wiedereinrichtung der zerstörten Infrastruktur. Die Abwanderung nicht nur von Unternehmen, sondern auch Personen²⁷¹ trübte die Aussichten auf eine baldige ökonomische Erholung. Die Bevölkerungszahl blieb nach 1961 vorerst konstant und erst in den 1970er-Jahren nahm sie wieder zu.²⁷² Die Sowjetunion zielte von vornherein auf eine Installation des eigenen Modells der zentralen Planwirtschaft in der SBZ (wie auch in den anderen ost- und mitteleuropäischen Staaten). Die Abspaltung war weniger eine Reaktion auf die BRD-Gründung, da vorherige Aktionen, darunter die *Gruppe Ulbricht* aus dem Moskauer Exil, die verordnete Schließung aller Großbanken oder die rigoros geführte Bodenreform²⁷³, hatten die Absicht und Entschlossenheit der sowjetischen Führung verdeutlicht.

Hauptmerkmal der zentralen Planwirtschaft war, dass „die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit durch den Staat reguliert“ wird. Der Staat „verfügte über die Produktionsmittel, und alles Wirtschaften war Gestalten des öffentlichen Lebens und wurde in eine staatliche Planung einbezogen“ (TIMMERMANN, 2001, S. 15). Selbst-, Eigenregulierung oder parallele Formen waren ausgeschaltet. Leitung, Planung und Kontrolle des Wirtschaftsgeschehens erfolgten zentral, Privateigentum war weitgehend in Produktionsmitteln aufgeteilt,²⁷⁴ Versicherungen und Banken, also Geld- und Kreditversorgung, Preispolitik für Arbeit, Güter, Dienstleistungen und Zinsen waren ausschließlich vom zentralen Staat reguliert (ebd., S. 16). Da Planerfüllung Ziel des wirtschaftlichen Handelns war, waren die Bindungen zwischen Politik und Wirtschaft sehr eng. Zwei- bis Siebenjahrespläne regelten zwar die Staatshandlungen der DDR, formulierten jedoch kein geradliniges Wirtschaftsmodell und müssen eher wie eine beständige Suche nach einer *richtigen* staatlichen Regulation gesehen werden.

Nach der Wiederaufbauphase lässt sich diese Staats- und Wirtschaftsplanung in drei Phasen zusammenfassen. Die erste dauerte bis 1962 und war durch die Durchsetzung der parteipolitischen Strukturen in Staat und Gesellschaft und die innere Konsolidierung für die Aufbereitung der sozialistischen Gesellschaftstransformation sowie den Aufbau einer sozialistischen Produktionsweise und die Förderung von Grundstoffindustrien gekennzeichnet. Zur Konsolidierung gehörten die Auseinandersetzung mit privaten Interessen (Bauerstände vs. LPG-Aufbau), die sog. Kirchenkämpfe bis hin zur Abwehr des Arbeiteraufstands von 1953 sowie das wohl drastischste Mittel gegen das „Ausbluten der DDR und dessen schlimme Folgen“: den Mauerbau (SCHÜRER, 2001, S. 33).

Durch die Aufnahme in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) wurde die DDR Teil der sozialistischen Arbeitsteilung und des Warenaustauschs mit den anderen Satellitenstaaten der Sowjetunion. Darin sah die Partei- und Staatsführung eine Gelegenheit den enormen Rückstand gegenüber der vom *Wirtschaftswunder* erfassten BRD nachzuholen. Diese zweite Phase beginnt 1963 mit dem »Neuen Ökonomischen System« (NÖS)²⁷⁵. Wesentlich neu waren die »Perspektivpläne«, die längerfristige Ziele für die „zentrale staatliche Planung“ und mehr Spielraum und „größere Eigenverantwortlichkeit“ für die „Betriebseinheiten“ vorsah. Die rein betriebswirtschaftlichen Prinzipien „Rentabilität und Effizienz“ (TIMMERMANN, 2001, S. 19, zitiert von SONTHEIMER/BLEEK, 1979, S. 207) waren mit einer „wissenschaftlich fundierten Führungstätigkeit“ verknüpft.²⁷⁶ Durch die Verknüpfung staatlichen Dirigismus und markt-

kapitalistischer Betriebswirtschaft sollten Innovation und effizientere Produktion ermöglicht werden (vgl. KRÖMKE, 2001, S. 48). Die Förderung von Schlüsselindustrien, darunter Elektronik (später Mikroelektronik), Metallverarbeitung, Glas- und Keramikindustrie, Petrochemie sollte die Arbeitsproduktivität steigern. Die spätere Abwandlung von 1967 wurde aufgrund „unrealer, unerfüllbarer“ Zielsetzungen und „überzogener Leistungsforderungen“ aufgegeben (SCHÜRER, 2001, S. 35f.). Außerdem bemängelten parteiinterne Kritiker die Infragestellung der Führungsrolle der Partei durch Eigenverantwortlichkeit der Betriebe.

Die dritte Phase beginnt im Jahr 1971 mit dem Kurswechsel des Nachfolgers von Ulbricht, Erich Honecker, der die Rückkehr in die zentrale Wirtschaftssteuerung und letztendlich in das „Leistungs- und Planungssystem“ ankündigte (TIMMERMANN, 2001, S. 19). Neben der Modernisierung der Industriebetriebe (z. B. durch Import neuester Technologie aus dem Westen) wollte die Staatsführung einen hohen Lebensstandard erreichen und die Bedürfnisse der DDR-Bürger befriedigen. Letztere Ziele umfassten sozialpolitische Maßnahmen wie den Wohnungsbau, die Kinderbetreuung und generell die Förderung junger Familien (Kernfamilie!), z. B. durch zinsgünstige Kredite. Offensichtlich sollte „an die Stelle der bisher geforderten Treue“ nun Konsumtion „die Bereitschaft zum Arrangement mit dem System“ fördern (SABROW, 2007, S. 42). Dadurch drang der Staat in beinahe jeden alltäglichen Lebensbereich ein. Die dadurch verstärkte Unterordnung des Individuums und eine generelle Nivellierungskultur lösten tiefgreifende Prozesse aus. Allerdings gab es in der DDR neben der Dreiviertelgesellschaft auch jugendliche, kreative Subkulturen und die „Nischengesellschaft der Kleinen Leute“ (GAUS, 1983), die sich Kollektivierungsmaßnahmen und Egalitätsprinzipien des Staates widersetzen,²⁷⁷ darunter VMIs (Volkswirtschaftliche Masseninitiativen), Hausgemeinschaften, gemeinsame Ferienlager und Brigaden in Betrieben usw. Letztere waren „vielleicht der wichtigste Vergesellschaftungskern“ (KOHLLI, 1994, S. 39). Introvertiertheit, Starrsinn und Distinktionskultur, ein Rückzug in die Privatsphäre, Gleichgültigkeit und Resignation stellten den Ausgleich für die restriktiv gehandhabten Ausreisemöglichkeiten, ebenso die „innere Abwanderung“ oder eine „missmutige Loyalität“ dar (LÜDTKE, 1994).

Der Staat war allein zuständig für Arbeitsrecht, Einkommens- und Lohnpolitik. Lohntarife und Tarifverträge setzten keine Verhandlungen voraus, da der FDGB-Vorstand bereits als Bestandteil und Instrument des politisch-ideologischen Machtgefüges der SED und am Planungsvorgaben- und Festsetzungsprozess beteiligt war. Staat und seine VEBs,

Kombinate und der gesamte Verwaltungsapparat waren Arbeitgeber von 93% der Arbeitnehmer. Das Sozialversicherungssystem bestand aus einer Einheitsversicherung mit lediglich zwei staatlichen Trägern, war zugleich Teil des Staatshaushalts und nur zum geringen Teil durch Beiträge der Versicherten finanziert (TIMMERMANN, 2001, S. 24f.). Geld- und Kreditpolitik, Geldvolumen oder Investitionen bestimmte ebenso allein die Staats- und Parteiführung. Auf diese Weise wurden „rund 70% des Außenhandels mit sozialistischen Ländern abgewickelt“ (ebd., S. 22). Der Warenaustausch innerhalb des Ostblocks (Warschauer Pakt und RGW) wurde größtenteils von der Sowjetunion bestimmt, war im Grunde Gegenforderung für die „umfangreichen Rohstofflieferungen“ (Erdöl, Erdgas, Roheisen, Buntmetalle, Holz u. v. a.) (SCHÜRRER, 2001, S. 36). Bilaterale Vereinbarungen achteten meist auf Gleichgewicht (ebd.), auch wenn *ausgehandelte* Preise keine realen Preise waren. Allgemein betrachtet, zeigte sich, dass Relationen von Absatzbedingungen, Preisbildungsmechanismen oder Kosten- und Rentabilitätsberechnungsgrundlage für Investitionsentscheidungen keineswegs auf Akkumulation, sondern auf Konsumption bzw. Export zielten. Das Fehlen von Eigentum und Wettbewerb neutralisierte beinahe kapitalistische Akkumulationsstrukturen.

Der Perestroika-Prozess ab Mitte der 1980er-Jahre erfasste alle Ostblockstaaten, wobei die SED-Spitzenfunktionäre dessen Prozessdynamik vorerst stark unterschätzten. Vor allem jedoch verkannten sie den wachsenden Unmut der Bevölkerung über die gesellschaftliche, politische und ökonomische Situation. Der längst begonnene Systemzerfall im „Arbeiter- und Bauernstaat“ kam letztendlich von außen,²⁷⁸ als im Jahr 1989 der letzte Stacheldraht an der ungarisch-österreichischen Grenze entfernt wurde. Umgehend wurde das einmalige historische Zeitfenster genutzt und nach zähen Verhandlungen die Wiedervereinigung der deutschen Staaten bzw. die deutsch-deutsche Vertragsgemeinschaft errungen, zuerst als Konföderation, im weiteren Verlauf als Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Inoffiziell war es ein „Beitritt der DDR zur Bundesrepublik“ (DIE ZEIT vom 30.09.2010, S. 14). Am 1. Juli 1990 fand die über 40-jährige Trennung ein Ende, allerdings war dies der Beginn eines lang anhaltenden, asymmetrischen Transformationsprozesses.

Ost und West: Während für die Mehrheit der Menschen in Westdeutschland die Wiedervereinigung relativ zügig zu einer Normalität wurde und sich mehr auf globale ökonomische und politischen Prozesse konzentrierte, brachte es für ehemalige DDR-Bürger eine regelrechte mentale Koordinatenverschiebung: Zum einen die tiefgreifende Transformation von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft, zum anderen die oft

schmerzliche Erfahrung der Auflösung der persönlichen sozioökonomischen Situation. Ebenso gravierend war das Umcodieren und teils Entwertung von bis dahin vertrauten Werten, Normen und Praktiken mitsamt Lebensabläufen und Identitäten. Positive Veränderungen wie Presse-, Konsum- und Reisefreiheit, wurden von beinahe traumatischen Erfahrungen wie Massenarbeitslosigkeit, Totalabwicklung und Marginalisierung sowie Schrumpfung eingetrübt. Die anfangs euphorische Feierstimmung schlug bald in Ernüchterung, Enttäuschung, wenn nicht sogar Groll um. Dabei war die Adaption des westdeutschen *Erfolgsmodells* durchaus ersehnt, letzten Endes folgte jedoch die Einsicht über die Subordination an die neuen Spielregeln der globalen Ökonomie. Der vom Realsozialismus befreite Osten fungiert von nun an „im Zugriff neoliberaler Eliten als Laboratorium des Westens“ (BRINKMANN, 2005, S. 305).

Das große Ausmaß der ökonomischen und gesellschaftlichen Nebenefekte in den *Neuen Bundesländern* (NBL) verdeutlichen allerdings die Arbeitsmarktstrukturdaten. Während die Zahl der Erwerbstätigen in der DDR 1989 etwa 9,6 Mio. betrug, ging sie innerhalb von nur zwei Jahren auf 6,3 Millionen zurück, hiervon waren 0,5 Mio. öffentlich subventioniert und ein weiterer Teil steckte in Kurzarbeit oder anderen Beschäftigungsformen. Offiziell gab es 1,1 Mio. Arbeitslose, davor wurden jedoch 1,3 Mio. Personen in den Vorruhestand geschickt oder an Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen verwiesen.²⁷⁹ Dazu kommen die schätzungsweise 1,0 Mio. Menschen, die schon in den ersten beiden Jahren nach dem Fall der Mauer Ostdeutschland verließen, um im Westen nach besserem Leben oder einer Arbeit zu suchen (STATISTISCHES BUNDESAMT, 2000). Teilweise haben fragwürdige Methoden seitens westdeutscher Unternehmen den Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft beschleunigt (siehe Sendung »Frontal 21« vom 14.09.2010). Die gravierendsten Auswirkungen hatten jedoch die Währungsreform und die entsprechende Umstellung der Löhne in einem Verhältnis von 1:1. Dadurch verteuerte sich die Produktion von Waren um etwa ein Vierfaches.²⁸⁰ Der gleichzeitige Ausfall osteuropäischer Absatzmärkte und der Einbruch des RGW-Warenaustauschsystems verschärften Liquiditätsproblemen und Zahlungsschwierigkeiten der davor zu selbständigen GmbHs^{281/282} umgewandelten Staatsbetriebe. Beinahe jeder der etwa 8.500 DDR-Betriebe wurde defizitär, konkurrenzunfähig und letztendlich bankrott. 1990 übernahm die Treuhandanstalt (THA) insgesamt 7.924 ehemalige VEBs und Kombinate und damit etwa 4,0 Mio. Werkstätige, d. h. 40% aller Arbeitsplätze.

Entsprechend sollten raumpolitische und -planerische „Erfahrungen in der Alten Bundesrepublik“ die „nachholende Modernisierung“ in Ostdeutschland vorantreiben, wobei sich „Hoffnungen auf die Rezipierbarkeit“ des „(vermeintlichen?) Erfolgsmodells“ der BRD „in vielerlei Hinsicht nicht erfüllt“ haben (ALTROCK u. a., 2010a, S. 10). Die neu installierten Strukturen erfuhren wenig Akzeptanz, da „[d]ie im ostdeutschen Transformationsprozess elitengesteuerten, instrumentell und von „außen“ eingeführten Institutionen, Regeln und Normen lange Zeit und zum Teil noch immer nur schwach in den Lebenswelten der Bürger Ostdeutschlands verankert“ sind (REISSIG, 2010, S. 20). Nicht selten stellt die starke „Verbundenheit mit der ehemaligen DDR“ das Haupthindernis für die Bereitwilligkeit der „Unterstützung der bundesdeutschen Demokratie sowie der Institutionen und Akteure des Parteienstaates“ (GABRIEL, 2001, S. 120). Je stärker die Verbundenheit mit dem sozialistischen System, desto ablehnender die Haltung gegenüber Gesamtdeutschland (ebd., S. 121).

Die zuerst irritierende „Nachdenklichkeit gegenüber der Demokratie und Marktwirtschaft“ (GÖRTEMAKER, 2011, S. 49) resultierte zum Teil aus den dramatischen Nachwende-Erfahrungen. Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit haben materiell und emotional fast jeden, sei es im Haushalt oder im unmittelbaren Umfeld, erfasst. Starke Verunsicherung, Enttäuschung und Entwertung ganzer Lebens- und Berufserfahrungen entzogen ehemaligen DDR-Bürgern den Boden unter den Füßen. Status- und Identitätsverlust lösten Frust und Resignation bzw. verleiteten zu einer wenig reflektierten „Ostalgie“. Sehr schnell entstand ein bipolares Denkschema, das nur nach „Gewinner und Verlierer der Wende“ differenziert. Lokale Milieus, sei es im Wohnblock, im Stadtviertel oder in der Kleinstadt sind von Valorisierungs- und Distinktionsverhalten geprägt. Für einen relativ großen Teil haben sich „Desintegrations- und Benachteiligungsgefühle [...] verfestigt“ (REISSIG, 2010, S. 23).

Andererseits findet sich mehr als zwei Jahrzehnte nach der Wende die Mehrheit im neuen System zurecht. Die Ost-Identität und ein starkes Wir-Gefühl waren für die Emanzipation und Selbstbestimmung wichtig. Wobei das weniger die „innere Einheit“ (ebd.) und mehr die individuelle Selbstfindungs- und Überlebensstrategie gefördert hat. Generell stellten das wiedervereinte Berlin und sein Umland einen Ort des Aufeinandertreffens der durchaus unterschiedlichen lebensweltlichen Alltagsrealitäten und teilweise recht großer Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen; sowohl sozioökonomisch als auch kulturell dar (LAND, 2004; MADLEN, 2009; REISSIG, 2010 u. a.).

Diese Transformationsprozesse griffen jedoch auch auf Westdeutschland über (ALTROCK u a., 2010a, S. 8). Die Diskussion über die Tragfähigkeit der alten Bundesrepublik und der *Sozialen Marktwirtschaft* war bereit seit Mitte der 1970er-Jahre im Gange. Der Kalte Krieg und der Antagonismus zwischen Ost und West, Realsozialismus und Sozialmarktwirtschaft trugen gewissermaßen zur Systemimmanenz bei. Am Ende, auch wenn die Soziale Marktwirtschaft der BRD den längeren Atem zu haben schien, war sie im neuen globalen wie europäischen Kontext nun ebenso obsolet. Der öffentliche Sektor, Länder und ebenso Kommunen kämpften chronisch mit wachsenden Haushaltsdefiziten. Die *Modernisierung* der NBL mithilfe von West-Ost-Transferleistungen sorgte für einen nachhaltigen Kapitalabfluss und Investitionsentzug. Das neoliberale Experiment in den NBL war zudem höchst wettbewerbsverzerrend. Privatisierung, Subventionierung, Hochflexibilisierung des Arbeitsmarktes und Sondertarifregelungen schafften *de facto* eine Sonderwirtschaftszone innerhalb Deutschlands. Diese unterminierte den ökonomischen und gesellschaftlichen Wohlstand in den ABL. Auf einmal ging es um die Aufgabe von Rechten und sozialen Errungenschaften, lange Zeit ein Tabuthema. Die ausgelöste „Westalgie“ über das Ende der alten BRD und ihres Wohlstands war nicht weniger verbreitet als die „Ostalgie“, auch wenn weniger präsent in der öffentlichen Wahrnehmung (vgl. SCHROEDER, 2010). Sachzwänge wie der wachsende Schuldenberg, der Strukturwandel, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exportunternehmen in der globalisierten Wirtschaft oder die derzeitig viel beschworene Austerität aufgrund der Generationengerechtigkeit, haben durchgehend nach sogenannte Anpassungsmaßnahmen und Reformen verlangt.

Das jüngste politische Reformvorhaben war die Implementierung des „Programms zur wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands“, besser bekannt als „Agenda 2010“, die regelrecht elementare Bestandteile des Wohlfahrtsstaates demontiert hat. Zentrale Felder waren die weitgehende Liberalisierung und Flexibilisierung der Erwerbsformen (u. a. Erleichterung von Leiharbeit und Geringbeschäftigung), die Aushebelung der Tarifpolitik (d. h. Aufbau eines Niedriglohnssektors) und Lockerung des Kündigungsrechts sowie der Ausstieg aus dem paritätischen Prinzip der Sozialversicherungen (Mehrausgaben auf Kosten der Arbeitnehmer und Patienten). Hinzu kamen die *Hartz-Gesetze*²⁸³ und die Kommodifizierung des Rentenversicherungssystems (u. a. Öffnung für private Anbieter) bzw. die *Reform* der Arbeitslosenversicherung (u. a. Disziplinierungsmaßnahmen). Die Aushebelung des Wohlfahrtsstaates und seiner Regulierungsfunktion für die Umverteilung bzw. Gewährleistung eines

Mindestmaßes an sozialer Gerechtigkeit steht im krassen Gegensatz zu den Steuerreformen, die den Spitzensteuersatz von 53% im Jahr 1999 auf 48,5% (2001) bzw. 42% (2005) oder die Körperschaftssteuer auf 20% (2000) bzw. 15% (2008) senkte. Diese Politik verschärfte in der neuen Bundesrepublik die sozioökonomische Polarisierung und bereitete den Boden für die Prekarisierung und Verarmung weiter Bevölkerungsteile. Durch Geringbeschäftigung, Niedriglohnjobs, Scheinselbstständigkeit oder Leiharbeitsformen können, trotz mehrerer Arbeitsstellen, nicht mal die Lebenshaltungskosten gedeckt werden.²⁸⁴ Generell wurden dadurch darwinistische Strukturen in der Gesellschaft und im Erwerbsleben noch stärker gefördert.

Das Regime des Wettbewerbs ist jedoch auf allen Ebenen omnipräsent. Auf der interstaatlichen Ebene (z. B. innerhalb der EU) wurden national-egoistische Antagonismen verstärkt und der Europäische Einigungsprozess für die Expansion *eigener* Unternehmen und für Profitmaximierung instrumentalisiert. Davon haben vor allem die ökonomischen Kernländer wie Deutschland profitiert. Derartige neoimperialistische Züge traten ebenso während der Haushaltskrise (und *Eurokrise*) zutage. Die vorgeschobenen *Rettungspakete* dienten primär der Rettung großer Kreditinstitute in den Kernstaaten und trugen keinesfalls zu einer Gesamtlösung im Interesse aller europäischen Staaten bei. „Die Vorteile, die Deutschland bislang aus der Krise gezogen hat – niedrigere Zinsen für seine Staatsschulden, Exportvorteile durch den niedrigen Eurokurs und Gewinnausschüttungen der Europäischen Zentralbank, die sich in hoch verzinslichen Staatspapieren der Krisenstaaten engagiert –, Vorteile, die sich vorsichtig geschätzt bislang auf über 100 Mrd. Euro belaufen, werden dagegen in Deutschland nicht wahrgenommen, geschweige denn diskutiert.“ (BUSCH, 2014; u. a. auch SPIEGEL vom 19.08.2013; DIE ZEIT vom 14.11.2013)²⁸⁵. So demonstriert wiederholt der deutsche Bundesfinanzminister seine Machtposition innerhalb der Eurogruppe und nimmt sich das Recht einen harten und unsozialen Konsolidierungskurs zu diktieren. Diese Krise illustriert, auf welche Weise die politökonomische Hegemonie des deutschen Nukleus in der Globalregion Europa vollzogen wird. Dieser Nukleus aus ökonomischen Eliten, Unternehmen und Kapitalformationen, samt politischen Förderern und Vasallen – in BRD und EU – verfolgt im Namen des Europäischen Einigungsprozesses lediglich die eigenen Expansions- und Kapitalakkumulationsstrategien.

Das waren nur einzelne und zum Teil stark verkürzte Abrisse des Kontextes, der in dieser Arbeit als Teil des neoliberalen Akkumulationsregimes für die Verstädterung, Stadt- und Wohnentwicklung Berlins be-

trachtet wird. Sie setzen zudem die Rahmenbedingungen für lebensweltliche Prozesse und Praktiken. Der jüngste Bedeutungsgewinn Berlins auf globaler und europäischer Ebene ist exemplarisch für die Auseinandersetzung mit den stattfindenden Hierarchisierungsprozessen und den Zentralisierungs- bzw. Peripherisierungstendenzen in Europa. Sie haben direkte Auswirkungen auf Staaten, Gesellschaft und Ökonomie, und damit auf Raumentwicklung und jeden Lebensbereich, also auch auf das Wohnen und Zusammenleben. Sowohl intern und direkt, z. B. auf Praktiken und Verhalten der Bewohnerschaft, als auch extern und indirekt, z. B. Kommodifizierung der metropolitanen Räume. Im Folgenden stehen vor allem die internen Einwirkungen im Fokus, wobei versucht wird, Wechselwirkungen zwischen globalkapitalistischem bzw. neoliberalen Geist und metropolitanem Raum und Gesellschaft zu erkennen.

2.2.2 Das Wachstum zur Metropolregion

In diesen Ausführungen werden nur einige wichtige Meilensteine der Stadtentwicklung und Metropolisierung Berlins präsentiert. Sie sollen als eine Grundlage für die darauf folgende Empirie und die Darstellung der individuellen Wohn- und Lebensgeschichten dienen. Wie für Athen bilden auch hier Wachstum und Wanderung sowie Wohnen bzw. Wohnungsentwicklungen die zentralen Themen.

Die Kolonien Cölln, Berlin als Mittelpunkt und die benachbarten Siedlungen Spandow und Cöpenick stellten Acrotopen für das, was später zur Agglomeration gewachsen ist und zur administrativen und kommunalen Einheit Groß-Berlin zusammengefasst wurde. Die ersten großflächigen Expansionen in die Mark Brandenburg hinein – untypisch für Preußen eher planlos und unkoordiniert verlaufen – kamen durch die Randwanderung der Fabriken und des bemittelten Bürgertums zustande. Ausschlaggebend waren die Einzelinteressen der Industrie und Großgrundbesitzer, wobei der Horbrecht-Plan, seit 1862 in Kraft eine erste Grundlage für Entwicklungsachsen Berlins und der umliegenden Gemeinden und Nachbarstädte lieferte. Das strahlenförmig ausgebaute Eisenbahnnetz hat weitgehend billiges Land erschlossen und es dauerte nicht lange (um die Jahrhundertwende), bis der Aktionsradius die 20 km überschritt. Während im Südwesten der Bau von Wohn- und Villenvierteln vorherrschend war, orientierten sich Industrieanlagen und kommunale Infrastruktur (Wasser-, Gaswerke u. a.) auf große Areale im Westen/Nordwesten (Spandau, Moabit und Tegel) und im Südosten (Stralau, Schöneeweide). Für ihre Standortauswahl waren Eisenbahn und Was-

serwege wichtig. Ebenso von Bedeutung war die Nähe zu Arbeiterstadtvierteln. Industrieunternehmen wie Siemens verlagerten 1897 auch deswegen ihre Werke zum Standort zwischen Spandau und Charlottenburg – und nicht nach Königs Wusterhausen, „weil man die Konkurrenz der Berlin näher liegenden Werke der AEG in Niederschönhausen um geeignete Arbeiter fürchtete“ (ERBE, 2002, S. 728). In einzelnen Fällen ging die Randwanderung der Industriebetriebe mit der Errichtung werkseigener Arbeiter-Siedlungen einher.

Die industrielle Entwicklung und das rasante Stadtwachstum hatten die prekären Lebens- und Wohnverhältnisse innerhalb Alt-Berlins und vor den Stadttores verschärft. Innerstädtische Gegenden wie das Scheunenviertel, die Luisenstadt oder die Rosenthaler Vorstadt u. a. wiesen eine extrem hohe Wohndichte²⁸⁶ und dementsprechend Verelendung und unhygienische Verhältnisse auf. Für Großstadtkritiker war Berlin der Inbegriff von Verderben, Kriminalität und Unsittlichkeit. Die Angst vor Seuchengefahren und generell die Verschlechterung der Lebens- und Wohnbedingungen bewog die Mehrheit der gut betuchten Schichten zum Verlassen der Stadt und Abwanderung in von privaten Terraingesellschaften errichteten Wohnsiedlungen bzw. Villenkolonien zwischen Berlin und Potsdam (Lichterfelde, Grunewald, Zehlendorf, Frohnau u. a.). Auch innenstadtnah entstanden vornehme Neubaugebiete wie das private Entwicklungsprojekt „neue Innenstadt“ am Kurfürstendamm oder das Bayerische Viertel in Schöneberg. Diese bipolare Segregation zwischen Arbeiter- und Bürgerviertel war für die zweite Hälfte des 19. Jhs. und bis zum Ersten Weltkrieg charakteristisch.

Durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes entstanden neue Entwicklungsachsen und Erweiterungsareale, darunter zahlreiche Spekulationsflächen. Versuche gegen das anarchische Stadtwachstum vorzugehen und der Anpassung an den Bestand, so die Gründung einer überkommunalen Instanz Anfang der 1910er-Jahre, scheiterten am Widerstand der Partikularinteressen oder der Nachbarstädte. Ohnehin zeigten die neu entstandenen Vorortgemeinden wenig Interesse an einen Zusammenschluss mit dem proletarischen Alt-Berlin. Auch der preußische Staatsapparat beargwöhnte jedwede Stärkung der kommunalsozialistisch und liberal gesinnten Kommunen. Dem obersten Organ der städtischen Verwaltung, der aus Oberbürgermeister, Bürgermeister und Stadträten zusammengesetzte Magistrat „blieb so letztlich nichts Wesentliches übrig“ (ERBE, 2002, S. 746), außer karitativen Aufgaben und der Versorgung mit Trinkwasser, Gas und Elektrizität oder den Betrieb der Kanalisation und Entwässerung.

Erst nach Kriegsende und infolge der Novemberrevolution von 1918 kam der radikale Wechsel. Nach der Verabschiedung der Weimarer Verfassung sollte Berlin zum Schauplatz der Erneuerung und Demokratisierung aufsteigen. Im Reformeifer der ersten Phase gelang nach zähen Verhandlungen und einer äußerst knappen Entscheidung²⁸⁷ die Fusion „Alt-Berlins“ mit seinen sechs Nachbarstädten²⁸⁸ und 59 preußischen Landgemeinden zu Groß-Berlin, eine „Riesenstadt“ in 87.000 ha, damals die flächengrößte Stadt der Welt. Die Weimarer Verfassung, versprach zwar „jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte“ (WEIMARER REICHsverfassung, Art. 155), allerdings engten die ungünstige Wirtschaftslage (siehe Lasten des Versailler Friedensvertrags, Hyperinflation) und die politisch labile Situation die Spielräume für umfassende sozial- und wohnungspolitische Reformprojekte ein. Da ein ganzes Jahrzehnt (1914-1923) der Wohnungsbau sehr marginal ausfiel und kriegsbedingt Zuwanderung zunahm sowie infolge des natürlichen Bevölkerungswachstums verschärfte sich die Wohnungsnot enorm.

Erst die Verabschiedung des Finanzausgleichsgesetzes im Jahr 1923 und die ein Jahr später begonnene Erhebung einer »Zinssteuer« änderten die Situation schlagartig und boten die wichtige Finanzierungsquelle für kommunalen Wohnungsbau und den bis dahin größten staatlich geförderten und von gemeinnützigen Trägern getätigten Wohnungsbau. Obwohl die Anzahl der in Aufsicht gestellten Wohnungen unter den vorgenommenen Planungen weit unter den ständig wachsenden Bedürfnissen blieb, konnte dadurch zum ersten Mal in der Stadtgeschichte eine immense Anzahl von Wohnsiedlungen entstehen. Der damalige Stadtbaurat Martin Wagner setzte mit dem Großsiedlungsbau neben wohnungspolitisch und städtebaulich bedeutsamen Akzenten auch die damals wenig erprobte Skalenökonomie wie den Einsatz seriell hergestellter, kostenminimierender Bauteile und Inanspruchnahme von Landreserven und günstigem Baugrund an Randlagen ein. Dazu gehörte auch der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, vor allem des U- und Vorort-Bahnnetzes.²⁸⁹ Parallel zu den staatlich geförderten Wohnungssiedlungen fand der Bau von privaten, dezentralisierten Stadtrand-siedlungen statt.²⁹⁰ Mit der Wirtschaftskrise von 1929²⁹¹ kam jedoch das vorläufige Ende. Um die weiterhin bestehende Wohnungsnot zu mildern wurde ab Anfang der 1930er-Jahre der Eigenbau unterstützt. So sind innerhalb Groß-Berlins in etwa 120.000 umverteilten Parzellen etwa 50.000 meistens ohne polizeiliche Genehmigung und in „«wilden», d. h. nicht ge-

nehmigten, behelfsmäßigen Behausungen ohne die gebotenen Ver- und Entsorgungseinrichtungen“ entstanden (ENGELI, 2002, S. 989).

Als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, hatte die Bevölkerungszahl Berlins mit 4,33 Mio. Einwohnern ihre Höchstmarke erreicht. Nach Hitlers Vorstellungen sollte die Reichshauptstadt repräsentativen und völkischen Zwecken dienen. Großprojekte wie die nie realisierte Weltstadt Germania oder die Ruralisierungspläne und das Haus für den kleinen Mann (mehr darüber bei GLASER, 1986) standen im Mittelpunkt der NSDAP-Politik. Auf der anderen Seite wurden der gemeinnützige Wohnungsbau und vor allem der Großsiedlungsbau auf Eis gelegt, mit Ausnahmen von einigen Vorzeigeprojekten, in der Regel Kleinstwohnbauten für Partei- und Armeeangehörige, darunter die SS-Kameradschaftssiedlung (entsprechend Invalidensiedlung, Marinesiedlung u. a.). Nach 1936 folgten die Erweiterung bestehender Siedlungen wie »Weiße Stadt«, Friedrich-Ebert-Siedlung u. a. oder der Bau neuer – der einst kategorisch abgelehnten – Großsiedlungen wie Kölnische Heide, Grazer Damm und Roedeliusplatz. Kriegsbeginn und die zunehmende Baumaterialienknappheit stellten jedoch alsbald alle Wohnungsbaupläne ein.

Das Kriegsende und die nachfolgenden Jahre stellten für die Stadtgeschichte und Stadtentwicklung Berlins eine große Zäsur dar. Mitten durch die Stadt verlief die Demarkationslinie zweier unterschiedlicher gesellschaftlicher, ökonomischer, politischer und ideologischer Systeme. Entsprechend verliefen die Entwicklungen in der geteilten Stadt. In Westberlin – bedingt durch die Insellage – erfolgte der Bruch mit der industriellen Verstädterung der Vorkriegszeit und eine Stadtentwicklung, die nur bedingt mit der fordistischen Entwicklung anderer westdeutscher Großstädte vergleichbar ist. Ostberlin fiel dem sowjetischen und sogar stalinistischen Einfluss zu und sollte entsprechend der Prinzipien der sozialistischen Stadt umgebaut werden.

Die Entwicklung Westberlins wurde von der orthodoxen Programmatik der autogerechten und gelockerten Stadt der Nachkriegszeit bestimmt, die sich – wenn auch mit gewissen Abweichungen – an die bundesrepublikanische Stadtentwicklung anlehnte. Deren Merkmale sind folgende (siehe auch HÄUSSERMANN/SIEBEL, 2004a; SIEBEL, 2006):

- Bis Anfang der 1950er-Jahre: überwiegend Wiederaufbau und Entwicklungen im Bestand. Geldmangel, begrenzte Kapazität der Bauindustrie und ungeklärte Eigentumsverhältnisse, aber auch unterirdische Infrastruktur hindern einen radikalen Umbau. Hauptfinanzierungsquelle: US-amerikanische Gegenwertfonds.
- *Wirtschaftswunder* und Phase extensiver Urbanisierung, stark geprägt vom

fordistisch-industriellen US-Modell. Expansionsmöglichkeiten innerhalb der wiederaufgebauten Städte begrenzt, dementsprechend Funktionen wie Wohnen und Gewerbe verlagert auf Standorte am Rand (Stadtentwicklung gleich Stadterweiterung). Westberlin: Situation in innenstädtischen Bezirken relativ entspannt und trotz Blockade und Mauerbau ausreichende Flächenkapazitäten. Einkesselung psychologisch gesehen entwicklungshemmend. Wirtschaftswunder hier verzögert, wobei immer noch Neuflächenbedarf überschaubar. „Berlin-Hilfe-Gesetz“ (BHG) und Zufluss von Bundesfinanzmitteln fördern großzügig Verkehrsinfrastrukturausbau (U-Bahn, Stadtautobahn) und Wohnungsneubau (Vorzeigeprojekt Hansaviertel). Land Berlin zuständig für Steuerung und Regulierung aller Planungen; erst gegen Ende dieser Phase mehr Spielraum für „autonome Wachstumskräfte“ und Ergänzung durch „Auffangplanung“ (SIEBEL, 2006, S. 197).

- Ab der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre: Abschwächung der Wirtschaftswachstumsraten Neu-Orientierung der Stadtpolitik auf innere Urbanisierung und die zuvor vernachlässigten innenstädtischen Altbaugebieten. Die Erneuerungsrhetorik der Planung, wie zuvor im Hansaviertel, sah Abriss von Altbauten und den Bau moderner Großwohnanlagen vor. Sowohl Abriss als auch vereinzelte Modernisierungen mit einem drastischen Eingriff der staatlichen und kommunalen Gewalt auf bestehende Lebenswelten und Strukturen verbunden. In Sanierungsgebieten wie Kreuzberg großer Widerstand. Besetzungen und umfassende Proteste hinderten zum Teil Zerstörung vorhandener Lebensräume und erhaltungswürdiger Bausubstanz. Zusammenwirken von Kommunalpolitik und Wirtschaft, v. a. Bauwirtschaft weiterhin stark. Am Rande auf Grüner Wiese Realisierung von Großsiedlungsprojekten wie Märkisches Viertel, Britz-Buckow-Rudow (seit 1972 Gropiusstadt) und Falkenhagener Feld. Zuzug eines Großteils der früher innerstädtischen Altbaugebietsbewohner.
- Ab Mitte der 1970er-Jahre: „Ende der industriellen Urbanisierung“ (SIEBEL, 2006, S. 198), die seit zwei Jahrzehnten durch De-Urbanisierung, Suburbanisierung und Bevölkerungsabnahme in der Westberliner Kernstadt gekennzeichnet waren. Tertiäre/quartäre Nutzungen (Büros und sog. Backoffices) und flächenintensive Handelsformen (wie Malls, Möbelhäuser, Baumärkte usw.) sowie Sport- und Freizeiteinrichtungen ziehen in die Suburbia (in Westberlin: entlang der S-Bahn und außerhalb der ehemaligen Ringbahn). Durch die anhaltende Abwanderung (z. T.) gutverdienender Haushalte und umsatzstarker Betriebe Verschärfung der Finanzlage der Städte, die hauptsächlich als Wohnorte für weniger bemittelte Bevölkerungsgruppen dienten. Durch Einzug ausländischer Bevölkerung bzw. Gastarbeiter Eindämmung des völligen Absterbens der Innenstädte. Allerdings Stigmatisierung als Wohnorte von AAAs (Arbeitslose, Alte, Ausländer) und dadurch systematisiert Suburbanisierung und Abwanderung weiterer Mittelschichthaushalte. Dementsprechend Bevölkerungsverlust in inneren Berliner Bezirken massiver als in äußeren (in dieser Phase relatives und vereinzelt absolut

gewachsen²⁹²). Einstellen des Großsiedlungsbaus mit Ausnahme einiger Wohnungsbauprojekte am Rande kleinerer Projekten wie Gartenstadt Döppel (1983-1986) oder größerer Projekte wie Wasserstadt Oberhavel (1989-1994). Neue Zielgruppen, anders als früher nicht Massenmieter, sondern die diversifizierende Mittelschicht (vgl. BODENSCHATZ, 1999, S. 234).

Ostberlin hatte in der Wiederaufbauphase mit ähnlichen Problemen zu kämpfen wie Westberlin, im weiteren Verlauf jedoch eine vorbedachte Entwicklung erfahren, die aus der Beibehaltung der Hauptstadtfunktion resultierte.²⁹³ Dadurch konnte es besser in die Strukturen des jungen DDR-Staates inkorporiert werden, unmissverständlich im Aufbaugesetz von 1950 verdeutlicht (Gesetzblatt der DDR, 1950, Nr. 104, S. 365-376):

- (1) Der Aufbau Berlins als Hauptstadt Deutschlands ist Aufgabe der DDR. Er erfordert die Anteilnahme der Bevölkerung ganz Deutschlands, insbesondere aller Bauschaffenden.
- (2) Das Ministerium für Aufbau wird beauftragt, gemeinsam mit dem Magistrat von Groß-Berlin den Aufbau zu planen und zu lenken.

Dabei war zu diesem Zeitpunkt deutlich, dass auch der Osten von einer nicht-getrennten Entwicklung ausging. Durch die zuvor durchgedrückte Sozialisierung der Wirtschaft verfügte also der Staat über die Planungs- und Lenkungsvollmacht, also über die gesamte Stadtentwicklung.

- Dem Ideal der sozialistischen Gesellschaft entsprechend, gehörten zu den obersten Prioritäten die Sozialpolitik sowie der Städte- und Wohnungsbau. Gerade die Hauptstadt der DDR sollte diesbezüglich ein sozialistisches Antlitz zeigen. Aus dieser Logik folgte schon sehr früh die Realisierung des repräsentativen und symbolisch Außen- wie Innenwirkung entfaltenden Wohnbauvorhabens in der Stalinallee (heute Karl-Marx- und Frankfurter Allee).
- Nach Ende des Stalinismus besann sich jedoch die Ostberliner Stadt- und Wohnplanungspolitik wieder auf die Prinzipien des Großsiedlungsbaus der 1920er-Jahre. Anders als im Westen standen hier im Vordergrund Lückenschließung und Bau von Mehrfamilienhäusern. Große Bauprojekte in unmittelbarer Nähe zur Innenstadt wie der Wohnkomplex Leninplatz (heute Platz der Vereinten Nationen) oder die Fischerinsel wurden nicht nur durch Lückenschließung, sondern überwiegend durch Abriss von Altbauten realisiert.
- Ab Beginn der 1970er-Jahre erzwangen die ambitionierten Vorgaben und gestiegenen Baukosten die Errichtung von Mehrfamilienhäusern im größeren Stil, meist in Großsiedlungen am Stadtrand. Die drei komplett neu gegründeten Siedlungen auf der Grünen Wiese Marzahn, Hellersdorf und Hohenschönhausen stellen im Grunde eine Form von staatlich gelenkter Suburbanisierung dar (über die Wohnproduktion in der DDR siehe weiter unten).

die nun den *Traum* vom suburbanen oder ländlicheren Wohnen verwirklichen konnten. Ebenso anders waren die Umzugsmotive, die nur bedingt durch veränderte Eigentumsverhältnisse, Vermögensbildung oder Altersvorsorge zu begründen waren. Der Wohnortwechsel fand häufig zwischen und innerhalb der Berliner Bezirke statt, in diesem Fall oft von der Platte in Hellersdorf zum Einfamilienhaus in Mahlsdorf oder Biesdorf, von der amtlichen Statistik nur unvollkommen erfasst. Innerbezirkliche Wanderungen werden statistisch nur explizit erfasst und in der Regel nicht als Suburbanisierung aufgefasst. Sei es, weil es sich um eine intrasuburbane Wanderung bzw. einen Wohnformwechsel handelt. Oder – vielmehr – weil durch die statistische und administrative Raumeinheit Groß-Berlin bzw. später Land Berlin eine städtische Raumeinheit entstand, die in der einschlägigen Literatur als Einheit eine angeblich moderate Suburbanisierung in beiden Teilen Berlins vortäuscht, ohne dem damals flächenextensiven Ausmaß Groß-Berlins gerecht zu werden. So machten im Jahr 1920 landwirtschaftliche Nutzflächen 34,2% bzw. zusammen mit Wald- und Wasserflächen 58,8% der Gesamtfläche aus. Die stattgefundene Suburbanisierung Westberlins in den 1960er-/1970er-/1980er-Jahren wird dadurch maßlos heruntergespielt. Trotz sinkender Bevölkerungszahl nahmen zwischen 1950 und 1983 die bebauten Flächen von 28,2% auf 40,2% der Westberliner Gesamtfläche zu. Dies erfolgte auf Kosten der landwirtschaftlichen Nutzflächen, die im selben Zeitraum von 19,6% auf 2,3% sanken (HOFMEISTER, 1985, S. 268f.). Das Verlassen von zentralen Bezirken wie Kreuzberg, Neukölln, Schöneberg u. a. und der Einzug in das *innere suburbane* Umland, dessen Ränder Spandau, Reinickendorf, Tempelhof, Süd-Neukölln oder Zehlendorf waren, verdeutlichen diese Dimensionen. Auch Großsiedlungen auf der Grünen Wiese wie das Märkische Viertel, die Gropiusstadt oder das Falkenhagener Feld werden als suburban betrachtet, auch wenn sie Teile Groß-Berlins waren.

Vergleichbares, wenn auch bescheidener aufgrund der restriktiveren Siedlungspolitik und der Wohnraumlenkung gilt für die Ostberliner Ränder von Blankfelde über Buch, Marzahn und Hellersdorf bis hin zu Rahnsdorf und Altglienicke. Ausreichende Reserveflächen bzw. die Umnutzung der Rieselfelder und von landwirtschaftlichen Flächen ermöglichte die Stadterweiterung. Die gelenkte Suburbanisierung in die Ostberliner Großsiedlungen schafften im Grunde suburbane Lebensräume, auch weil hier das klassische Kernfamilie-Schema zog – auch wenn nicht im Einfamilienhaus. Dessen Bau fiel in der DDR marginal aus, da die Erlaubnis zum Bau von individuellen Eigenheimen bis 1972

zöglichkeitsprinzip in Europa wurden Einreisebestimmungen für lang- oder kurzfristige Aufenthalte erheblich gelockert. Dem Globalisierungsdiskurs geschuldet, wurde auch der Kreis der am weltweiten Austausch teilnehmenden Personen enorm erweitert. Berlin ist bestrebt einen Teil dieser globalen Flows³⁰² an sich zu reißen, was für bestimmte Bereiche (Start-Up-Technologieunternehmen, Kunst und Kultur, Modebranche, teilweise Pharmaindustrie und Medizintechnik) auch gelingt – trotz schlechterer Position beim direkten Vergleich mit anderen mitteleuropäischen Großstädten wie München, Wien oder Warschau.

Auch wenn der erhoffte Zufluss von internationalem Kapital in Grenzen bleibt, scheinen immer mehr Menschen in die Metropole zu strömen – insbesondere der zur Spitzenindustrie Berlins zählende Tourismus i. w. S. und damit zusammenhängende Dienstleistungen sowie die größte soziale, kulturelle und ökonomischen Ressource, ein anonymes Heer an hochqualifizierten, kreativen und innovativen Alteingesessenen und Zugezogenen aus der ganzen Welt. Trotz prekärer Arbeits- und Lohnverhältnisse innovieren sie die metropolitane Ökonomie und bilden das Potenzial für die Entstehung einer neuen Gründergeneration. Ihr Zuzug und Wirken in der Metropole rückt wiederum das Thema Wohnen und Vorhandensein von freien Räumen in den Vordergrund. Überhaupt waren die bisherigen niedrigen Wohnkosten und die Freiräume ein ausschlaggebender Faktor dafür.

2.2.3 Wohnen und Wohnproduktion: Zweiheit privat ☞ öffentlich

Berlin wurde oft mit Beinamen wie „Mieterstadt“ oder „Mietropolis“³⁰³ verbunden. Das hängt mit der Tatsache zusammen, dass im gesamten Wohnungsbestand von etwa 1,7 Mio. Wohneinheiten das Verhältnis von Mietwohnungen und Eigentumswohnungen 86% zu 14% beträgt (in Bezirken wie Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Lichtenberg sogar über 90% Mietwohnungen). Mehr als zwei Drittel der Mietwohnungen (2009: 72,2%) sind jedoch auch Eigentum einer privaten Person, eines Besitzers bzw. Vermieters. Wohnungsbaugenossenschaften und den sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften gehören 186.000 (11,5%) resp. 269.000 Wohnungen (16,4%) (SENATSVERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG, 2011). Wie nur wenige andere europäische Großstädte³⁰⁴ wies Berlin einen starken öffentlichen Wohnsektor auf und hatte lange Zeit Einfluss auf den Wohnungsmarkt. So ist es jedenfalls interessant die Wohnproduktion etwas genauer unter die Lupe zu nehmen und Verän-

derungen im Wohnen und auf dem Wohnungsmarkt hinsichtlich der neoliberalen Umstrukturierung³⁰⁵ vor Augen zu führen.

Gerade in der mittleren Phase des Industriekapitalismus sollten polarisierenden Missständen entgegengetreten werden. Bis zur Jahrhundertwende (19. zum 20. Jh.) befand sich die Wohnproduktion in der Hand umtriebiger Marktkräfte wie Bodenbesitzer, Geldhäuser und Terraingesellschaften sowie z. T. kleingewerblich organisierter Einzelunternehmer (meist Bauunternehmer und Bauhandwerker). Ihr Hauptmotiv war keineswegs die Verbesserung der Lebens- und Wohnverhältnisse der Stadtbevölkerung bzw. der Industriearbeiter, sondern spekulative Geschäfte und höchstmögliche Profite. Das Mietskasernensystem bzw. die Mietshaus-Arbeitsquartiere³⁰⁶ haben etwa das enorme Wachstum und die Vergroßtädterung Berlins getragen („Der Bau ernährt den Bau“ ähnlich wie Wallensteins „Der Krieg ernährt den Krieg“, POSSEMER, 2013, S. 169). Hochverdichtete Bauweise, dichte Hinterhofbebauung, mindere Bauqualität (außer der Fassade), unzureichende Sanitäranlagen, beengte Wohnverhältnisse und Überbelegung der Wohnungen, hohe Mieten und eine weit verbreitete Untervermietungspraxis, aber auch Barackensiedlungen, überfüllte Obdachlosenasyile und (Charlottenburger) Ledigenheime waren in der rasant wachsenden Industriegroßstadt alltäglich. Auch wenn Mietskaserne und vertikaler Aufbau eine soziale Mischung der städtischen Bevölkerung gewährleisteten (ebd., S. 170), wirkte die zunehmende Verdichtung in der Wohnblöcke kontraproduktiv und verstärkte Entmischungs- und Segregationsprozesse. Mietskasernen haben das Wohnungsproblem kaum gelöst, auch wenn die Verslumung in Berlin geringfügig besser war als in den Londoner *Cottages*.

Genossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften: Diese Ausgangssituation um die Jahrhundertwende ließ Reformideen (Owens »Stadtanlage« oder Howards Gartenstädte) Einzug halten in das staats- und kommunalpolitische Denken in Deutschland. Der Durchbruch kam jedoch erst in der Weimarer Zeit. Neben der extremen Verelendung und Proletarisierung hat gewissermaßen auch die Oktoberrevolution in Russland eine Rolle gespielt und das Bewusstsein der herrschenden Klassen über mögliche Konsequenzen gefördert. Die Beteiligung anderer Instanzen und die Stärkung der Autorität der Kommunen und Bürgergesellschaft endlich zum Zuge kommen (siehe BERNHARDT, 1999, S. 54).

Vorläufer des Prinzips der gemeinnützigen Genossenschaften war die Einführung der Rechtsform »Genossenschaft«³⁰⁷ im Jahr 1889. Zum da-

maligen Ziel gehörten die Beteiligung der Industrieunternehmen und die Förderung der Selbsthilfe beim Bau und die Selbstverwaltung von Werkwohnungen und Werkssiedlungen. Aufgeklärte *Berufsvertretungen* wie Landesbedienstete und Eisenbahner, bürgerliche Reformer oder vereinzelt Gewerkschaften und oppositionelle Gruppierungen machten davon Gebrauch. Auf diese Weise wurden zwischen 1890 und 1915 jährlich rund 5.000 Wohnungen ohne direkte staatliche Hilfe errichtet, ein Tropfen auf dem heißen Stein. Generell ist der gemeinnützige Wohnungsbestand aus dieser Zeit marginal (HOFMEISTER, 1983, S. 267).

Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau und gemeinnützige Genossenschaften bzw. von der öffentlichen Hand neugegründete Wohnungsgesellschaften wurden erst in der Weimarer Zeit relevant. Ein wichtiger „Eckpfeiler der Wohnungs- und Siedlungspolitik“ dieser Zeit war auch die „kommunale Grundstückspolitik“, die um Spekulation effektiv entgegenzuwirken (BERNHARDT, 1999, S. 75) und Liegenschaftsrücklage für weitere Wohnbauprojekte zu bilden, den Kauf von Grundstücken durch die Kommunen vorsah. Zu dieser Zeit wuchs das Kommunalland kontinuierlich und machte 1929 etwa ein Drittel des Stadtgebietes aus. Neben den Kommunalverwaltungen agierten Gewerkschaften sowie Sozialversicherungsträger und Kirchen als sogenannte Wohnungsfürsorgebaugesellschaften.³⁰⁸ Neugegründete privatrechtlich organisierte Wohnungsgesellschaften Berlins übernahmen das Geschäft, während die größtenteils zu bauausführenden Unternehmen³⁰⁹ umgewandelten Terraingesellschaften im Auftrag der gemeinnützigen Gesellschaften und Baugenossenschaften den eigentlichen Bau übernahmen. So blieb weiterhin der operative Wohnungsbau mehrheitlich in privater Hand. Die federführende WFG, die „zugleich mit der Behebung der Wohnungsnot auch die Reform des Wohnwesens“³¹⁰ zum Ziel hatte, war für Verteilung der Mittel aus der »Hauszinssteuer« zuständig. Ihre wohnungsreformerischen Zielsetzungen wurden von der Privatwirtschaft als „Marktintervention“ hart bekämpft (mehr darüber sowie über die Bedeutung der WFG: BERNHARDT, 1999, S. 64ff.), trotz erheblicher Vorteile auch für private Bauunternehmen oder Einzelbauherren.

Der kommunale Wohnungs- und Siedlungsbau der ersten Phase war zweigleisig. Es entstanden Siedlungen sowohl innenstadtnah (Gartenstadt am Südwestkorso, Siedlung am Tempelhofer Feld, Großsiedlung Schillerpromenade) als auch in peripheren Lagen (Onkel Toms Hütte, Großsiedlung Britz bzw. *Hufeisensiedlung*). Der Anschluss an die Eisenbahn bot die dafür notwendigen Flächenreserven und Großparzellen kostengünstig. Neben der Arbeiterklasse profitierten Kleinangestellte

und die untere Mittelschicht, die nicht nur „Luft, Licht und Sonne“ erhielten, sondern – nach den Hungersnöten der Kriegs- und Nachkriegszeit – teilweise die Möglichkeit der Selbstversorgung. Zudem unterstützten Sozialdemokraten und Gewerkschaften die Gründung von Siedlungsgenossenschaften, die vom Erwerb randstädtischer Areale bis hin zum Bau und Verwaltung autonom agieren konnten.

Die kommunale Wohnungs-, Sozialpolitik und am meisten die Grund-
erwerbspolitik waren seit ihrer Einführung ein Dorn im Auge von kon-
servativen Parteien und Marktakteuren. Durch die Weltwirtschaftskrise
geriet auch die kommunale Selbstverwaltung in eine Krise und musste
aufgrund der Haushaltssanierung viele ihrer städtischen Betriebe und
Grundstücke veräußern (mehr darüber: KÖHLER, 2002). Die Macht-
übernahme durch die Nationalsozialisten brachte das Ende der Berliner
kommunalen Selbstverwaltung und gemeinnützigen Wohnungswirt-
schaft; sie wurden entweder gleichgeschaltet oder aufgelöst. Generell
aufgrund der verknüpften Finanzmittel wurde der Wohnungsbau nun
in Form von zinsgünstigen Darlehen, Zuschüssen oder Steuererleichte-
rungen fortgeführt.

Angesichts des Kalten Krieges und des Antagonismus zwischen den beiden politisch-ökonomischen und gesellschaftlichen Systemen sollten der Wohnungsbau und die Lösung der Wohnungsfrage eine Sonderrolle einnehmen. Gerade im nun halbzerstörten und geteilten Berlin gewann der Wohnungsbau frenetisch an Eigendynamik, sodass es nicht ganz falsch wäre, von einem *Kalten Krieg des Wohnungsbaus* zu sprechen. Das beweisen die bloßen Zahlen: im Westteil 465.000 öffentlich geförderte Mietwohnungen, im Ostteil 320.000 staatliche Mietwohnungen.

Die Wohnungsproduktion Westberlins: Dem stark improvisierten Wiederaufbau der ersten Nachkriegsjahre folgte eine akute Wohnungsnot, in der bis 1950 das Wohnungsdefizit auf 326.000 Wohnungen wuchs (HANAUSKE, 1999, S. 88). Erst die eingeführten Finanzierungsinstrumente wie Baunot-, Hypothekengewinnabgaben oder Ausgleichsfonds, aber vor allem Finanzmittel aus den ERP- und GARIOA-Fonds (Marshallplan) änderten die Situation, da zwei Drittel der Finanzmittel dem Wohnungsbau bzw. der Instandsetzung von Wohnungen zufließen (ebd., S. 96). Der Nachkriegswohnungsbau bestand im Grunde aus drei Formen: (1) den öffentlich geförderten sozialen, (2) den steuerbegünstigten und (3) freifinanzierten Wohnungsbau.

Das Erste Wohnungsbaugesetz von 1950 (für Westberlin ab 1952 gültig) und die Einbindung in das bundesrepublikanische Leistungsausgleichs-

system brachten die Wende für den städtischen Wohnungsbau. Das Gesetz schaffte ein Regelwerk für den Sozialen Wohnungsbau, das an die Wohnpolitik der Weimarer Zeit anknüpfte. Es verpflichtete Bund, Länder und Kommunen Wohnungsbau zur vordringlichen Aufgabe zu machen. Gemeinnützige Gesellschaften, nun allerdings auch private Bauherrengruppen sollten mithilfe von öffentlichen Finanzmitteln bezahlbare Mietwohnungen und sog. Sozialwohnungen errichten. Die Förderung in Form von Kapitalsubventionen waren letztendlich Finanzmittel „zu günstigen Konditionen als öffentliche Baudarlehen an Stelle der nicht ausreichend vorhandenen Kapitalmarktmittel für die nachstellige Finanzierung“ (ebd.). Ebenso waren Vergünstigungen, Absetzungsmöglichkeiten oder Landesbürgschaften vorgesehen. So flossen von 1952 bis 1961 insgesamt 4,2 Mrd. DM³¹¹ in den Westberliner sozialen Wohnungsbau ein. Träger der staatlichen Wohnungsbauförderung – zuständig für Auszahlung, Sicherung und Verwaltung der öffentlichen Baudarlehen – war die Wohnungsbau-Kreditanstalt (WBK)³¹². Das Zweite Wohnungsbaugesetz von 1956 fügte die Förderung des Einzeleigentums für einkommensschwache Schichten hinzu, wobei anders als zur Weimarer Zeit nun auch private Bauherren Wohnungsbau-Fördermittel beantragen konnten. Ein weiterer wesentlicher Unterschied zum Weimarer Wohnungsbau waren die veränderten sozialen Ansprüche und die Entfernung von den Reformprinzipien des Neuen Bauens. Generell entstand dadurch nur eine „nüchtern-funktionale Durchschnittsware im Stil eines gemäßigten Modernismus“ (HANAUKE, 1995, S. 1160), allerdings mit beachtlichen Wohnungsproduktionszahlen.

Generell wurden in den 1950er-Jahren durchschnittlich etwa 20.000 Wohnungen (davon 5-10% Eigentumswohnungen) fertiggestellt. In den wiederaufgebauten und neuerrichteten Siedlungen der westlichen Bezirke wurde auf die damals orthodoxen Prinzipien „organisch gegliedert“, „aufgelockert“ und „autogerecht“ zurückgegriffen. Auf die Stalinallee antwortete der Westen mit der IBA 1957 und dem Prestigeobjekt Hansaviertel, ein international renommiertes und wohnpolitisch hoch gefeiertes Ergebnis. In den darauf folgenden Jahren und nach dem Mauerbau veränderten sich sowohl der Lebensalltag der Westberliner als auch die ökonomischen und wohnpolitischen Prioritäten. Der ausgefallene Zustrom aus Ostberlin und der Verlust vom Hinterland sollten nun mithilfe des westdeutschen und ausländischen Zuzugs überwunden werden. Hierbei sollte der Wohnungsneubau eine wichtige Rolle spielen. Finanzmittel aus dem bundesdeutschen Haushalt haben diese Entwicklung massiv gefördert. Besonders neue Großsiedlungen wie das Märkische Viertel in Reinickendorf und die Siedlung Britz-Buckow-Rudow in

Neukölln (später Gropiusstadt³¹³) mit jeweils 18.000 sowie das Falkenhagener Feld in Spandau mit 11.500 Wohneinheiten erreichten bis dahin unbekannte Dimensionen. Ab Ende der 1970er-Jahre setzte diesbezüglich – und vor allem über das *Notstandsgebiet* Märkisches Viertel – eine „starke Kritik der Öffentlichkeit“ ein, sodass Bauvorhaben dieses Umfangs nicht mehr realisiert wurden. Von da an wurden kleinere und mittlere Wohnungsbauprojekte, in der Regel unter 500 Wohneinheiten und in integrierten Lagen realisiert. Nur einige vorher beschlossene Realisierungen zwischen 1.000 und 4.000 Wohneinheiten (z. B. Tegeler Hafen, Seydlitzstraße, südliches Tiergartenviertel usw.) wurden fertiggestellt (vgl. KUHN, 1999, S. 124).

Allerdings zeichnete sich sukzessive ein Wandel in der Westberliner Kommunalpolitik ab. Zuerst durch den Abstand von der Förderung von Mietwohnobjekten, der mit der Einführung des Zweiten Förderungswegs 1966 begann (der steuerbegünstigte Wohnungsbau für nicht sozialwohnungsberechtigte Einkommen war kaum in der Lage für adäquaten Wohnraum zu sorgen). Ein weiterer Meilenstein im Wohnungsbau war die haushaltspolitisch bedingte Änderung der Finanzierungsform und die Umstellung der Kapitalsubventionierung und der Vergabe von öffentlichen Aufträgen auf Ertragssubventionierung, d. h. eine Aufwands- und Lastensubventionierung. Damit sollten Lasten auf einen längeren Zeitraum verteilt werden, wodurch es kurzfristig zur Entlastung des Berliner Haushalts kommen sollte, wobei langfristig die Zahlungsverpflichtungen kumulierten.

Nach dem politischen Machtwechsel im Senat im Jahr 1981 stellte die CDU zunehmend auf marktkonforme Regelungen um. Als erstes bezweckte der CDU-geführte Senat die Schließung der Kluft zwischen öffentlich gefördertem Mietwohnungsbau und freifinanziertem oder steuerbegünstigtem Eigentumswohnungsbau. Später wurden unmissverständlich Eigentumsmaßnahmen priorisiert. Zu dieser Zäsur gehörte die Umwandlung von Sozialwohnungen aus den 1950er- und 1960er-Jahren in Eigentumswohnungen. Hauptnutznießer auch aufgrund von Steuervergünstigungen (1978) waren hauptsächlich Kapitalanleger und juristische Personen, keineswegs die Mieter (WBK, 1978, S. 56). Dies lässt sich auch im Anstieg des Anteils der Eigentümerwohneinheiten am Gesamtbestand von 8,7% im Jahr 1978 auf 11,2% vier Jahre später ablesen. Kurz vor der Wende lag er bereits bei 15%. Mehr und mehr wurden die kommunalen, gemeinnützigen und nicht gewinnorientierten Wohnungsbaugesellschaften durch private Wohnungsbauträger ersetzt, die inzwischen einen Anteil von mehr als zwei Dritteln der Förderungsmit-

tel für sich verbuchten. Die von der Bundesregierung verabschiedete Aufhebung der Wohnungsgemeinnützigkeit und die abgeschaffte Steuerbefreiung für gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften setzte dem öffentlich geförderten Wohnungsbau und Sozialwohnungsbau ein jähes Ende. Seine Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt lassen sich an der heute wieder grassierenden Wohnungsnot in Großstädten ablesen.

Neben dem öffentlichen geförderten und Sozialwohnungsbau gab es zwei andere Wohnungsbaufinanzierungsformen: der steuerbegünstigte und der freifinanzierte Wohnungsbau. Anders als im Nachkriegswestdeutschland, wo der Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern fast die Hälfte der neugebauten Wohnungen ausmachte – ab Mitte der 1970er-Jahre nach Drosselung des öffentlich finanzierten Wohnungsbaus sogar 65% – waren in Westberlin Wohneigentumsförderung und allgemein Förderungsinstrumente wie Steuerbegünstigung und Baukredite wenig verbreitet. Mangelnde Flächenreserven und höhere Immobilienpreise hielten den privaten Wohnungsbau im Zaum. Zwischen 1962 und 1990 wurden 90% aller Wohnungen (80% als Mietwohnungen) über die beschriebenen Förderwege gebaut (bzw. modernisiert). Erst ab Ende der 1970er-Jahre legte der steuerbegünstigte bzw. freifinanzierte Wohnungsbau sukzessive zu und erreichte Mitte der 1980er-Jahre 40%.

Die Wohnraumversorgung in Ostberlin: In der zerstörten³¹⁴ und ohnehin permanent von Wohnungsnot geplagten östlichen Stadthälfte wurde die Versorgung mit Wohnraum zur obersten Priorität. Generell sah sich die sozialistische DDR der Tradition der umfassenden Sozial- und Wohnpolitik verpflichtet und anders als der Kapitalismus und die private Wirtschaft, die kein Interesse an der Lösung der Wohnungsfrage im Sinne der Allgemeinheit hatten, wurde nun bezweckt die Lösung der *Wohnungsfrage* zum zentralen Anliegen zu machen. Für das junge System war dies ein zusätzlicher Ansporn und zugleich Grund für seine ideologische Legitimation. Dem stalinistischen Credo treu: „Paläste für das Volk“ setzte die Parteispitze sofort ein Zeichen für den neuen Kurs. Schon Anfang der 1950er-Jahre erfolgte die Grundsteinlegung des sehr symbolhaften Wohnprojektes an der ehemaligen Frankfurter Allee (umbenannt zu Stalinallee, seit 1961 Karl-Marx-Allee), eine Renommiermeile stalinistischer Größe umsäumt von gigantischen und baulich-architektonisch hoch qualitativen Wohnpalästen mit etwa 5.500 großräumigen und repräsentativen Wohnungen (erste Phase). Die neue Staatsführung setzte ein Zeichen einerseits als „Hoffnungsträger in der Trümmerlandschaft“, andererseits für die neue Baukultur im sozialistischen Gesellschaftsmodell. Die „ideologisch-ästhetische“ Wirkung der

Stalinallee (GUDERMANN, 1999, S. 153) läutete den Beginn des Kalten Kriegs im (öffentlichen) Wohnungsbau Berlins ein. Seine Botschaft erreichte nicht nur Politik und Planung im Westsektor und in der Bonner Republik, sondern vor allen in der Schutzmacht USA.

Die nachkommenden Wohnbauprogramme der DDR distanzierten sich jedoch vom stalinistischen Baustil und näherten sich modernen und rationalistischen Prinzipien der damaligen Zeit an. „Industrialisierung – Rationalisierung – Typisierung“, interpretiert als „Besser, schneller und billiger bauen“³¹⁵, sollten die Wohnungsbaupolitik bestimmen. Den Löwenanteil der Neubautätigkeit übernahm der Staat,³¹⁶ dennoch wurden anfangs auch individuelle Initiativen und die traditionsreichen Baugenossenschaften unterstützt (BUCK, 2004). Ab Ende der 1950er-Jahre genoss das Konzept der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (fast 1 Mio. AWG-Mitglieder) große Popularität, das neben der starken Beziehung zum (Industrie-)Betrieb auch eine Mobilisierung von kollektiven Initiativen zu Eigenleistung bewirkte (vgl. DIW, 1983, S. 16/S. 76).

Die ersten Planungen waren in der Regel überschaubare Vorhaben in der unmittelbaren Nähe der Ostberliner Innenstadt, d. h. die zweiachsige Magistrale zwischen Brandenburger Tor über Unter den Linden und Karl-Liebknecht-Straße und in der Mitte der Alexanderplatz bis zur Stalinallee und dem Frankfurter Tor. Die ersten Bauvorhaben wurden ausschließlich in teilzerstörten Altbauvierteln realisiert, wobei nicht selten auch intakte Altbaugebiete, wie das aus dem 17. Jh. stammende und vom Krieg verschonte Fischerkiez, abgerissen wurden. Trotz des Wiederaufbaus und der einsetzenden Neubautätigkeit kam keine wirkliche Entspannung zustande und der Wohnungsbedarf blieb sehr hoch, zumal in den 1950er-Jahren die Ostberliner Wohnungen immer noch überbelegt waren oder eine niedrige Bauqualität und Ausstattung aufwiesen. Von den jährlich knapp 60.000 Wohnungen in der gesamten DDR wurde nur ein kleiner Teil in Ostberlin gebaut.

Nach dem Mauerbau und dem gebremsten „Ausbluten der DDR“ musste die Partei- und Staatsführung für die Wahrung ihrer Legitimation ihr Versprechen einlösen und die Lebensbedingungen verbessern, vor allem den täglichen Bedarf, wozu das Wohnen³¹⁷ gehörte. Die betriebswirtschaftlichen Prinzipien der NÖS stellten Wirtschaftlichkeits- und Effizienzansprüche an, die auf den Wohnungsbau übersetzt, mit einem geminderten Wohnstandard einhergingen (mehr darüber GUDERMANN, 1999, S. 158). Die Entwicklung hin zur typisierten, industriell hergestellten Plattenbauweise ermöglichte zwischen 1963 und 1972 den Bau von mehr als 65.000 Wohneinheiten pro Jahr (STATISTISCHES AMT

DER DDR, 1990), davon etwa 10% in Ostberlin meist an der Ostflanke der Innenstadt. Der Wohnkomplex im Heinrich-Heine-Viertel (5.000 Wohneinheiten) zählt zu den ersten Neubaugebieten des frühen industriellen Wohnungsbaus. Weitere *kleinere* Vorhaben folgten: darunter das Hans-Loch-Viertel in Lichtenberg, der Baumschulenweg und Plänterwald in Treptow sowie der zweite Abschnitt an der Stalinallee, Friedrichshain-Nord am Leninplatz und an der Straße der Pariser Kommune.³¹⁸ Wichtiger Teil des städtebaulichen Prinzips der realisierten Wohnkomplexe war die Steigerung der Lebens- und Wohnqualität mithilfe der Bündelung von Infrastruktur und sozialen Einrichtungen wie Schulen, Kindertagesstätten, Kaufhallen und Sportstätten vor Ort. Auch der ÖPNV und Dienstleistungen wie Kompaktannahmestellen sollten den Alltag der sozialistischen Kleinfamilie und der Berufstätigen erleichtern. Die Auslagerung solcher Funktionen aus der Wohnung sollte berufstätige Frauen von der Hauswirtschaft und der Kinderbetreuung entlasten.

Der politische und wirtschaftliche Kurswechsel zu Beginn der 1970er-Jahre sollte neue Impulse in der Gesellschaftsentwicklung auslösen und den Lebensstandard erhöhen. Das neue Wohnungsbauprogramm setzte sich zum Ziel „bis 1990 die Wohnungsfrage zu lösen“, d. h. „zwischen 2,8 und 3,0 Millionen Wohnungen in den Jahren 1976 bis 1990“³¹⁹ zu bauen. Trotz Verfehlens dieses sehr ambitionierten Ziels konnten zwischen 1971 und 1989 fast 2,0 Millionen Wohnungen fertiggestellt werden (STATISTISCHES AMT DER DDR, 1990). Dies erforderte eine Anpassung der Bauordnung und die weitgehende Industrialisierung des Baugewerbes: Die Mehrzahl der fertiggestellten Wohnungen wurde mithilfe der optimierten »Wohnungsbauserie 70« (WBS 70)³²⁰ möglich, die durch das Montieren serieller Fertigteile enorm schnell und flexibel war. Dem standen jedoch Gleichförmigkeit, Mangel an ästhetischer Qualität und geringe Variabilität gegenüber, wobei bei der Mehrheit der DDR-Bürger die Neubauwohnungen großen Zuspruch fanden.³²¹ Ausschlaggebend hierfür waren die verkehrliche, soziale Infrastruktur und die hohe soziale Durchmischung (GUDERMANN, 1999, S. 181).

Während vor 1971 etwa 110.000 Wohneinheiten fertiggestellt wurden, waren es in der Zeit von 1971 bis 1990 doppelt so viele (221.912 WE). „Mit Berlin-Marzahn, Berlin-Hohenschönhausen und Berlin-Hellersdorf entstanden drei völlig neue Stadtbezirke“ (KARAU, 1987, S. 35), mit jeweils 58.000, 37.000 resp. 42.000 Wohneinheiten. Die nach dem „komplexen Wohnungsbau“ konzeptionierte Großwohnsiedlung Marzahn, wurde 1977 bezogen und im Jahr ihrer vorläufigen Fertigstellung 1990 gehörte sie zu den größten Großsiedlungen Europas. Dazu gehörten

neben Wohngebäuden „Sozial- und Versorgungseinrichtungen wie Kindertagesstätten, Schulen, Feierabendheime, Kauf- und Dienstleistungseinrichtungen“ (GUDERMANN, 1999, S.162). Sie waren vollständig über mehrspurige Straßen und ein umfassendes öffentliches Nahverkehrssystem (S-Bahn, Straßenbahn, Bus) verkehrlich erschlossen. Gesellschaftliches Leitbild dieser Projektierung war die „sozialistische Kernfamilie“, die anders als die „fordistische Kernfamilie“ auf der Gleichstellung von Mann und Frau beruhte.

Die Finanzierung erfolgte zum Teil über Kredite aus dem Ausland. Um diese zu begrenzen, wurden sogenannte Jugendbrigaden wie die »FDJ-Initiative Berlin« mobilisiert. Die meisten davon kamen aus anderen DDR-Bezirken und etwa 20.000 blieben auch danach in der Hauptstadt. Sie genossen Vorteile wie die Priorisierung bei der Wohnungsvergabe. Generell war die Vergabep Praxis bürokratisch aufgebaut (Zuständigkeitsbereich der „Abteilung für Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft“ in den bezirklichen Räten mit Unterstützung der ehrenamtlichen Wohnungskommissionen) und basierte auf „normierten Verteilungskriterien“ (Dringlichkeit und Verdienst). Der große Kreis der nicht-privilegierten Antragsteller musste mit Wartezeiten rechnen (ebd., S. 182f.).

Unverzichtbar für die *moderne* Lebensführung und Teil des Wohnens in der DDR war die Datsche³²², die eine Gegengewichtsfunktion zum Wohnen in den zwar gut ausgestatteten, dennoch beengten Wohnungen in den monotonen Blocks der Großsiedlungen einnahm. Das Mehrplatz- und Gartenbedürfnis – oft eine freiere oder weniger beschattete Lebensführung – wuchs mit der Zeit. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Herkunft der Neubewohner (ländlicher Raum, Provinz), Beengung durch kollektive, konformistische Wohnformen in den *Plattenbauten* sowie Einschränkungen im Reiseverkehr und die wiederkehrenden Versorgungsengpässe. Auch in diesem Fall waren staatliche Behörden für die Vergabe zuständig. Allgemeinen Schätzungen zufolge lag die Zahl der Datschen in der DDR bei etwa 3,4 Mio., d. h. eine Datsche pro vier Einwohner, damit „die weltweit höchste Dichte an Gartengrundstücken“.

Das Ende des zentral-planwirtschaftlichen Wohnungsproduktionssystems der DDR kam mit der Wende. Wie in Westberlin zuvor gerieten nun auch hier Großsiedlungen systematisch ins Abseits bzw. wurden unter den Generalverdacht gestellt „Orte des sozialen Abstiegs“ zu sein, die nur durch einen *Umbau* (Programm Stadtumbau-Ost) bzw. *Modernisierung* zu retten sind. Deren Rückbau konnte nur durch den Erlass von Altschulden³²³ schmackhaft gemacht werden, da nach der Wende ein Großteil der Schulden des Wohnungsbaus den ehemaligen DDR-

Wohnungsunternehmen übertragen wurde. Abwanderung und hoher Leerstand verschärften die Lage, sodass einziger Ausweg die Privatisierung des Wohnbestands und die Inanspruchnahme der Abrisssubventionen zu sein schien.³²⁴ Diese Rückbaumaßnahmen waren ambivalent: Einerseits minimierten sie den teilweise verschwenderischen und ökologisch bedenklichen Flächenverbrauch, andererseits vernichteten sie Wohn- und Siedlungsraum, aber auch bestehende Sozialnetze. Noch fragwürdiger war der Verkauf an börsennotierte und renditeorientierte Kapitalanleger und Real-Estate-Investment-Trusts (REITs).³²⁵ Vor allem nach der Verknappung begehrter innenstädtischer Immobilien (sog. »Core-Produkte«) auf Portfolioebene rücken „sanierte Plattenbaubestände in den Investorenfokus“ (GSW IMMOBILIEN AG, 2014).

Jüngste Tendenzen in der Wohnungsproduktion: Die Nachwendezeit ist von der Fortführung des Westdeutschen bzw. Westberliner Wohnproduktionsmodells geprägt und wurde gänzlich auf den Ostteil übertragen. Den neuen Diskurs besetzen Prinzipien der „Europäischen Stadt“, d. h. kompakte, sozial und funktional gemischte Siedlungsformen. Die illusorischen Erwartungen und Prognosen über die Stadtentwicklung und den Wohnbedarf machten dem Berliner Senat, aber auch den Bezirken Hoffnung auf eine neue Subventionierungsrunde. Voreilige Genehmigungen für öffentlich geförderte Neubauprojekte rechneten mit dem Bau von bis zu 100.000 Wohnungen innerhalb von fünf Jahren. Die ersten großen Neusiedlungen entstanden in zu DDR-Zeiten aufbereiteten Flächen an der östlichen Peripherie (Karow, Altglienicke, Buch u. a.). Auf der Westseite wurde kurz vor der Mauerfall mit dem Vorstadt-Pilotprojekt »Wasserstadt Oberhavel« (heute »Wasserstadt Spandauer See«) begonnen.³²⁶ Das Prinzip *Neue Vorstädte* wurde vorläufig zum dominierenden Leitbild der Stadtentwicklungsplanung Berlin. Trotz der in Berlin traditionellen Verfehlung von gesetzten Zielen wurden dennoch 71.000 Neuwohnungen errichtet. Träger waren erneut die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, mit dem wichtigen Unterschied, dass sie seit der Wende neu organisiert und strukturiert ohne Wohnungsgemeinnützigkeit agierten. Seit 1993 wurde die neugegründete Investitionsbank Berlin (IBB) Nachfolger der WBK und übernahm auch den Infrastruktur- und Gewerbebau. Bundessubventionsstopps und Haushaltskonsolidierung veränderten die Rahmenbedingungen komplett. Das Land Berlin und seine ehemals kommunalen Wohnungsbaugesellschaften waren aufgrund der hohen Verschuldung nicht in der Lage den Wohnungsneubau bzw. Bau von Sozialwohnungen voranzutreiben. Das „Berliner Modell“ der Mobilisierung von Finanzmitteln entwickelte sich in den darauffolgenden Jahren zum Bumerang und

verschärfte die Situation (mehr über die Berliner Immobiliengeschäfte und Bankenkrise siehe KRÜGER/CHACÓN, 2006). Programme wie »Eigenheiminitiative 2000« verdeutlichten nur das *neue* wohnpolitische Leitbild: Förderung von Eigentum.

Insgesamt lassen sich die jüngsten Wohnungsbauprojekte als Schlussakt im öffentlich geförderten bzw. gemeinnützigen Wohnungsbau qualifizieren. Nach etwa 70 Jahren trat de facto eine Abschaffung dieses Wohnversorgungsmodells ein. Die privat organisierte Wohnwirtschaft und der Wohnungsmarkt haben die Regie übernommen. Auch die ehemals gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften und einige Baugenossenschaften operieren inzwischen nach harten betriebswirtschaftlichen Kriterien. Das Land Berlin versucht allzu krampfhaft den Wohnungsneubau neu zu beleben (siehe unter Richtlinien der Regierungspolitik 2011-2016³²⁷). Allerdings reicht heute seine Handlungsgewalt nicht über Initiierungen hinaus, so die „Vergabe landeseigener Grundstücke zu ermäßigten Preisen oder kostenlos“ für die Schaffung von Wohnraum, oder Auslobungen „für genossenschaftliche Neubauvorhaben im Segment des bezahlbaren Wohnraums für untere und mittlere Einkommensgruppen“ (LAND BERLIN, 2012). Die jüngste Zusammenarbeit mit *städtischen* Wohnungsbaugesellschaften zur Gründung eines „Bündnis[ses] für bezahlbaren Wohnraum“ (LAND BERLIN, 2013) hat vorläufig nur eine symbolische Wirkung. Die Auswirkungen des Rückzugs aus dem Wohnungsbau wie die davon verursachte Wohnraumknappheit, und vor allem der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, sind weitreichend und es wird viel Zeit in Anspruch nehmen, sie halbwegs zu beseitigen.

Das globalisierte und vom neoliberalen Geist beherrschte Zeitalter hat in politischer und wohnpolitischer Hinsicht in der Metropole Berlin tiefgreifende Spuren auf der Wohnungsproduktion hinterlassen und Wandlungsprozesse eingeleitet, die entsprechend anderen Fällen (Paris und vor allem London) hauptsächlich negative Auswirkungen erwarten lassen. Die Veränderungen im Wohnungsbestand, sei es in den Besitzverhältnissen und in der Funktionsweise, aber in der Akteurschaft allgemein in Verbindung mit der Kommerzialisierung und dem Zurückstellen von Prinzipien wie Recht auf menschenwürdiges und bezahlbares Wohnen verstärken Segregations- und Verdrängungsprozesse kleinräumlich, aber auch metropoliten. Die Priorisierung der gehobenen und exklusiven Marktsegmente schreitet voran. Auch die zunehmende Monadisierung und die wachsende Zahl der Einpersonenhaushalte lässt gerade in der noch vorwiegend Mieterstadt Berlin zukunftssträchtige und lukrative Geschäfte erwarten.³²⁸

Ein Großteil der hier geschilderten Entwicklungen in Berlin und in der Metropolregion allgemein soll zum Verständnis der Empirie bzw. der nun folgenden Lebens- und Wohnungsgeschichten beitragen. Auch die Betrachtung dieser historischen Prozesse kristallisiert sich aus den Gesprächen mit allen Bewohnern und Bewohnerinnen in Lindenthal und Meisenhof heraus, ist also teilweise eine lebensweltliche Perspektive der Stadt- und Wohnentwicklung.

2.2.4 Berliner Geografien des Wohnens und Zusammenlebens

Parallel zu den Athener Wohnbiografien werden in den nächsten beiden empirischen Unterkapiteln Berliner *Fälle* vorgestellt. Auch hier kommt es zu einer Aufzeichnung, Darstellung und Interpretation der ausgesuchten Fälle aus den Brandenburger Gemeinde-Ortsteilen und Teilräumen der Berliner Metropolregion Lindenthal und Meisenhof. Auch sie stehen stellvertretend für stattgefundene und stattfindende Prozesse und Wandlungen von der industriellen Entwicklung bis hin zu den Entwicklungen der letzten beiden Jahrzehnte an den Rändern der Berliner Metropolregion.

Der kurzen Ortsgeschichte und einer Bestandsaufnahme folgen die eigentlichen Wohnbiografien, die ebenfalls aus einer Zusammenfassung und einem in drei Themenbereiche gegliederten Interpretationsteil besteht: Wohnpraktiken, sozialräumliche Praxis und Orientierungen im System Metropolregion ↗ Kernstadt. Die individuellen Erfahrungen und Handlungen der Gesprächspartner thematisieren einige bedeutsame Aspekte der Raumforschung und -entwicklung. Sie werden gewichtet und dem explorativen Anspruch folgend in erster Linie auf jene neuartigen und wenig erforschten Aspekte konzentriert. Alle Gesprächspartner in Lindenthal sind ehemalige DDR-Bürger und -Bürgerinnen (der Jüngste ist sechs Jahre vor der Wende geboren). Obwohl es nicht um Repräsentativität geht, war es letztendlich kein Zufall, dass die Suche nach anderen Gesprächspartnern (ehemalige BRD-Bürger oder Westberliner, russischstämmige Bewohner usw.) erfolglos war. Keiner der Gesprächspartner oder ihrer Kontakte konnte auf eine solche Person hinweisen. Nur abstrakt von „vielen neuen Bundesbeamten, die mit der Regierung hergekommen sind“ oder von „Russen“ wurde berichtet. Ausschließlich aus diesem Grund spielen DDR- bzw. nachwendespezifische Themen, die mit der geografischen Herkunft oder dem raumkulturellen Hintergrund der Gesprächspartner zu tun haben, eine besondere Rolle. Dies war zum Teil ein hoch sensibles und identitätsstiftendes Merkmal in ihrer Lebens- und Wohngeschichte. Als solches ist es für die Darstellung des gesamtgesellschaftlichen Rahmens, der Lebensweise und der Sozialisation unverzichtbar.

C. *Lindenthal: Über den Wandel einer Genossenschaftssiedlung*

Die Siedlung Lindenthal wurde laut offizieller Gründungsurkunde am 28.9.1919 gegründet. Träger war die „Genossenschaft für Kolonisation e.G.m.b.H.“. Idee und Realisierung von Genossenschaftssiedlungen stehen in Zusammenhang mit der enormen Zuwanderung, der enormen Verdichtung und dem Wohnelend in den zentralen Bezirken des industriellen Berlins. Die Gründung von Bau- und Siedlergenossenschaften wäre ohne die Emanzipation, Politisierung und Selbstbestimmung der Arbeiter und Angestellten in der Weimarer Zeit nicht möglich gewesen. Ausschlaggebend für den hiesigen Standort waren der niedrige Baulandpreis und der gute Bahnanschluss³²⁹ zum Berliner Zentrum. Im Statut der Lindenthaler Siedlungsgenossenschaft steht (1920, §2; zitiert in SCHULTZE, 2008, S. 148): „Gegenstand des Unternehmens ist die Landbesiedlung in Verbindung mit Obst- und Gemüseanbau sowie die Herstellung gesunder Wohnungen. Ferner gehört zu den Aufgaben der Genossenschaft die Organisation ihres Kredits und Konsums, der Verkauf der gewonnenen Erzeugnisse und die Schaffung der obigen Zwecken dienenden gemeinnützigen Einrichtungen.“

Hauptmotiv der Gründung war der Wunsch der industrialisierten Stadt zu entkommen und ein autarkes Leben (und Wohnen) in gesunden und menschenwürdigen Verhältnissen zu führen. Ebenso wichtig war das Ziel ein kollektives Zusammenleben zu begründen und zu erproben – fern vom damals üblichen Kommerz und der Geldgier, im Grunde eine neue Gesellschafts- und Organisationform. Die ersten Siedler ließen also die Wohnungsnot hinter sich, um ihren Traum vom Leben in gesunden Verhältnissen zu verwirklichen. Hier spielte zudem der Aspekt der Selbstversorgung (Kleintierhaltung und Gartenwirtschaft) eine besondere Rolle. Damit dies möglich sei, sollte jedes Grundstück eine Fläche von einem preußischen Morgen (etwa 2.500 qm) aufweisen. Mehr als 200 Siedlerfamilien, meistens Arbeiter und Kleinangestellte³³⁰ bei großen Berliner Unternehmen wie Siemens oder Knorr-Bremse bekamen ein solches Grundstück. Die Neusiedler mit nur wenig landwirtschaftlichen Kenntnissen mussten von der Gründungsgenossenschaft geschult werden. Im Lauf der Zeit fand neben der Tauschwirtschaft auch der *Export* der überschüssigen landwirtschaftlichen Produkte statt, wie z. B. der Verkauf von überschüssigen Eiern, Blumen oder Obst in der großen Markthalle am Alex. Auch im großen Gemeinschaftshaus vor Ort existierten Läden und Einrichtungen (Kolonialwarenhandel, Bäckerei, Obstverwertungsstelle bzw. Mosterei, Gaststätte und Genossenschaftsbank).

Die Verwaltung der Siedlung erfolgte über die „Genossenschaftsherren“, deren Aufgabe der sukzessive Aufbau der Siedlung war. Nach der Insolvenz der ersten Baufirma übernahmen diese in Eigenregie die gesamte Siedlungsplanung und -erweiterung, darunter den Straßenbau, den Bau des Bahndamms und die Pflasterung am Bahnhof. Die Bebauung des Gebietes war Anfang der 1930er-Jahre abgeschlossen. Bis zu diesem Zeitpunkt blieb die Bevölkerungszahl relativ konstant: 256 Familien und etwa 1.000 Einwohner. Jede Familie – oft mehrere Generationen – bewohnte jeweils ein Haus.

Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten fallen tiefgreifende Veränderungen wie die Einflussnahme und Einschränkung der Genossenschaftsarbeit sowie später ihre Auflösung und Zwangseingliederung in den „Reichsbund der Kleingärtner und Kleinsiedler“ (SCHULZE, 2008, S. 153). Während der Kriegszeit kam es aufgrund der Kriegsrekrutierung, zahlreicher Kriegsgefallener und der Flucht vor den Russen zu einer Halbierung der Einwohnerzahl. Schon vor Kriegsende änderte sich dies drastisch und führte zu einer Bevölkerungsexplosion. Es fand ein regelrechter Bevölkerungstausch statt, auf der einen Seite die Flucht zahlreicher Bewohner und Bewohnerinnen in den Westen und auf der anderen Seite der Zuzug vieler Flüchtlinge aus Schlesien und Pommern, auch wohnungsloser Berliner. „In vielen [Lindenthaler] Einfamilienhäusern wohnten nun drei oder vier Familien“ (ebd.).

Seit dem Einmarsch der Roten Armee blieb das Gebiet unter sowjetischer Verwaltung und nach ihrer Anweisung wurde Lindenthal Teil der benachbarten Gemeinde. Der Siedlerverein wurde neu konstituiert, zu dessen Prioritäten vorerst die „Versorgung von Kranken, Kindern, Älteren und Behinderten“ sowie der Flüchtlinge, Vertriebenen und aller, die unter den Folgen des Krieges zu leiden hatten, gehörten. Später übernahm diese Aufgaben im sowjetischen Sektor die neugegründete Hilfsorganisation »Volksolidarität« (LÜBBEN, 1999, S. 42). Allmählich setzte wieder ein „geistig-kulturelles Leben im Ort ein, angetrieben vom neu konstituierten Siedlerverein, aber auch dem »Demokratischen Frauenbund«. Ebenso „freudig angenommen“ wurde anfangs die Beteiligung der »Nationalen Front«, aber aufgrund der parteilichen „Belastung und Gängelung“ nahm sie allmählich ab. So blieb es in Lindenthal während der DDR-Zeit im Großen und Ganzen beschaulich, behutsam und ruhig. Ende der 1970er-Jahre kam es auf einer angrenzenden Freifläche zur Ansiedlung der ersten Volksbetriebe, darunter Zuliefererbetriebe des Großwohnsiedlungsbaus in Marzahn und Hellersdorf (SCHULTZE, 2008, S. 158). 1986 begann der Bau des seit 30 Jahren von der Reichsbahn

geplanten S-Bahn-Haltespunktes Lindenthal, dessen Fertigstellung sich jedoch wiederholt verzögerte. Die Inbetriebnahme erfolgte erst nach der Wende im Jahr 1992.

Nach der Wiedervereinigung setzte eine Welle von Restitutionsansprüchen durch die Alteigentümer oder ihre Erben ein, die meistens ihre Grundstücke in zwei, drei oder oft vier Grundstücke aufteilten und verkauften. Dem Verkauf folgte in der Regel der Bau von Einfamilienhäusern. Allerdings gibt es einige Fälle, in denen auf nicht geteilte Grundstücke – wo früher eine Familie von vier bis sechs Personen wohnte – der neue Bauherr größere Wohnhäuser mit zwei, drei oder vier Wohnungen einrichtete und darauf bis zu 30 Personen einzogen. Manch Neubewohner musste erst nach dem Einzug schockiert feststellen, dass im Ort kein Abwasser- und Kanalisationssystem vorhanden war. Durch politischen Druck wurde dies Ende der 1990er-Jahre gebaut. Am 26. Oktober 2003 wurde Lindenthal im Rahmen der Gemeindegebietsreform in Brandenburg³³¹ Teil der benachbarten Gemeinde Eschenhof.

Seit Mitte der 1990er-Jahre bis heute hat sich die Bevölkerungszahl Alt-Lindenthals verdreifacht.³³² Die früher autarke Genossenschaftssiedlung stellt inzwischen ein reines Wohngebiet dar; abgesehen von einer Pension gibt es weder Treffpunkte wie den alten »Lindenthaler Krug« noch Geschäfte. Lange Zeit war die einzige Einkaufsmöglichkeit der Discounter-Supermarkt auf dem angrenzenden Berliner Bezirk oder das etwa zwei Kilometer entfernte *Zentrum* des Gemeindehauptorts. Erst Ende 2011 wurde direkt an der S-Bahnstation ein Einkaufszentrum mit einem Supermarkt, einer Drogerie und einem Textildiscounter errichtet.

Mitte der 1990er-Jahre beauftragte die Gemeinde ein Planungsbüro für die Erstellung eines Bebauungsentwurfes für die Siedlungserweiterung Lindenthals in einer Brachfläche zwischen der überörtlichen Straße, S-Bahn und der Landesgrenze Berlin-Brandenburg. Zu dieser Zeit waren vor allem Siedlungen mit Geschosswohnungsbauten beabsichtigt bzw. steuerlich stark gefördert. Aus heutiger Sicht betrachtet, war es für die Bauverwaltung jedoch ein „Glück“, dass der Investor finanziell nicht mehr in der Lage war, diesen Plan zu realisieren. Daraufhin passierte knapp vier Jahre nichts, bis ein Bauinvestor aus Schleswig-Holstein, der Bauherr für weitere Bauentwicklungsprojekte in der Umgebung war, einen zur alten Siedlung angepassten Plan einreichte und den Zuschlag für den Bau der »Gartenstadt Neu-Lindenthal« bekam. Das Bauunternehmen erschloss das in Grundstücke zwischen 480 und 600 qm aufgeteilte Gebiet und verkaufte die mit oder ohne Hausbau; mit Hausbau wurde „gemeinsam mit den zukünftigen Bauherren [ein] kleines oder

großes Traumhaus“ modelliert. Projektiert für das gesamte Gebiet wurden etwa 325 ein- oder zweigeschossige Wohneinheiten. Im Frühjahr 2013 standen etwa 220 Häuser, während acht oder neun Grundstücke unverkauft bzw. noch unbebaut sind sowie eine Restfläche zwischen Neu-Lindenthal und dem neuen Einkaufszentrum noch brachsteht, da sie Verhandlungsobjekt zwischen der Gemeinde und der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) ist.³³³

I. „Zur Wende standen dann auf einmal fünf Damen auf der Matte“

Barbara ist 1940 in Berlin geboren, kam jedoch einige Wochen nach ihrer Geburt als „Wickelkind“ nach Lindenthal. Da ihre leibliche Mutter nicht in der Lage war, für sie zu sorgen, gab man sie zur Adoption an eine der Gründerfamilien Lindenthals.

In Lindenthal heranwachsend erlebte sie die Besonderheiten der Genossenschaftssiedlung, am meisten die gegenseitige Hilfsbereitschaft und Solidarität unter den Bewohnern sowie die „Nachbarschaftshilfe“ und die Selbstverständlichkeit von „einer hilft dem anderen“. Vor Kriegsende, als die ersten Flüchtlinge bzw. „Vertriebenen“ aus Schlesien und Ostpreußen eintrafen, zeigten sich die Einheimischen diesen gegenüber solidarisch und versorgten sie mit Essen und Wohnraum. Barbara, ein Kind noch, fand deren Ankunft trotz der äußerst widrigen Verhältnisse erfreulich und freundete sich mit zahlreichen Kindern an. Ihr wurde „eingepflichtet [...] zu helfen“, daher war es eine Selbstverständlichkeit für sie ihr Butterbrot zu teilen. 60 Jahren später erinnert sie einer der damals Neuankömmlinge daran: „Ja du, dein Frühstücksbrot schmeckt mir immer noch.“

Ferner sind ihr die Genossenschafts- und Nachbarschaftshilfeideale auf eine sehr mittelbaren Art und Weise beigebracht worden. Ihre Adoptiveltern nahmen sie immer mit, gleich ob „Versammlungen“ oder „Maskenbälle“. Ihr Pflegevater gehörte zum Kreis der Zuständigen für die Verwaltung, Organisation und den Weiterbau der Siedlung. „[E]r ist in der Gemeinde aufgegangen“, nicht nur während des Nationalsozialismus als er „viele geschützt“ haben soll, sondern auch in der Nachkriegszeit, als er von den sowjetischen Militärs übergangsweise „als amtierender Bürgermeister eingesetzt“ wurde. Zu dieser Zeit mussten die Frauen für alle schwierigen Aufgaben vor Ort aufkommen: Panzergräben zuschütten, die Felder bestellen oder, wie Barbaras Mutter, für die Russen in der „kleinen Kommandantur“ arbeiten. Für das Waschen ihrer Uni-

formen haben sie „Butzenfleisch bekommen und sowas alles“. Das von extrem beschwerlicher Zeit und großer Hilfsbereitschaft geprägte Umfeld hatte eine enorme Wirkung auf die junge Barbara. Sehr früh begann auch sie aktiv zu werden. Ihre Mitwirkung bei lokalen Themen setzte sich auch nach Gründung der DDR fort. Mehrere Jahrzehnte war sie selber Vorsitzende im »Siedlerverein Lindenthal« und dem Nachfolgeverein der Gründungsgenossenschaft. Neben Hilfeleistung für die lokale Gemeinschaft organisierte dieser als einziger lokaler bürgerschaftlicher Träger Aktivitäten und Veranstaltungen. Barbaras Identifikation mit dem Siedlerverein ist enorm: Sie ist die einzige *Institution*, die einen Hauch vom alten Geist des genossenschaftlichen Zusammenlebens im Ort verströmt.

Unter den späteren Kriegsflüchtlings kam 1951 ihr Ehemann (Jg. 1932) nach Lindenthal. Sie war 14 Jahre alt, als sie sich kennenlernten und 17, als sie heirateten. Bald darauf bekamen sie das erste Kind; drei weitere folgten. In der ersten Zeit wohnten sie „oben in einem kleinen Kämmerchen“ im Elternhaus. Viele der Häuser waren überbelegt und es gab weder freien Wohnraum noch die Möglichkeit zu bauen. Erst Mitte der 1960er-Jahre nach der Geburt des dritten Kindes wurde ihnen das untere Geschoß in einem der *Schwindelhäuser* zugeteilt; im Obergeschoss wohnte eine andere Familie. Jahrelang gab es Bemühungen, das Haus allein zu bewohnen, allerdings scheiterten diese an den besonderen Wohnbestimmungen der DDR. Nach der Geburt des vierten Kindes ist sie „jeden Tag mit den vier Kindern [zum Wohnungsamt] hingezottelt“, damit sie endlich dieses Haus für sich allein bekommen konnten. Mitte der 1980er-Jahre war es soweit, ihnen wurde das ganze Haus zugesprochen. Dadurch, dass ihr Ehemann Baufachmann war und Zugang zu Baumaterialien hatte, waren sie in der Lage das Haus zu modernisieren. Kurz nach der Wiedervereinigung erkundigten sie sich bezüglich der Besitzverhältnisse bei der Gemeinde, die ihnen ein Bleiberecht im Haus zusicherte. Nun mithilfe des Übermaßes an Bau- und Gartenmärkten bzw. Baumaterialien konnte es aufwendig renoviert werden: ein neues Dach, eine moderne Elektrik und sogar ein Schwimmbecken im Garten.

Einige Jahre später „standen fünf Damen auf der Matte“, d. h. eine Erbgemeinschaft mit Restitutionsansprüchen. Inzwischen wurde die vorherige Verwaltung vollständig abgesetzt, „Unterlagen hatte man verbrannt, teilweise...“. Streitigkeiten innerhalb der Erbgemeinschaft verkomplizierten die ganze Angelegenheit. Der profitgierige Sprecher der Erbgemeinschaft war von einer rasanten Entwicklung in der Hauptstadtregion³³⁴ überzeugt, und von Immobilienpreisen, die „ins

Unendliche“ gingen. Die Wende-Euphorie schlug zum Wende-Ärger um. Für Barbara wurde es „eine harte Zeit“. Die „glückliche“ Wendezeit war damit endgültig vorbei, da auf einmal im Ort „kapitalistische Zustände“ herrschten. Das erste Kaufangebot wurde willkürlich auf 800.000 DM festgesetzt, was den Kauf unbezahlbar machte. Auf einen Vorschlag, das Grundstück zu teilen und nur die Hälfte zu kaufen, gingen die Erben und ihre Vertreter nicht ein. „Nach 37 Jahren“ wurden Barbara und ihre Familie gezwungen, das Haus zu verlassen. Nicht die hohen Modernisierungskosten und die mühevollen Arbeit („nur geackert dort, geschuftet“), sondern die Tatsache, dass hier „sich das ganze Familienleben abspielte, die Kinder aufgewachsen, die Enkel da fast groß geworden“ sind, verlieh der Sache tragische Züge. Wie „aus den Wurzeln gerissen“, konnte sich Barbara kaum vorstellen „mit 65 nochmal neu anzufangen“. Notdürftig zog sie mit ihrer Familie in eine Wohnung im Nachbarort und traf die Entscheidung, nie wieder nach Lindenthal zurückzukehren. Nur dank der Bemühungen ihres Mannes und mit finanzieller Unterstützung ihrer Kinder erwarben sie das jetzige Haus – nur eine Straße vom alten Haus entfernt – und zogen 1996 hier ein. Groteskerweise stand das alte Haus viele Jahre noch leer und konnte erst nach der Teilung des Grundstücks verkauft werden.

Barbara trauert nach wie vor um das verlassene Haus. Das jetzige Haus wird wegen des schlechten Zuschnittes, der nicht altersgerechten Stufen oder weil sie sich nicht „an das Kleine, [...] an das Enge“ gewöhnen kann, ständig schlechtgeredet. Sie weiß durchaus die Anstrengungen ihres Mannes zu schätzen. Oder dass später ihr Sohn das Nachbargrundstück gekauft hat, weil sich herausstellte, dass sich ein Teil eines Nebengebäudes auf einem fremden Nachbargrundstück befand. Das gekaufte Grundstück nutzte allerdings ihr Sohn um sein neues Zuhause zu bauen. Und so wohnt er mit seiner Frau und Kindern nun nur einige Schritte entfernt. Diese direkte Nachbarschaft ermöglicht nun – zumindest im kleinen Maßstab – ein Stück alter Solidarität und gegenseitiger Hilfsbereitschaft beizubehalten. Überhaupt wohnen die zwei jüngsten der vier Kinder vor Ort und auch der zweitälteste Sohn nur einige hundert Meter entfernt in der benachbarten Gemeinde; nur die älteste Tochter wohnt seit ihrer Studienzeit in Dresden.

Die Nachwende-Entwicklungen erzeugten gemischte Gefühle. Die lokale Gesellschaft hat trotz Verdichtung und Verdreifachung zu porösen sozialen Beziehungen und dem Verlust des früher durchgängigen Gegenseitigkeits- und Solidaritätsprinzips geführt. Die lokale „Kommunikation stirbt“, während „jeder erst mal möglichst sein Süppchen kocht“. Als ob

Interpretativer Rückblick: In der Zusammenschau des Gesprächs mit Barbara – inklusive der sporadischen, aber überspitzten Ergänzungen von ihrem Ehemann – kommt ein breites Spektrum an Themen zur Sprache. Die hohe Relevanz ihrer Wohnbiografie zu Wohn-, Sozial- und Raumgeografien in der Metropolregion lässt sich im beispiellosen lokalistischen Kontext verorten. Barbara lebt und wohnt seit mehr als 70 Jahren in Lindenthal und mit ihrer Involviertheit in den Ort repräsentiert sie die Ursprünglichkeit der Lebenswelt und der lebensweltlichen Aspekte. Darin kommt von der Siedlungsgründung bis zum heutigen Zeitpunkt eine lokal malerische Form von Wohnen und Zusammenleben vor, die von ureigenen Gedanken über diesen Lebensraum begleitet ist. Ihre Geschichte verläuft über die verschiedenen Systemwechsel hinaus und dennoch, trotz unterschiedlicher Kontexte und Einflüsse, steht immer noch die lebensweltliche lokale Perspektive im Mittelpunkt, sodass Barbaras Schilderungen immer greifbar und einleuchtend echten Stoff und Informationen über die lokalen Verhältnisse und jenes „feste System von Traditionen, Werten, Praktiken und Symbolen“ liefert (KASCHUBA, 2006, S. 107). Sie hat ja den Ort und seine Entwicklung (mit-)erlebt, gestaltet und geprägt.

In diesem konkreten Fall (be-)trifft es zudem eine ehemalige Genossenschaftssiedlung der 1910er- bzw. 1920er-Jahre. Und es ist durchaus interessant genauer zu erfahren, was dort geschieht. Solche Genossenschaftssiedlungen unterliegen einigen interessanten Besonderheiten und sind nicht nur mit bestimmten Rahmenbedingungen jener Zeit, sondern vor allem im Zeitgeist ihrer Entstehungszeit verankert. Einige ihrer Prinzipien sind immer noch präsent, auch wenn das Gründungsstatut der Siedlung Lindenthal auf den ersten Blick ins Obsolete zu verweisen scheint. Die Entwicklung der lokalen Gesellschaft blieb von den räumlichen, sozioökonomischen und kulturellen Wandlungen des letzten Jahrhunderts nicht verschont, wobei dieser alte Kontext nicht völlig verschwunden ist. Vielmehr ist er in den Hintergrund gerückt und führt ein Nebendasein in Verschränkung mit Gegenwartsprozessen. Möglicherweise ergibt sich dadurch das Postmoderne, Posturbane (bzw. Postsuburbane). Anscheinend sind Transformationen von Lokalitäten und Lebenswelten in metropolitenen Teilräumen wie Lindenthal weniger präsent oder fallen bescheidener aus als in zentralen Teilräumen (wie in der Kernstadt). Aber dann gibt es Fälle wie den von Barbara, die zeigen, dass diese nicht weniger drastisch und folgenreich sein können.

Dies alles hat eine extreme Wirkung auch auf die lokale Gesellschaft der Genossenschaftssiedlung Lindenthal. Die alten Prinzipien bzw. das, was

nach Nationalsozialismus, Krieg, 40 Jahren DDR und nachkommender Transformationsflut noch übrig blieb, war kaum im Stande zu überleben. Oder sind doch einige dieser Prinzipien nicht komplett abhandengekommen und bestehen trotz Barbaras pessimistischem Ton fort, wenn auch nur in einer Form von Nischengesellschaft. Wenigstens für Barbara bleibt Lindenthal die alte Genossenschaftssiedlung. Trotz tiefgreifender Veränderungen stellt es einen festen Bezugspunkt und Bestandteil ihrer Biografie und einen unverzichtbaren Teil ihrer Identität.

Wohnen im Haus und Ort – postsozialistische Transformation

Der Lebensraum Lindenthal ist mit Umbruchsmomenten, national wie lokal verbunden. Auf die lokale Mikrogesellschaft projiziert, wird die individuelle und lebensweltliche Auslegung der Welt- und Gesellschaftsgeschichte fassbar und greifbar gemacht (angelehnt an GEERTZ, 1983). Sie beginnt bei Barbaras Kindheit in der Kriegs- und Nachkriegszeit. Die verblichenen und teils anekdotenhaft gebliebenen Erinnerungen sind von den Erfahrungen und schwierigen Umständen geprägt, die dennoch eine gewisse Nostalgie ausstrahlen. Barbaras Kindheitsbiografie ist mit dem Ort verbunden und dieser, omnipräsent und ausdauernd, wirkt auf ihre Erinnerungen zurück. Markant ist die Bindung zu den Eltern und zum Gründungsmythos der Siedlung. Am prägnantesten sind jedoch die 40 Lebensjahre in der DDR, gekennzeichnet durch lebhaft und leibhaftige Erfahrungen. Sie kommen zwar kürzer vor und werden etwas von der *Gegenwärtigkeit* der letzten 20 Jahre überschattet, allerdings fällt auf, dass die Erinnerungen aus dieser früheren Phase inniger und einschneidender sind. Sowohl auf der individuellen als auch auf der politischen und soziokulturellen Ebene sind sie eng mit der Aufbruchsstimmung der Nachkriegszeit verbunden. Diese Phase ist gleichsam die Messlatte für temporale, situative, qualitative und normative Vergleiche zwischen Vergangenen und Gegenwärtigem, Jugend und Altern, Aufbau und Bewahrung. Auf die emotionsstarke und selektive Perzeption der Aufbauphase folgt emotionsbeschwichtigt die Bewahrungs- und Konsolidierungsphase. Während die Nachwendjahre zur Euphorie verleiten, schlägt diese bald von der um sich greifenden Ungewissheit der Transformationen zu einer anhaltenden Bitterkeit und Wehmut um.

Für ehemalige DDR-Bürger wie Barbara ist eben die postsozialistische Transformation der Nachwendzeit mit starken Empfindungen, wenn nicht sogar häufig mit schmerzlichen Erfahrungen verbunden. Nach der Anfangseuphorie „stand vor der Matte“ nicht die bundesrepublikani-

sche »soziale Marktwirtschaft«, sondern eine „gespenstische“ Version davon. Zu dessen obersten Maximen gehörten Abwicklung, Liberalisierung, Privatisierung und Entstaatlichung. In ihrem Fall stellte sie Ansprüche auf *ihr* Wohnhaus und mithilfe von kapitalistischen Mitteln *vertrieb* man sie daraus. Der erzwungene Auszug aus dem 37 Jahre bewohnten Haus auf der einen Seite und die *Invasion* in *ihre* Siedlung auf der anderen Seite kommen Entwurzelungserfahrungen gleich, die aus ihrer Sicht mit dem Systemwechsel zusammenhängen. Der Verlust des *eigenen* Wohnhauses bedeutet nicht nur einen materiellen und symbolischen, sondern vor allem einen emotionalen Verlust. Dadurch sind Lebensmittelpunkt, Identifikationsort und Würde abhandengekommen. Das erste eigene Wohnhaus, ein Ort, in dem die Kinder geboren und herangewachsen sind. Das dort Erlebte und der Alltag allgemein leiteten ein „pathisches Aufgehen im gelebten Raum“ ein (HASSE, 2009, S. 221). Dieser Ort der Beständigkeit, Vertrautheit und Behaglichkeit war und ist auch mit emotionalen Lehnen und Erinnerungsartefakten behaftet.³³⁵

Der weitere Transformationsprozess hob zum Teil ganze Biografien und Lebensentwürfe auf. Viele DDR-Bürger mussten ihr Leben komplett ändern und nach einer neuen Identität suchen. Barbaras Bilanz und Nachdenken über ihr Leben und die Umstände im real sozialistischen Gesellschaftssystem war wie eine allumfassende Suche. Andauernd musste sie sich fragen, was die Fehler des Systems waren. Das Siegersystem kodierte dann die Geschichte und die Ereignisse um und auf einmal bekamen andere Aspekte Priorität; oft weniger DDR-alltags- und lebensweltbezogen. Die Nachwendezeit zwang also auch zu einer individuellen Transformation, aber vor allem hier zeigte sich die Wichtigkeit der Lebenswelt, zumal es keinesfalls den völligen Bruch mit der Vergangenheit geben konnte, wie es oft von den ehemaligen DDR-Bürgern verlangt wurde.³³⁶ Hieraus entstand ein relativ gestörtes Verhältnis zur neuen Ordnung bzw. zum neuen System. Barbaras unmittelbare Erfahrungen wirken katalytisch auf die Einschätzung des Lebens im kapitalistischen System. Die Nachwendezeit geht für sie teilweise mit einem von außen (medial) oktroyierten Prozess der vermittelten Umbewertung der Vergangenheit einher, sowohl der sozialistischen als auch der lebensweltlichen Realität. Auf der anderen Seite erlebte sie den Beginn einer neuen Realität, die selbst immer größere gesellschaftliche und sozioökonomische Verwerfungen mit sich brachte.³³⁷ Wobei sich selbst das *neue* System in einem tiefgreifenden Transformationsprozess befand. Hauptmerkmal war in Barbaras Augen das Eindringen von Marktprimaten in die Lebenswelt. Zum Erkennungszeichen der damit einhergehenden gesellschaftlichen Ordnung gehörten Konkurrenz und Entsolidarisie-

rung, Ausbeutung oder Traditionsentzug, also für sie starke Gegensätze zur eigenen Genossenschaftssiedlungsvergangenheit.

Der Transformationsdruck war für sie also doppelt hoch. Sie musste ihr Wohnhaus verlassen und die Verwandlung im Ort und in der lokalen Gesellschaft miterleben. Im ersten Fall wurden von einem Tag zum anderen in extremer Weise die bisherige Lebens- und Wohnordnung gestört. Im zweiten musste sie den langsamen Tod der Genossenschaftssiedlung ertragen. Diese traumatische Erfahrung und die Unbehaglichkeit hatten nun direkte Auswirkungen auf ihr Verhältnis zu Haus, Ort und zur Gesellschaft. Die überladene Kritik und Missstimmung über die sozioökonomische Ungerechtigkeit und die für den kapitalistischen Westen typische Polarisierung zündete spätestens, als ihr selbst eine Ungerechtigkeit widerfuhr. Nach einiger Zeit wurde aus dieser individuellen eine (teil-)kollektive Wendeerfahrung. Vergleichbare Erfahrungen machten im Umfeld, in der Familie oder im Bekanntenkreis viele.

Der Einsatz einförmiger bipolarer Denkschemata für die persönliche Bilanz kommt damit plausibel vor. Die Distinktion zwischen „Absteiger/Aufsteiger“ bzw. „Wendeverlierer/Wendegewinner“ (GENTNER, 2007, S. 60) ist sehr verbreitet. Es ist ein einstweiliger Vorabschluss, der an Barbara wie ein Stigma klebt. Die Überzeugung „keine Gewinnerin der Wende“ zu sein (ebd.) wird aus den Erfahrungen und den Nachwende-Zumutungen abgeleitet. Dies betrifft einen Großteil der älteren Generationen und solcher Menschen mit abhandengekommener oder nicht vorhandener Anpassungsfähigkeit und Flexibilität bzw. geraubter Möglichkeiten und Aussichten. Durch Ausschluss- und Absonderungsempfindung kommt es zu Rückzugs- und Verbitterungsreaktionen sowie Desillusionierung. Barbaras resolute Kritik am *neuen* System hat mit dem beständigen Unwohlsein und den ungünstigen Verhältnissen zu tun. Das bipolare Denkschema wiederholt und steigert sich sogar in der ständigen Ost-West-Distinktion (oder siehe später auch Neu-Altbewohner-Distinktion). Die entstandenen Vereinfachungen und Zerrbilder bergen die Gefahr der Polarisierung und Abkapselung; auf die Dauer manifestiert sich ein exkludierendes Denkschema. Distinktionen sind alltäglich und allgegenwärtig.

Latente Distinktionsformen bergen brisante Entfaltungspotenziale, die in alle Lebensbereiche übergreifen. Ressentiments, Lagerdenken und tradierte Parolen sind allerorten zu finden. So werden auf der einen die *Wessis*, in erster Linie als der amorphe kapitalistische Westen diskreditiert, während auf der anderen Seite die *Ossis*, die ehemaligen DDR-Bürger aufgewertet und *nobilitiert* werden. Anders als die *Wessis* trennen

auch, weil in solchen Wünschen zum Teil Mythologisierung und Romantik schweben. Oder es wird stetig vergessen, dass Individuen ungleiche Fähigkeiten, Neigungen und Bereitschaften besitzen. Barbara scheint trotz aller Widerstände keineswegs Hoffnung und Glaube zu verlieren. Nur die Bewusstmachung und die Appelle an das Zusammenleben lassen die Utopie ein Stück näher kommen. Und provisorisch (er)kennt sie die einzige grundlegende Option für ein gutes Zusammenleben im Ort: Das sind Akzeptanz von und Respekt vor unausgesprochenen und auf Freiwilligkeit basierenden Regeln.

Den Zuzug in den letzten Jahrzehnten empfindet Barbara wie ein Eindringen, das ihr Gefühl vom Hier-Heimisch-Sein erheblich dezimiert hat (wohl bemerkt, in den Nachkriegsjahren wurde die Ankunft der Flüchtlinge ganz anders empfunden). In Barbaras *Sozial- und Kulturresevat Lindenthal* wurden diesmal die vorhandenen Ordnungs- und Machtstrukturen in einem viel größeren Maße gestört als damals. Das Unwohlsein löste Entfremdungseffekte und einen hohen Frustrationsgrad aus. Ihre Bereitschaft und Offenheit gegenüber sozialen Beziehungen und neuen Kontakten wurden dadurch maßgeblich beschränkt. Barbara zieht sich in die eigenen vier Wände oder in ausgesuchte Orte zurück, in Rückzugsorte und Nischen wie Familienkreis und Aktivitäten (Erwerbs-, Vereinsarbeit oder Seniorenbetreuung). Diese Haltung und die Nicht-Kommunikation verschärfen die Trennlinien zusätzlich, sukzessiv führt es sogar zu einer manifesten Distinktionsspirale, ausgedrückt vor allem in der Distinktion zwischen Alt- und Neubewohnern. Neubewohner hätten „sich einfügen“ müssen, damit sie nicht als Eindringlinge eingestuft werden. Ohnehin gelten „Neue“ bzw. „Fremde“ stets als Eindringlinge oder sogar *Täter*. Damit diejenigen, „die in einen Raum eindringen, [...] sich nicht deplatziert fühlen“ und von den Altbewohnern ausgeschlossen werden, müssen sie „stillschweigend vorausgesetzte Bedingungen erfüllen“ (BOURDIEU, 1997, S. 165) und in Barbaras Augen geschah dies keineswegs.

Soziales Leben und das Potenzial in Lebens- und Wohnorten zu erforschen, erfordert auch eine Auseinandersetzung mit lokal herrschenden Strukturen und Machtverhältnissen. Hierbei müssen mehrere Perspektiven berücksichtigt werden (siehe weiter unten: Fall von Bernd und Birgit). Die Beziehungs- oder Auseinandersetzungsformen zwischen Alt- und Neubewohnern in den Lebens- und Kommunikationsräumen hängen von den lokalen hegemonialen Strukturen ab. Das „hegemonial ausgerichtete Kulturverständnis“ (BUKOW, 2012, S. 528) der Altbewohner wird also „zur Legitimation von Herrschaftsstrukturen und Macht-

verhältnissen“ auf lokaler Ebene eingesetzt (ebd., S. 532). Der Zuzug (oder Auszug) von Menschen führt zu einer *Störung* dieser etablierten Balance. Die ersten Siedler oder Alteingesessenen betrachten sich instinktmäßig als Vorrechtbesitzer. Die Aufenthaltsdauer stärkt in den meisten Fällen die Instanz- und Vormachtstellung. Alteingesessene, am stärksten diejenigen, die den Ort nicht verlassen haben, nehmen sich das Recht, Nachziehende zu begutachten bzw. zu maßregeln. Das kritische Maß der Begutachtung wächst exponentiell zur Ankunftszeit und erreicht bei konvergierenden Verständnissen, Kulturen bzw. Mentalitäten eine Zuspitzung. Die 70 Jahre hier ansässige Barbara und die ihr *angeborene* Funktion im Siedlerverein, also die Nachfolgeinstitution der Gründerväter, bestärkt solche Muster. Im Beklagen und Tadeln von andersartigem Verhalten verbergen sich gewissermaßen starke Machtansprüche und Hegemonialdenken. Sie werden von historischen Prozessen oder Ereignissen wie der Gründungssaga Lindenthals legitimiert. Damit rufen sie Wächter und Advokaten auf den Plan. „Gemeinsinn, Hilfsbereitschaft und Solidarität“ sollen als edle und hehre Ziele für alle gelten, sei es als Symbole oder als Normen und praktizierte Werte. Durch ihre Tätigkeit und allgemein im alltäglichen Handeln transportiert Barbara diese Werte in den lokalen Kontext. Diese wertbasierte Kodierung wird zum lokalen Prinzip des Zusammenlebens erhoben, das von jedem Bewohner halbwegs respektiert werden müsse. Passiert dies nicht, dann kommt es zu einer lokalgesellschaftlichen Ächtung und Konkurrenz.

In einer flexiblen und an anderen Lebensrhythmen orientierten Gesellschaftsform herrschen jedoch andere soziokulturelle Kodierungen. Die Bedürfnisse anderer Generationen sind eben anders; ebenso die sozialen Erfahrungen, Verständnisse, Neigungen und sogar Sprachen. Einfügung, Assimilation, Integration oder Inklusion u. a. sind unterschiedliche Formen und müssen überhaupt erst gewünscht sein. Die partielle, totale Nicht-Akzeptanz und Ignoranz (insbesondere seitens der Neuen) solch tradiert Systeme von Normen, Regeln, Praktiken und Verhalten kommen überall vor, stellt also ein weit verbreitetes Phänomen dar. Alteingesessene und ihre Nachfahren mussten schließlich während ihrer Sozialisierung diesen Erfahrungs- und Anpassungsprozess gleichfalls mitmachen, wodurch der Umgang mit solchen starren Systemen erleichtert wurde. Auf der anderen Seite ist die Mehrzahl der Neubewohner, vor allem die jüngeren, nur bedingt in der Lage oder hat die Absicht, die lokal hochgehaltenen Prinzipien und die bestehenden Regeln anzunehmen. Dies wird von den Altbewohnern als despektierliches Verhalten und Missachtung der Machtverhältnisse, aber auch als emotionale Übertretung und Eindringen in die eingespielte Gemeinschaft aufgefasst.

Die Grenze zwischen Idealismus und guten Absichten auf der einen Seite und Stringenz, Kontrolle und Überwachung auf der anderen Seite ist oft unscharf. In einer pluralisierten Welt herrscht ein anderer Kontext und Zeitgeist. Maßregeln und Ausstrecken des Zeigefingers auf unrichtiges Verhalten oder andersartige Praktiken seitens der Altbewohner sagen etwas über die Formen der sozialen Beziehungen und Qualitäten aus. Die *alte* Gemeinschaft und die Vernunft der Oikodespoten³³⁸ (siehe Vernunft der Öffentlichkeit HABERMAS, 1990, S. 56f.) sollte in der Lage sein, Wogen zu glätten und vor kontraproduktiven, übermäßigen und vorschnellen Erwartungen zu wahren. Barbara und der Siedlerverein sind sich dessen bewusst und vermeiden paternalistisch gehandhabte Praktiken und Regeln, zumal sie keine Wirkung auf die beanstandete Desintegration zeigten. Die Nachsicht von Altbewohnern wie Barbara signalisiert zudem die Offenheit und Bereitschaft, andere zu integrieren und lässt Hoffnung auf den weiteren Verlauf der lokalen sozialen Prozesse entstehen.

Entfremdung, Bedrohung und Rückzug ins Private?

Entsprechend dem Rückzug ins Private der vier Wände und der Familie, in den engen Freundeskreis und den Tätigkeiten (innere Beziehung) gab es auch einen Rückzug in den Lebensort (äußere Beziehung). Die emotionale Verankerung Barbaras in der Lokalität wurde trotz der erlebten Verschlechterung des natürlichen wie sozialen Umfelds und des ansteigenden Unbehagens erkennbar größer. Zunächst lässt sich das auf eine positive Haltung gegenüber der Metropolregion schließen. Sobald der West-Ost-Gegensatz oder die Kriminalität zur Sprache kommen, wechselt die Stimmung: von „Berlin absolut als Kulturstadt“ zum „Streitopfer Ost und West“ oder zum Ort krimineller Machenschaften.

Die Wahrnehmung und Einschätzung der Situation in der Innenstadt wird damit heikler. Die Stigmatisierung der Innenstadt (besonders einiger konkreter) innerstädtischer Räume basiert jedoch nicht auf primären Erfahrungen, sondern ausschließlich auf Annahmen. Auch diese entsprechen bipolaren Schemata. So existieren in Berlin zwei Extreme, einerseits diffus gefährliche Stadtteile, andererseits – im krassen Gegensatz – anständige, friedliche und noble Stadtviertel. Erstere werden in Verbindung mit den von Ausländern oder Arbeitslosen bewohnten Vierteln in Verbindung gebracht. Sie sind als *soziale Brennpunkten* stigmatisiert und stehen in Zusammenhang zu zwielichtigen Formen von alltäglicher Aggression oder Gewalt bis zur Zwangsehe. Vieles davon schwappt seit der Wiedervereinigung aus dem Westteil nach Osten, wo es weder

ernsthafte Kriminalität noch *unbeaufsichtigte* „Ausländer“ gab; diese standen nämlich in der DDR unter ständiger Beobachtung. Generell bestimmen negative Schlagzeilen, wie die aus Polizeimeldungen, das Bild der Metropolregion. Gesellschaftliche Phänomene von der „Bürgerlisierung [Anm. TI: Einbürgerung?]“ und der „Einordnung der ausländischen Bürger“ bis zu den „jahrelang“ besetzten Mietshäusern (Anm. TI: Mietnomaden oder besetzte Häuser?), nicht entdeckte „Verstorbenen“, „asoziale Familien“, brennende Autos, Misshandlung von Kindern und Zunahme der „Archen“-Kinder usw. kommen unentwegt zur Sprache. Das subjektive Sicherheitsempfinden und zahlreiche Fehlentwicklungen des (kapitalistischen) Westens verstärken Barbaras Bedürfnis nach Schutz und lokaler Verankerung. Die eingetretenen Verschlechterungen „seit der Wende“ lassen übersteigern sogar die Sehnsucht nach „geordneten Verhältnissen“ wie in den DDR-Jahren, wobei sie keineswegs so weit geht wie ihr Mann, der lapidar und teils humoresque kommentiert: „die Stasi hatte alles im Griff“.

Eine Vielzahl von Entwicklungen in der Metropolregion Berlin sehen also sowohl Barbara als auch ihr Ehemann mehr mit subjektiver Sorge als mit bedachter Sachkenntnis. Auf der Landkarte Berlin werden eklatante Disparitäten zwischen Ost und West oder zwischen den verschiedenen Stadtteilen erkannt. Letztere werden nach Gefahrenlagen abgestuft und herabgesetzt, letztendlich nur aus dem Grund, dass dort andere Kulturen oder Mentalitäten *wohnen*, womit sie weder vertraut sind, noch positive Eigenschaften in Verbindung bringen können. Es wird zur Kenntnis genommen, dass jüngere Menschen, wie ihre Enkelin, die „auch einen Schwarz-Dunkelhäutigen heiraten“ würde, ganz anders darüber denken. Wobei Barbara an ein einseitiges Bild anknüpft, das bei der Vorstellung von Mischehen zwischen Türken und Deutschen Assoziationen zu „Mord und Totschlag“ oder, „wenn es schief geht“, Messerstechereien, die sicherlich aus „ihrer Kultur und ihrer Gewohnheit“ stammen, herstellt. Solche strittigen Aussagen und klischeehaften Assoziationen lassen Fragen über die Gründe aufkommen. Sind es die Formen der Berichterstattung in den lokalen Medien, Zeitungen oder Fernseh- und Rundfunksender, also sekundäre Erfahrungsquellen, die die dezentrale (Post-)Suburbia in Angst und Unverständnis versetzen? Nachrichten über Familiendramen in Neukölln oder Schlägereien am Alexanderplatz schlagen in der Gesamtregion, aber vor allem in lokalen Gesellschaften wie Lindenthal große Welle. Zwecks Erhöhung verkaufter Exemplare und erzielter Umsätze werden auf diese Weise gewissermaßen entsprechende Aufmerksamkeiten stimuliert, mit wirksamen Meldungen und Bildern unterfüttert. Die Thematisierung metropolitaner

Kriminalität offenbart reflexartig Verständnisse und Wahrnehmungen, welche unter vielen (post-)suburbanen und wie in diesem Fall speziell ostdeutschen Bewohner verbreitet zu sein scheinen.

Ehemalige DDR-Bürger, am deutlichsten die älteren, weisen eine andere Sozialisation auf und damit einhergehend ein anderes Gesellschaftsbild. Relevant ist hier die angesprochene Demütigungserfahrung der Nachwendezeit, die eine klare Distanz zu anderen Bevölkerungsgruppen zu ziehen versucht. Auf dem Übergang von der eingeschlossenen Gesellschaft der DDR in die pluralistische Gesellschaft der europäischen/globalisierten BRD scheinen viele überfordert zu sein. Das nationale bzw. *patriotische* Verständnis vieler ehemaliger DDR-Bürger unterscheidet sich wesentlich vom ausgeprägten Europäer-Verständnis vieler ehemaliger BRD-Bürger. Dies soll keineswegs normativ gemeint sein, sondern verhilft existente Unterschiede, Zustände und damit mögliche Konfliktfelder in der metropolitanen Gesellschaft zu erkennen.

Die Wiedervereinigung würden Barbara und ihr Mann nicht mehr rückgängig machen wollen. Vor allem erkennen sie die enormen materiellen Vorteile und die modernisierte Infrastruktur (Autobahn, Telefon, Kanalisation) an. Dennoch fühlen sie sich nicht „mehr wohl in Berlin“ und „meiden“ immer mehr seine Innenstadt. Wenn sie mal abends ins Theater gehen, ziehen sie die Bahn vor, obwohl sie sich „abends in den Zügen“ fürchten. Noch mehr bangt Barbara jedoch um ihre Enkelkinder, obwohl diese es „ganz anders“ als sie sehen. Generell würde man in Lindenthal von „fast alle[n] hören: Berlin ist nicht so unser Ding“.

II. „[...] sich integrieren und [...] integrieren lassen“

Bernd und **Birgit** (beide Jg. 1962) sind in einer thüringischen Kleinstadt geboren. Sie haben dort unweit voneinander gewohnt. Birgit wohnte in einem Einfamilienhaus mit ihren Eltern, zwei Schwestern und im Obergeschoss ihren Großeltern, die im Garten „auch ein bisschen Anbau betrieben“ haben. Als sie 15 Jahre alt wurde, durfte sie ein eigenes Zimmer im Obergeschoss beziehen. Im Gegensatz zu ihr wuchs Bernd mit seinen Eltern, drei Brüdern und einer Schwester in sehr engen Verhältnissen auf. Zuerst wohnten sie zu fünft in einer Dreizimmer-Wohnung in einem „Altneubau“ und später obwohl die Familie gewachsen war, zogen sie in eine Wohnung mit „zweieinhalb Räumen“, in der die Wohnverhältnisse „familiär“ und „kuschelig“ waren.

Bernd und Birgit kennen sich seit ihrer Kindheit. Etwa 1979, als die beiden bereits ein Paar waren, lernten sich auch ihre Familien kennen. Vorher schon stand fest, dass Birgit nach Abschluss der Erweiterten Oberschule (EOS) ein »Lehrerstudium« aufnehmen und dafür nach Leipzig ziehen würde. Dort wohnte sie vier Jahre lang in Studentenwohnheimen und anfangs in einem Raum mit acht weiteren Studentinnen. An Wochenenden fuhr sie meistens nach Hause, zumal Bernd noch dort wohnte. Damals war sie jung und vieles war „einfach ganz klar“. Ohne Weiteres „bekam man auch einen Wohnplatz in einem Wohnheim“, in dem die Miete gering war, etwa „zehn Mark im Monat“ und es gab „kein Nachdenken darüber“. Die Wohnsituation war zu dieser Zeit angespannt und es gab schon „Schwierigkeiten genug, überhaupt eine Wohnung zu bekommen“, also „konnte man sich auch nicht weitgehend [...] selbst entscheiden“ oder Ideen haben wie etwa „ein eigenes Zimmer [zu] mieten“.

Während dieser Zeit absolvierte Bernd seine Betriebsmaurer-Lehre im »Kombinat Kali« und musste 1981 seinen Wehrdienst bei der Nationalen Volksarmee (NVA) in Berlin antreten. Nach dessen Beendigung beschloss er in der Hauptstadt zu bleiben, da hier „die Verhältnisse ja auch wirklich sehr gut waren“. Er fing an zu arbeiten und bekam provisorisch ein Zimmer in einem Betriebswohnheim. Im Jahr 1984, ein Jahr vor Birgits Studienabschluss, heirateten sie. Damit stiegen auch ihre Chancen eine eigene Wohnung zu bekommen. Aufgrund des dringenden Bedarfs an Lehrkräften in Berlin war die erste Anstellung Birgits so gut wie sicher. 1985, nach Zuweisung einer „Zweiraumwohnung [...] in der elften Etage [...] eines Neubaus“ zogen sie nach Lichtenberg. Trotz der bescheidenen Wohnungsgröße war es ein „riesengroßes Glück“. Zum einen lag das „Grüne gleich vor der Tür“ und sie hatten einen herrlichen „Blick auf den Tierpark (und) auf die Müggelberge“ und zum anderen war beiden die Tatsache bewusst, dass sie „zu diesen Zeiten nicht großartig handeln“ konnten, zumal sie davor bereits einige *Angebote*, wie etwa zwei Wohnungen im „maroden Zustand“ in „nicht beheizbaren [...] Altbauten“ im Prenzlauer Berg, abgelehnt hatten. So war Birgit nach dem Einzug erst „einfach nur froh“, weil sie nun endlich mal „mit ihm zusammen sein konnte [...] und nicht immer getrennt“. Außerdem, weil „man eine eigene Wohnung hatte“ und so „sich selbst einrichten konnte“. Auf der anderen Seite hatte sie jedoch „viel Heimweh“ und „oftmals die Kleinstadt [...] vermisst“. Dafür waren sie „relativ oft noch zuhause“ und auch „in den Ferien“ fuhr Birgit „sehr oft auch mal zu [ihren] Eltern“. Das „Heimweh“ dauert bei ihr „bis heute“ an, während Bernd weniger Probleme damit hat. Er fühlt sich „nicht so gebunden an irgend-

einen Ort“ – weder in seinem „Heimatort“ noch in Lindenthal. In den ersten Jahren hatten sie über einen Wegzug von Berlin nachgedacht, „nicht unbedingt“ zur selben Kleinstadt, „aber nach Thüringen“. Dies wäre „bis 1990 [...] ja noch gegangen“, danach „eben nicht mehr“. In der Nachwendezeit „hat man erst mal festgehalten, was man hatte“. In der instabilen Situation und den dezimierten Arbeitsmarkt in den NBL „wäre keiner so verrückt gewesen, seine Arbeit aufzugeben“.

Schon vor der Wende kamen ihre zwei Kinder zur Welt. Das brachte einige Änderungen mit. Zum Beispiel nahmen die Fahrten in die thüringische „Heimat“ ab oder mit dem Heranwachsen der Kinder wurden die Wohnverhältnisse enger. Anstrengungen, über Wohnungstausch eine größere Wohnung zu bekommen, blieben erfolglos. Da sie zwei Töchter hatten, konnten diese ein Zimmer teilen, also wurde ihr Antrag abgewiesen. Und dass sie als Eltern kein eigenes Schlafzimmer hatten und in der „Wohnstube schlafen“ mussten, war für die Zuweisungsstelle nebensächlich. Innerhalb des Wohnblocks war keiner bereit, mit ihnen zu tauschen. Kurz nach der Wende fanden sie dann über den Wohnungstausch eine größere Wohnung mit drei Zimmern. Diese lag in einem kurz zuvor fertiggestellten Wohngebiet in Hellersdorf mit einer Vielzahl von Vorteilen, wie Kindergarten und Supermarkt „direkt hinterm Haus“. Da sie noch keinen eigenen Pkw hatten, war zudem der gute ÖPNV-Anschluss wichtig.

Die Integration in die neue Umgebung erfolgte recht schnell. Über die kleinen Kinder – auf dem Spielplatz oder im Kindergarten – lernten sie z. B. viele andere Jungfamilien kennen. Allerdings ab Mitte der 1990er-Jahre begannen immer mehr Nachbarn und Freunde wegzuziehen. Entweder hatten einige „sich ein Haus gebaut“ oder wollten einfach „irgendwo ins Grüne“ ziehen. Auch Birgit und Bernd liebäugelten mit solchen Ideen „immer mal wieder“, trotz der unsicheren Erwerbsmöglichkeiten und ihrer schlechten Finanzlage in den Nachwendejahren. Bernd war für mehrere Auftraggeber freiberuflich tätig und war ständig unterwegs, während Birgit als Lehrerin nach zweimaligem Stellenwechsel nicht besonders viel verdiente. Sorgfältige Kostenkalkulationen und Gespräche mit Baufirmen stellten alsbald klar, dass eine Finanzierung über Kredit mit einigen Risiken verbunden war. Außerdem war es für sie wichtig „vor allen Dingen [...] außer wohnen auch leben“ zu können. Sprüche wie aus „der schönen Werbung: »Wohnst du noch oder lebst du schon?«“ wären einfach „zu wenig“ gewesen. Wohnen auf Miete bot ihnen mehr Flexibilität. Sie wollten lieber reisen und auf keinen Fall „bei jedem Pfennig oder Cent, den man ausgibt, immer überlegen“. Sie präfe-

rierten eine größere Mietwohnung und innerhalb kürzester Zeit fanden sie unverhofft eine Vierzimmerwohnung im selben Wohnblock nur zwei Aufgänge weiter. Dort wollten sie so lange wohnen bleiben, „bis die Kinder ausgezogen sind“.

Nach und nach wurde es zwar auffällig, dass immer mehr „Sozialfälle“ Hellersdorf bevölkerten, allerdings war dies weniger dramatisch, „wie es immer allgemein dargestellt worden ist“ – bis eine Etage höher Leute einzogen, die „wirklich ziemlich viel Lärm veranstaltet haben“. Das war der Initialzündler für erneute Umzugspläne. Als Birgits Kollegin ein Doppelhaus in einer benachbarten Gemeinde bezog, nahmen auch ihre Pläne immer konkretere Züge an. Die Kollegin spornte sie an, die auf sie zukommenden Kosten neu kalkulieren zu lassen. Birgit und Bernd präferierten weiterhin eine Mietwohnung bzw. ein Miethaus, woraufhin sie mit der Suche in der direkten Umgebung begannen. Eines Tages fuhren sie zufällig durch Lindenthal und bemerkten das Vermietungsschild im Fenster eines schönen Doppelhauses. Schon im Vorfeld legten sie Wert auf ein „gewachsenes Gebiet“ mit „Ortskern“ und „Dorfcharakter“ sowie mit „gestandenen Leuten“. Lindenthal schien diese Kriterien zu erfüllen. Im Gegensatz dazu waren ein „flachgelegter Plattenbau“ und Wohngebiete wie Neu-Lindenthal, „wo eben alles rundrum noch kahl“ war und noch „überall Sand“ lag, von Beginn an ausgeschlossen. Birgit wollte auf gar keinen Fall in „ein Brachland“ ziehen, in dem sich die Käufer nur „eine Schlafstätte“ einrichten oder ein kleines Reich („mein kleines Reich“) gründen. Zudem war von Beginn an das Wohlbefinden der Kinder wichtig. Erst deren positive Reaktion besiegelte die Entscheidung für den Abschluss des Mietvertrags. Die Ankündigung von Modernisierungsmaßnahmen in ihrem Wohnblock und ein Sonderkündigungsrecht erleichterte das weitere Verfahren und innerhalb nur eines Monats kurz vor Ostern 2000 zogen sie von Hellersdorf in die Doppelhaushälfte in Lindenthal um.

Die allererste spürbare Veränderung war, wie man „aus dem Haus austritt und im Garten im Grünen ist“. Vor allem für Birgit war es wie „nach Hause kommen“, d. h. wie im Elternhaus in Thüringen. Nach etwa 20 Jahren hatten sie fast vergessen, dass ein Haus anders als enge Wohnungen „viele Räume bietet“, in denen jedes Familienmitglied „sein eigenes Reich“ einrichten kann. Der Garten bewirkte zudem eine andere nachhaltige Umwandlung: Bis dahin war das Interesse für Gartenarbeit, geschweige Gespräche darüber, eher begrenzt, inzwischen kennen sie „alle möglichen Pflanzen, Bohnen und Blumen“. Bernd hat seit seiner Früh-

pensionierung im Jahre 2004 neben der Hausarbeit auch die Gartenpflege übernommen.

Ein sehr wichtiges Kriterium für den Wohnstandort war sein soziales Potenzial und die Möglichkeit, Kontakte zu Menschen vor Ort zu knüpfen. In Lichtenberg waren die Hausgemeinschaften für ihren Geschmack zu stark organisiert. In Hellersdorf gehörten sie ohnehin zu den leutseligen Nachbarn und schlossen Freundschaften, die immer noch bestehen. Auch in Lindenthal begannen sie unmittelbar im Lokalgeschehen zu stöbern. Sehr schnell engagierte sich Bernd beim Siedlerverein. Wegen ihres ausgeprägten Sinnes für lokales Zusammenleben richteten sie allsommerlich ein Nachbarschaftsfest in ihrem Garten³³⁹ aus oder feiern Silvester mit ihren Nachbarn. In jeder Hinsicht sind beide davon überzeugt, dass man „Kontakte knüpft, wenn man das will“, und da sie es immer gewollt haben, „hat [es] auch immer funktioniert“. In Lindenthal stellt sich als ein Nachteil dar, dass es an Plätzen für „öffentliches Leben“ mangelt, so etwas wie ein Laden oder eine Kneipe³⁴⁰ bzw. „ein Zentrum, wo sich die Leute dann mal auch drinnen treffen können“.

Durch den Beitritt in den Siedlerverein lernten sie schnell viele Lokalbewohner, insbesondere Alt-Bewohner kennen. Bernd stellte Parallelen zum „kleinen zänkischen Bergvolk“ in Thüringen fest. In den neuen Alltag übersetzt, hieß das: es wird „ganz schwer [...] mit denen klarzukommen“ bzw. „reinzukommen“. „Die Eingesessenen, die wollen alles für sich machen“, aber hoffentlich, „irgendwann macht es bei denen Klick und dann haben sie es auch begriffen“ und lassen auch Andere an sich heran. Nichtsdestotrotz „manche sind auch heute noch stur“. Da Bernd solche Mentalitäten kennt, geht er diplomatisch vor: „man muss auch vorsichtig sein“ und „immer höflich bleiben“ bzw. „nett sein, immer Guten Tag sagen“ bis die „große Chance“ kommt. Birgit und Bernd wollten anders als „die meisten“ Neu-Bewohner Lindenthals, die zwar hier leben, aber „mit dem Ort eigentlich nichts zu tun“ haben, „vom Anfang an Leute kennenlernen“, sowohl um „mit denen eben auch mal feiern“ als „auch im Ort was bewegen“. Sie wollen generell „nicht nur hier wohnen, sondern [...] auch miteinander leben“; sicherlich nicht „jeden Tag“ und „jedes Mal“, aber ein Minimum an „Miteinander“ finden sie schön. Für sie ist es unverständlich, wenn Leute, „die neu hergezogen sind“, auf einmal Ärger machen oder Anzeigen erstatten, weil sie ein „krähender Hahn“ stört oder im Hotel alkoholische Getränke ausgeschenkt werden. Dennoch, „im Großen und Ganzen funktioniert das trotz allem“ gut, „die meisten Leute sind vernünftig und normal“. So fühlen sie sich heute, exakt zehn Jahre später heimisch in diesem Haus

und im Wohnort ebenso. Dass von vielen „nicht mehr begrüßt“ und „dann nur noch missgelaunt geguckt“ wird, stellt für sie kein spezifisches Phänomen in Lindenthal, sondern in ganz Ostdeutschland dar. „Nach der Wende“ bemerkten sie eine gewisse Änderung in der „Einstellung von vielen Menschen“ und selbst „teilweise in der Familie“ beobachten sie, wie mancher sich „einzuigeln“ begann; sie wollen „nicht nach draußen blicken lassen, was drinnen vorgeht“.

Nach dem Auszug der beiden Töchter ist das Haus „zu zweit [...] zu groß“ geworden, allerdings haben sie vorläufig keine Auszugspläne. Die Auswahl dieses Lebensortes war richtig und die Vorteile überwiegen. Optimal an diesem Standort ist „die ländliche Gegend mit ihrer Ruhe“ und die Möglichkeit „schnell in Wäldern, Seengebieten“ zu sein. Auch auf „das Leben in Berlin, das Stadtleben“ wollen sie nicht verzichten. Alles in allem ist Lindenthal mehr als „nur [...] Ort des Schlafens und des Essens“, vielmehr ein Ort, in dem sich ihr „Leben abspielt“. Die Menschen fühlen sich wohl hier. So versuchen sie, mit der gehissten Lindenthaler „Fahne“ in ihrem Garten auch Andere auf die „Zusammengehörigkeit“ aufmerksam zu machen.

Birgit, die sich nur bedingt als „Großstadtmensch“ sieht, hat inzwischen alltäglich Kontakt zur Berliner Innenstadt. Seit etwa drei Jahren ist sie an einer Ganztagschule in Wedding angestellt. Früher fuhr sie regelmäßig in die Innenstadt, um dort „auch mal einen schönen Tag“ zu haben, mittlerweile vermeidet sie dies, weil sie ohnehin dort arbeiten muss. Gemeinsam mit Bernd besuchen sie jedoch regelmäßig Kultur- und Sportveranstaltungen (z. B. Eishockeyspiele). Am liebsten fahren sie an Orte, die von Lindenthal schnell und dezentral erreichbar sind oder wo Freunde wohnen oder es gute Restaurants und Geschäfte gibt, wie in einem Kaufpark in Hellersdorf oder im Friedrichshagener Zentrum, das „so ein gewisses Flair“ bzw. „eine alte schöne Einkaufsstraße“ hat, „wie man das von [...] früher kennt“. Das finden sie schöner als den Potsdamer Platz in Berlin.

Interpretativer Rückblick: Das Gespräch mit Birgit und Bernd ging weit hinaus über ihre Wohnbiografie und beinhaltete ihre Haltung und Einschätzung zu lokalgesellschaftlichen Entwicklungen. Ihre erzählte Lebensgeschichte repräsentiert in groben Zügen einen durchaus typischen Lebensverlauf in der DDR: Aufbau und späte Verstädterung der Hauptstadt der DDR durch Ankunft von vielen jungen Menschen aus der Provinz, Beginn des Erwerbslebens und Familiengründung. Als Teil der

staatlichen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik war Wohnen, wie das Leben insgesamt, an weitgehende Konventionen und Zugeständnisse gebunden. Die anfangs noch rudimentäre Versorgung mit Wohnraum und die ständigen Bemühungen um Verbesserungen waren fester Bestandteil im Leben von Birgit und Bernd. Zu den Erfahrungen im Zusammenhang mit den weiteren Entwicklungen in der Umgebung zählen das vermehrte Verlassen der Plattenbauten und der Einzug ins Umland; zuerst zogen Nachbarn, Freunde und Kollegen fort, dann auch sie in das nur einige Kilometer entfernte Lindenthal.

Ihre weitere Wohngeschichte hier wird nun mit den hiesigen Erfahrungen der Integration und des Einlebens in der ehemaligen Genossenschaftssiedlung abgerundet. Diesbezüglich berichten sie als Neubewohner Alt-Lindenthals, über die besonderen Umstände und was es heißt im Ort neu zu sein; in ihrem Fall neu und *integrationswillig*.³⁴¹ Ihrem Wunsch nach Aufnahme in die lokale Gesellschaft wurden unerwartet Steine in den Weg gelegt (siehe Fallmotto). Das lokale Engagement Bernds macht ihn gewieft hinsichtlich der herrschenden Strukturen im Ort. Seine Erfahrungen widerspiegeln nun weitere Aspekte der sozialen Beziehungen und insbesondere das Verhältnis zwischen Neu- und Altbewohnern, diesmal aus der Sicht der Neubewohner.

Für Birgit und Bernd soll ein Ort mehrere Perspektiven anbieten. Nicht nur ein Lebens- und Wohnort sein, sondern auch ein Ort der sozialen Beziehungen und Standort zwischen Land und Stadt – oder besser gesagt: ein erträgliches Maß an Stadt. In deren Ausführungen kommen generell standorttheoretische Faktoren zur Sprache, darunter über einen minimalen Verkehrsaufwand und Kostenminimierung, aber auch über Sozialität und soziale Verhalten.

„vor allen Dingen wollen wir [...] außer wohnen auch leben“

In der Wohnbiografie von Birgit und Bernd wird die zeitliche Achse der Wandlung deutlich erkennbar, aber auch die Kontinuität ihres Wunsches nach Häuslichkeit und Wohnbehaglichkeit. Von den nicht hinterfragten Wohnverhältnissen der Kindheit bis heute, messen diese beiden Gesprächspartner Wohnen eine sekundäre Bedeutung bei, wobei dies auf hohem Niveau passiert. Zu DDR-Zeiten waren die Wohnbedürfnisse und Wohnwünsche abhängig von den dargebotenen Möglichkeiten des Systems. Denkbares und Vorhandenes waren darin eingebettet, so orientierten sich die meisten Menschen an einen Mindeststandard, der die elementaren Grundbedürfnisse befriedigte. Birgit hatte als Studentin wohl nur abstrakt darüber nachgedacht. Die Wohnvorstellungen kon-

zentrierten sich auf die mit dem Studium verbundene provisorische sowie erschwingliche Unterbringung. Überhaupt war Wohnen mit Dringlichkeit und vorerst ohne Wohnansprüche verbunden. Nur so wurde später in der gemeinsamen Wohnung in Lichtenberg der erzwungene Umstand, in einer Wohnstube schlafen zu müssen, einfach hingenommen und die beengten Wohnverhältnisse als verkraftbar eingeordnet. Bernd kannte es aus seiner Kindheit nicht anders. Sie waren beide pragmatisch genug, um sich einzugestehen, dass für die Erfüllung ihrer Wohnwünsche größere Anstrengungen und Anpassungen erforderlich wären. Aus heutiger Sicht betrachtet, war es vielleicht während dieser Wohnphase besonders eng, damals wurde dies jedoch nicht unbedingt als unangenehm empfunden. Im Gegenteil, die attraktive Lage am Tierpark und der gute Anschluss an die Ostberliner Innenstadt schienen damals wichtiger zu sein; sie stimmten sie sogar „glücklich“.

Familiäre Konsolidierung und eine deutliche Wohnverbesserung kamen mit dem Wechsel in das suburbane Hellersdorf. Hier am Rande Berlins stellten neben der Vergrößerung des Wohnraums die angebotene Infrastruktur, aber auch die sozialen Potenziale in den neugebauten Großsiedlungen eine eindeutige Aufwertung der Lebens- und Wohnverhältnisse dar. Damals war eben die neue, moderne Wohnung im randstädtischen Neubaugebiet beliebter als die Altbauwohnung mit Ofenheizung und veralteten Sanitäreanlagen in innerstädtischen Vierteln. Auch durch den späteren Verruf der Großwohnsiedlung und der dortigen Lebens- und Wohnformen blieb ihre Zufriedenheit mit dem Wohnstandort unvermindert. Anders als für viele Nachbarn oder Freunde, die scharenweise ins Grüne zogen, sind Bernd und Birgit ihrem Wohnblock treu geblieben und wechselten nur in eine größere Wohnung, um ihre Kinder (inzwischen im Grundschulalter) und sich selber mehr Platz zu bieten. Die Wertschätzung der unmittelbaren Nähe zur grünen Umgebung, erschwinglichen Miete und netten Nachbarschaft blieben bestehen; ebenso die von einer Mietwohnung gewährleisteten Flexibilität.

Eine enorme Bedeutung für die Verbesserung der Wohnverhältnisse kam nach der Wende dem Übergang zum kapitalistischen System zu; nicht so sehr den politisch-institutionellen Opportunitäten, vielmehr den finanziellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Die 1990er-Jahre waren für ehemalige DDR-Bürger wie Birgit und Bernd eine Phase der Unsicherheit und der Disziplinierung. Das betraf in erster Linie ihre Arbeitsverhältnisse und allgemein die dargebotenen Auswahlmöglichkeiten, vor allem für Bernd, der zuerst seine feste Arbeitsstelle verlor und darauf in das unsichere Lohndumping- und Ich-AG-System geriet.

Während auf der anderen Seite Birgit, trotz ihrer Tätigkeit als Lehrerin, zu wenig zum Leben verdiente. Bei fast gleichen Lebenshaltungskosten verdiente Birgit lediglich einen Bruchteil dessen, was ihre West-Kollegen verdienten. Die engen finanziellen Spielräume und die regelmäßigen Dienstortwechsel der ersten Nachwendejahre sowie die heranwachsenden Kinder verstärkten die Ungewissheit und wirkten katalytisch auch auf ihre Planungen, so wie bei vielen DDR-Bürgern. Auf einmal waren sie in eine neue Situation versetzt worden, in der sie um einen „Platz an der Sonne“ wetteifern oder noch existenzieller, sich gegen den drohenden sozioökonomischen Abstieg stemmen mussten. Folgewirkungen waren Konkurrenz, aber auch Misstrauen gegenüber Anderen.

Die in den Plattensiedlungen Zurückgebliebenen wurden zunehmend den Wende verlierern zugerechnet vor allem diejenigen, die sich einen Umzug nicht leisten konnten. Wenn immer mehr Freunde, Kollegen oder geschätzte Nachbarn wegziehen, schwindet zudem auch die eigene Ortsbindung. Der Einzug anderer Klientel in den Wohnblock, zu denen man am liebsten keinen Kontakt knüpfen will oder die als auffällig und störend empfunden werden, verstärkt die Ortsentfremdung. Anstatt länger mit „Sozialfällen“ auszuharren, beschlossen Birgit und Bernd, so wie alle *anständigen* Menschen, ins Umland zu ziehen. Gute Argumente für ein Haus im Grünen hatte es immer gegeben, nun *erzwang* die neue Wohnrealität in Hellersdorf energisches Handeln. Ihre weiterhin bescheidenen Wohnvorstellungen waren mehr auf einige Ausschlusskriterien konzentriert: kein Neubaugebiet oder „flachgelegter Plattenbau“. Bei der Suche nach dem passenden Wohnhaus und dem passenden Wohnstandort durften die Kinder als gleichberechtigte Haushaltsmitglieder mitbestimmen und die endgültige Wahl treffen.

Die inzwischen verbesserten finanziellen Rahmenbedingungen vermehrten zwar die Auswahlmöglichkeiten und führten zur größeren Entscheidungsfreiheit, Birgit wollte jedoch langfristige finanzielle Verpflichtungen wie Eigenbau durch Kreditfinanzierung vermeiden. In den unmittelbar angrenzenden Wohngebieten waren viele Mietshäuser vorhanden, in der Regel aber in Neubaugebieten, standen also im Widerspruch zu den gesetzten Kriterien. Dass in Lilienthal Mietshäuser oder Mietwohnungen vorhanden sind, ist der Entwicklung der letzten Jahrzehnte und der verdichteten Bauweise durch Aufteilung der Grundstücke und der profitablen Raumschöpfung zu verdanken. In einem ehemaligen großen Grundstück (etwa 2.500 qm) baute eine Baugemeinschaft drei solche Doppelhäuser, die Mehrzahl in Eigentum, zwei jedoch zur Einkommensverbesserung durch Mieteinnahmen. Die bei vielen Altbewohnern

unbeliebte *Zweckentfremdung* der ursprünglichen Siedlung wies also auch positive Effekte auf. Die zunehmende Verdichtung der Suburbia führte mancherorts eine soziokulturelle Neumischung und Anreicherung von sonst homogenen Gebieten herbei. Diese Verdichtung mag letzten Endes als ein weiteres Merkmal der Postsuburbia gesehen werden; eine ökologisch-ökonomisch sinnvollere Siedlungsform noch dazu. Die Flächenbeanspruchung (Groß-Berlins) zu Beginn des 20. Jhs. kaschierte ein wenig die ausufernden Suburbanisierungsformen wie die überhandnehmenden Einfamilienhausgebiete, die extrem viel Fläche beanspruch(t)en. Diese waren in der ehemaligen DDR zwar geringer, allerdings war Suburbanisierung nach der Wiedervereinigung und der sukzessiven Angleichung der Lebensmuster und Stile bzw. Wohnformen in Ost und West nur eine Frage der Zeit. Ohne die Verdichtung vorhandener Wohngebiete wäre der Flächenverbrauch für diese „nachholende Suburbanisierung“ noch verheerender gewesen. Ferner, mit der Reprivatisierung des Bodens, Rückübertragungsansprüchen durch die DDR enteigneter *Westler* und dem darauffolgenden (Aus-)Verkauf bot sich die Möglichkeit Kapital zu beschaffen. Die Kapitalisierung von Land, d. h. Aufteilung und Verkauf von Grundstücken, ermöglichte einigen Alt-Lindenthalern, u. a. die Finanzierung der Modernisierung oder Instandsetzung der eigenen Häuser.

Durch die Erkenntnis, dass stets Anpassung erforderlich sei, gewährleistete das Wohnen zur Miete eine gewünschte Form- und Ortsunabhängigkeit. Die Einflussnahme auf die eigene Wohnsituation und die Anpassung je nach Haushaltgröße kompensierten jegliche Wünsche nach Wohneigentum. In Lindenthal scheinen die Wohnbedürfnisse vorübergehend voll und ganz erfüllt zu sein. Deshalb wurde auch der ungefähre Fünfjahres-Umzugsturnus (1984: Lichtenberg, 1990 und 1995: Hellersdorf, 2000: Lindenthal) nicht gebrochen – trotz der Tatsache, dass die beiden Kinder ausgezogen sind. Freiwillige Auszugspläne sind ganz und gar nicht vorhanden. Die moderate Miete (1.150 Euro inklusive Nebenkosten) ist heute durchaus finanzierbar, allerdings wird die spätere Pensionierung in Verbindung mit der Senkung des Einkommensniveaus dies in ein anderes Verhältnis rücken. Birgits Kalkulationen reichen bis zu dieser Zeit. Dann tritt möglicherweise der Fall ein, dass das Haushaltseinkommen die Deckung der Hausmietkosten nicht mehr gewährleistet, also vermeintlich stünde der nächste Umzug in eine Wohnung oder ein kleineres Wohnhaus vor der Tür.

Innere, äußere, lokale und regionale Integration

Gemeinsinn, Nachbarschaft und Solidarität, aber auch Geselligkeit kennen Birgit und Bernd allzu gut. Auf „quasi-primäre“ Kontakte legten sie auch vor Lindenthal großen Wert. In den bisherigen Wohnstationen machten sie unterschiedliche Erfahrungen. In Lichtenberg entwickelte sich eine neutrale, wenn nicht sogar eher negative Haltung zur Nachbarschaft und zu lokalen Beziehungen. Die paternalistisch angewendeten Formen in realsozialistischen Gesellschaften erschwerten in ihrem Fall das natürliche und spontane Interesse für die *nächsten Menschen* am Wohnort oder im Wohnblock. Später in Hellersdorf aus dem Alltag heraus und über die Kinder geschah es freier und ungezwungener. Seit dem Umzug nach Lindenthal waren sie bei der Kontaktherstellung bewusst aktiv vorgegangen. Sie besaßen den Willen, aber auch die Fähigkeit, auf andere Menschen zuzugehen und ihre Kontaktfreudigkeit zu signalisieren. Der Eintritt in den Siedlerverein sollte die Aufnahme in die Siedlerverein-Gemeinschaft und ihre Akzeptanz bei den Einheimischen beschleunigen. Ihre Integrationsbereitschaft haben sie allerdings nicht deutlicher bzw. visueller kundtun können: das Hissen der Lindenthaler Flagge. Auf der einen Seite ist sie ein Artefakt für das Bekennen ihrer Zugehörigkeit zu Lindenthal, auf der anderen Seite ein Mittel zur Identifikationsstiftung für die Stärkung des Gemeinschaftsgefühls – in stiller Verbundenheit sozusagen. Sie markiert nicht das eigene Grundstück oder ein ihnen gehörendes Reich, sondern weht über einem Gemeinschaftsgebiet. Sicherlich kann dies bei Ausstehenden kritisch gesehen werden oder sogar Unbehagen auslösen, zumal Fahnen auch rückschrittliche und tradierte Symbole darstellen können. Aber vielleicht ist es, wie hier, eine etwas folkloristische, gewitzte, freimütige Weise mit der unmissverständlichen Botschaft gegen Entfremdung, Entwurzelung und Entmenslichung im eigenen Lebensort. Diese gegenständliche und simple Identifikationsform für die Stärkung der inneren Integration (z. B. von Neu- und Altbewohnern) ist gewissermaßen gegenüber anderen plakativen und subtileren Formen unmissverständlich. Zur gleichen Zeit vergegenständlicht die Fahne den hohen Drang, aber auch den Willen und den Wunsch nach Aufnahme in die lokale Gemeinschaft. Zugezogene müssen vermeintlich stärker ihre Loyalität unter Beweis stellen.

Die Routinisierung und der Eingewöhnungsprozess scheinen, bei manchen Beteiligten langsamer einzusetzen als vermutet. Einige ältere *ingesessene* Bürger sträuben sich immer noch, nicht selten, wenn manche Neuankömmlinge zu ehrgeizig sind und zu viel Macht an sich reißen wollen. Bernd sind solche Verhaltensweisen bewusst. Akzeptanz und

Integration oder sogar das Erreichen der Augenhöhe erfordern viel Geduld, harte Arbeit und Persistenz. Trotz seines aktiven Mitmischens nimmt er in Kauf, dass es stets verschlossene und störrische Altbewohner geben wird. Seit zehn Jahren erleben Birgit und Bernd nun den Einzug von Neubewohnern in Lindenthal. Sie sind in der Lage Verständnis für beide Seiten aufzubringen und nehmen auf eine ungezwungene Weise eine Mittlerfunktion zwischen Alt- und Neu-Neubewohnern ein. Oft merken sie, dass eine Großzahl der neuen *Mitbewohner* keinen Wert auf Kontakt oder soziale Beziehungen legt. Unbeholfen führen sie es in ihren Erklärungsversuchen auf die postsozialistische Transformation zurück. Die Befreiung und Pluralisierung der Lebensweise sowie die durch das neue System herbeigeführte sozioökonomische und politische Exklusion begünstigten hier besonders die Formen des Nicht-Zusammenlebens, darunter Einigelung, Isolation, Separation und Introversion. Vor allem ließ die sozioökonomische Exklusion Schamgefühle, Resignation und Rückzug entstehen – Phänomene, die lokal nicht zu übersehen sind. Ebenfalls tiefgreifend waren die Veränderungen für die *Erfolgreichen*. Beruf und andere Gründe haben Zeit, Muße und das Interesse für lokale Beziehungen zu knappen Gütern werden lassen. Ein großer Teil der Neubewohner lebt *entbettet* (siehe disembeddedness) in anderen räumlichen und zeitlichen Strukturen. Sie sind weder auf Kontakte vor Ort noch auf nachbarschaftliche Hilfe angewiesen, vielleicht kennen sie so etwas nicht mal. Ihre Ausrichtung ist mehr regional (metropolitan) oder sogar global. Für sie ist im Grunde das postsuburbane Haus – es könnte auch ein innerstädtisches sein – nur Refugium und eine Rückzugszelle.

Diese diskursive Problematik tritt noch extremer in den (Nicht-)Beziehungen zwischen Neu-Lindenthal und Alt-Lindenthal zutage. Nicht nur eine physische und visuelle Trennung durch die Straße grenzt die Teile ab, sondern eine beinahe kulturelle und mentale Verschiedenheit. Birgit findet deutliche Worte, worum es denen *drüben* (in Neu-Lindenthal) geht: eine Mentalität der bewussten Abgrenzung und der Privatheit nach außen wie nach innen sowie die Haltung, Wohnorte seien lediglich Orte des Schlafens und Essens. Birgit hatte damals die Strategie des Entwicklers und Bauherren mit der Schmachhaft-Machung und der finanziellen Scheinrationalität durchschaut. Das *Wohnproduktpaket* wurde als Investitionsanlage vermarktet und verkauft. Damit werden eine komplett neue Existenz und ein neues modernes Leben vorgetäuscht; dauerhaft, da auch altersgerecht, und *sorglos* finanzierbar. Die Infragestellung der Eindringung des Marktes in die Lebenswelt und Infiltrierung von erworbenen Lebensstilen mit einprägsamen Motti, wie „Wohnst du noch

oder lebst du schon?“ kontert sie mit „wir wollten [...] außer wohnen auch leben“. Zu dieser Kritik des Abdriftens des Wohnens zum kommerziellen Erlebnisprodukt kommt die generelle Ablehnung von Kommerzialisierung und Funktionalisierung von Leben, Wohnen und Wohnort. So werden Wohnorte wie Neu-Lindenthal abgelehnt, weil sie einer zu engen und einfältigen Logik entstammen.

Außerdem stört sie das Motiv der völligen Absonderung und Trennung von der übrigen Umgebung. Die meisten Neu-Lindenthaler haben die Selbst-Segregation bewusst herbeigeführt und machen auch keinen Hehl daraus, zumal eine Eingliederung oder Zusammenarbeit mit Alt-Lindenthal intuitiv abgelehnt wird. Nur wenn es um Sicherheitsfragen und Schutz vor Einbrüchen geht, wird das Segregationsverhalten abgelegt und auf Zweckmäßigkeit geachtet. So wurde vorher das Herrichten gemeinsamer Dinge abgelehnt, aber wenn es um die Einführung einer Form von selbstorganisiertem Siedlerschutz ging, wurde die Hand gereicht, zumal die Mehrzahl der sozial homogenen Bewohner (v. a. Alter, Berufstätige, Lebenszyklus) nicht in der Lage ist, das Gebiet tagsüber allein zu überwachen; wohl aber das ältere oder diversifizierte Alt-Lindenthal könnte zur Hilfe herangezogen werden. Durch den Rückzug der öffentlichen Vorsorge (in diesem Fall der lokalen Polizei) stellen nun in den Lebensräumen der Postsuburbia selbstorganisierte Formen von Schutz und Sicherheit ein neues Politikum dar. Dies offenbart sich auch im Unterschied der Unsicherheitsgefühle dies- und jenseits der Straße. Das Gemeinschaftsgefühl und die Unmittelbarkeit zu den Nachbarn halfen Birgit, Bernd und anderen Bewohnern Alt-Lindenthals das Thema „lokale Sicherheit“ mit mehr Gelassenheit und weniger Angst zu erfahren. Auf der Neu-Lindenthaler Seite sieht es eindeutig anders aus. Vielleicht ist aus diesem Grund die Denkweise von Birgit und Bernd weniger von Exklusion oder Aussonderung, sondern im Gegenteil von Inklusion, Miteinander und Integration sowie Durchlässigkeit gegenüber neuen und willigen Bewohnerinnen und Bewohnern geprägt.

So sehr Zugehörigkeit, lokale Identität und Integrität geschätzt werden, wenn es um Regionalität und Fusion der Länder Berlin und Brandenburg geht, wird eine klare Linie zwischen Integrität von Wohn-, Arbeits- und Lebensraum und der administrativen und politischen Integrität gezogen. Die Angst, dass Brandenburg „noch eher hinten runterfällt“, hat für viele weniger mit der geringeren Bevölkerungszahl und mehr mit dem im Raum schwebenden Ost-West-Denken zu tun. Brandenburg, ein Ost-Bundesland, müsste nämlich bei einer möglichen Vereinigung den gern alles bestimmenden Westberlinern das Sagen überlassen.

Zwischen Land und Stadt

Die Orientierungen in der Alltagspraxis in der metropolitanen Region Berlin gehen in alle Richtungen. Im Gegensatz zur Metropolen-Haltung, die von großer Ambivalenz ist und teilweise sogar polemische Züge annimmt. In den vorgefundenen, aber durchaus auch herbeigeführten Wohnverhältnissen (Wohnform und Wohnumfeld) spielen die Standortvorteile eine wichtige Rolle. Die Wohnstandortlage ermöglicht die Nutzung der in der Region vorhandenen Opportunitäten: zum einen Natur, Grün und offene Landschaft, zum anderen Stadt, Kultur und städtische Einrichtungen. Ihre Arbeitsstellen lagen in Berlin. Birgits Dienstort, zuerst eine Marzahner Schule, nun seit drei Jahren eine Schule in Wedding-Gesundbrunnen bringt für sie einen zeitaufwendigen Pendelalltag mit sich und dadurch die Meidung der Innenstadt in der Freizeit. Bernd war vor seiner Frühpensionierung überall von Berlin bis Potsdam im Einsatz, aber nun als „Hausherrchen“ verbringt er die meiste Zeit zuhause bzw. im Ort. Mit Lindenthal als Basis haben sie dezentral guten Anschluss nicht nur zu den alten Freunden in der Umgebung, sondern auch zu den Lieblingszielen (Hellersdorf, Friedrichshagen). Die Minimierung des Verkehrsaufwandes hatte von Beginn an, bei der Wohnstandortwahl schon, eine wichtige Rolle gespielt. Dadurch nehmen die zurückgelegten Distanzen im Alltag wenig Zeit in Anspruch. Birgits Leben ist jedoch metropolitan geprägt: Arbeit in der Kernstadt und sporadisch Besuch von Kultur- und Sportveranstaltungen in der Innenstadt. Für beide ist jedoch das Umland am wichtigsten und interessantesten.

Unmittelbare Fragen zum Berliner Zentrum stellen zunächst Assoziationen zum Potsdamer Platz. Seine Umkodierung nach der Wende vom privaten Neulandgebiet zur propagierten gemeinsamen Ost-West-Mitte scheint noch eine gewisse Wirkung zu entfalten. Nicht der Kurfürstendamm in Westberlin oder der Alexanderplatz in Ostberlin, sondern der Potsdamer Platz wurde als die Narbe der Trennung, und ungefähr geografische Mitte der beiden getrennten Zentren vermarktet. Er sollte angeblich die neu begonnene Gleichheit der zwei Stadtteile und Geschichten versinnbildlichen. Dieses Versprechen entpuppte sich jedoch für Birgit und Bernd als Marketing- und Branding-Strategie der privaten Unternehmen (damals noch Sony und Daimler). Und auf lange Sicht schaffte der Platz es kaum zur Stadtrealität – historisch war er es ohnehin nie gewesen. Damit wurde auch das Versprechen für einen symbolischen Ort und eine neue Mitte, hauptsächlich für Ostberliner bzw. ehemalige DDR-Bürger, nicht eingelöst. Auf Privatgelände entstand damit lediglich ein weiteres Zentrum, das künstlich und nur dank seiner Archi-

tektur in das Bewusstsein der Menschen als Zentrum eingekerbt wurde. Eine entsprechende Zentrumsfunktion, zumindest im stadtklassischen Sinne, d. h. als Ort von Kommunikation oder Politisierung fehlt.³⁴² Medial wirksame Werbekampagnen und seine Taufe zur Neue Mitte Berlins haben jedoch eine kollektive Realität simuliert und Verkehrsströme (Menschen und Automobile) hingelenkt, die dem Ort eine Zentralstandort-Berechtigung geben, auch wenn er sich noch im Ausbau befindet (siehe Leipziger Platz).

Diese Thematisierung der Berliner Innenstadt – im Sinne von *city image* – öffnet jedoch spannendere Fragen. Zum Beispiel die Frage der Suche nach einer Mitte von Ost und West, eher in Form einer metropolitanen Identitätsmitte für die gesamte Metropolregion. Eins ist sicher, beim genauen Hindenken wurde ab einem gewissen Punkt jede Assoziation von Zentrum und Potsdamer Platz vermieden. Bernd und Birgit suchten ihn in der Regel nur dann auf, wenn Verwandte zu Besuch kommen und unbedingt dahin wollen – was sie meistens auch tun. „Sony und DB“ sind eben zu wenig und obwohl hier „alles so groß“ und „aufgebläht“ ist, wie die meisten von den „neuen Geschichten“ in der Berliner Innenstadt, sind sie zu wenig mit der Stadtstruktur und -realität verbunden. Im Gesamtkonzept steckt eher ein „touristischer Zweck [...], nur um Geld reinzukriegen“. Bernd und Birgit sind sich darin sicher, dass sie diese Meinung mit vielen anderen ehemaligen DDR-Bürgern teilen. Diese Bereiche der Stadtentwicklung entfernen sich von der Realität der metropolitanen Bewohner.

So können sich Bewohner wie Birgit und Bernd mehr mit der lebensweltlichen Stadtrealität und kleinräumliche Entwicklungen, wie in einzelnen Bezirken, z. B. Prenzlauer Berg oder *Kreuzkölln* identifizieren, also jene gesellschaftlich regulierten Räume, in denen „sich jetzt so kleine Läden und Gaststätten auch als Zentren für Treffpunkte gut gemacht haben“, die abseits von Politik, Planung und Markt entstanden sind und als bescheidene Formen der lokalen Ökonomie viel gelungenere Investitionen darstellen. Andererseits werden höchst umstrittene Stadtplanungsprojekte, darunter der Abriss des Palasts der Republik und die Neuinstallation eines Stadtschlusses, nicht nur aufgrund der Wirtschaftlichkeit hinterfragt, sondern auch aufgrund der Omnipräsenz der Ost-West-Trennlinie, die noch tiefer eingegraben und zur Distanz bzw. Abwendung eines Teils der städtischen bzw. metropolitanen Bevölkerung von der Kernstadt führt. Dieser Teilraum rückt konsequent immer mehr aus der mentalen Landkarte, geschweige aus dem Nutzungsalltag der eigentlichen Bewohner heraus. Dadurch schreitet die Abkopplung von der

Innenstadt und anderen metropolitanen Lebensräumen voran, die vor allem für Berlin als Integrationsort von Ost und West bzw. die Fusion mit Brandenburg wichtig wäre. In einer relativ großen Metropole muss der Bewohner nicht mit allen Teilräumen vertraut sein, aber wenn daraus eine *Verweigerung* wird, dann ist vieles fraglich. Birgits Bericht über Westberliner, die sich gegen den Osten bzw. gegen das Zentrum Alexanderplatz stemmen, sind genauso bedenklich, wie Ostberliner, die Stadtteile wie die *West City* ablehnen. Zurecht wird die westdeutsche Arroganz und Kleinkariertheit angeprangert, wenn sie nicht-westdeutsch-kolonialisierte Teile der Stadt zur *No-go-areas* erklären.

Birgit und Bernd sind sehr sensibel in Bezug auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen. Ihre Auseinandersetzung mit zeitgenössischen Prozessen und Phänomenen ist von einer gewissen Distanz gekennzeichnet, die sie möglicherweise dazu bringt, abseits der gängigen und etablierten Meinungen und Normen zu denken. Ihre Erkenntnisse sind mit eigenen Erfahrungen und dem realen Lebensumfeld verbunden. Erst auf dieser Grundlage folgen auch Thematisierung und Bilanzauflistung der gesellschaftlichen Transformationen in Ostdeutschland, die eher nüchtern und im Vergleich zu anderen ehemaligen DDR-Bürgern weniger emotional ist. Die Ost-West-Integration sehen sie pragmatisch ohne zu hohe Erwartungen. Damit wird bewusst Desillusionierung, Verbitterung oder die dauerhafte Distinktion zwischen Ost-West vermieden. Untrüglich offenbaren sich wiederum doch einige Distinktionen, die teilweise auf falschen Annahmen basieren, z. B. so ist die Zahl der Lehrer aus dem Westen größer als der aus dem Osten oder die Ansiedlung der meisten Bundesbehörden erfolgte in Westberlin u. a.³⁴³ Die sonst so aufrechte Haltung wird in mancher Hinsicht emotionalisiert, am stärksten beim Umgang mit DDR-Vergangenheit im Stadtgebiet. Das starke, angesammelte Ungerechtigkeitsempfinden scheint tief zu sitzen. Weniger Fakten, sondern gefühlte Realitäten gewinnen dann die Oberhand. Hoch politische, wenn nicht ideologisierte Themen, wie der Palast der Republik versus Berliner Schloss oder die Umgestaltung des Alexanderplatzes bewirken, dass insbesondere ehemalige Berliner und nun Brandenburger der Kernstadt (und dem Land Berlin) den Rücken kehren, also sich vom metropolitanen Charakter des Lebensraums abwenden.

III. Jung, draufgängerisch, leistungsorientiert?

Bastian ist 1983 in einer Kleinstadt in der Umgebung von Berlin geboren. Die Gegend, in der er die ersten sechs Jahre seines Lebens verbrachte,

war „noch weiter dörflich“ als Lindenthal. Unmittelbar nach dem Abschluss des Lehrerstudiums bekam seine Mutter eine Stelle in der Grundschule in der Nachbargemeinde. Dort war sie Studienrätin, als Bastian, sein älterer Bruder und später auch seine jüngere Schwester diese Schule besuchten. Da sein Vater als Dachdecker nicht standortgebunden war, zogen sie in eine Mietwohnung in der Nähe der Schule, wo sie knapp zwei Jahren wohnten.

Kurz nach der Wende kauften sie von einem älteren Herrn ein Haus aus den 1930er-Jahren in Lindenthal. Das Grundstück hat die ursprüngliche, in der Gründungszeit übliche Größe von 2000 qm. Das alte Haus musste nicht nur renoviert, sondern auch durch den Ausbau der zweiten Etage vergrößert werden, um die Bedürfnisse der fünfköpfigen Familie zu erfüllen. In Lindenthal gab es für Bastian „ein unbeschwertes Leben halt“ und hier „hatte [er] wirklich alles gehabt [...] wie man halt so eine ganz normale Kindheit kennt“. Er fand schnell viele Freunde vor Ort, mit denen er viel Zeit auf der großen Wiese oder im „megagroßen Wald“ hinter ihrem Haus verbrachte. Auf den damals leeren Feldern gegenüber der Hauptstraße (heute Neu-Lindenthal) konnten sie an den Sandbergen stundenlang „halt buddeln“ oder „Buden bauen“. Da alles „weitläufig“ war, hatten sie „keinen gestört“. Insgesamt war die Gegend „sehr ruhig“ und es war „auch nicht so ein Verkehr gewesen“, was die Kindheit und spätere Zeit sorgenfrei machte.

Beim Übergang der DDR in die BRD war Bastian sieben Jahre alt. Seine wenigen DDR-Erinnerungen waren in der Regel Eindrücke bzw. Erzählungen Anderer. Die Nachwendezeit fiel mit einer lernreichen und bewusstseinserweiternden Zeit zusammen, nicht nur in der Schule, sondern auch in der sich rapid wandelnden Umgebung. Im Grundschulalter war er nur bedingt in der Lage, die Ortsentwicklung wahrzunehmen, geschweige denn, sie mit früheren Zeiten zu vergleichen. Die ersten Veränderungen in Lindenthal kamen verhältnismäßig spät und es hat „doch ziemlich lange gedauert bis die Modernisierung“ hier bemerkbar wurde. Sie hatten „lange erst mal mit dem Normalen gelebt“ und als normal galt das, was man „halt aus dem Osten oder aus der DDR so kennt“. Vermutlich „im Westen wird es bestimmt genauso gewesen sein“, wie „halt früher war alles einfach“ gewesen. Vielleicht „so von kindlicher Ansicht“ betrachtet, „war alles schön“ in Lindenthal. In Bezug auf die Entwicklung insgesamt und aus heutiger Sicht betrachtet, „wurde halt nach und nach da wirklich Geld investiert“. Straßen wurden geteert, Bordsteine angebracht, eine Kanalisation gebaut, Stromkabel unterirdisch verlegt usw. Alles führte eindeutig zu einer nachhaltigen

Verbesserung der Lebensverhältnisse. Zu den Nebeneffekten gehörten die gestiegenen Kosten für die Bewohner, die es sich in manchen Fällen „bestimmt [...] nicht so leisten“ konnten und für die es „ein großer Einschnitt“ war. Die fragwürdigste Veränderung war, „dass halt manche Grundstücke mit [...] vielen Häusern verbaut“ wurden. Zwar ging „der Flair damit kaputt“ und es wurde „doch irgendwo ungemütlich“, aber letzten Endes, wenn man „ja auch im Kapitalismus“ lebt, „ist das ja auch alles anders“. Solche Praktiken gehören nun zur neuen Normalität und darin „gibt es immer mal welche, die rausfallen oder durchfallen durch den Raster“. Zumindest waren viele froh darüber, dass „die Leute, die hier wirklich hergezogen sind“, in der Regel „ja auch sehr nette Leute [und] sehr freundlich“ waren. Es könnte genauso gut „der Pöbel hergezogen“ sein, denn keine zehn Fahrminuten entfernt sieht „der soziale Aspekt – ganz anders aus“. Vermutlich, weil „es vielleicht doch etwas mehr kostet“ in Lindenthal, fühlt sich „ein ganz anderes Klientel“ angesprochen.

In der DDR war die Nachbargemeinde ein Schwerpunkt für Judo³⁴⁴ und sehr früh entdeckte Bastian diese Sportart für sich. Ab der fünften Klasse begann er, mehrere Stunden pro Tag im Verein zu trainieren, und bald stieg er auf Leistungssportniveau auf. Dadurch durfte er zwei Jahre später zur Sportganztagschule des SC Berlin in Berlin-Weißensee wechseln. Dieser Wechsel war für ihn in vieler Hinsicht eine Zäsur und brachte den Einstieg in „ein komplett anderes Leben“. Es „war wirklich wie, du gehst aus einem Raum, machst die Tür zu und stehst komplett in einer anderen Welt“. Plötzlich war er „als kleiner Junge so völlig auf sich selbst gestellt“. Zum ersten Mal kam er aus dem beschaulichen „Dorf“ heraus und war „mit der Großstadt“ konfrontiert, wo er „als kleines Kind auch mit den Eltern nie wirklich“ gewesen war. Nun hat er hier „einen anderen Freundeskreis aufgebaut“, meist sogar einen „besseren Kontakt wie manche“ länger existierenden Freundschaften in Lindenthal. „Sport, der hat so extrem verbunden“, zum einen durch die vielen Stunden miteinander, zum anderen durch das gewachsene Zusammengehörigkeitsgefühl.

Vier Jahre lang war er „so gut wie nie“ zuhause. Nach Lindenthal kam er nur zum Schlafen. Ein eigenes Zimmer war ihm deswegen nie besonders wichtig gewesen. Sein Bruder und er teilten sich ein Zimmer bzw. später wurde „halt eine Trennwand reingezogen“, um ein wenig Privatsphäre zu haben. Nach der zehnten Klasse begann er eine Lehre als Kaufmann für Groß- und Außenhandel im benachbarten Gewerbegebiet. Durch Zufall fiel seine *Rückkehr* nach Lindenthal mit dem Auszug seines Bru-

ders zusammen, so dass er froh war, nun ein ganzes Zimmer für sich zu haben. Während der Lehre wäre ein Auszug aus dem Elternhaus wegen seines geringen Einkommens unmöglich gewesen. „Freunde haben genauso noch hier gewohnt“, indes war es keine Schmach, bei den Eltern zu wohnen. Drei Jahre später schloss er seine Lehre ab und gleich danach bekam er in unmittelbarer Nähe eine Stelle in der Niederlassung eines Wagenherstellers in Marzahn. Nach einer Fusion mit einem anderen Hersteller wechselte er jedoch an den neuen Hauptsitz nach Charlottenburg. Auf einmal war er mit einem längeren Pendlerweg konfrontiert. Mit der eingetretenen Einkommensverbesserung kamen Überlegungen über eine eigene Wohnung, zumal inzwischen die meisten seiner Freunde in eigenen Wohnungen wohnen. Nur er *hockt* „noch mit 26 zuhause“, obwohl er „seit sechseinhalb Jahren bei der gleichen Firma“ – „eine gute Firma, in Anführungsstrichen“ – mit einem „guten Posten“ und „regelmäßigem Geld“ arbeitete. Außerdem gab es „ja dann immer diese Klischees oder diese Vorurteile“, wenn man lange bei den Eltern wohnt. Eine Mietwohnung wäre durchaus erschwinglich, auch wenn dies „ein doller Einschnitt“ gewesen wäre. Ohnehin waren tradierte Modelle, in denen „ziemlich früh schon“ jede Familie im Schnitt „mindestens zwei Kinder hatte“ oder im Besitz eines eigenen Hauses war, nach der heutigen Einkommenslage und den unsicheren Arbeitsverhältnisse schwer realisierbar. Berufsbegleitend strebte Bastian zudem eine Weiterqualifikation als Controlling-Ökonom (Diplom-Betriebswirt) in einer Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Berlin an. Wieder einmal war er kaum zuhause und als Trost hierzu fand er es sehr praktisch, wenn „man nach Hause kommt und der Kühlschrank [...] immer voll“ ist. Seine Mutter musste „ja sowieso wegen Vater kochen“, also fällt er ihr damit nur begrenzt zur Last.

In der Regel interessiert sich Bastian kaum für lokale Themen oder die Kommunalpolitik. Umso mehr setzt er sich „mit der allgemeinen deutschen Politik“ auseinander, wohl auch lokale bzw. metropolitane Themen, darunter Verkehr, Infrastrukturausbau, und solche, die unverkennbar den eigenen „normalen“ Alltag stören: von den Dauerbaustellen und weiträumigen, „fragwürdigen“ Straßensperrungen in der Innenstadt bis hin zu der lokalen Sperrung der Brücke über einen Bach in der Nähe.³⁴⁵ Richtig ärgerlich sind für ihn die Umleitungen oder die schlechte Fahrbahn, weil dadurch sein Pkw „kaputt geht“. Obwohl „genug Steuergelder“ oder „Grundstückssteuern anfallen“ und insgesamt ausreichend Finanzmittel „in dem Topf für Straßen, Infrastruktur“ stecken. „[W]ie man es halt hier in Deutschland kennt“, sind schnelle Lösungen Mangelware. Da er „ja auch viel mit dem Auto zur Arbeit“ nach Charlotten-

tenburg fahren muss, kennt er sich damit aus. Alternativen zur Benutzung des eigenen Wagens sieht er momentan nicht. Früher ist er „Hälfte-Hälfte“ mit Auto und S-Bahn gefahren, seit geraumer Zeit nutzt er ausschließlich seinen Pkw, da er von dort zum Sport oder zu Freunden fährt, die in ganz Berlin verteilt sind. Da seine Sportstelle in Marzahn ist, bevorzugt er es, diese Gegend („ein komisches Pflaster“) schnell mit dem Pkw zu verlassen. Früher „hat [er] wirklich in den Jahren auch viel erlebt“ hier. Generell ist aktuell „Bahnfahren irgendwie komisch“, was wohl an den Problemen der S-Bahn, den überfüllten Zügen und nicht funktionierenden Lüftungen sowie ständig steigenden Fahrpreisen liegt.

Die endgültige Entscheidung des Auszugs aus dem Elternhaus fiel gegen Ende 2009. Anfangs wollte er „mit einem Kumpel“ eine Wohngemeinschaft gründen, aber das hat nicht funktioniert, doch die Suche nach einer Mietwohnung ist immer noch aktuell (Stand Mai 2010). Sein Wunschstandort ist Berlin-Friedrichshain und dafür sprechen mehrere Gründe. „[V]iele Freunde wohnen halt da im Umkreis“ oder von hier aus sind die Wege zu Arbeit und Sport überschaubar. Am meisten faszinieren ihn jedoch „[d]ie Kulturen, die Leute“, die dort wohnen. Sie sind „alle sehr entspannt“ und es gibt „doch viele alternative Menschen“ und „Kreative“, die „ganz anders unterwegs“ sind. Die jüngsten Freundschaften schätzt er besonders wegen der politischen oder philosophischen Gespräche.³⁴⁶ Mit seinem besten Freund, einen Lehramtsstudenten, kann er „vier, fünf Stunden [...] reden“ und es „macht Spaß“, zumindest viel mehr als wenn er sich „mit irgendwelchen Leuten [unterhält], die einfach nur ein dickes Auto haben wollen und einfach nur zeigen wollen, dass sie was Besonderes sind“. Nicht zuletzt gefällt es ihm in Friedrichshain aus ästhetischer Hinsicht; die Häuser dort „sehen ja wirklich alle sehr schön aus“. Obwohl man mitten in der Stadt wohnt, ist es „nicht groß“ und „wirklich sehr grün“. Ohne „Rasen klar, es ist auch alles betonierte, aber [...] es hat ja irgendwie Persönlichkeit“. Friedrichshain bildet für Bastian den Kontrast zu Wohnumgebungen mit „solchen Plattenbauten“, wo es „unpersönlich ist“ und man „meistens keinen Bezug zu den Nachbarn“ hat. Dort ist es „hellhörig“ und man sieht „einfach nur Beton“ oder nur „ein bisschen Grünflächen“. Zudem spielt „der soziale Aspekt“ keine untergeordnete Rolle. Anders als in Lindenthal ist der Umgang miteinander in Friedrichshain „halt auch viel offener“. In Lindenthal ist „man ja dann irgendwo noch abgeschottet“. Auch in dieser Hinsicht ist „der soziale Aspekt“ wichtig. Er finde es schön, „wenn man auf der Straße sitzt“ und „nicht in der Bude“. Das Stadtleben ist faszinierend, zumindest in seiner derzeitigen Lebenslage.

Mittelfristig besteht die Möglichkeit über die Firma ins Ausland zu gehen und dort zu arbeiten. Er will einfach die Erfahrung machen, „mal zwei Jahre“ woanders zu sein und z. B. in „Amerika, Australien, China“ zu leben und zu arbeiten. Hingerissen ist er von der „amerikanischen Kultur“, die er „aus dem Fernsehen“ kennt, jedoch überzeugt ist, sie „live gesehen haben“ zu müssen. Reisen und „viel unterwegs“ sein, ist wie ein „Traum“ für ihn. Er sieht durchaus seine Lebensbiografie und seine persönliche Weiterentwicklung in Verbindung „mit der Entwicklung der Industrie“. So sehr Geschäftsreisen und globale Reisen zum Leben gehören, möchte er „irgendwann ein schönes Haus“ bauen und sich darin „zurückziehen“. Da er immer „einen grünen Daumen“ gehabt habe, kommt nur ein „schönes Zuhause mit Grundstück“ infrage. Das Traumhaus wäre eins im „amerikanischen Baustil“ mit einem riesigen Garten, so wie eines in Lindenthal, das über eine 1,5 Mio. Euro gekostet haben soll. Seine Rückkehr nach Lindenthal, irgendwann in zehn vielleicht 15 Jahren wäre durchaus möglich. Unter Umständen wäre er in der Lage, auf dem Grundstück seiner Eltern oder durch Zukauf des Nachbargrundstücks hier „eine Finca“³⁴⁷ zu errichten.

Interpretativer Rückblick: Der 26-jährige Bastian ist einer der jüngeren Bewohner Lindenthals, der als Vertreter für die Nachwende-Generation – der viel beschworenen „Y-Generation“³⁴⁸ – gesehen werden kann. Er wurde zwar in der ehemaligen DDR geboren, kennt jedoch kaum etwas von den damals gesellschaftlichen Zuständen und dem Alltag über Primärerfahrungen. Seine eigentliche Sozialisierung fand erst nach dem Zusammenbruch der DDR und der Wiedervereinigung statt, wobei das Umfeld seiner Sozialisierung alles andere als unbefangen war und faktisch mit den Praktiken, Werten und sogar Symbolen dieser Zeit fest verbunden war. Den verhältnismäßig zügigen Übergang der DDR in die BRD und die Übernahme des (westdeutschen) marktwirtschaftlichen Modells hat er nur zum Teil mitbekommen und erst in der zweiten Hälfte seines Lebens kam er in die Lage, komplexere Zusammenhänge zu verstehen. Die erzählten *Wahrheiten* über die DDR-Zeit in seiner Umgebung spielten dabei eine katalytische Rolle: das eingeschlichene bipolare Denken zum Beispiel, das vereinfacht das Gegensatzpaar Kapitalismus–Sozialismus und den entsprechenden Systemvergleich zum Ausdruck bringt. Bastians Einschätzungen beruhen auf zwei unterschiedlichen Wissensquellen: Eine erzählte und erlernte Vergangenheit (Sekundärerfahrungen) und eine reelle, erlebte und wahrgenommene Gegenwart (Primärerfahrungen). Junge Menschen wie Bastian, die in ihrer Rhetorik

mitunter Begriffe wie Kommunismus und Kapitalismus verwenden, verstärken die damit verbundenen Ambiguität, da die Unterscheidung zwischen Kommunismus und Kapitalismus von seiner Gesamtkomplexität befreit wird. Er kennt zwar die historische, überlieferte Version des Kommunismus, während er das gegenwärtige kapitalistische System am eigenen Leib erfährt. Feststellungen wie: „Das hätte vielleicht nicht so sein müssen, aber wir leben ja auch im Kapitalismus, da ist das ja auch alles anders“, legen eine nüchterne pragmatische Haltung, vermeintlich aber auch einen gewissen Zynismus an den Tag.

Darüber hinaus – auch weil er noch jung ist – sind in seinem Fall gerade Gegenwart und Zukunft am interessantesten. So seine Lebens- und Wohnvorstellungen, aber auch seine Erwartungen an die sozialen Beziehungen. Seine bisherige Wohnbiografie scheint eher bescheiden zu sein. Auch für ihn, einen Lindenthaler Bewohner, war aufgrund der schulischen Bildung, der Ausbildung und der Berufskarriere der kleine Ort die meiste Zeit nur ein Schlafort. Der Wechsel in verschiedene Milieus (Sportschule, Beruf, Ausgehen) veränderte auch sein soziales Verhalten. Seine Schulfreunde empfand Bastian auf einmal als einfältig, seine Mitschüler in der Sportschule interessant, seine Kollegen langweilig und seine Freizeitfreunde geistreich. Am meisten suchte er die Nähe zu Letzteren und damit zusammenhängend kristallisierte sich der Wunschort heraus, der für die jetzige Lebensphase sehr urban geprägt ist.

Dass Bastian Lindenthal verlassen wird, um nach Friedrichshain zu ziehen, kommt im Gespräch verhältnismäßig spät zur Sprache. Davor gab es mehrere Andeutungen, allerdings hat er es vorher nicht eindeutig ausgesprochen oder aussprechen wollen. Und als es dazu kommt, ist es immer noch gewissermaßen mit Bedenken verbunden, so als ob es noch keine beschlossene Sache sei. Beinahe entstand der Eindruck, dass die endgültige Entscheidung gerade während des Interviews gefallen sei. Jedenfalls der gewünschte Lebens-/Wohnstandort und die Auswahl des innenstädtischen Stadtteils Friedrichshain bringen erkenntnisreiche Informationen über diesen Einzelfall hervor, aber auch generell über einige Gründe für die Reurbanisierung.

Wohnrealität, kurz- und langfristige Wohnwünsche

Bastian ist also ein junger Mensch, der in einem Einfamilienhaus in einem Vorort aufwuchs. Es sei dahingestellt, ob sein Eindruck von einem „Leben im Dorf“ richtig oder falsch sei, sicherlich aber steckt in seiner Dorf-Assoziation eine sozialgeografische oder vielmehr soziokulturelle Bedeutung. Spätestens nach dem Schulwechsel oder dem Zuzug vieler

Berliner nach Lindenthal sollte der Unterschied zwischen Dorf und Berliner Vorort bemerkbar geworden sein. Wie man inzwischen weiß, war Lindenthal ein geschützter Ort der Geborgenheit und des Rückzugs. Angesichts der tiefen Veränderungen in den letzten Jahrzehnten gab es beiläufig auch hier einen bemerkbaren Moment des Umkippens von Dorf zu Vorort. In seinen Erzählungen lassen sich einige solche Momente und einige Tendenzen bzw. Gegentendenzen der sozialräumlichen Transformation ausmachen

Der behütete Dorfcharakter hatte eine starke Prägung auf Charakterzüge und Denkweise bis die neuen Prozesse eine angebliche „Störung“ herbeigeführt haben, infolgedessen Unsicherheit, Unübersichtlichkeit und, metaphorisch gesehen, ein *Zuknöpfen* resultierte. Die Auseinandersetzung mit den eingeleiteten Veränderungen, die neu gebildeten Milieus und generell die unklare Situation erforderten neue Handlungsweisen und Praktiken. Im Selbstfindungsprozess wurde das Bedürfnis nach Abgrenzung und Profilierung gesteigert. Ein ausgeprägtes Distinktionsdenken fördert mehr Übersicht und Ausformung der neuen lebensweltlichen Grundlage. Die Reaktion des jungen – ungefähr nach Abschluss der Sportschule – Bastian, lässt sich mit Attitüden wie „Draufgänger“, Gefallen an „teuren Klamotten“ oder „Oberfläche“ bezeichnen. Mit dem Eintreten in das „Erwachsenwerden“ verschwinden „alte Denkweisen“ nicht komplett und werden nur durch näher liegende Gedanken und Eigenschaften ersetzt. Spätestens bei den auftretenden Ambivalenzen in seiner ideologischen Verortung, im praktizierenden Alltag und in seinen Lebensplänen kommt dies deutlich zum Ausdruck. Seine Ausführungen und die angesprochenen Themen weisen eine gewisse Unbeständigkeit auf, die seine fortwährende Suche verdeutlichen.

Diese Identitätssuche steht im Zusammenhang mit einer fortlaufenden Suche nach einem Platz im Leben, der auch mit einem Ort, oder besser gesagt, mit mehreren Orten im metropolitanen Raum verbunden ist. Die momentanen Prioritätssetzungen und die Festlegung auf bestimmte Milieus und Menschen lassen auf Unentschlossenheit und ein erhöhtes Revisionsbedürfnis schließen. Der Kontakt zu „alternativen“ und „kreativen“ Menschen stell(t)en das bisherige Weltbild infrage, sei es den Lebensstil oder das Erwerbsleben. Auf einmal glaubt er, auch andere Lebensmodelle zu erkennen, die gleichfalls funktionieren, aber auch mit dem modernen Zeitgeist und den eigenen Gefühlen vereinbar sind, näher an den Bedürfnissen seiner Generation und ferner von Werten und Normen der Eltern oder sogar Großeltern liegen. Der Bezug auf die Generationenfrage und insbesondere auf die Generationengerechtigkeit

aller Post-Ären (Postsozialismus, postindustrielle Zeit, Postmoderne oder Postwachstumszeitalter) drängt sich damit beiläufig von allein auf. Bastian, wie viele andere Vertreter seiner Generation, reflektiert und überdenkt das etablierte Ordnungssystem und seine Regulationsweise. Auf der einen Seite erkennen diese die ihnen angebotenen Möglichkeiten, auf der anderen Seite jedoch die Barrieren und die abverlangten Opfer; sei es in der beruflichen Stellung, in Lebensperspektiven oder in ihrer Selbstentfaltung und Selbstbestimmung. Hierzu gesellen sich nun Bastians Überlegungen, Unwägbarkeiten sowie Strategien hinsichtlich des Wohnens und der Familienplanung. Seine momentanen Wohnbedürfnisse stehen seinen zukünftigen Wohnvorstellungen diametral gegenüber. Letztere orientieren sich eher an geläufigen Mustern der bisherigen Lebensökonomie und an den von seinen Kollegen präferierten Lebensweisen, die er offensichtlich mit Skepsis betrachtet.

Die Anmietung einer Wohnung im trendigen, innerstädtischen Friedrichshain stellt für Bastian *nur* eine Zwischenwohnform dar. Seine späteren *ernsteren* Wohnwünsche hängen in erster Linie vom beruflichen Erfolg ab. Seine derzeitig ohnehin minimalen Wohnbedürfnisse konzentrieren sich zudem nicht auf das eigentliche Wohnen in der Wohnung, sondern auf das Wohnen im besagten Viertel. Es ist also die urban lebendige, pulsierende Gegend und die damit einhergehende Lebensweise, die ihn anregt. Er sehnt sich nach Teilnahme in diesem – von außen betrachtet – nonchalanten, kummerlosen Leben mit faszinierenden Altersgenossen, von denen er sich eine Horizonterweiterung verspricht. Erst durch das Eintauchen in die städtische Lebensweise sind Bastian die Verslossenheit sowie die Vorformen von Abschirmung und hermetischem Rückzug im mental als vorstädtisch wahrgenommenen Milieu Lindenthals bewusst geworden. Möglicherweise will er dies zumindest jetzt unbedingt vermeiden, deswegen fällt die endgültige Entscheidung für Friedrichshain. Die damit verbundenen Standortvorteile, wie die Minimierung der Entfernungen zur Arbeit oder zum Sport, also eine zentralere Positionierung in seinem Aktivitätsraum, sind ebenso wichtig, aber zweitrangig. Freilich weist auch das Wohnen im Elternhaus praktische Vorteile auf, neben der Einsparung von Miete und der Fürsorge der Mutter bieten Wohnform und Wohnort die nötige Ruhe und *Sicherheit*. Wobei das alltägliche Pendeln zugleich einen enormen Zeitaufwand und eine psychisch-physische Belastung darstellt. Oft ist die Wirkung nämlich reziprok: Je größer der Aufwand und die Belastung, desto größer das Bedürfnis nach Ruhe und Sicherheit. Erst mit der Ankunft zu Hause – in dem „du aus deinem Auto steigst, die Tür zumachst [...] du hast deine Ruhe [...] und bist hier“ – wird die emotionale Distanz (wieder)

hergestellt. Hier in dieser privaten Nische arbeite er Geschehnisse bzw. Erlebnisse auf und erholt sich physisch und mental. Damit er wohnen kann, muss er noch den eigenen Raum finden und sich aneignen, zumal ihm seit seiner frühen Jugend die Zeit dafür fehlt. Mit kurzen Ausnahmen ist er seitdem täglich auf verhältnismäßig langen Fahrten unterwegs. Jede Überwindung von Distanzen, zur Arbeit, zum Sport oder um Freunde zu treffen wirkt für ihn „erst mal noch anstrengend“. Hinzu kommt die – später wieder revidierte – Einsicht über die finanziellen Kosten.

Am oberen Ende der Wohnbedürfnis-Skala steht ein Haus im „amerikanischen Stil“ bzw. im *Finca*-Stil. Damit sind neben dem entsprechenden Lebensstil auch die Familiengründung und die Niederlassung an einem festen Ort verankert. Seiner Auffassung nach kann dies durch eine Planung in mehreren Schritten realisiert werden, wobei vor der Gründung einer Familie die berufliche Planung steht, an der er zielführend arbeitet. Allein nach der Verwirklichung der weitgesteckten Berufsziele werde er in die Lage versetzt, die nächsten Schritte vorzunehmen. Aktuell klafft „der Schritt oder die Planung zwischen dem ersten und dem zweiten ziemlich weit auseinander“ und darüber soll für ihn und eine angehende Freundin Klarheit bestehen. Die oberste Priorität ist also: „Karriere zu machen“, inklusive einer globalen Ausrichtung bzw. Reisen und Auslandsaufenthalt – am liebsten in den USA. Erst danach wird der Schritt der Gründung einer Familie angestrebt. Der Bau der *Finca* wäre durchaus in Lindenthal vorstellbar, also auch eine Rückkehr – und nicht nur aufgrund des hier vorhandenen Bodens. Eine Möglichkeit wäre der Abriss des jetzigen Hauses und die Errichtung des Wunschhauses. Dass die von Bastian thematisierte Konformität der Baustile und die Befürwortung von baulichen Reglementierungen dem Bau seines *Finca*-Hauses in Alt-Lindenthal widersprechen, wird jedoch außer Betracht gelassen.

Postsozialistische Transformation und sozialräumliche Aspekte

Erste, eindeutige Zeichen der postsozialistischen Transformation entstanden bei Bastian durch die Veränderungen in der Schule und am Ort selbst. Dazu gehörten sukzessiv die Modernisierung der Infrastruktur sowie der Bau neuer Häuser und der Zuzug von Neubewohnern. Sonst blieb für ihn in den ersten Jahren nach dem Fall der Mauer die Schule lebensnäher als irgendwelche Regime- und Systemwechsel oder postsozialistische Transformationsprozesse. Bastian hat weiterhin auch in den darauffolgenden Wochen, Monaten und Jahren mit den anderen „Dorf“-

Jungs auf der Wiese auf den hügeligen Feldern gespielt. Abgesehen von einigen Absonderlichkeiten oder Diskussionen zu Hause oder im Fernsehen, geriet in seiner Lebenswelt kaum etwas aus der Bahn. Seine sozialen Erfahrungen machte er in der Schule, Zuhause und in Lindenthal. Später, ab Mitte der 1990er-Jahre, wurden Judo und der Sportverein zum wichtigen Bestandteil seines Lebens, und damit tat sich ein neues Umfeld und ein bisher nicht bekannter sozialer Raum auf. Über die Lebensgeschichten seiner Trainer und Lehrer machte er neue Erfahrungen. DDR-Erzählungen und der ostdeutsche Hintergrund bildeten eine Grundlage für die Einschätzung der damaligen Situation. Fortwährend kam es zu Vergleichen zwischen der eigenen Realität und der erzählten Vergangenheit. Zum Beispiel nahm er den Wechsel von der staatlich geförderten Sportlandschaft hin zu einer hauptsächlich nach privaten und finanziellen Tragfähigkeiten ausgerichteten Sportpolitik negativ auf. Gerade gesellschaftliche Institutionen wie Sportclubs zehren von ihrer Geschichte und vor allem von ihren Erfolgen. Sie exponieren und glorifizieren diese sogar, was im Fall von SC Dynamo Berlin schon aufgrund seiner zahlreichen Medaillensammlung bei Olympischen Spielen, Welt- und Europameisterschaften nicht von der Hand zu weisen war. Der Systemwechsel führte zu einem Einschnitt dieser glorreichen Vergangenheit. Die juristische Auflösung und die protokollarische Umbenennung von SC Dynamo Berlin zu SC Berlin bedeutet keineswegs die Aufhebung der lebensweltlichen Traditionen und Praktiken. Dieses kleinere System, das innerhalb des Gesamtsystems existierte, war zeitig verwandlungs- bzw. anpassungsfähig und leitete seine Neugründung nach den Maßgaben der neuen Ordnung. Zwar änderten sich die Rahmenbedingungen und das Machtsystem, die eigenen Überzeugungen und die Verfolgung der eigenen (Gruppen-)Ziele blieben jedoch oft die gleichen. Der Namenswechsel täuschte den Bruch mit der Vergangenheit nur vor. Innerhalb des SC Berlin gab es weder einen tiefgreifenden Funktionärswechsel, von einigen extremen Fällen (Stasi-Verstrickung oder Dopingpraktiken) abgesehen, noch eine Aufarbeitung der Vereinsgeschichte. So blieben alte Strukturen auch nach der politischen und angeblich kulturellen Wende bestehen und prägten die Sozialisationsräume nachfolgender Generationen, die angeblich auf alltäglicher Basis nichts mit dem alten System zu tun hatten.

In dieser Zeit machte Bastians Umfeld einen kompromisslosen Umbruch durch. Der freie Konsum von Waren oder die Reisefreiheit waren von Beginn an da, aber nun gab es auch erste Veränderungen im für eine Weile verschonten Lebens-, Wohn- und Schulalltag. Die Veränderungen waren physisch-materiell, wie die Modernisierung der Infrastruktur.

Unvermittelt tauchten auch solche Gegebenheiten auf, die mit Entlassung, Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit zu tun hatten und beinahe jede Familie trafen. Die Brüche in den Lebens- und Erwerbsbiografien sowie die in mancher Hinsicht traumatischen Erfahrungen wurden bereits thematisiert. Die weit verbreitete polarisierende Unterscheidung zwischen Wendeverlierern und Wendegewinnern unter ehemaligen DDR-Bürgern lernte auch Bastian kennen. Diese Prozesse waren nicht unwesentlich in seiner Sozialisation. Das Gewinner-Verlierer-Denken wurde ebenso auf die jüngeren Generationen übertragen und hat(te) auch für Bastians Entscheidungen eine katalytische Wirkung, sowohl in Bezug auf die beruflichen Optionen, siehe Priorisierung einer Ausbildung und Aufgabe des Sports, als auch generell auf die Ausprägung eines bipolaren Weltbilds und einer Sichtweise, die stark sozialräumlich differenziert. Das Bedürfnis nach sozioökonomischer Differenzierung und Distinktion von den sogenannten gesellschaftlichen *Verlierern* wurde dadurch größer. Es wird deutlich an Erkenntnis über die „ordentlichen Verhältnisse“ zuhause oder den besseren Bildungsstand, während auf der anderen Seite „da machen halt viele schon [den] Eindruck, sie haben keine Perspektive“. Damit geht die Stigmatisierung von Räumen und Problemvierteln wie Marzahn, Neuschönhausen oder Friedrichsfelde-Ost u. a. einher. Die Kontakte zur städtischen Realität der Plattenbauviertel bleiben im Alltag präsent, keine 20 Fahrminuten entfernt und unmittelbar nah, zumal die Berührungsorte größtenteils bestehen bleiben, z. B. dieselben Einkaufs- und Gewerbegebiete in der Umgebung. Dadurch werden die Distanzierungsversuche intensiver und generell wird die voranschreitende Polarisierung der Gesellschaft in Verbindung zu Stadtvierteln und baulichen Wohnformen zementiert. Degradierung und Niedergang werden auf die Plattenbauviertel fokussiert. Über die eigenen Erfahrungen und Wahrnehmungen hinaus kommt die Zuspitzung durch die Massenmedien, die solche Ressentiments *bestätigen*: „Man hat auch wirklich jetzt mitgekriegt [...], dass, wie es im Fernsehen, ja auch halt immer gesagt wird, dass der soziale Aspekt, das klafft immer mehr auseinander, und das Gefühl hat man halt auch.“

Die Suche nach Lebenssinn und dem Ort fürs Leben

Bastians Lebens- und Wohngeschichte zeigt auch deutlich genug wie die Existenz der Mittelschicht und ihrer Nachkommen immer mehr zwischen Armut und Prekariat, Exklusion und Segregation schwebt und auf welcher Grundlage Entscheidungen junger Menschen und Erwerbstätiger vor einen Scheideweg gestellt werden. Die Angst vor dem Abdriften

in das *Proletariat* steigert beiläufig Produktivität, Flexibilität und Bereitschaft zu großen Zugeständnissen bezüglich der Arbeitsverhältnisse, Tarifvereinbarungen und Einkommensbedingungen. Das Versprechen auf bessere Lebensbedingungen und sozioökonomischen Aufstieg werden stets in die Zukunft verschoben. Bis dahin bestimmen ein erhöhter Leistungs- und Konkurrenzdruck das Leben und die Berufskarriere. In postsozialistischen Gesellschaften treffen die neoliberalen Umstrukturierungsmaßnahmen der 1990er-Jahre ostdeutsche Jugendliche noch stärker als ihre Gleichaltrigen in Westdeutschland, zumal in den ostdeutschen Lebensräumen kaum Alternativen vorhanden sind. Im Sog des historischen, politischen, sozioökonomischen und kulturellen Umbruchs erleben die jüngeren Generationen aus erster Hand die Brüche in den Lebens- und Erwerbsbiografien ihrer Eltern, Verwandten, Nachbarn. Im fortlaufenden Transformationsprozess spürten sie den enormen Anpassungsdruck im neuen Ordnungssystem, das von allen mehr Leistung verlangt. Der Einstieg in die Wettbewerbsgesellschaft ist vor allem an diese jüngeren Generationen adressiert und verlangt neben „neuen, flexiblen Zwischenidentitäten“ (MATTHIESEN/NUSSL, 2002, S. 85) auch konkrete Karrierebilder, die sie zum Hauptträger der nächsten Neoliberalisierungsstufe formen. Diese neuartigen Züge kommen zwar nur andeutungsweise in Bastians Erfahrungen und Ansichten vor, dennoch sind sie bedeutungsvoll und müssen in Relation zu gesellschaftlichen Tendenzen gestellt und hinterfragt werden.

Bastians Auffassung über eine Reihe von stadt- oder allgemeinpolitischen Themen ist geprägt von sekundären Erfahrungen, in der Regel Überlieferungen oder Ansichten anderer Personen. Seien es die thematisierten Segregationsphänomene im benachbarten Berliner Stadtteil Marzahn, die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung und ihre pauschale Verurteilung als Ursache für die gesellschaftlichen Verwerfungen oder generell das negative Bild von politischen und planerischen Prozessen in Deutschland und ihre Disqualifizierung als zu langsam, diskussionslastig oder sogar *demokratisch*. Sie zeugen von einem neuen Diskurs, in dem in unwirscher Direktheit mit Worten und Sprüchen wie aus einer Anti-Political-Correctness-Bewegung, darunter „Pöbel“, „welche, die rausfallen oder durchfallen durch das Raster“, „sozial Schwache“, „Ausländer die man nicht kennenlernen will“ usw. stammen könnten; ungeniert und schnörkellos, ohne jegliche Hemmung und mit frappierender Undifferenziertheit. Bastian bekennt sich zu jenen, die „den Kapitalismus [...] mögen“ oder denen, die ihn „nicht wirklich [...] lieben, aber [...] auch nicht nein zu ihm“ sagen.³⁴⁹ Dies bewirkt eine gewisse Irritation, aber wie bereits vermutet, lässt es auch einen untrüglichen

Zynismus erkennen. Vor allem wenn zur gleichen Zeit „Werteverlust“ sowie Phänomene der sozialen Polarisierung oder „die negative Entwicklung zwischen arm und reich“ beklagt werden. Diese allgemeine Perspektivlosigkeit wird zudem fast ausschließlich dem Staat („denen da Oben“) angelastet, der aus seiner Sicht „absolut versagt“.

Die globale Rolle der USA als Akzentgeber und Anführer der bestehenden ökonomischen und kulturellen Ordnung ist zwar bestritten, dennoch dominant. Bastians *amerikanische* Orientierung und seine Bewunderung für das ökonomische und popkulturelle Zentrum der westlichen Welt ist eindeutig – auch wenn einmal die andere Weltmacht China erwähnt wird. Das hängt zwar größtenteils mit seinem Arbeitgeber zusammen, hat jedoch auch mit der Selbstverwirklichung auf einer obersten globalen Ebene zu tun. Zumal in seinen Verwirklichungsplänen weder die nationale noch die europäische Ebene vorkommen. Wie eine Studie belegt, ist die Zahl der jungen Menschen (vor allem Gymnasiasen) aus Ostdeutschland, die ein Studium in den USA anstrebt, sehr hoch (BPB, 2012). Ihre Orientierung auf die US-Macht kommt in einer etwas überspitzten Weise in Form eines Gleichnisses zum Ausdruck. So wie früher der *kleinere* deutsche Staat DDR vom großen Bruder Sowjetunion protegiert war, wurde nun die Seite gewechselt. Als Teil der sozialistischen Länderfamilie war neben internationaler Arbeitsteilung, auch die kosmopolitische Denkweise (*Ostpolitismus*) verbreitet. Der Ostblock als Vorläufer einer regional begrenzten arbeitsteiligen Globalisierung war gewissermaßen die Leiter für eine internationale Karriere. Der *große Bruder* bzw. die Großmacht Sowjetunion war de facto für die Satellitenstaaten das politische, militärische, kulturelle und ökonomische Zentrum. Nach dessen Auflösung fand für die meisten osteuropäischen Staaten eine Neuorientierung statt. Neuer Schwerpunkt wurde nun die andere Großmacht, die USA. Nach dem Niedergang der DDR und dem rauen Übergang in die BRD entwickelte sich bei vielen ehemaligen DDR-Bürgern ein gespaltenes Verhältnis zur BRD. Viele Wende-Zumutungen leiteten eine Abwendung von der neuen Ordnung ein. Zum Ersatz für den *verlorenen* sowjetischen Großbruder wurden die USA, und selbst Westdeutschland wurde als ein Satellit bzw. ein regionaler Ableger der herrschenden globalkapitalistischen Ordnung gesehen.

Allerdings lässt Bastian erkennen, dass diese Akzeptanz mit einem gewissen Zweifel verbunden ist. Der Verdacht einer abstrakten Neigung zu einer anderen Ordnungsform liegt ziemlich nahe. Seine Handlungen werden von seinen Ambitionen und seinem Opportunismus bestimmt. Unter Umständen könnte es ein Merkmal der postsozialistischen Trans-

formation, aber auch der disziplinierenden Konkurrenz darstellen, wobei in beiden ähnliche Mechanismen und Praktiken der Anpassung und Subordination in stringenten und undifferenzierten Systemen und Gesellschaften innewohnen. Der Umgang mit der DDR-Vergangenheit, der zwischen Nostalgie und Mythisierung, Schweigen und Verdrängung, oder übertriebene Dämonisierung schwankt, spielte sicherlich in der Sozialisation nachfolgender Generationen durchaus eine entscheidende Rolle. All das stiftet neben Verwirrung auch Zerrissenheit, da in der neuen Ordnung schlechtere Chancen und ungünstige Bedingungen hingenommen werden müssen oder eben Anpassung und Entwicklung individueller Durchsetzungs- und Kampfstrategien.

Ähnlich individuell verhält sich Bastian als Pkw-Fahrer, indem er die eigenen Bedürfnisse in den Vordergrund stellt. Hierbei versteht er die Berliner Kernstadt als Durchfahrtsort, was nur dann Sinn hat, wenn ein schnelles Ankommen an der Arbeit nicht durch Absperrungen und Baustellen behindert wird. Dementsprechend betrachtet er als Aufgabe der Berliner Kommunalpolitik und Stadtplanung, die Bedürfnisse der Pkw-Fahrer und Steuerzahler zu berücksichtigen. Mögliche negative Effekte für die Anrainer seines Arbeitsweges bleiben generell unreflektiert. Eher wird über eine Autobahnisierung der Kernstadt durch die Verbreiterung der Straße um weitere drei Meter auf Kosten des Bürgersteigs nachgedacht. Der *Biotop* aus Straßenverkehr und Kraftwagenfahrern entfaltet eine eigenartige Denkweise, die von Egoismus und Anspruch an Alleinherrschaft auf der Straße bzw. einer Nicht-auf-meinen-Weg-Mentalität (vgl. mit NIMB bzw. »not in my backyard«) getrieben wird. Im Namen der grenzenlosen und ökonomisch notwendigen Mobilität und der Berufspendlerströme bleibt jedoch der Lebensraum Stadt auf der Strecke.

D. Meisenhof: Transformationen - Villenort, Sperrzone, Familien-Eldorado

Die „Kolonie Neu-Meisenhof“ entstand ungefähr Ende des 19. Jhs., geplant und realisiert als Villenviertel in privater Regie. Das Areal liegt an einer wichtigen Bahnstrecke und seit 1875 hielt hier die Vorortbahn aufgrund des in unmittelbarer Nähe an Wochenenden von Berlinern stark frequentierten Biergarten-Gasthofs Alt-Meisenhof, benannt nach einer benachbarten Teerofensiedlung. Die Entstehung der Villen-Kolonie Neu-Meisenhof begann mit dem Bau von 30 Villen auf einem Areal von 40 Morgen (etwa 80.000 qm) unmittelbar am Bahnhof. Potenzielle Käufer waren meist höhere Angestellte der Siemens AG in Spandau, die ab 1897 zum Standort Nonnenwiesen (später Siemensstadt) wechselten. Schon davor erwarb die im Hypothekengeschäft und in Terrainentwicklung tätige Deutsche Ansiedlungsbank das Rittergut Weidefeld (657 ha, davon 400 ha Laubwald), die mit der Besiedlung der gesamten Umgebung spekulierte. Nach Genehmigung des Siedlungsplans für Neu-Meisenhof wurde mit dem Straßenbau, der Beleuchtung und der Baumpflanzung, alsbald auch mit dem Bau einer Schule begonnen. Vorgeschrieben waren auch Flächen für öffentliche Einrichtungen wie Friedhof, Rathaus, Badeanstalt, Feuerwehr u. a. Im Jahr 1905, etwa zehn Jahre nach seiner Gründung, zählte Meisenhof 163 Einwohner.

Ein Berliner Verleger und großer Verfechter der Idee preisgünstigen Eigenheims im Grünen und vorstädtischer Lebensweise, schrieb in seiner Zeitschrift einen Architektenwettbewerb aus für die Errichtung von Musterhäusern *von der Stange*. Einzige Vorgabe: „keine Villen“, sondern „Landhäuser, im regionalen Baustil“, für Mittelschichten erschwinglich. So wurden um einen Brandenburger See Sommerhäuser und in Meisenhof acht Musterhäuser zum ganzjährigen Wohnen errichtet und ausgestellt. In nur zwei Monaten wurden sie allesamt verkauft (FAZ vom 27.02.2008). Trotz Vorbehalten des lokalen Förderungsvereins schlug die Aktion große Wellen und feuerte den lokalen Grundstücksmarkt an.

Die für diesen Zweck gegründete Terrain-Aktiengesellschaft wurde zum Träger der Selbstverwaltung und übernahm die lokalen öffentlichen Einrichtungen (einschließlich 115,2 ha Bauland). Kurz vor dem Ersten Weltkrieg zählte Meisenhof „170 Landhäuser“ bzw. etwa „650 Personen [...], die Sommer und Winter im Orte wohnen“; in Sommer kamen weitere „100 Personen“ dazu. Während des Ersten Weltkrieges kam die Bautätigkeit zum Stillstand und erst durch in der Weimarer Zeit fanden im Süden der bestehenden Kolonie Erweiterungen wie die Arbeiter- und Handwerkersiedlung statt.

Im Jahr 1923 entsteht aus der Zusammenlegung der Ortsteile Vogelhagen und Weidefeld die Landgemeinde Vogelweide. Zu dieser Zeit leben hier etwas mehr als 4.000 Einwohner. Meisenhof wie drei weitere Orte wurden erst 1927 in die Gemeinde eingegliedert. Die Bevölkerungsentwicklung stieg durch den gleichzeitigen Bau von mehreren Siedlungen rasant. So lebten vor dem Krieg in der Gemeinde knapp 20.000 Einwohner. Deren Zahl stieg in den Kriegsjahren und lag im Jahr 1944 bei 26.514. Vor allem ausgebombte Berliner und später Flüchtlinge aus den Ostgebieten konnten hier Zuflucht finden. Unmittelbar nach Kriegsende pendelt die Einwohnerzahl zwischen 32.700 und 35.000. Im Jahr 1950 werden schließlich 29.189 Einwohner gezählt (STATISTISCHES AMT DER DDR, 1990). Vogelweide und damit auch Meisenhof gehörten zwar zur SBZ, die Mehrzahl seiner Bewohner war jedoch in den ab 1951 wieder über die S-Bahn erreichbaren Westsektoren tätig. Vor dem Mauerbau verließen etwa 3.500 Menschen nach und nach Vogelweide und zogen nach Westberlin. Der Mauerbau schnitt dann endgültig 6.000 Vogelweider von ihren Arbeitsstellen in Westberlin ab. Auch der Zugang zu Ostberlin war dadurch umständlich: über den Eisenbahn-Außenring. Aufgrund seiner Lage am Grenzgebiet war zudem ein Zuzug nur unter strengen Auflagen erlaubt. So kam es in den darauffolgenden Jahrzehnten zu einer stetigen Bevölkerungsabnahme. Die zuvor verlassenen Häuser wurden zum Teil Arbeitern aus dem benachbarten Stahlwerk zugeteilt, und auf den zahlreichen noch unbebauten Grundstücken war später nur die Errichtung von provisorischen Bauten wie Laubenhäusern oder Datschen erlaubt. Nach dem Fall der Mauer wies Meisenhof eine besonders hohe Restitutionsquote auf. Nur einige ehemalige Bewohner oder ihre Nachfahren kehrten zurück, größtenteils haben sie die restituierten Grundstücke oder Häuser verkauft. Ferner gehörte eine Vielzahl der Grundstücke der Stadt und der Kommunalen Wohnungsverwaltung (seit 1992 als GmbH 100%-ige Tochter der Stadt Vogelweide).

Nach der Wende verfolgte die Gemeinde eine besonders stark expansive Politik, die ihr den Beinamen „Die Boomstadt am Rande Berlins“ verlieh. In der Regel wurden bestehende Grundstücke aufgeteilt und an private kleinere oder größere Bauherren veräußert. Ab Mitte der 1990er-Jahre war die Bautätigkeit in Vogelweide rasant hoch. Vor allem Westberliner, zogen nach Vogelweide und mit dem Regierungsumzug immer mehr Staatsbedienstete. Die Bevölkerungszahl Vogelweides stieg von 22.047 im Jahr 1990 auf 30.966 in 1998 und 40.405 in 2006. Laut aktuellstem Zensus von 2011 leben in Vogelweide 40.228 Einwohner; nach eigenen Berechnungen etwa 8.000 davon im Ortsteil Meisenhof.³⁵⁰

IV. *Abdriften in die Rolle von Hausfrau und Mutter*

Franziska ist 1971 in Berlin-Zehlendorf geboren. Ihre ersten zwölf Lebensjahre verbrachte sie „in einem sehr großen Haus [...] mit einem großen Garten“ in der Nähe von Schlachtensee, wo sie und ihr Bruder immer „sehr viel Platz zum Spielen“ hatten. Diese Wohnverhältnisse am Wald und mit dem See vor der Tür stellten für sie „die prägendste Zeit“ in ihrem Leben dar. Ihr Vater war Pfarrer und als er „die Gemeinde in Wannsee übernommen“ hatte, war ein Umzug notwendig. Dies war oft der Fall, aber von allen Umzügen in ihrem Leben war „dieser Umzug mit zwölf“ der schwierigste. Störend war vor allem der Einzug in ein Gebiet, das „so weit ab vom Schuss“ war. Während davor immerhin eine S-Bahn in fußerreichbarer Nähe den schnellen Zugang zu Berlin ermöglichte, war dieses nun durch den Bus und das Umsteigen aufwändiger.

Später sind sie „noch mal umgezogen“, aber da war sie 18 Jahre alt und gerade mit dem Abitur beschäftigt, es fiel ihr nicht mal auf, dass die neue Wohnung keinen Garten hatte. Weiterhin störend war, dass sie immer noch „mit dem Bus an irgendeine Bahn kommen musste“, um schnell „zur Stadtmitte zu kommen“. Mit Beginn der Physiotherapeutin-Ausbildung war zudem der Zugang „zu den jeweiligen Einsätzen in den verschiedenen Krankenhäusern“ schwierig und mit langen Fahrzeiten verbunden. Für das abschließende Anerkennungsjahr bewarb sie sich „kurzentschlossen“ in München. Nach der Zusage entschied sie sich aus praktischen und finanziellen Gründen für ein WG-Zimmer in München-Schwabing. Hier entwickelte sie ein sehr gutes Verhältnis zu ihrer Mitbewohnerin (sie wurde viele Jahre später sogar Patentante ihrer Tochter). Hätte das Praktikantengehalt gereicht, wäre sie von dort nie ausgezogen. Finanziell notgedrungen zog sie jedoch nach einem Dreivierteljahr in das Schwesternwohnheim. Ein weiteres Dreivierteljahr brauchte sie für den Abschluss des Praktikums, woraufhin sie nach Berlin zurückkehrte, das sie es „auch immer irgendwie so ein bisschen vermisst“ hatte. Zuerst kam sie in die Wohnung ihrer Eltern zurück, hier stellte sie jedoch schnell fest, dass „man sich doch auch auseinanderentwickelt hat“. Da sie bald eine Arbeitsstelle bekam, mietete sie eine kleine Wohnung in einem Altbau in Schöneberg. Sie war „im Altbau großgeworden“ und so empfand sie die zwei Jahre darin als „einfach schön“. Grund für den Auszug war der Wunsch gemeinsam mit ihrem Freund (und späteren Ehemann) zu wohnen. Kurz vor ihrer Hochzeit mieteten sie eine Zweizimmer-Dachgeschoßwohnung mit einem Wintergarten in Zehlendorf, wobei auch diesmal die ruhige Lage, direkt „an der S-Bahn“ und schnelle Erreichbarkeit der Stadt die Hauptkriterien waren.

Noch war ihr Ehemann erwerbslos und auf der Suche nach einer Arbeit. Als er eine Anstellung bei einer Tochtergesellschaft von einem deutschen Großunternehmen ins oberfränkische Redwitz bekam, stand fest, dass sie dahinziehen müssen. Die einzige Voraussetzung, wenn sie von Berlin weggehen sollten, war in eine größere Stadt zu ziehen. An einem ersten Mai im Jahr 1998 begann ihre Erkundung. Nach dem menschenleeren, an einen „Totentanz“ erinnernden Bayreuth kamen sie in Bamberg an. Hier fanden sie nicht nur viele Menschen in Cafés oder draußen auf der Straße vor, sondern gleich „eine sehr schöne Altbauwohnung [...] mit so einem kleinen Garten“ und „Blick auf diesen Main-Donau-Kanal“. Ihr Mann zog unmittelbar ein, Franziska folgte im Juli. Da sie hier keine Arbeit hatte, nahm sie ein Studium an der Universität auf. Trotz der günstigen Verhältnisse hat sie bald „Berlin so ein bisschen hinterhergetrauert“, was zum einen an der Stadtgröße und den hier vorhandenen „Möglichkeiten, was zu unternehmen“ lag, zum anderen an der andersgearteten Mentalität der Menschen. Wie zuvor in München verkam sie „plötzlich“ zu „Preußin“. Viel auffälliger wurde, dass sie „irgendwie ein bisschen... lockerer humorvoller“ als ihr Umfeld war. Freilich hatte dies mit ihrer schulischen Bildung in „einer deutsch-amerikanischen Schule“ zu tun.

Diese Schule war auch ein Grund, weshalb Franziska „immer noch mal den Wunsch“ hatte, „ins Ausland zu gehen“. Ihr Mann hatte ebenso ein offenes Ohr dafür. Zudem erkannte er bald eine Karriere-Chance. Nachdem er seine betriebsinterne Versetzung in die US-amerikanische Filiale beantragte, „passierten zwei Sachen gleichzeitig“: Er bekam die Einwilligung und sie war schwanger. Sie hat „etwas leichtsinnig da zugestimmt“ und so trafen sie im März 2001, zwei Monate nach der Geburt des ersten Kindes in Alpharetta ein, ein *Vorvorort* Atlantas im US-amerikanischen Staat Georgia. Die ihnen zugewiesene Vierzimmerwohnung befand sich in einer „richtig angelegten [...] aus dem Boden gestampften »Community«“. Zum Gesamtkomplex gehörten neben zwei Pools, ein Fitnessraum sowie Gemeinschaftsanlagen für die Bewohner (z. B. Waschmaschinen, Trockner usw.). Der beabsichtigte Verzicht auf einen zweiten Wagen wurde bereits einen Tag nach dem Einzug verworfen, nachdem sie versucht hatte mit dem Kinderwagen einkaufen zu gehen und „alle Leute schon mit dem Finger auf“ sie zeigten. Franziska war aus Berlin anderes gewöhnt und ihr war es unangenehm „nicht zu Fuß überall hinkommen“ zu können. Mit dem komplett anderen Umfeld und einer bis dahin ungekannten Lebensweise ist sie „nicht so gut klargekommen“. Die Geburt des zweiten Kindes im Jahr darauf und überhaupt, dass „die Kinder [...] sehr schnell hintereinander“ zur Welt kamen

überforderten sie zusätzlich. Da ihr Mann viele Stunden am Tag gearbeitet hat, musste sie „die ganze Zeit zu Hause“ beinahe alles alleine bewältigen. Sie hatte kaum Kontakte zu anderen Personen oder die einzigen Personen, die sie kannte, waren „überwiegend Frauen, die einen ihr ähnlichen Migrationshintergrund“ hatten. Ihre Sehnsucht auf Berlin und ihre Familie wurde von Tag zu Tag größer. Aus Rücksicht auf ihren Mann hielt sie ihren Unmut allerdings zurück. Er wollte nur bedingt zurück, obwohl beruflich eine Rückkehr immer möglich war.

Erst drei Jahre später verließen sie die USA, um nach Bamberg zurückzukehren. Sie präferierten nun ein sehr begehrtes und teures Wohnviertel und mit Hilfe von Freunden sicherten sie sich zuvor einen Kindergartenplatz für das älteste Kind. Nach einer langwierigen Wohnsuche fanden sie schließlich eine große Vierzimmerwohnung mit zwei Terrassen und Zugang zum Garten. „Von der Wohnqualität her war das schon sehr gut“, da das Wohngebiet mitten in einer wunderschönen Landschaft nahe der Alten Burg lag. Dann kam jedoch „das große Fiasko mit den Nachbarn“ bzw. dem Vermieter, der sie aufgrund von Beanstandungen überhöhter Stromrechnungen zu schikanieren begann. Dieser Umstand wurde erduldet, weil ihrem Mann die Versetzung nach Berlin in Aussicht gestellt wurde.

Kurz davor, Ende 2005 kam das dritte Kind zur Welt und im Januar 2006 erfolgte der Wechsel nach Berlin. Franziska mit den Kindern zog erst im Oktober nach, direkt in ein vorübergehend gemietetes „Reihenendhaus“ in der sogenannten Gartenstadt Vogelweide. Schon davor hatten sie damit begonnen in Zeitungen nach passenden Immobilien zu suchen. Ihr Primärziel war der Erwerb eines alten Hauses bzw. einer Altbauwohnung in den südlichen Stadtteilen Berlins – am liebsten in Zehlendorf, aber auch in Mariendorf oder Lichterfelde, was „in so kurzer Zeit“ und aufgrund der finanziellen Möglichkeiten schwer „zu verwirklichen“ war. Am günstigsten „musste man vor Ort wohnen und immer mal gucken und dann würde man das vielleicht finden“. Nach Vogelweide brachte sie eine Annonce über „einen schönen Altbau [...], der sehr günstig angeboten“ wurde. Da hier „viele schöne große Grundstücke“ vorhanden waren, kamen sie ein weiteres Mal. Als sie eines Tages bei schönem Wetter in Meisenhof aus dem Zug ausstieg, „die Vögel saßen in den Hecken an der Bahn und haben gezwitschert“ und sie in ihre Straße einbog, staunte sie darüber, wie gut es ihr hier gefiel. „Diese Alleen, das Kopfsteinpflaster, die oft schön großen Häuser“ erinnerten sie gewissermaßen an die Wohngegend ihrer Kindheit am Schlachtensee und dies war ausschlaggebend für die Wohnstandortwahl. Einen günstigen Alt-

bau zu finden, war allerdings nicht einfach und irgendwann fassten sie den Beschluss nur ein Grundstück zu kaufen. Die „große Maklerfirma“, die den Grundstücksverkauf Vogelweides „absolut monopolisiert“, ließ ihnen übers Internet sehr gute und detailreiche Exposés zukommen. Franziska und ihr Mann hatten nach einem Ausschlussverfahren eine engere Auswahl getroffen und schließlich daraus ein Grundstück ausgesucht. Die Kaufmodalitäten erfolgten dann relativ zügig und unmittelbar begann schon der Hausbau.

„Aus Kostengründen“ hatten sie „sehr viel selber gemacht“, aber ohnehin stellte der Bau des ersten Eigenheims eine Besonderheit dar. Ihnen war wichtig, dass jedes der drei Kinder ein eigenes Zimmer und viel Platz bekommt. Zudem „tut das unheimlich gut“, wenn jedem Familienmitglied ein Mindestmaß an privatem Raum zur Verfügung steht und dass niemand sich „immer erdrückt fühlt von irgendwelchen“ Sachen. Neben den gemeinsamen Räumen Wohn-/Esszimmer und Küche sollte ein sehr großer Raum im Erdgeschoss als Arbeits- und Gästezimmer dienen, der eventuell später zu einer Praxis für Physiotherapie umfunktioniert werden könnte, ein Vorhaben, von dem Franziska immer mehr Abstand nahm. Etwa ein Dreivierteljahr nach Baubeginn im September 2007 zogen sie in das fertiggestellte Haus. Die Gestaltung des großen Gartens, wie sie es „selber so schön erlebt“ hatte und den sie für die eigenen Kinder unbedingt haben wollte, brauchte jedoch etwas länger. Erst nach zweieinhalb Jahren und viel Arbeit sah er einigermaßen annehmbar aus. Das Leben in Berlin erwies sich auch aus einer anderen Perspektive als angenehm. Hier findet sie die erhoffte Unterstützung durch ihre Eltern, die mindestens einmal pro Woche bei ihr übernachten und auf die Kinder aufpassen, wodurch sie ein wenig Freizeit oder die Gelegenheit, mit ihrem Mann auszugehen, hat. Auch im Sommer, wenn sie in den Ferien wegfahren, dann wohnen ihre Eltern mehrere Tage im Haus und passen auf Garten und Katzen auf.

Generell hat das Heranwachsen der Kinder Franziskas alltägliches Aufgabenpensum erweitert. Neben Hausarbeit oder dem Einkaufen nehmen inzwischen die Fahrdienste wie Fahrten zu Schule, Kindergarten, Sport, Musikunterricht, Reiten, Kinderbibeltage oder der Fußweg zur Logopädin einen beträchtlichen Teil der alltäglichen Verrichtungen ein. Zwar ist es vorteilhaft, dass einige Angebote vor Ort vorhanden sind, allerdings bei drei Kindern und immer höheren Ansprüchen hinsichtlich Bildung und Freizeit steigt der Aufwand unermesslich. So bewirkt der Besuch einer weitentfernten Montessori-Kita für Franziska zweimal täglich fünf Kilometer mehr – obwohl keine hundert Meter von ihrem Haus eine Kita

liegt. Ebenso nehmen andere ausgewählte Einrichtungen (z. B. Musikschule oder Handball) jeweils zehn bis fünfzehn Fahrminuten mehr in Anspruch. Manche Angebote vor Ort, wie der Sportbereich sind „ein bisschen monopolisiert“. Die Dominanz eines sehr großen lokalen Vereins wird von Franziska vor allem deswegen problematisch, weil dieser „teilweise auch wirklich so ein Kadertraining“ betreibt und „extrem leistungsbezogen“ ist. Für eine Westberlinerin wie sie, die „einfach viele Sachen anders gewöhnt“ ist, stößt dies teilweise auf Missmut. Sicherlich gibt es in Vogelweide „dieses Ost-West, auch in der Schule, manchmal“. Der Vergleich mit der von ihr besuchten Deutsch-Amerikanischen-Schule fällt dann „nochmal extremer“ aus. Trotz aller Unterschiede pflegt Franziska gute und formelle Beziehungen zur Umgebung und zu den Nachbarn.

Interpretativer Rückblick: Im Gespräch mit Franziska wird neben den Wohnstationen mit ihren jeweiligen Besonderheiten auch die Suche nach ihrer Rolle im Leben thematisiert. Offen und direkt schildert sie Situationen und Ereignisse, aber auch persönliche Empfindungen und Emotionen. Den Wohnentscheidungen gingen Überlegungen und emotionale Aspekte voran, und die Chronologie der Wohnstationen umfasst mehr als nur wechselnde geografische Orte. In ihrer Lebens- und Wohngeschichte kommt eine Vielzahl von Verhaltensweisen oder Erfahrungen vor, die eng mit den strukturellen und institutionellen Veränderungen der letzten Jahrzehnte verwoben sind. Als Individuum und Familienmitglied ist sie „Entscheider und *Player* im Alltagsleben einer Gesellschaft“ (WEISCHER, 2011, S. 180; hervorgehoben im Original), egal ob einiges in ihrer Wohnbiografie zu geläufig, eventuell banal sein mag. Festzuhalten ist die Wiederholbarkeit, die eine Summe (bzw. Teilsumme) ergibt und ihre individuelle Geschichte zu einer von vielen und wiederholbar, aber gerade deswegen so forschungswürdig macht.

Die Suche nach ihrer Rolle im Leben oder einem *Platz auf Erde* hängt mit dem Selbstfinden innerhalb der Beziehung/Ehe/Familie, oder vielleicht besser gesagt mit dem Zurechtfinden in der Haushalts- und Reproduktionsarbeit zusammen. Sie stellen eine erste Ebene der Wohnbiografie dar. Die große Regelmäßigkeit der Ortsveränderungen verleiht dieser Suche einen anfälligen und sogar mit Umwegen verbundenen Charakter, wobei einige Konstanten erkennbar sind. So eine ist die Auffassung über die bestmöglichen Wohnbedingungen für die eigenen Kinder, die mit der eigenen Wohnsituation in der Kindheit und Jugend korrespondiert; wohl aber dem Heute und den Bedürfnisse der Kindern angepasst.

Trotz der wiederholten Umzüge – etwa alle zwei, drei Jahren – konnten stets gute Beziehungen zu den Mitbewohnern, Nachbarn usw. entstehen. Zwei davon sind sogar in einem späteren Zeitpunkt Paten der Kinder geworden, was auf eine Beständigkeit dieser Freundschaften schließen lässt. Franziska nimmt auch kein Blatt vor den Mund, wenn es um die Formen von sozialen Beziehungen und Kontakten im derzeitigen Wohnort Meisenhof geht, die von ihr gewünscht oder eben nicht gewünscht sind. Eine gewisse Bedenklichkeit besteht hinsichtlich exklusiver und elitärer Formen. Stets hält sie ihre ausgeprägte liberale Einstellung hoch, die sie in der Tradition der Deutsch-Amerikanischen Schule stellt und allgemein mit der Sozialisation der 1970er- und 1980er-Jahre in Westberlin verbindet. Auch die Sozialisation im Haus eines Pfarrers und die inklusionistische Denkweise kommen zum Vorschein, die in einigen Fällen im Gegensatz zur Denkweise vieler Suburbaniten bzw. Meisenhofer steht, und wie sie feststellt, im Gegensatz zur gängigen praktizierten Lebensweise von Westberlinern in der Nachkriegszeit steht.

Familie und das Regime der Hausarbeit

Diese eben *banale* Geschichte von der Suche nach dem guten und praktischen Wohnen und dem heilen Familienleben rückt als erstes in den Vordergrund. In einer Zeit der Aufruhr verließ sie das noch geteilte und eingekesselte Westberlin für die *dörfliche* und aufstrebende Großstadt Süddeutschlands. Das Verlassen des Elternhauses und der Einzug in eine Wohngemeinschaft verstärkten die ohnehin starke Faszination und das eingepfimte Freiheitsgefühl. Ein Preis für die Unabhängigkeit war die klamme Finanzsituation, die in Bezug auf Wohnen und Sozialität zu einem Kompromiss zwang. Erst durch die Rückkehr nach Berlin und die Aufnahme einer Arbeit konnte sie wieder die provisorische Bleibe bei ihren Eltern verlassen, um alleine und unabhängig in der Berliner Innenstadt zu wohnen. Von den Zwängen des Elternhauses befreit, lernte sie ihren Freund und späteren Ehemann, also die Person kennen, die den weiteren Lebenslauf bestimmen sollte. Es war seine Erwerbstätigkeit, die auch ihr Leben und ihre berufliche Karriere aus der Bahn geworfen hat bzw. ihnen ein Ende setzte. Diese Tätigkeit bei einem globalen Unternehmen und die damit verbundene Karriere führte in die US-amerikanische Lebens- und Wohnrealität, ein anderes, sozusagen globales Lebensmuster; davor als Intermezzo Oberfranken. Ein Auslandsaufenthalt, den sich auch Franziska wünschte, nur unter anderen Bedingungen. Durch die Ehe wurde sie in eine klassische – oder sogar post-moderne? – Geschlechterrolle katapultiert. Symptomatisch wird in ihrem

Fall die „Re-Traditionalisierung“ des Familienmodells allgegenwärtig (RAHN, 2011, S. 118; zitiert von ALLMENDINGER, 2009, S. 36), indem der Mann der Einzelernährer ist, während sie, spätestens nach der Geburt des ersten Kindes, in die Haushalts- und Reproduktionsarbeit *hineingerutscht* ist. Seine arbeitsintensive Erwerbstätigkeit und die Geburt der weiteren Kinder verfestigten diese Arbeitsteilung. Ihre Vereinnahmung durch die anstehenden Aufgaben setzte sogar Hürden, sodass vorgenommene Projekte, wie die Eröffnung einer Physiotherapie-Praxis, zum Scheitern verurteilt waren.

Das randstädtische Wohnen widerspiegelt und intensiviert sogar solch eingeschlichene Strukturen und prägt Franziskas Mentalität aus. In einer Zeit, in der die Anforderungen für das Aufziehen der Kinder enorm gesteigert wurden, neigt auch sie dazu mit vollem Eifer in die Rolle einer *Profi-Mutter* zu schlüpfen. Bereits der Hausbau bot die grundlegende Gelegenheit, im Fundament anzusetzen. Schon im Bau und in der Gestaltung der Wohnräume wurde versucht auf die modernen Bedürfnisse der Kinder einzugehen. Franziska schaute auf die eigenen Bedürfnisse zurück und auf der Grundlage ihrer Kindheit/Jugend und der damals erlebten (und erinnerten) Wohnverhältnisse stellte sie lebens- und wohnreelle Erwägungen über das Wohlfühlen an. Nicht gutgemeinte, ausgedachte Projektionen, sondern eine dem eigentlichen Vorgang des Wohnens entsprechende Ausführung und Gestaltung sollten die kindgerechte Wohnbarkeit erhöhen. Das große eigene Zimmer, der große Garten, die Allee, der gute Anschluss, die ausgesuchten Bildungseinrichtungen usw. stellen allesamt Standards dar, auf die Franziska nicht zu verzichten bereit war. Die Übertragung der eigenen Wünsche und Präferenzen hinsichtlich Behaglichkeit und Platzfreiheit für die Kinder hat jedoch auch seine Brisanz. Es ist keine Seltenheit, dass Eltern für eigene Bedürfnisse und Wünsche als Vorwand das Wohl der Kinder vorschieben, um in der Wirklichkeit eigene Wohnvorstellungen zu befriedigen. Die aufgesetzte Rolle der guten Mutter (wie des guten Vaters) ist dann nicht selten lediglich ein Teil der Selbstverwirklichung. Wobei ihre Motive durchaus auch die Erleichterung im Alltag aller Beteiligten sein können.

Das Gemisch von erfahrenen, erinnerten und nachträglich rekonstruierten Befindlichkeiten und Wunschprojektionen aus der Vergangenheit und aus den Betrachtungen der Kindheit heute, d. h. aus einer durchwegs anderen Lage und im veränderten Kontext, weisen eher transitorische Züge auf. Hierzu müssen auch die von außen aufgezwungenen Einflüsse aus dem Umfeld und dem aktuellen gesellschaftlichen Diskurs zu Erziehungsweise und *Wohlergehen* von Kindern berücksichtigt wer-

den. Gerade in suburbanen Wohngebieten besitzt der Druck auf Vereinheitlichung und Normierung, aber auch Konkurrenz und Nachahmung im lokalen Sozialisationskontext eine große Relevanz.

Auf den ersten Blick scheint Franziska aus Eigenantrieb und mit viel Selbstbewusstsein zu handeln. Sie überlässt die Entwicklung der Kinder nicht dem Zufall und verfolgt sorgfältig die entworfenen Pläne. Auf der anderen Seite lehnt sie kategorisch Extremleistungsdenken ab, wie im Sportverein, aber auch in der Schule oder schon im Kindergarten. In übersichtlichen Orten wie Meisenhof lassen sich die gewachsene Konkurrenz und der Druck auf Kinder, aber vor allem auf Eltern, schneller identifizieren. Moderne Eltern stellen hohe Ansprüche an die Kinder und überfrachten deren Wochenpläne mit einer Vielzahl von außerschulischen Aktivitäten (Nachhilfeunterricht, Musik, Sport, Reiten oder Logopädie usw.). An der oft geführten Debatte um die Überbeanspruchung der jüngeren Generationen vorbei wird hier konstatiert, dass weniger der gesteigerte Wohlstand und das höhere Einkommen relevant sind und vielmehr das im Kapitalismus weitverbreitete Prinzip miteinander konkurrierender Individuen (bzw. Erwerbspersonen), das im Zuge der Professionalisierung und der polarisierenden Lebensläufe zugenommen hat. Die gewachsene Angst der Eltern, dass ihre Kinder durch das Raster fallen und es nicht schaffen im Erwerbsleben erfolgreich zu sein, hat zur Konsequenz, dass den Kindern weniger Frei- und Spielzeit zur Verfügung steht; dafür aber viel mehr Platz. Noch extremer ist es, dass sie einen beträchtlichen Teil der Zeit festgeschnallt in der *Autokabine* verbringen müssen. Die daraus resultierenden Verkehrsaufwände im Wohnviertel schränken zudem die Freiheit der Kinder und Jugendlichen, aber auch die Möglichkeit des Spielens auf der Straße ein. Freiheit wird erst dann erlangt, wenn sie im späten Teenager-Alter erfolgreich die Führerscheinprüfung ablegen und vom Beifahrer- auf den Fahrersitz wechseln dürfen.

Ortswechsel sind in dieser Wohnbiografie immer mit Verkehrs- und Zeitaufwänden verbunden, die im Fall Franziskas extreme Formen annehmen. Anders als in den dicht besiedelten Städten bzw. innenstädtischen Gebieten, wo mehr Angebote auf engstem Raum und andere Verkehrsmittel vorhanden sind, lassen sich hier am Rande der Stadt (sowohl Berlins als auch Vogelweides) nur noch in weitläufigen Entfernungen finden. Die Ansicht von Franziskas Tages- und Wochenplan offenbart sofort das Ausmaß dieser Leistung. Zeitgenössische Mütter (bzw. Väter) verfügen teilweise über dermaßen qualifizierte Fahrregimes, auf die so manches Verkehrslogistikunternehmen neidisch werden könnte. Diese

Fahrdienstwolke geht wohl mit einer entsprechenden Belastung aller Beteiligten einher – inklusive der lokalen und globalen Umwelt. Die Benutzung der Bahn fürs Pendeln ihres Ehemannes zwischen seiner Arbeitsstelle in Moabit und Meisenhof kann dann nur minimal den enormen Ressourcenverbrauch *wiedergutmachen*. Die erhöhte alltägliche Mobilität suburbaner Bewohner ist auch einer der Gründe für die weitere Verfestigung der vorhin erwähnten traditionellen Teilung der Geschlechterrollen, auch wenn in einer etwas abgeänderten Form, da neben Hausarbeit und Versorgung nun diese Fahrdienste übernommen werden. Die Mehrbelastung der ohnehin durch die alltäglich mehrstündige häusliche Tätigkeit überlasteten postsuburbanen Frauen kommt einer systematisierten Ausnutzung gleich. In diesem Fall kann nur die Existenz der erweiterten Familie und sozialer Netzwerke ein wenig Abhilfe leisten. Ihre Eltern bieten ihre Unterstützung an beim Aufpassen auf die Kinder, damit Franziska und ihr Mann mindestens einmal pro Woche die Möglichkeit zum Ausgehen haben. Zudem stärkt der allwöchentliche Turnus nachhaltig die großfamiliäre Bindung, was für die Kinder (und Eltern) eine zusätzliche Sozialisationsquelle bedeutet, immerhin ein- bis zweimal pro Woche entsteht damit ein Mehrgenerationenhaushalt. Diese Hilfe von den noch mobilen Eltern Franziskas erlaubt den Verzicht auf marktvermittelte und kostenpflichtige Dienste wie Babysitter. Wobei sie bereit wären, für diese Aufgabe andere nahestehende Personen zu engagieren, so wie früher in Bamberg, als ein Student aus der Nachbarwohnung auf die kleinen Kinder aufpasste; bezeichnenderweise wurde er später zum Patenonkel des dritten Kindes. Bisher war jedoch in Meisenhof die Entstehung vergleichbarer Nachbarschaftsstrukturen begrenzt, trotz der eingeschätzten guten Voraussetzungen. Die voranschreitende Konsolidierung der Familie in Kombination mit Franziskas offener Haltung gegenüber außerfamiliären Strukturen und dem Wunsch nach guten sozialen Beziehungen vor Ort lassen durchaus gute soziale Potenziale erkennen.

Soziale und unsoziale Opportunitäten

Trotz der vergleichsweise kurzen Aufenthaltsdauer von gut zwei Jahren in Meisenhof gelang es Franziska einige gute Kontakte am Ort zu knüpfen. Zudem ist sie zuversichtlich, dass mit der Verweildauer auch die lokalen sozialen Beziehungen zunehmen und intensiviert werden. Auch Ideen für ein intensives und sofortiges Kontaktknüpfen, sei es durch Engagement im lokalen Bürgerverein oder noch direkter mithilfe der Organisation eines Festes zum Kennenlernen der Nachbarn an der anlie-

genden Straße, signalisieren hohe Sozialität. Das erste eigene Haus und die damit verbundene Dauerhaftigkeit erhöhen die Bereitschaft für soziale Bindungen vor Ort. Die vorherigen unsteten Wohnverhältnisse und die ständig widerfahrenen Wohnwechsel³⁵¹ machten es zwar nicht unmöglich, aber sie erschwerten intensivere soziale Beziehungen. Wohl hat es Franziska mit ihrer ausgeprägten offenen Verhaltensweise und Kommunikationsfähigkeit immer wieder geschafft Menschen kennenzulernen, wobei zum Teil der Drang nach sozialem Anschluss auch durch den häufigen Wohnortswechsel begründet war. Die *Übermobilität* und teilweise kurze Aufenthalte wirken katalytisch auf soziale Kontakte und Beziehungen. In der neuen Welt- und Ökonomieordnung gibt es durchaus noch markantere Fälle, die nur ephemere Wohnformen oder entsprechende soziale Beziehungen, wenn überhaupt, begünstigen. In Atlanta lernte Franziska zwar andere Frauen kennen, die wie sie, denselben Migrations- und familiären Hintergrund hatten, ein Gefühl von Gemeinschaft oder Einbettung am Lebensort kam jedoch nicht auf. Ein möglicher Grund war das Fehlen einer Bindungsform über die Zweckgemeinschaft und einiger weniger alltäglicher Grundbetätigungen (Schlafen, Einkaufen, Sport) hinaus.

Auch im neuen Wohnort ist sie noch nicht heimisch, aber immerhin erkennt sie hier soziale Potenziale und sogar vorhandene Möglichkeiten der lokalen Interaktion. Ihre Bereitschaft zum Engagement deutet jedenfalls auf den Wunsch nach einer gewissen Bindung an den Wohnort hin. Einen Heimatbegriff verwendet sie nicht, und wenn, dann ist er räumlich umfassender und hat nur bedingt mit dem engeren Wohnort zu tun, sondern eher mit Berlin allgemein. Und dann in verstärkter Form, wenn sie in der Fremde ist. In den vormaligen Wohn- und Lebensorten überschattete die Sehnsucht nach Berlin am Ende alles andere, was als Hauptgrund für Unzufriedenheit und den wiederholten Fortzug aufgeführt wurde. Nun ist sie *hier* in Berlin, mit dem sie sich still und stark verbunden fühlt und es abstrakt höher schätzt als das partiell kleinkarierte Meisenhof. Auch hier wird der Gegensatz zwischen der eigenen offenen, freiheitsliebenden, toleranten, gesellschaftlich inkludierten Denkweise und den lokal persistenten Formen von Ausgrenzung, Normierung und Konkurrenz erkennbar.

Meisenhof ist ein Ort, in dem heterogene Gruppen mit einem jeweils anderen Habitus aufeinandertreffen. Die durcheinandergewürfelte Bewohnerschaft besteht aus Einheimischen und Zugezogenen, ehemaligen DDR-Bürgern, die in einem streng überwachten Gebiet wohnen durften, unter denen es besser oder schlechter gestellte Gruppen gab. Nach der

Wende zogen zudem zahlreiche Ost- und Westberliner sowie westdeutsche Bürger, darunter viele Bundesbeamte, Diplomaten, Neureiche, aber hauptsächlich Mittelschichten hierher. Franziskas Unzufriedenheit und Unmut richten sich jedoch nicht gegen diese Vielfalt, sondern gegen Praktiken und Denkweisen, die in kleinen, übersichtlichen suburbanen oder dörflichen Lebensräumen vorkommen und mit Zurechtweisungen, Bevormunden, „falschem Aufrechthalten“ und „bei uns ist es sauber“-Denken zu tun haben.

Sie schätzt und hebt sogenannte Berliner Eigenschaften hervor, wie den Pluralismus und den entspannten Umgang mit anderen Bevölkerungsgruppen, während sie sich auf der anderen Seite über die vor Ort exkludierenden Tendenzen oder Strukturen ärgert und wogegen sie sich wehrt. So über eine Reihe von lokal auftretenden Formen der Selbstsegregation und Ausblendung von der – auch vorstädtischen – Realität. Neulich haben Handlungen lokaler Einwohner und speziell der Kunden der etwas teureren lokalen Supermarktfiliale solche Phänomene offenbart. Einige von ihnen sollen sich über einen „Obdachlosen“³⁵² beschwert haben, der einmal pro Woche dort die Obdachlosen-Zeitung „Straßenfeger“ vor dem Supermarkt verkaufte. Mit dem Hinweis, dass er zwar in der Vorweihnachtszeit geduldet wird, aber sonst nicht. So wurde es ihm untersagt, weiterhin auf dem Gelände seine Zeitung zu verkaufen. Franziska kritisiert diese effektive Unsichtbarmachung und Radierung aus dem öffentlichen Bild und Bewusstsein. Auch über diejenigen Gruppen der lokalen Bewohnerschaft, die wie selbstberufen, ästhetische Verbesserungen im Stadtviertelbild und „Gestaltungssatzungen“ für den öffentlichen Raum in Meisenhof initiieren oder Demonstrationen gegen „ortsfremde Bebauung“ organisieren (BÜRGERVEREIN [MEISENHOF], 2012), und generell in ihre Agenda, aus dem sozioökonomisch gemischten Ort eine künstliche und letztendlich teure Heimatidylle produzieren wollen, die sich mit großer Sicherheit nicht jeder leisten kann. Damit verfolgen sie zwar eine Aufwertung des Wohnortes, aber auch ihrer Immobilien oder der Kosten für den Hausbau. Auch nicht jeder Bewohner Meisenhofs kann die Straßenkosten oder die Kosten für die historizistischen Schinkel-Laternen übernehmen.

Franziska befürwortet grundsätzlich lokale zivilgesellschaftliche Initiativen (wie den Bürgerverein), die die Heterogenität der Bewohnerschaft Meisenhofs, seien es Alt- und Neubewohner oder Ost- und Westsozialisation, berücksichtigen und eventuell noch mehr integrierend wirken sollen. Im Vordergrund sollen die Interessen der großen Gesamtheit stehen und nicht partielle Interessen. Immerhin werden kulturelle oder

Bildungsveranstaltungen angeboten, die gerade kleinere Wohnorte wie Meisenhof brauchen. Dementsprechend finden sie großen Zuspruch. Die veränderte Einwohnerstruktur und der Zuwachs von Bewohnern wie sie, die aus der Großstadt kommen, legen Wert auf ein Mindestmaß an lokalen kulturellen Angeboten. Vor Ort sind sonst kaum Plätze für ein Zusammenkommen vorhanden, wenn man von der Kirche und Schule oder den wenigen kommerziellen Einrichtungen vor Ort (Restaurants und Geschäfte) absieht. Ein weiterer neuer öffentlicher Platz, nicht nur für Kinder und Jugendliche, ist der neue Spielplatz, ein Produkt einer Eigeninitiative von Eltern, dessen Gestaltung unter Beteiligung der Kinder stattfand. Ein solcher gemeinsamer Platz kommt dem Prinzip der Gemeinschaft entgegen. So haben sowohl die Kinder als auch die Eltern die Gelegenheit das Haus, das private Grundstück und die darauf vorhandenen privaten Spielplätze zu verlassen, um eventuell andere lokalen Bewohner zu treffen und kennenzulernen.

Die wenigen öffentlichen Orte des Zusammentreffens tragen wohl nur bedingt zur Integration bei, wenn daran unterschiedliche oder sehr konkrete Erwartungen geknüpft werden. Integration kann letztendlich nicht durch Vereinheitlichung und Homogenisierung erfolgen, wie Franziska oft genug erlebt hat und zu den Eigenschaften von Orten wie Meisenhof zählt. Noch reagiert sie mit Unverständnis, wenn Nachbarn *selbstverständliche* Dinge von ihr erwarten, sei es das Abonnieren der „MAZ“ (eine lokale Zeitung) oder das Wegparken des eigenen Autos (vor allem wenn der Schneepflug vorbeifährt). Auch das Abstellen der Möbel draußen wird hier nicht gern gesehen und führte einmal sogar gleich zum Bestellen des Ordnungsamtes. Ähnliche Handlungen und Zeigefinger-Mentalität gibt es in der Großstadt, insbesondere in Berlin, weniger. Ebenso weniger markant ist in der Großstadt die Konkurrenz untereinander. In Meisenhof ist sie jedoch weit verbreitet. „Sozialneid“ bzw. eine starke sozioökonomische Distinktion und Kategorie-Denken nach der Sorte: [Wir wohnen] „im hohen Haus da hinten, das ist noch größer als Euers“ kommen allzu oft zur Sprache. Auch wenn sie von solchen Gedanken nicht erfasst werden will, ertappt sie sich doch dabei in solchen Strukturen zu denken, was am Ende in der Tat für mehr Aufregung sorgt als der kleinere Wagen, das bescheidene Haus oder die Nicht-Beschäftigung eines Babysitters.

„Ich habe Berlin immer geliebt ...“

Das Vermissen von und die Sehnsucht nach Berlin setzten bei Franziska immer erst nach einem Fortzug ein. Vorausgesetzt, dass bis dahin, und

überhaupt während der Kindheit bzw. Jugend, es die reine Ortsanwesenheit und der Aufenthalt waren, die unhinterfragt zur Selbstverständlichkeit gehörten. Fragen über Heimat oder Lebens- und Herkunftsort waren (noch) irrelevant. Erst das Heranwachsen und dann auch noch das Leben in der Fremde führten zu ersten Anregungen. Die Bezeichnung *Preußin* traf sie anscheinend unvorbereitet und dort in der Fremde kam es aufgrund der gefühlten *Kleinräumigkeit* und spürbaren Andersartigkeit zu einer Steigerung der Sehnsucht – eine Sehnsucht nach Urheimat und vielleicht Urszenen aus der Kindheit, gekennzeichnet durch Vertrautheit und Verlässlichkeit. Das Befundene im neuen Aufenthaltsort wirkte katalytisch auf die ansetzende Auseinandersetzung mit Herkunft, Lokalität und Identität. Durch das In-der-Fremde-Sein in Bayern verortete und verklärte sie den Heimatkosmos Berlin. Der neue Aufenthaltsort steigerte das Verlustempfinden und ließ ein Gefühl von Heimat aufkommen und emotional die Oberhand gewinnen (vgl. WALDENFELS, 1985, S.198ff.).

Die räumliche Trennung machte erst die Entwicklung des Bewusstseins über Herkunft als Teil des Ich bzw. der eigenen Identität möglich. Bis dahin war es selbstverständlich, unhinterfragt, sogar begrenzt wahrnehmbar. Franziskas Heimatbegriff schließt sowohl Menschen (Familie, Verwandte, Freunde), Verhalten und Mentalitäten als auch den eigentlichen Ort, seine Eigenschaften bzw. Qualitäten mit ein. Als geografischer Fluchtpunkt steht in erster Linie West-Berlin, als chronologischer Fluchtpunkt die Zeit vor der Öffnung der Mauer (wohl die einzige Erwähnung der Wiedervereinigung der Stadt). Aus ihrer Westberlinerin-Sicht bedeutete diese in erster Linie die (lang ersehnte) Erweiterung des Umlandes und der Landschaft. „Ihre Stadt“ und Urheimat lag im US-amerikanischen Sektor und war von einer bestimmten Mentalität und Ideologie geprägt; zudem überlagert vom Zeitgeist und den Mythen des Kalten Krieges. Die ummauerte, freie Stadt war omnipräsent und machte Berlin bzw. West-Berlin zur Idee bzw. zu einem Kult mit hedonistischen Erlebnisqualitäten, so wie zuvor New York, also eine Nachbildung und Repräsentation, die sonst nirgendwo in Westdeutschland vorkam. Diese Zeit als historische Einzigartigkeit war tiefprägend und ohnegleichen – besaß sogar identitätsstiftenden Charakter. Der historische Moment der Wiedervereinigung, dann sogar noch auf der Seite des *Siegersystems* wirkte zudem multiplikativ und bekräftigend.

Franziskas Orientierung auf und Faszination für Berlin und die Innenstadt haben an Intensität nichts eingebüßt. Berlin, nun in seiner metropolitanen Ausdehnung, ist mit ihrem Alltag verbunden und ein fortwäh-

render Anziehungspunkt sowie die ideelle und emotionale Heimat. Kurze Entfernungen zu Bahnhöfen (auch jetzt sind es nur 400 m) waren von Beginn an das Hauptkriterium der Wohnstandortsuche. Sie versucht mindestens einmal pro Woche nach Berlin zu fahren; zum Ausgehen mit ihrem Ehemann, zum Besuch ihrer Eltern oder zu Kulturveranstaltungen mit den Kindern. Von den Entwicklungen seit der „Öffnung der Mauer“ ist sie begeistert. In Berlin (West) gab es „immer viel Grün, [...] immer viele Seen und jetzt mit dem Umland ist es natürlich noch besser geworden“. Zudem freut sie sich über die anhaltende Zuwanderung von vielen „Menschen von unterschiedlicher Herkunft [...], die unterschiedliche Ideen mit reinbringen, die sich hier auch wohlfühlen“. Im Gegensatz ist ihre Bindung zu Vogelweide gering: „Vogelweide hat ja nicht so wirklich ein schönes Stadtzentrum oder sowas, also es ist schon sehr nach Berlin ausgerichtet.“

Für die Zukunft, wenn irgendwann mal die Kinder ausziehen, wäre es für sie durchaus vorstellbar, das hiesige Haus zu vermieten und in eine schöne Altbauwohnung in der Berliner Innenstadt einzuziehen. Franziskas kompromisslos offene und liberale Haltung entspringt dem kosmopolitischen Denken, das mit Weltmetropolen assoziiert wird. Bekanntlich ist auch Kosmopolitismus nicht vom Hierarchie- und Konkurrenzdenken befreit. Okzidentales Verständnis und ökonomisch-rationelle Unwägbarkeiten korrelieren scheinbar mit dem neoliberalen Geist der Gegenwart: Auf der einen Seite die Herabwürdigung der Menschen zu Ideen- und Innovationsbringern, auf der anderen Seite eine pastorale Kritik der damit behafteten Polarisierungsphänomene. Franziskas Grundton hallt jedoch humanistisch wider und äußert Kritik und Ablehnung gegenüber der exaltierten Leistungsorientierung bzw. „Kadertraining“-Haltung, die relikthaft in der Schule, im Sportverein oder im Ort generell ihr Unwesen treibt. Damit meint sie in erster Linie die realsozialistische bzw. *kommunistische* Variante, aber generell ist es der postsozialistische Geist, der ihre libertäre Denkweise durchkreuzt. Hinzu kommt die Kritik monopolistischer Strukturen, die in Orten wie Meisenhof wohl unvermeidbar zu sein scheint.

Auch aktuell überwiegt die große Begeisterung für *ihre* Stadt und so wie sie es meint, die innenstädtischen Bezirke. Diese Auffassung wird für Franziska nun aus räumlicher und einer anderen Lebensphase, also mit einer gewissen Distanz geteilt. Dennoch wirkt die Ausstrahlung des Kernraums über die Stadtgrenze in die Postsuburbia und darüber hinaus. Sie steht dafür, dass Berlin zur Metropole gemacht wird. Die effektivere Wirkung lässt sich darauf konzentrieren, dass aufgrund der gerin-

gen Entfernung das Angebot zum Greifen nah ist. Ihr Bekennen zu Berlin ist kompromisslos, sodass sogar Fragen zur Anonymität oder Kriminalität durch Gegenargumente abgeschmettert werden. Sie nimmt nicht nur ihre Stadt in Schutz, sondern schafft ein Gegenmodell zur wenig entspannten Alltagspraxis und dem Hang zu Ordnung und *Regeln* des (post-)suburbanen Meisenhofs.

V. Die Blasiertheit des postsuburbanen Menschen

Frauke ist 1953 in einer niederrheinischen „Kleinstadt auf dem Lande“ geboren. Dort hat sie mit ihren Eltern zuerst in einem „Ein- oder Zweifamilienhaus“ gewohnt. Nach der Geburt ihrer zwei Geschwister zogen sie in den benachbarten Ortsteil, in eine alte „wirklich tolle Villa [...] mit Riesenterrassen, Kiesauffahrt und riesigem Garten“, die sie jedoch mit einer weiteren Mietpartei teilen mussten. In einem Mansardenzimmer ganz oben „weg vom Schuss“ konnte sie hier in Ruhe, „göttlich gefühlt“ und mit „Überblick über alles“ ein Stück Freiheit genießen. Die Fertigstellung des Eigenheims und der Wiedereinzug in den vormaligen Ort setzten dem ein Ende. Der anfängliche Unmut löste sich später auf, als sie mit ihrer alten Freundin zusammenkam. Zudem hat das neue geräumige Grundstück „sehr schön gelegen“. Hier blieb sie bis zum Abitur, worauf sie wegen des Lehramtsstudiums nach Saarbrücken zog.

Dort hatte sie ein „tolles Zimmer“ in der Wohnung einer älteren Dame in einer alten Villa mit einem schönen Garten am Schenkelberg. Die unmittelbare räumliche Nähe zur Vermieterin sorgte für „halbfamiliäre Verhältnisse“, die sich sogar steigerten nach dem Einzug ihres damaligen Freundes ins benachbarte Zimmer. Mit ihm zog sie später nach Heidelberg. Aufgrund der unbezahlbaren Mieten zogen sie jedoch ins benachbarte Leimen, in eine komplett andere, heute unvorstellbare Wohnlage. Ihre Wohnung lag „auf einer Verkehrsinsel“. Damals empfand sie es weniger störend. Zwei Jahren später trennte sie sich von ihrem Freund und zog in eine Fünfpersonen-Wohngemeinschaft „in ein tolles Haus [...] mit großen repräsentativen Zimmern, Stuck und so weiter, und Balkon“, mitten in Heidelberg. Anfangs war es faszinierend, doch bald aufgrund der Unbeständigkeit durch die „ständig wechselnde Besetzung“ nahm die anfängliche Faszination stark ab.

Nach Studienende erfolgte eine Promotion und darauf Bewerbungen für ein Referendariat. Auf keinen Fall wollte sie in „Baden-Württemberg“ oder in einem Ort auf der „schwäbischen Alb“ landen. Am liebsten wollte sie nach Berlin und unerwartet schnell bekam sie eine Zusage aus

Westberlin, worauf sie überstürzt und planlos umsiedelte. Die Einquartierung in Berlin-Charlottenburg verlief entsprechend, wobei die Zweizimmerwohnung mit einer Miete von 60,- Euro (bzw. 120,- DM) recht günstig war. Dafür wies sie eklatante Mängel auf. Bis dahin wusste Frauke nicht, was es heißt: „Hinterhof und Außenklo“, Warmwasser über Boiler, Ofenheizung usw. Als sie 1982 das Referendariat abschloss, war sie in der Lage sich eine teurere und komfortablere Wohnung zu leisten, so zog sie in eine neue „traumhafte“, 83 qm große „Belle-Etage“-Altbauwohnung in Kreuzberg, trotz sehr zentraler Lage, verkehrsberuhigt. Hier hat sie letzten Endes knapp 18 Jahre gewohnt, obwohl Nordausrichtung und dadurch Sonnenarmut für einen „lichthungrigen Menschen“ wie sie einen enormen Nachteil darstellten. Sonst wäre sie vermutlich dort bis „heute noch wohnen“ geblieben, zumal im Großen und Ganzen das Haus relativ gut gepflegt war und nach mehreren kleineren Renovierungsarbeiten sie sich eine „sehr tolle Wohnung“ geschaffen hat.

Im selben Haus, eine Etage höher wohnte ihr jetziger Ehemann, mit dem sie später halb zusammenzog. Halb nur deswegen, weil beide ihre Wohnungen behalten hatten, aber so umgestaltet, dass sie diese wie eine gemeinsame Wohnung nutzen konnten. Später nach der Gebäudemodernisierung stiegen jedoch die Mieten so stark an, sodass sie und ihr Mann „ganz blöd“ dastanden. Offiziell hatten sie „jeweils einzeln eine Wohnung bewohnt“, aber „die anderen Leute haben teilweise zu viert in den Wohnungen“ gewohnt. Dadurch hatten sie „alles mit bezahlt“, auch wenn die „ständig geduscht und so“ haben. So wurde es auf die Dauer „schon richtig teuer“. Das Fass zum Überlaufen brachte eine Nachbarin, eine Sängerin – zumindest „sie hielt sich dafür“ – und ihr „unsoziales“ Verhalten, aber auch die bis dahin unbemerkte Hellhörigkeit des Gebäudes.

Generell legte Frauke wenig Wert auf *gute* Nachbarschaftsbeziehungen. Sowohl während der Studienzeiten als auch später in Charlottenburg, wo sie eh eine „halb asoziale Nachbarschaft“ hatte, aber auch in Kreuzberg gab es „keine Leute“ ihrer „Kragenweite“. Es waren „sehr einfach gestrickte Leute“, mit denen sie nichts zu tun haben wollte. Einzige Ausnahme stellten die „Architekten“ im Nachbarhaus in Kreuzberg dar, mit denen sie sich „eigentlich immer einmal in der Woche trafen“; auch nach dem Wegziehen. Sie haben „ein ganz tolles Appartement“, was für sie auch eine Übernachtungsmöglichkeit bot, wenn sie in der Innenstadt ausgingen. Zudem war dieses „Architektenpaar“ behilflich bei der Planung des neuen Hauses.

Der Gedanke des Wohnens in einem Haus in der Umgebung Berlins war ohnehin nicht neu. Die Umzugspläne wurden konkreter und letztendlich finanzierbar nach der Wiedervereinigung: „Die Maueröffnung hat natürlich eine Situation geschaffen, in der man auf einmal im Umland was kaufen konnte.“ Das erste Eintreffen in Vogelweide erfolgte unmittelbar nach der Wende, allerdings war es sehr ernüchternd. Die allererste Reaktion: „Oh, Gott, nie im Leben“. Damals gab es in der Bahnhofstraße „Schweineställe“ und generell „sah [das] furchtbar aus“. Damit war zunächst ein Zuzug hier so gut wie ausgeschlossen. Erst einige Jahre später, als die Spekulationsphase vorbei war und die Restitutionsfragen größtenteils geklärt waren, unternahmen sie einen weiteren Anlauf. Im Winter 1997 drangen sie bis nach Meisenhof vor. Es hat stark nach „Braunkohle [...] gestunken“ und Frauke fand es immer „noch so sehr ostig, [...] grau und triste“, dennoch „damals schon“ war nicht zu übersehen, wie „total toll [...] die Straßen mit diesen Bäumen und den Villen“ aussahen. Außerdem war es ein Schnäppchen, denn „im Westen Deutschlands kann man sich sowas nicht leisten“ - und wenn „vielleicht schon“, dann ist es „viel teurer als hier“. So wollten sie die Gelegenheit nicht verpassen und haben „schon viele Villen angeguckt“, aber am Ende mieteten sie „nur“ ein „Kaffeemühlenhaus“ aus den 1930er-Jahren. „Die Dreißiger-Jahre-Häuser haben total schöne Grundrisse“ und sind „praktisch...“, aber für einen Zweipersonenhaushalt war es hier „fast zu groß“ (3 Geschosse à 80 qm). Deshalb suchten sie weiter und unmittelbar darauf kamen sie über eine Immobilienanzeige auf das von ihnen derzeit bewohnte Haus. Schon bei der Besichtigung war Frauke „sofort total verliebt in dieses Häuschen“, auch wenn es zu diesem Zeitpunkt wesentlich kleiner war und sich „in einem unglaublich schlechten Zustand“ befand. Der Gedanke „ja hier direkt am [Weiher]“ zu wohnen, war ihr nicht minder wichtig. Da aber die veranschlagten Umbaukosten ihre finanziellen Möglichkeiten überschritten hatten, verwarfen sie die ursprünglichen Kaufpläne. Allerdings während sie Urlaub in Spanien machte, erreicht sie ein Fax von ihrem Mann mit dem lapidaren Satz: „Hab das Haus gekauft“.

Sie bauten das *Kaffeemühlenhaus* um und vermieteten seine Wohnungen. Nach wie vor blieben sie Hauptmieter der beiden Wohnungen in Kreuzberg für den Fall, dass sie „wieder in die Stadt zurückziehen“, den Eltern zur Verfügung stellen oder als Übernachtungsmöglichkeit nutzen wollten. Nachdem die Aufenthalte in der Innenstadt immer seltener wurden und die anderen Optionen unwahrscheinlich wurden, lösten sie den Mietvertrag für die untere Wohnung auf und untervermieteten die obere Wohnung an eine Freundin. Der vorgenommene Umbau des neuen

Hauses war am Ende umfangreicher und kostspieliger als geplant. Vom ursprünglichen Bau blieb nur die mit „Rosen überrankte“ vordere Fassade übrig; sie verdoppelten die Grundfläche. Auch das Grundstück, das anfangs mit 800-900 qm „relativ klein“ war, wurde durch den Zukauf des benachbarten 1.300 qm großen Grundstücks enorm erweitert. Damit wollten sie vermeiden, dass eines Tages ein potenzieller Käufer „zu nah baut“ oder durch Aufteilung sie hier „vier Häuser hinsetzen“ und ihre „Sicht zum [Weiher]³⁵³ versperrt wird. Sicherlich hat die Grundstückserweiterung auch den Aufwand für die Gartenpflege erheblich gesteigert. Anfangs bewältigte es Frauke meistens alleine, nun aber hat es größtenteils ihr Mann mit seinem Rasenmäher, den er „über alles liebt“ oder „glücklich ist, [...] wenn der auf seinem Traktor sitzt“. Außerdem wurde ihre Arbeit immer anstrengender und sie hat lange Zeit „geackert wie blöd“. Umso schöner war ihre Ankunft „hier draußen ... und die Blumen und irgendwie ... und die Ruhe“ – wie Zuflucht in eine Oase.

Der Umzug nach Meisenhof hat in jeder Hinsicht vieles in Fraukes Leben verändert. Auf einen Schlag hat sie „hier innerhalb von zwei Jahren so viele Leute kennengelernt, wie in Berlin nicht in fünfzehn Jahren“. Das ist in erster Linie dem Engagement ihres Ehemanns im Bürgerverein zu verdanken, da sie selber „nicht so ein Vereinshansel“ oder als kinderlose Bewohnerin nicht in der Lage sei, sich über die Kinder mit anderen Bewohner anzufreunden. Im Vergleich zu früher hat sie nun auf einmal die Gelegenheit, sehr viele „interessante Menschen“ hinsichtlich Herkunft, Bildungs- und Berufsstand kennenzulernen. Dies betrifft in der Regel Neubewohner, worunter „unheimlich viele Bonner“ fallen, viele davon [...] Akademiker, [...] Staatssekretäre“ und „ein bestimmtes Klientel, eine bestimmte Altersgruppe“, mit denen sie viele Gemeinsamkeiten teilt. Auch wenn sie etwas jünger als sie sind, viel wichtiger ist, dass es „gebildete Leute“ sind, so wie ein „Freund“, der in Wien „eine Art Botschafter für die UN“ ist oder eine Freundin, die den Besucherservice des Bundestages geleitet hat und inzwischen im Bürgerverein für ein lebendiges Kulturprogramm vor Ort sorgt. Gemeinsame Besonderheit dieser Menschen: Sie „alle haben ein Haus. Also die meisten haben sich irgendeine alte Villa gekauft und sanierten die.“ Damit sind die Gespräche, „die Themen [...] absolut vergleichbar“, wobei das verbindendes Element „jeder hat ein Haus, jeder will aufs Land, jeder hat einen Garten“ den Anschluss um Einiges leichter macht.

Kontakte zu Bewohnern mit ostdeutschem Hintergrund findet Frauke eher „schwierig“. „Nicht dass es nicht geht, aber da stoßen immer noch so die verschiedenen Welten aufeinander“ empfindet sie, wobei sie bei

jüngeren Generationen nachhaltig Veränderungen feststellt, sodass heute nur schwer erkennbar sei, „wer aus dem Osten und [wer] aus dem Westen“ kommt. Nach der Wende konnte sie in der Fachschule genau erkennen, welche Schülerinnen aus dem Osten kamen. Das waren die, „die total engagiert waren, die sich durchboxen wollten, die was werden wollten, also die nicht so super gepolstert waren von zuhause“. Auch in Meisenhof soll es viele engagierte Frauen geben, solche die vorübergehend „nicht berufstätig, nicht erwerbstätig“ sind und in der Regel in den Beruf zurückkehren wollen. Oder solche, die „eben einen Haufen Kinder haben und denen es auch wichtig ist, wie die Kinder erzogen werden“ und deswegen mischen diese sich in die verschiedensten Aktivitäten mit ein. Mit der eigenen Kinderlosigkeit kann sie „den Schnitt“ und die „Unmengen von Kindern“ normalisieren – „Fünf Kinder sind hier keine Seltenheit.“ Das Jahr 2009 stellte eine Zäsur in Fraukes Leben dar als bei ihr ein Gehirntumor diagnostiziert und ihr Leben durch eine Operation noch rechtzeitig gerettet wurde. Sie arbeitet „im Moment nicht“ und wird es in der Zukunft „wahrscheinlich auch gar nicht mehr“ tun. Ihren Alltag bestimmen nun die „furchtbar vielen Arzttermine“. Dennoch hat sie auf einmal Zeit für sich und befindet sich in einer Neustrukturierungsphase. Vordem hielt sie das alltägliche Pendeln nach Berlin davon ab in ihrer Freizeit dorthin zu fahren, wie sie es früher gemacht hat und abermals „Theater, Ballett, Oper und sowas...“ zu besuchen.

Interpretativer Rückblick: Wenn es so etwas wie einen Berliner Humor oder Dünkelhaftes einer Diva ähnelnden Ausdrucksweise gibt, dann kamen im Gespräch mit Frauke einige Züge davon vor. In vieler Hinsicht grenzten einige Ausdrücke an eine Offenbarung ironischer Betrachtung über Situationen und Personen. Unter der Annahme, dass ihre Antworten ernst und ehrlich gemeint waren und dabei ihr wahres Ich und ihre Haltung zum Vorschein kamen – vielleicht können sich Ironiker einfach nicht verstellen – wurden hier einige äußerst wertvolle Erkenntnisse gewonnen. In der Tat einiges davon wurde teilweise vermutet oder sogar als unaussprechbar klassifiziert, doch Frauke hat es auf eine direkte, unverstellte Weise ausgesprochen, sodass es so unbeirrt und genuin herüberkam und damit wieder ein wenig von seiner Schärfe verlor.

Fraukes Wohnvorstellungen und Wohnwünsche sind eng mit Emotionen bzw. emotionalen Bildern verbunden. Eine Kontinuitätslinie von der Kindheit bis zur Gegenwart, gewiss begradigt und gefärbt, wird gezeichnet und steht gewissermaßen für ihre individuelle Geschichte. Somit auch für die geformte Identität – sowohl der erlebten als auch der

konstruierten. Die starke Emotionalität und der charakteristische Duktus ihrer Erzählungen mögen auch Resultat der jüngsten Vorkommnisse in ihrem Leben sein. Die Krankheit war eine Zäsur, nun nach dem vermutlich glücklichen Ausgang ist der Heilungsprozess mit einer großen Anpassung und Umstellung verbunden. Dieser Prozess ist sowohl von Zuversicht und Hoffnung für die Zukunft als auch von Infragestellung und Abrechnung mit Vergangenen geprägt.

Auffällig ist auch die ausgeprägte Selbstüberschätzung, die in Sachen Distinktion und soziale Differenzierung unter Umständen in eine Schiefelage gerät, zumal allzu sehr eine Neigung zu dualen Kategorien, teilweise Normativität zum Vorschein kommt. Wobei sie durchaus die eigenen Grenzen der Sozialität kennt und keinen Hehl daraus macht und auch kein idyllisches oder politisch korrektes Bild vortäuscht. Es reicht nicht nur, wenn Gedanken frei sind, es gehört Mut dazu, sie zu äußern. Genau darauf legt Frauke größtenteils wert und deswegen war das Gespräch so wertvoll und erkenntnisreich. Auf die Fragen und angesprochenen Themen reagierte sie gewissenhaft. Entsprechend war ihre (innere) Suche nach plausiblen Antworten. Sie äußerte ihre Gedanken unmittelbar, ohne den Versuch sie zu zügeln oder zu verfälschen. So blieb manch harsche Äußerung nicht ausgespart oder manch ausgesprochener Gedanke nicht fertiggedacht. Es wurden also keine starren, dogmatischen Meinungen kundgetan – auch wenn sie sich manchmal so anhörten.

Nach 28 Jahren in Berlin, inzwischen zehn davon in Meisenhof kennt sie beide Lebensräume sehr gut. Obwohl sie den Wohnort gewechselt hat und dadurch der Proporz zwischen Kernstadt, wo sie bis vor kurzen noch arbeitete und einen großen Teil ihres Alltags verbrachte, und Post-suburbia geändert hat, bleibt ihre Haltung und Bindung zur Großstadt und zur urbanen Lebensweise dieselbe. Dem Anschein nach tritt unaufgefordert sogar ihre metropolitane Haltung zutage, die nicht das eine gegen das andere stellt, sondern beides als selbstverständliche, komplementäre Teile eines Ganzen versteht. Allenfalls erkennt sie, wie reziprok die Beziehung zwischen einer suburbanisierten Innenstadt und einer urbanisierten Suburbia sein kann.

Wohnen, Wohnemotionen und Wohnidentität

Besonders auffallend in Fraukes Wohnbiografie sind die Emotionen und Befindlichkeiten sowie die Ästhetisierung des Wohnens. Die Hervorhebung der bewohnten Villen mit den dazugehörigen Gärten und die Beinahe-Ausblendung suburbaner und funktionaler Neubauten haben mehr mit augenblicklichen Zuständen und Bedürfnissen zu tun als mit

vormaligen Notwendigkeiten oder Zufällen. Die derzeitige Wohnstätte sollte erschwinglich und nicht, wie ursprünglich gewünscht, eine der vielen repräsentativen Villen Meisenhofs sein. Wohl ein Kompromiss oder Wiedergutmachung war das aufwendig umgestaltete Haus und der erweiterte Garten. Das jetzige Haus fühlt sich immerhin wie eine Villa an – und so wird es auch gedacht. Identität und Selbstinszenierung lancieren als Hauptmotive für die präferierte Wohnweise. In Aussagen wie „Wohnung macht einen größer“ wohnt ein Wohnverständnis inne, das die Symbolik und den Status in den Vordergrund rücken.

Haus bzw. *Heim* ist für Frauke „existenziell“ und selbstreferenziell, also bedeutet auch ein Stück Selbst, das von Wünschen und Zielen gesteuert ist, die unbedingt in Erfüllung gehen sollen. Ein Bau stellt das Selbst zur Schau, einschließlich der Verdeutlichung und Stilisierung ureigener Wohnwünsche. Zugleich wird er zu einer Kulisse für das Erlebte und Gefühlte oder das Inszenierte und Narrative.³⁵⁴ Mit dem getragenen Wohn- und Lebensstil wird die individuelle Identität demonstriert. Kleinlaute Verweise auf das Architekten-Haus oder Referenzen auf eine Bautradition (siehe „Kaffeemühlenhaus“ und 1930er-Jahre-Architektur) sind Versuche, die Individualität des eigenen Hauses in den Vordergrund zu rücken. Faktische Qualitäten wie Licht, Sonne, Platz und Natur werden quantifiziert, um imponierende Merkmale, wie „über 2.000 qm Garten“, „elf Fenstertüren“, „100 qm Terrassen“ oder „80 m nur Fliesen“ und „500 Tulpen“ u. a. abzuleiten. Offenbar hat die weitergedrehte Spirale sowohl mit den sukzessiv gestiegenen Wohnansprüchen als auch mit einem Profilierungsdrang zu tun. Von dem Moment an, als die Wohnvorstellungen erschwinglich und realisierbar erscheinen und sich ein fester Wohnstandort herauskristallisiert, setzt die Bereitschaft für die Aufwertung der Wohnverhältnisse ein. Die Renovierung der 18 Jahre bewohnten Kreuzberger Wohnung war der erste Schritt. Die Abstraktion des Randwohnens gipfelte dann in den Kaufplänen einer Villa, die zunächst erschwinglich zu sein schien. Doch am Ende reichte es *nur* für ein 1930er-Jahre-Haus, das eher Enttäuschung und Unzufriedenheit auslöste. Das aufgestockte Kleinhaus war ein zufriedenstellender Kompromiss. Seine aufwendige Anpassung an ihre eigenen und die Bedürfnisse ihres Mannes war die Verheißung einer heimischen Wohnstätte. Angst oder besser gesagt Vorsicht, die geschaffene Idylle durch die rigorose Verdichtung Meisenhofs gestört zu sehen, veranlasste sie zum Kauf des benachbarten Grundstücks. Das verbindet sie nun nämlich mit dem Lindenweiher, der zu einem unverzichtbares „Naturerlebnis“ geworden ist und die Wohnqualität enorm gesteigert.

Das kinderlose Paar (also ein „Double Income No Kids“-Paar) bewohnt seit inzwischen zehn Jahren dieses Haus. In diesem Zeitraum schlich sich ein Prozess der Introvertierung ein, wohl eher einer einseitigen, zumal Frauke, mehr als ihr Ehemann, sich dem Genuss der häuslichen Behaglichkeit und Privatheit hingab. Nicht in Form von Isolation, sondern vielmehr infolge der Kontemplation und der Regeneration von der überbeanspruchenden Erwerbstätigkeit, erwiesenermaßen nach der Operation auch der Rekonvaleszenz. Diese Form von Privatheit feiert sie – anscheinend gerne – mit den auserwählten Freunden und gelegentlichen Gästen. Die im privaten Lebensraum verfügbare Behaglichkeit wirkt dementsprechend auch auf die Inszenierung hin, die keineswegs nur aus purem Drang folgt, sondern eher in Wechselwirkung zum Wohlfühlen und Heimisch-Sein oder zum Empfangen und Darbieten in ihrem Privatraum steht. Hier genießt sie Vorteile und Freiheiten, die sie früher nicht kannte oder sich nicht leisten konnte. Auch wenn es triviale Eventualitäten sind, wie „so richtig doll krachmachen“ oder „um drei Uhr nachts [...] ein Loch bohren“ – aus Rücksicht auf die Nachbarn wird es nie passieren, dennoch das Gefühl zu haben, in Ruhe hier zu wohnen und „selbstbestimmend“ zu entscheiden, was man macht oder lässt, verleihen dem eigenen Wohnhaus einen unersetzbaren Wert. Zum Lebensstil gehört eben die gelegentliche Befreiung vom Zwang der Rücksichtnahme. Als „Opernfan“ lässt sie gelegentlich ihre Gelüste freien Lauf und „dann schallt es auch über den“ Weiher.

Neben der selbstreferenziellen Bezogenheit auf das Wohnhaus und die materiellen Dinge findet Frauke hier die Korrespondenz zu ihrem Lebenspartner. In dieser Zweiergemeinschaft stellt also eine Person einen festen Verankerungspunkt dar. Nicht nur seine Rolle für das Zustandekommen und die Erfüllung dieses Wohnwunsches, sondern auch sein Beisammensein und die emotionale Bindung stärken das Heimgefühl. Mal versteckt und subtil, wie wenn sie ihn für die Bewältigung der praktisch-alltäglichen Lebensausführung durch seinen Arbeitseinsatz lobt, mal offener und mit großem Affekt, wenn sie die Undenkbarkeit alleine ohne ihn hier zu wohnen bzw. zu leben zum Ausdruck bringt. Gefühlsbetont ist die Anerkennung seiner Fürsorge und seiner Bemühungen um die Befriedigung ihrer Bedürfnisse, zumal er „eigentlich nicht rausziehen“ wollte, oder die Bewunderung seiner Eigenschaft als „absoluter Ästhet“ etwas davon zu verstehen, was ein „schönes Haus“ oder „schönes Viertel“ ist. Letzteres bezieht sich auch auf seine Mitwirkung daran, die ästhetische Aufwertung des Wohnortes durchzusetzen.³⁵⁵

Inwieweit der so oft angesprochene Wunsch nach Wohlgefühl mit einem Sinneswandel nach der schweren Operation und dem dumpfen Gefühl von Unzufriedenheit, Überanstrengung und übertriebenem Ehrgeiz einhergeht, bleibt offen. Nach einer so schweren Krankheit gehört zum Heilungsprozess auch ein Lebenswandel, der die Abstinenz vom Erwerbsleben und „eine Befreiung“ von damit einhergehenden Zeit- und Raumstrukturen mit sich bringt. Die Entfernung eines potenziell tödlichen Tumors und die Empfindung „ein neues Leben geschenkt“ bekommen zu haben, bewirken ohnehin eine grundlegende Infragestellung des Lebens. Die Bewusstwerdung und die Sinnsuche betreffen auch das Wohnen. In der Zukunft und zum gegebenen Zeitpunkt stehen also gewichtige Entscheidungen über räumliche und wohnliche Veränderungen zur Debatte. Frauke kann sich vieles vorstellen, darunter auch die Rückkehr in die Stadt oder die Auswanderung nach Italien, wo sie mit etwas komplett Neuem beginnen kann, z. B. eine „neue Sprache lernen“. Oder zu schreiben, z. B. einen Erfahrungsbericht und Ratgeber für andere von solcher Krankheit Betroffenen. Entwürfe und Neugier für neue Sujets sind vorhanden, die wichtigen Entscheidungen werden später getroffen. Vorerst muss die körperliche und psychische Genesung erfolgen. Oder andere materiellen oder immateriellen „Aufräumarbeiten“, die jahrelang aufgeschoben wurden, erledigt werden. Der Drang „Ordnung zu schaffen“ beginnt beim Aufräumen des eigenen Zimmers und das Beseitigen vom „ganzen alten Mist“ und reicht bis zum Aussortieren im Freundes- und Bekanntenkreis.

Distinktionen für jeden Geschmack

Affirmativ stellt Frauke die Entwicklung der sozialen Beziehungen und Kontakte seit ihrem Zuzug in Meisenhof heraus. Weil sie „hier innerhalb von zwei Jahren so viele Leute kennengelernt [hat], wie in Berlin nicht in fünfzehn Jahren“. Das scheint für sie eine durchaus überraschende Wendung zu sein, auch wenn sie selber es nur bedingt darauf ankommen ließ und eher dem Bürgerverein und ihrem dort engagierten Ehemann zurechnet. Allerdings hielten sie es beide für gut, Kontakte zu knüpfen, auch wenn dies nicht das primäre Ziel ihres Zuzugs in die Suburbia war. Relativ schnell jedoch nutzten sie die Gelegenheit dies über den Bürgerverein zu tun. Ihr Ehemann beteiligt sich daran sogar intensiver, zumal er später „zweiter Vorsitzender“ wurde („wollte nie erster werden“) und jahrelang „ganz aktiv bei der Sache“ war und sie dadurch nachhaltig die Bekanntschaft zahlreicher Bewohner, vor allem Neubewohner, machten. Unumgänglich treten während des Gesprächs

stellenweise starke Distinktionen und bipolare Denkweisen in Bezug auf die Zusammensetzung der Bewohner zutage. Frauke scheut politische und soziale Incorrectness nicht und zieht klare Linien zwischen ihrer Person bzw. Menschen ihren „Kalibers“ und anderen Personen oder Gruppen. Ihre Distinktionsschemata konzentrieren sich in der Regel auf soziokulturelle und sozioökonomische Kategorien, wie: Ostler/Westler, eine alte Villa besitzende Beamten/Hartz-IV-Empfänger, gebildet/ungebildet (hierunter „Dumpfbacken“ d. h. „rechte Deutsche“ und „fundamentalistische Islamisten“/„Gebildete“ und „an sich Arbeitende“).

Die Distanzierung von der Nachbarschaft hat diesmal – wie früher in der Charlottenburger und Kreuzberger Wohnung – vorwiegend mit einer von ihr diagnostizierten intellektuellen „Rückständigkeit“ der Nachbarn zu tun. Auch das Verhältnis zu den Ostdeutschen Bewohnern und Nachbarn – „einige in der Straße sind Ostdeutsche“ – ist von einer gepflegten Distanz geprägt. Zwar akkreditiert sie ihnen Toleranz und Lässigkeit, weil sie „eigentlich immer gern gefeiert“ haben und deswegen auch ihre schallenden Opern-Exzesse oder „eine Riesenparty“ einfach so hinnehmen, allerdings werden die Beziehungen zu ihnen als „schwierig“ eingestuft. Es mag wohl „ganz gute Kontakte“ geben, aber sie hat „keine Freunde“ unter den „Ostlern“. Hier „stoßen immer noch so die verschiedenen Welten aufeinander“, die ihrer Meinung nach zum großen Teil durch die Pauschalisierung der Bewohner mit „Osthintergrund“ verursacht wird. Stellvertretend werden jene Nachbarn oder Meisenhofer in Betracht gezogen, die sozioökonomisch – evtl. kulturell – einer anderen Klasse als sie angehören. Auch hier gibt es sogenannte Wende-verlierer, darunter einige, die es nicht über den Bezug von Sozialleistungen hinaus geschafft haben. So kommt es zu einem Kultur-Clash, in diesem Fall besonders extrem, wenn „Hartz-IV-Empfänger“ und „Villa-Besitzer“ in der Regel mit „Westhintergrund“ aufeinander treffen. Letztere haben nicht nur eine bessere Stellung in der lokalen Gesellschaft (eher Parallelgesellschaft), stellen Ansprüche selbstbewusst – in den Augen anderer eventuell rechthaberisch und herrisch –, wenn es um die lokale Entwicklung oder die geltenden Standards/Normen geht. Der Versuch „in dem Bürgerverein [...] Menschen aus dem Osten einzubinden“ bezeuge die Vermutung der Kolonisation Meisenhofs durch Westdeutsche (inkl. Westberliner), die durchaus vor Ort engagiert und eifrig agieren und die Agenda und das lokale Geschick an sich reißen.

Zu dieser Agenda gehörten die Gestaltungssatzung, aber auch *unwichtigere* Alltagssituationen, die in den vermeintlich gut situierten Wohnorten „so halb unsoziale Orte“ (wie die Gaststätte „Happa-Happa“), ver-

Meisenhof keine Seltenheit darstellen, könnte als ein Zeichen von Neid und Bitternis aufgefasst werden. Oder nur die damit behaftete Exklusion? Dieser „Wahnsinn“ mit den Kindern wird ebenfalls unbeirrt herabgesetzt, obwohl es teilweise nicht zum Denkraster passen will, denn „es sind gebildete Leute“, die hier so viele Kinder bekommen und nicht wie angenommen oder zwielichtig berichtet „Frauen ohne Berufsabschluss“ bzw. in „sozial schwachen Milieus“, oft gleichgesetzt zu Familien mit Migrationshintergrund (vgl. FAZ vom 12.04.2009).

Die Krankheit bedeutete sicherlich einen Wendepunkt für die sozialen Beziehungen, die „nicht mehr so festgefügt“ sind, „wie sie mal waren“. Krankheitssymptome wie Stimmungsschwankungen und „manische Zustände“ haben Bekannte und Freunde auf die Probe gestellt und wie es scheint, Umfang und Intensität abnehmen lassen. Das soziale Potenzial in Meisenhof ist dennoch irgendwie nicht komplett ausgeschöpft, zumal auch dazukam, dass sie dadurch „auch viele neue Leute kennengelernt“ hat. Es kam durchaus „viel Anteilnahme“ und Menschen vor Ort haben „sich toll um [sie] gekümmert“; trotz extremer Zustände, in denen sie in mancher Hinsicht „schon ziemlich überkandidelt“ war.

Ein weiterer Einschnitt war das Einsetzen eines Umdenkprozesses in Bezug auf die eigenen Erwartungen und Illusionen hinsichtlich der bevorzugten lokalen Kontakte. Eine gewisse fortwährende Distanz und die neueren sozialen Erfahrungen verstärkten die kritische Haltung und führten zu einer Hinterfragung der kleinlokalen Strukturen und Normen, sodass sie heute quasi viel weniger daran interessiert ist, „was Leute denken und was Leute nicht denken“. Vor allem jene Milieus, die „ein festgefügtes Weltbild“ aufweisen, geprägt durch Konformitätsdenken, in dem man „nicht nach rechts und nach links ausscheren darf“ oder das „nicht ins Raster“ passende Verhalten ächten. Auf welcher Weise und von wem Frauke exkludiert wird, bleibt schleierhaft. Inwieweit der dramatische Appell und das Bedauern dieser Konstellation nur mit dem momentanen Widerfindungsprozess zu tun haben und ob sie dadurch „richtig frei geworden“ ist, bleibt eine Frage der Zeit. Die Vielfalt der lokalen sozioökonomischen Struktur Meisenhofs scheint jedenfalls ein hohes soziales Potenzial zu besitzen, in dem Chancen für wahre und grundsichere soziale Beziehungen stecken, abseits von gezogenen Grenzen und Äußerlichkeiten.

Neuorientierung und die erzwungene Rückkehr ins Lokale

Das Bild von Berlin ist durchaus positiv besetzt. In der Nähe zu wohnen, stellt weithin eine ganz bewusste Entscheidung, nicht nur aus berufli-

chen Gründen, sondern auch aufgrund der Wertschätzung der urbanen Opportunitäten, von der Kulturvielfalt und der Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit bis hin zur internationalen Kulinarik dar. Dafür ist es schwieriger mit der Pflege von Freunden und der Kontaktherstellung, da ihr, wie im SIMMEL'schen Sinne, Berliner reizüberflutet und ständig verplant vorkommen. Die Leichtigkeit der Kontaktherstellung ist ihr erst nach dem Einzug nach Meisenhof bewusst geworden. Andererseits schätzt sie die Unplanbarkeit Berlins sehr sowie die subkulturellen Lebensweisen fernab des Mainstream mehr als zum Beispiel die komplette Lebensverplanung wie die einer Bonner Freundin in Meisenhof. Die Bekenntnis zur Offenheit für Menschen, „die aus dem Raster fallen“ und generell zur großstädtischen Vielfalt überraschen, lassen jedoch keinen Zweifel am positiven Berlinbild aufkommen. Die Erkenntnis, dass manche Dinge gut und andere weniger gut hier sind, gehört jedoch für sie zum großstädtischen bzw. metropolitanen Selbstverständnis.

Auf metropolitaner Ebene erkennt Frauke in der Nachbarschaft von heterogenen Gruppen keine spezifischen Probleme. Es bleibt jedoch ein Rätsel, wie es möglich ist, auf der einen Seite von ethnischer Durchmischung zu sprechen, um zur Problemlösung der Parallelgesellschaft oder der Integration der Berliner Türken zu gelangen, wenn auf der anderen Seite das Nebeneinander von Villenbesitzern und Hartz-IV-Empfängern als problematisch gesehen wird. Es wäre interessant zu erfahren, wie Villenbesitzer auf eine mögliche *Ansiedlung* von *Türken* in Meisenhof reagieren würden. Diesbezüglich wird in einer Reihe von Themen und Fragestellungen über Metropolenentwicklung ein ambivalentes Problembewusstsein offenbar. Auch hier kommen teilweise massenmedial (re-)produzierte Annahmen und Bilder zum Vorschein. Die selbstschützende „Isolation“ (post-)suburbaner Räume, die sie sich immer mehr separieren und *desinfizieren*, erleichtert die Diffusion einseitiger Bilder ungemein. Grundsätzlich befürwortet sie also „andere Kulturen“ und Lebensweisen, auch die, „die aus dem Raster fallen“, so lange sie jedoch einen Sicherheitsabstand dazu hat, z. B. in den Berliner Innenstadtbezirken. Dass die Kernstadt sich weltoffen präsentiert, kann dann allen zugutekommen, auch den postsuburbanen Bewohnern.

Zudem spielt auch ein weiterer Umstand eine zentrale Rolle. Aufgrund ihrer Krankheit ergaben sich wesentliche Veränderungen in den „sozialen Beziehungen“ und in ihrem Alltag. Die gezwungene Verlagerung des Mittelpunkts mehr nach Meisenhof hin wird zu den positiven Aspekten gezählt. Der Wunsch, vielleicht auch in Meisenhof „mal so ein bisschen gesellschaftliches Leben – in Führungsstrichen“ zu erleben,

weist vorerst auf Offenheit und eventuell Reue hin. Die nun vorhandene Zeit erhöht die sozialen Potenziale und die Bindungschance zum Ort. Auch die anderen Zentren, wie die Berliner Innenstadt oder Potsdam werden nun anders erlebt. Obwohl Berlin für sie primär ein Arbeitsort bzw. ein Ort der beruflichen Belastung war, hat es an Anziehungskraft nicht verloren. Nun nimmt sie sich wieder mehr Zeit für das kulturelle Angebot der Hauptstadt, und das sieht sie zumindest als ein erstes Zeichen des Befreiungsprozesses. Nun müssen andere Dinge in ihrem Leben wichtiger werden. „Ohne so eine Stadt in der Nähe“ würde sie auch „hier nicht wohnen wollen“. Mittlerweile schließe sie nicht mehr aus wieder nach Berlin zurückzuziehen, was sie früher kategorisch abgewiesen hatte.

VI. *Der „Reiz des individuellen Wohnens“*

Fabienne (Jg. 1968) und **Felix der Jüngere**³⁵⁶ (Jg. 1963) lernte sich im Jahr 1994 kennen. Er ist in Thüringen geboren. Zu dieser Zeit hielten sich seine Eltern dort auf, um die letzte Phase ihrer Bildung als Formgestalter für Malerei zu absolvieren. Aufgrund einer Weiterbildung in der Kunsthochschule Weißensee kam sein Vater (Felix der Ältere) nach Berlin und darauf folgte eine Anstellung als Betriebsleiter in einer traditionsreichen Töpferei unweit von Vogelweide. Felix der Jüngere und seine Mutter kamen erst später. Die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung, aber auch die Wohnbedingungen in der Betriebswohnung waren ungünstig. Da ohnehin seine Eltern eine freischaffende Tätigkeit als Keramiker beabsichtigten, suchten sie in der Region nach neuen Wohnräumen mit potenziellen Ateliers. Die anstehende Einschulung von Felix beschleunigte ihre Suche und 1969 sind sie über ein „Ringtauschsystem“ in Meisenhof fündig geworden. Mit der Unterstützung der Stadt erwarben sie das Haus. Auf dem großen Grundstück befand sich auch ein alter Ziegenstall. Finanziert wurde der Umbau mithilfe eines Kredits, den sie innerhalb von drei Jahren vollständig tilgten. Freunde und Bekannte halfen bei den wichtigsten Aus- und Umbauarbeiten. So wurde Felix hier eingeschult und wuchs in Meisenhof auf. Sein Traumberuf war „immer schon Gärtner“ und nach dem Schulabschluss begann er eine Lehre bei einer Meisterschule in Potsdam. Danach gründete er zusammen mit einem Studienfreund eine private Gärtnerei und gegenüber von seinem Elternhaus pachten sie eine Freifläche. Zu dieser Zeit war für die Gründung eines eigenen Unternehmens in der DDR viel Verhandlungsgeschick erforderlich.

Felix hatte schon sehr lange den Wunsch gehabt ein eigenes Haus zu bauen. Die Größe des Elterngrundstücks bot diese Möglichkeit, obwohl er es „gerne noch ein Stückchen weiter weg“ gebaut hätte. Sobald er volljährig wurde, legt er los; zuerst mit Bauplänen, später mit den Anträgen für die Baugenehmigung. Seine experimentellen Ideen und Entwürfe wurden von damaligen Avantgarde-Zeitschriften beeinflusst, die über ökologische Bauweise und über Prinzipien der Platzsparsamkeit, des geringen Versiegelungsgrads oder über natürliche Baumaterialien und Energieeffizienz berichteten. In einem knappen und zentral geregelten Wohnungsmarkt wie in der DDR stießen solche und generell Hausbaubemühungen eines 19-Jährigen auf wenig Verständnis. Die zahlreiche Auseinandersetzungen mit der Stadt und dem damaligen Leiter des Stadtbauamtes (zwischen 1990 und 2007 Bürgermeister von Vogelweide) umfassten auch Androhungen, darunter Ausreise oder irgendwelche Namen zu nennen(?). Letzten Endes wurde eine „Ausnahmegenehmigung für den Bau eines Massivbungalows“ ausgestellt, worauf er abseits „dieser ganzen Praxen [...] etwas größer“ baute und flexibel, aber dauerhaft auf Vergrößerungen und Umbauen in der Zukunft vorbereitet war. Der gesamte Bauprozess orientierte sich ans Vorhandensein von Geld, Baustoffen und Zeit; eigene, aber auch die von mithelfenden Freunden. „Irgendwann war so ein Zimmer fertig und so ein halber Wintergarten-vorbau“, sodass seinem Einzug nichts im Wege stand. Die „Innenausbauzeit“ für den selbstgedachten und leicht experimentellen Bau brauchte letztendlich wesentlich mehr Zeit. Etliche Installationen, wie Heizungsanlage, oder der Grundstückkauf, der erst nach der Verabschiedung des „Sachenrechtsbereinigungsgesetzes“ (SachenRBerG vom 21. September 1994³⁵⁷) günstige Konditionen bot, erfolgten erst nach der Wende.

Fabienne ist in Senftenberg, in der brandenburgischen Lausitz geboren. Zusammen mit ihrer Mutter und Schwester musste sie oft umziehen. Bis zum Kauf einer zweieinhalbgeschossigen Haushälfte in einem Neubaugebiet nah am Senftenberger See durch den Lebenspartner ihrer Mutter, als Fabienne in der dritten Klasse war, waren die Wohnverhältnisse nicht konstant. Erst danach lernte sie das „Erleben von Haus und Garten“ sowie alles, was damit behaftet ist – Gartenpflege, Bauen und Umbauen – kennen. Mit dieser neuen Wohnweise kam sie sogar besser zurecht als ihre Mutter, die an die Flexibilität ihrer „Stadtwohnungen“ gewöhnt war und „eine recht schwere Zeit mit so einem großen Haus“ hatte. Auch ihre Schwester vermisste die städtische Lage. Fünf Jahre später kam Fabienne in ein Internatsgymnasium. Dort schloss sie das Abitur ab und „der Weg ging [...] direkt in ein Lehramtsstudium Russisch plus“ in

Potsdam über. Später beschloss sie ein Auslandsstudium in Rostow am Don anzufangen, allerdings wurde sie kurz nach der Entscheidung schwanger. Ihre Tochter kam 1989 zur Welt. In der frühen Umbruchsphase kehrte sie vorerst nach Senftenberg zurück, und später sollte sie ein Referendariat in Cottbus antreten, das sie aufgrund der Lebensumstände und der Zukunftsperspektiven jedoch absagte. Stattdessen ging sie nach Potsdam, um neu anzufangen. Auch Berlin kam infrage, nur gab es dort „keine Verhaftung zu einem bestimmten Kiez oder Wohngebiet“, Potsdam lag ihr „näher“ und war „grüner, ein bisschen offener“ und sie schätzte die „breite [...] kulturelle Landschaft und Szene“. Über Jobs und über „Unter-Unter-Untermietsgeschichten“ schaffte sie es allmählich für sich und ihre Tochter zu sorgen.

Mitte der 1990er-Jahre lernte sie dann Felix kennen, und der hat „gar nicht mehr locker gelassen“. Vor einer bereits länger geplanten Fernreise schlug er ihr vor, in sein Haus in Meisenhof einzuziehen und überließ ihr einfach die Hausschlüssel. Die anstehende Einschulung ihrer Tochter wirkte katalytisch auf die Entscheidung. Zudem war sie „angezettelt [...] von der Baugeschichte“ und vom Wunsch „diesen Ort, [...] diesen Garten anzutreffen“. Andererseits empfand sie es hier „zu weit draußen“ und hatte über mangelnde Möglichkeiten wie „Urbanität, Leute treffen, mal um die Ecke gehen können auf ein Bier, also für das Kino nicht länger als 20 Minuten oder eine halbe Stunde brauchen“ usw. „gefürchtet“. Ihre ersten Zweifel machten jedoch allmählich Platz für die Gewissheit, dass es als Wohnort enorme Vorteile für das Aufziehen der Kinder bringt. Die nicht-asphaltierte „Straße war Spielplatz“ und insgesamt war es „so offen“ und bot „ein geschützteres Leben für Kinder“, so dass sie „sich einfach keine Sorgen machen“ musste. Und dass es für die Erledigungen, aber auch für Arbeit so nah „in der Stadt (Potsdam, aber in erster Linie Berlin)“ zu wohnen, also einen großen „Wirkungskreis“ zu haben und der Möglichkeit „nach Hause“ zu fahren und „in so einer Umgebung [...] mit einem Stück Garten dazu“ zu wohnen, hat sie „wirklich sehr schnell schätzen gelernt“ und heute empfindet es „als einen großen Luxus“. Viel schwieriger für Fabienne war die Tatsache, dass sie in ein Haus einzieht, das komplett seins ist (zu Felix: „... das tiefe Bewusstsein: Ich zieh in dein Haus!“). Seine „Einzelkind-Geschichte“ erschwerte ihr Ankommen in der neuen Situation und im neuen Wohnhaus. Für Felix gingen „jeglicher Reiz des individuellen Wohnen“ und sein ursprünglicher Wunsch nach Privatheit verloren. Es hat deswegen eine Weile gebraucht. Positiv auf das Ankommen und die Aneignung des Raums wirkten wiederum die neugeschaffenen Räume, wie das

angebaute Zimmer für das gemeinsame Kind sowie einvernehmliche Entscheidungen wie die Grabung eines Gartenteiches.

Ende der 1990er-Jahre heirateten sie und ein gemeinsames Kind kam zur Welt. Noch wies Meisenhof die erwähnten Wohnort-Vorteile für Kinder auf und in dieser „tatsächlich geschützten“ Umgebung war das Aufziehen eines Kindes optimal. Mit gewissem Argwohn blickten jedoch Fabienne und Felix auf die ein starkes Stück verlorengegangene Wohnortqualität zurück. Es war die Kritik an der lokalen Politik und die Beseitigung der Umstände, z. B. engagierten sich beide für lokale ökologische Themen wie die Baumschutzverordnung oder den Schutz von Grünflächen, die Fabienne veranlassten, kommunalpolitisch aktiv zu werden und als Stadtbeigeordnete zu kandidieren.

Das „soziales Zusammenleben“ im Ort lässt mehr und mehr zu wünschen übrig. Obwohl auch früher „nicht unbedingt die Beziehungen“ sehr eng waren, dennoch wurde mehr „zusammen gefeiert“ oder man wurde „schon mal zum Geburtstag“ eingeladen. Im Haus seiner Eltern gab es lange Zeit „das einzige Telefon weit und breit“ und nur dadurch waren notgedrungen Kontakte zu den Nachbarn beinahe alltäglich. Allerdings auch damals hielt sich alles noch in Grenzen.

Die Einbuße an Attraktivität nahm dermaßen extreme Züge an, sodass, wenn sie heute die Wahl gehabt hätten, Meisenhof höchstwahrscheinlich nicht mehr zu den Wunschwohnorten gehören würde. Zum ersten Mal tauchten sogar Wegzugsgedanken auf. Felix würde im Fall eines Wegzuges schon im Suchprozess darauf achten, „wie weit die Bebaubarkeit“ an ihn „ran reichen kann und wo es eine unverbaubare Fläche gibt“. Er wäre also bereit noch weiter „an den Rand“ zu ziehen. Ein erneuter Eigenhausbau käme diesmal nicht in Frage. Oder er würde sogar die ganz gegensätzliche Richtung vorziehen, eine innerstädtische Wohnform, wie zum Beispiel in einem „Mehrfachbau, in einem Altbau oder auch in einem Neubau [...] mit besonderen Strukturen“. Letztere Aussage sorgt für Überraschung und auch eine neue Zukunftsperspektive, womit Fabienne und Felix sich mit Sicherheit beschäftigen werden, spätestens bei Auszug ihres Sohnes. Beide stehen urbanen Lebensformen durchaus positiv gegenüber und da sowohl Fabienne, seit einigen Jahren beruflich in Berlin-Mitte tätig ist, als auch Felix, der unter anderem auch viele Aufträge in Berlin übernimmt und generell in der Metropolregion sehr viel unterwegs sei, schließen sie einen Umzug in eine innerstädtische Lage nicht aus.

Entsprechend waren die Veränderungen in der gesamten Umgebung und der Metropolregion enorm, auch wenn diese für sie am Stadtrand weniger unmittelbar waren. Aufgrund ihrer Tätigkeit pflegen beide immerwährend Beziehungen zur Innenstadt oder zu den anderen metropolitanen Teilräumen. Die allgemeine Haltung gegenüber der hiesigen gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung ist durchaus positiv geprägt, mit Ausnahme der politischen und ökologischen Ausrichtung, die in ihrer Ganzheit betrachtet wird, also in Verbindung zu allgemeingesellschaftlichen ungelösten Problemen. Die themenbezogene Gesprächssituation nimmt fast einen Paartherapie-Charakter an, in der auch einige tiefe Bekenntnisse und eine gewisse Dramatik nicht fehlen.

Wandlung vom eigenen zum gemeinsamen Haus

Die Felix' Wohnbiografie wird von seinem vergleichsweise frühen Wunsch nach den eigenen vier Wänden und die Wohnselbständigkeit geprägt. Eigenwilligkeit und Insistenz sowie Konfliktbereitschaft, in diesem Fall gegen die Kommunalverwaltung, führten am Ende sogar zu einer partiellen Verwirklichung dieses abwegigen Wunsches. Hierbei stellt sich die Frage, ob dies ohne eine gewisse Absicherung oder Intervention seiner Eltern ganz allein realisierbar gewesen wäre. Eine weitere und noch wichtigere Frage ist jedoch, woher dieser Wunsch nach Privatheit und dieser Übermut herrühren. In gewissermaßen Vermutungen über seine „Einzelkind-Geschichte“ oder die Tätigkeit seiner Eltern, die als „freischaffende Keramiker“ bzw. Künstler ihm und seiner Idee mit einer weitgehenden Freizügigkeit und Lässigkeit begegneten, ihm also die volle Unterstützung gaben, wären durchaus angebracht und plausibel. Inwieweit es auch mit seiner ausgeprägten Selbstständigkeit oder mit einem Distanzierungsversuch und mehr Unabhängigkeit von seinen Eltern zu tun hat, zumal er sogar das Verlassen des Grundstücks und den Bau an einer Stelle in Meisenhof erwogen hat, lassen sich nicht mehr genau erraten und sind letztendlich weniger relevant. Was zählte, war seine „ziemlich klare Entschlossenheit“.

Immerhin boten das riesige Grundstück und der große Garten viel Freiraum für die Realisierung einer solchen Absicht bzw. Vision, zumal es nicht um ein Haus ging, sondern um experimentelles Wohnen in einem Gewächshaus, wovon er sich aus damaligen Zeitungen, von entsprechenden Projekten, unter anderem in Freiburg, hat inspirieren lassen. Schwieriger waren dagegen die damaligen Verständnisse der lokalen Verwaltung oder die Beschaffung der Baumaterialien. Als er den ersten Anlauf nahm, galt das Wohnproblem alles andere als gelöst. Allen voran

für jemanden wie Felix, der mit seinen Eltern in einem relativ großen Haus gewohnt hat, war im Grunde die Ablehnung seitens der Verwaltung vorprogrammiert. Nur durch seine Unbeugsamkeit und seine Drohgebärden konnte anscheinend auf lokaler Ebene ein Beinahe-Wunschergebnis herbeigeführt werden. Eine „Ausnahmegenehmigung für den Bau eines Massivbungalows“ von maximal „40 qm“ war ein ertrotzter Kompromiss, der sonst gar nicht so typisch für die rigorose DDR-Wohnraumversorgung war. Wohl scheinen hier angeblich lokale Einwirkungen eine wichtige Rolle gespielt zu haben. Der Baubeginn setzte unmittelbar an, aber die Baufertigstellung und die Zwischenschritte brauchten länger. Die fehlenden Baumaterialien oder das Ausgehen von Geld führten zu einer „großen Endlosbaustelle“. Erst die Beharrlichkeit und die Bekanntschaften, Steine hier, Holz dort, sowie unterstützende Freunde führten dazu, dass das Ganze einigermaßen bewohnbar war. Der Rest wuchs organisch bzw. richtete sich konzeptionell auf eine spätere Erweiterung aus.

Der Einzug von Fabienne ist faktisch der nächste Schritt der Lebens- und Wohnplanung bzw. einer organischen Hauserweiterung. Das Vertrauen durch die Herausgabe des Schlüssels als er abwesend war, kommt einer *Erlaubnis* an seinem individuellen Wohnen teilzuhaben, gleich. Fabienne musste sie ihre Position und Rolle in diesem teilrealisierten Haus – wie in der Beziehung allgemein – finden, wenn nicht sogar erkämpfen. Er war nicht nur „unheimlich stolz“ auf sein Traumhaus, sondern „100 Prozent überzeugt“, dass es „für alle Bedarfe reicht“. Das, was vollständig seinen Bedürfnissen, Vorstellungen und Projektionen entsprach, kam nur bedingt den Wohnbedürfnissen seiner neuen Lebenspartnerin und Mit-Bewohnerin, geschweige denn ihres sechsjährigen Kindes entgegen. Überhaupt fehlte vom Ansatz her der Bezug zu einer Wohnrealität und zum eigentlichen Vorgang des Wohnens, auch wenn physisch-räumlich ein Kinderzimmer und das Wohn- und Schlafzimmer oder Küche existierten. Für Fabienne und ihre Tochter nahm aufgrund der individuellen, teilweise starren und fertigen Wohnhaus-Architektur die Aneignung des Raums viel Zeit in Anspruch; insbesondere für Fabienne, die bis dahin ein freies und selbstbestimmtes Leben in einem offenen sozialen Umfeld im gewissermaßen beschaulichen Potsdamer Stadtteil Babelsberg geführt und keineswegs an ein Leben „ziemlich weit am Rand“ gedacht hatte. Zwar war auch von ihr ein Stück Garten erwünscht, doch auch in diesem Fall erlaubten die Lebens- und Einkommensverhältnisse keine Illusionen. Nach der Entscheidung des Umzugs nach Meisenhof war also Selbstüberzeugung nötig. Das Wohl ihrer Tochter und die optimalen Lebensverhältnisse für Kinder lieferten einige triftige Gründe.

Ferner mussten sich Wohnbehaglichkeit und eine gewisse Wohngleichberechtigung „erst ergeben und erwohnt“ werden. Das „zusammen hier Wohnen und Ankommen“ hat länger als ein Jahr gedauert. Dieses Zusammenwohnen musste „eigentlich geübt und im besten Sinne des Wortes erlebt“, teilweise sogar erstritten werden. Nun nach etwa 15 Jahren ist vieles selbstverständlicher und über die wohnlichen Dissonanzen sind sich Felix und Fabienne einig geworden. Die Geburt des gemeinsamen Sohnes, später der Auszug der Tochter, das Heranwachsen des Sohnes, aller Voraussicht nach auch sein Auszug später bedeuten ständige Anpassungen. Gerade wird ein Zimmer renoviert und zum Gästezimmer umgewandelt, später soll der Garten, den übrigens beide zu einem sehr wichtigen Raum erklären, auf Trab gebracht.

Die Dramaturgie des Verhältnisses zueinander findet seinen Höhepunkt in Felix' Bekenntnis zu zukünftigen Wohnvorstellungen, die wohl in der Innenstadt liegen könnten. Das plaudert er nicht nur vor sich hin, sondern wie seine wohlüberlegten und durchdachten Argumente verraten, so als ob eine weitestgehende Auseinandersetzung damit stattgefunden hat, vielerlei Abwägungen eingeschlossen. Die bis dahin scheinbar ausgeschlossene Probabilität trifft Fabienne wie aus heiterem Himmel. Ihre Zuneigung zur Innenstadt und zu einem urbaneren Wohnumfeld ist persistent und unmissverständlich erkennbar, trotz der erwähnten Argumente für suburbane Wohnorte wie Meisenhof. Wobei diese teilweise eher zur Selbstüberzeugung und für das *Aushalten* hier und in der bisherigen randstädtischen Lebensweise dienen. Außerdem naht offenbar ein absehbares Ende für den wichtigsten Grund, d. h. der optimale Platz zum Aufziehen der Kinder. Damit ist anscheinend das Verlassen Meisenhofs kein Tabuthema mehr und eine Neukonsultation denkbar.

Neue Wohnformen und Wohnstile, die in der Nähe entstanden, richten sich letztendlich an andere Klientele und zogen andere Bewohnertypen an. In der „Parkstadt“ zum Beispiel erfährt Felix über seine Gartenpflege-Tätigkeit, dass einige Familien dort „oft als Zwischenstation [...] und nicht wirklich als dauerhaftes Wohnen“ nutzen. Die dortigen Mietshäuser weisen eine hohe Fluktuation auf. Die Mieter sind in der Regel entweder alleinstehende Berufstätige, die eventuell aufgrund der teuren Mieten „aus Berlin raus“ wollen oder „Familien auf Zeit“, die dort nur solange wohnen bis „ihr Kind noch irgendwo in die Schule geht“. Sie wollen nämlich nicht, dass ihre Kinder in eine Schule in den innenstädtischen Bezirken gehen, auch aus Angst vor der hohen Zahl der Kinder aus bildungsfernen Familien oder mit Migrationshintergrund. Generell ist „Schule“ in dieser Gegend ein Dauerstreitthema. Die geringe Zahl der

lokalen Schulen gibt den Schulen die Möglichkeit, ihre Schüler und Schülerinnen auszusuchen. Diejenige, die ohnehin großen Zulauf haben, suchen „nach Zensuren-Durchschnitt von 1, noch was“ aus. Eine mögliche Konsequenz davon: Ihr Sohn, der eventuell „nicht genau in dieses Raster rein[passt]“ muss nun ein Gymnasium in Potsdam besuchen.

Zwischen lokaler Partizipation und Rückzug ins Private

Altbewohner Meisenhofs wie Felix erlebten die rasante Veränderung in ihrem Lebensraum und nicht wenige blicken inzwischen „mit einer gewissen Verbitterung“ auf die Entwicklung der letzten 20 Jahre zurück. Die Bevölkerungsexplosion Meisenhofs, Vogelweides und der benachbarten Gemeinden war nur durch Aufteilung und Bebauung unzähliger, vormals unbebauter Grundstücke möglich. Die Begradigung und Asphaltierung der bis dahin kaum befahrbaren Schotterwege und das Vernichten der üppigen Vegetation verwandelten das vormals dörflich geprägte und „abgelegene Fleckchen“ Meisenhof zu einer Vorstadt.

Diese Entwicklung war absehbar nach dem Fall der Mauer und setzte relativ zügig ein nach den ersten Restitutionsansprüchen und den Verkaufsplänen der zuvor aufgeteilten Grundstücke sowohl seitens der meisten Altbesitzer bzw. ihrer Erben als auch seitens der Gemeinde, die im Besitz von mehreren Grundstücken war. So kam es in den ersten Jahren zu einem nahezu zügellosen Verdichtungsprozess und zu einer Baupraxis, gekennzeichnet durch dezidierte Grundstücksgrößen (Mindestgrundstücksgröße teilweise bei 350 qm), massive Versiegelung und regelrechtes Abholzen, das nicht mal vor der Fällung sehr alter Bäume halt machte. Aber andere wenig bedachte Aktionen wie der Verkauf von Grundstücken auf Flachmoorsenken und die damit vorprogrammierten Wasserschäden in Kellern, die dazu führten, dass die Betroffenen über Anwälte Forderungen nach Grundwasserabsenkung stellten, die wiederum Auswirkungen auf das Stehgewässer, darunter den Weiher, hatten, schädeten Vegetation und Landschaft beträchtlich.

Selbst die später zugezogene Fabienne erlebte mit großem Missmut diese Verwandlung und das Abhandenkommen des ursprünglichen Dorfcharakters innerhalb nur eines Jahrzehnts. Eine Reaktion war ihr Engagement im lokalen Umweltschutz und später in der Kommunalpolitik. Von 2003 bis 2008 war sie Oppositionsmitglied in der Vogelweider Stadtverordnetenversammlung (seit Aufnahme einer Stelle in Berlin ist sie nun nur erste Ersatzperson). Grund für ihr Engagement war keineswegs die feindliche Haltung gegenüber der Ortsentwicklung, die durchaus zügellos und rücksichtslos war, sondern ihr Interesse für eine nachhaltige

Planung und einen angemessenen Umgang mit natürlichen Ressourcen (Boden, Vegetation und Wasser). Neben Bäumen oder Grünflächen gehen immer mehr Tiere oder Vögel verloren. Vogelarten, die sie anfangs hier gesichtet hat, kommen inzwischen nicht mehr. Neben der Lärmzunahme und der starken Versiegelung, hielten Haustiere wie Katzen und Hunde ihren Siegeszug, „wovon dann aber wiederum [die Halter] keine Ahnung“ haben. Zusammen mit anderen besorgten Bewohnern machten sie darauf aufmerksam und unterbreiteten Vorschläge, wie über die Freigabe einiger Flächen an den zahlreichen Gräben für die Bildung eines Netzes von Grünzügen und Wiesenland. Oder überhaupt eine moderate Wohngebietsentwicklung in Koordination mit der Infrastrukturplanung (siehe Schulen oder Straßen), zumal die Infrastrukturbereitstellung seitens der Gemeinde allen Entwicklungen hinterherhinkte. In der Regel kam diese im Nachhinein, während auf der anderen Seite die Gemeinde mit der Verdoppelung der Einwohnerzahlen prahlte.

Fabienne hält den Zuzug von Neubewohnern zuerst für einen „Zugewinn“. Die Ankunft neuer Bewohner, viele davon, wie sie mit Kindern und zum Teil geistesverwandte Menschen mit vergleichbaren Zeitregimes bedeutete mehr Kontakte. Daraus ergaben sich tatsächlich „belastbare“ Freundschaften nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Eltern. Allerdings standen sie dem wohlwollend gegenüber „bis eine Grenze überschritten und gekippt war“. Unabwendbar war der Einzug befremdender Einstellungen in den Ort, bei denen „es mehr um den eigenen Besitz »das ist mein Haus, mein Grundstück« geht, als um die Lebensqualität“ oder die Sozialität. Stattdessen gab es den Eindruck, dass sich sukzessiv eine gewisse Uniformität und Konformität in der Lebensweise ausbreitete. Felix befürchtet ein Abgleiten Meisenhofs „in ein spießiges Vorstadtleben“, wo „alles irgendwie geregelt, beleuchtet und gepflegt ist, bis ins Detail ...“. Einige Bewohner und die Gemeinde versuchen „mit einer durchgehaltenen Gradlinigkeit und Ansprüchen von Sauber“ dem Ort eine befremdliche Richtung aufzuzwingen, indem niemandem „erst mal individuelle Freiheiten erlaubt“ werden; Erstere aus Spießigkeit und Pedanterie, Letztere um durch Strafen vom Ordnungsamt oder durch Zuwanderung von Menschen und Gewerbe, mehr Steuereinnahmen in ihre Kasse zu bringen.

Die eingeleitete Entwicklung wurde bei den vielen Einheimischen als „schmerzhaft“ empfunden. Felix äußert Unmut über die Mehrzahl der Neubewohner, die „wahnsinnig gerne ihre Stadt mit(-brachte)“. Sie brachten „ihren Beton mit sich“ und „betonieren“ großflächig oder versiegeln „mit Pflastersteinen“, um Platz für „drei Autos“ zu schaffen.

Angeblich, weil sie es hier „dunkel“ finden, sorgen massenweise angebrachte Bewegungsmelder für „ganz viel Licht“. Viele scheinen überaus „ihre lärmenden Geräten“ zu lieben und kaum kommen sie von der Arbeit zurück, „stellen sich zwei Stunden an den Rasenmäher, an den Trimmer, an den Laubsauger“ ohne Rücksicht auf Nachbarn. Verbreitet ist auch die Befürchtung, dass auch Meisenhof bald nur eine Schlafstadt wird und zu einer „Westberliner Vorstadt“ verkommt. In diesem Entwicklungsszenario wird immer mehr „das Leben dann nur hinter den vier Mauern [...] dicht und zurückgezogen“ stattfinden, sodass die Zugezogenen aus der Großstadt hier „ihre Anonymität“ wieder errichten. Anstatt Offenheit und Annäherung „gucken [sie] einen komisch an, wenn man sie grüßt“. Manchmal, „wenn man hier abends langgeht“, wird der Eindruck gewonnen, als wollten sie lieber „Platz [...] für ihre drei oder vier Hunde“. Schließlich wollte Fabienne die Neubewohner akzeptieren und sich mit der neuen Situation im Lebensort abfinden, nur war zu bedauern, dass dies Rückzug und Konzentration auf das, „was man bewohnen will“ bedeutete, also der Sozialität im Ort geschadet hat.

Hinsichtlich der Herkunft oder der Sozialisation machen Fabienne und Felix keine spezifische Distinktion zwischen „Ost oder West oder Neuzugezogene oder schon immer hier“ Wohnenden. Unabhängig davon gibt es „bei weitem mehr Leute [...], die das Gefegte, das Saubere, das schöne neue Klare sehen, die das vielleicht sogar schön finden“ und bedingt „an den Rand gezogen sind, weil sie all das nicht brauchen und vorgefunden haben“. Zum Glück sind auch einige Ausnahmefälle anzutreffen, wie ein Berliner Ehepaar in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft. Sie stellen einen „seltenen Glücksfall“ dar, zumal sie vor etwa elf Jahren das Haus von einem früheren Spielfreund von Felix kauften und darin einzogen. Sie „sind in das eingezogen, [...] was sie gesehen und vorgefunden haben“ und es wurde „nicht erst mal links und rechts gerade geschoben“ oder „was anderes hingestellt, sondern sie haben das bewohnt“, was sie zum Kauf animierte. Und „ganz anders wie die meisten“ sind es Zugezogene, „die auf einen zugekommen sind“ und auf die Idee kamen, sich bei ihren neuen Nachbarn vorzustellen. Zufällig oder gerade deswegen haben sich Felix und Fabienne „von Anfang gut [mit denen] verstanden“ und freuen sich besonders, wenn auch solche Menschen vor Ort vorhanden sind.

Offene Aussichten in der Metropole oder auch anderswo

Wenngleich der Einzug in die sanierten Berliner (oder Potsdamer) Altbauviertel oder in eine experimentelle Wohnform nicht ausdrücklich

ausgeschlossen wird und sich zukünftig daraus ein ernsthaftes Potenzial entfaltet, scheinen, im Fall von Felix auch entgegengesetzte, zentrifugale Begehrlichkeiten und Wohnvorstellungen, so wie „auf Hiddensee“ oder weit entfernt von einer Stadt ebenfalls zur Disposition zu stehen. So kommt interessanterweise erneut das Schema Experimentierfreudigkeit und individuelles Wohnen (samt individueller Freiheit) zum Ausdruck, nur diesmal entzweit in extremen Versionen: Einerseits urban, d. h. in Form eines ökologischen Wohnens mit hoher „Wohnqualität“ und „sozialer Qualität“, andererseits insular, d. h. irgendwo wo „[g]ar keine Stadt in der Nähe“ ist und „nur ein Auto [...] die Verbindung sichert“, z. B. „ein Häuschen irgendwo direkt an der Ostsee“ oder gleich auf der autofreien Insel Hiddensee.³⁵⁸

Dem Anschein nach resultieren die neuartigen Wohnoptionen aus dem erlebten Verlust der Wohlbefindlichkeit und Zugehörigkeit zum Ort bzw. anders und etwas poetischer formuliert, aus der Entzauberung der heimatlichen Idylle. Das Meisenhof der Kindheit und Jugend, „das grüne Fleckchen, das ausgelegene Fleckchen von Vogelweide“, das „mindestens zehnmal so grün wie jetzt“ war, erlitt wohl in den letzten Jahrzehnten eine tiefgreifende physische und soziale Entwertung. Diese Verlust-Erfahrung nimmt beinahe traumatische Züge an. Die Umkodierung dieses Ortes, darunter seine Verdichtung und Urbanisierung, macht seine ursprüngliche Bedeutung nichtig, sodass sogar ein Verlassen erwogen wird. Mit der neuen Situation und dem „Dicht-an-Dicht“ geht für ihn „jeglicher Reiz des individuellen Wohnens verloren“. So würden ihn auf einmal Alternativen, wie der Einzug „in einen Mehrfachbau“ oder sogar eine bestimmte Neubau-Koexistenz „viel mehr reizen“. Zum Einen scheint das individuelle Wohnen am Rande die oberste Priorität zu haben, zum Anderen aber, wenn es im postsuburbanen Meisenhof wie in einer „Westberliner Vorstadt“ aussähe, dann wird der Wunsch auf experimentierte, ökologisch-soziale Wohnformen, auch wenn damit „individuelle Freiheiten“ der Individualität diametral gegenüber stehen, attraktiver und letztendlich prioritär.

Fabienne ist dabei deutlich erkennbarer dem urbanen Leben zugeneigt. Ihre urbane Grundhaltung wird von ihrer suburbanen/metropolitanen Lebensausführung, d. h. Wohnen in Meisenhof und Arbeiten oder Kultur in Berlin konterkariert. Der wichtigste Faktor für den andauernden abgeschlossenen Kompromiss ist für sie das Wohl der Kinder. Meisenhof erfüllte in fast jeder Hinsicht die damit verknüpften Kriterien. Der Auszug der Tochter und möglicherweise der absehbare Auszug des noch zwölfjährigen Sohnes, der als einziger von allen „hier groß geworden“

und nur dieses Haus kennt, auch hier „seinen Schwerpunkt, sein eigenes Zeug“ hat, werden dann eine neue Entscheidungsgrundlage bieten. Es sieht so aus, als ob auch dies kein Grund für eine momentane Infragestellung des hiesigen Wohnens ist. Auf gar keinen Fall würde sie „die Nähe zu Berlin“ aufgeben, nicht nur für sich, aber für die Kinder und ihre Erfahrung im weiteren Leben. So stellt für sie die Lage Vogelweides in der Berliner Metropolregion, die schnellen Erreichbarkeiten zu einem dichten, ausdifferenzierten Angebot kombiniert mit geschützten und sicheren Bereichen im Wohnort, die optimierteste Lösung dar. Generell entspricht ihre Haltung in Bezug auf das metropolitane Positionieren nicht einem Entweder-Oder, sondern einem Sowohl-als-Auch.

Die Vielfalt der Metropole liegt letztendlich beiden deutlich näher, nicht nur für ihre individuelle Befindlichkeit, sondern auch für die Kinder und ihre Erziehung und sozialen Erfahrungsprozesse. Als Bewohner Meisenhofs, die erwerbstätig in Berlin bzw. in der Gesamtregion sind, stellen ihre Alltage einen Teil der metropolitenen Realität dar und sie nehmen das Positive des metropolitenen Lebens bewusst wahr. Bewusst sind ihnen auch das Negative und die hier geballten Dissonanzen und Unterschiede in der Lebensführung. So wie im Wohnort als auch in der Gesamtregion kommen sie mit einigen Mitbewohnern und Zeitgenossen besser und mit anderen schlechter klar, wobei die gewissermaßen zunehmenden Polarisierungsphänomene und gesellschaftlichen Verwerfungen, auffindbar in Analogien in lokaler, regionaler oder globaler Ebene, die größte Sorge bereiten. In ihrer Denkweise über Metropole und metropolitane Region spielen festgesetzte Strukturen, Eingrenzungen oder räumliche Klassifizierungen wie Vor-, Nach oder Randort, Außen- und Innenbereich kaum eine Rolle. So ist es zum Beispiel selbstverständlich, dass Berlin und Brandenburg de facto zusammengehören – und dies nicht nur in der Infrastrukturplanung, im öffentlichen Nahverkehr, Straßenbau und in der Planung der Verkehrswege und Verkehrsflüsse, sondern auch in der Lebenswelt sowie in allen anderen Feldern von der Schule bis zur Verwaltung. In Anbetracht der Raumplanung und der Politik teilträumlich wie metropoliten ist die herkömmliche Wachstumslogik bedenklich. So sollte in der Kommunalpolitik und in der Gesellschaftsentwicklung insgesamt mehr Bezug auf die Lebenswelt genommen werden. Im Dogma der Zeit sehen sie lebensweltliche Belange stark vernachlässigt und es häufen sich fragwürdige Aktionen seitens des Staates oder der Kommunen, die zu einer Verschlechterung der sozialen und ökologischen Lebensbedingungen führen.



Abb. 6 + 7: Das linke Foto zeigt eine Werbetafel an der Ortseinfahrt des Wohngebiets Neu-Lindenthal. Erkennbar sind die angebotenen Haustypen. Das rechte Foto zeigt eine Straße Neu-Lindenthals in der Mittagszeit an einem Wochentag. Erkennbar sind die zahlreichen Heckenpflanzen (eine Gesprächspartnerin aus Neu-Lindenthal hat 80 Heckenpflanzen angebaut, damit sie sich vor den neugierigen Blicken des Nachbarn schützt).

Quellen: eigene Aufnahmen, 2010



Abb. 8: Luftbild mehrere Wohnblöcke im südlichen Meisenhof. Auf dem mittleren Wohnblock sind mehrere bauvorbereitete Grundstücke. Eindeutig ist die Problematik der kompletten Abholzung.

Quelle: © Apple Inc., GeoBasis-DE/Geobasis NRW 2009; Zugriff am 03.09.2010

2.2.5 Schlussfolgerungen: Sechs Berliner Geografien

Entsprechend dem zusammenfassenden Abschnitt über Athen folgen nun die Erkenntnisse über die Teilräume der Berliner Metropolregion. Auch hier bilden die empirisch gewonnenen wohnspezifischen, lokalgesellschaftlichen und metropolitanen Aspekte, die die Bewohnerinnen und Bewohner Lindenthals und Meisenhofs in den Gesprächen thematisiert haben, den Ausgangspunkt. Mit der lebensweltlichen Realität als Grundlage werden Prozesse und Tendenzen in den Teilräumen und in der Metropolregion zusammengetragen und diskutiert.

Die Wohnbiografien und ihre anschließenden Interpretationen waren eine Vorselektion der charakteristischsten und interessantesten Wohn- und Zusammenlebensaspekte. Aus 24 Gesprächen mit insgesamt 29 Personen entstand auch hier ein umfangreiches Themengeflecht, in dem sich dem Forschungsgegenstand von der individuellen, psychosozialen bis zur baulichen kontextuellen Dimension angenähert wurde. Die Themenextraktion schließt an den am Anfang des Unterkapitels knappen historischen Abriss der Stadtentwicklung und des metropolitanen Wachstums an und endet mit der Erläuterung des Ist-Zustandes der Stadt. Identisch wie für Athen werden die Berliner Aspekte in sechs Einzelbildern bzw. Geografien zusammengeführt. Sie skizzieren die derzeitigen wohn- und wohnortspezifischen gesellschaftlichen und politischen Prozesse wie auch mögliche Tendenzen.

Postsozialistische Transformationen

Die Thematisierung der postsozialistischen Transformation hinsichtlich des Wohnens und Zusammenlebens in den Teilräumen kommt erneut in der Besonderheit der Berliner Metropolregion zum Tragen. Wie die Empirie³⁵⁹ gezeigt hat, gibt es zum einen enorme Fortschritte beim Zusammenwachsen der beiden Stadthälften und Mentalitäten, zum anderen jedoch auch eine Vielzahl an offenen Themen und Wunden, die eine Normalisierung und Routinisierung behindern. Die Wendeerfahrung erzeugte eine Reihe von Dissonanzen in den Lebensräumen und in der Region, in der nicht nur die ehemaligen DDR-Bürger, sondern auch nachfolgende Generationen hineingezogen werden. Der rasante Übergang von der zentralen Planwirtschaft zum kapitalistischen System bleibt aufgrund seiner Rigorosität und *Fremdbestimmtheit* für viele ehemalige DDR-Bürger ambivalent. Die Kluft zwischen *propagiertem* Kollektivismus und konsum- und wettbewerbsorientiertem Individualismus, zwischen sozialistisch-monistischem Parteienregime und pluralistisch-liberaler repräsentativer Demokratie – überspitzt und selektiv ausge-

drückt – ist enorm. Wie gezeigt wurde, wirkt dies tiefgreifend auf das Selbstverständnis der Bewohner. Der teilweise ausgelöste Schock ist nicht nur für den tiefergehenden Zugang in die Gesprächsinhalte wichtig, sondern generell für das Verstehen der räumlich-sozialen Besonderheiten und weiterer Prozesse. Die andersartige³⁶⁰ Geschichtserzählung zeigt auf welche Weise in nur 40 Jahren unterschiedliche Gesellschafts- und Ökonomie-Modi zu anderen Formen der Wohn- und Sozialpraxis führen. Die teilweise immensen Unterschiede in Mentalität, Denkweise oder Kultur sind auch nach gut zwei Jahrzehnten persistent, die auch der beste Schönwetter-Rhetoriker nicht verleugnen kann.

Die Befreiung vom Nationalsozialismus und die Gründungsphase der DDR können, trotz des stalinistischen Stempels, als eine mit hehren Idealen einhergehende Epoche aufgefasst werden. Der spätere Schock des Mauerbaus, den die DDR-Elite als „antifaschistischen Schutzwall“ propagierte und damit ein legitimes Mittel gegen das Ausbluten der DDR erfand, trübte vorerst nur wenig die damalige Aufbruchsstimmung – kollektiv wie individuell. Neben geistigem und politischem Erneuerungsanspruch schritten in den 1960er- und 1970er-Jahren in erster Linie der materielle Aufbau und das Wohlstandswachstum voran. Die Maßnahmen zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft strebten einen lebensnahen und praktischen Bezug an. Die staatlich gesteuerten Prozesse versuchten durchaus nah am lebensweltlichen Kontext zu bleiben. Das Privatleben sollte in gewisser Weise mit den systemischen Strukturen verwoben sein – oder zumindest nicht in Konflikt mit ihnen geraten. Im Grunde nicht viel anders als die aufgebauten fordistischen Strukturen jenseits der Mauer, orientierte sich auch das zentral planwirtschaftliche Kontermodell auf materielle Befriedigung und gesellschaftlichen Wohlstand über Konsum. Alltag und Realität in der DDR wurden im Kleinen egalitärer wahrgenommen, allerdings war wegen der begrenzten Möglichkeiten ein gemeinsamer Nenner leichter zu erreichen.

Die eingeschränkte Mobilität oder fast ausgeschlossene Migration zwang größtenteils zum *Arrangieren* mit dem System. Dies führte zur inneren Migration, entweder zu sich selbst oder im näheren persönlichen Umfeld. Durch den alltäglichen Überlebenskampf wurde der Zeithorizont schmaler. Das Leben war vom Alltag und von den alltäglichen (Klein-)Entscheidungen und Dilemmata bestimmt. Die „fundamentale Entfremdung“ vom System (JARAUSCH, 1995, S. 46) hatte sicherlich mit seiner inneren Inkonsistenz zu tun, stand aber auch in Wechselwirkung mit den ökonomischen Krisen der 1970er-Jahre. Auch die Volkswirtschaften des kommunistischen Blocks konnten sich nicht völlig dem

internationalen Kontext und dem Weltmarkt entziehen. Bis zum Fall der Mauer mussten die Individuen in diesen langsam versagenden Strukturen leben. Nach dem sich die Anfangseuphorie der Wiedervereinigung gelegt hatte, setzte auf einmal ein dauerhafter Wandel-Modus ein, der von einem umwälzenden Transformationsprozess gekennzeichnet war bzw. ist: Deindustrialisierung und Erwerbslosigkeit, Zwangsflexibilisierung und Einfindung in prekäre Erwerbsmodelle, ferner Eindringung von globalen Lebensstilen (über „kulturelle Amerikanisierung“ siehe auch RAUSCH, 2008) und generell eine noch nie gekannte Pluralität. Die Marktideologie forcierte die Atomisierung und Individualisierung zusätzlich. Mit der Beschleunigung des Alltags erhöhte sich auch der Druck auf den Einzelnen. Jeder ist mit sich und seinen ins Vielfache gewachsenen Bedürfnissen beschäftigt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Transformationen der letzten Jahrzehnte für viele ehemalige DDR-Bürger ein Gefühl der Entwurzelung hinterlassen haben. Das geschah sowohl im Erwerbsleben als auch im Wohnen. Diese Prozesse spiegeln sich auch im Raum wider. Der Außen- und in diesem Fall der Innensaum der Berliner Metropolregion wird damit zu einem postsozialen Experimentierraum, sowohl in Bezug auf das Wohnen und Zusammenleben (hierzu später), sondern generell auf einen Zustand der fortwährenden gesellschaftlichen Transformation.

Die thematisierte „Amerikanisierung“ der postsuburbanen Lebensweise in europäischen Metropolregionen ist sicherlich keine besonders neue Erkenntnis (z. B. über Wien siehe GÖRGL, 2008; über die *Europäische Stadt* allgemein u. a. HÄUSSERMANN, 1999; HANNEMANN/METTENBERGER, 2011). In Ostdeutschland kommt ihr jedoch eine besondere Bedeutung zu. Nach der Wende entwickelten sich entsprechende Lebens- und Wohnstile, die sich stark an den Idealen des *amerikanischen Traums* orientierten.³⁶¹ Nachdem der realexistierende Sozialismus das althergebrachte System von Werten, Praktiken und Traditionen abgeschafft bzw. durch ein neues umzubesetzen versucht hat, und in der Nachwende völlig untergegangen ist, entstand ein systemisches, kulturelles Vakuum, das nun von globalen, US-amerikanischen *Traditionen*³⁶² aufgefüllt wurde.

Von der Platte in die Retorten-Siedlung

Wende und Subventionsende änderten auch das Ökosystem der Berliner Wohnungsproduktion radikal (wie bereits kurz angesprochen). Sowohl das Westberliner Modell des subventionierten Wohnungsbaus als auch das ostdeutsche System der Großwohnsiedlung existieren nicht mehr.

Aus diesen beiden Modellen besteht heute mehr als die Hälfte der Berliner Wohneinheiten (1,07 Mio. WE), wobei, nach den umfangreichen Privatisierungsmaßnahmen der letzten beiden Jahrzehnte, nur ein relativ geringer Anteil davon (269.000 WE) zum Bestand der sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften zählt (Stand 2009). Die zügellose Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik sowie der Rückzug des Landes Berlin aus dem Wohnungsbau korrelieren mit dem zunehmenden Aufstieg von Wohnen zum finanzglobalen Betätigungsfeld (Real Estate), also auch eine Verbetrieblichung und Kommodifizierung des Wohnens. Über die berechnete Frage: Wenn Wohnen dermaßen lukrativ für Kapitalanleger sein soll, weshalb nicht für die öffentliche Hand? Oder welche gesellschaftlichen, sozialräumlichen, aber auch ökonomischen Konsequenzen gehen damit einher? Das wird häufig debattiert, festzuhalten jedoch ist, dass der Staat immer mehr Privatinteressen das Wohnen überlässt und immer weniger für eine sozioökonomisch gerechte Wohnversorgungspolitik sorgt. Dem postsozialistischen, postsubventionierten und verschuldeten Berlin wurde nach der Wende und vor allem nach der Verschuldungskrise eine Politik nach harten betriebswirtschaftlichen Kriterien auferlegt. Der Verkauf von Wohnungspaketen und ganzen Wohnungsbaugesellschaften an private Unternehmen und Kapitalformationen hat dazu geführt,³⁶³ dass heute nicht mal ein Standard (z. B. aus dem Verhältnis von armen bzw. armutsgefährdeten Haushalten und Sozialwohnungen) an bezahlbaren Wohnungen gewährleistet werden kann. Die städtischen halten heute nur 14% vom Wohnungsbestand (269.000 der knapp 1,9 Mio. WE, inklusive Ein- und Zweifamilienhäuser) (SENATSVERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG, 2011). Entsprechend versuchen kleinere Gemeinden wie Vogelweide nun teilweise die wohlfahrtstaatliche Wohnpolitik fortzusetzen und ihre städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu bewahren, um preiswerten Wohnraum zu gewährleisten, während das Gros der Entwicklung der private Wohnungsmarkt lenkt. Die Mehrzahl der Immobilien ging nach der Wende an die 1992 neugegründete Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft von Vogelweide über. Die Grundstücke wurden größtenteils verkauft, während der Wohnungsbestand modernisiert wurde. Regelmäßig werden Teile dieses Bestands veräußert, um Betriebs- oder Modernisierungskosten zu finanzieren, so dass inzwischen diese Behörde nur Kernaufgaben wie soziales oder altersgerechtes Wohnen wahrnehmen kann (MOZ vom 11.11.2014). Die etwa halb so große Gemeinde Eschenhof ist nicht in der Lage, Wohnungen für sozial benachteiligte Bürger und Senioren oder den Bau einer Kita zu realisieren und greift bei der Suche nach Freiflächen auf institutionelle Träger (darunter die Tochtergesellschaften

der Treuhandanstalt TLG Immobilien und BVVG) oder Investitionspartner (private oder kirchliche Bauherren) zurück. Beispiele hierfür sind auch die Siedlungserweiterung in den Ortsteilen Hönow und Neu-Lindenthal.

Das Wohngebiet Neu-Lindenthal ist nur eine von vielen Neubausiedlungen in der Berliner Metropolregion, die nach einem vergleichbaren Modell realisiert wurden. Sie repräsentiert im Grunde nicht nur eine neue Form von Arbeitsteilung zwischen öffentlichen und privaten Trägern, sondern vor allem den gesellschaftlichen Wandel. War in den Nachkriegsjahren die moderne Wohnung in den Plattenbausiedlungen der gesellschaftliche und wohnliche Standard schlechthin, rückt spätestens seit der Wende das (kleine) freistehende Einfamilienhaus auf. Die nähere Betrachtung dieses Wohngebiets³⁶⁴ lässt anhand der thematisierten Aspekte Schlüsse über einige wesentliche bautypische und psychosoziale Veränderungen zu. Zum Ersten der Wunsch nach Abschirmung nach außen, aber teilweise auch nach innen. Die Selbstsegregation wird in den verhältnismäßig schwachen sozialen Beziehungen vor Ort bestätigt. Auch wenn stichhaltige Gründe gesucht werden, könnte es die relativ kurze Entstehungsgeschichte und den sukzessiven Einzug oder die Bevölkerungsstruktur rechtfertigen. Aber gerade aufgrund seiner berufstätigen Bewohner und deren langen Arbeitstagen mitsamt vergleichsweise langen Pendelwegen nach und von Berlin, kommt es dazu, dass tagsüber kaum Menschen auf der Straße zu sehen sind; in den Wintermonaten sogar den ganzen Tag nicht (Abb. 6 + 7, S. 331). Ein Spezifikum der nachholenden Suburbanisierer war die Unterschiedlichkeit der Altersklassen. Während oft Neusiedlungen von jungen Familien bevölkert werden, ist diese Siedlung höchst gemischt und von einem höheren Anteil an älteren Bevölkerungsgruppen bewohnt.

Die Absonderung und Abgrenzung nach außen wird auf das gestiegene Sicherheitsbedürfnis ehemaliger Plattenbau-Bewohner (Marzahns und Hellersdorfs) zurückgeführt, die mit den sozialen Problemen und der erhöhten Kriminalität der Nachwendezeit in diesen Vierteln konfrontiert waren. Sie wollten sich nicht nur den Wunsch nach einem Haus mit Garten erfüllen, sondern sich von den sozialen Strukturen des Plattenbaus trennen und von diesen stigmatisierten Orten Abstand nehmen. Auch der Wunsch nach einem halbwegs geschützten und übersichtlichen Umfeld war wichtig, da teilweise die Gesprächspartner durch die Öffnung der Grenzen – nach Polen, aber auch zu Westberlin – mit Überfremdungseffekten konfrontiert waren. Ähnlich wie Neubewohner in Alt-Lindenthal legt hier auch ein Großteil der Neubewohner wenig Wert

auf Nachbarschaftskontakte. Hauptgrund für den Einzug war das ureigene Bedürfnis nach Ruhe und Erholung sowie Rückzug in die eigenen vier Wände oder in den kleinen Garten. Die relativ dichte Bauweise auf den 400 bis 600 qm großen Grundstücken garantiert nur bedingt Kontakte zu anderen Nachbarn. Um unangenehme Blicke und Nachbarschaftsstreit zu verhindern, werden auch hier Hecken gepflanzt. Ein weiteres Merkmal ist das Motiv vieler Bewohner, mit der Anschaffung einer Immobilie kein dauerhaftes Wohnen zu verbinden mit wertsteigernden und oder werterhaltenden Zielen, sondern ein Abnutzen im Blick zu haben. Die Immobilie soll nur für die Dauer des eigenen Lebens dienlich sein. Aus diesem Grund werden oft eingeschossige, barrierefreie Häuser bevorzugt, da sie heute bzw. in der Zukunft altersgerecht sind. Der umstrittenen Bauqualität der ausschließlich aus vorgefertigten Teilen errichteten Häuser³⁶⁵ wird eine Maximaldauer von 50-60 Jahren bescheinigt, aber das scheint vorerst keine wichtige Rolle zu spielen. Dieses funktionalisierte Wohnen weist nicht nur in der baulichen Form, sondern auch in seiner rationellen Auffassung Ähnlichkeiten zum Wohnen in der Platte. Ohnehin sehen viele Alt-Lindenthaler ihren Ort wie eine „horizontale Platte“.

Familie, Nachbarschaft, Gemeinde?

Auch in der Berliner Metropolregion und in den untersuchten Wohnorten kann die Durchmischung in den Sozialformen des Wohnens bestätigt werden. Die Berliner postsuburbanen Wohnräume weisen eine hohe Heterogenität in der Zusammensetzung der Bewohner auf. Zwar ist die Kernfamilie am meisten repräsentiert, aber sie wohnt hier keineswegs allein unter sich. Vor allem in Lindenthal kommen alle Altersklassen (mehrgenerational) und Familienreifephase, samt Verwitweten, Geschiedenen oder Verlassenen vor, während der Großteil der in Meisenhof Zugezogenen Familien mit Kindern ist. Der einstige lebensweltliche Entwurf, aber auch die (gesellschaftlich und ökonomisch) optimale Produktions-, Organisations- und Kontrolleinheit Kleinstfamilie, die mehr als ein halbes Jahrhundert lang die fordistisch-kapitalistische Gesellschaft und Ökonomie getragen hat, zeigt am stärksten in den westlichen Ländern eindeutige Risse. Trotz Reanimationsversuchen sowohl durch steuerliche Bevorteilung als auch durch den Diskurs der Familie als „Keimzelle der Gesellschaft und des Staates“, lebt in Deutschland inzwischen weniger als die Hälfte der Bevölkerung, d. h. etwa 49% in Familien; vor 15 Jahren waren es 57% (STATISTISCHES BUNDESAMT, 2013). Dabei haben sich die Familienstrukturen und Rollen in den postsubur-

banen Lebensräumen tiefgreifend gewandelt. Lebens- und Alltagsregimes sind weiterhin von den stringenten und geregelten Arbeitszeiten in der Kernstadt oder in anderen Zentren und der Übermobilität bestimmt. Aufgrund der Pendelwege und der festen Zeitkontingente (Bindung an Fahrzeiten, Fahrplänen) ist die Flexibilität begrenzt. Innerhalb der Familie dominieren noch klassische Rollen mit einigen Abwandlungen, wie z. B. ein Haupternährer und Wochenendvater, eine teilzeitbeschäftigte Frau und Allzeitmutter. Die „Re-Traditionalisierungsfalle“ (RÜLING, 2007) springt auch hier zu, jedoch weniger für ostsozialisierte erwerbstätige Frauen (vgl. PFAU-EFFINGER, 2000). Teils gewandelt hat sich jedenfalls die Haushalts- und Reproduktionsarbeit, die nicht ohne die „Familienchauffeurin“ auskommt (BAUHARDT, 2006, S. 385).

Was durchaus feststellbar ist, sind Ansätze im Wiederaufleben familienorientierter und nachbarschaftlicher Formen der Hilfeleistung. Großeltern kommen den Ehepaaren zur Hilfe und passen auf die Kinder auf oder, wie die Lindenthaler (siehe Identifikationsort) engagieren sich für gemeinschaftliche Zwecke (Siedlerverein, Volksolidarität, Siedlerschutz), um das Vakuum des Postsozialistischen zu füllen. Der neoliberale Staat verfügt immer weniger über die Mittel, um eine entsprechende soziale Infrastruktur anzubieten. Wie in der peripheren Metropole Athen gibt es auch hier Phänomene, wie der längere Aufenthalt jüngerer Menschen im Elternhaus, da im Zuge der ökonomischen Restrukturierung und der Zunahme flexibler, unsteter und prekärer Arbeitsverhältnisse sowie moderater Einstiegsgehälter, und in Berlin gestiegener Wohnkosten immer schwieriger wird, auf eigenen Beinen zu stehen. Die Attraktivität der Kernstadt hält nicht Schritt mit den Berufs- und Einkommenschancen. Auch wenn eine umfassende Daseinsvorsorge und ein Sozialsicherungssystem, die jedoch immer knapper und strenger geregelt werden, zur Hilfe greifen (z. B. Auszug aus dem Elternhaus, Bafög usw.).

Die relativ hohe Verdichtung und der als Invasion empfundene Zuzug von Neubewohnern sind nicht förderlich bei der Entwicklung eines Nachbarschafts- oder Gemeinschaftsgefühls. Eher kommt es zu einer Zunahme von Konflikten unter den Nachbarn, die oft nur juristisch gelöst werden können. Diese Verschärfung stößt vor allem bei Altbewohnern und selbst bei der Verwaltung in Lindenthal auf Unverständnis und teilweise Hilflosigkeit. In Meisenhof hingegen wurde weniger über juristische Auseinandersetzungen unter Nachbarn berichtet, sondern mehr über Protestaktionen und juristische Schritte gegen die Kommunal- oder Landespolitik (Baumverordnung, Straßenbaukostenumlegung usw.). Nachbarschaftsstrukturen sind, auch wenn auf unterschiedlichen

Ebenen und mit verschiedener Intensität, durchaus vorhanden: sei es, enge wie unter den *Ostbürgern* Lindenthals, *hedonistische* unter den Neunbewohnern Lindenthals oder formelle und tugendhafte wie unter den bürgerlichen westdeutschen „Bonn-Beamten“ Meisenhofs.³⁶⁶ Daraus lässt sich schließen, dass es eher milieuhafte und am Lebensstil orientierte Zusammenschlüsse gibt als eine traditionell auf Zusammengehörigkeit, Gemeinsinn usw. oder auf anderen integrativen Instanzen (Kirche, Arbeit usw.) basierte Gemeinschaften. Hemmend ist das Fehlen von öffentlichen oder halböffentlichen Orten, vor allem in Lindenthal. Allen lokalen Akteuren ist jedoch bewusst, dass mehr gemeinsame Aktionen notwendig wären.

Wie Staat und Lebenswelt immer mehr auseinandergehen, belegen statistische Zahlen aus Brandenburg. Die massiven Einsparungen in der staatlichen und lokal unmittelbarsten Daseinsvorsorge und der Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor betrifft am meisten Polizei, Schule, Gesundheitsvorsorge u. a., also jene elementare Funktionen, die den Kontakt der Lebenswelt zum Staat aufrechterhalten. Damit büßt dieser auch seine Legitimation ein. Nun sollen aktive Bürger bzw. die Zivilgesellschaft die Selbstorganisation und einen Teil dieser Aufgaben übernehmen. Der Siedlerverein in Lindenthal, der Bürgerverein in Meisenhof sowie andere Initiativen (kulturelle oder ökologische) nehmen durchaus in diesen Orten eine wichtige Funktion für Hilfe oder Unterhaltung, aber dadurch auch für den lokalen Zusammenhalt wahr. Die Volkssolidarität, ein Relikt aus DDR-Zeiten, kümmert sich vor allem um ältere Bewohner, sowohl bei der Organisation von Veranstaltungen als auch bei der freiwilligen Pflege oder dem Besuch immobiler älterer Bewohner. Das Engagement auch jüngerer Menschen ist ein wichtiges Indiz über die partiell überspringende Solidarität. Auf der anderen Seite – trotz oder wegen der Vielfalt? – bilden sich auch zwielichtige, tradierte Kreise bzw. Initiativen (wie in Meisenhof), die Ziele der Re-Historisierung und sogar Re-Missionierung (des atheistischen Ostens) folgen.

Lokale Identitäten, Interaktionen und Distinktionen

Die Verwandlung von Meisenhof und Lindenthal in gewöhnliche post-suburbane Wohnorte – oder wie ihre Bewohner befürchten – in Schlaforte³⁶⁷ stellt nur bedingt eine neue Erkenntnis dar. Allerdings wird dieser Prozess deswegen relevant, weil er in der Berliner Metropolregion einer von vielen ist, die nach der Wiedervereinigung stattfinden und mit dem Zusammenwachsen zweier, lange Zeit voneinander getrennten Teile zu tun hat. Das Ausmaß der Veränderungen in diesen 25 Jahren ist beson-

ders durchschlagend insbesondere in jenen Orten, die knapp 30 Jahre im Abseits – so Meisenhof – lagen und dann auf einmal nach der Wende von einer rasanten und tiefgreifenden Entwicklung erfasst wurden.

Die Untersuchungsgebiete Lindenthal und Meisenhof als Lebens- und Identitätsorte weisen einige dieser besonders interessanten Transformationscharakteristika auf. In der Gründungspräambel Lindenthals werden „Solidarität, Gemeinsinn und Hilfsbereitschaft“ als alltäglich gelebter Kanon großgeschrieben. Damit identifiziert sich ein Großteil der Altbewohner, aber auch jene, die vor der Wende hier eingezogen sind. Diese Prinzipien passten auf den ersten Blick zum DDR-Staat, konnten im Grunde im Alltag ausgelebt werden. Mit der Wende folgte aus der Sicht vieler Altbewohner eine komplette Verwandlung, die diese Prinzipien in „Entsolidarisierung, Konkurrenz, Ausbeutung“ verkehrte. Inwieweit dies der Fall ist, sei vorerst dahingestellt. Relevant ist das Abhandenkommen eingepflichteter sozialer Ideale, die für die Bewohner identitätsstiftend waren. Sicherlich haben weder die derzeitige Siedlung noch die Gesamtgesellschaft noch mit den Konstellationen der 1920er-Jahre zu tun; sie waren schon damals für einige wie ein Affront³⁶⁸. Im vorherrschenden neoliberalen Ethos sind solche alten Prinzipien nicht nur verblieben, sondern werden geschmäht, auch wenn immer wieder die „Revitalisierung des Solidaritätsbegriffs“ gefordert wird (BUDE, 2013).

Die Gründungswerte *schweben* immer noch über dem Ort und reißen, wenn nicht allen, dennoch auch einige Neubewohner mit, zumal ihre identitätsstiftende Ausstrahlung recht stark ist. Das verleiht dem Ort und dem Wohnen darin einen besonderen und prägenden Charakter. Analog für Meisenhof stellt sein Villencharakter ein Identifikationsmerkmal dar, wobei hier ein anderes Wohnpublikum angezogen wird, das teilweise zu regressiveren Denk- und Lebensweise (Villen, Heimat und frühere Epochen) animiert wird. Der Wunsch in einem idyllisierten (Villenort der gut betuchten Schichten) zu leben, lässt einfach nicht nach. Was in der DDR-Zeit nur ein Nebendasein führen dürfte, wird im kapitalistischen Staat samt symbolischer Artefakte *re-restauriert*.

Beide Lebensräume können jedenfalls als signifikante Orte gesehen werden, die im postmodernen Kontext auf der Suche nach marktkonformen Neuerfindungen der Stadt, der Metropole und der Stadträume an Relevanz gewinnen. Metropolitane Branding- und Vermarktungsstrategien im Rahmen des Ästhetisierungsdiskurses oder – pragmatischer gesehen – in Verbindung mit neobürgerlichen, retraditionalistischen Diskursen, darunter Antiquitäten- und »Manufactum«-Mentalitäten (siehe *gute alte Werte* und *Altes bewahrt sich immer*) genießen große Beliebtheit, wo-

mit sich neue Potenziale hinsichtlich der Lebens-, Wohnstiltrends und sogar Wohnortstile ergeben. Hierin sind „Heim“ und „Heimat“ längst mehr als nur das Gebaute, das Umfriedete oder der angeeignete Raum, sondern auch zunehmend konsumierende Angelegenheiten, Ästhetik und Stil zu identitätsstiftenden Erkennungsmerkmalen erhebt (vgl. KALTENBRUNNER, 2005). Damit brauchen gerade jene unpersönlichen Wohnorte ein neues Image, auch solche *zeitgemäßen* Wohnorte wie Neu-Lindenthal. Villen- oder Genossenschaftssiedlungen könnten als historisch-thematische Wohnorte eine neue Karriere starten.

Diese Identitäten prägen die Bürger und ihre Handlungen, aber auch die Orte und die Interaktionen. Hierzu gehören die Sozialisation in Vereinen (Kultur, Sport, Parteien usw.) und das Vertrautmachen mit der Geschichte und der Tradition. Sowohl die brandenburgischen Gemeinden als auch die Berliner Kieze weisen Besonderheiten auf. Das schnelle Wachstum der Großstadt oder die stark konformistisch geprägte Gesellschaft waren im gesamten Jahrhundert persistent. Sogar im vergleichsweise rebellischen Westberlin dominierte die *schweigende* Dreiviertel-schicht – evtl. war sie im schrumpfenden Berlin eine Zweidrittel-Gesellschaft. Die Konzeption der DDR-Gesellschaft war ohnehin stark auf Konformismus und Normierung orientiert. Kleinräume wie Lindenthal und Meisenhof, aber auch die Plattenbausiedlungen waren für Ostberliner Verhältnisse sogar eine qualitativ gesteigerte Form des Wohnens. Nun wohnen auch viele ehemalige Plattenbausiedler hier (vor allem in Neu-Lindenthal).

Die Annahme, dass inzwischen weniger kategorische und mehr Lebensstil-Distinktionen existieren, wurde nicht bestätigt. Gerade in Meisenhof, wo die Durchmischung, z. B. im Verhältnis Ost-West, größer ist. Die inzwischen dominierenden *Westbürger* ziehen eher eine „Kodierungslinie Ost-West“ ein. Dieser „kulturelle Zusammenstoß“ wurde bereits in den hier vorgestellten empirischen Studien thematisiert (siehe auch MATTHIESEN/NUSSL, 2002, S. 44; in Anlehnung an BECK, 1952). In dieser Hinsicht ist Lindenthal homogener. Trotz der Verdreifachung der Einwohnerzahl sind die Zugezogenen überwiegend *Ostbürger*. Hier ist die Kodierungslinie, wie bereits erwähnt, mehr Altbewohner-Neubewohner. Allerdings in beiden Fällen ist der soziale Erfahrungsprozess noch im Entstehen. Der Zuzug hat in den letzten Jahren abgenommen und es tritt erst jetzt ein Eingewöhnungs- bzw. Konsolidierungsprozess ein. Auch wenn aus der Sicht der Altbewohner die meisten Neubewohner lokale und soziale Praktiken missachten oder Desinteresse an gemeinsamen Dingen signalisieren, gibt es dennoch Ausnahmen.

Nur wenn Alteingesessene (siehe *Oikodespoten*) und Neuzugezogene die sozialen Kompetenzen und den Willen, aber auch den Wunsch für die Aufnahme in eine (*lockere*) Gemeinschaft haben, können Unsicherheiten oder Störungen in Grenzen gehalten und Interaktionen entwickelt werden. Ein Zusammenwachsen und Zusammenleben gestaltet sich schwer ohne Einleben und Umcodierung bisheriger sozialer Verhalten. „Beziehungen und Verbindungen“ sind nachhaltiger, wenn sie über eine „langfristige Besetzung“ des Ortes und einen „kontinuierlichen Kontakt“ entstehen. Es fängt ganz schlicht bei „Freundschaften im Kindes- und Jugendalter“ an und kann bis zu subtileren Eigenschaften wie eingeschlichene „körperliche Ausdrucksformen oder Aussprache (Akzent) etc.“ reichen (BOURDIEU, 1997, S. 165).

Der Ausdifferenzierungsprozess in den untersuchten metropolitanen Teilräumen steckt noch in der Anfangsphase und ist damit für alle Seiten ein neuer Prozess, der in der Auseinandersetzung Vielfalt, Toleranz- und Akzeptanzmechanismen aktivieren soll, wodurch postsuburbane Lebensräume *urbaner* bzw. *metropolitaner* werden. Darin müssen Alt- und Neubewohner nicht zuletzt Pragmatismus, Sozialkompetenz und eine gewisse Vertrautheit mit dem Öffentlichen aufbringen (vgl. „public familiarity“ BLOKLAND, 2012) und dafür weniger trügerische Idyllen oder lebensfremde Situationen erwarten. In diesem Bezug spricht sich auch LUHMANN für eine „Sicherung des Zusammenlebens durch Routinierung“ aus (LUHMANN, 1992), also einen langen Prozess des Einlebens, Akklimatisierens und Einbettens. Dabei müssen einige der oben genannten Fähigkeiten und Merkmale zu einem gewissen Teil vorhanden sein, damit sich ein interaktives und aufgeschlossenes Zusammenleben einstellt. Eine auseinandergerissene Mikrogesellschaft oder die Juridifizierung der Lebenswelt und der sozialen Beziehungen wäre sicherlich weder im Interesse der Gemeinde noch der Bewohner.

Reurbanisierung, Snobifizierung und »Peuplierung« der Mark?

Die Wanderungsprozesse inter- und intrametropolitan können sowohl auf der Push- als auch auf der Pull-Seite betrachtet werden. Teilräume wie Meisenhof und Lindenthal wurden bislang als Einzugsgebiete behandelt, was allerdings für jüngere Gesprächspartner nur bedingt zutrifft, zumal einige Fortzugspläne bzw. -wünsche in Verbindung mit der Kernstadt stehen (in Athen war dies nicht der Fall). Das betrifft auch einige wenige ältere Suburbaniten, die die Idee in bestimmten innenstädtischen Wohngebieten zu wohnen für attraktiv halten. Im Grunde sagt solch eine Wägbareit viel über die Anziehungskraft, also die Potenziale

der Kernstadt, aber auch der gesamten Metropolregion aus. Der Reurbanisierungsprozess in Berlin findet aufgrund der polyzentralen Struktur auf mehreren Ebenen und sozialräumlich divers statt (siehe Kieze/Bezirke, Kleinstädte/Potsdam usw.) und bezieht sich nicht nur auf die eng gefasste Innenstadt.

Diese Reurbanisierung löst eine umfassende Umstrukturierung innerhalb der gesamten Metropolregion aus und verschärft umstrittene Prozesse wie Gentrifizierung, ethnische und sozioökonomische Segregation. In den Metropolen Paris und London war Gentrifizierung ein altes und immerwährendes Phänomen, das mehr oder weniger von Staat und Kommune mitgetragen wurde. Auf diese Weise wurden in Paris Hunderte von Tausenden in die Banlieues abgeschoben, damit der Nobilisierung und Kosmopolisierung nichts mehr im Wege steht. Auch in Berlin schleichen sich ähnliche Prozesse ein, nur verhaltener, verdeckter, eventuell auch weniger polarisierend. Und was kommt noch? Das Anziehen der Preise ist bereits da. Bundesweit gab es in Berlin die höchsten Zuwachsraten an Mieten und Verkaufspreisen für Wohnimmobilien. Im Jahre 2013 übernahm Berlin zum ersten Mal das Ruder von München in der Umsatzstärke auf dem Wohnungsmarkt.³⁶⁹ Verteuerung der Lebens- und Wohnkosten sind zugleich Push- bzw. *Verdrängungsfaktoren*, die durch das Aufzehren innenstädtischer und innenstadtnaher Lagen zur Randwanderung führt; nicht weniger Kreative ziehen sogar aufs Land. Zwangsläufig kam es dadurch zur Verdichtung in den Berliner Außenbezirken und im Innensaum der Metropole. Auch altersbedingte Wanderungsprozesse ins Umland werden ausgelöst, wie es bereits in Großstadtregionen mit angespanntem Wohnungsmarkt darunter Frankfurt/M. und München³⁷⁰ (vgl. KRAMER/PFAFFENBACH, 2011, S. 83). *Münchener Verhältnisse* in der Exurbanisierung sind durchaus denkbar. Dann wären Klein- oder Mittelstädte mit der notwendigen Infrastruktur (Ärzte und soziale Dienste) und ein Hauch von urbanem Leben wie Kulturangebote und Einkaufsmöglichkeiten gefragt, worüber Brandenburg verfügt.³⁷¹ Kommunalpolitik und private Unternehmen haben z. T. bereits damit begonnen solche demografischen Fakten in ihren Planungen einzubeziehen, wobei der Bürgermeister von Vogelweide sich über die finanziell begrenzten Handlungsoptionen beklagt (MOZ vom 20.03.2014). Die Wüstungserscheinungen in den extrapolitanen Gegenden (hierzu zählen unter anderem Brandenburg, Mecklenburg und Sachsen-Anhalt, aber auch Westpolen) sind enorm. Der erwartete Verfall von Immobilien in diesen Gebieten in Kombination mit der Verteuerung der Wohn- und Lebenskosten in der Kernstadt lässt durchaus auf eine zukünftige Exurbanisierung, die bereits heute vermarktet wird, *spekulieren*.

Selbst suburbanen Bewohnern, den die vollzogene und teilweise anhaltende Verdichtung zu weit geht, schließen eine Wanderung in exurbane Orte nicht aus.

Dieser Widerspruch von „Lust am Land“ und „Verharren in der Stadt“ (STOCK, 2011) bringt die Unentschlossenheit zum Ausdruck. Inwieweit die Idealisierung des Landlebens nur eine urbane Mode ist und ob tatsächlich aus der Landlust Wanderungsprozesse gen Land ausgelöst werden, bleibt abzuwarten. Ist die Reurbanisierung auch ein vorläufiges Phänomen und ein Produkt der Idealisierung des Stadtlebens? Oder geht sie mit einer tiefgründigen Ökologisierung angesichts der knappen Energieressourcen einher? Vielleicht ermöglicht die sozioökonomische Polarisierung einigen ein Sowohl-Stadt-als-auch-Land-Dasein.

Allerdings kehrten in den letzten Jahren viele Menschen mit wenig Einkommen Berlin den Rücken und zogen in kleinere Gemeinden Brandenburgs oder Mecklenburg-Vorpommerns. Einige *Pioniere*, künstlerisch und kreativ tätig, tragen zur Wiederbelebung verschlafener Orte bei. Maler oder Bildhauer lassen sich im Oderland nieder oder unterhalten dort einen zweiten Wohnsitz und Atelier, Keramiker betreiben Cafés in der Schorfheide oder in der Uckermark, ehemalige urbane Hobbygärtner werden zu Anbauern von Kräuterhöfen mit dazugehörigen Restaurants, Bücher- und Antiquitätenscheunen, Kirchenkonzerte und Theater sind nur einige Beispiele für die Verwandlung des exurbanen Raumes. Handelt es sich um die neuen Pioniere, deren Beispiel auch andere folgen werden? Anders als frühere Formen gibt es keine abrupte Trennung von der Stadt und der städtischen Lebensweise, sondern Letzteres inkludiert die Nähe zur Stadt (erweiterte Metropolregion). Neben dem Unternehmungs- und Teilselbstversorgerprinzip ist darin ein Prinzip des Wirtschaftens bzw. der Vermarktung enthalten.

Das Kernstadt-Bild ist auch von Stimmungen und subjektiven Wahrnehmungen beherrscht. Die oben beschriebenen veredelten Wohn- und Arbeitsorte sowie die undurchsichtigen und negativ konnotierten Räume des *Elends*, Schreckensszenarien und die Produktion eines abstrakten Unsicherheitsgefühls zeigen große Wirksamkeit. Es ist alles andere als abwegig, sie zu den Einflussgrößen der Wanderungsprozesse zu zählen. Der selektive Zufluss von Informationen in regionalen Medien (lokale Radio-/Fernsehsender und Tagespresse) verzerren das Bild der metropolitanen Wirklichkeit. Die leichtsinnige Verbreitung und das wiederholte Kursieren von falschen *Fakten* fördern Ressentiments und verkehrte Imaginationen. Dadurch werden segregierte Lebensräume im wahrsten Sinne voneinander abgeschnitten und Parallelgesellschaften

geschaffen. Außengefahren, mit Außen doppelt und mehrfach besetzt (außerhalb des Hauses, der Siedlung, der Vorstadt oder über die Grenze, Berlins, Westens, Polens oder Europas) verstärken die diffusen und gestörten Verständnisse³⁷² und machen die ohnehin fehlende Kommunikation zwischen den Teilräumen noch schwieriger. Postsuburbane Bewohner sind aus der realen Welt der innerstädtischen Bezirke verschwunden. Der Aufenthalt in der Kernstadt ist von Bedachtsamkeit geprägt. Teilweise ist bereits der Weg (S-Bahn) dahin ein unzumutbarer Fakt.

Das Beklagen häufiger Einbrüche am Ort wird in Verbindung gebracht mit dem Abbau des polizeilichen Apparates, aber nicht mit der flächenintensiven Zersiedelung, die auch unkontrollierte Räume produziert und einen *zufriedenstellenden* Schutz unmöglich macht. Wenn nicht eine Wache in jedem Ort möglich ist, böten regelmäßige Wachrundgänge ein Sicherheitsgefühl und würden eine vorbeugende Wirkung haben. Die Schrumpfung und die massiven Einsparungen im brandenburgischen Landeshaushalt führten zu immer mehr Kürzungen, die eben zuerst die zahlenkräftigsten Haushaltsposten³⁷³ betrafen. Die privaten, marktwirtschaftlichen Sicherheitsdienste wiederum erfahren im neuen System immer mehr *Beliebtheit*. Das neue Konzept sieht eine Fragmentierung der besonders teuren, ausgeklügelten Systeme in exklusiven Teilräumen, die flächenextensiveren durch billigen Sicherheitsleute bis hin zu *zivilgesellschaftlich* bzw. selbstorganisierten Bürgerwehren vor (WEHRHEIM, 2006).

Die Wahrnehmungen in der Topologie des metropolitenen Berlins sind teilweise verfestigt und nur schwerlich zu durchbrechen. Für einige ehemalige DDR-Bürger steht Berlin-West stellvertretend für die Diffamierung des Westens. Der eigentliche Störfaktor, der nun die heile ländliche Ruhe und Innenwendung der ehemals überwachten Gesellschaft mit der herübergeschwappten Kriminalität bedroht, kommt vor allem aus den Vierteln Kreuzberg, Wedding oder Neukölln (Nord), also die Migrantenviertel. Migrantenviertel stellen weiterhin eine Terra incognita für die Bewohner von Lindenthal, Meisenhof und vermutlich der anderen Postsuburbia dar. Diese Haltung wird medial wirksam und reproduzierbar, sowohl in Fernsehsendungen als auch in Zeitungen. Damit werden Ghettos, Un-Orte oder Parallelgesellschaften konstruiert. Auch die Sozialstatistik verwendet Ausdrücke wie „sozial schwache“, „kippende Viertel“ oder „soziale Brennpunkte“, die für die Bildung von Un-Orten naheliegend sind.

Eine Auffälligkeit ist die Wirkung von Leitbildern im Rahmen der Metropolisierungsstrategien auf die Wahrnehmung der (suburbanen?) Bewohner, die mit Stadtzentrum den Potsdamer Platz in Berlin verbinden.

Dabei war interessant, dass dieses von Institutionen und Unternehmen propagierte und geglaubte Zentrum in Inkongruenz mit der lebensweltlichen Realität, sowohl alltäglich als auch periodisch steht.

Zuallererst stellt die Verdichtung in der Postsuburbia Berlins einen Push-Faktor dar. Die Zuwanderung ins Umland in den letzten Jahrzehnten hat zu relativ hohen Dichten in bestehenden suburbanen Siedlungen und Gemeinden geführt. Galten diese früher zweifellos als suburbane Siedlungen oder Vorstädte, müssten sie nun aufgrund der genannten Veränderungen als postsuburban umdefiniert werden (über andere Gründe vgl. GÖRGL, 2008). Auch wenn diese Verdichtung für den ökologischen und ökonomischen Fußabdruck der Metropole günstiger ist, stößt auf Unbehagen unter den Altbewohnern.

Für Suburbaniten spielt weniger das in die Immobilie investierte Geld, wie allzu oft geschrieben wird, sondern die *vorinvestierten* Hoffnungen und das erhoffte Versprechen eine viel wichtigere Rolle. Das ist es auch, was die selbstbewohnte von der unpersönlich finanzierten Immobilie unterscheidet. Besonders ärgerlich wird es, wenn man das Wohlgefallen für die Wohnform oder den Wohnort verliert und unter Umständen durch die Wertminderung der Immobilie auch noch finanzielle Verluste hinnehmen muss. Aus lebensweltlicher Sicht also sind weniger die sogenannten harten Wohnfakten von Bedeutung, sondern die weicheren und angeblich weniger rationalen.

Migrationsspot Berlin auf dem Weg zur Weltmetropole?

schulung der Kinder ziehen ganze Familien in Bezirke oder ins Umland mit einem niedrigen Migrantenanteil bzw. in Einzugsgebiete von Grundschulen mit hauptsächlich deutschen Schülern. Durch die Berliner Ortsteile zieht sich entlang der Einzugsgebiete der Grundschulen eine unsichtbare Mauer – so z. B. die Bernauer Straße die Ortsteil Mitte und Wedding-Gesundbrunnen (heute beide Bezirk Mitte). So lassen sich auch in Meisenhof zum Teil solche Beweggründe finden. Ganze Miethäuser in Neubausiedlungen befriedigen diese Nachfrage als vorläufige Wohnlösungen nur für die Dauer des Schulbesuchs der Kinder – so z. B. der Wohnstandort „Parkstadt Vogelweide“ mit seinen integrierten Grundschule, Gymnasium und Sporteinrichtungen.

So sehr Berlin eine hohe Zuwanderung aus dem Ausland aufweist, bleibt die Postsuburbia davon *verschont* bzw. ist nicht das Ziel, von einigen Ausnahmen abgesehen. Die beiden Stadtteile weisen sehr geringe Anteile an Einwohnern ohne deutschen Pass auf (Ausländeranteil 2011: Stadt Vogelweide 2,4%, Gemeinde Eschenhof 1,1%; STATISTISCHES BUNDESAMT, 2012). Hier sind sozusagen Deutsche unter sich, zumal auch die Anteile der sogenannten Einwohner mit Migrationshintergrund sehr gering sind (8,7% bzw. 4,4%, ebd.). Damit ist der Unterschied zur Kernstadt enorm (Bundesland Berlin 11,2% bzw. 24,1%, ebd.).

Die neuen Mythen für die Weltmetropole Berlin sichern Weltoffenheit und Willkommenskultur zu. Nicht alle Bewohner teilen die Notwendigkeit für einen internationalen Zustrom und die entsprechenden Debatten werden kontrovers und von Berührungsängsten und sogar Rivalitätsdenken beherrscht, geführt. Wiederholte Kampagnen über ökonomischen Nutzen der Migration bewirken zwar ein Umdenken und kurzfristig sogar Zustimmung, dennoch ist die Grundhaltung eher ablehnend. Letztendlich auch in Deutschland, wie in Griechenland und in allen sich als demokratisch, liberal und offen verstehenden Gesellschaften in Europa (wie anderswo) geht es neben der Entwicklung neuer, gemeinsamer, lebensweltlicher Narrativen und Formen des Zusammenwachsens, oder der Neu-Regulation des europäischen Selbstverständnisses auch um die Beachtung aller Biografien, die hier lebenden und hier leben wollenden Menschen. Deutschland ist lange bereits ein anderes Land. Nicht nur ein Einwanderungsland und eine Einwanderungsgesellschaft, sondern inzwischen, weil der Wandel bereits da ist,³⁷⁴ eine postmigrantische Gesellschaft.

Vollzogene und bevorstehende Migrationen von Menschen und Kapital implizieren Raummodifikationen und Rekodifizierungen der Metropolregion und ihrer Teilräume. Berlins Verwandlung in einen Ort von Viel-

falt und Komplexität wird letztendlich seinen metropolitanen Charakter und seine metropolitane Entität unterstreichen. Das heißt sicherlich nicht, dass provinzielle Allüren oder proletarische Züge völlig verschwinden. Die Zugeknöpftheit und Kleinkariertheit der sich als echte Berliner distinguierten und vorgebenden Prenzlberger oder Kreuzberger, sind zum Teil eine Posse für die Distinktion von den Neuzugezogenen. Tatsache ist, dass seit 1991 1,9 Mio. Bewohner Berlin verlassen haben, während 1,8 Mio. neu dazugekommen sind. Dadurch werden mögliche durcheinanderbrachte Identifikationen verständlich. Um Zusammenwachsen bzw. Zusammenleben zu fördern, reicht falsche Toleranz nicht, sondern es bedarf an Kontakt- und Beziehungsfähigkeit. Insbesondere alteingesessene Berliner und Berlinerinnen sollen endlich ihre ausgeprägte Abwehrhaltung neu Ankommenden gegenüber ablegen, egal ob sie Schwaben, Inder oder Kanadier sind und ihnen mit Offenheit oder zumindest Respekt begegnen. Die Geschichte Berlins ist allzu oft von Segregation und Ghettoisierung belegt worden.

Wie könnte die nächste Stufe, der Reifungsprozess für die Großstadt Berlin, die Berliner Agglomeration, die Europäische Metropolregion aussehen? Momentan sieht es so aus: Die Kernstadt konsolidiert sich, die bauliche Dichte nimmt (wieder) zu. Verknappte städtische Flächen werden wertvoller und dadurch steigt der Bodenpreis. Für die Neuzugezogenen mehr, für die *Einheimischen* moderater. Der exponentielle Charakter von Angebot und Nachfrage, Symbolik und Status treibt auch Wert und Preis auseinander. Kapitalformationen verfügen bekanntermaßen über den Markt, allen voran das obere Segment, indem der Preis sich rationellen Grundlagen entzieht. Berlins Haushaltskrise und der Exitus aus der Hauptstadtsubventionierung, im demokratisch-föderalen Staat als Luftschloss-Politik diffamiert, bedeuten Feld-Räumung für den Markt. Bei fehlenden regulierenden oder ausgleichenden Instanzen wird dieser Prozess außer Kontrolle geraten, indem ausschließlich das Recht des finanziell Stärkeren gilt. Zu den höheren Finanzmächten gehören nicht nur die namhaften Megakapitalanleger, sondern auch Tausende von Kleinanlegern, die den Immobilienmarkt antreiben. Auch aktuell wird der Immobilien- oder Bauboom von der Geldpolitik (Niedrigzinsen) angeheizt. Auf der Suche nach höheren Renditen und Profitmargen sind die kernstädtischen Bereiche zu Investitionsspielen aufgestiegen. In Berlin schlägt dies mit den enormen Preissteigerungsraten der Immobilien zu Buche. Ein Ende dieses Trends ist nicht absehbar. Die finanzialisierte Wohnökonomie setzt ohnehin neue Maßstäbe, wie das Beispiel London zeigt. Land, Boden und Wohnen werden zu Anlageformen und absurderweise von ihrer ursprünglichen Funktion (Ackerbau, Wohnen

usw.), selbst aus der bisher realökonomischen Funktion als Investitionsanlage (z. B. Einkommensverbesserung über Vermietung) herausgelöst. Nach den dubiosen Hypothekengeschäftspraktiken werden heute strategisch Spekulationsgeschäfte kreiert, wie das »Buy-to-leave«-Modell, d. h. Erwerb von Gebäuden und Wohnanlagen, die über Leerstandhaltung lokal wie gesamtstädtisch zu einer artifiziellen Wohnknappheit führen und innerhalb kurzer Zeit (+10% pro Jahr) die Immobilienpreise in die Höhe treiben (THE GUARDIAN vom 31.03.2014). Auch wenn solche Entwicklungen die Berliner Metropolregion noch nicht erfasst haben, deuten wohl einige Tendenzen auf die Problemhaftigkeit und Dysfunktionalität derzeitiger Akkumulationsregimes hin.

3 RESÜMEE(S)

In dieser Arbeit wurde versucht, gesellschaftshistorische und sozial-räumliche Kontexte nachzuzeichnen und ansatzweise weiterzudenken. Ziel war es, neue Kenntnisse zu generieren und Denkweisen über »Wohnen und Zusammenleben« auf den neuesten Stand zu bringen. Ein Teil dieser Suche konzentrierte sich auf das *Metropolitane*, vorgestellt als eine steigende Form des Urbanen (samt Suburbanen), die für mich obsole- te Denkkategorien darstellen. Die vorliegende Untersuchung zum »Wohnen und Zusammenleben« der Athener und Berliner metropolita- nen Bewohnerinnen und Bewohner, wie auch ihre Positionierung in den entsprechenden Lebens-, Denk- und Identitätsräumen haben dies meines Erachtens bestätigt.

Die Arbeit versteht sich als eine solitäre Momentaufnahme, die im beste- henden Werten- und Traditionen-System nach Konstanten des metropol- itanen Lebens und Wohnens mitsamt seiner Modifikation, Persistenz und Resilienz forscht. So hat dieses Forschungsvorhaben seine bezweck- te Programmatik erfüllt und sogar übertroffen, was die Fülle und Kom- plexität der extrahierten Erkenntnisse betrifft. Nachdem die wichtigsten Erkenntnisse sowohl innerhalb der Interpretation als auch in den jewei- ligen Schlussfolgerungen präsentiert wurden, werden hier auf der Grundlage der beiden Paradigmen einige wichtige allgegenwärtige Pro- zesse und Phänomene der zeitgenössischen Metropolregionen zusam- mentragen und abstrahieren.

Ein kurzer Rückblick

Die Lebenswelt der Gesprächspartner verdeutlicht die anwachsende Involvierung, aber auch die Revokation des Staates. Der systematisch und selektiv stattfindende Umbau des *modernen* Staates und seiner Ap- parate betrifft an vorderster Stelle unmittelbare lebensweltliche Bereiche. Während Entscheidungs-, Organisations- und Kontrollinstanzen ihre

Macht und Etats ausbauen, geraten immer mehr lebensnahe Aufgaben in Bereichen wie Wohnen, Soziales, Bildung, aber auch der lokale Polizeischutz und das Gesundheitswesen unter die Wegstreichwut und werden an private Interessen weitergereicht. Dadurch schreitet nicht nur der Auszug des Staates aus lebensweltlichen Kontexten fort, sondern erleidet unweigerlich seine Legitimation. Die entfallende Wohnungsversorgung und überhaupt das Vernachlässigen wohn- und sozialpolitischer Ziele, darunter die Gewährleistung von *guten* Wohnbedingungen für möglichst alle, sind mit gesellschaftlichen Gefahren verbunden, langfristig aber auch mit höheren Kosten. Im peripheren Metropolparadigma Athen war die staatliche Wohnraumversorgung ohnehin marginal und nur einer bestimmten Klientel (z. B. Staatsbedienstete) vorenthalten. Die schuldenbedingte *Laisser-faire*-Haltung in Berlin und die jahrelange beschönigende Einschätzung des absehbaren Problems im Wohnungsmarkt durch Politik und Verwaltung zeigen in welche Richtung es geht. Die in letzter Zeit angekündigten Wohnprogramme (Stand 2015) sind lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein.

Eine Reihe weiterer Zuständigkeitsbereiche wird z. T. der dezidierten regionalen/kommunalen Ebene aufgebürdet, ohne dieser eine entsprechende finanzielle Autonomie und einen rechtlichen Rahmen einzuräumen. Generell werden die Handlungsspielräume immer enger. Auch für die Lebenswelt (die Bürgerschaft) und den Dritten Sektor (die Zivilgesellschaft), die aufgefordert werden, mehr Aufgaben zu übernehmen, nicht wegen des Ausbaus von Demokratie und Freiheiten, sondern aus Kostenminimierungsgründen, so wie es die neoliberalen Rezepte der **Entstaatlichung** und Privatisierung vorschreiben. Im Namen von Generationengerechtigkeit, Haushaltssolidität und Kreditwürdigkeit wird ein *alternativloses* Austeritätsregime durchgesetzt, während zur selben Zeit Kapitalgewinne und hohe bis extrem hohe Einkommen sich der Staatskasse entziehen. Verblüffend ist, dass ein entsprechendes Regime über Jahrzehnte in Semiperipherie wie Griechenland waltete.

Hausgemachte und in der globalisierten Ökonomie zunehmend von außen herbeigeführte Krisen bewirken überdies, dass Staaten wie auch Regionen und Kommunen auf das Instrument der **Privatisierung** von weiteren Lebensbereichen zurückgreifen. So *müssen* sie möglichst zügig angeblich defizitäre lokale und regionale Institutionen einstellen und öffentliche Güter und die öffentliche Daseinsvorsorge privatisieren. Dies fing bei den Wasserversorgungs- und Abfallentsorgungsbetrieben und Wohnungsgesellschaften an und greift auf Stadtviertel, Gewässer und ganze Landstriche über. In welche Richtung dies geschieht und wie

befreit werden. Die Zunahme der Einpersonenhaushalte und der allein-erziehenden Personen, die Aufschiebung der Heirat und der Familienbildung usw. – mehrfach in der empirischen Arbeit manifestiert – ergeben neue Soziologien, die nun in die *alte* Gesellschaft hinzukommen. Dies – gleich ob Peripherie oder Kernraum – kann auch als Konvergenz für die sonst nur bedingt konvergierenden Paradigmen gesehen werden.

Wohnen wird in seiner **Funktion als Refugium** vor der fordernden und belastenden Arbeitswelt (*Funktionsgesellschaft 2.0*) gestärkt. Immer mehr werden Wohnformen entsprechend wahrgenommen und eingerichtet. Die neue (postindustrielle) Organisation der Erwerbsarbeit wirkt sich auf die individuelle Ebene aus. Hochleistungsanforderungen und permanenter Wettbewerb sind für körperliche und mentale Ermüdung verantwortlich; Fahr- und Pendelregimes verschärfen dies. Am Ende des Tages bleibt nur ein Bedürfnis nach Ruhe und Rückzug – evtl. auch Rausch. Hierbei dient vor allem das Einzelhaus mit größerem oder kleinerem Garten als Quell- und Regenerationsraum (siehe Fluchtoase, sicherer Hafen u. ä.). Die neuen globalen Karrieren schlagen sich unverkennbar auf den entstandenen *Flows* in den Lebensräumen und Wohnorten nieder. Die Lebens- und Karriereentwürfe des globalen Nomadentums, allem voran in Metropolregionen, erfordern Flexibilität, Mobilität und Transitorität. Ihr Kontakt zu anderen Räumen schwächt die Kommunikation im und Bindung an den Wohnort. Veränderliche Lebens- und Wirkungsorte verwandeln somit das Wohnen und Zusammenleben im Haus, Viertel und in der Stadt, aber auch die metropolitanen Wohnungsmärkte. *Part-time-Residences* und saisonale Metropolenbewohner bewirken in diesem Zusammenhang neue ephemere, eher konsumtive und nicht-partizipative Lebens- und Wohnstile. *Wohnen-All-Inclusive* ist keine Ausnahme-Wohnform mehr und wird in internationalisierten Metropolen – in Berlin mehr als Athen – immer relevanter.

Die bisher engste Form des häuslichen Zusammenlebens – von Tagesbettenmiete abgesehen – war in den großstädtischen Mehrfamilienhäusern und den *Polikatikies* zu finden. Sie stellen den **Urbanitätsindikator** par excellence, wenn Urbanität auf die urbane Dichte und Nähe reduziert würde. Nicht die Wohnqualität, sondern andere Gründe, darunter in erster Linie die teilweise schlechte bauliche Ausführung und die Verschlechterung des Stadtklimas und des Stadtraums aufgrund des durch die Suburbanisierungsmaschinerie zunehmenden städtischen Verkehrs (fließender oder ruhender), diskreditierten das Wohnen in den innerstädtischen Mehrfamilienhäusern. Dabei sind die baulichen und sozial-räumlichen Qualitäten der Moderne größtenteils noch resilient. Gerade

und die Mikrophysiken der Macht (JESSOP, 2005, S. 22 in Anlehnung an FOUCAULT, 1977, S. 114f.) in den metropolitanen Wohn- und Lebensräumen wird von einer Vielzahl an Veränderungen in den alltäglichen und quasi-primären sozialen Beziehungen und Interaktionen geprägt. Das empirische Datenmaterial, als Verdachts- und Beweismaterial zugleich, zeigt, wie unabweislich andersartige Vorgehensweisen (ergo qualitative Methoden) bei der Erforschung tiefergehender *Psychologien* und *Physiken* sind, zumal mit dem angereicherten Vorrat an Aspekten ganz neue Perspektiven geöffnet werden. Nicht alles ist auf andere Teilräume oder die gesamte Metropolregion übertragbar (mehr darüber gleich), aber prinzipiell gilt, dass dadurch die Perspektive erweitert wird und neue Diskussionsgrundlagen oder Raum für Stochastik (in seiner klassischen Bedeutung als »Kunst des Vermutens«) entstehen. In der Auseinandersetzung mit sozialen Beziehungen in metropolitanen Lebensräumen wird unverhofft auf neue Muster und Praktiken gestoßen.

Die **Postsuburbia** ist heute pulsierender und bunter, als es allgemein angenommen wird und hat kaum etwas mit der Suburbia der 1960er- und 1970er-Jahre gemein; das trifft zumindest auf alle vier hier behandelten Teilräume zu. Die durcheinandergewürfelten Milieus und *Gesellschaften* – ausgedrückt im Zusammentreffen unterschiedlicher Sozialisationen, Bildungen und *Kulturen* sowie im breiten Spektrum an Erwartungen – befinden sich in einer *Coming-Of-Age*-Phase. Die vermutete vorstädtische nivellierende Einheitsgesellschaft oder soziale Monostrukturen sind zwar erkennbar, allerdings schreitet die Ausdifferenzierung noch weiter voran. Teile der Kleingesellschaft fügen sich in die lokalen Sozialstrukturen ein oder wünschen sich die Aufnahme in gemeinschaftliche Formen, andere Teile wiederum sehen den Wohnstandort nur als Kulisse und sind mehr in nicht-lokale soziale Netzwerke und Strukturen eingebunden, ggf. halten sich bewusst fern von der lokalen Folklore. Allgemein könnte in Bezug auf das Zusammenleben von einem Selbstfindungsprozess gesprochen werden, der im vollen Gange ist und aus dem sukzessiv neue Formen des Gemeinsamen entstehen werden.

Katalytisch auf Aktionen und Interaktionen in den Orten wirken bekanntermaßen die mehrfach thematisierte Beschleunigung des Alltags und die gestiegenen Anforderungen im Erwerbsleben sowie die **Mediatisierung** (vom Telefon bis zum Internet) und **Motorisierung**. Sie verlagern den Mittelpunkt bzw. verkürzen die Zeiten der Interaktionen.³⁷⁵ Die Betrachtung gängiger Kommunikationsformen unter dem Gesichtspunkt der Förderung oder Hinderung sozialer Opportunitäten impliziert vor allem die Frage der Medienwirkung auf Territorialität. Hörfunk und

Fernsehen haben früher gewissermaßen zur Entstehung von Gemeinsamkeiten geführt, die in der Regel das nationale oder lokale Gemeinschaftsgefühl (und die Identität) gestärkt haben. Nun findet dies nur bedingt statt, zumal die Internettechnologien a-lokale, interessenorientierte, reziproke und flexibilisierte Kommunikationsformen ermöglichen. Dadurch werden Gemeinsamkeiten und Gemeinsinn entterritorialisiert. Es treten immer mehr scheinbare, a-physische, noetische und teilweise selbstreferenzielle Beziehungen zur Welt auf, indem sich viel im Kopf abspielt. Die Sozialisation des Realen, Unmittelbaren nimmt ab und die des Entfernten mittels technischer Geräte und Medien zu. Anstelle der Rezeptivität (Zuhörer, Zuschauer) tritt Interkommunikation (z. B. Chat-ten, Mails, Social Media, Dating usw.) ein. Generell treten klassische Medien, die den Rückzug in die eigenen vier Wände brachten, in den Hintergrund und werden durch mobile Rechner, Smartphones usw. ersetzt. Sie ermöglichen Formen wie Co-Working (oder Co-Gaming). Inwieweit dadurch lokale soziale Potenziale entstehen,³⁷⁶ bleibt ungewiss. Wohl sind in letzter Zeit „neue Formen sozialer Bindewirkungen“ erkennbar,³⁷⁷ die tiefgreifend auf sozialräumliche Praktiken einwirken.

Neben der Mediatisierung des Sozialen bekräftigt die Empirie das Phänomen der **Juridifizierung des Sozialen**. Wenn Fähigkeiten der Interaktion und Kommunikation ausfallen oder ggf. Ent-Täuschungen auftauchen, müssen Gerichte und das Nachbarschaftsrecht entscheiden. Juristisch vorgegangen wird nicht nur untereinander, sondern auch gegen die Kommunen. Die Zunahme solcher *Un-Kommunikationen* ist der ökonomischen Rationalisierung und generell Verbetrieblung der Gesellschaft, der Nachbarschaft, des Haushaltes und der menschlichen Beziehungen generell zuzuschreiben. Für die Gründe müsst nicht nur lokal, sondern vielmehr überlokal und global gesucht werden, denn von dort sind sie auch zu steuern (vgl. HAMM, 2000, S.177). Staaten, Rechtssysteme bis zu einzelnen kommunalen Instanzen sind in der Abgrenzung der Menschen impliziert. Die Unterlassung der zuvor institutionalisierten sozialen Kontrolle hat zum Beispiel ein Vakuum entstehen lassen. Die nun geschwächten staatlichen Instanzen (früher z. T. repressiv) und die neue *Laissez-faire*-Haltung des Staates sind weniger den liberalen Prinzipien als den Einsparungen und dem Personalmangel geschuldet. Nachgeahmte liberal-individualisierende auf Recht und Verträge setzende Modelle versetzen zwar die Monade in die Lage, sich zur Wehr zu setzen, lösen jedoch kaum das entstandene Kommunikationsdefizit. Damit wird das Feld rechthaberischen Individualisten überlassen und nur bedingt Handlungsraum für die Selbstverantwortung der vom Kollektibewusstsein geprägten Bürgerschaft geschaffen. Juridifizierungsphäno-

verständlich nicht im fluxusartigen Oreólofos). Der erwartete Konsolidierungsprozess wird mit großer Sicherheit Beziehungen und Kommunikationen in allen Lebensräumen vertiefen und aller Voraussicht nach die Trennlinien zwischen Alt- und Neubewohnern usw. einebnen, wobei lokale *Dissidenten* nie auszuschließen sind.

Eine weitere Tendenz wird in der Konstituierung von ritualisierten Ordnungsstrukturen festgestellt. Die Rationalisierung der Gemeinschafts- und Nachbarschaftsprinzipien führt auch in den Untersuchungsräumen zu Verschluss- und Exklusionsphänomenen. Zwar unterscheiden sie sich diese eindeutig von *Gated Communities* und *Defended Neighborhoods*, weisen jedoch eine gewisse Analogie auf. Was auf der Ebene des Wohnhauses als Verinselungs- und Einkerkertrend gilt, greift auf die Ebene des Wohnortes über. Eklektische Vergemeinschaftungs- und Vergesellschaftungsformen implizieren, anders als die vorher thematisierten lokalen Distinktionsformen, semantisch und diffus *Aufwertungsverhalten* in Bezug auf das Ich und die moralischen Vorstellungen sowie auf den Lebens- und Wohnstil. Tendenzen der Formierung und (Re-)Kultivierung kollektiver und kommunitaristischer Identitäten sind keineswegs neu in Europa.

Wenn über postmoderne Utopien debattiert wird, dann muss auch vor Augen geführt werden, wie sehr Lebens- und Wohnvorstellungen von Trends und Befindlichkeiten abhängig sind. Der Übergang von der Suburbia zur Postsuburbia berechtigt jedenfalls, Fragen über mögliche Tendenzen in der Stadtentwicklung und Metropolisierung zu stellen. Allem voran über Exurbanisierung oder die Entstehung einer Suburbia der Postsuburbia. Bereits genannte Gründe wie Nobilisierung der Kernstadt, Globalisierung des Wohnungsmarkts, Nachverdichtung der bisherigen Suburbia und dadurch Entstehung von »Lebensräumen der kurzen Wege« u. a. sprechen jedenfalls dafür. Die Mehrzahl der postsuburbanen Gesprächspartner thematisierte den Wunsch **zwischen Land und Stadt** zu leben. Zwar wird die Nähe zur Stadt beteuert, die Mehrzahl der Gesprächspartner bevorzugt jedoch den Rand. Für einige wenige ist perspektivisch die Rückkehr in innerstädtische Gebiete vorstellbar, wobei derzeitige Entwicklungen (in Athen: ökonomische Krise und Migration; in Berlin: Verknappung und Verteuerung von Wohnraum) hinderlich wirken. Damit wird kritisch hinterfragt, ob nicht eine echte Reurbanisierung gleich die Möglichkeit eines Umzugs von Lindenthal oder Plataniá nach Friedrichshain oder Thissíon bedeuten müsste. Vorerst trifft dies nur für junge Menschen zu, obwohl nach ihren Aussagen nur vorläufig. Dem Tauziehen um Wohnen und Wohnvorstellungen kann durch ihre

Kommodifizierung eine lange Zukunft vorausgesagt werden. Nur eins ist sicher: die begrenzten Ressourcen in der Kernstadt. Außer es entstehen neue Wohnformen, bisher nur aus der Science-Fiction oder ostasiatischen Städten (Hongkong, Singapur) bekannt.

Auf der Ebene der Metropolregion gibt es hingegen unbegrenzte Ausweichmöglichkeiten. Würde die Politik Entwicklungen freien Lauf lassen, dann wäre es eine Frage der Zeit bis sich in Europa Auslese- und Polarisierungsprozesse noch weiter verstärken. Beanstandung von Kunden über obdachlose Zeitungsverkäufer vor dem Eingang von Lebensmittelmärkten oder Störimpfinden gegenüber Autoscheibenputzern an Ampeln sind keine Einzelphänomene. Es stellt sich nur die Frage, ob Angstmacherei und subjektive Unsicherheit entsprechende Denkweisen fördern. Gleichen also Athener, Berliner und europäische Verhältnisse immer mehr US-amerikanischen? Der beschriebene **Postmetropolis-Diskurs** ist weder nur L. A.-typisch noch einzig auf US-amerikanische Metropolen anzuwenden. Auch wenn „ummauerte von bewaffnetem Sicherheitspersonal beschützte Grundstücke“ oder Warnungen wie „Bei widerrechtlichem Betreten wird geschossen!“ (SOJA, 2000) eher eine Seltenheit in Europa darstellen, dringt immer mehr davon in den Alltag der im Vergleich dazu beschaulichen europäischen Metropolen ein.³⁷⁸ Und hiesige politische, ökonomische und gesellschaftliche Vorgänge mehrten entsprechende Phänomene. Kamera- und Videoüberwachung von Einkaufszentren, Bürokomplexen und immer mehr öffentlichen Plätzen – bis vor 20 Jahren ein Tabu – gehören inzwischen auch zum europäischen Alltag. Jeder neue Vorfall lässt zudem die Akzeptanz von Raumüberwachung und harten „Null-Toleranz-Lösungen“ erhöhen. In der Tradition der Großstadtkritik werden Drohkulissen und Angstbilder generiert, wobei die „vier Ps (Polizei, Politik, Publizistik und Private Sicherheitsdienste; ein fünftes könnte die Planung sein)“ zu den „wichtigsten Akteuren mit Interesse an Unsicherheit“ gehören. Heute stellt „Sicherheit einen veritablen Markt“ dar, nicht nur Personal, allem voran Technik soll Menschen, Gebäude oder ganze Stadtviertel hermetisch abschirmen (Ausstellungskatalog „*Revisiting Home*“, Berlin 2006)³⁷⁹.

Manche lokalen Phänomene lassen sich auf die metropolitane oder staatliche Ebene übertragen, zumal Lebensgeschichten nur bedingt geografisch eingrenzen lassen. **Zwischenidentitäten** sind ubiquitär, wobei historisch betrachtet, nirgendwo so häufig anzutreffen, wie in der Peripherie, die mehrfach gesellschaftliche und ökonomische Umbrüche als der bürgerliche Staat aufweist, der Sicherungsmechanismen entwickeln musste, um Krisen zu unterzubinden oder zumindest schneller zu über-

brücken bzw. auch der Peripherie aufzubürden. Nach Krisen leiden in erster Linie die Identität, die in einem Teufelskreis von Redefinition und Bewahrung gerät. Wenn die aus eigener Kraft und Erkenntnis angestoßene Modernisierungs- und Reformmuße fehlen oder defekt sind, wird auf Altem beharrt und selektiv auf historisch positiven Momenten für Selbstinitiation zurückgegriffen. Gerade periphere Identitäten tendieren dazu, quasi Gelungenes zu adaptieren oder nachzuahmen, trotz Inkongruenzen und Stilbrüchen, die irgendwann zutage treten, spätestens dann, wenn die nächste Krise vor der Tür steht. Dieses ständige „Dazwischen“ ist für die Peripherie im Grunde ein Dauerzustand.

Die Entwicklungen in den Berliner und Athener Metropolregionen müssen zudem wie ein politischer Prozess begriffen werden, getragen von der **Re-Territorialisierung**, die längst das Verhältnis von Kernstadt, Suburbia und Rand umgekehrt hat. Das Umland hat nicht nur demographisch, sondern auch ökonomisch und politisch aufgeholt und ist autark geworden. Das betrifft vor allem das schrumpfende Athen, da in Berlin durch den Reurbanisierungsprozess nicht nur das Umland, sondern auch die Kernstadt *wächst*. Die zunehmende Eigenständigkeit der Postsuburbia ändert auch die politischen Geografien. Prioritäten und Finanzmitteln werden umgewidmet, übersetzt zum Beispiel im Infrastrukturausbau am Rande (Straßen-, Glasfasernetz, Schulen u. a.). Steuerliche Vergünstigungen wie Pendlerpauschale, Wohnzulagen u. a. bleiben auf Druck der suburbanen Wähler bestehen. West-Berliner oder Nord-Athener treten beinahe als Lobby auf und üben enormen Einfluss auf politische Entscheidungen aus. Vor allem in Athen hat die Zunahme der Bevölkerung (und der Wählerschaft) in den umliegenden Gemeinden erkennbar die Agenda und politische Prioritäten verlagert.

An allerletzter Stelle müssen bei *Krisen* meines Erachtens Ansätze zu ihrer Lösung, Überwindung oder Transformation angesprochen werden. Zudem lassen sich diesbezüglich starke Berührungspunkte zwischen Athen und Berlin finden. Der Untergang des DDR-Staates ging mit der Demontage einer personen- und kostenintensiven Wirtschaftsweise einher, die nach einem sozioökonomischen Gleichgewicht oder Loyalität zum Staat (bzw. Partei) strebte. Wirtschaftlichkeitsfragen und harte betriebswirtschaftliche Kriterien geleiteten die Transformation. Diese Zäsur kam für die DDR von außen (BRD). Ihre Rigorosität und ihr Gleichmut vermittelten ein Gefühl von Fremde-im-eigenen-Land-Sein. Gleichartige Erfahrungen erfuhr in den letzten fünf Jahren Griechenland nach dem Diktat eines der härtesten neoliberalen Austeritätsregimes. Einziger Unterschied war: Die Maßnahmen kamen von EU, EZB und IWF, wobei

auch hier das Bundesfinanzministerium federführend war. Die Konsequenzen auf die Lebenswelt waren bzw. sind in beiden Fällen enorm. Die massiven Einsparungen im Gesundheitssektor oder Bildungsbereich entscheiden zudem über Leben und Tod (amtlich: Geburt- und Sterberaten) resp. über zukünftiges gesellschaftliches und ökonomisches Rückgrat. Dadurch wird nicht nur die bestehende Wirtschaftsordnung aufrechterhalten, sondern sogar die Zentralisierung bzw. Peripherisierung verstärkt. Provokant ausgedrückt: diesmal nicht durch Waffen und Okkupation, sondern durch Kredite und Verträge.

Die Suche geht weiter...

Die explorative Herangehensweise ergab eine Vielzahl an Fragenstellungen, die Gegenstand weiterer sowohl disziplinspezifischer als auch disziplinübergreifender Untersuchungen sein könnten. Es stellt sich wohl die Frage, inwieweit die hier explorierten metropolitanen Aspekte eine Generalisierbarkeit und Validität von Prozessen in anderen urbanen/suburbanen/postsuburbanen Lebensräumen erlauben. Zukünftige Untersuchungen könnten daher mehr und präziser an raumspezifische Auswirkungen in Verbindung mit Motiven und Handlungsmöglichkeiten von Individuen und Haushalten ansetzen.

Eine Frage, die diese Arbeit nicht klären konnte und vielleicht für eine weitere empirische Untersuchung interessant wäre, ist zum Beispiel die der (zunehmenden) Distinktionen und – wohl bewusst negativ konnotierten – Diskriminierungen aus ethnographischer und kulturell relevanter Perspektive. Die Unterschiede zwischen den Bewohnern Athens und Berlins, wie sie Andere/Fremde sehen oder über sie sprechen, sind durchaus groß. Selbst zwischen West- und Ostdeutschen gibt es signifikante Unterschiede.

Mit der Darstellung einer Vielzahl historischer Beispiele, auch wenn stellenweise vereinfacht, sind auch einige weniger prominente Aspekte der Stadtentwicklung verbunden. So die veränderte Psychologie durch die Vergrößerung, Agglomerationsbildung und die nunmehr metropolitenen Ausmaße und Auffassungen nehmende Entwicklung. Ob darin ein Evolutionsschub geleistet wird oder irgendwelche zeittypischen ideologischen Prämissen verbunden sind, könnten ebenso genauer ergründet werden. Aus der Erforschung individueller Wanderungslinien und der Schwerpunktsetzung auf Lebens- und Wohnbiografien, die entsprechende Wanderungskarten innerhalb und außerhalb der metropolitenen Räume ergeben, könnten einige neue Ansätze resultieren.

Trotz geografischer und historischer Ungleichheiten offenbaren sich einige Gemeinsamkeiten für periphere und zentrale Metropolregionen. Für die in den Gründerjahren orgastisch gewachsene Großstadt Berlin war anfangs auch der kleingewerblich von Bauherren und Kleinbauunternehmern organisierte Wohnungsbau systemtragend. Sogar in der DDR gab es Formen der illegalen Nutzungsumwandlung (Laubenhäuser zu Wohnhäusern), sowohl zur Eigennutzung als auch zum Zwecke der Vermietung. Ähnliche Praktiken mit ähnlich knappen Finanzressourcen und im entsprechend Kleinumfange (ein oder zwei Bauprojekte pro Jahr), wendeten nur ein halbes Jahrhundert später die Kleinbauunternehmer im rapide wachsenden Athen an. Gewiss hat in beiden Fällen während einer extrem hohen baulichen Konjunkturphase das Fehlen einer staatlichen Wohnungspolitik Nebensysteme hervorgerufen. Dies ist nach Meinung des Verfassers dieser Arbeit für alle o. g. Fälle von der Forschung nur ungenügend behandelt worden. Entsprechendes trifft auf Untersuchungen über die Gesamtwirkung kleingewerblicher Ökonomien im neoliberalen Regime zu.

Interessant wäre auch die Überprüfung der Fortschritte in der Integration der Neubewohner und der Vertiefung der sozialen Beziehungen zu einem späteren Zeitpunkt. Ebenso die Untersuchung der Veränderungen in den Verständnissen von Siedlern in Neusiedlungen wie Neu-Lindenthal. Generell wären solche Siedlungen von Interesse, wenn es um Fragen über Veränderungen, Vergesellschaftungsformen und Milieubildung oder um lokalspezifische Orientierungen, Konsum- und Lebensmustern geht. Die Kommodifizierung macht nicht halt vor der Gestaltung der Umgebung. Hier könnten in GANS' Manier der Wille und die Absicht zu „quasi-primären“ Kontakten der Neubewohner und Neubewohnerinnen untersucht werden. Was ist, wenn die erste Generation mit solcher Absicht kam, aber diese von den Orten nicht erfüllt werden konnte? Landflüchtlinge kamen in die Stadt und waren mit anderen Formen konfrontiert. Sie haben beide Formen erlebt und waren in der Lage auch in der Suburbia Fuß zu fassen. Was passiert jedoch, wenn jemand aus der Innenstadt oder aus dem Plattenbau kommt und so auf wenig Kontakt zu seiner Umgebung konditioniert ist?

Das Schlusswort

Als Schlusswort wird die abstrakte Frage behandelt, ob sich aus all diesen beobachteten und erzählten Praktiken und Phänomenen ansatzweise eine (Vor-)Definition der Neourbanität oder Metropolitanität abzeichnet. Auch für den Metropolitanitätsbegriff und seine Ingredienzen bedarf es

thematisch präziserer Untersuchungen. Lässt sich zum Beispiel ein neues Referenzsystem erkennen, z. B. ein Metrozentrismus, der allgemein zur äußeren und inneren Orientierung dient? Die Mehrzahl der Gesprächspartner sah tendenziell ein Entweder-Oder. Und generell soll nicht aus der Sicht der medialen Politik und Ökonomie, sondern aus dem Alltag und der *chaotischen* Lebenswelt, also den Bewohnern, Erwerbspersonen, Verkehrsteilnehmern und sozialen Akteure herausentwickelt werden. Es war deutlich genug, dass es die lebensweltlichen Individuen und Kollektive sind, die das Kreativitäts-, Innovations-, aber auch Improvisationspotenzial haben und durch Ent-Mainstreamisierung das Besondere kreieren. Das Massenkraftwerk Metropole verdankt den Ghettos, dem Unbeständigen und Durcheinander sowie den Parallelgesellschaften seinen Glanz – wie auch seinen Verruf. Der politische und ökonomische Betrieb, die Strategien und die Planung stellen lediglich technisch optimierte Verfahren, die den (r)evolutionären ökonomisch-rationellen Prinzipien von Industrialisierung und Technologisierung entsprechen und weniger organischen Lebens- und Überlebensprinzipien. Trotz ständiger Prekariisierung, Bändigung und Ausbeutung bilden Letztere die eigentlichen Kräfte des Urbanen bzw. Metropolitanen. Außerdem sind europäische Metropolregionen, und Athen und Berlin am allermeisten, Produkte von Wanderung und Migration. Ohne Zuwanderung wird es, angesichts der alternden Bevölkerung, kein Stadtwachstum geben. Heute mehr denn je, tragen globale Wanderung und Migration zum Wesen postmoderner Metropolen bei. In beiden Fällen fallen hier die stattfindenden sozial-räumlichen Prozesse, bekannt aus dem Diskurs der World-City und Postmetropolis, kleiner aus. Nirgendwo weisen jedoch die periphere und zentrale Metropolregion so große Unterschiede auf, wie im Umgang mit Zuwanderung. Athen und der griechische Staat generell sind auch in dieser Hinsicht davon überfordert, wobei es wieder einmal die Lebenswelt selbst besser zu bewältigen scheint. Beide Stadtregionen werden jedoch ihrer Metropolitanität gerecht, auch wenn auf verschiedene Weise. Es kann eindeutig nicht mehr von einer gewachsenen Kernstadt gesprochen werden, sondern nur über ein regionales Geflecht von unterschiedlichen Teilräumen und Entwicklungen. Zwar ist das Zentrum der Kulminationspunkt, der der Region Namen und Identität verleiht, aber die Neigung immer, alle Entwicklungen von innen nach außen zu betrachten, ist zu persistent. Obwohl allmählich die Zeit gekommen ist, es andersherum zu betrachten bzw. untersuchen. Wenn eine pointierte Erkenntnis aus diesem Forschungsvorhaben ausgedrückt werden soll, dann eben diese: Die Suche von *Metropolitanität* bedarf einer Perspektive von außen nach innen und nicht andersherum.

ENDNOTEN

Aus Datenschutzgründen wurden die in der Arbeit erwähnten Namen der Gesprächspartner und die Namen der Athener und Berliner Untersuchungsorte verfremdet.

¹ »Wohnen und Zusammenleben« bedeutet keineswegs Zusammenwohnen i. e. S. oder falls doch so gemeint ist, dann im Sinne von: Wohnen auch außerhalb des Hauses in der Straße, im Wohnviertel oder in der Gemeindegrenze und sogar in der Gesamtregion.

² Dieses Wort wird gern etwas scherzhaft für das wachsende Umland von Großstädten verwendet, allerdings in dieser Arbeit vermieden.

³ Postsuburbia ist ein sachdienlicher Begriff, eine Art Brücke zwischen dem Suburbanisierungsprozess der 1960er-/1970er-Jahre und dem tiefgreifenden Wandel.

⁴ Die Ausführungen über Global Cities usw. (vgl. HALL, 1966; FRIEDMANN/WOLFF, 1982; FRIEDMANN, 1986; SASSEN, 1991 und 2000) berichten genauer über entsprechende Vorgänge in den letzten 40 Jahren. Diese neue globale Städtehierarchie beruht auf dem „aufgewärmten und vorschnell generalisierenden Zentrale-Orte-Denken“ (HAMM, 1999, S. 43) und entspricht sehr fordistischen Denkmustern und Machtstrukturen.

⁵ Zum ursprünglichen Grundgedanken der „*école de la régulation*“ und der Regulationisten gehörte die Herausarbeitung eines zeitgemäßen Analyseinstrumentariums für die Entwicklungs- und Transformationsmechanismen der kapitalistischen Gesellschaft, weniger stringent als ALTHUSSERS Strukturalismus und MARX' Werttheorie. Die Veröffentlichung Michel AGLIETTAs „*Régulation et crises du capitalisme: l'expérience des Etats-Unis*“ (1976) über eine kleinere Krise Ende der 1960er-Jahre in den USA, die in erster Linie Lohnverhältnisse und Produktionsgesetzmäßigkeiten der damals im Höhenpunkt der globalen Hegemonie befindenden US-amerikanischen Ökonomie untersuchte, verhalf zur Popularität der Regulationsschule. Zentrale Themen waren auch die Beschreibung und Analyse von Zustand und Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie, u. a. ausgerichtet an die von KOND-RATIEFF-Zyklen basierte Abfolge von Krisen- und Stabilitätsperioden. Die über längere Zeit hergestellten Gleichgewichte, Gesetzmäßigkeiten und Reproduktionen der sozialen Verhältnisse führte Begriffe wie Akkumulationsregime und Regulationsweise ein (mehr darüber ebd.; BOYER, 1994, S. 107; LIPIETZ, 1985, S. 20; ders.

1998, S. 161). Über den Aufbau, Struktur und Logik des Nachkriegs-Fordismus siehe auch BENKO/LIPIETZ, 1998, S. 276.

⁶ Während sich die „Längsschnittperspektive“ mit den „veränderten Entsprechungen von Akkumulationsregimes und wohlfahrtstaatlichen Modellen“ auseinandersetzt; darunter die Verwandlung des „atlantischen Fordismus“ hin zu einem „postfordistischen, neoliberalen Akkumulationsregime“ (WEISCHER, 2011, S. 168).

⁷ Hierin gibt es die folgenden Hauptkonfigurationen (WEISCHER, 2011, S. 168, zitiert BOYER, 2005, S. 259):

- marktorientierter Kapitalismus (u. a. USA, England, Australien, Kanada).
- meso-korporatistischer Kapitalismus (Japan, Südkorea).
- staats-interventionistischer Kapitalismus (u. a. Deutschland, Frankreich, Niederlande).
- sozialdemokratisch regulierter Kapitalismus (u. a. Finnland, Norwegen, Schweden).

⁸ Andere Synonyme: „peripherer Kapitalismus“, „peripherer Fordismus“, „unvollständiger Fordismus“, „semi-fordistische Ökonomie“ usw. Oder Begriffe: „nachholende Modernisierung“, „unvollständige Modernisierung“. Die meisten lassen jedoch die „Funktionsweise dieser Länder schwerlich begreifen“ (CHTOURIS/HEIDENREICH/IPSEN, 1994, S. 19), lange Zeit auch der Unterbelichtung der Peripherie und ihrer Eigenlogik geschuldet. Erst in den 1980er-Jahren begann LIPIETZ die Entwicklung peripherkapitalistischer Staaten wie Brasilien oder der europäischen Mittelmeerstaaten Portugal, Spanien und Griechenland sowie der „Dritten Welt“ (im Sinne von *tiers monde*) zu untersuchen.

⁹ Peripherie ist andererseits als Metapher zu verstehen. An und für sich handelt es sich um einen relationalen Begriff, der weder messbar noch per natura erklärbar ist, sondern nur in Abhängigkeit zu einer (eben zentralen) Lage, Wahrnehmung oder Deutung herangezogen werden kann.

¹⁰ Die erzielten „Zahlungsbilanzüberschüsse“ üben „zugleich [...] Druck gegenüber dem Rest von Europa aus [...], damit diese Staaten bzw. Ökonomie eine positive Bilanz gegenüber dem Rest der Welt erzielen, um für die eigenen Importe aus Deutschland bezahlen zu können“ (vgl. LIPIETZ, 1998, S. 147f.). Wie auch die Schulden- und Währungskrise offenbart, geht jedoch dieser Plan nicht ganz auf, zumal die schwächsten europäischen Ökonomien erst mithilfe von Krediten importfähig wurden. Als sie nicht mehr in der Lage waren neue Kredite anzuschaffen bzw. die alten zu bedienen, musste ihnen mit sogenannten Rettungsmaßnahmen *geholfen* werden.

¹¹ Die genannten Interessen sind sicherlich in der kapitalistischen Ökonomie nicht neu, aber die versprochene zügellose Freiheitsform der neoliberalen Logik scheint sie zusätzlich beflügelt zu haben.

¹² Die Restrukturierung der post-fordistischen Phase setzt auf Beziehungs- bzw. Kooperationsformen, in Form von „Verhandlungen und Verhältnissen von Angesicht zu Angesicht und Nähe“, also in großstädtischen Agglomerationen. In einer „organisierten Mobilisierung des Territoriums“, die nun „in der Form einer Metropolisierung“ erfolgt und „hauptsächlich aus gegliederten Netzen kleiner lokaler Produktionssysteme“ besteht (LIPIETZ, 1991, S. 133) bilden sich entsprechend neue Hierarchien, deren Ergebnis ein organisiertes Netz einerseits mittelgroßer Städte, andererseits einiger wichtiger Metropolen ist.

¹³ Der Wechsel zwischen internationaler und supranationaler zu nationalstaatlicher oder (stadt-)regionaler Regulation ist hinsichtlich der Reterritorialisierung mit eini-

gen Konventionen verbunden. Eine scharfe Trennung zwischen den Ebenen ist nicht immer möglich. Räumliche Schwerpunktverschiebungen und neue Standortkonstellationen sind Teil eines fortwährenden und immer mehr schnelllebig angelegten Prozesses, wobei vor allem Städtisches nicht nur an Wichtigkeit, sondern auch an Komplexität gewonnen hat. Laut LÄPPLE: „Je mehr man über Region und Stadt nachdenkt, desto mehr Probleme und Fragen tauchen auf“ (im Rahmen eines Kongresses 2004 in Berlin).

¹⁴ In GRAMSCIs Zivilgesellschaft-Definition vom Ende der 1960er-Jahre umfasst sie „das institutionelle Gefüge, das aus Familie, Religion, kulturellen Traditionen, geschlechtsspezifischen und ethnischen Identitäten [...]“ besteht und sich historisch (unter Hilfestellung der „organischen Intellektuellen“) immer wieder neu formiert, insbesondere wenn sie für die Existenz und Permanenz des gesellschaftlichen Gleichgewichts kämpfen muss. „Der Ort der Konstitution und des Kampfes der Hegemonie, besteht aus kulturellen Institutionen und Praxen und umfasst Parteien, Verbände, Gewerkschaften, Medien, die Kirchen, Vereine etc.“ (GRAMSCI, 1967).

¹⁵ Im Deutschen Reich setzte eine starke Land-Stadt-Wanderung erst nach Abschaffung von Regelungen zur Mobilität und Niederlassungsfreiheit ein.

¹⁶ Friedrich ENGELS bereiste als 24-Jähriger zwei Jahre lang (1841-1843) mehrere britische Städte, darunter London, Manchester, Liverpool, Nottingham. Anschließend publizierte er die Schrift *„Die Lage der arbeitenden Klasse in England“* (1972 [Orig. 1845]), die die neue Realität der industriekapitalistischen Stadt darstellte.

¹⁷ KERN (1982, zitiert von LINDNER, 2004, S. 28) sieht als Geburtsstunde der Sozialforschung die vom Bürgertum gewünschte und geforderte Kontrolle, Beobachtung und Registrierung der Arbeiter- und Armenviertel.

¹⁸ Auch Städtebau und Stadtplanung waren „berufspraktische und auch gesetzlich-bürokratische Aufgabe“ des Staates (SCHÄFERS, 2006, S. 189).

¹⁹ Charles DICKENSs Elendsgeschichten schildern plastisch die Großstadtwerdung Londons und die Umstände in den industrialisierten Räumen. Der im *„Oliver Twist“* vorkommende Satz *„Every man for himself“* steht für den damaligen Zeitgeist. Ebenso die Pariser Milieustudien Honoré de BALZACs (v. a. der Stadtflaneur in *„Scènes de la vie parisienne“*) und Werke von Victor HUGO, später Emil ZOLA beschreiben sehr detailreich die neue Lebensweise in den wachsenden Städten und übten Kritik am Elend in den Armen- und Arbeitervierteln. Der *„Flaneur“* von Walter BENJAMIN oder *„Mrs. Dalloway“* von Virginia WOOLFE u. v. a. erhalten unzählige Hinweise auf die damalig neuartige großstädtische Lebensweise.

²⁰ Der französische Publizist, Politiker und Historiker Alexis de TOCQUEVILLE verfasste nach seiner USA-Reise einen Bericht über Freiheit und Bürgergesellschaft (*„Über die Demokratie in Amerika“*, 1835/40, frz.). Auch aus seiner England-Reise (1835) berichtete er detailreich über Missstände und den „Pauperismus“ (vgl. *„Das Elend der Armut. Über den Pauperismus“*; die Übersetzung und eine Veröffentlichung im deutschsprachigen Raum erfolgten viel später). TOCQUEVILLES Werke stellen Vorläufer politischer und soziologischer Vergleichsstudien dar. Seine *„Freiheit als Menschenwürde“* wird oft von neoliberalen Rezipienten instrumentalisiert. Es wird jedoch übersehen, dass viele seiner Begriffe nicht zu Ende gedacht waren und heute viel Spielraum für Interpretation bieten. Die zwei engagierten Chronisten Henry

MAYHIEW und Charles BOOTH aus Großbritannien gehören ebenfalls zu den Pionieren der Stadtethnographie und Sozialforschung (LINDNER, 2004).

²¹ Bereits 1826 erschien das Werk „*Der isolirte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie*“ von Johann Heinrich von THÜNEN. Friedrich LISTs (1841) „*Nationales System der Politischen Ökonomie*“ behandelte den großen Nationalstaat (hier die deutsche Zollunion) als Integrationsträger produktiver Kräfte und Macht. Die im selben Jahr veröffentlichten „*Reiseberichte*“ (1841) von Johann Georg KOHL thematisieren „vertikale und laterale Strukturen der Sozialklassen in der Stadt“.

²² Der Schüler von Claude-Henri de SAINT-SIMON, Auguste COMTE, taucht als Erfinder des Namens (lat. socius: Formen des Zusammenlebens und gr. Logos: Lehre) für die neue Wissenschaft um das Jahr 1835 auf (SCHÄFERS, 2006, S. 16).

²³ Hier in Verbindung mit dem „Pauperismus“ (lat. „pauper“: arm). Er beschreibt, die „extreme physisch und psychische Verelendung von Teilen der Arbeiterklasse, die durch die kapitalistische Entwicklung aus dem Produktionsprozess herausgeworfen werden, indem sie sich den wandelnden Arbeitsanforderungen nicht anpassen könne, aufgrund ihres Alters keine Anstellung mehr finden oder durch Arbeitsunfälle verstümmelt worden sind.“ Diese seit der Frühindustrialisierung entstandenen prekären Lebensverhältnisse und die grassierende Armut, in der es trotz Arbeit in der Industrie (und teilweise im Handwerk) den Arbeitenden nicht möglich war, für sich und ihre Familien zu sorgen (Lexikon zur Soziologie, 2011, S. 502).

²⁴ Edward BELLAMYS „*Looking Backward*“ (1888 dt. „*Das Jahr 2000 - Ein Rückblick auf das Jahr 1887*“), John RUSKINs „*From here to Nowhere*“ (1896) oder Ebenezer HOWARDS „*Tomorrow. A Peaceful Path to Real Reform*“ (entstanden 1880, veröffentlicht 1898) waren einige dieser Utopien und Reformbewegungen.

²⁵ Letchworth war 1903 die erste Gartenstadt, die etwa 36 km von London entstand. Erst viele Jahre später wurde auch die zweite HOWARD'sche Gartenstadt Welwyn Garden City realisiert. Der Gartenstadtidee folgten die »New Towns« um London und die »Villes Nouvelles« um Paris. Auch die Siedlungen des *Neuen Bauens* im Berlin der Mietskasernen und „Licht, Luft und Sonne“ waren Nachläufer dieser Ideen. Radikaler waren die Vorschläge und Konzepte, die einem endgültigen Bruch mit althergebrachten städtebaulichen Strukturen folgten wie die »Cité Radieuse« von Le CORBUSIER und die 1933 verabschiedete CHARTA VON ATHEN.

²⁶ Der Begriff der Arbeitsteilung ist bei DURKHEIM auch auf nicht-ökonomische Bereiche ausgeweitet (vgl. LUHMANN, 1992).

²⁷ Damit verbunden auch Sanktionen, Repressionen, Rachegedanken.

²⁸ Moderne, komplexe Gesellschaften setzen Individualisierung frei, zumal eine Gleichgewichtsregulierung beinahe reaktiv auf die zunehmende Abhängigkeit der Menschen wirkt. Der Übergang von der „mechanischen Solidarität“ zum andersgearbeiteten „sozialen Band“ der (reinen, theoretischen) „organischen Solidarität“ ermöglicht „jedem Organ“ eine eigene Physiognomie und Autonomie. Diese Individualisierungsstufe schwächt zwar das »Kollektivbewusstsein«, lässt jedoch gleichzeitig ein neues gemeinsames Bewusstsein entstehen (DURKHEIM, 1999 [Orig. 1893]).

²⁹ Eine vergleichbare Herangehensweise ist an LEFEBVRES Raumforschungen (siehe später) zu erkennen. Es geht nicht um die Untersuchung des Raums als solchem, sondern um seine „Produktion“ (1974, S. 465). Auch WEBER hat nicht den modernen Kapitalismus und seine Gesellschaft als solche untersucht, sondern ihre besonderen

sowohl sozialräumlichen als auch historischen Entstehungsgründe. Hierbei gehörte neben der „historischen Analyse der okzidentalen Rationalisierung“ die praktisch-rationale Lebensführung, die von der Religion durch produzierte Weltbilder, Pflichtvorstellungen und Machtkräfte mitgeformt wurden.

³⁰ Der essayistisch-prosaische Charakter dieser Beobachtungen stellt eine Vorlage für entsprechende Beobachtungen und Explorationen auch in der Gegenwart dar.

³¹ Auch die Austauschformen veränderten sich in der Großstadt. Nun erfolgte beispielsweise die Produktion für den abstrakten Markt. Produzent und Kunde kannten sich nicht. Der Produzent erfüllte immer weniger die Bedürfnisse der potenziellen Konsumenten, sondern begann immer mehr Bedürfnisse zu *produzieren*.

³² London galt als das exemplarische „Viktorianische Babylon“ (ebd.). Methodisch und moralisch passt es zum protestantischen Bild des „Victorian Evangelical discourse“ (HERBERT, 1991, zitiert nach LINDNER, 2004, S. 12).

³³ Begründer und Leitfiguren der Chicagoer Schule waren neben den mit zahlreichen empirischen Studien auch weltweit bekannten Ezra PARK, Ernest W. BURGESS und Roderick D. McKENZIE auch John DEWEY und William Isaac THOMAS.

³⁴ Chicago wurde erst 1840 Stadt. Damals lebten hier 4.470, keine 40 Jahre später waren es bereits 503.185 Einwohner. Kurz vor 1890 wurde die Millionenmarke überschritten: 1890 1,1 Mio. Einwohner, womit Chicago nach New York zur zweitgrößten Stadt der USA avancierte. Die Entwicklung bis zum Zweiten Weltkrieg: 1910 2,2 Mio., 1930 3,4 Mio. Einwohner (U.S. BUREAU OF THE CENSUS, 1998).

³⁵ Die „Big C-Sociology“ hatte als Hauptfelder „Charity, Crime and Correction“ (vgl. LINDNER, 2004).

³⁶ Anknüpfend an SIMMELs „Wechselwirkungen“: „The city is rather a state of mind, a body of customs and traditions, and of the organized sentiments that inhere in these customs and transmitted with this tradition...“ (PARK, 1925, Einleitung).

³⁷ Dieser galt als Vertreter des „symbolischen Interaktionismus“, der neben Kritik, auch eine neue Denkweise verbindet. Handlungen von heute stehen in der Zukunft als Geschichte, die unter anderem durch die gemeinsame Erfahrungsgrundlage mehr lokale Integration fördern (vgl. MEAD, 1969).

³⁸ Seine Kritik an innerstädtischen Lebensformen thematisiert das Fehlen primärer Kontakte, Hindern von Verwandtschaftsbanden bzw. die Bedeutungsabnahme der Familie und echter Nachbarschaftsformen als Verlust der Basis für Solidarität u. a. Aus diesen Gründen werden das Ländliche bzw. solche Urbanisierungsformen wie die damals ausgelöste Suburbanisierung befürwortet.

³⁹ Wohnen am äußeren Rand ging mit Massenproduktion, Massenkonsumption und Massenmotorisierung einher. Die Ausstattung der Haushalte mit industriell hergestellten Konsumgütern (z. B. Kühlschrank, Waschmaschine, Elektroherd) verknüpft das Produktions- mit dem Lohnmodell. Aus dem Pioniergedanken, aber auch der Konformität und optimalen Einheit setzte sich die Sozialform *Kernfamilie* durch.

⁴⁰ Damals wie heute oft ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Suburbanisierung gewisser Kritik ausgesetzt. Sie „räumt oft der Erkundung der strukturellen und materiellen Ergebnisse der Suburbanisierung Vorrang gegenüber den verborgenen Ursachen und Effekten ein, und sie neigt dazu, Werthintergründe und Verhaltensweisen der Menschen zu vernachlässigen“ (WEICHHART, 1986, S. 70f.). Beteilig-

te Akteure (Politiker, Parteien, Betriebe, Eigentümer und Massenmedien) und ihre vorgelagerten Ideologien, Interessen, Ziele und Bedürfnisse werden außer Acht gelassen und kommen als Aktions- und Forschungsfelder kaum zum Vorschein. Weitere Akteure des Suburbanisierungsprozesses in den USA werden nicht mal erwähnt. Dass Motorisierung und Siegeszug des Autos reziprok zum suburbanen Traum und zu suburbanen *Lifestyles* (und Wohnstilen) stehen und große Synergieeffekte für Automobilindustrie, Mineralölgesellschaften, Bauunternehmen und Hypothekenbanken bedeutet, wird völlig verdrängt. Dieses *Suburbane Projekt* brachte enorme Gewinne (LICHTENBERGER, 1986, S. 158) zuerst in den USA, später in Europa und auf der ganzen Welt.

⁴¹ Die Mehrzahl der Entscheidungen und Handlungen resultierte aus soziologische Merkmalen, darunter (sozioökonomische und kulturelle) Klasse oder Lebenszyklusphase. Ebenso Nachbarschaftsbeziehung- bzw. „Community“-Ideale (Gemeinschaften) beeinflussten in der Regel die Entscheidungen (FAVA, 1956, S. 36): „[...] those who were psychologically oriented toward neighboring, engaged in neighboring soon after establishing residence, while those who were not so oriented, never took up neighboring despite the number of years of residence“.

⁴² Den starken Bewohnerverlust in europäischen Kernstädten konnte die Migration aus dem Ausland aufhalten; auch umzugsunwillige z. T. immobile Alteingesessene. Veraltete Infrastruktur und niedrige Mietpreise machten zudem diese Stadtgebiete für weniger bemittelte Bevölkerungsgruppen (Künstler, Studierende u. a.) attraktiv.

⁴³ In diesem Bezug siehe auch Diskussionen über die Aktivierung der „Rückwärtsutopie“ der europäischen Stadt und ihren normativen Charakter (SIEBEL, 2000).

⁴⁴ Sein Werk erlangte vor allem ab etwa Ende der 1980er-Jahre Aufmerksamkeit, nachdem seine Schriften in US-amerikanischen Universitäten ins Englische übersetzt wurden (SHIELDS, 1999, S. 143f.). Erst nach mehreren englischsprachigen Rezensionen stiegen sie in (Rest-)Europa zur Pflichtlektüre auf. In Deutschland fanden sie ein breites Echo unter den neomarxistischen oder postmodernen Humangeografen.

⁴⁵ Die Normierung der Lebensweise und die ausgeklügelten Ausbeutungspraktiken im Erwerbsleben gingen mit der systematisch überwachten Passivität, Entfremdung, Individualisierung und Partikularisierung einher (vgl. LEFEBVRE, 1977). Die vorherrschende kapitalistische Produktionsweise strebte eine weitgehende Kolonisation und Kontrolle der Räume an; vom Kapital beansprucht, aber auch von den Staaten. Entsprechend einem Containerverständnis „Leeres muss gefüllt werden“ wurden sie verplant, aufgeteilt, homogenisiert, verbaut, fragmentiert und vermarktet (LEFEBVRE, 1991, S. 320).

⁴⁶ LEFEBVRE war Mitglied der Kommunistischen Partei Frankreichs, sah sich jedoch der humanistischen näher als der marxistischen Denkweise verbunden.

⁴⁷ LÖW/STEETS/STOETZER (2007, S. 53) nennen es „Raum-Triade“ und GÜNZEL (2010, S. 92) eine „Dreiheit räumlicher Begriffe“. Je nach Originalsprache Französisch oder Englisch wird unterschieden in (LEFEBVRE, 1991, S. 38 [Orig. 1974]):

- (1) „la pratique spatiale“/„spatial practice“/„die räumliche Praxis“, d. h. Produktion und Reproduktion von Raum, basierend auf einer nicht-reflexiven Alltäglichkeit (espace perçu/perceived space/erfahrener bzw. erlittener Raum).
- (2) „les représentations de l'espace“/„representations of space“/„Repräsentationen des Raums“, d. h. der kognitiv entwickelte Raum, z. B. durch Mathematiker, Philosophen,

aber auch Kartenzeichner, Architekten, Planer oder Technokraten (*espace conçu/conceived space/erdachter Raum*).

- (3) „les espaces de représentation“/„space of representation“ oder „representational space“/„Räume der Repräsentation“ mit ihren komplexen Symbolisierungen (*espace vécu/lived spaces/Räume des Ausdrucks bzw. gelebter Raum*).

⁴⁸ So die industrielle Produktion und im großen Maße die aus der fordistischen Phase stark expandierten Großunternehmen der Mineralöl-, Automobil-, Elektronik- bzw. Textilindustrie. Die Notwendigkeit nach Wachstum, Umsatzsteigerung und Gewinnmaximierung wäre nur mithilfe von Strategien der internationalen Expansion erreichbar. Die Produktionsverlagerung verfolgte alsbald ein Doppelziel, einerseits die Erschließung neuer Absatzmärkte, andererseits die Senkung der Produktions- bzw. Lohnkosten. In den meisten Fällen handelte es sich um Produktionsverlagerungen in Länder mit niedrigeren Löhnen und kaum vorhandenen sozialen oder ökologischen Standards. Mit jedem Auslagerungserfolg wurde die Flucht aus den mit Lohn- und Tarifregulationen belasteten westlichen Staaten stärker. Primär in den USA und sekundär in Großbritannien setzte eine massive Deindustrialisierung ein. Die Verlagerungen der Produktion und internationale Expansion erforderten neue Organisations-, Steuerungs- und Koordinationsstrukturen. Die daraus entstandenen multinationalen Unternehmen verschafften sich damit einen vorzeitigen Marktvorteil, der ihnen unter anderem den Aufkauf von Konkurrenten ermöglichte.

⁴⁹ HARVEY (2005, S. 2) definiert Neoliberalismus so: „theory of political economic practices that proposes that human wellbeing can best be advanced by liberating individual entrepreneurial freedoms and skills within an institutional framework characterized by strong private property rights, free markets and free trade [...] The role of the state is to create and preserve an institutional framework appropriate to such practices.“

⁵⁰ Vgl. „Raum ist nicht eine Widerspiegelung der Gesellschaft, sondern er ist die Gesellschaft“ (CASTELLS, 1983, S. 4).

⁵¹ Im Original (HARVEY, 2008, S. 315): „The question of what kind of city we want cannot be divorced from that of what kind of social ties, relationship to nature, lifestyles, technologies and aesthetic values we desire.“

⁵² Diese vorerst „lokale“, lose Wissenschaftlergruppe in der University of California in Los Angeles (UCLA) und University of South California (USC) hat sich durch eine Fülle von provokanten Arbeiten hervorgetan. Dem ersten Werk von Allen J. SCOTT, Michael STORPER und Richard WALKER zur industriellen Organisation im Großraum Los Angeles folgten, um nur einige exemplarisch aufzuführen, SCOTTs „*Metropolis. From the Division of Labor to Urban Form*“, „*New Industrial Spaces*“, „*Technopolis. High-Technology Industry and Regional Development in Southern California*“, Edward SOJAs „*Postmodern Geographies*“, „*Thirdspace*“, „*Postmetropolis*“, Mike DAVIS' „*City of Quartz*“, „*Planet of Slums*“, Michael DEARs „*From Chicago to L. A.*“, „*The Postmodern Urban Condition*“ und mit Steve FLUSTY „*The Spaces of Postmodernity*“.

⁵³ Die Auswahl des Titels „*From Chicago to L. A.*“ (DEAR, 2002) ist alles andere als zufällig. Als Teil einer Trilogie wird eine Assoziation zur Chicago School hergestellt und für die Beispielhaftigkeit der postmodernen Metropole L. A. argumentiert.

⁵⁴ Für viele „die amerikanischste aller amerikanischen Städte“ (STARR, 2007) und ein arrivierter „Prototyp der postmodernen Megastadt“.

⁵⁵ Die lukrative und höchst professionalisierte *Schlüsselindustrie* Kultur schafft milliardenschweren Mehrwert und Akkumulation (Kultur ist neben Luftfahrterzeugnissen das wichtigste Exportgut der USA). Die *Traumfabrik* Hollywood, globale Medien- und Unterhaltungsgiganten sowie einflussreiche pop- und postkulturelle Institutionen exportieren alltäglich Lebensstile und Lebensanschauungen.

⁵⁶ In vielen Metaphern stellt diese „Postmetropolis“ die „Verwirklichung einer Art urbaner Utopie und des amerikanischen Traumes“ (SOJA/SCOTT, 2006, S. 263) dar und ist Prototyp für die „Edgeless Cities [und] Noncentered Metropolis“ (LANG/LEFURGY, 2003); überspitzt zudem geziert mit Beinamen wie „Interdictory Space“, „Privatopia“, „Cultures of Heteropolis“, „City as a Theme Park“, „Fortified City“, „Politics of Nature“ (DEAR, 2002, S. 64).

⁵⁷ Sie erstreckte sich von High-Tech-Regionen (siehe Orange County, San Fernando Valley oder Airport Area) bis zu den altindustrialisierten Stadtgebieten (Downtown und Long Beach) (FRÖHLICH, 2004, S. 195).

⁵⁸ Los Angeles widerspricht völlig dem europäischen Verständnis von „Urbanität“ als gewachsene Stadtstruktur, aber auch als Lebensweise. Oft wird jedoch eine Angleichung der Lebensverhältnisse zu vorschnell und polemisch verneint. Aus einer prozessorientierten Perspektive wird das Augenmerk weniger auf eine direkte Vergleichbarkeit spezifischer Entwicklungen oder Fakten gerichtet. Dafür sind Stadtstrukturen und Rahmenbedingungen zu unterschiedlich. Dennoch bewirken globale Entwicklungsprozesse Transformationen mit identischen Auswirkungen.

⁵⁹ Inzwischen ist sogar die Rede von der „Hollywoodisierung von Hollywood“ (DAVIS, 2004, S. 446), obwohl das „flüchtig und dehnbar zugleich“ Originale (ebd., S. 445) selbst ein Simulacrum ist.

⁶⁰ Zum Beispiel die Instrumentalisierung der hohen Verschuldung für die Einleitung einer rigiden Austeritätspolitik und allumfassender Privatisierungsregimes, auf Kosten von Kommunen, Bürgern oder Beschäftigten und zugunsten von Anteilseignern, Kapitalanlegern, Arbeitgebern und Wohlhabenden (Gewinn, Steuern usw.).

⁶¹ So die unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelte „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ („Transatlantic Trade and Investment Partnership“ - TTIP) zwischen Nordamerika und der EU. Seine Durchsetzung wird noch mehr Deregulierung und Aushöhlung der Staatsgewalt bewirken. Dagegen werden für transnationale Konzerne und Investoren enorme Vorteile geschaffen und ihnen eine rechtliche Gleichstellung zu Staaten und gewählten Regierungen eingeräumt.

⁶² Methodologisch ist der Habitus auch deswegen interessant, weil er weder eine Tatsache noch einen Wunsch oder eine Willensbekundung darstellt. Vielmehr lässt er sich wie eine „Verkettung der Ereignisse“, also eine „spezifische Logik“ verstehen (LIPPUNER, 2012, S. 130ff.).

⁶³ Definition aus: „*Lexikon der Soziologie*“, FUCHS-HEINRITZ u. a., 2011, S. 735.

⁶⁴ Der sog. Verfassungssatz der Europäischen Union verpflichtet zwar dem „Recht auf eine soziale Unterstützung und eine Unterstützung für die Wohnung, die allen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen“ bei (CHARTA DER GRUNDRECHTE DER EUROPÄISCHEN UNION, 2010/C 83/02), als Grundrecht wird er jedoch nicht anerkannt. Moderne Wohlfahrtsstaaten verpflichteten sich lange Zeit auf die Versorgung mit Wohnraum.

⁶⁵ Die beiden WEBER'schen Begriffe sind hier leitführend (2002, S. 694f.): „*Vergemeinschaftung* soll eine soziale Beziehung heißen, wenn und soweit die Einstellung des sozialen Handelns [...] auf subjektiv gefühlter (affektuellem oder traditionaler) Zusammengehörigkeit der Beteiligten beruht. *Vergesellschaftung* soll eine soziale Beziehung heißen, wenn und soweit die Einstellung des sozialen Handelns auf rational (wert- oder zweckrational) motiviertem Interessenausgleich oder auf ebenso motivierter Interessenverbindung besteht.“

⁶⁶ Wobei HASSE die andere Akzentuierung der Begriffe „Heimat“ oder „Ortlosigkeit“ bemerkt, zumal mit dem in der Soziologie oft angeführten „Körper-Paradigma“ keine Implikationen des Wohnens oder symboltheoretische Analysen über Wohnquartiere und die Situation des Wohnens oder über Kommunikationsprozesse und Distinktionen in gelebten Räumen zu finden sind (vgl. 2012, S. 495f.).

⁶⁷ Um nur einige Beispiele zu nennen (ohne Angaben der Autorenschaft): „*Brückenhof: Zusammenleben in einer Großsiedlung am Stadtrand*“, „*Kulturelle Vielfalt in Deutschland: Empfehlungen für das Zusammenleben in den deutschen Städten*“, „*Die Krise der Städte: Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben*“, „*Religionen in der Stadt: Chancen für das urbane Zusammenleben*“, „*Kulturelle Vielfalt leben: Chancen und Herausforderungen interkultureller Bildung*“, „*Urbanes Zusammenleben: zum Umgang mit Migration und Mobilität in europäischen Stadtgesellschaften*“ u. v. a.

⁶⁸ „Das Leben bzw. die soziale Realität sollte unter den jeweiligen globalen Zuständen beschrieben und interpretiert werden.“ (ALBROW, 1998, S. 243) „Auf welcher Weisen sich die Erfahrungen von Menschen in der globalisierten Welt in erkennbare soziale Formen niederschlagen und wie sie sich auf kulturelle Prozesse auswirken“ (HÜLSMANN, 2000, S. 16).

⁶⁹ Sowohl sein Vortrag „*Bauen Wohnen Denken*“, abgehalten während der Darmstädter Gespräche des Deutschen Werkbundes 1951 (2004) als auch sein Buch „*Was heißt Denken?*“ (1992) in dem sich HEIDEGGER mit Wohnen, Leben und Denken auseinandersetzt, werden rezipiert, wenn es um die Sinnsuche des Wohnens geht (vgl. HASSE, 2008 und 2009; HAHN, 2012 und 2009; u. v. a.).

⁷⁰ Interessanterweise gibt es im Englischen diese Unterscheidung nicht. Es heißt „live“ und damit wird angenommen, dass Leben und Wohnen zusammengehören.

⁷¹ Auch SCHMITZ erkennt im Sitzen in einem Sessel, der als Schale diese Sicherheit und Geborgenheit bietet, ein Urphänomen des Wohnens (vgl. FROMM, 2008, S. 89, in Anlehnung an SCHMITZ, 1977).

⁷² Hier und im Folgenden wird in erster Linie auf den indoeuropäischen Kulturkreis Bezug genommen, sicherlich sind Entwicklungen in anderen Erdteilen ähnlich oder ganz anders verlaufen.

⁷³ Die erste Haut ist die des Körpers, die künstlich durch die Bekleidung von einer zweiten Haut bedeckt wird. Sie erfährt eine Erweiterung „in Form von Wänden, Decken und Böden in den Raum der Kultur“, also durch eine „dritte Haut“, die „Teil unseres Körpers und unseres Ich und gleichzeitig Teil der Außenwelt“ ist (ebd.).

⁷⁴ HASSE (2012) unterscheidet Körperlichkeit von Leiblichkeit, die oft gleichgesetzt werden. In der Soziologie findet erstere stärker Beachtung.

⁷⁵ Das moderne Wohnen lässt sich symbolisch in drei menschlichen Grundbedürfnissen zusammenfassen (GUDERIAN, 2004, S. 64):

- die Rückkehr an einen sicheren Ort (nach Hause kommen),
- das Verweilen im Schutz von Grenzen (zu Hause sein) und
- das Verlassen von vertrauter Sicherheit (von zu Hause weggehen).

⁷⁶ Im Subjektivierungsprozess sollen zudem die qualifizierten Arbeitskräfte Erwerbsarbeit als Mittel der Sinnggebung und Selbstverwirklichung begreifen und nötigenfalls ihre Qualifikations- und Kompetenzanforderungen umdisponieren (WEISCHER, 2011, S. 96, in Anlehnung an KRATZER/SAUER, 2005, S. 128f.).

⁷⁷ Hyperrationalisierte und hocheffiziente Organisationsprinzipien werden von metaprotestantischen Arbeitsethiken, fortwährender und bedingungsloser Zwangsflexibilisierung sowie orts- und zeitunabhängiger Disponiertheit begleitet. Durch totalitäre Kontrolle werden Menschen und Maschinen (darunter Roboter) in den Dienst der neuen Kapitalakkumulation gestellt.

⁷⁸ Auf der einen Seite Reallohnverluste und Anstieg der realen Arbeitszeit insbesondere für *Normal-* und Geringverdiener, andererseits selektiv eine bessere Belohnung bzw. Gratifikation von Spitzenverdienern. Die Zunahme prekärer und irregulärer Arbeitsverhältnisse mit extrem niedrigen bzw. nicht existenzsichernden Einkommen und die einseitige Belastung der lohnabhängige Normalverdiener, z. B. durch erhöhte Sozialbeiträge, bringen vor allem Nachteile für Berufseinsteiger.

⁷⁹ Der Begriff „Cocooning“ (entsprechend im Deutschen: *Einigeln* und *Wohnwabe*) stammt von der Trendforscherin Faith POPCORN und beschreibt den Trend vom Rückzug in die eigenen vier Wände. Später wurden damit auch die Introversion und der – vorübergehende – Ausstieg aus der Welt (und dem Konsum) gemeint.

⁸⁰ „Homing“ war der Nachfolgebegriff von „Cocooning“, wobei das Zuhause immer noch eine wichtige Bedeutung hat, in dem jedoch auch Anderen eine Teilnahme an der individuell gestalteten Zuhause-Welt erlaubt wird.

⁸¹ Die Wortkombination *Kultur-Industrie* soll auf der einen Seite bewusst Bezug zu industriellen Produktionsunternehmen herstellen, zumal sich dahinter eindeutig Fabrikate, Produktionsstätten sowie Arbeiter und Produktionsbedingungen verbergen, auf der anderen Seite jedoch auch den Wandel dieser Produktionsunternehmen zum Entwickler, Verwerter bzw. nur Absatzvermittler dieser Fabrikate und deren Etikett ausdrücken. Durch Outsourcing betragen die Produktionskosten der Fabrikate von SONY oder Apple o. a. nur einen Bruchteil vom Umsatz, während andere Posten und Aufgaben im Unternehmen weit ausschlaggebender sind.

⁸² Zu Beginn haben zwei oder drei staatliche Fernsehsender eine gewisse Konformität und damit ein Gemeinsamkeitsgefühl gefördert. Nach dem Aufkommen des Privatfernsehens ab Mitte der 1980er-Jahre nahm das Angebot zu. Kein anderes Medium hat dermaßen das Alltagsverhalten, die Häuslichkeit und selbst die Wohnraumgestaltung beeinflusst wie das Fernsehen. Die amphitheatralisch auf das Fernsehgerät ausgerichtete Ordnung im Wohnzimmer ist das beste Beispiel dafür.

⁸³ PRIGGE verwendet den Begriff für einen kulturellräumlichen Prozess: „Walkman in der Straßenbahn mediatisiert das Konzert, die Talk-Show das Kaffeehaus-Gespräch, der Bild-Raum die hermeneutische Schriftkultur, die Videothek das Kino, die Artothek den Galeriebesuch, das Internet die Bibliothek, die Fachzeitschrift und die Konferenz“ (1998, S. 8).

⁸⁴ Im Jahr 1900 lag im Deutschen Reich die Durchschnittszahl der Haushaltsmitglieder bei 4,5 Personen pro Haushalt, 2008 waren es 2,1. Der Anteil der Einperson-

haushalte stieg von 7,1%, auf 39,4%, der Zweipersonenhaushalte von 14,7% auf 34% und der Haushalte mit fünf Personen und mehr sank von 44,4% auf 3,6% (STATISTISCHES BUNDESAMT, 2009). Laut Mikrozensus 2011 liegt die Zahl der Alleinlebenden in Deutschland bei 15,9 Mio., d. h. 20% der Gesamtbevölkerung. Im Jahr 1991 waren es noch 11,4 Mio. (14%) (STATISTISCHES BUNDESAMT, 2012).

⁸⁵ In den 1950er-/1960er-Jahren war 95% der „heiratsfähigen“ Altersgruppen auch tatsächlich verheiratet und 90% davon hatten Kinder. Damit ist unmissverständlich klar, weshalb hier von einem gesellschaftlichen Standard gesprochen wird.

⁸⁶ Diesem „Wertewandel“ wird ein Gegenwandel gegenübergestellt. In Untersuchungen wünschen immer mehr junge Menschen die „Rückkehr in die Zweiheit und die Gemeinschaft“ (SHELL, 2000). Grund für die „Familienorientierung der Jugendlichen“ ist der Glaube darin „wirklich glücklich leben zu können“ (SHELL, 2010).

⁸⁷ In polarisierten Haltungen werden auf der einen Seite die Zunahme von Alleinstehenden- und Kinderlosen-Haushalten angeprangert und dabei ein unsichtbarer Zeigefinger auf kinderlose, gebärfähige Frauen („geringe Reproduktionsrate deutscher Frauen“) gerichtet, denen der Wunsch nach Berufskarriere wichtiger als die Mutterrolle ist, auf der anderen Seite die gesellschaftliche Vielfalt und neue Formen des Beieinanderwohnens zelebriert.

⁸⁸ Zusammenleben kann gute, schlechte oder andere Formen aufweisen. Der programmatisch-explorative Ansatz sieht vor, Formen und Merkmale herauszustellen, die jenseits von gut oder weniger gut liegen, wobei durchaus Idealvorstellungen von einem stimmigen Zusammenleben nicht auszuschließen sind.

⁸⁹ Das Politische führt logischerweise auf die Polis (Stadt) zurück und m. E. auf die Metropole, die komplexer ist, zumal in ihrer Funktion und in ihren Beziehungen neben Innen (Stadtviertel, Kernstadt, Subzentren usw.) auch ein Außen (Nation, Europa, Welt) existiert.

⁹⁰ Anders als eine Gesellschaftsform, die Zweckdenken fördert oder artifiziell Einheit und Gemeinsamkeit herstellt. Für ARENDT ist es das Erkennen als menschliche Grundhaltung und Orientierung in der Welt (GUTSCHKE, 2002, S. 139). So kann auch das Politische seine Würde und Bedeutung zurückbekommen, wenn die Perspektive nicht vom Standpunkt des Philosophen, sondern vom Standpunkt der Welt und der Pluralität erfolgt (ebd., S. 140).

⁹¹ Die aus Erscheinungen bestehende Welt, die von allen Menschen gemeinsam sinnlich wahrgenommen, empfunden und geteilt wird, führt zum „Gemeinsinn“ bzw. den *sensus communis*. Darin fließen „alle privaten Wahrnehmungen in die gemeinsame Welt“ ein (vgl. ARENDT, 2003).

⁹² „Das Ziel der Verbesserung sollte nicht allein darin bestehen, menschliche Wesen in eine Lage zu versetzen, wo sie ohne einander fertigwerden können, sondern sie zu befähigen, mit und füreinander unter Verhältnissen zu arbeiten, welche Abhängigkeit nicht bedingen“ (MILL in „Grundsätze der Politischen Ökonomie“, 1869 dt.).

⁹³ Verwandtschaft, Nachbarschaft und Freundschaft stellen Bluts-, Orts- und Geistesgemeinschaften dar, also haben im Gegensatz zur Gesellschaft und den maschinell-künstlichen Beziehungen einen natürlich-ideellen Charakter. Verwandtschaft, Nachbarschaft und Freundschaft werden resp. durch das Haus, das Dorf, die Stadt verräumlicht („Gemeinschaft und Gesellschaft - Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirische Culturformen“, 2005 [Orig. 1887]). In Gesellschaft sah TÖN-

NIES, ein Kritiker des kapitalistischen Wirtschaftssystems, wiederum einen Verbund von einzelnen Individuen, deren Handeln von Eigeninteresse und nur von Verträgen, Regeln und Höflichkeit oder Konventionen bestimmt war. Helmuth PLESSNER kritisierte diese Sichtweise und zog das gesellschaftliche dem gemeinschaftlich organisierten Konzept vor. Zusammenleben soll unvermittelt durch die Beziehung zwischen Menschen und nicht durch völkisch oder internationalistisch verklarte Bilder definiert werden. Nur gesellschaftliche Strukturen ermöglichten Öffentlichkeit und Schutz von Individualität und Menschenwürde („*Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus*“, 1924).

⁹⁴ SCHROER/WILDE (2013, S. 78) zeigen die recht unterschiedliche Begriffsfassung von Gemeinschaft bei TÖNNIES und DURKHEIM auf.

⁹⁵ Der allgemeine Bezug auf Nachbarschaften versucht mehr auf Nachbarschaften in der Suburbia bzw. Postsuburbia einzugehen. GANS' Arbeiten haben suburbane Lebensweise umgehend dokumentiert und klassifiziert. Die Großzahl der Suburbaniten suchte teilweise nach „quasi-primären“ Lebensweisen, d. h. alltägliche Kontakte mit anderen Menschen in der Umgebung (vgl. GANS, 1974). Eine Gegenthese stellt HAMMs Nachbarschaftsbegriff, der keinen Unterschied zwischen Großstadt und Dorf und beide Typen nach denselben Grundprinzipien funktionieren sieht. Großstadtkritiker zweifelten dies in den 1960er/1970er-Jahren an, da für sie Großstadt mit Anonymität und Fehlen von „quasi-primären“ Lebensweisen verbunden ist.

⁹⁶ Die mangelnden Finanzmittel zwingen Kommunen und Lokalitäten dazu, lokalpolitische und planerische Instrumente zu adaptieren, die nach dem gängigen Gesellschaftsmodell Selbstorganisation und zivilgesellschaftliches Engagement stärken sollen, so Initiativen zur Wiederbelebung von Nachbarschaft, Quartiersmanagement oder Zivilschutz (Bürgerpolizei, Feuerwehr usw.) usw. Während auf der einen Seite die öffentliche Daseinsvorsorge (darunter Polizei, Krankenhaus, Schule) auf einen Standard reduziert wird oder sogar lokal ausbleibt, können sich auf der anderen Seite finanziell potente Bewohner bzw. Viertel hochwertige privat-kommerzielle Angebote wie Sicherheitsdienste, Kliniken, Privatschulen u. a. leisten.

⁹⁷ Eine Definition vom konservativen Denken versteht darunter: „... all forms of human relationship which are characterized by a high degree of intimacy, emotional depth, moral commitment, social cohesion and continuity in time. Community is founded on man conceived in his wholeness rather than in one or another of the roles, taken separately, that he may hold in a social order“ (NISBET, 1993, S. 47).

⁹⁸ In der Einleitung wurden die *Occupy*-Bewegung in New York oder die *Indignados* in spanischen Städten erwähnt, die durchaus sehr wirksam das Gemeinsamkeits- bzw. Bürgergefühl gesteigert haben.

⁹⁹ Auch Wohnorte werden zu „Leibfestungen“, wenn Veränderungen in als privat empfundenen und angeeigneten Räumen, wie im Bereich der Wohnumfelds oder in der *eigenen* Stadt, mit einer Bedrohung und einem Eingriff in die Privatsphäre einhergehen (vgl. JANSON/WOLFRUM, 2008, S. 98).

¹⁰⁰ Das Aufkommen des Zivilgesellschaftskonzepts und der Selbstregierungsformen kann schwer getrennt betrachtet werden vom neoliberalen Ethos und den damit verbundenen Spitzensteuersenkungen oder -freiheit sowie den Gewinnmaximierungen.

¹⁰¹ Aus dem neugriechischen Συνοικία (*Synökia* – Viertel, aber wortwörtlich Mit-Haus). In diesem Konzept sollen „die ökonomischen und ökologischen Wechselwirkungen sowie die kreativen – einschließlich der gelegentlichen destruktiven – Synergien“ hervorgehoben werden. Diese können „von der zweckmäßigen Bündelung“ und das „gemeinsame Zusammenleben von Menschen im Raum, in einem *Haus-Lebensraum*“ erreicht werden (mehr darüber SOJA, 2000, S. 12).

¹⁰² Schon Anfang der 1960er-Jahre plädierte Jane JACOBS für die Stärkung der innenstädtischen Nachbarschaften als „Organe der städtischen Selbstverwaltung“, um dadurch „sowohl die inoffizielle als auch die offizielle Selbstverwaltung einer Gesellschaft“ berücksichtigt zu haben (1963, S. 80 dt. [Orig. 1961]).

¹⁰³ Mehr darüber Online unter: www.ecogood.org (Zugriff erfolgte am 26.02.2015).

¹⁰⁴ Eine Synthese zweier biografischer Interviewverfahren: „problemzentrierte Interviews“ (WITZEL, 1985) und „episodische Interviews“ (FLICK, 1996). Diese beiden Interviewvarianten weisen den großen Vorteil auf weder ein künstliches Ganzes zu erzeugen noch zu einem „erzählbaren Ganzen“ zu stilisieren (FLICK, 2009, S. 238).

¹⁰⁵ Die wissenschaftstheoretische Grundlage der Phänomenologie (kurz: die Lehre von den Erscheinungen) lenkt die suchende Blickrichtung auf das, was vor uns liegt. In den Sozialwissenschaften besteht die Tradition die soziale Wirklichkeit möglichst vorurteilsfrei zu erfassen. Wichtig für die vorurteilsfreie Einstellung ist die erhöhte Sensibilität für Menschen und ihre Gefühle. Auch für den Forscher selber, der damit die Selbstbeobachtung und seine Gefühle und Einstellungen kontrolliert und ein gewisses Maß an Selbsterkenntnis und Selbstkritik freiräumt.

¹⁰⁶ Die Hermeneutik (von altgriechisch ἐρμηνεύειν, *erminévin hermēneuein*, erklären, auslegen, aussagen) befasst sich (in ihrer aktuellen Auffassung) mit der Auslegung/Interpretation von Reden, Äußerungen (darunter Texte bzw. verschriftlichte Sprache), Handlungen und Produktionen sowie anderen menschlichen Schöpfungen. Bei der „sozialwissenschaftlichen Hermeneutik“ entwirft der Wissenschaftler Konstruktionen „zweiter Ordnung“, d. h. „kontrollierte, methodisch überprüfte und überprüfbare, verstehende Rekonstruktionen der Konstruktionen *erster Ordnung*“ (LAMNEK, 2005, S. 220f., in Anlehnung an SOEFFNER, 2000, S. 167). SOEFFNER definiert „Hermeneutik als Lehre vom interpretativen Vorgehen“ (ebd., S. 223), während FLICK, KARDORFF und STEINKE ihre Definition auf wissenssoziologische-, objektive- und Tiefenhermeneutik reduzieren (ebd.; FLICK u. a., 2012).

¹⁰⁷ Dies betrifft sowohl den Forscher als auch die Gesprächspartner. Was den Forscher betrifft, bringt die eigene Biografie (im Falle des Verfassers der vorliegenden Arbeit mehr als 30 Jahre in Deutschland, davon zwölf in Berlin [Stand 2015], und 15 Jahre in Griechenland, davon fünf in Athen) greifbare Vorteile wie Vertrautheit mit „einfachen Handlungen“ und sozialen Umgangsformen. Sie erlauben ein höheres Maß von Tiefen-Interpretation (im Sinne RICŒURS). Neben Sprache, Alltagssprache gehören auch *Volkswitz* und subtile Ausdrucksweisen dazu. Auch Alter und breites Allgemeinwissen sind für besseres Menschenverständnis hilfreich.

¹⁰⁸ Der Leitfragen-Katalog stellt lediglich einen Leitfaden für das Interview dar, zumal explorativ-interpretierende Forschungsvorhaben eher Flexibilität, Reaktionsfähigkeit, Mitdenken und Empathie in Bezug auf das Erzählte und den Gesprächspartner verlangen. Forscher sollten in der Lage sein die Fähigkeit zu entwickeln auf spontane Inhalte und Aussagen zu reagieren.

¹⁰⁹ Alfred SCHUTZ' (1899-1959) Soziologie identifiziert die intersubjektiven Merkmale der Akteure/Handelnden. Sie sind für die Organisation des Alltags relevant und Bestandteil der Formung eines gesellschaftsrelevanten Wissensvorrats.

¹¹⁰ Noch genauer untergliedert:

1. Wohnbiografie/Wohnerfahrungen (Vergangenheit)
 - a. Bisherige Wohnstationen, Lebens- und Wohnbedingungen, Sozialformen
 - b. Einzug in den jetzigen Wohnort, Planung und Realisierung (evtl. Finanzierung)
2. Das derzeitige Wohnen (Gegenwart)
 - c. Unmittelbare Veränderungen
 - d. Charakterisierungen: über Wohntyp und Wohnform, Wohnort und Wohnlage
 - e. Langfristige Veränderungen, Erwartungen (Zukunft)
3. Das derzeitige Zusammenleben (Gegenwart)
 - f. Formen des Zusammenlebens z. B. Grundstück, Straße, Nachbarschaft oder Gemeinde, Gemeinschaft und lokale Gesellschaft
 - g. Charakterisierungen: Distinktionen, Separationen bzw. Integrationen
 - h. Wünsche und Erwartungen
4. Orientierungen und Beziehungen: Umfeld und Kernstadt
 - i. Beziehung zum weiteren Umfeld und andere Anziehungsorte
 - j. Beziehung/Haltung zur Kernstadt
 - k. (stattgefundene oder erwartete) Veränderungen

¹¹¹ Davon waren elf Interviews doppelt besetzt, darunter neun Interviews mit einem Ehepaar, sowie jeweils einem mit zwei jüngeren Frauen bzw. mit einer Mutter und deren Tochter.

¹¹² „Metropolregionen sind NUTS-3-Regionen oder Zusammenschlüsse von NUTS-3-Regionen, die alle Ballungsräume mit mindestens 250.000 Einwohnern repräsentieren. Diese Ballungsräume werden anhand des Urban Audit für Stadtregionen (LUZ=Larger Urban Zone – ungefähre Entsprechung des funktional abgegrenzten städtischen Gebiets im Umkreis der Stadt) ermittelt“ Nach dieser Definition lag die Einwohnerzahl der NUTS3-Region Attikí 2011 bei 4,18 Mio. und 2012 bei 4,11 Mio. (EUROSTAT, 2013).

¹¹³ Instrumente des Akkumulationsregimes und der Regulationsweise sind nur zum Teil in der Lage das Entwicklungsmodell und die Gesellschaftsformation widerzugeben. Eher muss entweder nach Abweichungen gesucht oder eine eigene Beschreibung nach anderer Logik und anderen Kriterien versucht werden. Eine solche Darlegung verlangt jedoch eine umfassende Umkodierung bisheriger Verständnisse von Entwicklung, Modernisierung oder auch Verstädterung (hierzu mehr bei CHTOURIS/HEIDENREICH/IPSEN, 1994).

¹¹⁴ Während der Befreiungskriege Anfang des 19. Jhs. war Athen ein Provinzstädtchen mit etwa 8.000 Einwohnern. Nach der Befreiung vom Osmanischen Reich zählte der Raum konzentriert um den Hügel der Akropolis gerade mal 1.800 Einwohner und ca. 300 Häuser, davon waren nur 34 unzerstört (KERN, 2004, S. 10).

¹¹⁵ Die absolute Monarchie zu Beginn sowie die spätere konstitutive Demokratie und „nach britischem Muster funktionierende parlamentarische Mehrheitsdemokratie“ (MOUZELIS, 1995, S. 20).

¹¹⁶ Historiker (WURNAS, 2011; der Kapodístrias-Forscher Andreas KOUKOS) vertreten die Position, dass die endgültige Auswahl Athens nicht nur der romantischen, philhellenischen Haltung des bayerischen Königs Ludwig I. geschuldet war, viel-

mehr lagen strategische Überlegungen zugrunde, d. h. außerhalb des Machtbereichs der Widerstandskämpfer und einflussreicher Familien (wie auf dem Peloponnes).

¹¹⁷ Letzterer wurde nach einem großen Militär- und Volksaufstand 1843 gezwungen, eine Verfassung und die Umwandlung des politischen Systems in eine parlamentarische Monarchie zuzustimmen (LIVIERATOS, 2013).

¹¹⁸ Daher kommt der Name des Stadtviertels Metaxourgíon (Μεταξουργείον) im Zentrum Athens. In der Seidenweberei waren 400 Arbeiter, davon 90% Frauen beschäftigt. Sein Besitzer war ein Diaspora-Grieche aus Ancona, der unmittelbar noch eine Fabrik für Holzverarbeitung, eine Mühle für Mehlproduktion und eine Ölpresse, aber auch seine Residenz errichtete (LIVIERATOS, Dimitris. Online unter: www.d-livieratos.gr/uncategorized/η-δημιουργία-του-ελληνικού-κράτους-με; Zugriff erfolgte am 20.10.2014).

¹¹⁹ Erst 1882 als die Regierung von Harílaos Trikoúpis (Gründer der Neuen Reformpartei – Νεωτεριστικόν Κόμμα) – eine der wenigen Regierungen mit mehr als drei Jahren Regierungszeit! – das erste großangelegte staatliche Investitionsprogramm in der Geschichte Griechenlands einleitete, erfolgten landesweit Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur (Kanal von Korinth, Eisenbahn, Häfen, Straßenbau usw.). Zudem sollten Maßnahmen wie die Stärkung vom Export und Außenhandel, die Gründung von Universitäten und Bildungsinstitutionen (z. B. Handels- und Industrieschulen) zur ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung beitragen. Finanziert wurde dies einerseits mithilfe einer koordinierten Steuerpolitik (u. a. höhere Steuern), andererseits durch Auslandskredite. Meinungsverschiedenheiten mit dem *Palast* und kontroverse politische Auseinandersetzungen (u. a. aufgrund der Steuererhebung bzw. Steuererhöhungen) destabilisierten die Lage. Hinzu kamen Kriegshandlungen gegen die Osmanen und Reparationen für die Befreiung Kretas. So war im Jahr 1893 der Staat zahlungsunfähig. Die Ablehnung der Forderung der Kreditgeber, die Kontrolle der Staatseinnahmen an sie zu übergeben, führte zum Sturz der Regierung (KORDATOS, 1957). Weitere Kredite der Konservativen für die Kriegsfinanzierung führten 1898 zur Unterstellung Griechenland unter eine „Internationale Finanzkontrolle“, die offiziell bis 1978 anhielt (!).

¹²⁰ Sie besetzten Gebiete, wie in der Nähe der Steinbrüche am Hügel von Stréfi, und bauten dort ihre Wohnhäuser und Viertel (*Parikía*) auf. Eine solche *Parikía* und die erste Vorstadt (*Proástion*) ist das inzwischen innenstädtische Viertel Exárchia, das von Bauhandwerkern und Steinmetzen aus Tínos und Ándros entstand (CHTOURIS/HEIDENREICH/IPSEN, 1994, S. 103).

¹²¹ Das umherziehende und flexible Baugewerbe setzte bereits in byzantinischer Zeit an und wurde in der osmanischen Zeit zur Tradition. Eine typische Organisationsform war im Grunde das *Unternehmen*, welches in der Regel aus Familienmitgliedern und Verwandten bestand und je nach Einsatzort umherzog.

¹²² Eine Bezeichnung für die alliierten Großmächte Großbritannien, Frankreich und Russland. Sie erzwangen den Beitritt Griechenlands in den Ersten Weltkrieg mit dem sie die Wiederkehr Venisélos' an die Macht und die Absetzung des den Mittelmächten nahestehenden Königs herbeiführten.

¹²³ Mit etwa 550.000 Toten beklagt das Land eine der höchsten Totenzahl pro Einwohner (7% der Bevölkerung) (POLITI, o. J., S. 2).

¹²⁴ Dem von der Kommunistischen Partei Griechenlands gebildeten „Nationaler Befreiungsfront“ (EAM) und ihrem militärischen Zweig „Nationale Volksbefreiungsarmee“ (ELAS) folgte die rechte „Nationaldemokratische Liga Griechenlands“ (EDES), die wesentlich kleiner war und nur kleinere Gebiete kontrollierte.

¹²⁵ Die Zahl der Toten wird zwischen 40.000 und 158.000 geschätzt. Weitere 80.000 bis 100.000 Menschen flüchteten über die nördlichen Nachbarländer (TSOUKALAS, 1981, S. 102).

¹²⁶ Der zitierte Historiker Jon KOFAS (1989) bezeichnet dies als Übergang von „Agglokratia ... to Amerikanokratia“ (von der Anglokrateie zur Amerikanokratie). Nach der Truman-Doktrin von 1947 (mehr darüber: „*The Truman Doctrine*“ President Harry S. Truman's Address before a Joint Session of Congress. March 12, 1947. Online unter: www.yale.edu/lawweb/avalon/trudoc.htm. Zugriff erfolgte am 03.11.2014) ging die Finanzhilfe aus dem Marshall-Fonds „from a focus on primarily economic aid to a military and political strategy“ über (POLITI, o. J., S. 3ff., zitiert von WOODHOUSE, 1968, S. 257). Die US-amerikanische Finanzhilfe war an der Installation der „American Mission for Aid to Greece“ (AMAG) gebunden, die nicht nur deren Verteilung kontrollierte, sondern sich aktiv in der Staatspolitik einmischte (POLITI, o. J., S. 8). Die NEW YORK TIMES titulierte den AMAG-Chef Gouverneur Dwight Griswold als den „*Most Powerful Man in Greece*“ (NEW YORK TIMES SUNDAY MAGAZINE vom 12.10.1947; Online unter: www.query.nytimes.com/gst/abstract.html?res=9F01E7D-9123AE233A25751C1A9669D946693D6CF. Zugriff erfolgte am 03.11.2014).

¹²⁷ Eine kurze Bürgerkrieg-Chronik siehe auch: KOGELFRANZ, 1985.

¹²⁸ Innerhalb von Militär, Polizei und Informationsdiensten agierten extreme paramilitärische Gruppen – teilweise mit Unterstützung der CIA. Ihr Ziel war die Neutralisierung der „roten Gefahr“ (Kommunisten und sozialistische Reformer). Eine Eskalation kam mit der (in Übereinstimmung mit dem Palast) Ablehnung der Besetzung des Verteidigungsministerpostens durch die regierende Zentrumspartei (Énosi Kéntrou).

¹²⁹ Die Dominanz und Machtstellung der Parteien reflektiert sich auch in der (De-)Formation des Marktse. Sie sind Teil eines Apparats mit Kopplungen zu Marktinteressen und Massenmedien. Letztere fungieren als Bindeglied zwischen Staat und Ökonomie bzw. seit geraumer Zeit verfolgen sie primär Eigen- und Partikularinteressen. Der radikale Wandel der privaten Rundfunk- und Fernsehsender seit ihrer Gründung Ende der 1980er-Jahre – Ende des parteistaatlichen Monopols und der einseitigen Berichterstattung durch Polyphonie und qualitätsvolle, vielseitige journalistische Information – zog auch die Form der politischen Kommunikation in ihrem Bann (GEORGAKIS, 2009, S. 177). Über die Medienanstalten stiegen im Grunde inländische ökonomische Oligarchen zur vierten Staatsgewalt auf. Die Seilschaft zwischen Medien und Bau-, Energieunternehmen oder Reedern ist inzwischen signifikant gestiegen (vgl. ZERI, 2009, S. 326). Mehr als ein Viertel (27,92%) des größten Privatsenders MEGA gehört heute der Pégasos Ekdotikí (Πήγασος Εκδοτική Α. Ε.) – u. a. Herausgeber der Tageszeitung Éthnos und zahlreicher Zeitschriften –, ein Unternehmen des Baumoguls Bóbolos. Die Reeder-Familie Kiriakou besitzt 98% vom zweitgrößten Sender Ant1. Ebenso gehört der Sender Skai dem Reeder Alafoúzos bzw. der Boulevard-Sender STAR der Vardinogiánnis-Gruppe (ebd.).

¹³⁰ Finanzierungsmaßnahmen und Regelungen des Diktaturregimes führten zur Ausweitung und Popularisierung dieses Systems (vgl. CHTOURIS/HEIDENREICH/IPSEN, 1993, S. 146f.).

¹³¹ Auch das „Blaue-Banane-Modell“ stellt nichts anderes als die Verstärkung der ohnehin starken zentralen Strukturen bzw. Peripherisierung in der Europäischen Union dar. So forcieren die Transeuropäischen Netze die Erschließung der peripheren Räume an die Zentren, damit die Zentren ihre Waren an die peripheren Märkte transportieren bzw. ihre Produktion in meist billigere osteuropäische Staaten auslagern können, um damit Transportkosten und -zeiten zu minimieren. Ebenso der Finanzsektor und neue Suprastrukturen in den großen Zentren (Frankfurt/Main oder London).

¹³² Die Finanzierung der Ausbau- und Infrastrukturmaßnahmen konnten zum allergrößten Teil nur mithilfe europäischer Sozial- und Strukturfonds erfolgen, die jedoch auch mit einer Eigenbeteiligung verknüpft waren. Hatte ein Staat nicht die erforderlichen Finanzmittel hierfür, musste ein Teil über Kredite (teils bei der Europäischen Entwicklungsbank, teils über Privatkreditinstitute) finanziert werden. Ein weiteres von der EU favorisiertes und stets propagiertes Wundermittel waren Öffentlich-Privat-Initiativen. So wurde zum Beispiel der internationale Flughafen »Elefthérios Venisélos« im Built-Own-Operate-Transfer-Verfahren (BOOT) errichtet (mehr darüber IOANNIDIS, 2004, S. 18).

¹³³ Zum Beispiel tritt der Bürgermeister als Dienstherr der Kommunalbehörde und Vorgesetzter des Personals sowie als Repräsentant und Rechtsvertreter der Kommune, also „eine Art Chief Executive Officer (CEO)“ auf (HLEPAS, 2009, S. 250).

¹³⁴ Der alte Glaube des Wertzuwachses durch Immobilien ist in Griechenland besonders vorherrschend. Diesmal betraf es vor allem den Küstenbereich.

¹³⁵ Die staatliche Verschuldung erhöhte sich von den etwa 152 Mrd. im Jahr 2002 (Jahr der Einführung des Euro) auf etwa 330 Mrd. Euro im Jahr 2010. Entsprechend drastisch war die Verschuldung der privaten Haushalte.

¹³⁶ Nach dem Regierungswechsel im Herbst 2009 flog plötzlich (sic!) diese Datenmanipulation auf.

¹³⁷ Die Schulden an Banken aus Frankreich beliefen auf 92 Mrd. Euro, an deutsche Banken 70 Mrd. Euro und an US-amerikanische Banken auf 43 Mrd. Euro (Quelle: BANK FÜR INTERNATIONALEN AUSGLEICH – BIS. Online unter: www.tageschau.de/wirtschaft/griechenland1066.html; Zugriff erfolgte am 24.09.2013).

¹³⁸ Im Jahr 2010 wurde durch Verabschiedung des (temporären) »European Financial Stability Facility« (EFSF) ein Rahmen für die Unterstützung der durch hohe Haushaltsdefiziten in Krise geratenden Länder geschaffen. Die 2012 geschaffene Institution »European Stability Mechanism« (ESM) soll ab Mitte 2013 dauerhaft als einzige Institution „die finanzielle Stabilität im Euroraum gewährleisten“ (Quelle: EUROPEAN STABILITY MECHANISM. Online unter: www.esm.europa.eu/about/index.htm; Zugriff erfolgte am 24.09.2013). In dessen Rahmen erfolgte ein zweites Hilfspaket mit einem Volumen von 109 Mrd. Euro. Eine weitere Maßnahme war die Verpflichtung privater Gläubiger und internationaler Kapitalgeber, darunter Kreditinstitute und Private Equities auf einen Teil ihrer Forderungen zu verzichten (Schuldenschnitt) sowie der Rückkauf eines Teils der Schulden.

¹³⁹ Die Dimension dieses Eingriffs stellt möglicherweise die nächste Stufe der hegemonialen Funktion neoimperialer Globalkapitalzentralen, die unter dem Primat der Mehrwertschaffung neue Ausbeutungsformen in der Peripherie entwickeln. Souveräne Staaten müssen dem Primat der Finanzregimes und der neugeschaffenen Organe (siehe Troika) folgen. Das Parlament muss die diktierten Gesetze bzw. Dekrete lediglich anhören und verabschieden. Zudem werden die Abwicklung und der Ausverkauf von öffentlicher Daseinsvorsorge und Infrastruktur (Wasser, Elektrizität, Müllversorgung, Krankenhäuser, Flughäfen, Bahn u. a.) erzwungen. Auch neuralgische Unternehmen hauptsächlich für die Eigenversorgung darunter Rüstung (Elliniká Amintiká Sistímata – EAS), Metallverarbeitung (LARKO) und Automobilproduktion (Ellinikí Viomichanía Ochimáton – ELVO) sollen abgewickelt werden; einige davon sind nicht mal defizitär. Kritiker sehen darin den Versuch der Verdrängung von Marktkonkurrenten und Begünstigung der TNUs aus kapitalstarken Ökonomien (LE MONDE DIPLOMATIQUE vom 10.04.2014). Ebenfalls vom genötigten Verkauf von Immobilien-Filets (Insel und Küstenbereiche) profitieren ausschließlich globale Investoren bzw. in- und ausländische Oligarchen.

¹⁴⁰ Im Vergleich zur Metropolregion bzw. Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg wäre dies eine 80-Kilometer-Luftlinie von etwa einer Fahrstunde bis Frankfurt/Oder und eine Fahrzeit von 1 Stunde und 20 Minuten bis Schwedt.

¹⁴¹ In dieser Hinsicht erscheint also der Begriff „Metropolregion“ als geläufige Raumeinheit angebracht.

¹⁴² Ein Kämpfer im Unabhängigkeitskrieg und einer der ersten Bürgermeister von Athen Dimítrios Kallifronás taucht als Großbesitzer über ganz Attikí auf. Später war er Mitglied der Ersten Nationalversammlung und Minister für Kirchenangelegenheiten. Sein Sohn Lámpros folgte seine Spuren und wurde ebenfalls zum Bürgermeister und später zum Abgeordneten gewählt. Andere Großgrundbesitzer waren wohlhabende und politisch einflussreiche Personen wie Singrós, Skousés, Merkátis, Kambás, Soútsos, Benákis, Iliópoulos u. a., die vor der Neugründung in der Diaspora lebten oder Amtsträger im Osmanischen Reich waren. Schrittweise kamen sie nach Griechenland und bekleideten hier nun hochrangige Ämter oder nahmen wichtige Funktionen wahr (Minister, Abgeordnete, Bürgermeister, Bankier usw.).

¹⁴³ Nach dem Londoner Protokoll zu Griechenland von 1830, das die Unabhängigkeit des Staates Griechenland besiegelte, durften diese nicht anerkannt werden, da es sich um Titel aus einer Herrschaftszeit handelt.

¹⁴⁴ Im Artikel 24 GG vom 27. Mai 2008 werden Pflichten und Rechte des Staates in Bezug auf die physische und kulturelle Umwelt festgesetzt. Explizit wird auf konkrete Gesetze zum Schutz von Wald und Waldflächen sowie den Verbot der Umwandlung ihrer Bestimmung hingewiesen (Punkt 1). Zudem findet sich darin die Zuordnung der Raumordnungs- und Städtebaupolitik zur staatlichen regulierenden Zuständigkeit und Kontrolle (Punkt 2). Für diese Ziele verpflichtet sich der Staat Forstkarten und ein nationales Kataster zu erstellen und Voraussetzungen für Siedlungen und Regelungen zur Bereitstellung von Flächen für die Infrastruktur und die öffentlichen Plätzen zu sorgen (Punkte 3 bis 6). In einem Zusatz werden die Begriffe Wald und Wald-Ökosystem genauer erläutert (ELLINIKI VOULI – Griechisches Parlament. Online unter: www.hellenicparliament.gr/UserFiles/8c3e9046-78fb-48f4-bd82-bbba28ca1ef5/SYNTAGMA.pdf; Zugriff erfolgte am 28.10.2013).

¹⁴⁵ Die hohe Bautätigkeit hatte einen großen Anteil der besonders bauhandwerklich versierten Inselbevölkerung in die Hauptstadt gezogen. Die Namen der Viertel und Siedlungen verraten die Ursprungsgebiete der Flüchtlinge (Anafiótika, Psirí u. a.). Sie durften außerhalb des offiziellen Plans ihre Unterkünfte einrichten und dort für den Eigenbedarf anbauen (BIRIS, 1987, S. 17).

¹⁴⁶ 1922 lebten in Athen 459.211 Personen, davon 131.810 waren Einheimische, 129.380 Flüchtlinge und 198.021 Binnenmigranten (KARADIMOU-GEROLIMPOU, 2003, S. 64).

¹⁴⁷ Der Anteil der Kleinasien-Flüchtlinge war von Ort zu Ort unterschiedlich. Während er in größeren Gemeinden wie Athen bei etwa 26% (zwischen 117.000 und 132.000 Flüchtlinge) oder in Piräus bei etwa 40% (etwa 100.000) lag, wiesen viele kleinere Gemeinden weit über 50% auf (Kessarianí 82%, Néa Philadélphia 75%, Néa Ionía 72%, Víronas und Táwros jeweils 71%, Imittós, 61%, Peristéri 60%, Néa Smíрни 58%).

¹⁴⁸ Mithilfe des vom Völkerbund gegründeten »Komitee für die Versorgung der Flüchtlinge« (Επιτροπή Αποκαταστάσεως Προσφύγων – ΕΑΠ) konnten weitere 27.000 Wohneinheiten gebaut werden, allerdings mehrheitlich im ländlichen Raum.

¹⁴⁹ Nach dieser Studie wohnten 1971 10% der höheren Einkommensklassen in den sozioökonomisch besser gestellten nordöstlichen und südlichen Vorstädten, 1991 jedoch bereits 30%. Im selben Zeitraum nahm in der Kernstadt die Zahl der Einwohner mit höherem Einkommen von 62% auf 27% ab (MALOUTAS, 1997, S. 3).

¹⁵⁰ Stadtteile und Nachbarschaften in Patíssia, Kipséli, Pangráti, Gísi, (Athen), Zéa (Piräus) oder in Zografou u. a. weisen eine Bevölkerungsdichte von mehr als 40.000 Einwohnern pro Hektar auf (EKKE, 2000, S. 44).

¹⁵¹ Pressebilder eines Schiffs mit 20.000 albanischen Flüchtlingen am Bord (Metapher vom *vollen Boot*) waren Anfang der 1990er-Jahre massenmedial wirksam. Berichterstattung über Migration in der Postwendezeit verwendete Begriffe, wie „flutartig“, „Exodus“ und „Ansturm vom Balkan“ u. a. (DER SPIEGEL vom 27.07.1992).

¹⁵² Schizophren deswegen, weil zum Einen durchaus eine formelle und strikte Politik existiert, wie z. B. die restriktive Regulierung der Stadterweiterung und die sparsame, sehr reglementierte Genehmigung von Städtebaulichen Plänen (»Plan«). Zum Anderen ist die Praxis durch Unterwanderung von Regulierungen gekennzeichnet, wobei sukzessiv die Nebeneffekten sogar die Regeln bilden.

¹⁵³ Darunter fallen sicherlich auch: „Steuererleichterung oder Toleranz von Steuerflucht, über das Angebot an Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor, oft unabhängig vom Bedarf der Behörden, Toleranz der kostenneutralen Umwandlung – allerdings auch ohne Infrastruktur – von agrarischem Land in städtisches Grundstück, Toleranz der illegalen Bebauung sowie Stärkung und Reproduktion dieser durch Legalisierungstaktiken, Aufhebung von Baubestimmungen ohne Gegenforderungen an die Profiteure, Toleranz der privaten Entnahme von natürlichen Baumaterialien etc.“ (MALOUTAS, 2009, S. 34).

¹⁵⁴ Vor allem in der frühen Phase erreichen die geteilten Grundstücke, sehr oft nur eine Größe von etwa 120, aber meistens zwischen 150 und 250 qm, nur für ein Kleinshaus mit einem oder zwei Räumen, was dem allgemeinen Verständnis des *Avthéreto* entspricht.

¹⁵⁵ *Polikatikía* ist die griechische Umsetzung des Maison Dom-ino (Wortkonstrukt „domus“ für Haus und „ino“ für Innovation) von Le Corbusier aus 1914, das ein Selbsthilfe Bausystem aus einfacher Betonkonstruktion sowie schneller, günstiger und massenhafter Produktion von Wohnraum sein sollte (WODITSCH, 2014, S. 15).

¹⁵⁶ Dies hat zum Teil auch mit dem klientelistischen Charakter des politischen Systems Griechenlands zu tun. Die Aufrechterhaltung der Verbindung zum Ursprungsort war vor allem mit dem dortigem Beziehungsnetz und dem Kontakt zum lokalen Abgeordneten verbunden. Ein beträchtlicher Teil der Bewohner der Hauptstadt war nicht nur statistisch in ihren Herkunftsorten erfasst, sondern wählte auch dort (MALOUTAS u. a., 2007, S. 25).

¹⁵⁷ Hier vorangestellt einige Beispiele für das Muster Innenstadt-suburbane Vorstadt eventuell eine weiter entfernte (exurbane) Vorstadt: Ágios Páwlos (Innenstadt) → Maróússi → Plataniá; Kipséli (Innenstadt) → Filothéi → (Kifissíá) → Plataniá; Innenstadt (Ágios Nikólaos) → Oreólofos.

¹⁵⁸ Diese Begriffe weisen zwar funktionell unterschiedliche Bedeutungen auf, werden jedoch in den Statistiken der ESYE (heute ELSTAT) nicht wesentlich differenziert. Da es auch hier nicht um deren genaue statistische Erfassung, sondern lediglich um den konkreten Vorgang einer tendierten Umwandlungspraxis geht, wird sie im Rahmen dieser Arbeit nur im Kontext der artikulierten Fälle betrachtet. Diesbezüglich wären spezifische Untersuchungen sinnvoller und aufschlussreicher.

¹⁵⁹ Forschungsprojekte des EKKE zeigen eine Entwicklungsdynamik und signifikante Zunahme der Verlagerung vom Hauptwohnsitz in Mesógia-Gemeinden wie Artémi-da, Kalívía Thorikou, Paleá Fókea u. a.

¹⁶⁰ Auf Luftbildern und Karten von Google sind solche weitläufigen Gebiete an der Küste von Évia, Viotía oder Korinthía erkennbar. Ein charakteristisches Beispiel ist der Ort Erodiós in Évia. Online unter: www.google.de/maps/place/Erodios+340+01,+Griechenland. Zugriff erfolgte am 28.06.2015.

¹⁶¹ Das Baugenossenschaftsmodell spielte schon davor eine wichtige Rolle, gewann jedoch vor allem während der Diktatur von 1967 an Bedeutung, da er naheliegende ideologische Motive und Lebensvorstellungen bediente. Die Gründe für das Präferieren dieses Modell lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Wertvorstellungen der Militärs standen traditionell konservativen, patriarchalischen, militaristischen und autoritären Regimes nahe.
- Ihr Gesellschaftsbild nach dem Motto „Vaterland, Religion, Familie“ konnte idealerweise im Dorfleben und kleinen Haus erreicht werden. Sicherheitspolitisch betrachtet, dichtbesiedelte Gebiete wie Großstädte erschwerten eine soziale und politische Kontrolle. Mit der Entdichtung und der Förderung kleinerer, homogener Siedlungsformen wurde eine Gegenmaßnahme verfolgt.
- Mangels einer aktiven Wohnpolitik aus Loyalitätsmotiven und im Interesse Militärangehöriger, wie auch Staatsdiener, wurden effektive Subventionierungsinstrumente für die Versorgung mit Ferienhäusern oder Wohnraum für bestimmte Berufsgruppen geschaffen.
- Der Populismus und die Rhetorik über das Volk bzw. den kleinen Mann zielten auch auf deren Umerziehung zu einem gesitteten und intakten Leben.

¹⁶² Neben der AOOA gibt es eine Vielzahl von weiteren Bau- und Siedlungsgenossenschaften, die nun über ganz Attikí toben. Ihre Konzentrierung in Wachstumsregionen mit erhöhtem Zuwanderungsdruck verstärkt die ohnehin hochdynamischen

Entwicklungsprozesse. Zwar könnten die Siedlungsgenossenschaften durch die in ihren Statuten berufsspezifische Zweckmäßigkeit ein hohes Fragmentierungs- und Exklusionspotenzial bergen, dies wird jedoch durch das Abweichen von diesen Zielen abgemildert.

¹⁶³ Einen Eindruck der gesellschaftlichen und sozioökonomischen Vielfalt vermitteln Bau- und Siedlungsgenossenschaften wie: »Verein der Angestellten bei der griechischen Zentralbank« (Σύλλογος Εργαζομένων Τράπεζας Ελλάδας), »Verein der Angestellten und Versicherten IKA« (Σύλλογος Εργαζομένων και Ασφαλισμένων στο ΙΚΑ), »Verein von Journalisten und Angestellten« (Σύλλογος Δημοσιογράφων και Εργαζομένων), »Höhere Polizeioffiziere« (Αξιωματικοί Χωροφυλακής), »Rechtsanwälte von Piräus« (Δικηγόροι Πειραιώς), »Reserve-Offiziere Anagénissi« (Εφέδρων Αξιωματικών Αναγέννηση), »Handwerkerarbeiter der Marmorbetriebe« (Εργατοτεχνιτών Μαρμάρων), »Forstamtbeamten« (Δασικών Υπαλλήλων), aber auch Angestellte von Privatunternehmen wie »Tekton« (Τέκτων), »Rossólimos« (Ροσόλυμος) u. v. a.

¹⁶⁴ Die Zahl der registrierten Baugenossenschaften in Attikí wird auf 226 (41,6% Gesamtgriechenlands) geschätzt. Sie besitzen bzw. beanspruchen etwa 115.000 ha Land (d. h. 1.150 km² von den 3.808 km² der ganzen Region Attikí?). Auf den zweiten und dritten Plätzen und mit großem Abstand tauchen andere Regionalbezirke, darunter das benachbarte Korinthía (54 bzw. 9%) und Évia (44 bzw. 8%) auf (PETROPOULOS, 2009, S. 48).

¹⁶⁵ Die »Städtische und Ferien-Baugenossenschaft landwirtschaftlicher Angestellte PAN Genossenschafts-GmbH« (Αστικός και Παραθεριστικός Οικοδομικός Συνεταιρισμός Γεωργικών Υπαλλήλων »Ο ΠΑΝ« Σ.Π.Ε.) wurde im Jahr 1962 gegründet. Die Rechtsform Ν. Π. Δ. Δ. gilt für „juristische Personen des privaten Rechts ohne Gewinnanspruch“. In den Jahren 1964 und 1966 hat sie zwei große Areale (laut Statut „Landgüter“) erworben, mit dem Ziel Bauland für seine Mitglieder aufzubereiten. Ein Teil des Areals, etwa 4.600 ha wurde durch ein präsidentielles Dekret im April 1974 (ΦΕΚ 126/11-5-74/Heft Δ vom 29.04.1974) genehmigt und in den »Plan« der Landgemeinde Pikérmi aufgenommen. Dieses Dekret erfolgte nur wenige Monate vor dem Fall der Militärdiktatur am 29. Juli 1974, was keinen Einzelfall bildet. Die Überprüfung oder Infragestellung analoger präsidentieller Dekrete oder Gesetze blieb auch nach der *Metapolítefsi* aus.

¹⁶⁶ Die beabsichtigte Aufnahme der Siedlung Díoni in den »Plan« konnte nur durch eine zweifache Ablehnung des Obersten Gerichts (2000 und 2006) gestoppt werden. Andauernd wird Druck auf die zuständigen Ministerien (Landwirtschaft, Umwelt und/oder Bau) ausgeübt mit dem Ziel eine endgültige *Lösung* zu erreichen.

¹⁶⁷ Das heißt vergleichbar mit der noblen Villengemeinde Ekáli, eine der teuersten Vorstädte in der Agglomeration, wo Reiche und Prominente wohnen. Ekáli wurde ebenfalls in Form einer privaten Initiative als Gartenvorstadt im Jahr 1928 gegründet.

¹⁶⁸ Das Dokument liegt auf den Seiten des Europäischen Parlaments (EP) in griechischer Sprache vor. Online unter: www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dt/606/606198/606198el.pdf; Zugriff erfolgte am 25.10.13).

¹⁶⁹ Auch aus diesem Grund wurde sie später per Gesetz im Jahr 1934 zum Aufforstungsgebiet deklariert. Illegal besetzte Flächen sollten wieder in den Besitz des Staates überführt und im Fall von ehemaligen Waldflächen aufgeforstet werden. Das alte Gesetz gilt heute noch und ihm wird von einigen Forstämtern und Behörden wie ein

Kanon Folge geleistet. Die unklaren Verhältnisse, das Fehlen von Kataster und Forstkarten in Verbindung mit der lückenhaften und oft widersprechenden Gesetzgebung haben die illegale Besiedlung und die Bodenbesitznahme in der Region begünstigt. Die wiederholt gelegten Waldbrände sollen den Waldbewuchs verhindern und Stück für Stück die Umwandlung der Wald- und Freiflächen zu Bauland vorantreiben.

¹⁷⁰ Für das Befreiungsprotokoll von Attika wurde in London 1830 ein nach internationalem Recht gültiges Abkommen beschlossen, das den abziehenden Osmanen das Recht zugestand, ihren Grundbesitz zu veräußern (TOUNTA, 1998, S. 48).

¹⁷¹ Staatlichen Behörden war die Situation in Oreólofos aus Gutachten der Regionalen Forstdirektion für Attikí und des Agrarministeriums bereits bekannt (1991, gr.):

- Die Gesamtlage vermittelt den Eindruck einer Stadt mit dynamischer Bautwicklung.
- Die Flächen sind angelegt, parzelliert und stellenweise dicht bebaut. Grundstücksgröße 250-300 qm [...]
- Bei Anerkennung wird die Situation irreversibel sein, da die Gemeinde als Lebensraum eine Tatsache ist.
- Die Verewigung der Situation begünstigt lediglich diejenigen, die den illegalen Bau ausnutzen und schlimmstenfalls diejenigen, die davon parasitär profitieren. Prominente sind dabei nicht auszuschließen.

¹⁷² Er blieb bis 1998 – insgesamt 16 Jahre – Gemeindevorsteher von Oreólofos.

¹⁷³ Hauptgrund war der politische Druck kurz vor den Parlamentswahlen. Da sich ein Regierungswechsel andeutete, hat die damals regierende »Néa Dimokratía« alles Erdenkliche getan, um dies abzuwenden. In der Gemeinde lebten zu dieser Zeit inoffiziell etwa 3.000 Einwohner bzw. etwa 2.200 Wähler. Die stark gestiegene Zahl schulpflichtiger Kinder machte zum Beispiel den Bau einer zweiten Schule notwendig. Aus wahltaktischen Gründen wurden jedes Mal die Erwartungen der Bewohner in kleinen Raten, von Wahl zur Wahl erfüllt.

¹⁷⁴ DIMOS [LAKKÓNAS]: Kataster-, Städtebau-Studie und Gebietsentwicklungspraxis für das Gebiet der ehemaligen Gemeinde *Oreólofos*, 2012 (gr.).

¹⁷⁵ Zum Beispiel der lokale Immobilien-Anbieter Ziropiánnis, der ein modernisiertes Einfamilienhaus (gebaut im Jahr 1983) mit 170 qm für 155.000 Euro anbietet (Stand: Februar 2014), d. h. für etwa 45.000 Euro weniger als vor einem Jahr und offenbar noch weniger als vor dem Ausbruch der Krise. Die Preise für neuere Haustypen wie Maisonnetten liegen in der Regel etwa 25% höher als für ältere Haustypen.

¹⁷⁶ Insgesamt nahm die Bevölkerungszahl in der Gemeinde Lakkóna zwischen 2001 und 2011 um 61% zu von 33.611 auf 54.390 Einwohner zu (ELSTAT, 2012).

¹⁷⁷ Anmerkung: Aus der Beschreibung wird mit Zweizimmerwohnung eine aus zwei Schlafzimmern bestehende Wohnung gemeint, die zusätzlich über einen gemeinsamen Raum verfügte mit der Funktion eines Wohn- und Kinderzimmers: „[...] in einem Zimmer waren die Großeltern, im anderen Zimmer unsere Eltern und im anderen schliefen wir, die drei Geschwister.“

¹⁷⁸ *Vorio-Ipirótes* d. h. sogenannte *Omogenís* aus Nord-Epirus. ¹⁷⁸ *Omogénia* (*omo-* für homo-, selbst- und *-genia* für Stamm, Geschlecht, also vom selben Stamm). Blutrecht und Religionszugehörigkeit sind unter dem „Hellenismus“ und der „helleno-christlichen Zivilisation“ knüpft. Ursprünglich bezog sich das Wort nur auf ethnische Abstammung und Zugehörigkeit. Seit Staatsgründung kamen byzantinisch- und griechisch-orthodoxer Glaube dazu (ZELEPOS, 2009).

¹⁷⁹ Auch er ist ausgewandert und lebt heute in den USA.

¹⁸⁰ Gemeint ist hier der sog. Lotterieaufstand vom Frühjahr 1997, entstanden nach dem Kollaps eines betrügerischen Geldanlagen- bzw. *Pyramiden*-Systems, der die Spareinlagen vieler im Ausland arbeitender Albaner vernichtete. Es kam zu Protesten und Gewaltexzessen, Plünderungen (inoffiziellen Angaben zufolge gab es mehr als 2.000 Tote). Staat und Wirtschaft brachen zusammen. Erst durch eine ausländische Militärintervention konnte die Ruhe wiederhergestellt werden. Die Neuwahlen im Herbst 1997 brachten die Abwahl des damaligen Präsident Salih Berisha, der aufgrund „seiner undemokratischen und autoritären Regierungseise“ den Aufstand mit verursacht haben soll (vgl. INTERNATIONAL CRISIS GROUP – ICG, 1997).

¹⁸¹ Die Bargeldzahlung bedeutet für den Verkäufer folgenden Vorteil: Sie ermöglichte ihm als vereinbarten Verkaufspreis den niedrigsten Preis aus dem Preisspiegel des objektiven Immobilienwertes anzugeben. Dadurch ist die zu errichtende Erlössteuer niedriger. Bei einem kreditfinanzierten Kauf wäre dies nicht möglich gewesen, da für die Kreditbewilligung durch eine Bank der tatsächliche Kaufpreis angegeben werden muss, wodurch der Verkauf steuerlich nachweisbar ist.

¹⁸² Die Dreizimmerwohnung wurde von Áris' Bruder und seine Frau übernommen.

¹⁸³ Zuvor gab es während der osmanischen Herrschaft wiederholt Einwanderungen aus Albanien und anderen Balkanländern. Viele davon fanden auf Einladung der örtlichen Herrscher ab dem 13. und dann v. a. im 14. und bis in das 15. Jh. statt. Die albanischsprachigen *Arvaniten* gelten heute als assimiliert. In Attika waren *Arvaniten* und ihre Dörfer besonders stark vertreten. Selbstbewusste Arvaniten sehen sich sowohl als Griechen als auch als *Arvaniten*. In diesem Sinne gibt es die oft für politische Zwecke instrumentalisierte ethnische Identität nicht (vgl. CLEWING, 2001).

¹⁸⁴ Später beim Bau des eigenen Hauses und einem eingetretenen finanziellen Engpass hat sogar der zehnjährige Sohn durch einen Ferienjob einen kleinen Obolus leisten müssen (siehe „Organische Solidarität“ innerhalb der Familie).

¹⁸⁵ Wohl offenbart jedoch die gängige Praxis der Nachregulation und v. a. gesetzliche Regelungen kurz vor Wahlen Persistenz. Das Gesetz wurde am 24.12.2003 verabschiedet und trat mit der Veröffentlichung im Blatt der Parlamentszeitung (ΦΕΚ vom 31.12.2003) in Kraft, etwa zwei Monate vor der vorgezogenen Parlamentswahl im Februar 2004.

¹⁸⁶ Der Heimat-Begriff in seiner programmatischen Version wurde bewusst nicht definiert, damit ihn die Gesprächspartner nacherzählen. Die Heimatfrage wird generell nicht als Ortsfrage, wie „Wo ist deine Heimat?“, „Wo ist dein zu Hause?“, „Woher kommst du?“ verstanden (vgl. WALDENFELS, 1985, S. 195). Allerdings lassen sich anhand der Antworten und der Erzählungen *Heimaten* (re-)konstruieren, obwohl keine Absicht besteht, explizit auf eine solche Thematik einzugehen. Aufgrund der Thematisierung und Beimessung von Bedeutung durch die Gesprächspartner gab es jedoch eine Reaktion, auch wenn kein Versuch gemacht wurde, nach einem *Begriff* „Heimat“ zu suchen. Viel wichtiger war es ihn als Attribut von Identität, Sehnsuchtsort oder -alter bzw. – in Bezug auf Bewohnen (von Raum) – „Szenerie“ zu verstehen: „Mensch und Dinge sind nicht nur in Geschichten verstrickt, sondern auch in Szenerien und nur so gewinnen sie ihre Identität“ (ebd., S. 197).

¹⁸⁷ Solche Distinktionsmomente und der Versuch der Abgrenzung von Anderen, hier vor allem von anderen Zugewanderten kommen regelmäßig zur Sprache.

¹⁸⁸ Im Zeitpunkt des Interviews fanden in der Athener Innenstadt massive Proteste, Streiks und teilweise Unruhen gegen Kürzungen und Sparmaßnahmen statt. Es mag durchaus sein, dass das zur negativen Ausmalung beigetragen hat. Während in der Athener Innenstadt also täglich demonstriert wurde oder es in Medien Berichte über Kriminalität gab, war es abseits davon in Oreólofos immer ruhig und friedlich.

¹⁸⁹ Anfang der 1960er-Jahre kam ihr Vater als Gastarbeiter für drei Jahre nach Westdeutschland. Vom verdienten und ersparten Geld kaufte er Land in dem nur einige Jahre zuvor neu *erschlossenen* Ort Avlóna (heute Oreólofos). Der Preis war auch für damalige Verhältnisse sehr niedrig. Ein Grund war die Lage am äußersten Rand des neu parzellierten Gebiets und die große Entfernung vom Siedlungskern. Auch das Athener Zentrum und die umliegenden Gemeinden waren extrem weit bzw. schlecht erreichbar. Es gab weder asphaltierte Straßen noch Strom und Wasser in der Gegend.

¹⁹⁰ Gemeint ist ein Verein für die Bekämpfung von Drogensucht bzw. eine Selbsthilfegruppe für Drogenabhängige.

¹⁹¹ Die vier jüngsten Gesprächspartner (Alter zwischen 20-30) aus Oreólofos wohnen bei ihren Eltern; das trifft auch auf die erwachsenen Kinder eines anderen Gesprächspartners zu.

¹⁹² Siehe: „Die geografischen Entfernungen können nach einer räumlichen, oder besser gesagt, zeitlichen Metrik gemessen werden, insofern ein Ortswechsel, je nach Zugang zu öffentlichen oder privaten Verkehrsmitteln, einen mehr oder weniger langen Zeitaufwand erfordert. Die Macht über den Raum, die vom Kapital in seinen verschiedenen Formen verliehen wird, ist dementsprechend immer zugleich auch Macht über die Zeit.“ (BOURDIEU, 1997, S. 163).

¹⁹³ Einige wichtige Einzelheiten und persönliche Implikationen wurden bewusst ausblendet bzw. nur angedeutet. Nach Gesprächsende wurde z. B. die politische Situation in seinem Heimatdorf erwähnt, ein umkämpftes Gebiet während des Bürgerkriegs. In der Zeit danach wurden vorbeugende Maßnahmen getroffen, darunter die Unterbringung verwaister Kinder in sog. Waisenhäusern bzw. Waisenlagern.

¹⁹⁴ Als Musterbeispiel nennt Aléxis ein von der Bauindustrie ausgedachtes und bei der Regierung eingereichtes Straßenbaugroßprojekt: die Verlängerung der Peripheriakí Imittoú, die auch die Untertunnelung des Imittós-Massivs vorsieht. Die Regierung und das Bauministerium übernahmen sie in den Raumordnungsplan für die Region Attikí (siehe RAUMORDNUNGSPLAN, 2007). Aléxis hält jedoch ökonomischer und ökologischer mit der veranschlagten Geldsumme „15 Metrolinien und 15 Tramlinien zu bauen [...] und 100 Busse rum herum“ fahren zu lassen. Auch in diesem Fall kommt der in den Medien engagierte Baumogul zur Sprache. Sein zuschau-erstarker Privatsender hat stets dieses Projekt forciert.

¹⁹⁵ Der inzwischen vormalige Gemeindevorsitzende zog etwa zeitgleich mit Aléxis nach Oreólofos' und hat ähnliche Erfahrungen machen müssen.

¹⁹⁶ Fünf weitere Gesprächspartner sind oder waren in der Vergangenheit von solchen Arbeitsverhältnissen betroffen. Finanziert werden diese Programme in der Regel von der EU und den Europäischen Sozialfonds (ESF). Seit der Schulden- und Haushaltskrise sind für die Bekämpfung der mancherorts über 60% liegenden Jugendarbeitslosigkeit weitere Finanzmittel vorgesehen.

¹⁹⁷ In der hiesigen Voruntersuchung gibt es Interviews mit Zeitzeugen. Ein 96-jähriger Flüchtling berichtet: „Wir haben uns hier in Plataniá installiert, wo der alte

Venizélos uns 4.000 ha vom königlichem Anwesen schenkte, um so eine Siedlung zu bauen und dort zu wohnen. So haben wir das Dorf gegründet, die Grundstücke geteilt und an 50 Losgewinnern verteilt“ (GEMEINDE [PLATANIAS], S. 20).

¹⁹⁸ Dieser Kollege kaufte nach Kímons Auszug das kleine Ferienhaus in Kinéta.

¹⁹⁹ Kléa verdeutlicht dies anhand eines charakteristischen Beispiels: „Also, als wir uns hier niedergelassen haben, kam diese Frau vorbei. Sie wohnte seit fünf Jahren in einem der Häuser in der Gegend. Als ich ihr das Gefühl vermittelte, „ich bin neu hier und nicht integriert“, kam sie mit einem Geschenk vorbei. Sie fragte, ob sie zum Kaffee kommen dürfe, damit wir uns kennenzulernen. Leider hatte ich zwei Stunden später eine Prüfung abzulegen, also habe ich mich tausendmal entschuldigt, dass ich keine Zeit hatte, mich jedoch bei ihr melden würde, wann sie zu mir kommen könne. Ähm, ich habe ... ich weiß nicht mehr, wie lange ich gebraucht habe, um sie anzurufen. Und natürlich, weißt du, dann war das Band hin. [...] Ich habe es versucht ... Sie hat den Schritt gemacht und ich [...] Ich erinnere mich deutlich, was sie gesagt hat: „wir sind nun mal Nachbarn, sollen wir nicht wissen, wer und was wir sind? Also, ich persönlich habe überhaupt keinen Schritt zu den neuen Nachbarn gemacht. Ich habe sehr oft daran denken müssen.“

²⁰⁰ »Zentrum zum offenen Schutz von Senioren« – KAPI (Κέντρα Ανοιχτής Προστασίας Ηλικιωμένων – ΚΑΠΗ).

²⁰¹ Sie wurde in die »Staatliche Schule für Öffentliche Verwaltung und Kommunale Selbstverwaltung« (Εθνική Σχολή Δημόσιας Διοίκησης & Αυτοδιοίκησης) aufgenommen, womit sie den Beamtenstatus bekommt und nach der 18-monatigen Ausbildung eine Anstellung im höheren Verwaltungsdienst sicher hat.

²⁰² Dieser stammt zwar aus einer Nachbargemeinde, hat sich jedoch hier eingeheiratet. Zudem hat er einen kleinasiatischen Hintergrund, da seine Vorfahren Flüchtlinge aus Kleinasien sind.

²⁰³ Wohl kam in den Gesprächen mit anderen Bewohnern und Bewohnerinnen die Distinktion zwischen Neu- und Altbewohnern oft zur Sprache: von heftiger Kritik eines eingeheirateten Bewohners bis zu subtileren Andeutungen über das Desinteresse am Ort seitens vieler Neubewohner.

²⁰⁴ Die »Deutsche Schule Athen« wurde 1896 gegründet. Sie ist heute eine von Deutschland personell und finanziell geförderte Schule, die in Griechenland nach dem Status einer Privatschule betrieben wird. Sie kombiniert alle Klassen des deutschen und des griechischen Schulsystems.

²⁰⁵ Der Kaufpreis lag bei etwa 2.000 Euro pro qm. Zwei Drittel davon wurden mithilfe eines Baukredits finanziert. Laut Kosmás hätten sie für denselben Preis in Kifissιά etwa ein Drittel weniger Fläche bekommen bzw. entsprechend mehr bezahlen müssen. In Politía und Ekáli wäre mit dem doppelten Preis zu rechnen.

²⁰⁶ Kosmás' Ehefrau arbeitet seit etwa acht Monaten im Flughafen Elefthérios Venizélos und hat regelmäßige Schichtdienste.

²⁰⁷ Im Interview wurde dies nicht erwähnt. Tatsächlich war jedoch während des Interviews eine weitere Person im Haus – Haushaltshilfe? –, die zuerst auf die kleine Tochter aufgepasst hat und später die Gartenarbeit erledigt hat. In den meisten Häusern in Plataniá arbeiten stunden- und tageweise viele Migranten als Haushaltshilfen und/oder Kinderpflegerinnen. Das konnte auch aus eigenen Beobachtungen

festgestellt werden. Interessanterweise steht hinter mancher vergrößerter Bauausführung die Schaffung von Raum für die Unterbringung solcher gehaltenen Hilfskräfte.

²⁰⁸ Selbst Kosmás' Erwerbsbiografie – von der Aufgabe der Textilfabrik bis zur Selbstständigkeit – lässt sich im Kontext der Umstrukturierungsprozesse betrachten (Deindustrialisierung vs. flexible Arbeitsmodelle). Diese globalen, neoliberalen Rahmenbedingungen bestimmen auch hier zunehmend die Lebenswelt.

²⁰⁹ Nach BOURDIEU „nichts ist unerträglicher als die als Promiskuität empfundene physische Nähe sozial fernstehender Personen“ (BOURDIEU, 1997, S. 165).

²¹⁰ Bei Kaufinteressenten aus den nördlichen und östlichen Vorstädten war es fast jeder Zweite (KATHIMERINI vom 28.04.2007).

²¹¹ Verdoppelung! »Maisonette« (aus dem Französischen) bedeutet ursprünglich kleines Haus bzw. Häuschen und wird außerhalb Frankreichs oft für mehrgeschossige (meistens zwei) Wohnungen bzw. über mehreren Ebenen verwendet, die über eine Innentreppe verbunden sind als Teil eines Mehrfamilienhauses. Auch im angelsächsischen Raum werden damit in der Regel Wohnungen und selten Häuser gemeint. In Griechenland wird der Begriff für einen Haustyp verwendet, der freistehend oder in einem Reihnhaus sein kann. Auf dem griechischen Immobilienmarkt und -zeitungen tauchte die *Mesonéta* vermehrt in den 1990er-Jahren auf und stieg seitdem zum Inbegriff modernen Wohnens meist in dezentralen Lagen auf.

²¹² Im Vergleich: Die höchsten Preise sind mit weit mehr als 2.500 Euro pro qm in Ekáli, Filothéi und Paleó Psychikó, während in Mesógeia, z. B. in Peanía sie bei 1.700-1.800 Euro pro qm und in Ániksi, Diónisos und Stamáta meist unter 2.000 Euro pro qm liegen (KATHIMERINI vom 28.04.2007).

²¹³ Die nördlichen Gemeinden weisen zum Beispiel eine hohe Dichte an privaten und renommierten Schuleinrichtungen auf. Yannákis' Ausbildung ist von Kosmás minutiös geplant. Nach der sechsjährigen Grundschule soll die Aufnahme in die »Deutsche Schule« in Maróussi erfolgen. Die erhöhte Konkurrenz erfordert besonders gute Leistungen und allem voran sehr gute Deutschkenntnisse. Yannákis hatte zuvor eine private griechisch-deutsche Grundschule in Vrilíssia besucht, die unweit von Kifissíá lag und täglich mit einem eigenen Schulbus erreichbar war. Mit dem Wegzug fiel diese Möglichkeit weg. Die tägliche Hinfahrt (etwa 20 km) konnten weder Kosmás noch seine Frau bewältigen. Eine andere private Grundschule in der Nähe lag dafür etwas näher (13 km). Da dort das Pflichtfach Englisch und nicht Deutsch ist, muss Yannákis für den Deutschunterricht ein *Frontistírion* in einer 4 km entfernten Nachbargemeinde besuchen.

²¹⁴ In aller Regel werden die meisten von ihnen niedriger entlohnt als einheimische Arbeitskräfte.

²¹⁵ Die drei Brüder der Mutter sollten in Athen bessere Chancen auf ein Studium haben; dieser Grund für den Zuzug in die Stadt wurde öfters aufgeführt.

²¹⁶ Es ist selbstverständlich, dass bei einer spontanen Erzählung das Datum eines mehr als 50 Jahre zurückliegenden Ereignisses nicht so genau wiedergegeben werden kann. Hier eine kleine dennoch wesentliche Richtigstellung nach eigenen Nachforschungen: In der Erzählung sagt Katerína, dass sie fünfeinhalb Jahre alt war, als dieses Ereignis stattfand. Das starke Erdbeben in Sofádes bei Vólos und die darauf folgende Überflutung ereigneten sich jedoch am 19. und 21. April des Jahres 1955. Zu dieser Zeit war sie etwa neun Jahre alt. Wenn es stimmt, dass sie das erste und zwei-

te Grundschuljahr bei ihrem Vater und ihrer Stiefmutter verbracht hat, dann könnte dies ungefähr zum benannten Zeitraum gewesen sein. Unstimmig und gegen die obere Annahme spricht jedoch die spätere Bemerkung Katerínas, ihren Vater zum letzten Mal im Alter von sieben Jahren gesehen zu haben.

²¹⁷ Der Großvater zog vor, sie als Mädchen zur „Schneiderin oder Friseurin“ ausbilden zu lassen. Die Jahresgebühr für eine solche Schule käme nach Angaben des Großvaters dem Kaufpreis einer Mitgift-Wohnung gleich.

²¹⁸ Scherzhaft zieht Katerína Parallelen zur Fernsehseifenoper aus den 1980er-Jahren »Dinastía« (in Deutschland »Denver-Klan«), die fiktiv das Leben und die Machenschaften einer reichen Familie zum Thema hat.

²¹⁹ Die Wohnung in der Kapodistrioustrasse lag etwa 400 m vom Politechníon.

²²⁰ Wie bereits erläutert, wurden die Themenauswahl und Einzelaspekten aus der gesamten Themenmatrix (ALLE, auch hier nicht präsentierte Gespräche) getroffen.

²²¹ Es ist auch diese Überbewertung, die zur dauerhaften Parzellierung von Agrar-, Frei- und sogar Waldflächen, also Zersiedelung und Phänomene der Landbesetzung durch *Ökopádofoí* (Οικοπεδοφάγοι, wortwörtlich Grundstückfresser) führt.

²²² In der von europäischen Institutionen favorisierten Stärkung von Öffentlich-Privaten-Formationen (ÖPI) und hinsichtlich Flexibilisierung und Privatisierung werden auch über solche Allianzen Druckkulissen für die Aufnahme in den »Plan« sowie die regionalen und kommunalen Politik gebaut.

²²³ Das Geschäft nimmt seinen Lauf bei der Formierung von Interessengemeinschaften aus Konsortien und Ko-Profiteuren, die nun auch Aktionäre und Anleger an Land ziehen. Dabei ist der Verkauf von Grundstücken oder Wohnhäusern nur ein Teil des Geschäfts. Inzwischen sind das Hypothekengeschäft und der daraus entwickelte sekundäre (oder tertiäre) Markt ausschlaggebend.

²²⁴ Kostas Skandalídis bei einer Rede als Agrarminister im Jahr 2012.

²²⁵ Laut Gesetz 4046/12 bzw. dem Sparpaketmaßnahmenprogramm Memorandum (Μνημονίο Οικονομικής και Χρηματοπιστωτικής Πολιτικής) wurde sie liquidiert.

²²⁶ Die nicht explizite gesetzliche Regelung der Stellplatz-Optionen schafft jene Hintertür, die in Verbindung mit den fehlenden Kontrollen oder Ahndungsmechanismen des Städtebauamtes sie zur gängigen Praktik macht. Damit die Gemeinde dem Rechtsverstoß nachgehen kann, sind namentliche Fallanzeigen notwendig. Wenn fast jeder zweite Bauherr selbst umstritten handelt oder die Gesetzeslage nicht kennt, scheut er diesen Schritt. Zum Mythos der griechischen Kultur gehört die Missbilligung des Denunzierens. Eine weitere wichtige Facette ist in den erweiterten Befugnissen und Ermessungsspielräumen von Bauingenieuren zu sehen, die kaum kontrolliert und sanktionslos mit ihrer Unterschrift eine Rechtmäßigkeit vortäuschen. Dazu kommt die Geiselnahme der Gemeinde und des Bürgermeisters, die gerade in kleineren Gemeinden ihre Wiederwahl aufs Spiel setzen würden und deshalb Kontrollen unterlassen.

²²⁷ Wie in der Vergangenheit nahm deren Rolle wieder zu. In den Jahren 2013 und 2014 stammten 41% der Kredite aus der *Elternbank*; 14% ging in die Finanzierung von Hypotheken, 3% für Gesundheitsausgaben und nur 1% für die Bildung (siehe WORLD BANK, 2014).

²²⁸ Nach einer EKKE-Studie ist „Vertrauen in andere Menschen“ in Griechenland am niedrigsten ausgeprägt (AUERNHEIMER, 2009, S. 101).

²²⁹ Oft herrschte in den dörflichen Gesellschaften ein recht zwiespältiges Verhältnis zur Nachbarschaft. Zwistigkeit und Streit, sehr oft über Land- und Bodenfragen. Erst bei äußeren Gefahren wird lokale Verbundenheit und Eintracht demonstriert (Anm. TI: eine antike Reminiszenz an die »Gefahr vor Barbaren«?).

²³⁰ Auffällig in Oreólofos war die Häufigkeit ehemaliger Armee- oder Polizei-Angehörige: Drei Interviewpartner waren frühere Angehörige der Armee, weitere zwei Gesprächspartner sind Kinder von der Polizeioffizieren. Ferner wurden andere im Ort wohnenden Kollegen oder Nachbarn erwähnt. Vielleicht ein Zufall und bedingt repräsentativ, es muss jedoch zur Kenntnis genommen werden angesichts der Baugenossenschaften und der weit verbreiteten informellen Netze Berufsangehöriger und/oder Wertegemeinschaften. Ein ausgelassener Fall (Gesprächspartner A9) war von Mitte der 1970er-Jahre bis etwa 2000 als Bauhandwerker im *Avthéreto*-Bausystem tätig. Heute ist er Vorsteher eines Ortsteils von Oreólofos. Unwillkürlich wurden im Gespräch mit ihm allzu häufig Namen von Diktatoren erwähnt, da sie die Entstehung der Siedlung gefördert haben sollen. Aus diesem Grund ist nicht auszuschließen, dass Armee- oder Polizei-Angehörige Hauptnutznieser davon sein könnten.

²³¹ Die soll in die dörflichen Verhältnisse der Parikías von Migranten gleicher Herkunft mitgewandert sein: unter Handwerkern in Anafiótika, im Proástion in Athen oder Maniátika, Kritiká und Idréika in Piräus bzw. bei den Flüchtlingen in Kesiarianí, Néa Smírní, Néa Erithréa, Plataniá u. a. Die jeweils tradierten Werte und Normen von Familiarität oder Solidarität waren damals selbstverständlich.

²³² Im Fall von Oreólofos war weniger eine gegenseitige Hilfe sondern die professionalisierte *Avthéreto*-Baupraxis verbreitet, gekennzeichnet durch eine regelrechte Arbeitsteilung unter den lokalen Bauhandwerkern. Beinahe bestimmten sie allein, wer bauen und wer nicht bauen durfte. Auftraggeber hatten jedenfalls einen Vorteil.

²³³ Nicht auszuschließen, dass zum Teil Einkommensverluste der Haushalte auf die Schulter der migrantischen Hausangestellten übertragen werden.

²³⁴ In nicht wenigen Fällen taucht die Überqualifizierung der Migranten auf. Trotz universitärer Bildung können sie nicht mal ansatzweise den erlernten bzw. lang praktizierenden Beruf ausüben (die Tätigkeit als Albanisch-Lehrerin an der Technischen Hochschule bildet eine große Ausnahme). In Griechenland, aber im Grunde in den meisten Empfangsländern ist die Nutzbarmachung des in den Herkunftsländern erworbenen Wissens und der gemachten Erfahrungen gering. Stattdessen werden wiederholt prekäre Beschäftigungsformen dokumentiert, sogar bei hochqualifizierten Zuwanderern: Frauen meistens als Reinigungs- oder Pflegekräfte, Männer als Bau- oder Lagerarbeiter (vgl. MALLIOU, Zentrum für Migrationsstudien).

²³⁵ Nach einer Studie einer Zeitung (KATHIMERINI vom 20.04.2008) mehr als jeder Dritte Athener (39%) hält den starken Verkehr für das dringlichste Problem. Erst mit Abstand folgen Hygiene- und Müllprobleme (25%) sowie Verunreinigung insgesamt (17%). Weitere 15% halten Luftverunreinigung, Emissionen und *Néfos*, also weitere Verkehrsursachen, ebenso für hoch problematisch. Generell haben Verkehrsauswirkungen zwischen 1998 und 2008 aufgrund der starken Suburbanisierung und Motorisierung erheblich zugenommen, trotz Ausweitung des ÖPNV-Netzes. Die Innenstadt bleibt weiterhin attraktiv aufgrund der besseren Berufschancen (28%), der

Dichte an medizinischer Versorgung, Krankenhäusern und Ärzten (13%), der Ausgelmöglichkeiten (11%) sowie der Vielzahl an Möglichkeiten generell (11%).

²³⁶ Vor Ausbruch der Krise zog fast jeder Zweite Athener (49%) in Erwägung, Attikí zu verlassen (KATHIMERINI vom 20.04.2008). Eine nach Ausbruch der Krise im Auftrag des griechischen Agrarministeriums erstellte Studie unter Großstadtbewohnern Athens und Thessalonikis, die zeigt, dass 68,2% der Befragten bereit wären, die Agglomeration zu verlassen und in die Provinz zu ziehen. Knapp die Hälfte davon hat einen Hochschulabschluss und interessiert sich für ökologische Anbaumethoden (IPOURGIO AGROTIKIS ANAPTIKSIS KAI TROFIMON, 2012).

²³⁷ EU-finanzierte Regierungsprogramme (»NEOI AΓΡΟΤΕΣ«) fördern den Neubeginn auf dem Land für junge Menschen, i. V. mit dem Anbau exportfähiger ökologischer Produkte. So kamen im Jahr 2013 37% der neuen Bauern aus Athen (weitere 9% aus Attikí) (KATHIMERINI vom 13.04.2014).

²³⁸ Im Raumordnungskonzept der Europäischen Metropolregionen (EMR) wird die zukünftige Entwicklung der Metropolregion Berlin-Brandenburg an die „Wettbewerbsfähigkeit sowohl Deutschlands (in Europa) als auch Europas insgesamt in der globalisierten Wirtschaft“ angeknüpft (BLOTEVOGEL, 2000, S. 163).

²³⁹ Die Umbenennung zu „Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“ wurde erst 2006 von den beiden Bundesländern Berlin und Brandenburg beschlossen (GEMEINSAME LANDESPLANUNGSABTEILUNG DER LÄNDER BERLIN UND BRANDENBURG, 2013). Sie umfasst eine Gesamtfläche von 30.376 km² (Berlin 892 km², Brandenburg 29.484 km²) mit einer Gesamtbevölkerungszahl von knapp 6 Mio. Einwohnern (davon 3,5 Mio. in Berlin und 2,5 Mio. in Brandenburg).

²⁴⁰ Die engere Metropole Berlin umfasst neben dem Land Berlin die anliegenden Gemeinden der Landkreise Teltow-Fläming, Dahme-Spreewald, Oberspreewald, Märkisches Oderland, Barnim, Oberhavel, Havelland, Potsdam-Mittelmark und Potsdam.

²⁴¹ Mehr darüber: „Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik“ (Ländereinführungsgesetz) 1990.

²⁴² Einleuchtend in diesem Zusammenhang ist der Begriff „Mark und Metropole“ (MATTHIESEN, 2002). Die unterschiedlichen Entwicklungsvorstellungen tauchen in den jeweiligen Nomenklaturen auf. So stammt der Begriff »Metropole« aus dem westlichen und vor allem US-amerikanischen Fachjargon und wurde bereits sehr früh für West-Berlin verwendet, während in der DDR mehr die neue und funktionalistische Gebietskategorie »Stadt-Umland-Region« im Gebrauch war. Wobei viele Berliner und Berlinerinnen ausschließlich das Wort *Speckgürtel* verwenden.

²⁴³ Auch im Kalten Krieg war hier einer der wichtigsten Schauplätze der konkurrierenden Großmächte und Systeme. Beide Teile stellen somit historisch, politisch, sozioökonomisch und kulturell Sonderfälle dar.

²⁴⁴ Brandenburg-Preußen nahm etwa 20.000 Hugenotten auf. Dadurch waren um 1700 von den 56.000 Einwohnern Berlins etwa 11.000, also fast jeder fünfte Bewohner, französische *Réfugiés* (MURET, 1885). Sie wurden von der Mehrheit der lokalen Bevölkerung und den Zünften abgelehnt.

²⁴⁵ Die erste Berliner Stadtverordnetenversammlung war von Haus- und Grundbesitzern dominiert, die hier ihre partikularen Interessen in die Kommunalplanung und städtebauliche Gestaltung durchzusetzen versuchten (ZIMM, 1990, S. 35).

²⁴⁶ Dafür wurde lediglich das Dreiklassenwahlrecht eingeführt, d. h. Unterteilung der Wähler in drei Klassen, je nach Höhe ihrer Steuerleistung. Dieses Wahlsystem war bis zum Ende der Kaiserzeit (1918) gültig.

²⁴⁷ Insbesondere wurde die Aufnahme jener Forderungen in die Konstitution abgelehnt, die die Schwächung der hegemonialen Macht der besitzenden Klassen, des Königs und des Adels herbeiführen könnten.

²⁴⁸ Anders als in Großbritannien hat hier die Baumwollspinnerei nur eine geringe Rolle gespielt (vgl. OSTERHAMMEL, 2012, S. 11f.).

²⁴⁹ Dieser bezweckte durch eine Reihe von Anordnungen und Gesetzen zwischen 1871 und 1878 die Macht der katholischen Kirche zu begrenzen, und setzte die Trennung von Staat und Kirche durch. Die Zivilehe, der Schulunterricht unter Staats- und nicht Kirchengewalt, die Verwaltung von Vermögen durch gewählte Gemeindevertreter und der Entzug staatlicher Förderung gehörten zu den sachlichen Änderungen, während Verbote von Einmischung Geistlicher in „öffentlichen Themen“ oder des Jesuitenordens eher repressive Züge besaßen.

²⁵⁰ Im Jahr 1878 wurde das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ eingebracht, das Verbot, Verfolgung und Verhaftung der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und ihrer nahestehenden Organisationen, vor allem Gewerkschaften, einführte. Abgeschafft wurden die Gesetze 1890, weitere kleinere Gesetze hielten jedoch die Repressionen aufrecht (OSTERROT/SCHUSTER, 1975).

²⁵¹ Die eingeführten Maßnahmen steigerten den Anteil der Staatsquote am Bruttoinlandsprodukt von 3% auf 15% und nahmen durch die spätere Übernahme von weiteren Aufgaben oder ganzer Korporationen, wie der Eisenbahn, weiter zu.

²⁵² Von 1871 bis 1905 betrug die Zunahme 147%; übertroffen nur von Hamburg mit +158%. Die Zunahme im gesamten Deutschen Reich lag bei +47% (STATISTISCHES JAHRBUCH FÜR DAS DEUTSCHE REICH, 1910).

²⁵³ Weitere propagierte Ziele wie Einrichtung von Räte-Systemen, Sozialisierung der Schlüsselindustrien, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und gerechtere Löhne, Demokratisierung des Heeres bzw. Zerschlagung einflussreicher reaktionärer, kaisertreuer Kreise in Militär und Verwaltung sind nicht angegangen worden. Der Gegenwind aus dem reaktionären und monarchistischen Lager kam prompt. Heftige Polemik gegen politische und soziale Reformvorhaben kam auch aus dem Lager der kaisertreuen, antidemokratischen Kräfte und Großindustriellen und Großagrariern. Dabei gab es auch Versuche die demokratisch gewählte Regierung zu stürzen und die erste Republik zu beenden. Zusätzlich machte der »Versailler Vertrag« die Stabilisierung der politischen und ökonomischen Verhältnisse unmöglich. Der Schock über die Kriegsniederlage und die erzwungenen Reparationszahlungen waren idealer Nährboden für nationalistische Tendenzen. Das Volk fiel in die Hände konservativer und rechtsradikaler Gegner der Republik. Politisch motivierte Attentate sowie die Ermordung von Regierungsmitgliedern und politischen Gegnern kennzeichnet diese turbulente Zeit (STURM, 2011).

²⁵⁴ Auch die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts, die Einführung des Frauenwahlrechts und die Senkung des Wahlalters, die die Zahl der Wahlberechtigten verdoppelten und 1919 zur ersten vom ganzen Volk gewählten demokratischen Regierung führten, gehörten zu den einschneidenden Reformen dieser Zeit. Bei dieser ersten Wahl kam die »Weimarer Koalition« zustande, die aus der Moderaten

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (MSPD), der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Zentrumspartei bestand. Gemeinsam erreichten sie 76,1% der Wahlstimmen (STURM, 2011, S. 17).

²⁵⁵ Ob damals Berlin eine Weltmetropole war, sei dahingestellt. In zahlreichen wissenschaftlichen und literarischen Werken, aber auch in Pressematerialien der Kreditwirtschaft oder der Interessenverbände lassen sich Gegenbehauptungen finden (BRIESEN, 1992; THAMER, 2000; u. a.). THAMERs Untersuchungen zum Beispiel überprüfen es nur anhand der Wirtschaftssektoren und ihres nationalen Anteils. In einem direkten Vergleich mit Paris wies Berlin einen viel geringeren Anteil an Industriebeschäftigten auf (Paris: 1896 15,93%, 1936 22,06%; Berlin: 1895 8,05%, 1933 9,88%), allerdings eine höhere Konzentration von Verlagen und Banken. Bereits 1849 war knapp ein Viertel der preußischen Banken in Berlin (ebd., S. 136). Zahlreiche Studien sind jedoch empirisch unzulänglich (KIECOL, 2001, S. 96). Es ist wohl fragwürdig, ob Mythen und Legenden befriedigend mit Zahlen belegt werden können, evtl. nur durch empirische Überprüfung ihres Realitätsgehalts.

²⁵⁶ Der Historiker Ludolf HERBST stellt sogar fest: „Das Gesamtsystem ist daher gerade nicht von dem einen Führer her zu verstehen, sondern von der Vielzahl der Führer und Unterführer her, die an allen Knotenpunkten platziert waren“ (FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 20.07.2011).

²⁵⁷ »Volksgemeinschaft« und die Sozialutopie gingen zudem mit propagierten Zielen, darunter „Modernitätsappeal“ und „Mobilisierungsschub“, einher (vgl. WEHLER, 2003). Hauptadressat war die Jugend, die an soziale Mobilität, gestiegene Karrierechancen und verbesserte Lebensbedingungen glauben sollte, was gewiss für die Mitläufer auch geschah.

²⁵⁸ Insgesamt wurde die Rüstungsindustrie mithilfe von Krediten finanziert. Hier wurde im Grunde Vollbeschäftigung erreicht. Die Rüstungsunternehmen gehörten zu den wenigen Industrien, die nach Facharbeitern suchten. Die Lohnsteigerungen erfolgten nicht nach Tarif, sondern durch das binäre Lohnmodell aus Tariflohn und ungleich höherem Effektivlohn (BILDT, 2012, S. 55).

²⁵⁹ Hier war die Spaltung zwischen Kommunisten (KPD) und Nationalsozialisten (NSDAP) am größten. In Berlin lag die KPD über dem Durchschnitt des Deutschen Reichs, während umgekehrt die NSDAP unter dem Durchschnitt lag. Bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 erreichte die NSDAP in den bürgerlichen Stadtteilen und den Villenvierteln sowie in den Außerbezirken ihre besten Ergebnisse in Groß-Berlin (in Steglitz 45,2%, Spandau, 41,6%, Schöneberg 39,8%), während sie in den Arbeitervierteln in der Regel weit drunter lag (Wedding 25,9%, Friedrichshain 28,8%, Neukölln 29,7%) (HAMILTON, 1982, S. 78).

²⁶⁰ Nie zuvor war Berlin als Reichshauptstadt stärker mit dem Deutschen Reich und der deutschen Geschichte verbunden als in der Zeit zwischen 1933 und 1945. Die Reichshauptstadt und Metropole Berlin war sowohl nach innen als auch nach außen Inszenierungsort und Schauplatz; von der Machtergreifung bis zur Verfestigung dieser Macht. Die Nationalsozialisten machten sich den Metropolen-Mythus und seine weltbeherrschende Komponente zunutze.

²⁶¹ Von den 4,23 Mio. Einwohnern im Mai 1939 wurden im August 1945 knapp 2,81 Mio. und im Oktober 1946 nur 3,19 Mio. Einwohner gezählt. Davon waren lediglich

2,99 Mio. auch vor dem Krieg in Berlin wohnhaft (HAUPTAMT FÜR STATISTIK UND WAHLEN DES MAGISTRATS VON GROSS-BERLIN, 1949).

²⁶² Der spätere Eintritt Frankreichs führte zur Neuaufteilung, allerdings nur der Westsektoren, da die Sowjetische Besatzungszone unverändert blieb.

²⁶³ Zuerst sollte die Währungsreform durch die Einführung der Deutschen Mark den florierenden Schwarzmarkt eindämmen und zur Stabilität beitragen. Die Reaktion der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) war unmittelbar. Ebenso wurde ein Jahr später die Gründung der BRD mit der Gründung der DDR und die Blockade der West-Alliierten-Zonen beantwortet.

²⁶⁴ Das *traditionsträchtige* Offizierskorps, das „ausschließlich aus den »erwünschten Kreisen« des Adels und des gehobenen Bürgertums“ stammte, behielt seine Funktion als Reservoir für höhere Offiziere weiter. Noch im Jahr 1967 kamen 80% der Generäle und die Hälfte der Leutnants aus seinem Kreis (WEHLER, 2012, S. 307) und erst ab 1969 konnten die Reformkräfte aus dem Schatten der Wehrmacht heraustreten. Allerdings gewannen in den 1980er-Jahren die Traditionalisten erneut die Oberhand, wobei es immer wieder zu Interessenskonflikten zwischen den beiden kam. Ein ehemaliger Verteidigungsminister verwendete Bezeichnungen wie „Schlangengrube“ und „ein Sack voller Minen“ oder nannte den Verteidigungsposten einen „Schleudersitz“ (DEUTSCHE WELLE, 26.06.2013). Generell wurde jedoch der Offizierskorps pluralisiert, inzwischen kommt nur ein marginaler Teil aus den vormals *erwünschten* Kreisen (WEHLER, 2012, S. 308ff.).

²⁶⁵ Er stellte bis 1952 14 Mrd. US-\$ (grob geschätzt, entspricht diese Summe heute 200 Mrd. Euro!) für die ökonomische Entwicklung und den Wiederaufbau im kriegsgeschädigten West- und Südeuropa zur Verfügung.

²⁶⁶ In der Nachkriegszeit wanderten etwa 900 Unternehmen nach Westdeutschland, darunter große Unternehmen wie Siemens & Halske nach München, Siemens-Schuckert nach Nürnberg, SEG und Lorenz nach Stuttgart sowie AEG nach Frankfurt/Main.

²⁶⁷ Einerseits begünstigten die steuerliche Subventionierung und Abzugsmöglichkeit in der Einkommens- und Unternehmenssteuer, andererseits die Verteuerung der öffentlichen Verkehrsmittel (vor allem Bahn) und die Demontage der Straßenbahnen in zahlreichen Großstädten den Umstieg auf den MIV. Der Verkehrsinfarkt in den Städten wurde darauf mit dem propagierten und von der öffentlichen Stadtplanung verinnerlichten Konzept der „autogerechten Stadt“ vollzogen (REICHOW, 1959).

²⁶⁸ Der „automobile Habitus“ war eine Denk- und Lebensweise, die über die materielle und nützliche Dimension hinausging (WELZER, 2010, S. 51). Als Symbol ist das Automobil nicht nur ein Produkt des materiellen Wohlstands, das Gesellschaften als „Habitus konservieren, der in ihrer besten Zeit entwickelt worden ist“ (ebd., S. 50), sondern immer mehr zum öffentlich aufgeführten Artefakt des beruflichen und gesellschaftlichen Erfolges wurde. Marke und Größe werden zum exklusiven Distinktionsmerkmal (Sozialstatus, Individualität). So wuchsen die Beschäftigtenzahlen im Automobilbau und in seinen Zulieferindustrien weiter, während die anderer Industriezweige (Textilindustrie, Bergbau u. a.) zu schrumpfen begannen.

²⁶⁹ In Berlin genossen sie einen besonderen Status. Sie hatten seit den 1950er-Jahren die Möglichkeit nach Deutschland zurückzukehren. Eine große Anzahl kam damals nach Westberlin und bekam automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit. Die

weitgehenden Integrationsmaßnahmen sahen neben Sprachkursen auch die Möglichkeit zinsloser Kredite und Sozialwohnungen vor.

²⁷⁰ Zusammen mit den nachgezogenen und den in der BRD geborenen Familienmitgliedern sowie anderen Migrationszugängen wuchs die Zahl der ausländischen Bevölkerung auf knapp 4 Mio., etwa 6,8% der Bevölkerung an (STATISTISCHES BUNDESAMT, 2012). Ab etwa Mitte 1975 bis 1990 erfolgte hauptsächlich der Familiennachzug aus der Türkei, sodass diese „zur größten Minderheit“ aufstieg (1,7 von insgesamt 6,8 Mio. Ausländern) (WEHLER, 2008, S. 42).

²⁷¹ Vor dem Krieg lebten in der SBZ etwa 15 Mio. Menschen. Nach der Ankunft vieler Vertriebener und Flüchtlinge stieg die Bevölkerungszahl (1949 19,1 Mio.). Für viele war es jedoch nur eine Zwischenstation und bis zum Mauerbau verließen etwa 3,5 Mio. die DDR; bis 1989 folgten weitere 625.000. Vor der Wiedervereinigung lag die Bevölkerungszahl bei 16,5 Mio. und einige Jahre später durch die Abwanderung in die ABL fiel sie auf unter 13,5 Mio. (STATISTISCHE JAHRBÜCHER DER DDR, o. J.).

²⁷² Im Jahr 1950 haben sich im Ostteil der Stadt etwa 1,19 Mio. aufgehalten. Ein Jahr vor dem Mauerbau 1960 waren es 120.000 weniger; die Bevölkerungszahl lag unter 1,07 Mio. Einwohnern. Ab 1970 stieg sie leicht an, von 1,08 Mio. auf 1,15 Mio. 1980 bzw. 1,28 Mio. Einwohner 1989 (STATISTISCHES AMT DER DDR, 1990).

²⁷³ Das war de facto eine entschädigungslose Enteignung von Großgrundbesitz, Grundbesitz des ehemaligen Deutschen Reiches, der NSDAP, der Wehrmacht sowie der großer Industrie- und Handelsunternehmen (SCHÄFERS, 2012, S. 40).

²⁷⁴ Es existierten folgende drei Eigentumsformen: (1) Volkseigene Betriebe und Unternehmen = Staatseigentum, (2) Genossenschaftliche Betriebe (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, Produktionsgenossenschaften des Handwerks); Genossenschaftseigentum, in der Praxis weitgehend staatlichem Einfluss unterworfen, (3) Eigentum gesellschaftlicher Organisationen (ebd., S. 21).

²⁷⁵ „Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“, Beschluss des Präsidiums des Ministerrates vom 11. Juli 1963 (NEUES DEUTSCHLAND vom 16.07.1963).

²⁷⁶ Im Grunde handelt es sich hierbei um eine Form des damals modernen Managements. Die entsprechende Management-Literatur wurde auf der Leipziger Buchmesse zusammengestellt und „streng intern“ gehandelt (KRÖMKE, 2001, S. 48 Fußnote).

²⁷⁷ Gewissermaßen vergleichbar mit dem Konformitätsanspruch der fordistischen Gesellschaft.

²⁷⁸ Die Flucht vieler *Urlaubsreisender* über diese Grenze (bis Ende September sollen es etwa 30.000 und bis zum Ende der ersten Novemberwoche 225.000 gewesen sein) sowie die Besetzung von BRD-Botschaften in Ungarn, Tschechoslowakei und Polen, aber auch der Ständigen Vertretung Bonns in Ostberlin beschleunigen zusätzlich den Fall des Regimes.

- ²⁷⁹ Den Absturz der Industrie für die verschiedenen Sektoren verdeutlicht die Beschäftigtenentwicklung zwischen 1989 (=100) und 1993 (Zahl in Klammern) (SÖSTRA, 1996):
- starke Zunahme der Beschäftigung im Baugewerbe (138), Kredit und Versicherung (166), Persönliche Dienste (150);
- leichte Zunahme in der Öffentlichen Verwaltung (108);
- leichte Abnahme im Gesundheitswesen (93);

- stärkere Abnahme der Beschäftigung im Handel (80) und Sonstige Dienstleistungen (80,5) sowie in Verkehr und Nachrichten sowie Bildung und Wissenschaft (jeweils 68);
- starke Einbrüche in der Land- und Forstwirtschaft (25) sowie im traditionell zahlstarken und prestigeträchtigen Verarbeitenden Gewerbe, Energie und Bergbau (34); zwei Drittel der etwa 3,8 Mio. Stellen fielen weg.

Hinzu kommen etwa 0,7 Mio. Arbeitsplätze im sog. X-Bereich, d. h. bewaffneten Organe wie NVA, Volkspolizei und Grenztruppen sowie Beschäftigte in der Partei und der Massenorganisationen (LUTZ/GRÜNERT, 2001, S. 139). Fast gänzlich „vernichtet“ wegen „gescheiterter Privatisierung“ wurde die Textil- und Bekleidungsindustrie (1993=15), Gummi und Kunststoff (23), Feinmechanik, Elektroindustrie (30). Aus strukturpolitischen Gründen erfolgte die Erhaltung von Industriestandorten allen voran in den Bereichen Energie und Bergbau (41), Chemie (38), Metallherzeugung (47), Maschinenbau (36) (ebd.).

²⁸⁰ WAGENER und Experten errechneten einen Richtungskoeffizienten von 4,4:1. Auf dieser Grundlage wurden „die impliziten Preise der DDR-Produkte in DDR-Mark relativ zu den DM-Preisen mehr als vervierfacht“ (2007, S. 125; 1996).

²⁸¹ Der DDR-Ministerrat beschloss am 1. März 1990 die Einrichtung einer „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung von Volkseigentum“ (*Treuhand*). Ihre Hauptaufgabe war die Umwandlung der Kombinate und VEBs in Kapitalgesellschaften.

²⁸² Das erste umgewandelte Kombinat war das Dresdner Kombinat VEB „Elektromaschinenbau“, das zur Aktiengesellschaft „VEM-Antriebstechnik“ umgewandelt wurde. Im Geschäftsjahr 1989 erwirtschaftete das mit 28.500 Beschäftigten starke Kombinat einen Umsatz von 3,7 Mrd. DDR-Mark und einem Gewinn von knapp 400 Mio. Mark. Mit dem Beitritt in die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im Juli 1990 kam es zu massiven Liquiditätsschwierigkeiten. Die Absatzmärkte Osteuropas fielen weg und das ostdeutsche Management war unzureichend für die globale Marktwirtschaft gewappnet. Zwei Jahre später mit nur einem Drittel der Belegschaft wurde es zum Problemfall und häufte pro Jahr gut 160 Mio. D-Mark Verluste an (mehr Informationen unter: www.friedlicherevolution.de/index.php?id=49&tx_comarevolution_pi4%5Bcontribid%5D=681; Zugriff erfolgte am: 24.01.2014).

²⁸³ Modelle der Flexibilisierung von Arbeitsformen und -zeiten tauchten im größeren Umfang Anfang der 1990er-Jahre in der vom globalen Konkurrenzdruck erfassten Automobilindustrie auf. Die „atmende Fabrik“, ein flexibles Arbeitszeitmodell von Volkswagen, sollte als vorläufiges Modell bei der Überwindung einer großen Absatzkrise helfen. Ausgerechnet ein VW-Manager (Peter Hartz) leitete später eine nach ihm benannte Kommission, die im Jahr 2002 Empfehlungen für die Reform des Arbeitsmarktes erarbeitete (siehe sog. Hartz-Gesetze I bis IV).

²⁸⁴ In weiteren Fällen mussten Staat und Arbeitsagenturen (z. B. für Hartz-IV-Empfänger) aufstocken, im Grunde verborgener Lohnzuschuss bzw. Subventionierung von Arbeitsleistung durch den Staat.

²⁸⁵ Gewiss hat der Schuldenschnitt von 2012 (Verzicht auf etwa 9 Mrd. Euro) langfristig deutschen Interessen entsprochen, zumal ein Staatsbankrott noch teurer wäre.

²⁸⁶ Die Wohndichte stieg von 57,9 Bewohnern pro Grundstück in den 1870er-Jahren auf 77 um die Jahrhundertwende an (1910: 76; 1917: 63). Die Wohndichte außerhalb der Tore war entsprechend hoch und in manchen Gebieten sogar viel höher: z. B. in der östlichen Luisenstadt (120), im Stralauer Viertel (103) oder in der Rosenthaler

Vorstadt (114). Alt-Berlin erfuhr eine Entdichtung aufgrund seiner Reichshauptstadtfunktion und der damit verbundenen Umbaumaßnahmen und Umwidmung von Wohngebieten zu Standorten für Verwaltungsgebäude oder kommerzielle Einrichtungen. Grund war die liberale Gesetzgebung, die eine sehr dichte Bauweise bzw. die Überbauung von Grundstücken erlaubte. Zum Beispiel war die innere Erschließung der relativ großen Baugrundstücke nicht vorgeschrieben, sodass hinter einem Vorderhaus gleich mehrere Hinterhäuser gebaut werden durften, die entsprechend schlechte Licht- und Luftbedingungen aufwiesen.

²⁸⁷ Was in den Jahrzehnten davor aufgrund von Zwistigkeiten und Egoismen unrealisierbar schien, wurde unter einer bestimmten Konstellation von Parteien, Personen und parlamentarischen Mehrheiten durchführbar (KÖHLER, 2002, S. 814f.).

²⁸⁸ Charlottenburg hatte inzwischen 322.792, Rixdorf/Neukölln 262.128, Schöneberg 175.093, Lichtenberg 144.662, Wilmersdorf 139.406, Spandau 95.513 und Steglitz 83.366 Einwohner (STATISTISCHES JAHRBUCH DER STADT BERLIN, 1920).

²⁸⁹ Bus, Straßen-, Untergrund- und Vorortbahn machten etwa 90% des Verkehrsaufkommens aus.

²⁹⁰ Der Zuzug zu den Gemeinden außerhalb Großberlins und die Förderung der „vorstädtischen Kleinsiedlung“ oder der „Reichheimstätten“ nach dem Leitsatz „Luft und Sonne“ sowie „Schutz vor Unsicherheit“ prägte die Stadterweiterung der Zwischenkriegszeit (MATTHIESEN/NUSSL, 2002, S. 79f.). Die beiden Untersuchungsgebiete (Villenort) und (Genossenschaftssiedlung) entstammen dieser Zeit.

²⁹¹ Im Jahr 1925 wurden 8.439 Neubauwohnungen fertiggestellt, danach zwischen 14.576 und 24.079. Der Höchststand wurde 1930 erreicht mit 43.854 Neubauwohnungen. 1931 waren es 31.026 bzw. 1932 9.357 (STATISTISCHES JAHRBUCH BERLIN, 1927-1939).

²⁹² Die Bevölkerungsentwicklung der Bezirke Kreuzberg und Reinickendorf im Vergleich: 211.154 bzw. 205.930 (1950), 191.898 bzw. 215.892 (1961), 158.445 bzw. 238.736 (1970) und 140.938 bzw. 238.671 (1987) (STATISTISCHE JAHRBÜCHER VON BERLIN, m. J.).

²⁹³ Im Westen sprach man von einer *Annexion* und die BRD hatte ohnehin – wie davor auch den Staat DDR – seine Hauptstadt Berlin nicht anerkannt.

²⁹⁴ Hierzu gehören in erster Linie Marzahn, Hellersdorf und Hohenschönhausen, vereinzelt jedoch auch Spandau, Reinickendorf und Neukölln. Der 2001 fusionierte Bezirk Marzahn-Hellersdorf verlor seit der Wende ein Sechstel seiner Einwohner, bereinigt von der gelenkten Zuwanderung von Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion (Russland, Kasachstan und Ukraine) waren die Verluste sogar mehr. Von etwa 290.000 Einwohnern im Jahr 1990 und vorläufig 297.000 Einwohnern im Jahr 1994 sank die Bevölkerungszahl und erreichte 2009 etwa 244.000 Einwohner. Daraus stabilisierte sie sich und erst in den letzten Jahren verzeichnete sie sogar einen leichten Anstieg auf 249.000 EW (BEZIRKSAMT MARZAHN-HELLERSDORF VON BERLIN, 2012).

²⁹⁵ Hauptfinanzierungs- bzw. Subventionierungsform für den Wohnungsbau der Nachwendezeit (Wohnungsbauförderung für die Neuen Länder) war die von 1991 bis 1998 gültige Sonder-AfA. Sie war im Grunde ein Konjunkturprogramm für den Mietwohnungsneubau und – sekundär – für Sanierungen im Bestand. Der Anteil der Sonderabschreibungen konnte bis zu 50% des Investitionsaufwandes betragen. Die

Förderprogramme zur Wohnraummodernisierung sahen günstige Kredite vor und wurden von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gewährt. Eine weitere Finanzierungsform war die von Bund und Ländern finanzierte Städtebauförderung, die in der Regel große Sanierungsvorhaben in Alt- und Innenstädten bezuschusste.

²⁹⁶ Trotz des Bevölkerungszuwachses in der Umgebung von Berlin verlor seit der Wende Brandenburg massiv an Bevölkerung. Reell verlief die Bevölkerungsentwicklung innerhalb der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg höchst unterschiedlich. In Brandenburg ist insgesamt die Bevölkerungszahl seit 2000 rückläufig. Zwischen 1990 und 2005 nahm sie im „äußeren Entwicklungsraum“ (Gemeinden der umliegenden Kreise) um knapp 220.000 ab, während sie zur selben Zeit im „engeren Verflechtungsraum“ um mehr als 220.000 Einwohner – meistens aus Berlin – zunahm (AMT FÜR STATISTIK BERLIN-BRANDENBURG, 2007, S. 35).

²⁹⁷ Vor 1972 wurden in der DDR weniger als 2.500 individuelle Häuser pro Jahr gebaut, aber ab 1975 erhöhte sich die Zahl auf mehr als 11.000 pro Jahr und bis zur Wende auf durchschnittlich 12.000 Wohneinheiten pro Jahr (Höchststand von 15.636 im Jahr 1981), wobei die allerwenigsten (unter 2%) davon in Ostberlin waren (STATISTISCHES AMT DER DDR, 1990).

²⁹⁸ Die Fortzüge von Berlin nach Brandenburg lagen 2003 bei 33.456, 2005 bei 32.226, 2009 bei 27.121 und 2012 bei 26.903 Personen (STATISTISCHES LANDESAMT BERLIN, m. J.; seit 2009: AMT FÜR STATISTIK BERLIN-BRANDENBURG, m. J.).

²⁹⁹ So hat Berlin „durch die Wanderung knapp 150.000 deutsche Staatsangehörige verloren und gleichzeitig rund 180.000 Personen nicht deutscher Staatsangehörigkeit hinzugewonnen“ (PROGNOS, 2010, S. 13).

³⁰⁰ Im Jahr 1996 stimmte eine Zweidrittelmehrheit in Brandenburg und knapp über die Hälfte der Berliner Ostbezirke gegen die Fusion der Länder Berlin und Brandenburg. Brandenburg verfehlte sogar das erforderliche Zustimmungsquorum (25%).

³⁰¹ Auch wenn vergleichsweise München und sein Umland in relativen und absoluten Zahlen mehr wächst, international gefragter ist und insgesamt wirtschaftlich besser dasteht.

³⁰² Im ökonomischen Diskurs sind *Flows* von Menschen und Kapital, von Erwerbstätigen und Investitionen usw. zum A und O geworden. Die Ökonomie hat das Aufkommen einer neuen Mentalität entsprechend einer global gesinnten Gesellschaft positiv beeinflusst, auch wenn es in erster Linie den Eliten des Weltsystems zugute kommt, während es die Ärmsten sogar noch mehr benachteiligt (SASSEN, 2000).

³⁰³ Das Wortspiel stammt aus dem Forschungsschwerpunkt Stadterneuerung „Mietropolis – Lagebesprechung zur Mietpreisbindung“ von der Hochschule der Künste Berlin in Zusammenarbeit mit dem Berliner Mieterverein e. V., der am Oktober 1985 seine Ergebnisse veröffentlichte. Mehr darüber bei BORST/HENTSCHEL, 1986).

³⁰⁴ Im Vergleich dazu ist die Stadt Wien und die städtische Gesellschaft »Wiener Wohnen« mit 220.000 Gemeindewohnungen die größte kommunale Wohnungsbau-gesellschaft in Europa (WIENER WOHNEN, 2014).

³⁰⁵ Zum Beispiel favorisieren neoliberale Ökonomen und Politiker die Erhöhung der Eigentumsquote. Das wirkt vorerst deswegen irritierend, weil damit das Gros des Wohnungsstocks und der private Wohnungsmarkt heruntergespielt werden. Die Produktion von privaten Wohnungen, sei es als Einkommen durch Vermietung oder als Kapitalanlageform, stellt bereits die Regel dar. Forderungen nach Privatisierung

landeseigener oder kommunaler Wohnungsgesellschaften bezwecken letztendlich nichts anderes als das Einstellen preisregulierender Mechanismen, die als Hindernis für höhere Gewinnmargen auf dem Wohnungsmarkt gesehen werden.

³⁰⁶ Siehe auch: KASTORFF-VIEHMAN, 1979.

³⁰⁷ Das „Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“ von 1889 schaffte eine wichtige Grundlage für die Entstehung von Wohnungsbaugenossenschaften, wobei ausschlaggebend die Haftungsklausel (beschränkte Haftung auf das Gesellschaftskapital), die Steuerbegünstigungen und vor allem die Finanzierungsform zum Beispiel über Darlehen aus der zu dieser Zeit erweiterten Sozialversicherungsgesetzgebung (Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzgebung) waren. In der Folgezeit erfuhren sie große Beliebtheit von 38 Baugenossenschaften im Jahr 1889 stieg ihre Zahl auf über 385 in 1900, sogar auf 1.402 im Jahr 1914 an. Berlin wurde damit zu einer „Hochburg der Wohnreform“ (NOVY, 1986).

³⁰⁸ In der ersten Phase, 1918 kam es zur Gründung der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten (GAGFAH) und ein Jahr später der Gemeinnützigen Wohnung- und Heimstätten-Gesellschaft für Arbeiter, Angestellte und Beamte m. b. H. (GEWOBA). Während der Inflation 1923 entstand aus dem Umfunktionieren der Eisenbahnunternehmen die Gesellschaft für sozialen Wohnungsbau gemeinnützige Aktiengesellschaft (GESOBAU) und im Jahr darauf nach Einführung der »Hauszinssteuer« folgte eine breite Gründungswelle: u. a. die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin mbH (WFG, später GSW), die Gemeinnützige Heimstätten-, Spar- und Bau-Aktiengesellschaft (GEHAG), die Deutsche Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaues (degewo), die STADT UND LAND usw.

³⁰⁹ Zahlreiche Projekte mit privaten Bauunternehmen als Bauherren scheiterten zuvor an der zu hoch beurteilten Kosten- und Mietkalkulation (BERNHARDT, 1999, S. 70).

³¹⁰ So änderte sich auch das Verhältnis von Kleinhaus zu Mehrfamilienhaus in Groß-Berlin. Zwischen 1919 und 1923 lag es noch bei 81:19 mit dem Ansetzen der Weimarer Wohnpolitik kehrte es sich 1924/1925 schlagartig auf 22:78 und nach 1926 nochmals auf 10:90 um. Auch damals widersprach es den herrschenden Wohnidealen, d. h. das „Einfamilienhaus mit Garten“ (BERNHARDT, 1999, S. 66).

³¹¹ Etwa 58% (zeitweise drei Viertel) waren öffentliche Mittel, größtenteils Bundesmittel sowie US-amerikanische (12%) oder Lastenausgleichsmittel (11%). 18% waren Mittel aus dem Kapitalmarkt und der Rest Eigenkapital (ebd., S. 97).

³¹² Ab 1965 Anstalt des öffentlichen Rechts, selbständiges Kreditinstitut mit eigener Rechtspersönlichkeit und Kapitalsammelstelle für steuerbegünstigte BHG-Darlehen (JUCKEL, 1999, S. 316).

³¹³ Obwohl Walter Gropius sich von der Umsetzung des Projekts distanzierte.

³¹⁴ In der SBZ war fast ein Drittel der Wohnungen (583.000) völlig zerstört. Weitere 871.000 (47,2%) wiesen mehr oder minder starke Beschädigungen auf, während nur 391.000 (21,2%) den Krieg ohne Schaden überstanden hatten (PETERS, 1992, S. 56).

³¹⁵ Das Zitat stammt ursprünglich von Nikita Chruschtschow auf der Moskauer „Allunionsbaukonferenz“ im Dezember 1954 (GENTNER, 2007, S. 44) und wurde von Walter Ulbricht in seiner programmatischen Erklärungen auf der Baukonferenz der DDR in Leipzig im April 1955 übernommen.

³¹⁶ Rechtsträger des volkseigenen Wohnungsbaues sind die kommunalen Wohnungs- und Grundstückverwaltungen (vgl. DIW, 1983, S. 16).

³¹⁷ In der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik von 1962, Artikel 26, heißt es: „Jedem Bürger und jeder Familie ist eine gesunde und ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung zu sichern“.

³¹⁸ Der Städtebau und insgesamt die Siedlungsentwicklung in der DDR waren Teil der Generalbebauungs- und Generalverkehrsplanung, die der Wirtschafts- und Territorialplanung unterstanden. Der Generalbebauungsplan von 1968 formulierte eine Entwicklung in zwei Richtungen auf der einen Seite kompaktere Stadtgebiete und auf der anderen Neubaugebiete in kleineren und bisher unerschlossenen Standorten (SCHWENK, 2002).

³¹⁹ Referat von Wolfgang JUNKER, Mitglied des ZK, Minister für Bauwesen auf der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED (NEUES DEUTSCHLAND vom 04.10.1973).

³²⁰ 1985 waren 83% des Wohnungsbestands Wohnungen in industrieller Bauweise (GENTNER, 2007, S. 45).

³²¹ Während für Andere darin *Schnarchsilos* und *Arbeiterschließfächer* sahen.

³²² Wochenendhäuser und Datschen standen in der Tradition der reformistischen Ansätze bzw. der infolge der Industrialisierung und Verstädterung in der Vor- und Zwischenkriegszeit entstandenen Laubenkolonien und Kleingärten.

³²³ Nach der Wende wurde das Altschuldenhilfegesetz (AltSchG) verabschiedet, das 1993 in Kraft trat und den Wohnungsunternehmen aus der ehemaligen DDR etwa die Hälfte ihrer Altschulden erlassen hat. In einigen Fällen waren jedoch die restlichen Altschulden sehr hoch bzw. auch die Neuverschuldung nahm zu. Eine Gesetzesänderung im Jahr 2001 verpflichtete Wohnungsunternehmen mit einem Leerstand von über 15 Prozent Altschulden anhand von abgerissenen Gebäuden zu begleichen. Diese Altschuldenentlastungs-Regelung, die zu umfassenden Abrissmaßnahmen geführt hat, ist Ende 2013 ausgelaufen.

³²⁴ Die Vernichtung von Wohnraum an der Peripherie fand synchron zur intensivierten Suburbanisierung und Reurbanisierung statt. In den letzten Jahrzehnten beschönigte der Berliner Senat den punktuellen Leerstand (in Plattenbauten bis zu 16%) um seinen Rückzug aus dem Wohnungsneubau zu rechtfertigen. In dieser Bilanz lag die Leerstand-Quote berlinweit bei 5-6% (BERLINER MIETERZEITUNG, 7/8 2010).

³²⁵ Hier sind auch solche Formationen wie die Immobilien-Management- und Asset-Management-Gesellschaft Colonia Real Estate gemeint, die nun der TAG Immobilien gehören; die US-amerikanische Lone Star Funds, die im Jahr 2000 für 250 Mio. Euro insgesamt 5.500 Wohnungen in Hellersdorf kaufte oder die Cerberus Capital Management, die als Käufer und nach *Umstrukturierungsmaßnahmen*, d. h. teure Modernisierungen und Kündigungen, Mieterhöhungen, usw. durchsetzte und als Wiederverkäufer der ehemals kommunalen GSW Immobilien AG (60.000 Wohnungen) an die Deutsche Wohnen einen zweistelligen Gewinn verbuchte (vgl. BERLINER MIETERVEREIN, 01/02 2006).

³²⁶ Insgesamt wurde in diesem Konzept durch die Erweiterung des Kreises der Akteure (Architekten, Baugesellschaften, Eigentümer u. a.) ein klarer Bruch zur damaligen gemeinnützigen bzw. öffentlich geförderten Wohnungsbaus vollzogen. Auch die Gründung einer eigenen GmbH setzte einen neuen Trend. In Karow wurde ein städtebaulicher Vertrag mit der Arge Karow-Nord GbR (Groth + Graalfs und GE-

HAG) geschlossen. Neu-Karow zählte zu den größten privaten Bauvorhaben in den NBL (KUHN, 1999, S. 145).

³²⁷ Online unter: www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/senat/richtlinien-der-politik/; Zugriff erfolgte am 14.10.2014.

³²⁸ Kleinerer Haushalt bedeutet bessere Ausschöpfungsrate. Solche Angebote lassen höhere Mieteinnahmen erzielen, zumal das Mietpreisniveau für kleinere Wohnungen aktuell im Durchschnitt 20% höher als für mittlere und größere Wohnungen liegt. Hauptsächlich in einer angespannten Wohnungsmarktsituation treibt der Mangel an kleineren Wohnungen den Preis in die Höhe. Einige Wohnungsunternehmen nutzen dies aus, mit dem sie ganze Wohngebäude (darunter Plattenbauten) umrüsten, um kleinere, also ertragsreichere Wohneinheiten anzubieten; nicht selten All-Exklusiv-Wohnungen für ein bestimmtes Klientel (globale Nomaden, Studierende). Entsprechend den marktradikalen Prinzipien werden Wohnungen in Ferienwohnungen umgewandelt. Lange Zeit sah die Berliner Politik solchen Phänomenen tatenlos zu und erst seit einigen Jahren (Stand 2015) versucht sie das zu unterbinden (LAND BERLIN: „Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum – Zweckentfremdungsverbot-Gesetz – ZwVbG“ vom 29. November 2013).

³²⁹ An dieser Stelle zwischen den Stationen Eschenhof und Mahlsdorf fuhr die Vorortbahn Berlin-Strausberg.

³³⁰ Da sie von der Sozialdemokratischen Partei unterstützt wurden, bekamen von den Bewohnern der benachbarten Gemeinden „die, die hinter der Zoche wohnten“ den Beinamen „die Roten“.

³³¹ Angesichts der allgemeinen Bevölkerungsabnahme erarbeitet die Landesregierung eine weitere Zusammenlegung der Brandenburgischen Kreisen und Gemeinden. Ein Konzept soll im Jahr 2014 vorliegen (LAND BRANDENBURG, 2012).

³³² Die Verdreifachung der Bevölkerungszahl gilt nur für die alte Siedlung. Nach groben eigenen Berechnungen dürften etwa weitere 500 Einwohner in Neu-Lindenthal dazu gezählt werden (Stand Sommer 2010).

³³³ Die BVVG wurde 1992 gegründet. Als Gesellschaft bekam sie den „gesetzlichen Auftrag, in den Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ehemals volkseigene land- und forstwirtschaftliche Flächen zu privatisieren“ (Mehr Informationen unter: www.bvvg.de/INTERNET/internet.nsf/HTMLST/UNTERNEHMEN; Zugriff erfolgte am 30.06.2013). Die Gemeinde tritt gegenüber der BVVG stellvertretend für den privaten Investor ein und verhandelt den Kauf des Restareals zu einem vernünftigen Preis.

³³⁴ Es war die Zeit als die Entscheidung für Berlin als Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands getroffen wurde. Zudem die Bewerbung für die Ausrichtung der Olympischen Spiele von 2000 (April 1992-September 1993) und das Schmieden großflächiger Pläne lösten eine euphorische Stimmung aus über die ökonomische Entwicklung.

³³⁵ Einziger Wehrmutstropfen in dieser Episode ist die lebensweltliche Funktion dieses Hauses bzw. Ortes. Für viele Alteingesessene blieb es weiterhin eine Markierungsstelle: „bei [Barbaras] Haus“.

³³⁶ Solche Ansprüche der Distanzierung von der DDR-Vergangenheit wurden nicht nur von Arbeitgebern oder westdeutschen Politikern gestellt, sondern stell(t)en für die Mehrzahl der ehemaligen BRD-Bürger eine Selbstverständlichkeit dar.

³³⁷ „Viele aus der zweiten DDR-Generation, der Elterngeneration, sahen dagegen mit der Einheit ihr komplettes Leben entwertet, verzweifelte schier an der neuen Welt.“ (ZEIT vom 19.05.2014).

³³⁸ *Oikodespoten* aus *Oikos* (Οἶκος) und *Despotis* (Δεσπότης), d. h. der empfangende Gastgeber (in seinem Haus). Im Sinne von einer Gastfreundschaft sollen Einheimischen Zugezogene mit Geduld und Wohlwollen behandeln. Es wurde vermieden den Begriff als *Ökodespoten* widerzugeben, um Verwechslungen mit Ökodiktatoren und Desgleichen vermieden werden.

³³⁹ Dieses Interview fand zu der Zeit der Fußballweltmeisterschaft statt. Im Hof waren unter einem Zelt Sitzbänke, Tische und eine Leinwand aufgestellt, wo geschätzter Weise mindestens 15 Leute Platz finden könnten. Auch der Keller ist als Feier- und Spielsaal gestaltet und könnte etwa 40 Menschen beherbergen.

³⁴⁰ Eine der wenigen gewerblichen Nutzungen innerhalb Alt-Lindenthals ist das Hotel, das auch eine Gaststätte betrieben hat. Nach einer Anzeige eines anliegenden Nachbarn wurde es dem Hotel untersagt alkoholische Getränke auszuschenken.

³⁴¹ Es gab wohl Interviewpartner, die sich eindeutig von der Integration in eine Gemeinde distanzieren.

³⁴² Auch wenn Sony Kommunikationsmedien herstellt oder die Berliner Filmfestspiele zehn Tage mehr Glamour und nur light politics bieten.

³⁴³ Die Fakten über die tatsächlichen Standorte sagen jedoch etwas anderes aus. Das Verhältnis West:Ost liegt bei 4:11 (Stand 2010). Während Kanzleramt, Verteidigungsministerium, Innenministerium und Entwicklungsministerium sich im ehemaligen West-Berlin befinden (4), sind alle anderen Bundesministerien, einschließlich Nebenstellen im ehemaligen Ostterritorium zu finden (11).

³⁴⁴ Durch die Auslagerung von Sektionen des systemtreuen SC Dynamo Berlin nach Eschenhof entstand hier im Jahr 1963 ein Leistungszentrum für Judo. In den Folgejahren gewannen seine Athleten mehrfach Medaillen auf internationalen Meisterschaften oder Olympischen Spielen. Nach Ende der DDR kam es zur Auflösung der Sportvereinigung Dynamo Berlin, aufgrund ihrer direkten Zugehörigkeit zum Ministerium für Staatssicherheit. Nach der Neugründung im Jahre 1990 wurde der neue Träger zu SC Berlin umbenannt. Die Abteilung Judo blieb weiterhin in Eschenhof. Daraus ist 1996 der eigenständige Sportverein Budo Dynamo Eschenhof entstanden, der im selben Jahr aufgelöst wurde bzw. nach Berlin-Weißensee zurückkehrte.

³⁴⁵ Sie stellt die kürzeste Verbindung nach Eschenhof und Neuenhagen.

³⁴⁶ Bastians Zitat: „Ich hab ja so auch ein, zwei Freunde, die halt den Kapitalismus nicht so mögen, wie wir. Wir lieben ihn ja nicht wirklich, aber wir sagen ja auch nicht »nein« zu ihm.“

³⁴⁷ Mit Finca (spanisch = Grundstück) wird ein Wohntypus gemeint, der einem Landgut oder Kotten angleicht, d. h. eventuell mit einer landwirtschaftlichen Nutzung verbunden ist. Neuere Formen, allen voran in stark frequentierten Fremdenverkehrsgebieten, werden Finca-Häuser als Ferienwohnungen auf größeren Grundstücken mit Swimming-Pool und/oder Wellnesseinrichtungen angeboten.

³⁴⁸ Über diese Generation wird in den letzten Jahren öfters in Presse und Medien berichtet. Sie umfasst die Nachfolge-Generation der X-er, also Personen, die zwischen 1980 und 1995 - oder 1976 und 1998 - geboren wurden und aktuell „massenhaft

auf den Arbeitsmarkt strömen“. Ein wesentliches Merkmal von ihr soll das Hinterfragen der ökonomischen Förderungen in der Berufswelt und im Leben insgesamt (mehr darüber: SPIEGEL ONLINE vom 09.08.2012. Online unter: www.spiegel.de/karriere/berufsstart/generation-y-audi-personalvorstand-thomas-sigi-im-interview-a-848764.html Zugriff erfolgte: 24.04.2014; DIE ZEIT vom 26.02.2014). Inwieweit Bastian als Vertreter der „Generation Y“ gesehen werden kann, wird hier nicht näher behandelt, sicherlich sind einige wesentliche Parallelen und Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede vorhanden, z. B. in der Leistungsorientierung.

³⁴⁹ Sein vollständiger Satz lautet: „Ich habe ja so auch ein, zwei Freunde, die halt den Kapitalismus nicht so mögen, wie wir. Wir lieben ihn ja nicht wirklich, aber wir sagen ja auch nicht „nein“ zu ihm.“

³⁵⁰ Berechnung anhand der Wahl für den Deutschen Bundestag am 22. September 2013. Nach der 3.610 von den 19.717 Personen in gesamten Vogelweide (ohne Briefwähler) wählten in Meisenhof, gesetzt in Relation zur Vogelweider Gesamteinwohnerzahl von 42.502 Personen am 02.12.2013 (Quelle: STADT [VOGELWEIDE]: „Zahlen-Daten-Fakten“. Online unter: [www.\[vogelweide\].de/seite/13490/zahlen-daten-fakten.html](http://www.[vogelweide].de/seite/13490/zahlen-daten-fakten.html); Zugriff erfolgte am 26.05.2014). Der Bürgerverein gibt eine Einwohnerzahl von ca. 8.500 Personen an (siehe dort 2012).

³⁵¹ Der erste Umzug erfolgte mit zwölf Jahren und der nächste etwa sechs Jahre später. Zwei Jahre vor München zog sie mit ihrer Familie erneut um. Nach eineinhalb Jahren in München zog sie vorläufig in das Elternhaus zurück, und danach für zwei Jahre in die Mietwohnung in Schöneberg, bis zum Einzug in die mit ihrem späteren Ehemann gemeinsame Wohnung in Zehlendorf. Drei Jahren später folgte der Umzug nach Bamberg und nach wieder drei Jahre in die USA. Nach wieder drei Jahren kamen sie nach Bamberg zurück, das sie 2006 verließen. Neun Monate wohnten sie in einem Reihenhaushaus in der Parkstadt bis sie im September 2007 in das eigene Haus in Meisenhof einzogen.

³⁵² Für Franziska ist es „ein ganz feiner Mann, ganz aufrecht, ganz sauber“. Sie findet auch „nichts Anstößiges an ihm“ und „[e]r sieht ganz ordentlich aus, er ist völlig unaufdringlich“.

³⁵³ Der Weiher ist ein Teich, der bereits in der Entstehungsphase als landschaftliches Element, aber auch als Badeanstalt für die Bewohner angelegt wurde. In der Nachkriegszeit verschüttete und verschlammte er, bis 1992 er unter Naturschutz gestellt wurde. In den Jahren 2004/2005 fand eine Renaturierung und Sanierung statt und er wurde zu seinem ursprünglichen Zustand und Umfang zurückgesetzt. Er dient heute nicht nur als Erholungsort, sondern auch als Naturpfad oder Nistplatz für Vögel. Diese Maßnahmen erfolgten über eine Bürgerinitiative und wurden von der Stadt, aber auch von der Lessingschule sowie vielen Anwohnern unterstützt.

³⁵⁴ Eine stark ästhetisierende und visuelle Erzählung steckt zum Beispiel hier: „mein Mann hat alleine jetzt 500 Tulpen gepflanzt und so, und das grünt und blüht, das ist fantastisch. Und das ist also im Sommer dann auch... auch, wenn ich ganz früh dann aufstehe, und geh dann mit einer Tasse Tee, schlapp ich mit meinem Bademantel durch den Garten, das ist mit das Schönste, was ich mir vorstellen kann.“

³⁵⁵ Im Rahmen seiner Funktion im Bürgerverein war er an der Erstellung der „Gestaltungssatzung“ (darunter standen Forderungen u. a. *Schinkellampen*, Vorschriften für Dachziegel, Zäune, Eingänge usw.; vgl. *urban codes* im New Urbanism) für Meisenhof

von 2006 beteiligt. Der Bürgerverein und lokale private Akteure unternahmen den Versuch ein Instrument für die Kommunalplanung durchzusetzen, die teilweise über die Köpfe der Mehrheit der Bewohner hinweg setzte und als „Reichen-Satzung“ titulierte (Märkische Allgemeine vom 18. Januar 2012) es eine heftige Kritik und Proteste auslöste. Darauf haben Gemeinde und Stadtrat sie einstimmig abgelehnt. Teilweise wird jedoch dieses Ziel unter dem Etikett »Gestaltung des öffentlichen Raums« noch weiterverfolgt.

³⁵⁶ Da sowohl Sohn als auch Vater interviewt wurden, bekamen sie jeweils die Bezeichnung Felix der Jüngere bzw. der Ältere. Nach der Auswahl des Gesprächs mit dem Jüngeren wird anfangs der Name Felix der Jüngere beibehalten bzw. weiter nur als Felix vorkommen.

³⁵⁷ Nach dem Recht der DDR war die bauliche Nutzung eines Grundstücks nicht an das Grundeigentum geknüpft. Nach dem BGB ist jedoch ein Eigentum auf das Gebäude an ein Eigentum an das Grundstück geknüpft. Das Gesetz räumte dem Nutzer ein Vorkaufsrecht beim Kauf des Grundstücks und gewährleistete ihm eine günstigere Wertermittlung (die eine Hälfte für den vollen und die andere zum halben Verkehrswert).

³⁵⁸ Sie ist in der Winterzeit wirklich extrem menschenleer und bietet viel Einsamkeit und Ruhe. In Sommer sähe es selbstverständlich anders aus.

³⁵⁹ Vogelweide-Meisenhof und Lindenthal befinden sich im Land Brandenburg, so besteht der Hauptteil der Gesprächspartner aus ehemaligen DDR-BürgerInnen.

³⁶⁰ Andere im Sinne von differenziert von der oft als allgemein bekannte und breit akzeptierte BRD-zentrierte Geschichte und Gesellschaftsentwicklung.

³⁶¹ In vieler Hinsicht ist auch der westdeutsche Traum der Nachkriegszeit und darüber hinaus nichts anderes als eine Variante des »amerikanischen Traums«, das teilweise mit der Globalisierung intensiviert wurde.

³⁶² Dabei fallen vor allem der Coca-Cola-Weihnachtsmann, Halloween, Valentinstag, Western-Tanzevents, Gospel- oder Country-Konzerte aber auch Tracker-Rennen in brandenburgischen Dörfern u. a. auf, die große Beliebtheit erfahren.

³⁶³ Genauere Fälle siehe BERLINER MIETERVEREIN: „Schwarzbuch Privatisierung“, Pressemitteilung Nr. 2/06; „Die verkaufte Stadt“ MIETERMAGAZIN 4/08; „Mietanstieg nach GSW-Privatisierung – Die Heuschrecke grast ab“, MIETERMAGAZIN 7+8/08.

³⁶⁴ Es fanden drei Interviews mit vier BewohnerInnen Neu-Lindentals statt. Drei davon wohnten früher in Hellersdorf oder Marzahn, einer in Mitte.

³⁶⁵ Auch wenn Fertighäuser ihren Marktanteil Jahr für Jahr steigern, ist nur jeder sechste Neubau in der Berliner Metropolregion (in Baden-Württemberg jedes vierte) ein Fertighaus. Allerdings dies könnte sich aus sozioökonomischen und ökologischen Gründen in der Zukunft ändern. In den USA sind 90% bzw. in Schweden 60% Fertighäuser (DER BAU, 2013).

³⁶⁶ Vor allem eine aktive Mittelschicht bzw. einzelne und mehrere Bildungsbürger, die die eigenen Interessen verfolgen und durchzusetzen versuchen. Siehe auch Bahn-AG (bzw. Anti-S-Bahn-Aktionen).

³⁶⁷ Auch in Presseberichten wird Vogelweide das Synonym »Schlafstadt« angehängt (u. a. TAGESSPIEGEL vom 13.01.2015; TAZ vom 05.09.2008).

³⁶⁸ Für reaktionäre Eschenhofer war Lindenthal eine „Kommunistensiedlung“.

³⁶⁹ Berlin: Umsatz 2012: 3,6 Mrd., 2013: 4,28 Mrd. Euro; München: 2012: 3,8 Mrd., 2013: 3,77 Mrd. Euro (ACCENTRO: „Wohneigentums-Report“, 2014).

³⁷⁰ München weist die höchsten Raten unter den deutschen Großstädten auf, sowohl bei 50- bis 60-Jährigen als auch bei den über 65-Jährigen. Ein Wohnortwechsel wird jedoch erst dann relevant, wenn in einem fortgeschrittenen Alter die Mobilität abnimmt und starke gesundheitliche Einschränkungen eintreten. Die Bereitschaft den Wohnort zu verlassen und ins unmittelbare Umland zu ziehen, erhöht sich, wenn keine bezahlbaren Altenheim- und Pflegeplätze vorhanden sind (ebd., S. 84f.).

³⁷¹ Die Vielzahl der in den letzten Jahrzehnten sanierten, aber zum Teil immer noch schrumpfenden Klein- und Mittelstädte oder die Seelandschaft Brandenburgs stellen heute noch stille Reserven für Exurbanisierungsprozesse dar. Orte wie Brandenburg an der Havel, Bad Saarow, Beeskow, Neuruppin, Templin, Spremberg u.v.a. bergen enorme Ausbaupotenziale.

³⁷² Imaginationen über „polnische Autoschieber“, „türkische Ehrenmörder“, „moslemische Gotteskrieger“ oder „rumänische Sozialhilfe-Touristen“ kommen reflexartig in der Berichterstattung vor.

³⁷³ Polizeistellen: 2005: 9.881, 2007: 9.565, 2010: 8.873, 2014: 7.937. Lehrerstellen: 2005: 21.128, 2007: 18.255, 2010: 16.633, 2014: 16.353 (LAND BRANDENBURG, 2010).

³⁷⁴ Viele sind da, die allermeisten werden hier bleiben und noch mehr kommen.

³⁷⁵ Vgl. Entbettung bzw. „Ver-Räumlichung“ und „Ent-Ortung“ durch Mediatisierung (GIDDENS, 1990).

³⁷⁶ Über Idiozentrismus-Allozentrismus in unterschiedlichen Kulturkreisen siehe TRIANDIS, 2001.

³⁷⁷ Vergleichbares gilt auch für das Phänomen des Public Viewing, das in den Kafenions und Cafés in Griechenland auch deswegen eine lange Tradition hat, weil die teureren Fernsehgeräte zuhause fehlten.

³⁷⁸ Hier sollte vorerst nochmals zwischen einigen osteuropäischen und mitteleuropäischen Metropolregionen differenziert werden. Solche Phänomene lassen sich wohl in Moskau häufig antreffen, aber in Paris, Berlin oder Wien nur vereinzelt.

³⁷⁹ „*Governing through Crime: How the War on Crime Transformed American Democracy and Created a Culture of Fear*“ von Jonathan SIMON (2007) setzt sich unter anderem mit der Dramatisierung der Kriminalität, die von der Ordnungsmacht Staat (und seinen dazugehörigen Behörden) instrumentalisiert wird und die damit ihre Legitimität für die Gewährleistung der Herrschaftsverhältnisse ausbaut, auseinander.

LITERATURVERZEICHNIS

- ABOUT, Edmond: La Grèce contemporaine. 5. Aufl., Hachette, Paris 1863
- AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (ARL): Metropolregionen – Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit. Positionspapier aus dem gleichnamigen gemeinsamen Arbeitskreis von Difu, ILS NRW, IRS und ARL, Nr. 71, Hannover 2007
- ALTROCK, Uwe und Grischa BERTRAM (Hrsg.): Wer entwickelt die Stadt? Geschichte und Gegenwart lokaler Governance. Akteure – Strategie – Strukturen. transcript Verlag, Bielefeld 2012
- ALTROCK, Uwe u. a. (Hrsg.): Zwanzig Jahren Planung seit der Wiedervereinigung. Reihe Planungsrundschau, Nr. 20, Berlin 2010a
- ALTROCK, Uwe: Ausblick: Der Einfluss von Mythen, traditionsreichen Praktiken und auswärtigen Vorbildern auf die Stadtentwicklung. In: Uwe ALTROCK u. a. (Hrsg.): Symbolische Orte. Planerische (De-)Konstruktionen. Reihe Planungsrundschau, Nr. 19, Berlin 2010b, S. 335-344
- ALTROCK, Uwe: Herausforderungen Berlins - Stadträumliche Qualifizierung. In: Harald BODENSCHATZ und Thomas FLIERL (Hrsg.): Berlin plant. Berlin 2010c, S. 196-211
- ALTROCK, Uwe, Sandra HUNING und Deike PETERS: Neue Wege in der Planungspraxis und warum aktuelle Planungstheorien unvollständig bleiben. In: Klaus SELLE (Hrsg.): Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte. Theorien. Impulse. Bd. 1, edition stadt | entwicklung, 2006
- ALTVATER, Elmar und Birgit MAHNKOPF: Grenzen der Globalisierung: Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Westfälisches Dampfboot, Münster 1996
- ALTVATER, Elmar: Sachzwang Weltmarkt: Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung und ökologische Gefährdung, der Fall Brasilien VSA-Verlag, Hamburg 1987
- AMT FÜR STATISTIK BERLIN-BRANDENBURG (Hrsg.): Zeitschrift für amtliche Statistik. Berlin Brandenburg. 1/2013, Potsdam 2013
- AMT FÜR STATISTIK BERLIN-BRANDENBURG (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2012. Brandenburg. BB/2012, Potsdam 2012

- AMT FÜR STATISTIK BERLIN-BRANDENBURG (Hrsg.): Zeitschrift für amtliche Statistik. Berlin Brandenburg. 5/2012, Potsdam 2012
- AMT FÜR STATISTIK BERLIN-BRANDENBURG (Hrsg.): Zeitschrift für amtliche Statistik. Berlin Brandenburg. 4/2012, Potsdam 2012
- AMT FÜR STATISTIK BERLIN-BRANDENBURG (Hrsg.): Zeitschrift für amtliche Statistik. Berlin Brandenburg. 3/2012, Potsdam 2012
- AMT FÜR STATISTIK BERLIN-BRANDENBURG (Hrsg.): Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg. H. 1 (2007)
- ARENDT, Hannah: Vita activa oder Vom tätigen Leben. Piper, München, Zürich 2003
- AUERNHAMMER, Gustav: Politische Kultur: Modernisierung und Europäisierung einerseits, Tradition und Identität des „Griechentums“ andererseits. In: Björn EGNER und Georgios TERIZAKIS (Hrsg.): Das Politische System Griechenlands. Strukturen, Akteure, Politikfelder. Nomos, Baden Baden 2009, S. 91-122
- AVDELIDIS, Kallisthenis: Die räumliche Entwicklung vier griechischer Großstädte. In: Εθνικό Κέντρο Κοινωνικών Ερευνών/Nationales Zentrum für Sozialforschung (Hrsg.): Working Papers 2010/21. Athen (gr.)
- BARTELS, Dietrich (Hrsg.): Wirtschafts- und Sozialgeographie. Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Wirtschaftswissenschaften, 35, Köln, Berlin 1970
- BARTOL, Sören und Joan MIRBACH: Nachbarschaft in flexiblen Zeiten. In: Berliner Republik – Das Debattenmagazin. H. 1 (2012). Online unter: www.b-republik.de/archiv/nachbarschaft-in-flexiblen-zeiten (Zugriff erfolgte am 18.12.2012)
- BASTEN, Ludger: Postmoderner Urbanismus – Gestaltung in der städtischen Peripherie. Schriften des Arbeitskreises Stadtzukünfte der Deutschen Gesellschaft für Geographie. Bd. 1. LIT Verlag, Münster 2005
- BATHELT, Harald und Johannes GLÜCKLER: Wirtschaftsgeographie – ökonomische Beziehungen in räumlicher Perspektive. 3. Aufl., Ulmer Verlag, Stuttgart 2012
- BAUDRILLARD, Jean: La fin de la modernité ou l'ère de la simulation. In: Encyclopédie Universalis. Biennale de Paris 1980, S. 28-33
- BAUERKÄMPER, Arnd: Die Sozialgeschichte der DDR. Reihe: Enzyklopädie Deutsche Geschichte, Bd. 76, R. Oldenbourg, Verlag, München 2005
- BAUHARDT, Christine: Stadtentwicklung und Verkehrspolitik. Ergebnisse und Perspektiven feministischer Verkehrsforschung und -kritik. In: MINISTERIUM FÜR GENERATIONEN, FRAUEN, FAMILIE UND INTEGRATION (Hrsg.): Demografischer Wandel. Die Stadt, die Frauen und die Zukunft. Düsseldorf 2006, S. 385-398
- BAUMAN, Zygmunt: Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne. Hamburger Edition, Hamburg 2005
- BECK, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1986
- BECKER, Joachim: EU in der Krise: Bruchlinien zwischen Zentrum und Peripherie. In: Kurswechsel (2010), H. 1, S. 6-23
- BECKER, Joachim: Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie. Metropolis, Marburg 2002

- BECKER, Joachim et al.: Peripheral Financialization and Vulnerability to Crisis: A Regulationist Perspective. In: *Competition and Change*, 14 (2010), Vol. 3-4, S. 223-245
- BECKER, Jörg: *Geographie in der Postmoderne? Zur Kritik postmodernen Denkens in Stadtforschung und Geographie*. Potsdamer Geographische Forschungen, Bd. 12, Potsdam 1996
- BENKO, Georges and Alain LIPIETZ: From the regulation of space to the space of regulation. In: *Geo Journal* (1998), Vol. 44.4, S. 275-281
- BERKING, Helmuth und Martina LÖW (Hrsg.): *Die Wirklichkeit der Städte*. Reihe: Soziale Welt, Sonderband 16, Nomos, Baden-Baden 2005
- BERLINER MIETER UND MIETERINNEN (Hrsg.): *Ein Recht auf Stadt für alle. Ein Mietenpolitisches Dossier*. Berlin 2011/2012
- BERNHARDT, Christoph: *Wohnungspolitik und Bauwirtschaft in Berlin (1930-1950)*. In: Michael WILDT und Christoph KRETZMÜLLER (Hrsg.): *Berlin 1933-1945*. Siedler, Berlin 2013, S. 177-192
- BERNHARDT, Christoph: *Aufstieg und Krise der öffentlichen Wohnungsbauförderung in Berlin 1900-1945*. In: ARBEITSGEMEINSCHAFT DER BERLINER WOHNUNGSBAUGESELLSCHAFTEN: *Wohnen in Berlin – 100 Jahre Wohnungsbau in Berlin*. Katalog zur Ausstellung vom 21. April bis 13. Juni 1999. Edition Stadtbaukunst, Berlin 1999, S. 45-87
- BEYER, Wolf und Marlies SCHULTZ: *Berlin – Suburbanisierung auf Sparflamme!?* In: Klaus BRAKE, Jens S. DANGSCHAT, Günter HERFERT (Hrsg.): *Suburbanisierung in Deutschland – Aktuelle Tendenzen*. Leske + Budrich, Opladen 2001, S. 123-162
- BEZIRKSAMT MARZAHN-HELLERSDORF VON BERLIN (Hrsg.): *Demographische Situation in Marzahn-Hellersdorf 2011*. Berlin, März 2012
- BIELENSKI, Harald, Emil MAGVAS und Klaus PARMENTIER: *Arbeitsmarkt Monitor für die neuen Bundesländer*. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 2/92. Stuttgart, S. 136-157
- BLUMENROTH, Ulrich: *Deutsche Wohnungspolitik seit der Reichsgründung. Darstellung und kritische Würdigung*. Selbstverlag, Münster 1975
- BODENSCHATZ, Harald: *Berlin im Kontext des europäischen Städtebaus*. Draft/Entwurf im Rahmen des International Congress of the Council for European Urbanism (CEU), 8.-10. September 2005 in Berlin
- BOKLAND, Talja: »Even when I see the real scoundrel around here, I don't feel unsafe«. On neighbourhood diversity, conflicts, and safety. In: Heike HERMANN u. a. (Hrsg.): *Die Besonderheit des Städtischen. Über das Besondere der Stadt und der Stadtkultur*. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2011, S. 176-193
- BORST, Renate u. a. (Hrsg.): *Mietropolis – Mietpreisbindung und Stadtpolitik*. VAS-Verlag, Berlin 1986
- BORTZ, Jürgen und Nicola DÖRING: *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler*. 4. Aufl., Springer, Heidelberg 2006
- BOUNDS, Michael: *Urban social theory: city, self, and society*. Oxford University Press, Oxford, New York 2004

- BOURDIEU, Pierre: Über das Fernsehen. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1998
- BOURDIEU, Pierre: Ortseffekte. In: Pierre BOURDIEU u. a. (Hrsg.): Das Elend der Welt - Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. UVK, Konstanz 1997, S. 159-167
- BRAKE, Klaus, Ingo EINACKER und Heinrich MÄDING: Kräfte, Prozesse, Akteure – Zur Empirie der Zwischenstadt. Schriftenreihe: Die Zwischenstadt. Bd. 3. Müller + Busmann, Wuppertal 2005
- BRENNER, Neil and Roger KEIL (Hrsg.): The Global Cities Reader. Routledge, London, New York 2006
- BRENNER, Neil: New States Spaces. Urban Governance and the Rescaling of Statehood. Oxford University Press, Oxford 2004
- BRENNER, Neil and Theodore NIK: Cities and the Geographies of “Actually Existing Neoliberalism”. In: Antipode, Vol. 34, Issue 3, S. 349-379
- BRENNER, Neil: Globalization as reterritorialization: the re-scaling of urban governance in the European Union. In: Urban Studies, 36, 3 (1999), S. 431-451
- BRIESEN, Detlef: Berlin – die überschätzte Metropole. Bouvier, Bonn, Berlin 1992
- BÜSCH, Otto und Wolfgang HAUS: Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik: 1919-1933 I. Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin. Bd. 70/1. Walter de Gruyter, Berlin, New York, 1987
- BUKOW, Wolf-Dietrich: Multikulturalität in der Stadtgesellschaft. In: Frank ECKARDT (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Springer VS, Wiesbaden 2012, S. 527-550
- BUNDESMINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTEBAU (Hrsg.): Raumordnungspolitischer Handlungsrahmen. Beschluss der Ministerkonferenz für Raumordnung am 8. März 1995
- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Deutsche Einheit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 30-31/2010 (Bonn)
- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: Projekt „17. Juni 1953“. Online unter: www.17juni53.de/chronik/5305_2.html (Zugriff erfolgte am 13.01.2014)
- BURGEL, Guy: Faut-il vraiment saigner un Etat qui n’a jamais existé? In: Le Monde vom 24. Mai 2012
- BURGEL, Guy: Athènes, de la balkanisation à la mondialisation. In: Méditerranée, n°3/4, Vol. 103 (2004), S. 59-63
- BURGEL, Guy: Athènes. Étude de la croissance d’une capitale méditerranéenne. Lille 1975
- BUSQUET, Grégory: L’espace politique chez Henri Lefèbvre: l’idéologie et l’utopie“. In: justice spatiale | spatial justice, n°5, 5/2012-13
- CASTELLS, Manuel: The Internet Galaxy: Reflections on the Internet, Business, and Society. Oxford University Press, Oxford 2001
- CASTELLS, Manuel: The Informational City: Economic Restructuring and Urban Development. Blackwell, Oxford (UK), Cambridge (Ma.) 1991
- CASTELLS, Manuel: The City and the Grassroots: A Cross-cultural Theory of Urban Social Movements. University of California Press, Berkeley 1983

- CASTELLS, Manuel: Die kapitalistische Stadt. Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung. VSA, Hamburg 1977
- CAVES, Roger W. (Hrsg.): Encyclopedia of the City. Routledge, London, New York 2005
- CHTOURIS, Simon, Elizabeth HEIDENREICH und Detlev IPSEN: Von der Wildnis zum urbanen Raum. Zur Logik der peripheren Verstädterung am Beispiel von Athen. Campus, Frankfurt/M. 1993
- CLEWING, Konrad: Albanischsprachige und Albaner in Griechenland sowie Griechen in Albanien. In: pogrom - bedrohte völker, H. 2 (2001)
- CROSS, Malcolm and Robert MOORE (Hrsg.): Globalization and the New City. Palgrave, Hampshire u. a. 2002
- DAVIS, Mike: Planet of Slums. Verso, London, New York 2007
- DAVIS, Mike: Ökologie der Angst – Los Angeles und das Leben mit der Katastrophe. Piper, München, Zürich 2004
- DAVIS, Mike: The City of Quartz. Excavating the Future in Los Angeles. Verso, London, New York 1990
- DEAR, Michael J.: From Chicago to L.A. – Making Sense of Urban Theory. Sage Publications, Thousand Oaks, London, New Delhi 2002
- DEAR, Michael J. and Steve FLUSTY (Hrsg.): The Spaces of Postmodernity: A Reader in Human Geography, Blackwell, Oxford (UK), Cambridge (Ma.) 2001
- DEAR, Michael J.: The Postmodern Urban Condition. Blackwell, Oxford (UK), Cambridge (Ma.) 2000
- DEAR, Michael J.: Postmodern human geography: an assessment. In: Erdkunde, Jg. 48 (1994), S. 2-13
- DEUTSCHE SHELL (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie, Leske + Budrich, Opladen 2000
- DEUTSCHE SHELL (Hrsg.): Jugend 2010. 16. Shell Jugendstudie, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 2010
- DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (Hrsg.): Wohnungsbau und Wohnungsversorgung in beiden deutschen Staaten – ein Vergleich. Beiträge zur Strukturförderung, H. 74 (1983). Duncker & Humblot, Berlin 1983
- DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK (Hrsg.): Stadtmarketing – Status quo und Perspektiven. Berlin 2006
- DEUTSCHE WELLE: 1985: Interview mit Edgar Reitz. Online seit 26.06.2013 unter: www.dw.de/1985-interview-mit-edgar-reitz/a-16893896 (Zugriff erfolgte am 30.09.2013)
- DONAT, Matthias: Städtebau und Architektur. In: Michael WILDT und Christoph KREUTZMÜLLER (Hrsg.): Berlin 1933-1945. Siedler, Berlin 2013, S. 229-244
- DURKHEIM, Émile: Über soziale Arbeitsteilung - Studie über die Organisation höherer Gesellschaften. 3. Aufl., Suhrkamp, Frankfurt/M. 1999 [Orig. 1893]
- ECKARDT, Frank (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Springer VS, Wiesbaden 2012
- ECKARDT, Frank (Hrsg.): Soziologie der Stadt. transcript Verlag, Bielefeld 2004

- EDER, Walter: Die athenische Demokratie im 4. Jahrhundert v. Chr. Vollendung oder Verfall einer Verfassungsform? Akten eines Symposiums 3.-7. August 1992, Bellagio. Steiner, Stuttgart 1995
- EHLERS, Eckart: Deutsche Kulturgeographie im 20. Jahrhundert. In: Geographische Rundschau (2007), H. 7-8, S. 4-11
- ELIAS, Norbert: Die Gesellschaft der Individuen. Suhrkamp, Frankfurt/M. 2001
- ELLERMANN, David: Systemisch verantwortungslos. In: Die Gazette. Nr. 333 (Frühjahr 2012), S. 12-18
- ELLIN, Nan: Postmodern Urbanism. Blackwell, Oxford (UK), Cambridge (Ma.) 1996
- ELSTAT (Hrsg.): Zensus 2011. Athen 2012
- ENGELI, Christian: Berlin in der NS-Zeit (1933-1945). In: RIBBE, Wolfgang (Hrsg.): Geschichte Berlins. Bd. 1: Von der Frühgeschichte bis zu Industrialisierung. Berlin-Forschungen der Historischen Kommission zu Berlin. BWV (Berliner Wissenschaftsverlag), Berlin 2002, S. 925-1024
- ENGELS, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. In: MARX-ENGELS-WERKE (MEW 2): Bd. 2. Dietz Verlag, Berlin 1972 [Orig. 1845], S. 225-506
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.): Mitteilung der Kommission: Wege zur Stadtentwicklung in der Europäischen Union, KOM (97)197 endg., Brüssel 1997
- FAVA, Sylvia Fleis: Suburbanism as a Way of Life. In: American Sociological Review, Vol. 21, No. 1 (February 1956), S. 34-37
- FILIPPIDIS, Dimitris: Über die griechische Stadt – Nachkriegsverlauf und Zukunftsperspektiven. Themelio, Athen 1990 (gr.)
- FLICK, Uwe: Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. 2. Aufl., rowohlt's enzyklopädie, Reinbek bei Hamburg 2009
- FLICK, Uwe: Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. In: Uwe FLICK u. a. (Hrsg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. Beltz, München 2012
- FLICK, Uwe: Psychologie des technisierten Alltags. Soziale Konstruktion und Repräsentation technischen Wandels. Beiträge zur psychologischen Forschung, Bd. 28, Westdeutscher Verlag, Opladen 1996
- FLICK, Uwe: Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften. Reinbek bei Hamburg 1995
- FLORIDA, Richard: The rise of the creative class and how it's transforming work, leisure, community and everyday life. Basic Books, New York 2002
- FOUCAULT, Michel: Andere Räume. In: Idee – Prozess – Ereignis. Die Reparatur und Rekonstruktion der Stadt. Katalog der Ausstellung, Berlin 1984
- FOUCAULT, Michel: The Order of Things: An Archeology of the Human Sciences. Tavistock, London 1970
- FRANK, Susanne: Je näher man hinschaut, desto fremder schaut es zurück. Aktuelle Diskussionen um Suburbanisierung und Gentrifizierung. In: Heike HERMANN u. a. (Hrsg.): Die Besonderheit des Städtischen. Entwicklungslinien der Stadtgeographie. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011
- FRIEDMANN, John: The World City Hypothesis. Blackwell, London 1986

- FRIEDMANN, John and Goetz WOLFF: World city formation: an agenda for research and action. In: International Journal of Urban and Regional Research, Vol. 6 (1982), Issue 3, S. 309-344
- FRÖHLICH, Heiko: Das städtische Kaleidoskop L. A. – Neue Themen aus Stadtentwicklung und Stadtforschung. In: Raumordnung und Regionalplanung (2004), H. 3, S. 193-204
- FUCHS-HEINRITZ, Werner u. a. (Hrsg.): Lexikon der Soziologie. 5. überarb. Aufl. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011
- FUNKE, Dieter: Die dritte Haut – Psychoanalyse des Wohnens. Imago Psychosozial-Verlag, Gießen 2006
- GABRIEL, Oscar: Politische Orientierungen im vereinigten Deutschland. In: Hans BERTRAM und Raj KOLLMORGEN (Hrsg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern. Leske + Budrich, Opladen 2001, S. 97-129
- GEERTZ, Colin (Hrsg.): Local Knowledge. Further Essays in Interpretative Anthropology. Basic Books, New York 1983
- GEMEINSAME LANDESPLANUNGSABTEILUNG DER LÄNDER BERLIN UND BRANDENBURG (Hrsg.): Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B) - Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. Potsdam 2009
- GENTNER, Cortina: WohnWenden. Internationale Hochschulschriften, Bd. 497. Waxmann, Münster 2007
- GEORGAKIS, Nikolaos: „Der Großaktionär“ oder: Politik und Medien in Griechenland im Spannungsfeld von Ware, Wahrheit und Brüssel. In: Björn EGNER und Georgios TERIZAKIS (Hrsg.): Das Politische System Griechenlands. Strukturen, Akteure, Politikfelder. Nomos, Baden Baden 2009, S. 173-202
- GERHARD, Ulrike: Global Cities – Anmerkungen zu einem aktuellen Forschungsfeld. In: Geographische Rundschau, Jg. 56 (2004), H. 4, S. 4-10
- GREMIS, Carsten und Inge KLOEPFER: Geburtenschwund: Wo kommen die Kinder her? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.04.2009. Online unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/geburtenschwund-wo-kommen-die-kinder-her-1782695.html (Zugriff erfolgte am 11.07.2014)
- GERTEL, Jörg: Empirische Methoden und ihre Bedeutung bei der Konstruktion von Wissen. In: Jörg GERTEL (Hrsg.): Methoden als Aspekte der Wissenskonstruktion. Fallstudien zur Nomadismusforschung. Orientwissenschaftliche Hefte 17, Mitteilungen des SFB, H. 8. Halle 2005, S. 1-16
- GIDDENS, Anthony: The Consequences of Modernity. Polity, Cambridge 1990
- GIDDENS, Anthony: A Contemporary Critique of Historical Materialism: Power, Property and the State (Volume 1). University of California Press, Berkeley, Los Angeles 1981
- GLASER, Barney and Anselm STRAUSS: The discovery of grounded theory. Aldine, Chicago 1967
- GÖRTEMAKER, Manfred: Abenteuer Wiedervereinigung – Der Umbruch nach 1990. In: Kurt BOHR und Arno KRAUSE (Hrsg.): 20 Jahre Deutsche Einheit – Bilanz und Perspektiven. 2. Aufl., Nomos Verlag, Baden-Baden 2011, S. 39-59

- GRAMSCI, Antonio: Philosophie der Praxis. Eine Auswahl. Frankfurt/M. 1967
- GRAUMANN, Carl F. und Lenelis KRUSE: Sozialpsychologie des Raums und der Bewegung. In: Kurt HAMMERICH und Michael KLEIN (Hrsg.): Materialien zu Soziologie des Alltags. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 20. Köln 1978, S. 177-219
- GSW IMMOBILIEN AG (Hrsg.): WohnmarktReport Berlin 2014. 10. Aufl., Berlin 2014
- GUDERIAN, Claudia: Die Couch in der Psychoanalyse. Geschichte und Gegenwart von Setting und Raum. W. Kohlhammer, Stuttgart 2004
- GUDERMANN, Rita: Wohnungsbaupolitik und -finanzierung in Ost-Berlin 1949-1989. In: ARBEITSGEMEINSCHAFT DER BERLINER WOHNUNGSBAUGESSELLSCHAFTEN: Wohnen in Berlin – 100 Jahre Wohnungsbau in Berlin. Katalog zur Ausstellung vom 21. April bis 13. Juni 1999. Edition Stadtbaukunst, Berlin 1999, S. 150-183
- GUELF, Fernand Mathias: Die urbane Revolution: Henri Lefèbvres Philosophie der globalen Verstädterung. transcript Verlag, Bielefeld 2010
- GÜNZEL, Stephan (Hrsg.): Raum. Ein interdisziplinäres Handbuch. Verlag J.B. Metzler, Stuttgart, Weimar 2010
- GUTSCHKER, Thomas: Aristotelische Diskurse – Aristoteles in der politischen Philosophie des 20. Jahrhunderts. Verlag J.B. Metzler, Stuttgart, Weimar 2002
- HABERMAS, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskussionstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1992
- HABERMAS, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit - Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Frankfurt/M. 1990
- HADZIIIOANNOU, Ioannis (Hrsg.) und Nikolaos SIFAKIS: Panhellenisches Kompendium des nationalen Jahrhunderts 1821-1921: Die goldene Bibel des Hellenismus. Athen 1922 (gr.)
- HÄUSSERMANN, Hartmut und Walter SIEBEL: Stadtsoziologie. Eine Einführung. Campus, Frankfurt/M., New York 2004a
- HÄUSSERMANN, Hartmut und Walter SIEBEL: Neue Urbanität. Campus, Frankfurt/M., New York 2004b
- HÄUSSERMANN, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Leske + Budrich, Opladen 2000
- HÄUSSERMANN, Hartmut und Walter SIEBEL: Soziologie des Wohnens – Eine Einführung in Wandel und Differenzierung des Wohnens. Juventa, Weinheim, München 1996
- HÄUSSERMANN, Hartmut und Walter SIEBEL: Gemeinde- und Stadtsoziologie. In: Harald KERBER und Arnold SCHMIEDER (Hrsg.): Spezielle Soziologien - Problemfelder, Forschungsbericht, Anwendungsorientierung. Rowohlt TB, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 363-387
- HAHN, Achim: Suburbane Räume „als“ Lebensräume - das Beispiel eines hermeneutischen Zugangs zum Raumphänomen. In: Winfried SCHENK u. a. (Hrsg.): Suburbane Räume als Kulturlandschaften. Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL). Hannover 2012, S. 167-182

- HAHN, Achim: Zur Methodologie der beispielhermeneutische Wohnforschung. In: Heinz FASSMANN, Wolfgang MÜLLER-FUNK und Heidemarie UHL (Hrsg.): Kulturen der Differenz – Transformationsprozesse in Zentraleuropa nach 1989. Transdisziplinäre Perspektiven. Göttingen 2009, S. 67-79
- HAHN, Achim und Michael STEINBUSCH: Zwischen Möglichkeit und Grenze. Zur Bedeutungsgestalt der Zwischenstadt. Schriftenreihe: Die Zwischenstadt. Bd. 7. Müller + Busmann, Wuppertal 2006a
- HAHN, Achim: Zur »stilgemäßen« Konstruktion postsuburbaner Landschaften - Die Ausgangssituation. In: Bruno KLEIN und Paul SIGEL (Hrsg.): Konstruktionen urbaner Identität – Zitat und Rekonstruktion in Architektur und Städtebau der Gegenwart. Lukas, Berlin 2006b, S. 110-122
- HAHN, Achim: Lebenswelten am Rand – Interpretationen zum kulturellen Ausdruck von Wohnsuburbanisierung. In: Klaus BRAKE, Jens S. DANGSCHAT und Günter HERFERT (Hrsg.): Suburbanisierung in Deutschland – Aktuelle Tendenzen. Leske + Budrich, Opladen 2001, S. 223-233
- HALL, Peter: The World Cities. World University Library, Weidenfeld & Nicolson, London 1966
- HALL, Peter: Cities of Tomorrow. Blackwell, Oxford (UK), Cambridge (Ma.) 1990
- HALLMANN, Hans: Neugriechenlands Geschichte 1820-1948. Bouvier, Bonn 1949
- HAMEDINGER, Alexander: Raum, Struktur und Handlung als Kategorien der Entwicklungstheorie. Eine Auseinandersetzung mit Giddens, Foucault und Lefebvre. Campus, Frankfurt/M., New York 1998
- HAMILTON, Richard F.: „Who voted for Hitler?“ Princeton, New Jersey 1982
- HAMM, Bernd: Nachbarschaft. In: Hartmut HÄUSSERMANN (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Leske + Budrich, Opladen 2000, S. 173-182
- HAMM, Bernd: Globalisierung und Stadtentwicklung. In: geographische revue (1999), H. 1, S. 35-63
- HAMM, Bernd: Betrifft: Nachbarschaft. Verständigung über Inhalt und Gebrauch eines vieldeutigen Begriffs. Bertelsmann Fachverlag, Düsseldorf 1973
- HANNEMANN, Christine: Zum Wandel des Wohnens. In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Wohnen. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 64. Jg., H. 20-21 (2014), Bonn 2014, S. 36-43
- HANNEMANN, Christine und Tobias METTENBERGER: „Amerika“ als Spiegelbild - Zur Funktion eines Kontrastes im Diskurs „europäische Stadt“. In: Oliver FREY und Florian KOCH (Hrsg.): Die Zukunft der Europäischen Stadt. Stadtpolitik, Stadtplanung und Stadtgesellschaft im Wandel. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011, S. 55-70
- HARSCH, Donna: Industrialization, Mass Consumption, Post-industrial Society. In: Helmut WALSER SMITH (Hrsg.): The Oxford Handbook of Modern German History. Oxford University Press, Oxford 2011, S. 663-688
- HARTH, Annette und Gitta SCHELLER: Das Wohnerlebnis in Deutschland – Eine Wiederholungsstudie nach 20 Jahren. Springer Verlag, Berlin 2012
- HARVEY, David: Rebel Cities: From the Right to the City to the Urban Revolution. Verso, London 2012

- HARVEY, David: The Right To The City. In: New Left Review 53, September-October 2008, S. 23-40
- HARVEY, David: A Brief History of Neoliberalism. Oxford University Press, Oxford 2005
- HARVEY, David: The Conditions of Postmodernity. An enquiry into the origins of cultural change. Blackwell, Oxford (UK), Cambridge (Ma.) 1989
- HARVEY, David: Social Justice and the City. The Johns Hopkins University Press, Baltimore 1973
- HASSE, Jürgen: Wohnen. In: Frank ECKARDT (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Springer VS, Wiesbaden 2012, S. 475-502
- HASSE, Jürgen: Unbedachtes Wohnen. transcript Verlag, Bielefeld 2009
- HASSE, Jürgen (Hrsg.): Die Stadt als Wohnraum. Verlag Karl Alber, Freiburg, München 2008
- HASSE, Jürgen und Sabine MALECEK: Postmodernismus und Poststrukturalismus in der Geographie. Einleitung zum Themenheft. In: Geographica Helvetica. Jg. 55 (2000), H. 2, S. 103-107
- HASSE, Jürgen: Sozialgeographie an der Schwelle zur Postmoderne. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Jg. 33 (1989), H. 1/2, S. 20-29
- HASSE, Jürgen: Die räumliche Vergesellschaftung des Menschen in der Postmoderne. In: Karlsruher Manuskripte zur Mathematischen und Theoretischen Wirtschafts- und Sozialgeographie, Bd. 91, Geographisches Institut II, Universität Karlsruhe 1988
- HAUPTAMT FÜR STATISTIK UND WAHLEN DES MAGISTRATS VON GROSS-BERLIN: Berlin in Zahlen 1946-1947. Berlin 1949
- HEIDEGGER, Martin: Vorträge und Aufsätze. Klett-Cotta, Stuttgart 2004
- HEIDEGGER, Martin: Was heißt Denken? Reclam, Ditzingen 1992
- HEINEBERG, Heinz: Stadtgeographie. 3. Aufl., Schöningh UTB, Paderborn 2006
- HENKEL, Knut: Globale Orte/Lokale Welten. In: Raumforschung und Raumordnung (2000), No. 1, S. 3-12
- HERBST, Ludolf: Nicht Charisma, sondern Terror. Der Propagandafassade entsprach keine Wirklichkeit. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Juli 2011
- HIRSCH, Joachim: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im Zeitalter des globalen Kapitalismus. Edition ID-Archiv, Berlin 1995
- HIRSCH, Michael: Arbeitsbeschaffung eine Ideologie – Abschied von der Beschäftigung. In: Die Gazette. Nummer 333, Frühjahr 2012. S. 24-27
- HLEPAS, Nikos-K. und Panagiotis GETIMIS: Mit dem Blick nach Athen: Lokalpolitik zwischen Staatszentrismus, Parteipolarisierung und sozialer Fragmentierung. In: Björn EGNER und Georgios TERIZAKIS (Hrsg.): Das Politische System Griechenlands. Strukturen, Akteure, Politikfelder. Nomos, Baden Baden 2009, S. 247-274
- HOFMANN, Wolfgang: Industrialisierung und Stadtausbau im Berliner Raum. In: Wolfgang RIBBE und Jürgen SCHÄDEKE (Hrsg.): Berlin im Europa der Neuzeit – Ein Tagungsbericht. Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin. Bd. 75. Walter de Gruyter, Berlin, New York, 1990, S.141-153

- HOFMEISTER, Burkhard: Alt-Berlin - Groß-Berlin - West-Berlin. Versuch einer Flächennutzungsbilanz 1786-1985. In: Burkhard HOFMEISTER u. a. (Hrsg.): Berlin. Beiträge zur Geographie eines Großstadtraumes, Festschrift zum 45. Deutschen Geographentag in Berlin vom 30.9.1985 bis 2.10.1985. Berlin 1985, S. 251-273
- HOPF, Christel: Eine Übersicht.... In: Siegfried LAMNEK: Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. 4. Aufl., Beltz, Weinheim, Basel 2005
- HÜBNER, Kurt: Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der politischen Ökonomie. Sigma, Berlin 1989
- HUSSERL, Edmund: Gesammelte Werke. Den Haag 1950
- ILLICH, Ivan: Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik. Rowohlt, Reinbek 1980
- ILO (Hrsg.) Tackling the youth employment crisis: A macroeconomic perspective. Employment Sector Employment Working Paper No. 124 (2012)
- INTERNATIONAL CRISIS GROUP (ICG): Albanian Program: Preliminary Report, 1 June 1997. Online unter: www.unhcr.org/refworld/docid/3ae6a6d24.html (Zugriff erfolgte am 12.09.2011)
- IOANNIDIS, Theodoros u. a.: Chancen und Risiken des Erwerbs von Wohneigentum im Bestand. Kompetenzzentrum „kostengünstig qualitätsbewusst Bauen“ im Institut für Erhaltung und Modernisierung von Bauwerken e.V. an der TU Berlin (Hrsg.). Bonn 2005
- IOANNIDIS, Theodoros u. a.: Modernisierung von selbstgenutztem Wohneigentum in Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Mehrfamilienhäusern der 50er und 60er Jahre“. Kompetenzzentrum „kostengünstig qualitätsbewusst Bauen“ im Institut für Erhaltung und Modernisierung von Bauwerken e.V. an der TU Berlin (Hrsg.). Bonn 2005. Online unter: www.kompetenzzentrum-bauen.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Fachberichte/050-802-EFH_Bericht-Druckfassung.pdf (Zugriff erfolgte am 30.03.2011)
- IOANNIDIS, Theodoros: Olympiastadt Athen – Großprojekte der Verkehrsinfrastruktur. In: Geographische Rundschau (2004), Jg. 56, H. 7/8, S. 16-21
- ΥΠΟΥΡΓΕΙΟ ΑΓΡΟΤΙΚΗΣ ΑΝΑΠΤΥΞΗΣ & ΤΡΟΦΙΜΩΝ: Presseinformation vom 27. 03.2012. Online unter: www.minagric.gr/index.php/el/the-ministry/grafeio-typou/deltiatypou/516-dt27032012.html (Zugriff erfolgte am 31.05.2015) (gr.)
- IPSEN, Detlev und Herbert GLASAUER: Babylon in Folge – wie kann der städtische Raum dazu beitragen, kulturelle Komplexität produktiv zu wenden? Universität Kassel 2007a
- IPSEN, Detlev: Ort und Landschaft. 2007
- IPSEN, Detlev and Holger WEICHLER: Landscape Urbanism. In: Thomas SÖHL und Bernd UPMEYER (Hrsg.): Monu - magazine on urbanism, Middle Class Urbanism, 02 Jan 2005, S. 39-47
- IPSEN, Detlev: Zur Theorie peripherer Verstädterung am Beispiel Athen. In: Volker KREIBICH u. a. (Hrsg.): Rom-Madrid-Athen. Die neue Rolle der städtischen Peripherie. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 62, Dortmund 1993, S. 200-212

- IPSEN, Detelv: Stadt und Land – Metamorphose einer Beziehung. In: Hartmut HÄUSSERMANN u. a.: Stadt und Raum – Soziologische Analysen. Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1991, S. 117-156
- JACOBET, Sigrid und Wolfgang JACOBET: Illustrierte Alltags- und Sozialgeschichte Deutschlands 1900-1945. 1. Aufl., Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, 1995
- JACOBS, Jane: Tod und Leben großer amerikanischer Städte. Vieweg, Braunschweig, Wiesbaden 1963 (ins Deutsche übersetzt von: The Death and Life of Great American Cities. Random House, New York 1961)
- JAMESON, Fredric: Postmodernism, or the cultural logic of late capitalism. In: New Left Review, I/146, July-August 1984
- JANSON, Alban und Sophie WOLFRUM: „Leben bedeutet zu Hause zu sein, wo immer man hingeht“. In: Jürgen HASSE (Hrsg.): Die Stadt als Wohnraum. Verlag Karl Alber, Freiburg, München 2008, S. 94-108
- JARAUSCH, Konrad H.: Die unverhoffte Einheit 1989-1990. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1995
- JOHN, Barbara: Minderheiten im Berlin der Nachkriegszeit – Tradition der Toleranz? In: Wolfgang RIBBE und Jürgen SCHMÄDEKE (Hrsg.): Berlin im Europa der Neuzeit – Ein Tagungsbericht. Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin. Bd. 75. Walter de Gruyter, Berlin, New York, 1990, S. 491-496
- JUPP, Victor (Hrsg.): The SAGE Dictionary of SOCIAL RESEARCH METHODS. SAGE Publications, London, Thousand Oaks, New Delhi 2006
- KAISERLICHES STATISTISCHES AMT (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin 1910
- KALTENBRUNNER, Robert: Ästhetisches Heimweh. In: archithese 4.2005, S. 8-13
- KAMOUTSI, Paraskevi, Konstantinos GORTSOS und Anna MARKOU: Tendenzen der Nutzungs-Umwandlung des Küstenbereiches in Attikí von Zweit- und Ferienwohnsitz in Erstwohnsitz: Qualitative Dimensionen des Phänomens und Pilotuntersuchung in der Gemeinde Artémidos. In: Εθνικό Κέντρο Κοινωνικών Ερευνών (EKKE)/Nationales Zentrum für Sozialforschung (Hrsg.): Soziale und räumliche Transformationen im Athen des 21. Jahrhunderts. Studien – Forschungsberichte 9, Athen 2009, S. 161-203 (gr.)
- KARADISMOU-GEROLIMPOU, Aleka: Städte und ländlicher Raum. Wandel und Umstrukturierung im Rahmen des nationalen Raums. In: Christos HATZIOSIF (Hrsg.): Die Geschichte Griechenlands im 20. Jahrhundert: Der Zwischenkrieg 1922-1940. Bd. 1. Vivliorama, Athen 2003, S. 59-105
- KARAGIANNI, Stella and Lois LAMPRIANIDIS: The Pros and Cons of SMEs - Going International. Greek Companies in Bulgaria. In: Eastern European Economics, vol. 39, no. 2 (March – April 2001), S. 5-20
- KASTORFF-VIEHMAN, Renate: Kleinhaus und Mietskaserne. In: Lutz NIETHAMMER (Hrsg.): Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft. Peter Hammer Verlag GmbH, Wuppertal 1979
- KEIM, Karl-Dieter: Peripherisierung ländlicher Räume. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Bundeszentrale für Politische Bildung, 37/2006, 11. September 2006

- KEIM, Karl-Dieter: Sozial-räumliche Milieus in der zweiten Moderne. In: Ulf MATTHIESEN (Hrsg.): Die Räume der Milieus. Berlin 1998. S. 83-97
- KERN, Wolfgang: Athen – Metropole im Südosten Europas. In: Geographische Rundschau, Jg. 56 (2004), H. 7/8, S. 10-15
- KEUPP, Heiner: Jeder nach seiner Façon – Lebensformen und Identitäten im Wandel. In: Schader Stiftung, Darmstadt 2001, S. 265-275
- KIECOL, Daniel: Selbstbild und Image zweier europäischen Metropolen – Paris und Berlin zwischen 1900 und 1930. Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd./Vol. 909. Peter Lang, Frankfurt/M. 2001
- KITSIKIS, Dimitris: Die Geschichte des Osmanischen Reiches von 1280 bis 1924. 4. Aufl., Buchhandlung Estia, Athen 2003
- KLEIN, Bruno und Paul SIGEL (Hrsg.): Konstruktionen urbaner Identität – Zitat und Rekonstruktion in Architektur und Städtebau der Gegenwart. Lukas, Berlin 2006
- KNIELING, Jörg (Hrsg.): Metropolregionen – Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit. Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung) – Metropolregionen und Raumentwicklung, Teil 3, Bd. 231, Hannover 2009
- KNOW, Paul and Steven PINCH: Urban Social Geography – An introduction. 4. Aufl., Pearson, Education, London 2000
- KOFAS, Jon: Intervention and Underdevelopment: Greece During the Cold War. The Pennsylvania State University Press 1989
- KOGELFRANZ, Siegfried: Die Davongekommenen von Jalta (II): Griechenland. In: Der Spiegel Nr. 4, 21.01.1985
- KOLLMORGEN, Raj, Rolf REISSIG und Johannes WEISS (Hrsg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. Empirische Befunde und theoretische Ansätze. KPSW: Transformationsprozesse. Schriftenreihe der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW), Bd. 4. Leske + Budrich, Opladen 1996
- KONICZ, Tomasz: Athens Schuldenkrise ist nicht Ursache, sondern lediglich Auslöser der neuesten Etappe einer seit Jahrzehnten schwelenden Krise. In: grundrisse, 34 (2010), S. 44-57
- KORDATOS, Giannis: Geschichte Neugirechenlands (1900-1924). Bd. 13, Ekdoseis 20os Aionas, Athen 1958 (gr.)
- KORDATOS, Giannis: Geschichte Neugirechenlands (1862-1900). Bd. 12, Ekdoseis 20os Aionas, Athen 1957 (gr.)
- KOURSARI, Eftichia: Athen und urbane Zersiedelung. Neue periurbane Raumstrukturen und aufkommende Stadtgeografien. Nachdiplomarbeit an der Technischen Hochschule Athen (EMP), Fachbereich Architektur, Athen 2008 (gr.)
- KRÄMER-BADONI, Thomas: Die Stadt als sozialwissenschaftlicher Gegenstand. In: Hartmut HÄUSSERMANN u. a.: Stadt und Raum – Soziologische Analysen. Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1991, S. 1-29
- KRÄTKE, Stefan: Berlin – Stadt im Globalisierungsprozess. In: Geographische Rundschau, Jg. 56 (2004), H. 4, S. 20-25

- KRÄTKE, Stefan: Regionalforschung in regulationstheoretischer Perspektive. In: geographische revue, Jg. 2 (2000a), H. 1, S. 21-30
- KRÄTKE, Stefan und Renate BORST: Berlin: Metropole zwischen Boom und Krise. Leske + Budrich, Opladen 2000b
- KRAPPWEIS, Stefan: Zehn Jahre gemeinsame Planung von Berlin und Brandenburg Rück- und Ausblick. In: Raumforschung und Raumordnung, Bd. 59 (2001), H. 2-3, S. 216-227
- KREMMIDAS, Georgios: Die Menschen der Junta nach der Diktatur. Exantas, Athen 1985 (gr.)
- KRÖMKE, Claus: Das Scheitern des Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung in der DDR. In: Heiner TIMMERMAN (Hrsg.): Die DDR – Analysen eines aufgegebenen Staates. Duncker & Humblot, Berlin 2001, S. 48-72
- KRÜGER, Lydia und Benedict UGARTE CHACÓN: Privatisierung nach Berliner Art. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Jg. 51, H. 9/2006. Blätter Verlagsgesellschaft, Bonn, Berlin 2006, S. 1113-1120
- KRÜGER, Rainer: Die Geographie auf der Reise in die Postmoderne? Wahrnehmungsgeographische Studien zur Regionalentwicklung an der Universität Oldenburg. Oldenburg 1988
- KÜHNE, Olaf: Stadt – Landschaft – Hybridität. Ästhetische Bezüge im postmodernen Los Angeles mit seinen modernen Persistenzen. Springer VS, Wiesbaden 2012
- KÜNKEL, Jenny and Margrit MAYER (Hrsg.): Neoliberal Urbanism and its Contestations – Crossing Theoretical Boundaries. Palgrave Macmillan, Basingstoke, New York 2012
- LÄPPLE, Dieter: Essay über den Raum. In: Hartmut HÄUSSERMANN u. a.: Stadt und Raum – Soziologische Analysen. Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1991, S. 157-207
- LAMNEK, Siegfried: Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. 4. Aufl., Beltz, Weinheim, Basel 2005
- LAND BERLIN: Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum – Zweckentfremdungsverbot-Gesetz – ZwVbG. Berlin, 29. November 2013
- LAND BRANDENBURG (Hrsg.): Personalbedarfsplanung 2014 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung. Drucksache 5/759. Potsdam 2010
- LANG, Robert E. and Jennifer LeFURGY: Edgeless Cities: Examining the Noncentered Metropolis. In: Housing Policy Debate, 14 (2003), 427-460
- LATOUR, Bruno: Die Hoffnung der Pandora – Untersuchungen zur Wirklichkeit der Wissenschaft. Suhrkamp, Frankfurt/M. 2000
- LEFÈBVRE, Henri: Die Revolution der Städte. (dt. Ausgabe [Orig. 1970]) DRESDENPostplatz, Dresden 2003
- LEFÈBVRE, Henri: The Production of Space. (engl. Ausgabe [Orig. 1974]) Blackwell, Oxford 1991

- LEGGEWIE, Heiner: Globalauswertung von Dokumenten. In: Andreas BÖHM, Andreas MENGEL und Thomas MUHR (Hrsg.): Texte verstehen. Konzepte, Methoden, Werkzeuge. Universitätsverlag Konstanz 1994, S. 177-182
- LEONTIDOU, Lila: Postmodernism and the City: Mediterranean Versions. In: Urban Studies, Vol. 30 (1993), No. 6, S. 949-965
- LEONTIDOU, Lila: Städte des Schweigens: die Arbeiterzuwanderung von Athen und Piräus 1909-1940. Ethniko Metsoveio Polytechnio, Athen 1989 (gr.)
- LICHTENBERGER, Elisabeth: Stadtgeographie. Bd. 1: Begriffe, Konzepte, Modelle, Prozesse. 1. Aufl., Teubner Studienbücher der Geographie, Stuttgart 1986
- LINDNER, Rolf: Walks on the wild side: eine Geschichte der Stadtforschung. Campus, Frankfurt/M. 2004
- LIPIETZ, Alain: Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“: Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Argument, Berlin 1998
- LIPIETZ, Alain: Zur Zukunft der städtischen Ökologie: Ein regulationstheoretischer Beitrag. In: Martin WENTZ (Hrsg.): Stadt-Räume: Die Zukunft des Städtischen. Frankfurter Beiträge. Bd. 2. Campus, Frankfurt/M. 1991, S. 129-136
- LIPIETZ, Alain: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff »Regulation«. In: Prokla, 58 (1985), S.109-137
- LIPIETZ, Alain: Mirages et Miracles. Les problèmes d'industrialisation dans le tiers monde. Éd. La Découverte, Paris 1985
- LIPIETZ, Alain: Le fordisme périphérique étranglé par le monétarisme central. In : Amérique Latine, n°16, décembre 1983
- LÖTSCHER, Lienhard: Aufgaben und Perspektiven geographischer Stadtforschung. In: Klaus WOLF (Hrsg.): Geographische Stadtforschung - Perspektiven und Aufgaben. Frankfurter Geographische Hefte. Selbstverlag, Frankfurt/M. 1992
- LÖW, Martina, Silke STEETS und Sergej STOETZER: Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie. Verlag Barbara Budrich, Opladen und Farmington Hill 2007
- LOGAN, John and Harvey MOLOTCH: Urban Fortunes: The Political Economy of Place. University of California Press, Berkeley, Los Angeles 1987
- LOSSAU, Julia und Roland LIPPUNER: Geographie und Spatial Turn. In: Erdkunde, Bd. 58 (2004), H. 3, S. 201-211
- LUHMANN, Niklas: Die Gesellschaft der Gesellschaft. Bd. 1-2. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1997
- LUHMANN, Niklas: Beobachtungen der Moderne. Westdeutscher Verlag, Opladen 1992
- LYNCH, Kevin: Das Bild der Stadt. Bauwelt Fundamente, Bd. 16, 2. Aufl. Birkhäuser Verlag, Basel 2001
- LYOTARD, Jean-François.: Das postmoderne Wissen: Ein Bericht. 4. Aufl., Passagen Verlag, Wien 1999
- MACHOWECZ, Martin: Dritte Generation Ostdeutschland - Ratlose Revoluzzer. In: Die Zeit, N° 21/2014
- MAHNKOPF, Birgit (Hrsg.): Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1988

- MALOUTAS, Thomas: Räumliche und soziale Auswirkungen der Krise in Athen. Von der Regulierung im Klientelstaat zur Haushaltskrise. In: Bericht von Sozialstudien, 134-135 (2011), A'-B', S. 51-70 (gr.)
- MALOUTAS, Thomas: Sozialmobilität und Segregation im Wohnen in Athen : Segregationsformen in Situation von begrenzter Wohnmobilität. In: Nationales Zentrum für Sozialforschung – EKKE (Hrsg.): Soziale und räumliche Transformationen im Athen des 21. Jahrhunderts. Studien – Forschungsberichte 9, Athen 2009, S. 27-60 (gr.)
- MALOUTAS, Thomas: Gesellschaft – Bürger – Politik. In: Nationales Zentrum für Sozialforschung – EKKE (Hrsg.): Forschungsbericht, Athen 2007 (gr.)
- MALOUTAS, Thomas: La ségrégation sociale à Athènes. In: Mappemonde, Bd. 4 (1997), S. 1-4
- MANTOUVALOU, Maria und Ioannis POLIZOS: Verstädterung und Raumorganisation im Griechenland vor dem Krieg. Ethniko Metsoveio Polytechnio, Athen 1984 (gr.)
- MARCUSE, Peter: Verschwindet die europäische Stadt in einem allgemeinen Typus der globalisierten Stadt? In: Walter SIEBEL (Hrsg.): Die Europäische Stadt. Suhrkamp, Frankfurt/M. 2004, S. 112-118
- MARX, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I, Der Produktionsprozess des Kapitals. In: MARX-ENGELS-WERKE (MEW 23). Bd. 23. Dietz Verlag, Berlin 1972 [Orig. Manuskript 1861-1863]
- MARX, Karl: Zur Kritik der politischen Ökonomie. In: MARX-ENGELS-WERKE (MEW 13). Bd. 13. Dietz Verlag, Berlin 1971 [Orig. 1859]
- MATTHIESEN, Ulf und Henning NUISSL: Suburbanisierung und Transformation: Zum Stand der methodischen und theoretischen Durchdringung gegenwärtiger Stadterweiterungen. In: Ulf MATTHIESEN (Hrsg.): An den Rändern der deutschen Hauptstadt. Leske + Budrich, Opladen, 2002, S. 35-46
- MATTHIESEN, Ulf und Henning NUISSL: Phasen der Suburbanisierung seit 1989: Stichpunkte zum Berlin-Brandenburgischen Verflechtungsprozess. In: Ulf MATTHIESEN (Hrsg.): An den Rändern der deutschen Hauptstadt. Leske + Budrich, Opladen, 2002, S. 79-90
- MATTHIESEN, Ulf: NIMBY und LULU am Stadtrand – Bürgerschaftliche Streitformen um lokale Raumnutzungen und Raumkodierungen im engeren Verflechtungsraum. In: Ulf MATTHIESEN (Hrsg.): An den Rändern der deutschen Hauptstadt. Leske + Budrich, Opladen, 2002, S. 173-185
- MATZNETTER, Walter und Robert MUSIL: Europäische Metropolen der Peripherie. In: Walter MATZNETTER und Robert MUSIL (Hrsg.): Europa: Metropolen im Wandel. Mandelbaum Verlag, Wien 2011, S. 293-304
- MEAD, George Herbert: Philosophie der Sozialität. Aufsätze zur Erkenntnisanthropologie. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1969
- MEUWISSEN, Joost: Darstellung des Wohnens. In: Peter DÖLLMANN und Robert TEMEL (Hrsg.): Lebenslandschaften. Zukünftiges Wohnen im Schnittpunkt zwischen privat und öffentlich. Campus, Frankfurt/M. 2002, S. 26-30
- MICHOPOULOU, Anna: Sarakatsanische Viehzüchter und zwei Raubfälle in der Gegend um Arafina (Rafina) von Attika im 19. Jahrhundert. Protokoll der 12.

- Wissenschaftstreffen in Südöstl. Attika in Palíni 30.11.-3.12.2006. Eteria Meleton Notioanatolikis Attikis. Kalívia Thorikou 2008, S. 285-308 (gr.)
- MOUZELIS, Nikos und Giorgos PAGOULATOS: Civil Society and Citizenship in Postwar Greece. In: Griechische Revue der Politischen Wissenschaft, 22 (2003), S. 5-29
- MOUZELIS, Nikos: Staat und Klassenkampf. Wer hat Angst vor der Zivilgesellschaft? In: To Vima vom 6. April 2008 (gr.)
- MOUZELIS, Nikos: Neugriechische Gesellschaft: Facetten der Unterentwicklung. Athen 1978 (gr.)
- MURET, Eduard: Geschichte der französischen Kolonie in Brandenburg-Preußen, unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Gemeinden. Berlin 1885
- MYRDAL, Gunnar: Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1974 (engl. Originalausgabe 1957)
- NEUES DEUTSCHLAND vom 16.07.1963, Jahrgang 18, Ausgabe 192, Sonderbeilage
- NISBET, Robert Alexander: The Sociological Tradition. New York 1993 (Orig. 1966)
- NOVY, Andreas, Christof Parnreiter, Karin Fischer: Globalisierung und Peripherie. Wirtschaftsuniversität Wien, Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung, SRE-Diskussionspapier 75, Wien 1999. Online unter: www.epub.wu.ac.at/1186/1/document.pdf (Zugriff erfolgte am 30.09.2008)
- NUISSL, Henning: Suburbanisierung um Leipzig und Berlin: „Heile Welt“ und „Clash of Cultures“. In: Die Alte Stadt, Jg. 34 (2007), H. 2, S. 119-129
- NUISSL, Henning: Die Er-Fahrung der Ränder der Hauptstadt - Felderkundungen mit dem Fahrrad. In: Ulf MATTHIESEN (Hrsg.): An den Rändern der deutschen Hauptstadt. Leske + Budrich, Opladen, 2002, S. 47-59
- NUISSL, Henning: Die Ränder der Hauptstadt – gemessen und kartographiert. In: Ulf MATTHIESEN (Hrsg.): An den Rändern der deutschen Hauptstadt. Leske + Budrich, Opladen, 2002, S. 61-78
- OIKONOMOU, Ioannis: Erwähnungen [Lakkónas] in Geschichten von Griechen und Ausländern. In: EMENA, Zeitschrift der Gesellschaft für Studien Nordöstlichen Attikas. o. J. (gr.)
- ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT (Hrsg.): Competitive Cities in the Global Economy. Paris 2006
- ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT (Hrsg.): Territorial Review: Athens, Greece. Paris 2004
- ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT (Hrsg.): Urban Renaissance Berlin – Towards an integrated strategy for Social Cohesion and Economic Development. Paris 2003
- OSTERHAMMEL, Jürgen: Das 19. Jahrhundert. Informationen zur politischen Bildung, Nr. 315/2012, Bonn
- OSTERROT, Franz und Dieter SCHUSTER: Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Bänder I-II. Dietz Verlag J. H. W, Berlin 1975
- PAAL, Michaela: Metropolen in Wettbewerb. Tertiärisierung und Dienstleistungsspezialisierung in europäischen Agglomerationen. Forschungsbeiträge zur Stadt- und Regionalgeographie, Bd. 1. LIT Verlag, Münster 2005

- PACIONE, Mike: Urban Geography – A global Perspective. Routledge, London, New York 2001
- PAPAGEORGIOU-VENETAS, Alexander: Anmerkungen zu Urbanisierungstrends und Siedlungsmustern im Raume Groß-Athen. In: Volker KREIBICH u. a. (Hrsg.): Rom-Madrid-Athen. Die neue Rolle der städtischen Peripherie. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 62, Dortmund 1993, S. 181-188
- PARK, Robert E., Ernest W. BURGESS and Roderick D. McKENZIE (Hrsg.): The City. University of Chicago Press, Chicago 1925
- PECK, Jamie and Adam TICKELL: Neoliberalizing Space. In: Antipode, Volume 34 (2002), Issue 3, S. 381-404
- PETRINIOTI, Xanthi: Ad-hoc und Post-hoc: Migrationspolitik wider Willen. In: Björn EGNER und Georgios TERIZAKIS (Hrsg.): Das Politische System Griechenlands. Strukturen, Akteure, Politikfelder. Nomos, Baden Baden 2009, S. 275-309
- PFAU-EFFINGER, Birgit: Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs. Leske + Budrich, Opladen 2000
- POLITI, Christina: American Intervention in Greece 1946-64. John Hopkins University. Nicht publiziert, ohne Jahresangabe. Online unter: www.jhubc.it/ADMISSIONSBLOGDOCUMENTS/C.%20Grove%20Haines%20Award%20-%20Euro-pean%20Studies.pdf (Zugriff erfolgte am 22.10.2014)
- POULANTZAS, Nikos: Die Krise der Diktaturen Portugal, Griechenland, Spanien. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1977
- POULANTZAS, Nikos: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie. VSA Verlag, Hamburg 1974
- PRIGGE, Walter (Hrsg.): Peripherie ist überall. Edition Bauhaus, Frankfurt/M 1998
- PRIGGE, Walter: Reflexive Urbanität - Politische und kulturelle Modernität im Städtischen. In: Martin WENTZ (Hrsg.): Planungskulturen. Campus, Frankfurt 1992, S.193-200
- PROGNOS: Berliner Bank – Zukunftsdialog: Eine Zukunft für Berlin. Prognos-Studie zu den Perspektiven der Stadt im Auftrag der Berliner Bank. Berlin 2010
- RAHN, Cornelia: Restriktionen und Optionen in Suburbia – Genderspezifika von Arbeit, Mobilität und Sozialkapital im Berliner Umland; Dissertation, Humboldt-Universität zu Berlin, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät II, publiziert am 18.10.2011
- REICHERTZ, Jo: Die Abduktion in der qualitativen Sozialforschung. Leske + Budrich, Opladen 2013
- REICHERTZ, Jo: Objektive Hermeneutik. In: Uwe FLICK u. a. (Hrsg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. München 2012, S. 223-228
- REICHOW, Hans Bernhard: Die autogerechte Stadt – Ein Weg aus dem Verkehrs-Chaos. Otto Maier Verlag, Ravensburg 1959
- REISSIG, Rolf: Ostdeutschland – von der privilegierten und blockierten zur zukunftsorientierten Transformation. In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Deutsche Einheit. Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 30-31 (2010) Bonn

- RIBBE, Wolfgang (Hrsg.): Geschichte Berlins. Bd. 1: Von der Frühgeschichte bis zu Industrialisierung. Berlin-Forschungen der Historischen Kommission zu Berlin. BWV (Berliner Wissenschaftsverlag), Berlin 2002
- RIBBE, Wolfgang: Berlin im Europa der Neuzeit: Nationale Hauptstadt und Europäische Metropole. In: Wolfgang RIBBE und Jürgen SCHMÄDEKE (Hrsg.): Berlin im Europa der Neuzeit – Ein Tagungsbericht. Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin. Bd. 75. Walter de Gruyter, Berlin, New York, 1990, S. 17-41
- RIETZ, Kerstin: Flächensteuerung im Berliner Umland. Stadtregionale Steuerungsansätze am Beispiel des nordwestlichen Verflechtungsraumes Berlin-Brandenburg. ISR-Diskussionsbeitrag Nr. 50, Berlin 1998
- RIFKIN, Jeremy: Der Anfang einer Revolution – Interview. In: Der Spiegel, H. 32 (2014)
- ROMAIOS, Giorgos: Seit 1824 ist unsere Geschichte eine Geschichte... von Krediten! In: TO VIMA vom 06.01.2009 (gr.)
- RONNEBERGER, Klaus: Die neoliberale Stadt. Zwischen Konstruktion und Alltagswirklichkeit. In: Helmuth BERKING und Martina LÖW (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Städte. Reihe: Soziale Welt, Sonderband 16, Nomos, Baden Baden 2005, S. 209-224
- ROSA, Hartmut: Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Suhrkamp, Berlin 2012
- ROSA, Hartmut: Wir wissen nicht mehr, was wir alles haben – Interview bei Iris Radisch. In: Die Zeit, 19.12.2007
- ROSKAMM, Nikolai: Dichte. Eine Transdisziplinäre Dekonstruktion. Diskurse zu Stadt und Raum. transcript Verlag, Bielefeld 2011
- RÖTTGER, Bernd: Glanz und Elend der Regulationstheorie - Einige Reflexionen zum Begriff der Regulation. In: spw, 135, Januar/Februar 2004
- RÜLING, Anneli: Jenseits der Traditionalisierungsfallen. Campus, Frankfurt/M. 2007
- SAHR, Wolf-Dietrich: New Cultural Geography. In: Lexikon der Geographie, Bd. 2. Heidelberg 2001
- SAKELLAROPOULOS, Spiros: Armee und Regimes des 21. April. In: Theseis, H. 115 (2011). Online unter: www.theseis.com/index.php?option=com_content&task=view&id=1145&Itemid=29 (Zugriff erfolgte am 14.09.2011) (gr.)
- SAKELLAROPOULOS, Theodoros: Ökonomie, Gesellschaft, Staat im Zwischenkrieg-Griechenland. Pliroforis, Athen 1991 (gr.)
- SALDERN von, Adelheid: Häuserleben - Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute. Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger, Bonn 1995
- SASSEN, Saskia: Cities in a World Economy. 2. Aufl., Thousand Oaks 2000
- SASSEN, Saskia: Metropole: Grenzen eines Begriffes. In: Gotthard FUCHS, Bernhard MOLTSMANN und Walter PRIGGE (Hrsg.): Mythos Metropole. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1995, S. 165-177
- SASSEN, Saskia: The global City: New York, London, Tokyo. Princeton University Press, Princeton, New Jersey 1991

- SCHÄFERS, Bernhard: Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland. 9. Aufl., UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz und München 2012
- SCHÄFERS, Bernhard: Stadtsoziologie - Stadtentwicklung und Theorien - Grundlagen und Praxisfelder. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006
- SCHILDT, Axel: Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90. Reihe: Enzyklopädie Deutsche Geschichte, Bd. 80. R. Oldenbourg, Verlag, München 2007
- SCHERRER, Christoph: Eine diskursanalytische Kritik der Regulationstheorie. In: Prokla, 25 (3), H. 100 (1995), S. 457-482
- SCHMID, Christian: Stadt, Raum und Gesellschaft – Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes. Franz Steiner, 2005
- SCHNUR, Olaf: Nachbarschaft und Quartier. In: Frank ECKARDT (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Springer VS, Wiesbaden 2012, S. 449-474
- SCHÜRER, Gerhard: Erfahrungen als Leiter der Staatlichen Plankommission. In: Heiner TIMMERNMANN (Hrsg.): Die DDR – Analysen eines aufgegebenen Staates. Duncker & Humblot, Berlin 2001 S. 31-45
- SCHÜTZ, Alfred und Thomas LUCKMANN: Strukturen der Lebenswelt, Bd. 2, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1984
- SCHÜTZ, Alfred: Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie. Springer, Wien 1932
- SCHÜTZE, Fritz: Zur Hervorlockung und Analyse von Erzählungen thematisch relevanter Geschichten im Rahmen soziologischer Feldforschung. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hrsg.): Kommunikative Sozialforschung. Fink, München 1976, S. 159-260
- SCHULZ, Andreas: Lebenswelt und Kultur des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert. Reihe: Enzyklopädie Deutsche Geschichte, Bd. 75. R. Oldenbourg, Verlag, München 2005
- SCHWENK, Herbert: Lexikon der Berliner Stadtentwicklung, Haude & Spener, Berlin 2002
- SCOTT, Allen J. und Edward W. SOJA (Hrsg.): The City: Los Angeles and Urban Theory at the End of the Twentieth Century. University of California Press, Berkeley 1996
- SELLE, Gert: Innen und außen – Wohnen als Daseinsentwurf zwischen Einschließung und erzwungener Öffnung. In: Peter DÖLLMANN und Robert TEMEL (Hrsg.): Zukünftiges Wohnen im Schnittpunkt zwischen privat und öffentlich. Campus, Frankfurt/M., New York 2002
- SELLE, Klaus: "Il modo di pensare il piano...": Planung zwischen Staat und privaten Akteuren. In: Volker KREIBICH u. a. (Hrsg.): Rom-Madrid-Athen. Die neue Rolle der städtischen Peripherie. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 62, Dortmund 1993, S. 268-278
- SIEBEL, Walter (Hrsg.): Die Europäische Stadt. Suhrkamp, Frankfurt/M. 2004
- SIEVERTS, Thomas: Zwischenstadt - zwischen Ort und Welt Raum und Zeit Stadt und Land. Bauwelt Fundamente, Bd. 118. Vieweg, Braunschweig 1998

- SIMMEL, Georg: Raum und die räumlichen Ordnungen der Gesellschaft. Duncker & Humblot, Berlin 1908
- SIMMEL, Georg: Die Großstädte und das Geistesleben. In: Die Großstadt. Vorträge und Aufsätze zur Städteausstellung. Jahrbuch der Gehe-Stiftung Dresden, Th. Petermann (Hrsg.), Bd. 9 (1903), S. 185-206
- SIMON, Jonathan: Governing through Crime: How the War on Crime Transformed American Democracy and Created a Culture of Fear. Oxford University Press, Oxford, New York 2007
- SINTES, Pierre: Immigration, réseaux et espace métropolitain: le cas athénien. In: Cahiers de la Méditerranée, vol. 64 (2002), Les enjeux de la métropolisation en Méditerranée. Online seit 15.06.2004 unter: www.cdlim.revues.org/document82.html (Zugriff erfolgte am 30.01.2008)
- SÖSTRA: Der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland 1989 bis 1994. Graue Reihe der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW), Bd. 4. GSFP Berlin 1996
- SOJA, Edward W.: Postmetropolis. Critical Studies of Cities and Regions. Blackwell, Oxford (UK), Cambridge (Ma.) 2000
- SOJA, Edward W.: Postmoderne Urbanisierung. Die sechs Restrukturierungen von Los Angeles. In: Gotthard FUCHS, Bernhard MOLTSMANN und Walter PRIGGE (Hrsg.): Mythos Metropole. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1995
- SOJA, Edward W.: Postmodern Geographies: The Reassertion of Space in Critical Social Theory. Verso, London 1989
- STARR, Kevin: California. A History. Modern Library, New York 2007
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.): Haushalte und Familien - Ergebnisse des Mikrozensus - Fachserie 1 Reihe 3. Wiesbaden 2013
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.): Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Pressemitteilung vom 11. Juli 2012 - 242/12. Wiesbaden 2012
- STATISTISCHES LANDESAMT BERLIN (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2006
- STATISTISCHES AMT DER DDR (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch '90 der Deutschen Demokratischen Republik. Jg. 35, Rudolf Haufe Verlag, Berlin 1990
- STOCK, Ulrich: Landlust, Landfrust. In: Die Zeit, Nr. 23/2011
- STRAUSS, Anselm: Grundlagen qualitativer Sozialforschung - Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung. Wilhelm Fink Verlag, München 1991
- STURM, Reinhard: Weimarer Republik. In: Informationen zur politischen Bildung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Nr. 261, Bonn 2011
- TAUBMANN, Wolfgang: Weltstädte und Metropolen im Spannungsfeld zwischen „Globalität“ und „Lokalität“. In: geographie heute, Jg. 17 (1996), H. 142, S. 4-9
- TAYLOR, Charles: Kapitalismus ist unser faustischer Pakt. In: Die Zeit, 04.05.2005. Online unter: www.zeit.de/2005/19/Kapitalismus_2fTaylor/ (Zugriff erfolgte am 30.01.2012)
- TAYLOR, Charles: Die Quellen des Selbst. Die Entstehung der neuzeitlichen Identität. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1996

- TENEKETZIS, Konstantinos: Die ökonomischen Bedingungen vor der Zeit der Diktatur vom 4. August. In: *Dioikitiki Enimerosi*, H. 34 (2005), S. 94-112
- TERIZAKIS, Georgios: Zivilgesellschaft, Verbände und dritter Sektor: Zwischen informeller Effektivität und formaler Unprofessionalität. In: Björn EGNER und Georgios TERIZAKIS (Hrsg.): *Das Politische System Griechenlands. Strukturen, Akteure, Politikfelder*. Nomos, Baden Baden 2009, S. 141-172
- THAMER, Hans-Ulrich: Berlin als erste Hauptstadt? In: Andreas SOHN und Hermann WEBER (Hrsg.): *Hauptstädte und Global Cities an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*. Verlag Dr. Dieter Winkler, Bochum 2000
- TIMMERMANN, Heiner (Hrsg.): *Die DDR – Analysen eines aufgegebenen Staates*. Duncker & Humblot, Berlin 2001 (Einleitung)
- TOCQUEVILLE de, Alexis: *Das Elend der Armut. Über den Pauperismus*. Avinus, Berlin 2007
- TÖNNIES, Ferdinand: *Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2005 [Orig. 1887]
- TOUNTA, Fotini: Mechanismen der Siedlungsentwicklung in periurbanen Waldgebieten in Attika. In: *Tech. Chron. Sci. J. TCG*, II, No 1-2 (1998), S. 41-53 (gr.)
- TREUHANDANSTALT (Hrsg.): *Bericht*. Berlin 1991
- TREUHANDANSTALT (Hrsg.): *Bericht*. Berlin 1992
- TREUHANDANSTALT (Hrsg.): *Bericht*. Berlin 1993
- TRIANDIS, Harry C.: Individualism-collectivism and personality. In: *Journal of Personality*, Volume 69 (2001), Issue 6, S. 907-924
- TRIANTAFYLLOU, Anna and Ruby GROPAS (Hrsg.): *European Immigration – A Sourcebook*. Ashgate, Hampshire 2007
- TRINCZEK, Rainer: "Es gibt sie, es gibt sie nicht, es gibt sie, es ..." – Die Globalisierung der Wirtschaft im aktuellen sozialwissenschaftlichen Diskurs. In: Gert SCHMIDT und Rainer TRINCZEK (Hrsg.): *Globalisierung. Ökonomische und soziale Herausforderungen am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts*. Soziale Welt, Sonderband 13, Nomos Verlag, Baden Baden 1999, S. 55-75
- TSOUKALAS, Kostas: *Die Griechische Tragödie: Von der Befreiung bis zu den Generälen*. Livanis Press, Athen 1981 (gr.)
- TU HAMBURG-HARBURG (Hrsg.): *Strategien der Stadtentwicklung in europäischen Metropolen. Dokumentation des Fachkongresses der Stadtentwicklungsbehörde Hamburg und der TU Hamburg-Harburg am 6. und 7. November 1992*. Hamburg 1993
- UN ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL (Hrsg.): *Concluding Observations of the Committee on Economic, Social and Cultural Rights – Germany*. Dokument E/C.12/DEU/CO/5. Genf 2011
- U.S. CENSUS BUREAU: *About metropolitan and micropolitan statistical areas*, 2003. Online unter: www.census.gov/population/www/estimates/aboutmetro (Zugriff erfolgte am 30.03.2007)
- U.S. CENSUS BUREAU: *Population of the 100 largest Cities and other urban places in the United States 1790 to 1990*. Population Division Working Paper No. 27, Washington, D.C. 1998

- VATAVALI, Fereniki, Dimitris BALABANIDIS und Dimitra SIATITSA: Wohnung im Athener Zentrum. Wie und für wen? Paper zur Tagung: Welche „Krise“ im Athener Zentrum? Kritisches Wort und Forderungen nach einer gerechten Stadt. Athen 16. Mai 2011 (gr.)
- VEREMIS, Thanos und Youla GOULIMI (Hrsg.): Elefthérios Venisélós. Gesellschaft, Wirtschaft und Politik während seiner Zeit. Gnósi, Athen 1989 (gr.)
- WALDENFELS, Bernhard: In den Netzen der Lebenswelt. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Frankfurt/M. 1985
- WALKS, Alan: Suburbanism as a Way of Life, Slight Return. In: Urban Studies, Volume 50 (2013), No. 8, S. 1471-1488
- WEBER, Max: Die Stadt. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 47. 1920/21
- WEBER, Max: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I (S. 1-206), J.C.B. Mohr, Tübingen 1920
- WEHLER, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte: Bundesrepublik und DDR, 1949-1990. Bd. 5. C.H. Beck, München 2008
- WEHLER, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949. Bd. 4. C.H. Beck, München 2003
- WEICHHART, Peter: Ethische Probleme und Fragen der Verantwortung in der Geographie. In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, Bd. 128 (1986), S. 5-33
- WEIHER, Sigfrid von: Berlins Weg zur Elektropolis - Technik- und Industriegeschichte an der Spree. Stapp Verlag, Berlin 1974
- WEISCHER, Christoph: Sozialstrukturanalyse. Grundlagen und Modelle. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011
- WEITH, Thomas, Hans-Joachim KUJATH und Annkathrin RAUSCHENBACH (Hrsg.): Alles Metropole? Berlin-Brandenburg zwischen Hauptstadt, Hinterland und Europa. Reihe Planungsrundschau, Nr. 17, Berlin 2009
- WELSCH, Wolfgang (Hrsg.): Einleitung. In: Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion. VCH, Acta Humaniora, Weinheim 1988
- WELZER, Harald: Die automobile Republik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Jg. 55, H. 11/2010. Blätter Verlagsgesellschaft, Bonn, Berlin 2006, S. 43-54
- WERLEN, Benno: Die Geographie der Globalisierung. Perspektiven der Sozialgeographie. In: geographische revue, Jg. 2 (2000), H.1, S. 5-20
- WIRTH, Louis: Urbanität als Lebensform. In: Ulfert Herlyn (Hrsg.): Stadt und Sozialstruktur. Nymphenburger Verlagshandlung, München 1974, S. 42-66
- WITZEL, Andreas: Das problemzentrierte Interview. In: Gerd JÜTTEMANN (Hrsg.): Qualitative Forschung in der Psychologie. Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder. Beltz, Weinheim und Basel 1985, S. 227-256
- WODITCH, Richard: The Polykatoikia – Resilience and Variability in space and time. In: *dérive* – Zeitschrift für Stadtforschung, N° 54 (Jan-März 2014), S. 15-18

- WOLLSTEIN, Günter: Revolution von 1949. Informationen zur politischen Bildung, Nr. 265/2006, Neudruck 2010, Bonn
- WOODHOUSE, Christopher Montague: The story of modern Greece. Faber and Faber Press, London 1968
- WORLD BANK (Hrsg.): The Global Findex Database. Washington 2014
- WURNAS, Tasos: Geschichte des neuen und modernen Griechenlands. Von der Revolution von 1821 bis zur Bewegung von Goudi (1909). Bd. 1, Ekdosis Pataki, Athen 2011 (gr.)
- ZEHNER, Klaus: Stadtgeographie. Klett-Perthes Verlag, Gotha, Stuttgart 2001
- ZELEPOS, Ioannis: Nationbildung und Nationalismus in Griechenland. In: Björn EGNER und Georgios TERIZAKIS (Hrsg.): Das Politische System Griechenlands. Strukturen, Akteure, Politikfelder. Nomos, Baden Baden 2009, S. 39-59
- ZERI, Persephone: Das Mediensystem Griechenlands. In: HANS-BREDOW-INSTITUT (Hrsg.): Internationales Handbuch Medien. 28. Aufl., Nomos, Baden-Baden 2009, S. 321-331
- ZERVAKIS, Peter A.: Staat und Verwaltung fest im Griff der Parteien: Kontinuität und Wandel des griechischen Parteienstaates. In: Björn EGNER und Georgios TERIZAKIS (Hrsg.): Das Politische System Griechenlands. Strukturen, Akteure, Politikfelder. Nomos, Baden Baden 2009, S. 61-89
- ZIMM, Alfred (Hrsg.): Berlin (Ost) und sein Umland. Ergänzungsheft Nr. 286 zu Petermanns Geographischen Mitteilungen. 3. Aufl., Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt, Haack Verlag, Gotha 1990

Liste der UnterstützerInnen:

Farangis Dadfar Spanta

Götz Drope

Timm Ebner

Monika Flores

Ursula Hemmersmeier

Aleksandar Jakovljevic

Olivia Kummel

Tanja Kunz

Julia Rahmann

Clemens Schöllhorn

Brigitte Winkert

Und Dimítris, Fereníki, Florian, Franz, Kai, Stephanie u. a.

ANHANG

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung Londons 1801-2011.

Jahr	City of London	inner London	outer London	Greater London* Conurbation
1801	128.269	959.310	157.980	1.117.290
1851	127.869	2.363.341	321.707	2.685.048
1901	26.923	4.546.267	2.050.002	6.586.269
1951	5.324	3.347.956	5.000.041	8.348.023
1961	4.767	3.200.484	4.976.788	8.171.902
1971	4.234	2.719.249	4.655.531	7.379.014
2001	7.185	2.766.114	4.405.977	7.172.091
2011	7.375			8.173.941

Quelle: *Encyclopædia Britannica, Vol. 11, 1995*

* zur Differenzierung dieser Zonen vgl. die angegebene Quelle.

Tabelle 2: Bevölkerungsentwicklung* der Metropolregion Athen von 1821 bis 2011.

Jahr	Dimos Athen (Innenstadt) A	Agglomeration B (inkl. A)	Rest Attika** C	Metropolregion Athen B+C
1821	11.500	k.A.	k.A.	22.000
1832	1.800	k.A.	k.A.	k.A.
1843	20.897	k.A.	k.A.	k.A.
1850	30.000	k.A.	3.000	36.594
1856	30.969	k.A.	k.A.	k.A.
1870	44.250	k.A.	k.A.	k.A.
1879	63.374	k.A.	k.A.	90.000
1889	107.251	k.A.	k.A.	148.924
1896	123.001	k.A.	k.A.	179.755
1907	167.479	k.A.	53.000	250.010
1920	292.991	k.A.	k.A.	453.042
1928	452.919	k.A.	k.A.	802.000
1941	481.225	1.140.029	k.A.	1.124.109?
1951	565.084	1.378.586	170.936	1.556.029
1961	627.564	1.852.709	199.747	2.057.974
1971	867.023	2.540.241	226.972	2.797.849
1981	885.737	3.027.331	333.461	3.360.792
1991	772.072	3.072.922	447.394	3.594.817
2001	789.166	3.294.916	574.076	3.894.573
2011	664.046	3.089.698	733.885	3.827.624

Quelle: *Ethnikí Statistikí Ipiresía (ELSTAT), 1951-2011; ORSA 1996*

*1951-1991 tatsächliche Bevölkerung, 2001-2011 ständige Bevölkerung, **ohne Kíthira.

Tabelle 3: Bevölkerungsentwicklung der Metropolregion Berlin von 1755 bis 2011.

Jahr	Berlin ¹	Groß-Berlin ²	Brandenburg	Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg ³
1755	100.336			
1760	94.433*			
1801	172.908**			
1840	328.629	weitere 25.057 a.d.Z. ⁴		
1846	397.767	weitere 45.483 a.d.Z.		
1855	434.243			
1861	547.571***			
1871	826.000			
1875	964.539	davon 386.076 a.d.Z.		
1885	1.315.665	davon 677.945 a.d.Z.		
1895	1.678.924	davon 1.053.103 a.d.Z.		
1900	1.888.313	2.712.190		
1905	2.042.402	3.131.000		
1910		3.734.258		
1919	1.928.000	3.674.000		
1920		3.879.409		
1930		4.332.834		
1940		4.330.810		
1950		3.336.026		
1960		3.274.016		
1970		3.208.719		
1980		3.048.759		
1990		3.433.695		
2000		3.382.169		
2009		3.442.675	2.511.525	5.954.200
2011		3.292.365	2.455.780	5.748.145

Quellen: 1775-1910: Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 1920; 1920-2009: Landesamt für Statistik; 2011: Zensus 2011, Bundesamt für Statistik, Wiesbaden 2012

¹ in den Grenzen Alt-Berlins bis 27. April 1920; ² seit dem 27. April 1920 Groß-Berlin (Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin); ³ laut ROG 19974.

a.d.Z = außerhalb der Zollmauer.

* Verluste durch den Siebenjährigen Krieg; ** davon 24.908 Militärs; *** durch erste Eingemeindungen (Moabit, Wedding) weitere 35.000 EW.